Politik der „Nächstenliebe“ heißt:
Sozial schwache und hilfsbedürftige Österreicher unterstützen
Mehr als eine Million Menschen in Österreich sind armutsgefährdet,
obwohl SPÖ und ÖVP Rekordsteuern und -gebühren kassieren.
Die Verteilung der Lasten und Zuwendungen ist ungerecht:
Die Masse wird belastet,
bei Bedürftigen wird kassiert und gekürzt.
Aber unhaltbare Privilegien
und sichtbare Geldverschwendung werden nicht angetastet.
Wir helfen denen, die sich selbst helfen wollen, aber nicht können.
Wir haben kein Verständnis für jene, die sich helfen können, aber es nicht wollen.
Deshalb fordern wir:
Erhöhung der Familienbeihilfe
und jährliche Wertanpassung beim Kindergeld
Schluss mit dem Export von Familienleistungen ins Ausland
Rücknahme der Erschwernisse beim Zugang zum Pflegegeld
sowie jährliche Inflationsanpassung
Verbesserung der Pendlerpauschale für jene, die auf das Auto angewiesen sind
Volle Sozialleistungen nur für Staatsbürger
Politik der „Nächstenliebe“ heißt:
Leistbares Leben samt sicherer Arbeitsplätze mit Einkommen zum Auskommen
Menschen arbeiten, um zu leben und leben nicht, nur um zu arbeiten.
Daher muss ein Vollzeiteinkommen geeignet sein, den Lebensunterhalt zu bestreiten.
SPÖ und ÖVP entwerten die Masse der Löhne mit viel zu hohen Steuern
und verteuern das Leben mit Wuchergebühren.
Der Mittelstand wird mit Höchststeuern zur Ader gelassen.
Ungerechte Steuerprivilegien schützen sie aber.
Wir setzen Einkommen um, mit denen man auskommen kann.
Und wir deckeln die Gebühren und Mieten im sozialen Wohnbau,
denn leistbarer Wohnraum ist ein Grundrecht.
Deshalb fordern wir:
Senkung des Eingangssteuersatzes auf 25 Prozent
sowie des mittleren Steuersatzes bei Lohn- und Einkommensteuer
- Anhebung der Höchstbemessungsgrundlage auf 80.000 bis 100.000 Euro Jahresbruttoeinkom
Festschreibung einer Belastungsobergrenze für Steuern und Abgaben in der Verfassung Minde
Verbot von Wuchergebühren für lebensnotwendige Bereiche (Wasser, Müll, etc.)
Mietreduktion und Bauoffensive im sozialen Wohnbau
Solidarabgabe für Millionäre,
Streichung von Stiftungs- Privilegien
Politik der „Nächstenliebe“ heißt:
Österreicher zuerst bei Arbeitsplätzen und im Sozialsystem 608
SPÖ, ÖVP und Grüne holen unter immer neuen Vorwänden immer mehr Zuwanderer ins Land.
Damit gefährden sie österreichische Arbeitsplätze,
heizen Lohn- und Sozialdumping an
und zerstören das Bildungssystem in den Ballungsräumen.
Das Sozialsystem wird z.B. durch eine hohe Ausländerarbeitslosigkeit gefährdet.
Deshalb fordern wir:

Keine weitere Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für Arbeitskräfte aus dem Osten 1
Einführung des zeitlich begrenzten Gastarbeitermodells
samt Rückführungsmöglichkeit bei Dauerarbeitslosigkeit bzw. hohen Arbeitslosenzahlen
Volle Sozialleistungen erst bei Staatsbürgerschaft und Sozialwohnungen nur für Österreicher
Ohne Deutschkenntnisse keine Teilnahme am Normalunterricht
sowie Begrenzung der Ausländer pro Klasse
Für uns ist die Staatsbürgerschaft ein hohes Gut.
Wir stellen daher die Interessen der eigenen Staatsbürger in den Mittelpunkt: 109
Bei Wohnen,
Sozial-
und Familienleistungen
und auch im Bereich der Arbeitsplätze
und der Bildung.
Politik der „Nächstenliebe“ heißt:
Gesicherter Lebensabend mit wertgesicherten Pensionen
Unsere Pensionisten haben einen sicheren Lebensabend ohne Sorgen verdient.
Dafür haben sie ein Leben lang ihre Leistung erbracht,
egal ob im Beruf oder innerhalb der Familie.
Trotzdem entwerten SPÖ und ÖVP die Pensionen Jahr für Jahr weiter.
Wir stellen sicher, dass die Pensionisten in Zukunft nicht mehr wie Bittsteller behandelt werde
sondern ein Recht auf Wertanpassung erhalten.
Die volle Kaufkraft muss erhalten bleiben.
Deshalb fordern wir:
Eine Garantie, dass nach 45 Arbeitsjahren ein abschlagsfreier- Pensionsanspruch besteht
Fixierung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters mit 65 Jahren bei Männern
und keine Erhöhung des Frauenpensionsalters
Echte Wertanpassung der Pensionen
statt Abgeltungen unter der echten Inflation
Verstärkte Anrechnung von Kindererziehungszeiten als Pensionsanspruchszeiten
Erhöhung der Mindestpensionen
und keine Anrechnung des Partnereinkommens
Streichung der Pensionsprivilegien für Alt-Politiker,
bei Nationalbank,
ÖBB, etc.
Politik der „Nächstenliebe“ heißt:
Unsere Familien
& die eigene Jugend fördern
Familien und Kinder sichern unsere Zukunft.
Statt sie zu fördern,
haben SPÖ und ÖVP Leistungen für sie ungerecht gekürzt.
Die Grünen wollen das Modell der Familie überhaupt zerschlagen.
Ihnen ist wie SPÖ und ÖVP Zuwanderung lieber als Familienförderung
Die FPÖ wird Österreich zum familien- & kinderfreundlichsten Land Europas für eigene Staatsb
Dafür schaffen wir Rahmenbedingungen, wo kein Österreicher einen Nachteil haben soll, weil e
Unser Bildungssystem führen wir im internationalen Vergleich an die Spitze.
Deshalb fordern wir:
Steuerliche Entlastung für österreichische Mehrkindfamilien durch ein neues Familiensteuer-M

Volle Wahlfreiheit für Eltern zwischen Beruf und Familie durch Möglichkeit eines Elterngehalts
Hochwertige Kinderbetreuung und Ausbildung in Kindergärten und Schulen
mit Ganztagsmöglichkeit ohne Mehrkosten für Eltern
Nein zur Gesamtschule –
Qualität statt Gleichmacherei Verpflichtung von Lehrern zur Gratisnachhilfe
Qualitätsoffensive bei Lehren
sowie bei der Infrastruktur in Schulen und Universitäten
Politik der „Nächstenliebe“ heißt:
Schluss mit Milliardenhaftungen für EU-Pleite- Staaten 110
- Senkung der EU-Beiträge 110
SPÖ und ÖVP haben seit 1945 einen unvorstellbaren Schuldenberg aufgehäuft.
Täglich kommen neue Millionen dazu.
Österreich muss Schulden machen, um die Zinsen zahlen zu können.
Dennoch schicken SPÖ, ÖVP und Grüne Milliarden Euros an EU-Pleite-Staaten 110
und Spekulationsbanken.
Mit den Haftungen (ESM und Co.) machen sie Schulden für die kommenden Generationen.
Wir stoppen die Zahlungen und den Haftungswahnsinn,
weil sie Österreich schaden und
den Menschen in Griechenland, Spanien, etc. nicht helfen.
Und wir arbeiten an einem Währungsverbund der starken Volkswirtschaften in Europa. 108
Denn wir brauchen unser Geld im eigenen Land. 109
Deshalb fordern wir:
Ausstieg aus dem ESM- und EFSF-Haftungswahnsinn 110
zum Schutz des Volksvermögens in Österreich
Nein zum von der EU betriebenen gemeinsamen Schuldenmachen der reichen und schwachen
Senkung der österreichischen EU-Beiträge nach dem Muster von Großbritannien 110
Persönliche Haftung und strafrechtliche Konsequenzen für Pleitemanager von Spekulationsban
Schaffung der Möglichkeit von Bankkonkursen
und Stärkung der Kontrolle der Bankgeschäfte
Politik der „Nächstenliebe“ heißt:
Heimische Klein- und Mittelbetriebe entlasten
SPÖ und ÖVP machen Klientelpolitik für die Großkonzerne und Banken.
Die bekommen staatliche Milliardenhilfen bei Pleitegefahr oder Managementfehlern.
Sie haben ungerechte Steuervorteile und zahlen gemessen am Umsatz und Gewinn nur Mini-St
Wir unterstützen die kleinen und mittleren Betriebe, die unter Bürokratie, Lohnnebenkosten u
Sie sichern die österreichischen Arbeitsplätze,
während die großen Konzerne weiterziehen, wenn sie anderswo billiger produzieren können.
Deshalb fordern wir:
Steuerliche Erleichterungen für Klein- und Mittelbetriebe
Verpflichtung der subventionierten Banken zu leistbaren Krediten
für heimische Unternehmen 109
sowie Ermöglichung alternativer Finanzierungsformen (z.B. durch private Kreditgeber)
Sicherung des Wirtschaftsstandorts durch eine Facharbeiteroffensive gemeinsam mit Betrieber
Totalreform des Gruppenbesteuerungsprivilegs für internationale Großkonzerne und Banken
Abbau der Bürokratie und von Sinnlos-Vorschriften
Erleichterung von Betriebsübergaben
Befreiung von Zwangsbeiträgen

Politik der „Nächstenliebe“ heißt:
Direkte Demokratie ohne Wenn und Aber
Laut Bundesverfassung ist das österreichische Volk der Souverän.
SPÖ und ÖVP grenzen die Bevölkerung aber in allen wirklich wichtigen Fragen aus der direkten
Nur so können sie der EU garantieren, dass österreichfeindliche Maßnahmen durchgesetzt wer
Deshalb fordern wir:
Verbindliche Volksabstimmung, wenn ein Volksbegehren von mehr als 250.000 Wahlberechtigt
Die Möglichkeit, ein Gesetz über eine Veto-Volksabstimmung außer Kraft zu setzen
Erleichterung der Durchführung von Volksbefragungen
Leichterer Zugang bei der Ausübung der direkten Demokratie
(z.B. durch das Internet)
Wir geben dem Volk sein Recht zurück.
Durch echte direkte Demokratie,
die nicht von der rot-schwarzen Abstimmungsmaschinerie im Parlament blockiert werden kann
Die Österreicherinnen und Österreicher bekommen damit eine Veto-Möglichkeit gegen falsche
So wie das auch in der Schweiz ist.
Politik der „Nächstenliebe“ heißt:
Schutz vor Kriminalität & Asylmissbrauch
SPÖ, ÖVP und Grüne lassen es zu, dass Asylbetrüger den Österreichern auf der Nase herumtan
Gemeinsam mit Caritas und Co. haben sie aus Asyl längst Zuwanderung gemacht.
Gleichzeitig steigt die Zahl der Verbrechen und Straftaten.
Ein großer Teil der Verdächtigen und Häftlinge sind keine Österreicher.
Die SPÖ will sogar „lebenslang“ abschaffen.
Wir stoppen den Asylmissbrauch
und schützen so die Österreicher
und jene, die wirklich verfolgt werden.
Mit mehr Geld für die Polizei
und mit Strenge gegenüber Schwerverbrechern und Gewalttätern
bekämpfen wird die Kriminalität.
Deshalb fordern wir:
Asyl ist nur Schutz auf Zeit, solange Gefahr oder Verfolgung droht –
bei Asylmissbrauch wird sofort abgeschoben
Kein Recht auf Asylanträge in Österreich für alle, die über einen sicheren Drittstaat kommen
oder deren Antrag schon in einem anderen sicheren Land abgelehnt wurde
Opferschutz vor Täterschutz:
Lebenslang muss wirklich lebenslang sein
Verschärfung der Strafen bei Verbrechen gegen Leib, Leben und Gesundheit
Politik der „Nächstenliebe“ heißt:
Bewahrung der Identität, Kultur & Eigenständigkeit
SPÖ, ÖVP und Grüne schützen unsere österreichische Identität zu wenig.
Mit der EU arbeiten sie am Einheitsstaat und Einheitsmenschen. 110
Dem radikalen Islamismus begegnen sie mit falscher Toleranz und Feigheit.
Man hat den Eindruck, als würden sie sich für die eigene Kultur und Tradition schämen.
Wir wollen unsere eigene Identität erhalten.
Für uns sind unsere Traditionen, Bräuche und die Kultur einzigartig und schützenswert.
Dazu zählt unsere Sprache genauso wie
Rechtsstaat,

Demokratie oder
die Trennung von Staat und Kirche.
Deshalb fordern wir: Keinen Platz für den radikalen Islamismus –
Stopp der Zuwanderung von außerhalb Europas
Bewahrung der vollen nationalstaatlichen Souveränität samt unserer Neutralität 109
- Schluss mit ESM-Haftungen 110
Nein zum EU-Beitritt der Türkei 110
Förderung der deutschen Sprache insbesondere in den öffentlich-rechtlichen Medien
Bekenntnis zu unserer Sprache und unseren Werten als Voraussetzung für den Erwerb der Staa

men
stlohn von Euro 1.600 brutto/Monat

09

n,

ürger machen.
er oder sie sich Zeit für Kinder nimmt.

lodell

Länder 110

ıken

:euern.
nd Kreditklemme stöhnen.

ı

Mitbestimmung aus.
den. 110

ten unterstützt wird

n.
Regierungsentscheidungen.

zen.

atsbürgerschaft

UNSERE ZENTRALEN WERTE

WAHRHEIT

Die Bürger müssen Daten und Fakten unverfälscht zur Meinungsbildung erhalten.
Wahrheit in der Politik heißt:
Die Daten und Fakten müssen den Bürgern unverfälscht weitergegeben werden,
damit die Bürger ihre Meinung bilden können.
Nur wer die Wahrheit kennt, hat die Chance, gute und richtige Entscheidungen zu treffen.
Das Problem bei den meisten Politikern ist, dass sie den Bürgern nicht die Wahrheit sagen.
Bewusst präsentieren sie den Bürgern Unwahrheiten als Fakten, um gewählt oder wiedergewä
Die Politik muss ehrlich zu den Bürgern sein.
Wir haben den Mut, die Wahrheit zu sagen.
Wir sind davon überzeugt, dass den Menschen die Wahrheit zumutbar ist.
Eine Wahl ohne ausreichende Informationen über die Folgen politischer Entscheidungen ist kei
und deshalb zutiefst undemokratisch.
Ohne die Wahrheit zu kennen, kann die Demokratie nicht funktio-nieren.
Eine Wahl, bei der den Bürgern die Konsequenzen ihrer Entscheidungen verschwiegen werden,
Die Wahrheit ist das zentrale Leitmotiv unseres Handelns.

TRANSPARENZ

Die Bürger müssen volle Einsicht in politische Vorgänge haben.
Alle Vorgänge in den Gesetzgebungsorganen, Ausschüssen und politischen Gremien müssen de
Wenn solche Vorgänge nicht öffentlich zugänglich stattfinden, sind Treffen von politischen Amt
Die Bürger müssen die politische Entscheidungsfindung nachvollziehen können.
Nur mit ausreichender Transparenz kann der Bürger die wahren Interessen der Parteien erkenn
Die Bürger haben daher auch das Recht, über die Verflechtungen der Parteien in verschiedener
Wir wollen absolute Transparenz für alle Bereiche, die mit der Politik verbunden
sind.
Nur mit Transparenz können fragwürdige Einflussnahmen schnell erkannt
und abgestellt werden.
Nur durch Transparenz kann man Korruption verhindern.
Transparenz schafft Vertrauen.
Wenn der Bürger wieder Vertrauen in die Politik haben kann, wird er auch bereit sein, seinen B
Wir fordern Transparenz in der Politik!

FAIRNESS

Bei Fairness handelt es sich um einen Gerechtigkeitssinn in einer Gesellschaft.
Wir stehen für Fairness
und wissen, dass die derzeitige Politik gegenüber den Österreichern unfair ist.
Es ist unfair, dass so große Schuldenberge angehäuft werden,
die unsere Kinder und Enkelkinder so belasten, dass selbst sie die Schulden kaum zurückbezahl
Der Wohlstand der nächsten Generationen wird schon jetzt verspielt.
Es ist unfair, dass nicht nur für unsere Bürger in verantwortungsloser Weise Schulden gemacht
sondern es werden sogar Länder mit disziplinloser Haushaltsführung auf Kosten unserer Bürger
und Haftungen für diese übernommen.
Um die Schulden der anderen finanzieren zu können, müssen wir uns selbst weiter verschulden
Während sich die österreichischen Bürger bemühen, mit ihrem erarbeiteten Einkommen den L
wird das Volksvermögen für Großbanken und Pleiteländer
- ohne das Volk vorher zu befragen - verschleudert.
Auch, dass Gewinne von wenigen Großbanken abgeschöpft werden,

Verluste aber die Steuerzahler zu tragen haben,
widerspricht der Idee von Fairness und Gerechtigkeit.
Auch unser aktuelles Steuersystem widerspricht dem Sinn für Fairness,
denn es gibt unzählige Schlupflöcher und Privilegien.
Für uns bedeutet Fairness auch, dass jeder in unserer Gesellschaft einen Beitrag im Rahmen se
Fairness heißt auch, unverschuldet in Not Geratenen zu helfen
und etwas für eine bessere Gesellschaft beizutragen.
Wir wollen Menschen, die sich aus irgendeinem Grund nicht selbst helfen können, bestmöglich
Fairness ist für uns die Basis politischer Entscheidungen
und steht im Zentrum unseres Handelns!
WIR TRETEN AN, UM ÖSTERREICH NACHHALTIG ZU VERÄNDERN
Seit dem Staatsvertrag von 1955 haben sich zwei traditionelle, ehemals große Parteien das Lan
In fast allen Bereichen hat die Partei-politik ihre Finger mit im Spiel.
Es herrscht Proporz!
Niemand kann sich dem entziehen.
Der Proporz muss abgeschafft werden.
Alle gesellschaftlichen Ebenen sind von der politischen Aufteilung der Republik betroffen,
und das ist nicht gut für die Bürger.
Es gibt so gut wie keinen Wettbewerb um die aussichtsreichsten Ideen und die besten Köpfe.
Politik wird von Interessensgrup¬pen dominiert
und zur Machterhaltung missbraucht.
Großbanken,
Kammern,
Bünde,
Verbände,
Gewerkschaf¬ten
sowie staatliche
und staatsnahe Betriebe sind ein Teil dieses Machterhaltungssystems.
Viele dieser Gruppen profitieren von einem undurchsich¬tigen Subventionssystem,
das wiederum nur sie selbst kontrollieren.
Es gibt keine unabhängige Instanz zur Eindämmung dieser Freunderlwirtschaft.
Staatsnahe Positionen (in Banken, ÖBB, Verbund, Flughafen etc.) werden zumeist an Günstling
womit Steuer¬geld für Bonuszahlungen an politische Funktionäre eingesetzt wird.
Die Politik hat ihre ureigene Rolle aufgegeben, nämlich für das Wohl des Landes und seiner Me
Es geht den Alt-Parteien vorwiegend um Machterhalt, Einfluss und Wählerstimmen.
Leider steht für immer mehr Politiker der Eigennutz im Vordergrund.
Idealismus und Einsatz für Österreich sind in den Hintergrund gedrängt.
Die meisten Politiker haben keine Wirtschaftskompe¬tenz.
Sie haben weder das Wissen, noch die Erfahrung, wie man ordentlich wirtschaftet.
Anstelle dessen häufen sie Berge von Schulden an, um sich Wähler- stimmen zu kaufen.
Wenn sie erkennen, dass sich das Budget nie und nimmer ausgehen kann,
wird noch spekuliert, mit der vermeintlichen Hoffnung, wie im Casino Geld zurück zu gewinner
Der Schaden wird dadurch weiter vergrößert.
Das kann so nicht weitergehen.
Wir stehen für Wirtschaftskompetenz
und wissen, wie man verantwortungsbewusst mit Geld umgeht.
WIR GEBEN EIN BEKENNTNIS FÜR DIE WIRTSCHAFT AB!

Unser Programm entspricht sozialökonomischen Grundsätzen.
Sie sind die Grundlage für unser Handeln.
Unser wirtschaftliches Credo lautet - Wohlstand schaffen statt Wohlstand umverteilen und ver
Wir wollen dabei jene Menschen unterstützen, die sich aus irgendeinem Grund selbst nicht hel
aber man muss verstehen:
Man muss erst etwas schaffen, bevor man etwas verteilen kann.
Eine erfolgreiche Wirtschaft benötigt ein marktwirt¬schaftliches System mit Wettbewerb
und freiem Unternehmertum.
Der Staat und seine Organe haben für ein unternehmerfreundliches Klima zu sorgen,
das schon bei der Gründung von Unternehmen beginnt
und bei der Beseitigung von unzeitgemäßen Wettbewerbshemm¬nissen noch lange nicht ende
Nur dann kann es gelin¬gen, möglichst viele junge und motivierte Menschen davon zu überzeu
dass es für sie und unsere Gesell¬schaft von größtem Nutzen ist, frei und eigenverant¬wortlich
Mit den richtigen Strukturen können sich Unternehmen bei fairem Wettbewerb und Konkurrer
und vielen Menschen im Land Arbeit geben.
Nur gesunde Unternehmen können auf Dauer Wohlstand schaffen!
LEITLINIEN FÜR UNSER GRUNDSATZPROGRAMM
ÖSTERREICH ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN
● Wir stehen für Wahrheit,
Transparenz
und Fairness.
● Wir wollen Arbeitsplätze in Österreich erhalten
und neue ermöglichen.
● Wir wollen den Wohlstand auch für künftige Genera¬tionen erhalten und ausbauen.
● Wir wissen, eine gesunde Wirtschaft ist die stabile Basis für das Wohlergehen unserer Gesells
● Wir wollen die Steuerzahler entlasten.
● Wir wollen die Vereinfachung des Steuersystems und eine Fair Tax.
● Wir treten für einen Steueranreiz ein, der die faire Beteiligung der Mitarbeiter am Gewinn ih
● Wir stehen für einen ausgeglichenen Haushalt und einen langfristigen Schuldenabbau.
● Wir verpflichten unsere politischen Vertreter, aus¬schließlich einem ausgeglichenen Staatsh
● Wir wollen nur so viel Verwaltung wie unbedingt nötig.
● Wir wissen, eine schlanke und effiziente Verwaltung trägt zum Wohlstand aller bei.
● Wir bekennen uns dazu, dass die Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag zu Gesundheit
und Wohl¬stand in Österreich leistet,
insbesondere liegen uns bäuerliche Familienbetriebe am Herzen.
● Wir anerkennen, die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft.
● Wir wollen Frauen fördern.
● Wir treten dafür ein, die Würde jedes Menschen unabhängig von seinem sozialen Status zu l
● Wir wollen die Armut bekämpfen
und jenen helfen, die es wirklich brauchen;
gleichzeitig verlangen wir von jedem die Bereitschaft, nach seinen Möglichkeiten zum Gemeinv
● Wir stehen für ein treffsicheres und transparentes Sozialsystem.
● Wir wollen die demokratischen Strukturen verbessern
und mehr direkte Demokratie ermöglichen.
● Wir wollen eine effiziente Landesverteidigung mit Spezialausbildung für Katastropheneinsätz
● Wir arbeiten für ein gutes Bildungssystem,
das den Kindern Chancen gibt

und Begabungen optimal fördert.
● Wir wollen autonome Schulen höchster Qualität.
● Wir streben eine Reform des Gesundheitswesens an,
welche den Bürgern eine bessere Versorgung bei geringeren Kosten anbietet.
● Wir sind davon überzeugt, dass unser Pensionssys¬tem nur durch die Einführung eines Pensi
● Wir wollen sowohl auf Arbeitgeber- als auch auf Arbeitnehmerseite Anreize schaffen, die es
● Wir wollen eine geregelte Zuwanderung qualifizierter Menschen nach volkswirtschaftlichen E
● Wir wollen unsere Umwelt schützen
und gesundes Trinkwasser sichern.
● Wir wollen den Erwerb von selbstgenutzten Immobili¬en fördern.
● Wir wollen die Allgemeingüter in die Hand der Steuer¬zahler geben.
Staatsanteile sollen in Bürgergesell¬schaften umgewandelt werden.
Dadurch können wir den parteipolitischen Postenschacher abschaffen.
ÖSTERREICHS BEITRAG ZU EINEM STARKEN EUROPA
● Wir stehen für Recht und Freiheit.
● Wir stehen für ein starkes Europa selbstbestimmter Staaten, 109
um dauerhaften Frieden in Europa zu erhalten.
● Wir streben eine starke Währung an,
um unsere Zukunft wieder in die eigenen Hände nehmen zu können.109
Nur eine starke Währung sichert auf Dauer unsere Wettbewerbsfähigkeit.
● Wir wissen, der liberale Rechtsstaat ist der beste Schutz für die Freiheit des Einzelnen.
● Wir stehen für den Bestand Europas als Rechtsge¬meinschaft souveräner, demokratischer St
● Wir lehnen ein zentralistisches, planwirtschaftliches Europa ab,110
denn es bedroht die Freiheit
und den Wohlstand.
● Wir wollen erreichen, dass Österreich nicht für die Schulden und Versäumnisse anderer Staat
● Wir wollen den Wettbewerb in Europa zwischen den Staaten wieder herstellen,
er ist der einzige Garant für Fortschritt
und Wohlstand.
● Wir wollen die Finanzsouveränität aller Staaten Europas wieder gewinnen: 108
Kein Staat darf für einen anderen in Haftung genommen werden. 109
● Wir stehen für eine Reform der Geldordnung
und des Finanzsystems mit weniger planwirtschaftlichem Zentralismus,
dafür mit mehr Wettbewerb,
Demokra¬tie
und Souveränität. 109
UNSERE THEMEN
SCHULDENFREIE ZUKUNFT
Stündlich verschuldet sich Österreich mit ungefähr einer Million Euro (Stand 2012)!
Österreich hat einen offiziellen Staatsschuldenberg von über 230 Milliarden Euro (Stand 2012)
Dazu kommen noch ausgelagerte Schulden
und schon beschlossene Belastungen künftiger Haushalte.
Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als 40.000 Euro.
Alleine der ständig steigende Zinsendienst macht jedes Jahr über 8 Milliarden Euro aus (Stand 2
Die Regie¬rung macht immer mehr Schulden
und verspielt dadurch den Wohlstand der Bürger.
Darüber hinaus fließt das geborgte Geld zu einem großen Teil in eine ineffiziente Verwaltung,

Wahlzuckerln
und nicht in Zukunftsinvesti¬tionen.
Österreich braucht deshalb eine wirkungsvolle Schulden¬bremse im Verfassungsrang,
die mehr ist als eine lose Vereinbarung
oder gar eine bloße Absichtserklärung.
Diese muss kombiniert werden mit einer maximalen Staatsquote,
schließlich soll der Haushalt nicht durch ständige Steuererhöhungen saniert werden.
Die Neuverschuldungsgrenze der EU von 3% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) hat endgültig die
Um die EU-Kriterien einzuhalten und möglichst gut dazustehen, wurden die Schulden einfach „
Das heißt, dass Gesellschaften gegründet wurden, die nur einen Zweck haben:
Mit einem Trick die Schulden aus der Bilanz herauszubekommen
und zu vertuschen, wie es wirklich um die Finanzen der öffentlichen Hand bestellt ist.
Die Republik,
die Länder
und sogar kleine Gemeinden haben so ihre Bücher schöngefärbt.
Deshalb stehen wir heute vor der Situation, dass nie¬mand genau weiß, wie groß die Schulden
Es gibt tausende dieser Gesellschaften, die alle eines gemeinsam haben:
Sie sind tickende Zeitbom¬ben in den Budgets.
Dazu kommen noch unzählige Haftungen der öffentlichen Hand.
Und wer haftet am Ende?
Der Steuerzahler.
Damit muss Schluss sein.
Alles muss öffentlich einsehbar und transparent gemacht werden.
Die Politik muss zu den Schulden stehen, die sie gemacht hat
und alle Schulden wieder in die Bücher nehmen.
Das ist, was wir unter einer transparenten Politik verstehen:
Immer, wenn es um das Geld der Bürger geht, muss alles offengelegt werden und transparent
Mehr Schulden bedeuten mehr Steuern,
weniger Einkommen u
nd Wohlstandsverlust!
Niemand kann sich langfristig durch Schulden einen höheren Lebensstandard sichern.
Der vermeintliche Vorteil wird zum Bumerang für die nächste Generation.
Wir erwarten uns von jeder Regierung nicht mehr und nicht weniger, als das, was auch von ein
Niemand kann langfristig mehr ausgeben als er einnimmt.
Das ist verantwortungslos und grob fahrlässig,
insbesondere gegenüber den nächsten Generationen.
Passiert nicht bald etwas, wird die Zinslast immer höher,
die politische Handlungsfähigkeit immer kleiner,
die Wirtschaftslage immer schlechter
und die Arbeitslosigkeit immer höher.
Beginnt man hingegen damit, die Schulden abzubauen, dann steigt die private Nachfrage schon
Der Staatshaushalt kann die Ketten der Zinsenlast sprengen
und seine Kräfte wieder auf wachstumsför¬dernde Investitionen richten.
Wir verpflichten unsere politischen Mandatare daher, ausschließlich einem ausgeglichenen Sta
Die Grundlage für einen ausgeglichenen Staatshaushalt ist, dass endlich eine einheitliche Staat
In Österreich werden die Gelder der öffentlichen Hand in mehr als 5.000 verschiedenen Budge
Durch die vielen zergliederten Budgets entstehen so viele Zahlungsströme, dass ein Überblick k

und eine zu große Anzahl von Politikern dabei mitmischen kann.
Es ist höchste Zeit für ein einheitliches Budgetrecht, in dem die Zahl der Budgets drastisch redu
und eine Verrechnung eingeführt wird, die für alle Budgets gleich ist.
So schafft man Transparenz und Vertrauen.
Dazu braucht es aber auch eine wirkungsvolle Kontrolle
– der Rechnungshof sollte diese Kontrollfunktion eigentlich jetzt schon ausüben können.
Tatsächlich wird er dabei aber von der Politik auf verschiedenste Art gehindert.
Wir wollen, dass der Rechnungshof alle Mittel und Befugnisse bekommt,
damit er seinem Auftrag, zu prüfen und zu beraten, auch nachkommen kann.
Der Rechnungshof muss zu einem verlängerten Arm der Steuerzahler werden,
der überall dort eingreifen kann, wo es notwendig ist.
Aus diesem Grund befürworten wir die direkte Wahl des Rechnungshofvorstandes durch das V
Macht braucht Kontrolle,
und Kontrolle muss unabhängig sein,
insbesondere von politischer Einfluss¬nahme.
Die meisten Politiker verstehen leider nur sehr wenig von der Wirtschaft.
Um das zu erkennen, reicht der gesunde Hausverstand.
Wenn der Wohlstand immer kleiner wird, die Schulden aber immer größer werden, dann läuft
Wenn das Management einer Firma immer nur Verluste macht, würde es bald von den Aktionä
und es würde sich auch schwer eine Bank finden, die Kredit gibt.
Im politischen Alltag funktioniert das aber genau umgekehrt.
Je mehr Schulden die Politiker machen, umso fester sitzen sie scheinbar im Sattel.
Und die Großbanken helfen ihnen dabei.
In der Geschichte haben die Großbanken immer schon lieber Kredite an Staaten vergeben als a
Das hat einen einfachen Grund:
Der Steuerzahler muss immer für die Schulden haften, die von den Politikern gemacht werden.
Um die Menschen aber trotzdem weiter bei Laune zu halten,
verteilen die Politiker kurz vor den Wahlen plötzlich sogenannte „Wahlzuckerl“.
In Wahrheit kosten diese „Geschenke“ aber mehr, als sie nutzen.
Sie werden mit neuen Schulden finanziert,
und am Ende sind es wieder die Bürger, wenn auch erst die nächsten Generationen, die die Re
Das ist ungerecht.
Man darf eines nicht vergessen:
Die Regierung kann den Bürgern nur das geben, was sie ihnen vorher weggenom¬men hat.
Man muss verstehen, dass die Politiker alles tun, um an der Macht zu bleiben.
Schulden sind für sie der einfachste Weg, um das zu erreichen.
Deshalb drücken sie sich davor, den Menschen eine unangeneh¬me Wahrheit zu sagen:
Schulden lösen keine Probleme, sie schaffen nur noch größere.
Wer zu viele Schulden hat, kann sich ausrechnen, wie schnell das Geld sogar für die grundlegen
Das ist bereits für einen einzelnen Menschen eine schreckliche Situation.
Für einen Staat und seine Bürger ist es aber eine Katastrophe.
Noch sind die Kühlschränke voll, aber wenn wir in unserer Schulden¬politik nicht gegensteuern
Wir wollen daher einen Weg gehen, der aus dieser Schuldenfalle hinausführt.
Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass unser Geld wieder Österreich dient,
und nicht verschiedenen Großbanken.
Österreich muss vernünftig wirtschaften
und ein ausgeglichenes Budget mit einem kleinen Überschuss erreichen,

damit wir endlich damit beginnen können, die Schulden zurück zu bezahlen.
Mit einer klugen Wirtschaftspolitik und ausgewoge¬nem Sparen können wir den Schuldenberg
und unseren Wohlstand dauerhaft sichern.
UNSERE THEMEN
VERWALTUNGSREFORM
Österreich leidet an einer aufgeblähten Verwaltung.
Historisch gewachsene Verwaltungsstrukturen wurden nicht an moderne Erfordernisse angepa
Verwaltung erzeugt immer neuen Bedarf an noch mehr Verwaltung,
es entsteht eine Art Selbstbeschäftigungs¬kreislauf.
In Österreich ist dies besonders ausgeprägt.
Das ist aber nicht die Schuld der Staatsbediensteten,
sondern die Schuld der Regierung.
Wir haben zu viele Politiker.
Diese machen zu viele
und zu komplizierte Gesetze,
die verwaltet werden müssen.
Wir müssen die Anzahl der Mandatare auf allen Ebenen reduzieren,
wir müssen unzeitgemäße,
sinnlose
und überflüssige Gesetze und Regeln außer Kraft setzen,
die restlichen Gesetze und Regeln vereinfachen
und die Verwaltungs¬kosten auf eine zivilisierte Art und Weise abbauen!
In jeder Gesetzgebungsperiode werden von den gesetz¬gebenden Körperschaften auf rund 60.
Es ist keine große Überra¬schung, dass diese Gesetze in der Praxis oft kaum anwendbar sind.
Jedes kleinste Detail wird vorgeschrie¬ben.
Wir sind einfach überreguliert.
Viel sinnvoller ist es, nur da einzugreifen, wo eine klare und verbindliche Rege¬lung notwendig
Das würde viel Bürokratie ersparen
und unsere Unternehmer wieder wettbewerbsfähiger machen.
Die Bürger brauchen keine dauernde Bevor¬mundung,
sondern - im Gegenteil - mehr Freiheit und Möglichkeit zur Entfaltung.
Staatsbedienstete sind ein wichtiger Teil der Lösung,
da sie mit ihrem Insiderwissen in der Lage sind, gemeinsam mit uns an neuen Konzepten zu arb
Wir wollen eine schlanke und effiziente Verwaltung!
Wir wollen nur so viel Verwaltung wie unbedingt nötig!
Der gigantische Verwaltungsapparat wird aber vor allem von den beiden Großparteien mit Zäh
Aus Bequemlichkeit und aus Angst.
Und, weil sich dieser Verwaltungsapparat über die Jahre in Wahr¬heit zu einem Versorgungsap
Es ist für die großen Parteien angenehm, wenn sie zahlreiche gut bezahlte Posten vergeben kö
So sichern sie ihre Macht
und den Wert ihrer Parteibücher.
Ein Beispiel dafür:
Neben der „echten“ Verfassung, die festlegt, welche Zuständigkeiten es gibt und welche Aufga
Sie zeigt ein deutlicheres Bild davon, wie es in unserem Staat tat¬sächlich zugeht.
Diese „Realverfassung“ wird von Bünden,
Kammern,
politischen Parteien,

den sogenann¬ten „Sozialpartnern“
und anderen mächtigen Institutio¬nen gesteuert.
Die Pflichtmitgliedschaften bei Verbän¬den und Interessensvertretungen,
wie bei der Arbeiterkammer, der Wirtschaftskammer und der Landwirtschaftskammer,
sowie die Überverwaltung kosten die Volkswirtschaft laut Einschätzung des Rechnungshofes jäl
Das Budget der Kammern geht mehr als zur Hälfte für ihre Selbstverwaltung auf.
Profiteure sind somit in erster Linie die Politik und ihre Günstlinge.
Wir wollen alle diese Zwänge abschaffen
und den Bürgern ermöglichen, selbst zu bestimmen, wer sie vertreten soll.
Wir sagen nicht, dass wir die Kammern abschaffen wollen,
sondern die Zwangsmitgliedschaft.
Wenn die angebotenen Dienstleistungen so gut sind, können die Arbeitnehmer,
die Unternehmer
und die Bauern selbst entscheiden,
beizutreten.
Abgesehen von den unnötigen und viel zu hohen Verwaltungskosten verlangsamt die aufgeblas
Nur mit klaren Kompetenzen kann man die besten Resultate erzielen.
Wir sind der Ansicht, dass alles, was auf kleinster Ebene erledigt werden kann, dort auch erledi
Das ist immer am effizientesten und am unkompliziertes¬ten.
Zudem stärkt das die Eigenverantwortung
und das Interesse der Bürger.
Je weiter weg Regeln beschlossen werden, ob in Wien oder gar in Brüssel,
umso weniger interessiert sich die lokale Bevölkerung für die Vorgänge,
weil oft eine Art Ohnmachtsgefühl entsteht.
Verant¬wortung auf die nächsthöhere Ebene zu übertragen, macht nur dann Sinn, wenn die be
oder durch gesellschaftliche Zusammenarbeit nicht mehr effektiv und effizient gelöst werden k
Wir brauchen eine gute Balance zwischen Lösungen auf der kleinsten Ebene, die möglichst bürg
und einer zentralen Koordination all jener Aufgaben, die für den ganzen Staat wesentlich sind.
Der Bund sollte alle jene Aufgaben übernehmen, deren Nutzen der gesamten Bevölkerung in gl
und von deren Inanspruchnahme niemand ausgeschlossen werden darf.
Zum Beispiel die äußere und innere Sicherheit
oder die überregionale Infrastruk¬tur.
Die Länder könnten dann jene Aufgaben überneh¬men, die eine gewisse Größenordnung übers
und mit deren Finanzierung einzelne Gemeinden überfordert wären.
Die Gemeinden sollten all jene Aufgaben abde¬cken, bei denen sich überschaubare Leistungen
Wir wollen Menschen für politische Entscheidungspro¬zesse interessieren und miteinbeziehen
Dort, wo Synergien genutzt werden können, soll die Verwaltung zusammengelegt werden.
Komplizierte und schlechte Gewohnheiten sollen einfachen und guten Lösungen weichen.
Das spart Zeit und Steuergeld.
Wir wollen alle Strukturen durchleuchten,
um sachlich festzustellen:
Welche Verwaltungsstrukturen brauchen die österreichischen Bürger
und wie kann man alles möglichst effizient gestalten,
damit sie den größtmögli¬chen Nutzen zu den geringsten Kosten haben?
Wir schlagen vor, dass erfahrene und politisch unabhän¬gige Experten alle Verwaltungsstruktu
und langfristig sinnvolle Vorschläge zur Verbes¬serung der Strukturen machen.
Dabei sollen den Steuer¬zahlern keine Kosten entstehen.

Im Gegenteil, das Honorar der Beraterfirma soll aus den Ersparnissen, die durch die langfristig s
Wir gehen davon aus, dass wir die Verwaltungskosten über die nächsten fünf Jahre jedes Jahr u
UNSERE THEMEN
DEMOKRATIEREFORM
Unser politisches System ist in vielen Bereichen schein¬demokratisch.
Vieles beruht auf Absprachen von Parteisekretariaten,
dadurch ist die Möglichkeit auf eine freie Wahl weitgehend ausgeschlossen.
Politik ist sehr oft eine abgemachte Sache.
Viele Bürger gehen deshalb nicht mehr zur Wahl,
die Wahlbeteiligung sinkt seit Jahren.
Gerade bei den Alt-Parteien bestimmen Groß¬banken, Bünde, Kammern und Gewerkschaften,
Der Bürger hat dabei kein Mitspra-cherecht
und dadurch auch keine freie Wahl.
Die Wähler wissen nicht einmal, wer sie im Parlament vertritt.
Außerdem haben wir zu viele Berufspolitiker, die wenig Verständnis für die Wirtschaft haben.
Politiker zu sein, heißt seinem Land zu dienen.
Leider ist es heute oft umgekehrt, nämlich, dass sich Politiker selbst bedienen.
Die Menschen in Österreich haben das Gefühl, dass die meisten Politiker sich nicht mehr um di
Tatsächlich waren viele Politiker noch nie in der Privatwirtschaft tätig.
Viele sind in einer Scheinwelt groß geworden
und wurden mit der Staatsmilch aufgezogen
– in ihren Parteien, Kammern, Bünden, Gewerkschaften und anderen Vorfeldorganisa¬tionen.
Wir wollen Institutionen, die nicht den Bürgern, sondern nur den Machterhaltern dienen, absch
- insbesondere den Bundesrat.
Wir haben zu viele Berufspolitiker, die wenig Verständnis für die Wirtschaft haben.
Politiker sollen nur für höchs¬tens zwei Amtsperioden dienen,
dann sollen sie in die Privatwirtschaft zurückkehren
und mit den Gesetzen, die sie gemacht haben, leben.
Wir wollen die Anzahl der Mandatare aus politischen Parteien auf allen Ebenen reduzieren
– auf Bundesebe¬ne auf maximal 100.
Und zwei aufeinanderfolgende Legislaturperioden im Parlament bzw. Landtag sind jedenfalls ge
Länger soll sich kein Politiker mehr vor der Wirklichkeit abschotten können.
Dann ist es Zeit, wieder Fuß zu fassen im Alltag und zwar in der Privat¬wirtschaft,
nicht in irgendeiner politischen Auffangorga¬nisation.
Wer seine Arbeit in dieser Zeit gut erledigt hat und anständig geblieben ist, wird auch in der fre
Wir wollen unsere demokratischen Strukturen verbessern.
Eine echte Erneuerung unter Miteinbeziehung der Bürger ist der einzige Weg, um das verloren
Seinem Land und seinen Bürgern zu dienen, muss die oberste Prämis¬se eines Politikers sein.
Für die Zukunft möchten wir, dass alle Gesetzgebungs¬prozesse völlig transparent ablaufen.
Vom Entwurf eines Gesetzes bis zu dem Tag, an dem es beschlossen wird.
Und auch darüber hinaus.
Alles muss klar,einfach und vor allem nachvollziehbar sein.
Wer nichts zu verbergen hat, kann auch alles offenlegen:
den Nutzen, die wahren Kosten und den Zweck jedes einzelnen Gesetzes.
Wir nehmen nicht in Anspruch, alles besser zu wissen und für jedes Problem sofort eine Lösung
Aber wir wollen dazu beitragen, dass die Wahr¬heit in diesem Land endlich gelebt wird
und man sich auch den unangenehmen Fragen stellt.

Auch manche Politiker anderer Parteien haben gute Ideen,
können oder wollen diese aufgrund ihrer großen Abhängigkeits¬verhältnisse zu den Vorfeldorg
Wenn diese Praxis auch in den nächsten Jahren so so weitergeführt wird, dann fahren wir mit \
Wir stellen Politiker, die ihre Verantwortung ernst nehmen
und im Auftrag der Bürger das Beste für unser Land und seine Menschen umsetzen.
Unser Ehrenkodex stellt sicher, dass wir nur Politiker mit Verantwortungs¬bewusstsein in unse
Unabhängige Bürgervertreter im Parlament
Als Gegengewicht zu den Abgeordneten, die durch Listenbildung ins Parlament kommen, brauc
Wir sind für eine Reform des politischen Systems,
in dem die Bürger auch Einfluss auf die Gesetzgebung haben.
Zusätzlich zum Verhältniswahlrecht, in dem Listen durch die politischen Parteien gebildet werd
wollen wir das Land in 50 Regionalwahlkreise aufteilen,
in denen Bürger, die seit zumindest zwei Jahren politisch unabhängig sind
und ein Minimum von 250 Unterstützungsstimmen erhalten,
mindestens 35 Jahre alt
und unbescholten sind - kandidieren können.
Und zwar außer Konkurrenz von den Parteien!
Der Bürger mit den meisten Stimmen in jedem Wahl¬kreis würde als unabhängiger Bürgervertr
und bei den wichtigsten Budgetfra¬gen mitstimmen,
und zwar geheim, damit es keine Belohnung und keine Bestrafung gibt.
Bei 100 politischen Abgeordneten und 50 Bürgervertretern kämen wir auf 150 Abgeordnete im
Das würde genügen, wir brauchen keine 183 Abgeordneten.
Bürgervertreter sollen in den Gesetzgebungsprozess miteinbezogen werden,
stimmen im Geheimen ab,
damit sie vor parteipolitischem Einfluss geschützt sind.
Sie sollen nur dem eigenen Gewissen verpflichtet sein
und ihre Erfahrung und ihr Sachwissen nutzen.
Sie würden mit ihrem Verstand und mit ihrem Herzen stimmen,
weil sie sich fragen würden, welche Lösung gut für sie, ihre Familien und ihre Kinder wäre.
Wir wollen auch die Opposition stärker miteinbinden,
da sie aus der Rolle des reinen Kritikers herausgehen soll.
Heute ist es leider oft so, dass Vorschläge reflexartig abgelehnt werden, nur weil sie von ander
Wir brauchen einen Anreiz, zusammenzuar¬beiten,
um die besten Lösungen für unser Land zu entwickeln.
UNSERE THEMEN
STEUERREFORM
Jeder Staat muss Steuern einheben, um jene Ausgaben tätigen zu können, die für das Gemein
Dabei ist genau zu beachten, welche Aufgaben gemein¬schaftlich erledigt werden müssen und
Unser Grundsatz lautet:
so viele Steuern wie nötig, aber so wenig wie möglich!
Und das Steuergeld der Bürger muss ordentlich verwal¬tet werden.
Keinesfalls darf der Staat bzw. die Politik mit Steuergeld spekulieren.
Spekulationen mit Steuer¬geld müssen verboten
und Zuwiderhandelnde strengs¬tens bestraft werden.
Österreichs Steuergesetze sind unübersichtlich,
unge¬recht,
kompliziert

und durch unzählige Ausnahmebe¬stimmungen nicht rechtssicher.
Steuergesetze sind in Österreich in vielen Bereichen Auslegungssache.
So wird viel Geld und Zeit verschwendet, das den Bürgern und der Wirtschaft letztlich fehlt.
Wir brauchen ein einfaches Steuersystem, das jeder Bürger und Unternehmer ohne großes Sp
Dies würde viel Geld sparen.
Wir brauchen ein neues, transparentes und faires Steuersystem
– eine Fair Tax, die das Prinzip Fairness auch im Steuerrecht verankert.
Mit einer Fair Tax können wir die Steuerzahler entlasten, den Verwaltungsauf¬wand reduziere
die Steuerberechnung vereinfachen
und vor allem wieder mehr Gerechtigkeit im Steuersys¬tem schaffen.
Wir brauchen ein Steuersystem, das Investitionen in Österreich begünstigt
und die freie Entfaltung des Einzelnen fördert, das den Verwaltungsaufwand reduziert,
Grauzonen und Schlupflöcher beseitigt.
Jeder soll in der Lage sein, seine Steuerverpflichtung selbst auszurechnen.
PERSÖNLICHES EINKOMMEN
Wir wollen besonders Familien mit Kindern entlasten:
Wir wollen die Steuersätze für die Einkommenssteuer senken
und gleichzeitig für soziale Ausgewogenheit sorgen, indem wir das steuerfreie Einkommen anh
Wir wollen eine gestaffelte Fair Tax, um sozial Schwache und Menschen mit niedrigem Einkom
Das sogenannte steuerfreie Einkommen wird auf 12.000 Euro pro Jahr angehoben.
Darüber hinaus soll der Einkommensteuertarif neu berechnet werden,
sodass vor allem Familien mit Kindern entlastet werden:
Familien können ab zwei Kindern in die Familienbesteue¬rung wechseln,
das heißt, die Einkommen der Familie werden gemeinsam versteuert:
Also wird zum Beispiel auch der haushaltsführende Elternteil in die Gesamt¬steuerbelastung d
und die Einkommenssteuerbelastung für Familien mit Kindern sinkt.
Besonders betroffen im System sind oft alleinerziehen¬de Mütter,
für sie wollen wir gute Strukturen schaffen, um sie bestmöglich zu unterstützen.
Wir wollen für alle Einkommen einen progressiven niedrigeren Staffeltarif, als er heute besteht
UNTERNEHMER
Wir wollen unsere Klein- und Mittelbetriebe besonders fördern:
Sie sind die wichtigsten Arbeitgeber in unserem Land.
Wir wollen sie von Zwangsmitgliedschaften in Kammern und den damit einhergehenden Zwang
und ein Steuergesetz gestalten, das sie fördert
– und zwar vor allem ihre Aktivitäten im Inland:
Unternehmen, die im Inland investieren, sollen steuerlich bessergestellt werden,
denn das schafft Arbeitsplätze im Land.
Wir brauchen klare Regeln und Transparenz.
Firmen, die im Ausland investieren, sollen ihre Verluste aus ausländischen Gesellschaften nicht
Nur Investitionen im Inland können zur Gänze abgesetzt werden,
denn das schafft Arbeitsplätze im Land.
Gewinne, die im Unternehmen bleiben, werden mit 10 Prozent besteuert.
Dieser Steuersatz ersetzt die derzeitige 25-prozentige Körperschaftsteuer.
Alternativ kann der Eigentümer diese 10 Prozent den Arbeitneh¬mern als Gewinnbeteiligung a
Entnommene Gewinne sind mit einem „Fair Tax“ Steuersatz zu versteuern.
Die richtigen Steuersätze werden sich im Laufe der Zeit finden,
da wir Maßnahmen setzen, um die Wirtschaft anzukurbeln

und die Verwaltungskosten zu reduzieren.
Die Sozialversicherungskosten teilen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer
und diese werden vom Arbeitgeber direkt abgeliefert.
Die Personalnebenkosten sind zu hoch,
das schadet unserer Wettbewerbsfähigkeit.
Da unsere Programme die Wirtschaft ankurbeln und gleichzeitig die Verwaltungskosten reduzie
können wir die Nebenkosten im Laufe der Zeit deutlich senken.
Wir können die Steuer vom heutigen Niveau, im Laufe der Zeit, im Vergleich zur heutigen Steue
da gleichzeitig die Verwaltung abgebaut wird
und auch Steueranreize für Unterneh¬men, im Inland zu investieren, bereits zu wirken begin¬n
Die Verwaltungs- und Steuerreform müssen Hand in Hand gehen.
Im Laufe von wenigen Jahren könnte man den Fair Tax Steuersatz deutlich senken.
Es ist längst erwiesen, dass niedrigere Steuern wegen der positiven Wirkung auf die Leistungsb
Die Leistungsbereitschaft und die Steuermoral steigen.
Ein Steuersystem muss Wachstum ermöglichen und Leistungsbereitschaft fördern.
Leistung muss sich lohnen!
Nur eine Steuer, die jeder versteht, ist eine Fair Tax.
Nur so kann man politische Willkür im Zusammenhang mit Steuerprüfungen verhindern.
Daher schlagen wir vor, dass Finanzstrafverfahren nur durch eine vom Staat unabhängige Expe
UNSERE THEMEN
STEUERREFORM
25 Klare Regeln
– faire Steuern
Es gibt viele Menschen, die sich nicht trauen, offene Kritik am herrschenden System zu äußern
Wenn mit einer Steuerprüfung gedroht wird, verstummen die meisten.
Obwohl sie alles anständig gemacht haben, müssen sie sich vor einer Steuerprüfung fürchten, v
Das ist einer der Gründe, weshalb viele Menschen Angst davor haben, sich selbstständig zu ma
Eine Steuererklärung auszufüllen, soll so einfach wer¬den, dass jeder Bürger das problemlos se
In Österreich leben viele gut ausgebildete und fleißige Menschen.
Das ist ein großer Vorteil.
Rohstoffe kosten auf der ganzen Welt in etwa gleich viel:
Was den Unterschied ausmacht, sind die Menschen
und die Strukturen.
Aber wenn die Steuer- und Verwaltungs-kosten zu hoch sind, wird dieser Vorteil im globalen W
So kann die Wirtschaft nicht funktionieren
– und wenn die Wirt¬schaft nicht funktioniert, funktioniert gar nichts mehr.
Private Pensionsvorsorge
Wir wollen auch einen Anreiz für die private Pensions¬vorsorge schaffen:
Bis zu 10 Prozent des Einkommens soll als freiwillige steuerlich abzugsfähige Beitragszah¬lunge
So kann jeder seinen Einkommenssteuersatz durch Pensionseinzahlungen reduzieren.
Auf dieses Konto der Pensionskasse soll niemand Zugriff haben, außer dem Einzahler selbst.
Der Staat garantiert für den eingezahl¬ten Betrag.
Die Pensionskasse muss mit geringem Risiko veranlagen, mit diesem Geld darf nicht spekuliert
und wir wollen damit die Kreditvergabe an heimische Unternehmen fördern.
Wir sind für die Einführung eines fairen Pensionskontos, wo jeder Einzahler sehen kann, wie vie
und damit selbst und eigenverant¬wortlich entscheiden kann, wann er in Pension gehen möch
Wir sind für ein vereinfachtes und gerechtes Steuer¬system (Fair Tax) ohne Schlupflöcher und

UNSERE THEMEN
ARBEITNEHMER
Steueranreiz für die Beteiligung von Mitarbeitern!
Die Wirtschaft wird von drei Kräften getrieben
– durch kluge Manager,
fleißige Mitarbeiter
und Kapital.
Alle drei haben ein moralisches Recht darauf, am gemeinsam erwirtschafteten Erfolg beteiligt z
Wir brauchen Steueranreize für Unternehmer, die ihre Mitarbeiter am Gewinn teilhaben lasser
Der Arbeitnehmer ist für uns das wichtigste Kapital.
Wir legen im Steuergesetz fest, dass ein Unternehmen die 10%ige Unternehmenssteuer (heute
Die Wahrscheinlich¬keit, dass viele Unternehmer von dieser Möglichkeit Gebrauch machen we
denn durch die Beteili¬gung der Mitarbeiter steigt deren Motivation.
Mit diesen Strukturen können wir beginnen, eines der Hauptprobleme unserer Gesellschaft zu
nämlich die große soziale Kluft zwischen den Wohlhabenden und den Arbeitern.
Die Mitarbeiter haben ein moralisches Recht darauf, am Erfolg ihrer Firma beteiligt zu sein.
Darüber hinaus führt die Beteiligung der Mitarbeiter zu einem Umdenken:
Wenn Mitarbeiter am Erfolg ihres Unterneh¬mens beteiligt sind, sind sie viel motivierter, dadu
Darüber hinaus treten wir für einen einheitlichen Arbeit¬nehmerbegriff ein.
Es soll keinen Klassenunterschied zwischen Arbeitern, Angestellten und Beamten geben.
Die Gruppierung der Bevölkerung nach Klassengesichts¬punkten entspricht nicht dem heutiger
Abgesehen von dieser sicher nicht mehr zeitgemäßen Unterscheidung unter den arbeitenden M
bedeutet das natürlich auch einen gewaltigen Verwal¬tungsaufwand:
Für Angestellte gilt das Angestelltenge¬setz,
für Arbeiter hingegen die Gewerbeordnung,
weiters gelten das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch
sowie die Bestimmungen des jeweils relevanten Branchenkollek-tivvertrages.
Die sogenannte „Sozialpartnerschaft“ ist ein Beispiel für eine überholte Form dieses Denkens i
Auf der einen Seite die Arbeitgebervertreter und auf der anderen Seite die Arbeitnehmervertre
Unter dem Vorwand, Konflikte zwischen den Arbeitge¬bern und den Arbeitnehmern vermeider
werden dann viele wichtige Beschlüsse von diesen parteinahen Interessensvertretungen, Bünd
Hinter verschlossenen Türen.
In Wirklichkeit sind die sogenannten „Sozialpartner“ aber nicht die Partner der Menschen, sond
Außerdem kostet die Zwangsmitglied¬schaft der Arbeitnehmer in der Arbeiterkammer viel Gel
Wir denken anders.
Wir stehen für eine Politik, die für alle Bürger da ist:
Auf einen offenen Dialog,
der keine geheimen Absprachen braucht
und sich der demokrati¬schen Öffentlichkeit verantwortlich fühlt.
In der Vergangenheit wollte man sicher die beiden Gruppen absichtlich in ihrem Bewusstsein v
damit sie sich nicht miteinander identifizie¬ren und solidarisieren.
Heute wissen wir aber:
Nur wenn wir alle an einem Strang ziehen, also Unternehmensei¬gentümer, Management und
anstatt gegeneinander arbeiten,
kann eine Firma wettbewerbsfähig und damit erfolgreich sein.
Wohlstand schaffen
und Armut reduzieren sind Ziele,

die Hand in Hand gehen.
Es ist sehr wichtig, dass wir Rahmenbedingungen schaffen, die Anreize dafür bieten, Wohlstanc
und Armut zu reduzieren.
Wir wollen an einem Strang ziehen
und auch die Politik darf keinen Einfluss am Arbeitsplatz haben:
Das Parteibuch darf weder am Arbeitsplatz noch an der Ausbildungsstelle Einfluss haben.
Das muss gesetzlich verboten sein!
UNSERE THEMEN
JUSTIZ UND KONTROLLE
Die Gerichtsverfahren in Österreich dauern in der Regel viel zu lange.
Daher müssen die Verfahren beschleunigt werden.
Das setzt eine bessere Struktur
und eine effiziente Verwaltung voraus.
Insbesondere im Strafrecht besteht Handlungsbedarf.
Immer mehr werden ursprünglich spezifische Rich¬teragenden auf weisungsgebundene Staats
Die Übertragung der Aufgaben des unabhängigen Untersuchungsrichters in die staats¬anwalts
dass die Aufbereitung und Sammlung von Beweisergeb¬nissen innerhalb einer bis in die Regier
Zurzeit ist also der Staatsanwalt Ermittler und Ankläger in einer Person.
Darüber hinaus kann er im Rahmen der Diversion sogar urteilsgleiche Entscheidungen treffen.
Das Objektivitätsgebot ist verletzt.
Es kann nicht richtig sein, dass weisungsgebundene Staatsanwälte, die eine Berichtspflicht an d
Bei Fehlentscheidungen reicht eine Korrektur im Nachhinein nicht aus, um so entstandenes Un
Die überaus bewährte Funktion des weisungsfreien, unabhängigen Untersuchungsrichters mus
Seine Aufgabe war es, im Rahmen der Gesetze die Ermittlungen zu führen,
den vorliegen¬den Sachverhalt zu klären,
unparteiisch das Für und das Wider objektiv und genau abzuwägen,
allenfalls neue, zusätzliche Erhebungen der Polizei anzuordnen.
Nach Abschluss dieser Voruntersuchung übergibt der Untersu¬chungsrichter das Ergebnis sein
die dann nach den Kriterien des Strafge¬setzes zu beurteilen hat, ob gegen einen Beschuldigte
Auch die Weisungsgebundenheit der Staatsanwälte muss in Frage gestellt werden. ¨
Verfahren dürfen nicht aus politischer Motivation eingeleitet oder eingestellt werden.
Das Amt des Justizministers soll eine politisch völlig unabhängige,
fachlich höchst qualifizierte Person ausüben.
Die Justiz,
der Rechnungshof,
der Verfassungs- und der Verwaltungsgerichtshof müssen von der Regie¬rung unabhängig sein
Das heißt, die obersten Richter und Kontrollorgane der Republik sollen direkt vom Volk gewähl
UNSERE THEMEN EUROPA UND EURO
Wir sind überzeugte Europäer! 108
Für uns ist das gemeinsa¬me Europa ein Friedensprojekt, 108
das große Leistungen erbracht hat. 108
Frieden ist die unverzichtbare Basis für Wohlstand
und gesellschaftliche Entwicklung.
Wir begrüßen den freien Personen-, Güter-, Dienstleistungs-und Kapitalverkehr. 108
Allerdings lehnen wir jede Art der Zentralisierung 110
und Abschaffung der nationalen Souve¬ränität entschieden ab. 110
Für uns steht das friedliche Miteinander der selbstbe¬stimmten Mitgliedsstaaten an oberster S

Dafür braucht es keine Zentralisierung 110
und auch keine „Verei¬nigten Staaten von Europa“. 110
Jede Zentralisierung geht zu Lasten von Wettbewerb und Wohlstand.
Wir wollen unsere Eigenständigkeit erhalten und ausbauen. 109
Österreich ist überverwaltet.
Obendrauf gibt es noch die EU, somit haben wir fünf Verwaltungsebenen: 110
Die Gemeinden, die Bezirke, die Länder, den Bund und die EU!
Die EU ist heute sogar für einen Großteil aller Gesetze verantwortlich, die wir in Österreich um
Das ist undemokratisch 110
und bedeutet zu viel Verwaltung. 110
Zu kompliziert und zu teuer. 110
So können wir nicht wettbewerbsfähig sein.
1992 wurde die EU und gleichzeitig auch die Wirtschafts-und Währungsunion errichtet.
Die Politiker konstruierten den „Euro“, und ersetzten damit - ohne die geringste wirtschaftliche
Der Euro wurde den Menschen von oben verord¬net 110
und dient vor allem den Interessen jener, die ihn in der gegenwärtigen Form gestaltet haben. 1
Mit Hilfe des Euro wollte man möglichst schnell mit möglichst vielen Staaten Europas zu einer
Ein ebenso ambitionierter wie from¬mer Wunsch. 110
Es kann nicht funktionieren, 17 Staaten mit völlig unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen, unt
Die gemeinsame Währung ohne flexible Wechselkurse für die einzelnen Länder ist eine Fehlkor
denn sie verhindert den Ausgleich zwischen den einzelnen Volkswirtschaften. 110
Dieser Ausgleich ist besonders wichtig, weil es immer Unterschiede in der Konjunktur, 110
der wirtschaftlichen 110
und kulturellen Entwicklung der einzelnen Länder geben wird. 110
Seit es den Euro gibt, werden die Bürger nicht richtig über den Euro informiert,110
es wird sogar fälschlicherweise behauptet, der Euro sei gut für Österreich gewesen. 110
Dabei ist der Wohlstand noch nirgends auf der Welt durch eine weiche Währung nachhaltig ge
Es herrscht ein durch die Politiker
und durch die Medien falsch erzeugtes Bild,
aber eines ist sicher:
Jeder Österreicher weiß, dass der österreichi¬sche Euro mehr wert sein soll , als beispielsweise
Durch die zentralistische Verwaltung, 110
die gemeinsame Währung 110
und die vielen Vorschriften, die Ungleiches gleich machen wollen, 110
sind die Länder Europas nicht mehr wettbewerbsfähig. 110
Die Verwaltungskosten sind zu hoch. 110
Effizient organisierte, 110
unabhängige 109
und im Wettbewerb zueinander stehende Staaten werden erfolgreicher sein, als jene, die in ei
Auch das jetzige Geldsystem funktioniert aus verschie¬denen Gründen nicht. 110
Es wird zu viel Geld gedruckt, sowohl in Europa 110
als auch in den USA.
Das heutige Geldsystem macht es den Regierungen viel zu einfach, die Notenpresse anzuwerfe
mehr Geld zu drucken
und damit die Ersparnisse der Bürger zu entwerten.
Man kann sogar von einer schleichenden Enteignung sprechen.
Eines ist sicher:

Die Bürger wissen, dass heute fast alles teurer ist als zu Schilling-Zeiten. 110
Der Wert des Euro nimmt tendenziell ab, 110
und weitere Abwertungen sind zu erwarten. 110
Der Euro wird immer weniger wert, weil immer mehr Geld gedruckt wird 110
und die Wettbe¬werbsfähigkeit der Euro-Länder abnimmt.110
Die Geldmen¬ge wächst schneller als die Wirtschaft
und damit wächst auch die Gefahr einer Inflation,
die den Wohlstand aller massiv gefährdet.
Durch die Einführung der Währungsunion wurden die Unterschiede der wirtschaftlichen Leistu
Eine Lösung für die gegenwärtige Währung- und Wirtschaftskrise ist folgende:
Jedes Land im Währungsverbund könnte seinen eigenen Euro haben.
Die Österreicher also einen österreichischen Euro, 110
die Italiener einen italienischen Euro, 110
die Griechen einen griechischen Euro 110
und die Deutschen einen deutschen Euro. 110
Jedes Land würde – gemessen an seiner Wirtschaftskraft – seine eigene Währung mit einem be
Der Euro selbst würde als gemeinsame Verrech¬nungseinheit bestehen bleiben. 108
Durch ein System der flexiblen Wechselkurse wird der Markt seine Balance finden 110
und – je nachdem, wie gut oder schlecht ein Land wirtschaftet – wird die Währung entsprechen
Jedes Land soll die Möglichkeit haben, selbstständig zu entscheiden, ob und wie stark es seine
Damit kann jedes Land seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern und seine eigene wirtschaftlich
Länder können aber natürlich auf freiwilliger Basis enger zusammenarbeiten
und ihre Währungen aneinander binden.
Als Übergangsphase ist denkbar, dass die wirtschafts¬starken Länder den Südländern Geld aus
wie z.B. Rohstof¬fen oder Lebensmitteln, zur Verfügung stellen,
damit in den betroffenen Ländern die Sozialsysteme nicht zusammenbrechen
und die Grundversorgung der Bevölkerung gesichert ist.
Es hat den Anschein, dass die Bürger in den Südländern den Nordländern die Schuld für ihre sc
obwohl eine große Schuld bei den Großbanken liegt,
die sich auf Kosten der Steuerzahler verspekuliert haben.
Unterstüt¬zung in der Übergangsphase durch die Nordländer ist daher aus Sicht der friedlicher
Man muss sich dessen bewusst sein, dass die derzeitig existierenden Schulden unmöglich zurüc
Diese Last darf aber nicht den Steuerzahlern aufgebürdet werden,
sondern die Gläubiger, vor allem die Großbanken, müssen einen Schuldenschnitt akzeptieren.
Wir kämpfen für die Wiedererlangung unserer Souverä¬nität 109
und wollen – frei von Bevormundung – unsere Zukunft in die eigenen Hände nehmen! 109
Europa ist an einem Wendepunkt seiner Geschichte angelangt
- die Situation in einzelnen EU-Mitgliedsstaa¬ten ist mehr als bedenklich. 110
Viele Menschen in den südlichen Ländern stehen vor den Trümmern ihrer Existenz. 110
Die Jugendarbeitslosigkeit,
vor allem in den Südländern, ist besonders besorgniserregend,
die Arbeitslosigkeit liegt dort oft bei über 25 Prozent,
die Jugendarbeitslosigkeit in manchen Südländern schon bei über 50 Prozent!
Das ist in höchstem Maße besorgniser¬regend.
Die Krise, in der wir stecken, hat viele Ursachen.
Eine der wesentlichsten ist, dass die Realwirtschaft vernachläs¬sigt wurde
und wir immer mehr zu einer Finanzwirt¬schaft geworden sind.

Das ist eine Fehlentwicklung.
Nur in der Realwirtschaft, wo Produkte hergestellt
und verkauft
sowie Dienstleistungen angeboten werden,
kann man Wohlstand schaffen.
Wir wollen die Wirt¬schaft wieder auf eine solide Basis stellen.
UNSERE THEMEN
EUROPA UND EURO
Jene Parteien, die von den Großbanken finanziert werden, gaukeln den Menschen weiter eine
Aber auch die sogenannten „Arbeiterparteien“ spielen das Spiel der Spekulanten mit.
Dabei haben sie die Arbeiter an die Großbanken verkauft.
An eben jene Großbanken, die zu Beginn der Krise panisch zu den Regierungen gelaufen sind u
Diese Hilfe haben sie auch bekommen.
Auf Kosten der Steuerzahler.
Jetzt sind die Staatskassen bald leer und die Regierun-gen müssen immer höhere Kredite aufne
Kredite, von denen wieder nur die Großbanken profitieren, während das Geld für die Wirtschaf
Auch von den Gewerkschaften können die Menschen keine Hilfe erwarten.
Die Zeit der Gewerkschaftsführer, die den Mächtigen die Stirn boten, ist vorbei.
Sie sind genauso weit von den Nöten der Menschen entfernt,
wie die Chefs der Großbanken
und die Politiker in ihren Parteizentralen.
Die Gewerkschaften dienen heute oft bloß noch sich selbst.
Sie haben sich regelmäßig an den Kassen ihrer Mitglieder bedient und hemmungslos an den int
Sie haben um nichts verantwortungsbewusster gehandelt,
als die Regierungen und Großbanken,
gegen die sie die Arbeit¬nehmer angeblich verteidigen wollen.
Die Krise in Europa wird sich nicht mit neuen Knebelver¬trägen und gegenseitigen Haftungen lö
Eine solche Politik führt nur noch näher an den Abgrund. 110
Das zeigt die Geschichte. 110
Niemand hat das Recht, einem Land von außen zu diktieren, wie seine Menschen zu leben hab
Das vertieft die Kluft zwischen den einzelnen Ländern nur noch mehr. 110
Eine Währung ist das Spiegelbild der Wirtschaft eines Landes. 109
Diese Tatsache können auch noch so viele Weisungen der EU-Zentrale in Brüssel nicht wegwisc
Die Gestaltung der EU-Verträge und des Euro müssen daher konstruktiv und verantwortungsbe
Wir wollen, dass unabhängige österrei¬chische Experten sämtliche EU-Verträge, Verordnunger
Bei einer Änderung und beim Abschluss neuer Verträge muss die Bevölkerung miteingebunden
Beson¬ders dann, wenn es um die Einhaltung von Verpflichtun¬gen sowie um Haftungen, Gara
und die zukünftige Stellung Österreichs in Europa geht.
Struktu¬ren werden von Menschen gemacht,
und können auch wieder von Menschen geändert werden.
Schritt für Schritt
und auf zivilisierte Art und Weise.
Jeder einzelne Mitgliedsstaat und jedes Volk verfügt über großes Potenzial, das nicht länger vo
Die Idee für ein gemeinsames Europa war ein einmaliges Friedensprojekt und sollte auch genau
Die Menschen in Österreich, genauso wie jene in den anderen EU-Mitgliedsstaaten, wollen vor
Frieden.
Das war schon immer das Motiv für das ge¬meinsame Europa. 108

Sozialer Frieden und ökonomische Freiheit wären gute Leitlinien für die Europapolitik.
Wir müssen verstehen, dass Vielvölkerstaaten unter einem gemeinsamen zentralistischen Dikta
Kein Volk soll einem anderen vorschreiben, wie es zu leben hat. 109
Die gemeinsame Währungsunion hat unglaubliche Gräben in Europa aufgerissen, 110
seit dem Krieg gab es nicht mehr so viel Missgunst unter den Völkern in Europa 110
- wir wollen eine neue Brücke der Verständigung im Sinne eines friedlichen Miteinander schaff
Wir brauchen wieder eine Politik in Europa, die die Souveränität der Völker respektiert 109
und die die Schaffung von Wohlstand durch fairen Wettbewerb fördert.
UNSERE THEMEN
BANKEN
1. Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken
2. Erhöhung der Mindesteigenkapitalausstattung
3. Wettbewerb privater Banken
Wir müssen dafür Sorge tragen, dass wir niemals wieder einen Zusammenbruch der Finanzmär
Alles, was dafür auf österreichischer Ebene getan werden kann, muss getan werden.
Banken brauchen mehr Eigenkapital
und das Geld der Einleger darf nicht für Spekulationszwecke verwendet
oder gar gehebelt werden.
Die Menschen müssen wieder Vertrauen in die Banken bekommen.
Die Regeln müssen so sein, dass Banken ihren volkswirt¬schaftlichen Funktionen nachkommen
und der Vergabe von Krediten für Unternehmen
und private Personen zur Finanzierung realwirtschaftlicher Ziele dienen.
Die vielen neuen Bankgesetze, die im Zuge der Finanz¬krise verabschiedet wurden, belasten vi
als dass sie die Spekulationen eindämmen.
Geschäfte für die Kunden sind dadurch teurer
und deutlich bürokratischer geworden.
Das wollen wir ändern:
Wir brauchen Gesetze für einen gesunden Bankenwettbewerb, der die Bedürfnisse der Mensc
und ihnen die notwendige Sicherheit für ihre Einlagen gibt
und den Zugang zu Krediten für seriöse Geschäfte erleichtert und nicht erschwert.
Banken sollen privatwirtschaftlich besessen und geführt werden.
Die Bankenaufsicht sollte sich insbesondere auf den Gläubigerschutz
und die Einlagensicherung konzentrie¬ren.
Das Geldsystem funktioniert nicht mehr
und die Politiker der meisten westlichen Länder versuchen den zuneh¬menden Verlust ihrer W
durch eine Aufblähung der Geldmenge (Inflation) auszugleichen.
Sie drucken Geld.
Die Folgen dieses Gelddruckens sind, nach einer gewissen Zeit, steigende Güterpreise (Preisinfl
Man kann davon ausgehen, dass jeder Österreicher bemerkt hat, dass alle Güter, die man noch
Regierungen vermehren Geld beliebig,
um sich damit Wählerstimmen zu kaufen
und den Staatsapparat auszudehnen
und vermindern dadurch den Wert des Geldes.
Es sind aber nicht nur die Regierungen, die die Geldmenge erhöhen,
sondern vor allem die Geschäfts¬banken.
Sie geben viel mehr Kreditgeld aus, als sie tatsächlich haben.
Der Grund dafür ist, dass es derzeit zu niedrige Mindestreserven für Banken gibt.

Das heißt, sie müssen nur einen kleinen Teil der Kundeneinlagen als feste Reserve halten.
Den Rest der Einlagen können sie als Kredit vergeben.
Dadurch entsteht viel mehr Geld, man spricht von einem „Geldschöpfungsmultiplikator“:
Der Betrag an neu geschaffenem Kreditgeld kann sich leicht verzwölffachen.
Diese Geldmengenerhöhung macht die Volkswirtschaft zwar liquider, aber auch verschuldeter.
Dazu kommt die neue Regelung für die EZB. 110
Es droht eine gewaltige Inflation, da sie nun zur Wirtschaftsstüt¬zung unlimitiert südeuropäisch
Auch durch diese Vorgangsweise der EZB vergrößert sich die Geldmenge, aber die Gütermenge
Das heißt:
Die Preise werden steigen,
wodurch einige Menschen reicher werden, die meisten Menschen aber ärmer,
denn die Kaufkraft der Einkom¬men und Ersparnisse sinkt.
Die unbegrenzten Anleihenkäufe durch die EZB sind abzulehnen: 110
Wenn die EZB Staatsanleihen von konkurs¬32 reifen Ländern aufkauft, stützt sie die Kurse 110
und senkt gleichzeitig den Reformdruck auf diese Staaten. 110
Wenn dann die konkursreifen Länder trotzdem bankrott gehen, bleibt die EZB auf wertlosen Ar
Die unbegrenzten Anleihekäufe sind eine Gefahr für die Starkwährungsländer, da die EZB meh
Diese bekommen Zugriff auf unser erspartes Geld.
Es bahnt sich eine indirekte Enteignung von unserem ersparten Geld an – das muss verhindert
Wir müssen sowohl auf nationaler Ebene
als auch auf europäischer Ebene klare Maßnahmen setzen, um eine weitere Inflation und dami
Die Menschen müssen wieder darauf vertrauen können, dass ihr Geld bei der Bank sicher aufge
Geschäftsbanken müssen von Banken getrennt werden,
die hauptsächlich Risikogeschäfte, das sogenannte Investmentbanking, betreiben.
Risikobanken sollten in Krisenzeiten auch keine Unterstützung erhalten.
Es braucht ganz klare Definitionen
und strenge Regeln.
Die Kunden müssen wissen, welche Bank eine Ge¬schäftsbank und welche eine Investmentban
und welche Folgen für ihr Geld damit verbunden sein könn¬ten.
Wir wollen die Mindestkapitalvorschriften der Ge¬schäftsbanken erhöhen,
um die unmäßige Geldmengen¬vermehrung zu verhindern.
Wir fordern eine höhere Kernkapitalquote, die zwischen 10 und 20 Prozent liegen soll.
Darüber hinaus dürfen mit dem eingelegten Geld der Bürger keine Spekulationen oder gar Heb
Geschäftsbanken, die Spareinlagen österreichischer Sparer verwalten, müssen diesen Anteil ihr
So schafft unser eigenes Spargeld Wachstum und Arbeitsplätze.
Die Schieflage einer Bank darf nie zu einer Destabilisie¬rung des Bankensektors führen.
Keine Bank darf so groß sein, dass der Staat für eine Rettung erpressbar wird.
Eine europäische Bankenunion, die zu einer Einlagen¬sicherungsunion und einer Bankenhaftur
UNSERE THEMEN
BILDUNG
Eine Volkswirtschaft, die den Wert der Bildung außer Acht lässt, verspielt ihre Wettbewerbsfäh
Wir brauchen ein Bildungssystem, das im internationalen Vergleich zu den besten zählt.
Unser Schulsystem ist unausgewogen
und im Durchschnitt bestenfalls mittel¬mäßig.
Jeder sollte zumindest die zentralen Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen in ausr
Ein Bildungssystem, das dazu nicht in der Lage ist, zerstört die Zukunftsperspek¬tiven des Einze
und fügt der Gemeinschaft einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zu.

In Österreich beherrschen 20 Prozent der Pflichtschulabgänger die wesentlichen Kulturtechnik
Gleichzeitig zählt unser Bildungssystem zu den teuers¬ten der Welt.
Es ist auch sehr wichtig, den Kindern Wissen über gesunde Ernährung und die Bedeutung von E
Neben einem eigenen Schulfach Ernäh¬rungslehre sollen in Bildungseinrichtungen schon vom I
Der Sportunterricht sollte ausgeweitet werden,
damit würden wir unserer Jugend die Freude am Wettbewerb näherbringen.
Dies könnte den jungen Menschen helfen, viele wichtige Fähigkeiten zu entwickeln,
wie etwa Motivation,
Verantwortung,
Führungsverhalten,
Teamarbeit
und Ausdauer.
Der langfristige soziale und auch wirtschaftliche Nutzen würde die Kosten bei weitem aufwiege
Schulen sollen ausgebaut werden
und eine gute Kinder¬betreuung
und Aktivitäten für Jugendliche anbieten.
Viel Sport
und gesunde Ernährung sollen die Grundpfeiler für unsere Kinder sein.
Jedes Kind soll zumindest eine gesunde Mahlzeit pro Tag bekommen.
Wir müssen in unserem Schulsystem den Fokus auf die wichtigen Bereiche unserer Zukunft leg
– Gesundheit,
Technik,
Wirtschaft
und Umwelt sind Bereiche, die besondere Berücksichtigung im Lehrplan finden müssen.
Wirtschaftliche Bildung muss als eigenes Fach schon in der Volksschule gelehrt werden.
Weiters treten wir dafür ein, dass in jedem Schultyp praktisches,
technisches
und naturwissenschaftliches Wissen und Können vermittelt werden.
Unsere Gesellschaft hat einen Mangel an technisch ausgebildeten Leuten,
die einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaft und unserem Wohlstand leisten.
Wir fordern zeitgemäße Strukturen in der Schulverwal¬tung mit einem deutlichen Abbau der h
damit mehr finanzielle Mittel für den Unterricht frei werden.
Ebenso bedarf es einer Reform der Ausbildung von Lehrpersonen,
der Auswahl des bestqualifizierten Lehrpersonals,
einer Fokussierung auf die Bildungs¬aufgaben der Schule,
einer autonomen Schulleitung, einer schlanken Verwaltung, l
aufender Schulungs¬maßnahmen des Lehrpersonals,
der Förderung von Neugier
und einer guten Zusammenarbeit mit den Eltern.
Wir streben die Autonomie der Schulen an,
da ein Schuldirektor als Manager fungieren soll, der sich sein Lehrpersonal selbst aussuchen kö
Nur so können die besten und motiviertesten Lehrer voran-kommen.
Das Parteibuch darf bei der Postenbesetzung keine Rolle spielen,
auch nicht in Schulen!
Wir wollen Bildung und Ausbildung auf höchstem Niveau ermögli¬chen.
Parteibuchwirtschaft hat an unseren Schulen nichts verloren.
Die besten und qualifiziertesten Lehrer sollen in die Klassen kommen,

damit unsere jungen Menschen bestmöglich ausgebildet werden.
Eine Kulturnation wie Österreich mit hohem Qualitäts¬anspruch
braucht hochqualitative Universitäten als Flaggschiffe von vorwiegend grundlagenorientierter I
sowie Fachhochschulen mit dem Fokus auf anwendungsorientierte Umsetzung.
Dazu sind geeignete Rahmenbedingungen erforderlich:
Wir brauchen Autonomie auf allen Ebenen,
also auch bezüglich der Aufnahme von Studenten,
hinreichende budgetäre Ausstattung,
um auch höchstmögliche Qualität in allen relevanten Bereichen bieten zu können,
autonome Festlegung und Einhebung von Studienbei¬trägen,
wobei sich die jeweilige Höhe der Studienbeiträ¬ge nach dem Bedarf in Industrie,
Wirtschaft
und Gesellschaft orientieren soll.
Das Studienbeitragssystem soll begleitet werden von einem fairen und transparen¬ten Stipend
um allen Befähigten eine gleiche Chance des Studierens zu geben.
Leistung soll belohnt werden.
In vielen Bereichen wird das österreichische Bildungssys¬tem leider von falschen und irreführe
Zum Beispiel, dass handwerkliche Tätigkei¬ten weniger „wert“ seien, als Arbeit an einem Schre
Die Wahrheit sieht anders aus:
Österreich leidet unter einem großen Mangel an Facharbeitern.
Andererseits gibt es eine große Zahl von jungen Men¬schen, die zwar ein Studium – vor allem i
und dennoch keine Arbeit finden.
Es ist wichtig, dass schon die Kinder lernen, dass Handwerk einen goldenen Boden hat.
Viele Menschen, die im Leben auch viel erreicht haben, haben sich das mit den eigenen Hände
Jene Jugendliche, die handwerkliches Interesse und Geschick vorweisen, sollten in der Entwickl
um so dem historisch sehr gut entwickel¬ten Handwerksberuf in unserem Land einen möglichs
Egal ob Lehre oder Studium – beides sind gute Wege zum Erfolg.
Alle jungen Menschen, die ein Studium absolviert haben, sollten auch darüber nachdenken, wi
Viele von ihnen werden einmal in Positionen sein, in denen sie eine große Verantwortung trage
Möglichst viele von ihnen sollten den Mut finden, ein eigenes Unternehmen zu gründen.
So können sie ihr Wissen für sich selbst nutzen
und auch der Gesellschaft einen Dienst erweisen:
Indem sie neue gute Arbeitsplätze schaffen.
Die Wirtschaft und die Industrie sind dynamisch und entwickeln sich ständig weiter.
Dieses Erfolgsrezept muss man kennen
und auch anwenden können.
Vor allem im globalen Wettbewerb.
Österreich darf die Fähigkeit zur Herstellung von hochwertigen Produkten zu einem konkurren
Es reicht nicht aus, neue Produkte zu erfinden,
man muss sie auch herstellen können.
Nur dann kann die Wirt¬schaft auf Dauer erfolgreich sein.
Deshalb sind produzie¬rende Betriebe auch so wichtig.
Das Beispiel Deutschland zeigt, dass eine technologisch anspruchsvolle Industrie mit innovative
und gut ausgebildeten Arbeitnehmern
im globalen Wettbewerb immer noch eine Sonderstellung erreichen kann.
Auch Österreich hat alle Voraussetzungen, um weltweit zu den Besten zu zählen.
Die große Bedeutung sowohl von Forschung

(Grundla¬genforschung wie auch anwendungsorientierter For¬schung)
für die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Industrie und Wirtschaft
und somit für die Gesell¬schaft
und die Zukunft unseres Landes bildet sich in der Forschungsquote ab.
Wir streben eine Erhöhung der Forschungsquote an.
UNSERE THEMEN
BILDUNG
Politik und Parteibuchwirtschaft haben in der Bildung nichts verloren.
Wer seine Stellung nur einem Parteibuch zu verdanken hat, kann einem jungen Menschen kau
In einem konkurrenzfähi¬gen Bildungssystem darf es so etwas in Zukunft nicht mehr geben.
Wir wollen nicht, dass gefügige Wähler für ein System von gestern ausgebildet werden.
Bildung muss objektiv und transparent organisiert sein
und die Dienstleistung des Systems im Vordergrund stehen.
Ein erfolgreiches und neues Bildungswesen muss frei denkende
und gut ausgebildete Menschen mit einem kritischen Verstand
und einer gesunden Portion Haus¬verstand fördern.
Die ersten Schritte in diese Richtung machen unsere Kinder schon im Kindergarten.
Ein kluger Kopf ist nichts ohne einen guten Charakter.
Emotionale und soziale Intelligenz sind wichtige Fähig¬keiten. Fähigkeiten, die großteils erlernb
in erster Linie in der Familie,
aber auch in der Schule.
Ein respekt¬voller Umgang, gutes Benehmen
und ein wertschätzen¬des Miteinander sind nicht nur für das Funktionieren unserer Gesellscha
Diese bewährten Regeln sollte man jungen Menschen möglichst früh vermitteln .
UNSERE THEMEN
JUGEND
Jeder Jugendliche soll die bestmögliche Ausbildung bekommen.
Wir wollen alle Hindernisse beseitigen, die einer optimalen Ausbildung entgegenstehen.
Jeder muss entsprechend seiner Fähigkeiten Zugang zu den Bil¬dungseinrichtungen vorfinden.
Bis zum Abschluss des 16. Lebensjahres hat der Staat die Verantwortung, den Jugendlichen die
Schüler sollen die Möglichkeit bekommen, Schnupper¬lehrkurse zu besuchen,
um zu sehen, wo sie talentiert sind und besonderes Interesse haben, ihre Ausbildung zu vertief
Wir wollen neben einer bestmöglichen Ausbildung auch ein breites Angebot an Freizeitbeschäf
insbesondere Zugang zu Sporteinrichtungen.
Jugendliche sollen sich vor allem sportlich oder auch kulturell betäti¬gen können.
Die Jugend ist das größte Kapital einer Gesellschaft
und muss deshalb gefördert, gefordert und unterstützt werden!
Wir streben ein einheitliches Jugendschutzgesetz an,
das von überflüssigen Paragraphen befreit wird und die Bedürfnisse der Jugendlichen bundese
Die Interessen von Jugendlichen, vor allem bei der Gestaltung unseres Bildungssystems
und der allgemeinen gesetzlichen Grundlagen, müssen in Zukunft viel stärker berücksichtigt we
Besonders bei den Jugendämtern muss die Politik endlich aktiv werden.
Der Schutz von Kindern und Jugendlichen muss eine Kernaufgabe einer verantwortungsvollen F
Es gilt die Kompetenzen und Pflichten der Jugendämter einheitlich so zu gestalten, dass sie ihr
Wir wollen dafür sorgen, dass Kinder und Jugendliche, die in Ihrem Zuhause nicht die gute Betr
Einrichtungen für Jugendliche in Notsituationen brauchen eine bessere finanzielle Ausstattung
Hier sollte in Kooperation mit der Wirtschaft und Sozialeinrichtungen ein gemeinsames Angebo

Die Jugend will vor allem eines: Zukunftsperspektiven.
Um den jungen Menschen diese Perspektiven auch bieten zu können, muss die Wirtschaft gut f
Was passiert, wenn die Wirtschaft nicht mehr funktioniert, müssen derzeit viele junge Mensch
„Jugend ohne Zukunft“ – so sehen diese jungen arbeits¬losen Menschen selbst ihre Lage.
Nur eine verantwortungsvolle und kluge Wirtschaftspo¬litik ist auch eine ehrliche Politik für die
Eine gute Zukunft gibt es dann, wenn es genug Arbeitsplätze gibt.
Wir wollen, dass junge Menschen auch in Zukunft noch eine Vielzahl an Chancen ergreifen kön
In Österreich
und in Europa.
Jeder soll die Möglichkeit haben, seine Zukunft selbst in die eigene Hand zu nehmen.
Jugendliche sind das Fundament der Gesellschaft von morgen.
Deshalb muss die Gesellschaft von heute für ein Klima sorgen, das von Wissen,
Diskussionsbereit¬schaft,
Kritikfähigkeit
und Offenheit geprägt ist.
Die meisten Politiker haben leider ein sehr begrenztes zeitliches Verständnis von Zukunft.
Sie denken nur von Wahl zu Wahl.
Ihre persönliche Zukunft wird in der Parteizentrale
und den dahinter stehenden Machtappa¬raten,
und nicht in der Wirtschaft entschieden.
Für die Politik bedeutet eine sichere Zukunft deshalb etwas völlig anderes als für die Menschen
Den Jugendlichen wird die Parteibuchwirtschaft darum teilweise schon mit der Schulmilch eing
Dass den Jugendlichen dieses System früher oder später sauer aufstößt, ist eine gesunde Abwe
Manipulation findet aber auch in einer viel geschickteren Form statt:
Viele Parteien glauben, dass sie junge Leute für sich gewinnen können, indem sie ihnen möglic
Das geht völlig an der Realität vorbei.
Wer Erfolg haben will, muss auch bereit sein, sich dafür einzusetzen:
Zukunft ist das, was man mit Freude und Einsatz daraus macht.
Gemeinsam können wir die herrschenden Strukturen verändern:
Ein positiver Wandel ist möglich.
Das ist unsere aufrichtige Überzeugung
und wir glauben, dass auch viele junge Menschen selbst zu dieser Überzeugung gelangen werd
Es ist keine Kunst, jemandem zu sagen, dass alles gut ist, und auch in Zukunft alles gut sein wird
Menschen, die aufrichtig sind, erkennt man daran, dass sie einem die Wahrheit sagen.
Auch auf die Gefahr hin, dass der andere diese Wahrheit nicht angenehm findet.
Wir sagen die Wahrheit.
Für uns sind die Jugendlichen nicht die Wähler von morgen, sondern die Reformkraft von heute
Darauf bauen wir.
UNSERE THEMEN
KULTUR
Österreich ist eine bedeutende Kulturnation,
deren Wurzeln tief in die Vergangenheit zurück reichen.
Sie ist seit vielen Jahrhunderten mit anderen europäischen Kulturen verbunden
und hat großartige Leistungen
– besonders in der Musik,
aber auch in der darstellenden Kunst,
der Literatur,

der angewandten Kunst
und der Baukunst – hervorgebracht.
Viele große, weltweit beachtete Veranstaltungen geben davon ebenfalls Zeugnis,
wie unzählige kleinere, nicht minder bedeuten-de Kulturereignisse,
die das heutige rege Kulturleben und –schaffen Österreichs manifestieren.
Die Erhaltung, Erforschung, Vermittlung und Präsentati¬on des kulturellen Erbes in allen Bereic
sowie zeitgenössischer Kunst- und Kultur¬formen ist eine bedeutende Aufgabe.
Kultur ist nicht Selbstzweck.
Sie richtet sich stets auch in unterschiedlicher Weise an die Gesellschaft.
Ob als identitätsstiftender Faktor,
als Spiegelbild der Lebens¬haltung,
als Provokation,
oder als reine Konsumation im Sinne von „Kulturgenuss“.
Die Bevölkerung ist stets aktiver oder passiver Teilnehmer und Teilhaber.
Deshalb entscheidet sie auch wesentlich mit, was sie als kulturel¬le Äußerung annimmt.
Das kulturelle Angebot muss deshalb auch von einem entsprechenden Eigenfinanzierungsantei
der das Interesse der Bevölkerung widerspiegelt.
Im Kulturbereich muss das Förderwesen dringend durch¬forstet und vereinfacht werden,
damit nicht die besten Beziehungen,
sondern die besten Ideen ausschlagge¬bend sind.
Privates Sponsoring in Österreich sollte man von der Steuer absetzen können,
sofern die Mittel in Österreich engagierten Kultur-, Sport-
und Sozialvereinen mit ordentlicher Buchführung zugutekommen.
Kunst und Kultur sind zentrale Identitätsstifter in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft!
Kunst und Kultur haben immer schon einen Beitrag dazu geleistet, das Positive und das Negativ
Kunst ist auch die Fähigkeit, Dinge greifbar zu machen, die viele Menschen empfinden, aber ke
Auch deshalb sollte allen Menschen der Zugang zu Kunst und Kultur offenstehen.
UNSERE THEMEN
WERTE
Wir sind eine offene Bewegung, die auf demokratischen Werten
und auf sozial-ökonomischer Gerechtigkeit beruht.
Wir brauchen wieder Werte in unserer Gesell¬schaft.
Parteibuchwirtschaft,
Korruption
und Kriminali¬tät dürfen keinen Platz haben.
Wir haben Verantwortung gegenüber unseren Mitmen¬schen
und vor allem gegenüber unserer Jugend.
Wir brauchen wieder einen positiven Geist
und eine gesunde Einstellung in unserer Gesellschaft
und möchten vor allem junge Menschen dazu motivieren, einen Beitrag für die Allgemeinheit z
Wir brauchen ein Umdenken.
Die Frage für jeden einzelnen sollte lauten, was kann ich erreichen
und was kann ich dazu beitragen, dass wir eine bessere Gesellschaft werden, nicht, was kann ic
Nehmen ist schön, aber Geben ist noch viel schöner.
Wir wollen unseren Kindern und Jugendlichen wieder mehr Werte vermitteln.
Nur durch Werte kann sich unsere Gesellschaft auf einem guten Weg weiterentwi¬ckeln,
ohne Korruption,

Machtspiele
und möglichst wenig Kriminalität.
Wir stehen für Wahrheit,
Transparenz
und Fairness.
UNSERE THEMEN
SPORT
Österreich zählt in manchen Sportarten zur absoluten Weltspitze,
und das nicht nur in regional betriebenen.
Auch in weltweit ausgeübten Sportarten bringt Öster¬reich immer wieder Spitzenathleten herv
Leider haben wir bei den vergangenen olympischen Sommerspielen keine einzige Medaille gew
Um wieder im interna¬tionalen Sportgeschehen an vorderster Front dabei sein zu können, sinc
Bereits in den Kindergärten und Volksschulen sollen gezielt ausgebildete Sportlehrer zur Frühfc
Begabungen müssen frühzeitig erkannt und gefördert werden,
um im Spit¬zensport langfristig erfolgreich sein zu können.
Wir wollen Spezialakademien für besonders begabte Sportler.
Ein weiteres großes Ziel für uns ist die Entpolitisierung der Vereine und Verbände.
Der parteipolitische Einfluss ist ein großer Hemmschuh, der endlich abgelegt werden muss.
Weiters ist es uns auch im Sport ein Anliegen, dass Fördergelder dort ankommen, wo sie gebra
Auch hier sollen – vergleichbar zur Kultur – Sponsorgelder, die Non-Profit-Vereinen mit ordentl
Da der Sport eine Grundvoraussetzung für bessere Gesundheit darstellt,
ist es notwendig, ein ausreichend großes Sportstättenangebot zur Verfügung zu stellen.
Der Breitensport ist die Grundlage für gesunde Men¬schen,
und die Spitzenathleten sind ein Aushängeschild für jedes Land.
Durch die Spitze wächst die Breite.
Vor allem die Jugend braucht Idole.
Sport ist ein Gesundheitsgarant für die Gesellschaft
und Aushängeschild eines Landes!
Sport ist eine Charakterschule.
Durchsetzungskraft,
Fairness
und Ausdauer sind nur einige der Fähigkeiten, die durch sportliche Betätigung gefördert werde
Diese Eigenschaften haben auch in der Wirtschaft einen hohen Stellenwert.
Ein gesundes Konkurrenzdenken
und das Arbeiten an den eigenen Schwächen und Stärken sind in beiden Bereichen wichtig, um
Jeder Mensch kann beim Sport deshalb viel über sich selbst lernen.
Egal ob als Einzelathlet oder in einer Mann¬schaft:
Sport steigert das Wohlbefinden
und macht zufrieden.
Wer sich körperlich verausgabt, kann eine Menge psychischen Stress abbauen
und schneller wieder ins Gleichgewicht kommen.
In der Schule,
während der Lehre,
auf den Universitäten,
in den Betrieben
und in der Freizeit –
Sport sollte überall ein fixer Bestandteil sein.

Private Initiativen zur Förderung des Breiten- und Spitzensports sind wichtig,
um in Österreich die besten Rahmenbedingungen für sportliche Erfolge zu schaffen.
Leider zeigt sich auch hier, dass die Politik in Österreich ein Meister im Verhindern,
aber ein Amateur im Verwirk¬lichen ist.
In Zukunft sollen erfolgsversprechende private Initiativen von der Bürokratie nicht mehr einfac
Mit dem Team Stronach kann der Sport in Österreich wieder ein echtes Zugpferd werden.
Wir wollen Partei ergreifen für den Sport.
Jeder Euro, der in Sport investiert wird, spart viel Geld im Gesundheits¬system.
Sport verbessert auch die schulische Leistungs¬fähigkeit, das ist längst nachgewiesen.
Tourismus und Wirtschaft profitieren ebenso vom Sport wie die gesamte Gesellschaft.
Insbesondere die Jugendli¬chen in den Städten haben es heute, was Bewegung anlangt, in viel
Wenn man an den Wohnsiedlungen vorbeigeht, sieht man überall Schilder, die Fußballspielen,
Wie sollen die jungen Menschen heute noch Bewegung lernen, wenn sie ihnen überall verbote
Man muss verstehen, dass Kinder schon möglichst früh Fähigkeiten wie laufen, springen, werfe
Denn das sind die grundlegenden Fertigkeiten für alle anderen Sportarten.
Jeder Mensch hat einen natürlichen Bewegungsdrang,
bei Kindern ist er noch besonders ausgeprägt.
Wer früh die Freude am Sport entdeckt, bleibt meist sein ganzes Leben lang körperlich aktiv.
Regelmäßiger Sport in den Bildungseinrichtungen muss den Pädagogen aber auch vom Gesetzg
– durch eine entsprechende Ausbildung und gesetzlichen Schutz.
Ebenso müssen auch gut qualifizierte Trainer aus den Vereinen an unseren Schulen einen Beitr
Mindestens eine Stunde Bewegung täglich muss vom Kindergarten bis hin zum Seniorenheim n
Wo Menschen sind, sind auch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie sich bewegen ur
Österreich ist leider in vielen Bereichen ein sportliches Entwicklungsland.
Daran haben weder die Sportler, noch die Funktionäre Schuld, die engagiert und fleißig arbeite
Verantwortlich ist eine Politik, die sich zwar mit sportlichen Erfolgen schmücken will, überall in
Die österreichi¬schen Sportler sind oft trotz, und nicht wegen der Politik erfolgreich
– umso höher muss man die Leistungen bewerten, die österreichische Athleten erbringen.
Ein Beispiel dafür sind die bürokratischen Hürden, die zu überwinden sind, wenn ein Sportler u
Diese Bürokratie muss drastisch verein¬facht werden.
UNSERE THEMEN
GESUNDHEIT
Die Gesundheit ist das wertvollste Gut jedes Menschen.
Es steht weit über allen materiellen Dingen.
So ist auch das Gesundheitssystem eines der wichtigsten Funda¬mente eines Landes,
das jedoch bei uns von unzähligen Verwaltungsebenen überverwaltet wird.
Damit wird viel Geld verschwendet, das dann im Gesundheitswesen und damit den Bürgern feh
Das Gesundheitssystem muss langfristig finanzierbar bleiben
und für die österreichische Bevölkerung die optimale Versorgung sicherstellen.
Wir müssen weg von einem System, das sich fast ausschließlich auf die Wiederherstellung von
hin zu Bemühungen, die Menschen gesund zu erhalten.
So wird eine weitere Explosion der Gesundheitskosten abgewandt
und auch die Qualität des Systems für Bürger und Staat verbessert.
Die Grundversorgung muss in einem einheitlichen staatlichen Gesundheitssystem überall und s
und privater Wettbewerb soll unter fairen Voraussetzungen zugelassen werden,
sowohl was Gesundheitseinrichtungen, als auch was Versiche¬rungen anlangt.
Wir sind für eine gesetzliche Grundversi¬cherung,

aber die Bürger sollen sich die Versicherung für Zusatzleistungen mit dem besten Angebot frei
Für die Grundversorgung gibt es nur mehr eine österreichische Gesundheitsversicherung,
um Verwaltungskosten einzusparen
und die Finanzierung transparent zu machen.
Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Gesundheitseinrichtungen, als auch zwischen
Der Staat soll öffentliche Preise bestimmen, zu denen sowohl Diagnose als auch Behandlung im
Jeder private Anbieter soll – natürlich unter strengen Qualitätsregeln und auf eigene Kosten
– Genehmigungen für die Errichtung von Einrich¬tungen zur Diagnose und Behandlung erhalte
Außer¬dem sind wir für die Beibehaltung des gut eingeführten Wahlarztsystems.
Die öffentliche Hand garantiert die Rückerstattung eines Honoraranteils, falls jemand private M
Zu festgelegten Tarifen und für alle.
Daneben gibt es ja ein gut funktionierendes öffentliches Gesundheitssystem, das alle Leistunge
Private Anbieter sollen dazu verpflichtet werden, einen gewissen Prozentsatz ihrer Leistung de
können aber auch ihre gesamte Leistung der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.
Der Bürger soll das Recht haben, dort hinzugehen, wo er glaubt, dass die Leistung am besten is
Durch den Wettbewerb steigt die Qualität der Leistung
und es gibt weniger Ineffizienzen, die teuer sind und Steuergeld verschwenden.
Es muss eine genaue Preisliste für Diagnose, Behandlung und Medikamente geben, der Bürger
und die Kosten kennen und verstehen.
Wir brauchen ein persönliches Gesundheits¬konto.
Jeder, der gesund lebt und dadurch weniger Kosten verursacht, soll Geld zurückbekommen.
Eigen¬verantwortung spart Geld für die Bürger
und den Staat!
Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention:
Durch den demografischen Wandel ist ein Gesundheits¬system, das sich fast ausschließlich auf
Nur durch eine Verlagerung der Bemühun¬gen darauf, die Bevölkerung gesund zu erhalten, wi
Neben den Anstrengungen im Bereich der Gesundheitserhaltung muss insbesondere im Bereic
Eine Reform des Gesundheits¬systems ist über den direkten Nutzen für jeden Einzel¬nen hinau
Informationen, wie man Gesundheit erhalten kann, müs¬sen in verständlicher Form angeboter
Außer¬dem müssen Programme entwickelt werden, die die Bevölkerung unterstützen, diese In
Dadurch steigen die Lebenserwartung und die gesunden Lebensjahre der Bürger.
Arbeitgeber sollen Anreize für Beitragsreduktionen erhalten:
Gesundheitsfördernde Betriebe mit signifikant weniger Krankenständen erhalten einen Bonus.
Die Mittel aus gesundheitsschädlichen Produkten, insbeson¬dere die Tabaksteuer, müssen zwe
und transparent der Krankenversorgung zugewiesen werden.
Risikogeneigte Verhaltensweisen der Bürger müssen in Zukunft privat zusatzversichert werden.
Private Hochrisiken sollen nicht mehr auf die Allgemeinheit abgewälzt werden können.
Gesundheitskonto:
Jeder Bürger erhält ein Gesundheitskonto, auf das er monatlich eine „Gesundheitsprämie“ einz
Für unselbständig Erwerbstätige wird dieser Betrag vom Arbeitgeber automatisch für den Arbe
Für die Bemessung gibt es einen Freibetrag und eine Höchstbetrag des Einkommens.
Dazwischen wird ein einheitlicher prozentueller Satz zur Berechnung der Gesundheitsprämie d
Die Höhe dieses prozentuellen Satzes für die Gesundheitsprämie ist abhängig von den jährliche
Sozial Schwache,
Kinder und
Mindestpensionisten werden über Steuer¬töpfe finanziert.
Durch das Gesundheitskonto werden für jeden Bürger die Beiträge und Ausgaben für Gesundh

Jeder, der gesund lebt und dadurch weniger Kosten verursacht, soll Geld zurückbe¬kommen (B
Eigenverantwortung spart Geld für die Bürger und den Staat!
Wettbewerb im Gesundheitssystem
– bessere Leis¬tung, bessere Preise.
Krankenhäuser müssen staatlich unabhängige gema¬nagte Verbünde mit Budgetund Kostenve
Die niedergelassenen Medizin und der Prä- Hospitalbereich müssen gestärkt
und verbessert
sowie Errichtung von Schwerpunktzentren vereinfacht werden.
Wir setzen uns für einen Abbau der Bürokratie und sinnvollen Einsatz von technischen Hilfsmit
Die privat finanzierte Gesundheitsversorgung („Sonderklasse“, Wahlarztwesen etc.) ist grundsä
und aus Sicht der als notwendiger Partner zu betrachten.
Wir sind für eine freie Niederlas¬sung für alle Gesundheitsdienstleister und Betriebe (Krankenh
Durch den Wettbewerb steigt die Qualität der Leistung.
Strenge Qualitätskriterien sind verbindlich zu erfüllen
und müssen von einer unabhängigen Institu¬tion kontrolliert werden.
Die qualitative Ausbildung in den Gesundheitsberufen ist zu verbessern und auf internationale
Reform der Finanzierung:
Alles aus einer Hand
Die neue Finanzierung erfolgt zukünftig nach nationalen Kriterien und aus einer Hand.
Sämtliche notwendige medizinische und pflegerische Leistungen, egal ob stationär oder ambul
Österreichische Gesundheitsversicherung (ÖGV)
Die Zusammenführung unserer zahlreichen großen und kleinen Krankenkassen stellt somit den
Ziel ist die Schaffung einer nationalen „Österreichischen Gesundheitsversicherung“ (ÖGV).
Wir wollen die Gebietskassen zur „ÖGV“ zusam¬menführen,
um eine Abschlankung und Reduktion von Verwaltungseinheiten zu erreichen,
was eine gewaltige Kostenersparnis bedeutet.
Schrittweise bilden wir eine echte österreichweite Gesundheitsversi¬cherung, in der alle Bürge
Dieser neue nationale Trust wird weitgehend unabhän¬gig handeln und ist jedenfalls für die Ei
Jeder Staatsbürger ist vollberechtigtes Mitglied der ÖGV und in letzter Konsequenz auch an de
(Verantwortungssteigerung beim Bürger).
Die ÖGV ist also ihrem Wesen nach eine österreichweit agierende Serviceeinrichtung für den Ei
Sie finanziert und steuert die notwendigen Gesundheitsleis¬tungen für den Bürger.
Weiters besteht ihre Aufgabe auch in der Schaffung eines Kosten-
und Gesundheits¬bewusstseins in der Bevölkerung.
Wichtig: Die ÖGV besitzt weder Spitäler noch Ambulatorien noch führt sie solche.
Sie ist selbst kein Leistungserbringer, sondern sie kauft ihre Leistungen für die ÖGVMitglieder a
Die ÖGV schließt Verträge mit Spitälern, niedergelasse¬nen Ärzten, Ordenskrankenhäusern etc
und bezahlt nach einem jährlich aktualisierten und an internationale Gegebenheiten angepasst
welcher die erwiesenermaßen sinnvollen medizinischen Leistun¬gen umfasst.
(Der Grund für die Internationalisierung:
Die ÖGV ist zwar eine Art von Monopol, sie darf aber keine Dumping-Politik betreiben.
Dies wird gesetzlich verankert.)
Die ÖGV soll auch im privatmedizinischen Markt Leistungen zukaufen.
Kontrollinstanzen der ÖGV sind das Parlament und der Rechnungshof.
Bei unwirtschaftlicher oder unethischer Gebarung sind Sanktionen möglich,
es gibt verantwortliche Geschäfts¬führer, Aufsichtsräte und regelmäßige Berichtspflichten.
Die jetzige undurchsichtige Mittelaufbringung über gestaffelte und unterschiedliche Beiträge,

Steuermittel und sonstige Gelder wird somit transparent.
Eine klare und transparente Bündelung der Beitrags- und Steuermittel wird erst durch die Insta
Die ÖGV ist aber nicht nur Finanzverwalter, sondern auch Berater im System.
Jeder Staatsbürger und Hilfesuchende kann von der ÖGV rund um die Uhr erfahren, wo welche
Privatmedizin:
Die privat finanzierte Gesundheitsversor¬gung („Sonderklasse“, Wahlarztwesen etc.) ist grund-
Aus Sicht der Systemreform ist die Privatmedizin notwendig und als Partner zu betrachten.
Die Ärzte sind die tragenden Säulen unseres Gesund¬heitssystems.
Viele, vor allem junge Ärzte, arbeiten für geringe Einkommen mit vielen Tages- und Nachtstun-
Wir treten für verbesserte Arbeitsbedingungen
und eine gerechte Entlohnung für unsere Ärzte ein!
Wir setzen uns dafür ein, dass auch unsere Kinder noch ein leistbares,
qualitativ hochwertiges Gesund¬heitssystem zur Verfügung haben!
UNSERE THEMEN
PENSIONEN
Unser Pensionssystem befindet sich vor dem Zusam¬menbruch!
Immer mehr Pensionisten stehen immer weniger Beitragszahlern gegenüber.
Die Lebenserwar¬tung der Leistungsempfänger steigt zum Glück jedes Jahr an,
verschärft aber dadurch den Kostendruck zusätzlich.
Alle Pensionsexperten schlagen schon seit Jahrzehnten Alarm.
Wenn unser Pensionssystem für uns und unsere Kinder noch funktionieren soll, müssen wir sof
Das aktuelle System ist unfair
und intransparent.
Es soll keine Klassenunterschiede von Bürgern geben,
für alle Arbeitnehmer – also Arbeiter, Angestellte und Beamte – sollen grundsätzlich die gleiche
so wie für alle auch die Menschenrechte gleichermaßen gelten.
In erster Linie müssen Anreize geschaffen werden, um das faktische Pensionsantrittsalter an d
Es sollten Anreize für interessierte ältere Menschen geschaffen werden, länger aktiv zu bleiben
Wenn jemand nach dem 65. Lebensjahr arbeitet, sollten für den Arbeitgeber deutlich reduziert
und für den Arbeitnehmer sollte es eine Steuervergünstigung
oder überhaupt eine Einkommens¬steuerbefreiung auf das Einkommen geben, das höher ist, a
Leistung soll sich lohnen.
Ältere Arbeitnehmer würden weiterhin in das Arbeitsle¬ben miteinbezogen sein, zur Wertschö
Auch für die Wirtschaft wäre diese Regelung ein großer Zugewinn:
Die Arbeitgeber hätten erfahrene und verlässliche Mitarbeiter,
die sie vergleichsweise wenig kosten.
In weiterer Folge muss ein faires Pensionskonto einge¬führt werden, das auf die demografisch
Ferner muss die Höhe der Pension auf die statistisch zu erwartende Lebenserwar¬tung Rücksic
Ein Pensionskonto ermöglicht jedem selbst zu entscheiden, wann er in Pension gehen will.
Auch die Pensionshöhe ist dadurch absolut transpa¬rent
und hilft, die individuelle Lebensplanung in Eigen¬verantwortung zu steuern.
Durch ein faires Pensions¬konto wird gewährleistet, dass der Pensionsanspruch von jedem Ein
Durch das faire Pensionskonto wird die Eigenverantwor¬tung des Einzelnen gestärkt, das Syste
Jeder Bürger soll wissen, wie viel Geld er schon für seine Pensionsvorsorge eingezahlt hat.
Um dem fairen Pensionskonto zum Durchbruch zu verhelfen,
müssen im Bereich Gesundheit
und Arbeits¬markt flankierende Maßnahmen gesetzt werden.

Ein tendenziell längerer Verbleib im Erwerbsleben setzt sowohl gute Gesundheit,
als auch einen verfügbaren Arbeitsplatz voraus.
Vor allem in diesen Bereichen und im Sinne des „lebenslangen Lernens“ sind besondere Anstre
Unser künftiges Pensionssystem soll fair,
transparent
und vor allem sicher sein!
UNSERE THEMEN
SOZIALES UND WOHNEN
Der Mensch steht im Mittelpunkt unseres Handelns!
Es ist eine Schande, dass in einem wohlhabenden Land wie Österreich immer mehr Menschen
Nicht nur Alleinerziehende,
mittlerweile können sich auch immer mehr Pensionisten,
aber auch Jungfamilien,
teilzeit-,
und sogar vollzeitbe¬schäftigte Menschen ihren Lebensunterhalt nicht mehr ausreichend finan
Ein Land kann man daran bemessen, wie sich die Gesellschaft um jene Mitmenschen kümmert,
In einer zivilisierten Gesellschaft soll niemand hungrig oder ohne Obdach sein.
Die Würde jedes Menschen ist unabhängig von seinem sozialen Status zu bewahren!
Wir bekennen uns zu einer Grundversorgung für alle Bürger.
Wir wollen, dass die Sozialleistungen dort ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht werden.
Deshalb muss die Treffsicherheit im System gewährleis¬tet sein.
Wir brauchen Transparenz im System, um zu erkennen, wo reeller Bedarf besteht, wo finanziel
Jeder Bedürftige soll eine Sozialkarte bekommen, mit der er Lebensmittel und Mietkosten beza
Jeder Bürger ist dahingehend zu motivie¬ren, entsprechend seiner Möglichkeiten einen Beitrag
Transfer- und Sozialleistungen dürfen nicht dazu führen, mögliche Beschäftigungen nicht anzur
weil sich dadurch die finanzielle Situation nicht wesentlich verändert.
Die Eigenverantwortung muss wieder stärker ins gesellschaftspolitische Bewusstsein gerückt w
Wir wollen weniger Abhängigkeit vom Staat, auch in der Wohnungssituation:
Mieter von Gemeindewohnungen sollen das Recht und durch einen günstigen Kredit die Mögli
Viele Men¬schen wünschen sich ein eigenes Heim – und wir wollen dabei helfen, das zu ermög
Alleine in der Stadt Wien könnten die Einnahmen durch den Verkauf von Gemeindebauten viel
oder es könnte in sinnvolle Infrastrukturmaßnah¬men, wie z.B. Parkhäuser, investiert werden.
Die soziale Harmonie ist die Grundlage für eine zivilisierte Gesellschaft.
Jeder, der in seinem Leben schon einmal Hunger leiden musste, weiß, wie tiefe Spuren das in
Armut verur¬sacht materielles und seelisches Leid.
Niemand soll das erdulden müssen.
Was eine Gesellschaft wert ist, zeigt sich daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht.
In Österreich wird zu viel Energie darauf gerichtet, die Armut und Arbeitslosigkeit zu verwalter
Damit werden die Menschen in einem hilflosen Zustand gehalten.
Richtig wäre es stattdessen, alles dafür zu tun, dass sich diese Menschen wieder aus eigener Kr
Für jeden Menschen steht das eigene Schicksal an erster Stelle.
Nur wer genug zu essen,
eine Wohnung
und eine Zukunftsperspektive hat, verfügt auch über die nötige Freiheit,
sich im Dienste der Gesellschaft einzubringen.
Von einem Amt zum nächsten geschickt zu werden und als Bittsteller auftreten zu müssen, ist e
Wir wollen dafür sorgen, dass notleidende Menschen nicht zu Opfern von Willkür werden, son

Im Sozialsystem gibt es - wie in vielen anderen Berei¬chen - unzählige komplizierte Regeln, mit
Es wäre für alle das Beste, wenn die Sozialleistungen nur von einer Stelle verwaltet werden unc
Gerade im Sozialwesen ist eine einfache Lösung immer besser als eine komplizierte.
Denn wer unbürokra¬tisch hilft, hilft doppelt.
Alle Menschen haben einen Anspruch auf menschliche und faire Behandlung.
Fairness heißt aber auch, das Sozialsystem nicht auszunutzen.
Wer sich mehr vom Staat holt, als ihm eigentlich zusteht und als er braucht, schädigt die Gesell
und bereichert sich auf Kosten derer, die wirklich Hilfe nötig haben.
Das ist kein Kava¬liersdelikt, sondern eine schwere Verfehlung.
All jenen, die sich selbst nicht helfen können, muss die Gesell¬schaft zur Seite stehen.
Wir verstehen das als unsere moralische Verpflichtung.
Die Kluft zwischen Arm und Reich muss verringert werden.
Freiheit ist immer ein großes Stück weit auch ökonomische Freiheit.
Jeder spürt das besonders dann, wenn seine Freiheit eingeschränkt ist.
Das wirkungs¬vollste Schutzschild gegen Armut ist faire Arbeit – wir wollen diesen Schutz ermö
UNSERE THEMEN
FAMILIE UND GESELLSCHAFT
Die Familie ist der Kern und die Keimzelle der Gesell¬schaft.
Sie ist die kleinste natürliche Form der Gemein¬schaft.
In der Familie lernen wir zu vertrauen, zu lieben, die Meinung anderer zu akzeptieren, Verantv
In vielen entwickelten Volkswirtschaften fehlt es an Nachwuchs, so auch in Österreich.
Die Geburtenrate sinkt immer weiter
und die Überalterung der Gesell¬schaft ist nicht aufzuhalten.
Trotz vieler familienfreund¬licher Förderungen ist der Trend zu weniger Kindern ungebrochen.
Aus gesellschaftspolitischer Sicht sind deshalb zwei Überlegungen anzustellen:
Wie können wir den Geburtenrückgang stoppen
und wie gleichen wir die geburtenschwachen Jahrgänge der Vergangenheit am Arbeitsmarkt de
Wir brauchen rechtliche, soziale
und ökonomische Rahmenbedingungen,
die es den Bürgern, die gerne Kinder bekommen möchten, ermöglichen sollen, diese Entscheid
Eltern müssen frei entscheiden können, wie sie ihren Haushalt führen,
wie sie ihre Kinder bis zur Schulpflicht erziehen,
wie sie sich die verschiede¬nen familiären Aufgaben untereinander aufteilen
und welche staatlichen oder privaten Einrichtungen sie gerne zu einer etwaigen Unterstützung
Alleinerziehende brauchen entsprechende Unterstüt¬zung.
Unser Ziel ist es, die besten Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Familien es in Zukunft
– auch steuerlich: Familien können ab zwei Kindern in die Familienbesteuerung wechseln, das h
UNSERE THEMEN
FRAUEN
Insgesamt leben in Österreich mehr Frauen als Männer.
Alleinerzieher sind hingegen zum überwiegenden Teil Frauen:
Jede neunte Frau im Alter von 40 bis 49 Jahren ist eine alleinerziehende Mutter!
Der Anteil der aus¬schließlich haushaltsführenden Frauen hat sich in den letzten 50 Jahren auf
Obwohl sich der Anteil der Frauen ohne über die Pflicht¬schule hinausgehenden Abschluss in d
Prinzipiell stehen alle Ausbildungsrichtungen beiden Geschlechtern offen, dennoch kann man s
Frauen tragen eine besondere Last in unserer Gesell¬schaft und sind oftmals benachteiligt.
Das ist unfair.

Wir wollen die Stellung der Frau im Berufsleben stärken.
Gleiche Arbeit — gleicher Lohn!
Viele Frauen sind Mütter und leisten dadurch auch einen sehr wertvollen Beitrag für unsere Ge
Es gibt derzeit leider viele soziale Probleme und auch Armut,
ganz besonders bei alleinerziehenden Müttern.
Die Regierung nimmt diese Probleme nicht ernst und verschwendet an anderer Stelle Unmeng
Eine der größten Herausforderung für Frauen ist das Thema der Vereinbarkeit von Familie und
Wir brauchen in unserer Gesellschaft Strukturen, die es Frauen ermöglichen, eine bessere Bala
Insbesondere sind wir für den Ausbau von Schulen für ganztägige Kinderbetreuung,
die gut ausgestattet sind mit Lern- und Sporteinrichtungen,
wo die Kinder zumindest eine gesunde Mahlzeit pro Tag bekommen.
Wir wollen Strukturen schaffen, die Frauen besonders unterstützen!
UNSERE THEMEN
ZUWANDERUNG UND ASYL
In Hinblick auf die demografische Situation und den Mangel an spezialisierten Arbeitskräften in
Wobei der Ansatz der Vergangenheit, durch Zuwanderung in erster Linie die Lebensumstände
Zuwanderung soll, wie in vielen anderen Ländern, nach Bedarf organisiert werden.
Zuwandern kann, wer in Österreich gebraucht wird und einen Beitrag zum Gemeinwohl leisten
In diesem Zusammenhang muss von jedem Zuwanderer eine grundsätzliche Leistungsbereitsch
Zuwanderung, ohne einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten, ist abzulehnen.
Der Bereich Asyl muss strenger gehandhabt werden, um zu verhindern, dass Menschen ohne a
Asylverfahren sind beschleunigt und konsequent zu handhaben.
In einer zivilisierten Gesellschaft darf niemand zum Sündenbock gestempelt werden.
Vor allem nicht in einer Debatte, die so emotional geführt wird, wie jene um die Zuwanderung.
Menschen gegeneinander auszuspielen ist gefährlich und unverantwortlich.
Das Hauptproblem liegt nämlich an ganz anderer Stelle:
Denn das Haupt-problem liegt im System.
Schon vor vielen Jahrzehnten hätten sich die Politiker in Österreich überlegen müssen, wie sie
Weil das nicht passiert ist, kommt es jetzt zu vielen Problemen.
Eine faire und transparente Zuwanderungs¬politik, die sich an der aktuellen wirtschaftlichen Si
Die meisten Menschen, die schon vor vielen Jahren nach Österreich gekommen sind, die Sprac
Kulturelle Vielfalt kann für eine Gesellschaft eine große Bereicherung sein.
Entscheidend ist, dass die Regeln der Fairness eingehalten werden.
Wer nach Österreich kommt, muss sich mit unserer demokratischen Gesell¬schaftsordnung ide
und sich an unser Rechts¬system halten.
Auf der anderen Seite sollen diese Menschen auch erwarten dürfen, dass Ihnen mit Respekt un
Gelingende Integration beruht auf einem wechselseitigen Entge-genkommen
und einer Identifikation mit einem Öster¬reich,
in dem das Gemeinsame vor das Trennende gestellt wird.
Wir wollen die Zuwanderung sachlich bestmöglich
und unter strengen Kriterien handhaben
und dabei auch in familiären Härtefällen Herz zeigen.
Das Team Stronach spricht sich entschieden gegen jede Form der Diskriminierung aus,
besonders auch hinsicht¬lich des Geschlechts,
der religiösen Überzeugung,
der Herkunft
und der sexuellen Orientierung.

Gewalt und Hetze haben in unserer Gesellschaft nichts verloren
– wir stehen für eine Kultur des friedlichen und wertschätzen¬den Miteinanders.
Wir setzen uns für ein gutes, geregeltes Miteinander und soziale Harmonie ein.
UNSERE THEMEN
UMWELT
Umweltpolitik ist kein Nischenthema mehr.
Umweltpoli¬tik lässt sich auch nicht auf eine politische Farbe konzen¬trieren.
Umweltpolitik ist heute vielfältiger denn je zuvor.
Unsere unmittelbare Lebensumgebung verdient größte Aufmerksamkeit, jenseits allen politisch
Unsere Gesellschaft muss ein neues Verständnis für die Umweltpolitik entwickeln.
Wir sind für die Errichtung einer hoch spezialisierten Universität mit Experten aus den Naturwi
Es sollen neueste Erkenntnisse zu den Schwerpunktthemen Wasser,
Energie,
Luft
und Ernäh¬rung gewonnen
und umgesetzt werden.
So könnte Österreich eine absolute Vorreiterrolle in der Umwelt¬technologie einnehmen.
Umwelt ist immer auch der ganz persönliche Lebensbe¬reich.
Es gibt auch die lokale Verpflichtung,
für den Schutz unserer Lebensumgebung einzutreten.
Eines dürfen wir nicht vergessen:
Die Schönheit unseres Landes bedeutet nicht nur ein Mehr an Lebensqualität für uns,
sondern ist auch für viele Gäste aus anderen Ländern einer der wesentlichsten Gründe dafür, Ö
Die heimische Energiegewinnung ist ein Weg zu mehr Wohlstand,
Wachstum,
Beschäftigung
und Unabhän¬gigkeit! 109
Wir wollen einen Beitrag zum globalen Umweltschutz leisten.
Mit der Erforschung erneuerbarer Energien,
alternativer Fortbewegungskonzepte,
und sparsamem Energieeinsatz
kann Österreich weltweit viel bewegen.
Neue und umsetzbare Ideen in diesen Bereichen bringen mehr, als viele internationale Konfere
Wasserkraft in Österreich
Österreich spielt zwar schon heute eine Vorreiterrolle bei den erneuerbaren Energien.
Dies ist vor allem der heimischen Wasserkraft zu verdanken, die 60 Prozent des heimischen Str
Speicher- und Pumpspeicherkraftwerke können kurzfristig große Mengen Strom ins Netz liefer
Sie können auch dann einspringen, wenn die Stromproduktion aus Wind oder Photovoltaik sta
Österreich verfügt über 14 Prozent der europäischen Pumpspeicherkapazität und ist damit ein
Die Rolle der österreichischen, erneuerbaren Energie¬quellen muss jedoch in Zukunft noch bes
Dazu ist neben der Schaffung eines positiven Investitionsumfeldes auch eine Beschleunigung d
Die Zukunft der heimischen wie europäischen Energie¬versorgung liegt in den erneuerbaren Er
Neben Wasserkraft, größeren Windparks und Fotovoltaikanla¬gen
werden zukünftig tausende kleine Stromproduzen¬ten, verteilt über die ganze Fläche des Land
Der Ausbau der erneuerbaren Energien erfordert massive Investitionen in die Netze.
Die Hochleistungsnetze der Zukunft müssen in der Lage sein, die Stromproduktion aus tausend
Um dies zu schaffen, müssen Leitungen gezielt verstärkt werden

neue Leitungen dort errichtet werden, wo dies notwendig ist.
Dies betrifft sowohl die regionalen Stromnetze (Vertei¬lerleitungen)
als auch die überregionalen Netze (Trans¬portnetze).
Der Umbau des Energiesystems soll getrieben durch die Innovationskraft der Wirtschaft
und die freie Wahl der Konsumenten erfolgen,
und nicht durch Zwang, Abga¬ben und unwirtschaftliches Fördersystem bestimmt werden.
UNSERE THEMEN
TIERSCHUTZ
Derzeit werden Tiere im Gesetz als Sachen betrachtet.
Tiere sind aber keine Sachen, sondern Lebewesen.
Wir sind dafür, dass Tiere als Lebewesen im Gesetz aner¬kannt werden. ¨
Tiere sind den Menschen untergeordnet und wurden seit jeher als Nahrung für uns Menschen
Die Tatsache, dass sie uns untergeordnet sind, legt uns aber dennoch die Pflicht auf, sie als Mit
Darauf wollen wir besondere Rücksicht nehmen.
Tier¬schutz ist für uns ein Herzensanliegen.
Wir sind für eine Verbesserung der österreichischen Tierschutzgesetze.
Wir wollen Tiere vor jedem unnötigen Leid bewahren.
Insbesondere wollen wir sehr strenge Regelungen, was Tiertransporte zu Schlachtzwecken anl
Wir erlauben keine Tiertransporte aus dem Ausland durch unser Land.
Darüber hinaus sind wir für eine strenge Kennzeichnungspflicht, sodass der Konsument auf der
Wo Österreich draufsteht, muss Österreich drinnen sein.
Wir befürworten die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden an österreichische Tierschutzorgar
Schließlich brauchen wir auch ein strenges Tierversuchs¬gesetz.
Tierversuche sollen nur unter sehr engen und strengen Kriterien
und unter Veröffentlichung der Versuche nur für medizinische Zwecke, und nicht mehr für kosr
Es sollen möglichst Alternativen zu Tierversuchen gefunden und angewendet werden.
Darüber hinaus sprechen wir uns für die Einrichtung einer Ombudsschaft für Versuchstie¬re au
Die Ombudsschaft soll Kontrollen durchführen können und in allen Verwaltungsstrafverfahren
UNSERE THEMEN
SICHERHEIT
Eine der wichtigsten Kernaufgaben des Staates ist es, für Sicherheit zu sorgen.
Jeder Bürger kann erwarten, dass der Staat die Gesetze konsequent überwacht
und seine Bürger vor Verbrechen schützt.
Ein Staat, der diese Kernaufgabe nicht oder nicht ausreichend erfüllt, verliert das Vertrauen de
Die Sicherheitslage in Öster¬reich hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verschlech¬tert.
Einsparungen,
der Wegfall von Grenzkontrollen
und Organisationsschwierigkeiten haben dazu geführt,
dass die Polizei ihren Aufgaben immer weniger nachkommen kann.
Wir wollen die Polizei von allem entlasten, was nicht der Erhaltung der inneren Sicherheit dien
Für uns ist eine starke Präsenz der Exekutive auch in den Nachtstunden eine wichtige Vorausse
Mehr als zwei Drittel aller Polizeieinsätze entfallen auf die Ahndung von Verwaltungsübertretu
Das bindet sehr viel Kapazität
und könnte zu geringeren Kosten von einem Ordnungs¬dienst übernommen werden.
Aus diesem Grund streben wir einen unbewaffneten Ordnungsdienst an, der mit einer kurzen,
Für die Polizei werden dadurch freie Kapazitäten ge¬schaffen, die in die Verbesserung der Sich
Auch im Verwaltungsbereich müssen moderne Organisa¬tionsstrukturen eingeführt werden.

Der Exekutivbeamte, der sich stundenlang an der Tastatur quält, muss der Vergangenheit ange
Eine moderne Büroorganisati¬on ist auch bei der Polizei anzustreben.
Wir wollen eine modern organisierte Polizei, die für Recht und Ordnung sorgen kann und dem
Um zu mehr Sicherheit zu gelangen, dürfen modernste Fahndungs- und Aufklärungsmethoden
Das international organisierte Verbrechen hat in den letzten Jahren stark aufgerüstet.
Es gilt hier eine Balance zu finden zwischen dem Bedürfnis der Bürger nach Datenschutz und Si
Sicherheitspolitik muss in Zukunft weiter gefasst werden und nicht bei der Exekutive und der K
Die Sicherung von Lebensgrund¬lagen, die mittlerweile als selbstverständlich gelten, sollte wie
Dazu zählen vor allem die Nahrungsmittelsicherheit,
eine stabile Energieversorgung
sowie die Förderung sozialer Harmonie.
Diese Bereiche können und sollen nicht von der Exekutive abgedeckt werden.
In den zuständigen Ministerien sind jedoch Pläne für die Bewältigung solcher Herausforderung
Die Entwicklungen in einigen EU-Mitgliedsstaaten zeigen deutlich, dass ohne eine ausreichende
Aus diesen Gründen treten wir für einen umsichtigen und weitge¬fassten Sicherheitsbegriff un
Auf den Polizeiinspektionen in den ehemaligen Polizeibe¬reichen sollten lediglich so genannte
Ladendiebstahl, einfache Körperverletzung und Sachbeschädigungen mit bekannten Tätern.
In allen anderen Fällen erfolgt lediglich eine Anzeigenaufnahme mit anschließender Weiterbea
Durch einfache organisatorische Änderungen (zum Teil auch durch Rückführung auf bewährte S
Durch einfache organisatorische Maßnahmen kann der Sicherheitsappa¬rat gestärkt und optim
Arbeitsabläufe gestrafft
und Kommunikationswege verkürzt werden.
UNSERE THEMEN
DIENST FÜR DIE GESELLSCHAFT UND LANDESVERTEIDIGUNG
Erfreulicherweise gibt es viele Mitglieder bei der Freiwilli¬gen Feuerwehr, in Sport-, Kultur- und
Wir schätzen Menschen, die sich aus Idealismus und Freude an ihrem Beitrag für die Gesellscha
Leider ist die letzte Wirtschaftskrise noch nicht vorbei.
Das Geldsystem funktioniert nicht mehr, eine gravierende Inflation steht uns wahrscheinlich be
Es ist wichtig, schon jetzt Vorsorge dafür zu treffen, dass die Jugendli¬chen nach dem Schulabs
Oft ist es schon jetzt schwierig für junge Menschen, Arbeit zu finden.
Wir wollen den Wehrdienst völlig reformieren und modernisieren:
Junge Leute sollen für den Dienst mit der Waffe, für verschiedene technische und handwerklic
Darüber hinaus können sich junge Menschen zu einem freiwilligen, zweijährigen bezahlten Die
Daneben muss es auch die Möglichkeit zu einem ebenso zweijährigen, freiwilligen Zivildienst ge
Zusätzlich zur Grundausbil¬dung soll auch Weiterbildung in zukunftsträchtigen, von der Wirtsc
Diese beiden Jahre sind für die Pensionszeiten anzurechnen.
Wir wollen unsere Rolle als neutrales Land innerhalb der europäischen Sicherheitsarchitektur s
Wir leisten einen wichtigen Beitrag zu Frieden und Sicherheit in Europa.
Die Aufgaben der Landesverteidigung haben sich historisch gewandelt.
Es ist Zeit, darauf zu reagieren.
Wir wollen ein möglichst schlagkräftiges und optimal einsetzbares Bundesheer.
Unsere Soldaten müssen bestmöglich und modern ausgerüstet sein.
Und dies vor allem auch für Katastropheneinsätze.
Für uns hat die Freiwilligenarbeit einen besonderen Stellenwert, weil ihre Vorbildwirkung einer
Vor allem die Politik ist gefordert, von diesen Menschen zu lernen.
Wir fühlen uns den vielen Freiwilligen in Österreich besonders verbunden, weil wir Politik als D
Eine Neuorientierung der Landesverteidigung und des Österreichischen Bundesheeres ist notw

Das Team Stronach tritt für eine sachliche, vernünftige und methodische Herangehensweise ei
• Zunächst muss die nationale Sicherheitsstrategie durch die zuständigen politischen Gremien
• Das in der nationalen Sicherheitsstrategie definierte Risikobild und die daraus abzuleitenden
• Der politische Auftrag an das österreichische Bundes¬heer bestimmt dessen Aufgabenspektr
• Erst an dieser Stelle können militärpolitische,
gesell¬schaftspolitische
und wirtschaftspolitische Analysen Auskunft darüber geben, welche Form des militärischen Ins
Wir wollen bestmöglich vorbereitet sein auf folgende potentielle Bedrohungsszenarien:
• internationaler Terrorismus
• Verbreitung von Massenvernichtungswaffen
• grenzüberschreitende organisierte Kriminalität
• Folgen der Finanzkrise
• soziale Konflikte und Extremismus
• Konflikte jenseits unserer Grenzen
• Folgen der Migrationsströme
• Bedrohungen der lebenswichtigen Infrastruktur (Kommunikation, Energie, Verkehr, Güterver
• Ressourcenknappheit
• Cyber-Angriffe
• Naturkatastrophen
und durch den Menschen verur¬sachte Katastrophen
Im Falle jeder Bedrohung muss die Souveränität 109
und Unverletzlichkeit Österreichs unter allen Umständen gewahrt bleiben
und die Funktionsfähigkeit von Staat
und Gesellschaft in Krisensituationen außergewöhnli¬chen Umfanges sichergestellt sein.
Das Bundesheer leistet dazu einen entscheidenden Beitrag.
Das derzeiti¬ge Wehrsystem ist nachhaltig sanierungsbedürftig.
Ohne grundlegende Systemänderung wird es aber keine Sanierung geben können.
In ihren Grundsätzen stellt sich uns die zukünftige Ausrichtung des Bundesheeres daher folgen
• Die Marke Österreichisches Bundesheer garantiert hohe Motivation der Soldaten,
Professionalität der Leistung
und solide Qualität der Ergebnisse.
• Die Miliz ist ein wesentlicher Teil der Streitkräfte.
Sie wird dann aufgeboten, wenn die präsenten Kräfte an ihre quantitativen Grenzen stoßen.
• Das Bundesheer stellt sich als Ganzes dar.
Es gibt keine organisatorische Zweiteilung in eine Katastrophenhilfs¬truppe und eine militärisch
• Das Bundesheer braucht eine straffe Führung und eine schlanke, effiziente Verwaltung.
• Das Bundesheer braucht eine angepasste Infrastruktur wie moderne Kasernen und geeignete
• Das Bundesheer ist dem Verfassungsauftrag der Sparsamkeit,
Wirtschaftlichkeit
und Zweckmäßigkeit verpflichtet
(Artikel 51a B-VG).
Wir respektieren die Ansicht der großen Mehrheit der österreichischen Bevölkerung, die sich a
Daher wollen wir in erster Linie den Wehrdienst reformieren,
um unserer Jugend eine sinnvolle Beschäfti¬gung zu geben
und gleichzeitig die Landesverteidigung und den Katastrophenschutz bestmöglich zu organisier
UNSERE THEMEN
LANDWIRTSCHAFT

Unsere Bauern leisten mit ihrer Arbeit im ländlichen Raum einen wesentlichen Beitrag zur Gest
zum Schutz vor Naturge¬fahren und zur Grundlage und Belebung des Tourismus.
Wir bekennen uns zum traditionellen Modell der flächen¬deckenden bäuerlichen Landwirtscha
Ziel der Bewirtschaftung ist die Erzeugung von hochwer¬tigen und gesunden Lebensmitteln,
entsprechend dem Bedarf unserer Bevölkerung
und die Erhaltung der Kulturlandschaft als Voraussetzung für den Tourismus.
Der Erzeugung von Rohstoffen, nicht nur für die Futter¬mittel- und Energieproduktion, kommt
Aufgrund des Struktur¬wandels im Agrarbereich sind immer mehr bäuerliche Betriebe in ihrer
Dieser Tendenz wollen wir entschieden entgegentreten.
Der Konsument muss die Sicherheit haben, wirklich rein österreichische Produkte mit Ursprung
Wir geben ein klares Bekenntnis zur bäuerlichen Land¬wirtschaft in Österreich ab
und wollen, dass diese der Hauptnutznießer der Agrar-Ausgleichszahlungen ist.
Vor allem bäuerliche Familienbetriebe sind durch steuerliche Maßnahmen zu begünstigen.
Lebensfremde bürokrati¬sche EU-Zentralplanung, die die große Agrarindustrie fördert, aber kle
Die landwirtschaftliche Produktion muss Grundlage für das landwirtschaftliche Einkommen sein
Die seit dem EU-Beitritt überbordende Bürokratie im Bereich der Landwirtschaft ist dringend z
Bäuerliche Landwirtschaft im traditionellen Sinn muss wieder möglich sein.
Die „stille Enteignung“ durch Verordnung von Schutzgebieten auf land- und forstwirt¬schaftlich
Wälder, Almen, Wiesen, Weiden, Äcker und auch nicht nutzbare Flächen gehören zur Natur- ur
Die Gesellschaft ist darauf angewie¬sen, dass dieser erhalten, gepflegt und auch zum Wohl alle
Wir wollen dafür sorgen, dass dieses sensible Miteinan¬der auch in Zukunft gewährleistet ist
und Rechte und Pflichten fair und transparent wahrgenommen werden.
Wir setzen uns dafür ein, dass die bäuerliche Landwirt¬schaft in Österreich Rahmenbedingung
Viele Bauern in Österreich verstehen mehr von der Wirtschaft als die meisten Politiker.
Ein Bauer muss jeden Tag aufs Wetter schauen, die Marktpreise im Auge behalten und seine tä
Was aber am wichtigsten ist: Viele Bauern denken vorausschauen¬der in die Zukunft, als der D
In der Regel will jeder Bauer seinem Nachfolger mehr übergeben, als er selbst bekommen hat.
Die meisten Politiker machen es leider genau umgekehrt.
Deshalb ist es eine Ungerechtigkeit, dass die Bauern in der Öffentlichkeit so dargestellt werden
Das stimmt nicht.
In Wahrheit bekommen sie nur einen Bruchteil dessen, was die großen Agrarkonzerne erhalte
Österreich hat guten Grund stolz zu sein, auf seine Bauern und ihre Erzeugnisse.
Auch die Bio-Bauern haben eine beachtliche Erfolgsgeschichte geschrieben.
Am Anfang wurde sie zwar von den Vertretern gewisser Interessensverbände und Banken nur r
aber diese sanfte Form der Landwirtschaft hat die Essgewohnheiten vieler Menschen veränder
Bewusste und gesunde Ernährung mit heimischen Lebensmitteln bringt viele Vorteile.
Die vielfältigen Ressourcen der heimischen Landwirtschaft können aber noch besser genutzt w
Forschungseinrichtungen für biologische und nachhaltige Landwirtschaft sowie Viehzucht müss
Dazu braucht es noch eine gute Ausbildung und Weiterqualifi¬zierung der in der Landwirtschaf
Es reicht nicht aus, nur theoretisch zu erforschen, wie ein Produkt hergestellt werden kann.
Wir wollen eine kleine, hochspezialisierte Agraruniversität errichten,
wo Spezia¬listen mit Bauern zusammenarbeiten, um neue Wege zu entwickeln für die Herstellu
Österreich ist auf Menschen angewiesen, die theoreti¬sche Kenntnisse in die Praxis umsetzen
Ohne die Bauern und Mitarbeiter in der Landwirtschaft können neue Erkenntnisse gar nicht nu
Eine ausreichende Versorgung mit guten und gesunden Nahrungsmitteln aus heimischer Produ
Abhängigkeit von planwirtschaftlich geführten Monokulturen, die lange Transportwege unabdi
Diese nur scheinbar einfache Wahrheit darf nicht in Vergessenheit geraten.

Das Absurdeste sind EU-Förderungen. 110
Von den 27 EU Staaten sind nur 8 Nettozahler. 110
Die Nettozahler zahlen das Steuergeld ihrer Bürger in die EU-Kassa in Brüssel ein, 110
und dort, administriert durch diverse Verwaltungsappa¬rate, wird dann an alle EU Länder das G
Das ist ein Umverteilungssystem.
Es wird kein zusätzlicher Wohlstand geschaffen, nur zusätzliche Büro¬kratie. 110
Es wäre besser für die Österreicher, das österreichische Geld im eigenen Land zu lassen. 109
Anstatt Umverteilung innerhalb Europas zu betreiben, wo viel Geld im Verwaltungsaufwand se
UNSERE THEMEN
LÄNDLICHER RAUM
Der ländliche Raum hat gegenüber dem städtischen in der modernen Wirtschaft wesentliche St
Fehlentwicklungen der Vergangenheit höhlen den ländlichen Raum Schritt für Schritt aus
(Schulen, Polizeidienststellen, Nahversorger…).
Die Wettbewerbsnachteile spiegeln sich aber auch gegenüber den Städten und deren Umlandg
bei Bildungsangeboten,
Arbeitsplätzen,
kulturellen Einrich¬tungen,
der Freizeitgestaltung,
den Dienstleistungs-
und Serviceeinrichtungen
sowie beim Kaufangebot für die Konsumenten wider.
Während ländliche Regionen am Rande von Städten, die Mitgewinner der Urbanisierung sind, l
Wir streben deshalb einen gerech¬ten Finanzausgleich an, der ländliche Regionen stärkt.
Die Infrastruktur im ländlichen Raum muss auch in Zukunft erhalten bleiben, damit auch die Erl
und Nutzung der Kulturlandschaft gewährleistet bleibt.
Wir setzen uns für die Erhaltung und Stärkung des ländlichen Raumes ein, damit er auch in Zuk
Einen weiteren Aspekt sollte man nicht außer Acht lassen:
Momentan wandern viele Menschen noch in den städtischen Bereich ab.
Aber bei zahlreichen Familien aus den Städten hat schon ein Umdenken eingesetzt.
Der ländliche Raum hat Zukunft, denn das Leben am Land bietet, gerade was die Lebensqualitä
Der ländliche Raum bewahrt und schafft Werte.
Eine gute Infrastruktur ist deshalb unbedingt notwendig.
Schließlich wollen wir keine leeren Landstriche, sondern ein lebendiges Land.
Eine kluge gemeinsame Nutzung von Kommunikations-und Transportmitteln kann beides schaf
Arbeitsplät¬ze
und leistbares Wohnen
inmitten der Natur.
Der ländliche Raum kann so ein attraktiver Wirtschafts¬standort sein.
Das Team Stronach will den ländlichen Raum stärken – denn dort liegen unsere Wurzeln!
UNSERE THEMEN
VERKEHR UND INFRASTRUKTUR
Österreich liegt im Herzen Europas,
ist flächenmäßig ein relativ kleiner Staat,
der mit unzähligen schönen Natur-
und Kulturlandschaften,
sowie mit reizvollen Dörfern
und schönen Städten gesegnet ist.

Daher ist bei allen Ver¬kehrsmaßnahmen
sowohl auf ökologische Erfordernisse,
als auch auf eine angemessene Gestaltung von nötigen Eingriffen grundsätzlich besonders Bed
Als hoch entwickelter Staat
mit bedeutender Exportwirt¬schaft
ist Österreich auf ein zeitgemäßes und attraktives Angebot an Verkehrswegen aller Art angewi
Ein gut ausgebauter öffentlicher Verkehr ist ein wichtiger Aspekt einer funktionierenden Volks
Öffentli¬cher Verkehr muss attraktiv
und leicht zugänglich sein.
Staatliche und kommunale Verkehrsunternehmen müssen sich zukünftig dem fairen und koste
Monopole in diesem Bereich verhindern eine wirtschaftliche Entwick¬lung.
Staatliche und kommunale Verkehrsbetriebe dürfen nicht mehr Versorgungsunternehmen für
Die parteipolitische Besetzung der Infrastrukturbetriebe muss abgeschafft werden.
Die meisten Politiker denken nur politisch und nicht wirtschaftlich.
Insbesondere für Flughäfen,
die Eisenbahn
und die Post muss eine Lösung gefunden werden,
um das beste –und vor allem politisch unabhängige – Management zu finden und einzusetzen.
Es handelt sich um Allgemeingüter, die dem Steuerzahler gehören sollten.
Diese Betriebe sollten ähnlich einer börsennotierten Aktiengesellschaft geführt werden, wo die
Das Team Stronach fordert das Ende von Parteibuchbe¬setzungen für Allgemeingüter der Infra
Die Politik muss bei Personalbesetzungen draußen bleiben.
Im Bereich des schienengebundenen Personenverkehrs soll es schrittweise zum Ausschreibung
Ergänzend ist die Einführung einer leistbaren Österreichcard
(nach dem Vorbild des schwei¬zerischen Generalabo)
für alle öffentlichen Verkehrsmit¬tel ein wesentliches Instrument für die Stärkung des öffentlic
Internationale Verträge sollen auch dafür sorgen, dass die Transitbelastung unserer Verkehrsw
und ökologisch vertretbar ist.
Der Wettbewerb der Verkehrs¬träger soll nach marktwirtschaftlichen Prinzipien erfol¬gen.
Steuereinnahmen, die von Verkehrsteilnehmern eingehoben werden, sollen ausschließlich dem
Sie dienen zur Errichtung und Erhaltung oder zum Ausbau von Verkehrswegen und zugehöriger
Eine Umverteilung von Steuereinnahmen für andere, verkehrsfremde Zwecke ist auszuschließe
Die Raumordnung hat dafür Sorge zu tragen, dass es im Sinne der Zweckmäßigkeit und Sparsar
Menschen mit eingeschränkter Mobilität sind Teil unserer Gesellschaft.
Der diskriminierungsfreie Umgang mit Menschen mit Behinderung, zumindest in allen Bereiche
Die Aufnahme eines Rückbauzwanges nach Verurteilung, bei Verstößen gegen das Behinderten
Das sinnvolle Nebeneinander von Individualverkehr und öffentlichem Verkehr ist wichtig für di
Infrastruktur ist Sache des Staates:
Die Politik gibt den langfristigen Rahmenplan für die Entwicklung der Infrastruktur vor.
Entscheidungen über den Verkehrs¬wegebau sind aber die Sache von Experten und nicht von
und müssen langfristig und unabhängig von Tagespolitik sein.
Alle Infrastruktur-Entscheidungen müssen zentral von einer schlanken und schlagkräftigen sow
Dem immer wieder auftretende Missmanagement bei staatlichen Infrastrukturprojekten muss
(Kostenüberschreitung:Inntal +150 Prozent, Hauptbahnhof Wien +100 Prozent, Skylink +120 Pr
indem die Verantwortlichen auch Verant¬wortung tragen.
Das Team Stronach hat die Vision der Schaffung eines nachhaltigen Verkehrssystems, das die I
der Umwelt

und der Wirtschaft berück¬sichtigt.
UNSERE THEMEN MEDIEN
MENSCHEN MIT BEHINDERUNG
Menschen mit eingeschränkter Mobilität sind Teil unserer Gesellschaft.
Der diskriminierungsfreie Umgang mit Menschen mit Behinderung zumindest in allen Bereiche
Die Aufnahme eines Rückbauzwanges nach Verurteilung bei Verstößen gegen das Behinderten
Derzeit verliert das Pflegegeld jährlich an Wert, da es nicht an die Höhe der Inflation angepasst
Das ist ungerecht
und eine ungeheuerliche Belas¬tung
und Benachteiligung behinderter Menschen und ihrer Familien.
Das Team Stronach setzt sich für die jährliche Anpassung des Pflegegeldes ein.
Außerdem forcieren wir die Barrierefreiheit in den wichtigen öffentli¬chen Lebensbereichen.
Barrierefreies Planen und Bauen in öffentlichen Gebäuden sollte heute eine Selbstver¬ständlic
Viele behinderte Unternehmer bezahlen Zwangsmitgliedschaft bei der Wirtschaftskam¬mer un
Dies trifft auch auf viele öffentliche Institutionen und Behörden in ganz Österreich zu.
Menschen mit Behinderung können – so wie Menschen ohne Behinderung – einen positiven Be
UNSERE THEMEN
MEDIEN
Die Medien haben eine sehr wichtige Rolle in einer Demokratie.
Ihre Hauptaufgabe ist, die Menschen unabhängig und korrekt zu informieren
und auch öffent¬lich Kritik an Missständen zu üben.
Sie haben eine wichtige Kontrollfunktion in einer Demokratie.
Sie müssen frei berichten können.
Medien haben es in der Hand, die öffentliche Meinung zu beeinflussen.
Ein Federstrich kann vernichtender sein, als ein geladener Revolver.
Wir fordern daher strengere Strafen, wenn falsche Informationen als Tatsachen dargestellt wer
Eine Richtigstellung im Nachhinein ist nicht genug, dann ist der Schaden in der Öffentlichkeit b
Medien sollen objektiv berichten
und gleichzeitig ein Sprachrohr für jene sein, deren Stimme sonst nicht gehört werden würde.
Monopole und Kartelle sind sehr schlecht für die Gesell¬schaft.
Sie unterdrücken den freien Fluss der Ideen und hemmen die Entfaltung des Einzelnen.
Die staatliche Medienförderung liegt aber in der Hand einiger weniger Menschen.
Das ist eine intransparente Vorgehensweise, die wir ändern wollen.
Medien sollen auch die Stimme vieler Menschen sein,
nicht nur die einiger Weniger.
ORF
Der ORF ist nicht effizient geführt,
kostet dem Steuer¬zahler Unmengen an Steuergeld
und bringt wenig Qualitätssendungen.
Jeder Österreicher, der einen Fernseher besitzt, muss, egal ob er ORF-Programme konsumiert o
Hinzu kommt die Budgetbelastung durch den gewaltigen ORF Schuldenberg und den laufende
Wir sind gegen Zwangsge¬bühren!
Österreichs Medienlandschaft ist gezeichnet von der späten Liberalisierung des Rundfunkberei
Dies hatte zur Folge, dass sich die österreichische Medienpolitik zumeist in ORF-Personalpolitik
Die etablier¬ten Parteien pflegen seit Jahrzehnten den Machterhalt, indem sie die Kontrolle üb
Sämtliche Versuche, den ORF nachhaltig aus den Klauen der Parteisekretariate zu befreien, sin
Auch die Reform aus dem Jahre 2001, bei der aktive Politiker aus den Aufsichtsgremien des OR

Das ORF-Aufsichtsgre¬mium Stiftungsrat ist mit 35 Personen (9 Bundesregie¬rung, 9 Länder, 6
und hat oftmals in wirtschaftlichen Angelegenhei¬ten nicht ausreichenden Sachverstand.
Der ORF-Publi¬kumsrat, der eigentlich die Interessen der Hörer und Seher vertreten sollte, hat
Die Wahl dafür per Fax ist umständlich und zu teuer.

UNSERE THEMEN

MANAGEMENT VON „ALLGEMEINGÜTERN“

Wie bei allen wichtigen Infrastukturbetrieben Österreichs ist der Schlüssel für gutes und nachh
Bei Beteiligungen des Staates an Allgemeingütern – also der Eisenbahn,internationale Flughäfe
und daher auch den Aufsichtsrat bestimmen, wie es bei einem börsenno¬tierten Unternehmer
Wir sind für die Um-wandlung der Staatsgesellschaften,
bzw. jenen Anteilen, die im Eigentum des Staates sind, in Bürgergesellschaf-ten, wo jeder Nett
Niemand darf mehr als ein Zehntel Prozent der Anteile besitzen.
Jedes Jahr werden an jeden Nettosteuerzahler, der österreichischer Staatsbürger ist, im Verhäl
Anteile können nicht vererbt werden, da es keine Macht-konzentration geben darf.
Die Anteile eines Verstorbenen werden zu Marktpreisen verkauft und in bar an die Erben ausb
Die Bürger wählen den Aufsichtsrat
und dieser bestellt das Management, die parteipolitische Besetzung nach Proporz muss durch
Nur so können die ewigen Verluste, die immer die Steuern erhöhen, endlich aufhören!
Die Bürger haben ein Recht darauf, dass ihr Steuergeld gut verwal¬tet wird
und nicht kontinuierlich in ein Fass ohne Boden geschüttet wird.
Zusätzlich muss es gesetzliche Rahmenbedingungen ähnlich einer Schuldenbremse geben,
die es dem Ma-nagement keinesfalls erlaubt, das Unternehmen über einen gewissen Grad hina
ohne dass sich die jeweilige Investition innerhalb von einer gewissen Zeit rentiert.
Einzige Ausnahme:
Nachhaltige Infrastruk¬turprojekte, für die es einen genauen Geschäfts- und Finanzierungsplan
Das Wasser ist ein ganz besonders wichtiges Thema für Österreich
und wird in der Zukunft als lebensnotwendige Ressource noch eine viel größere Bedeutung erla
Wir sind für ein Wassergesetz im Verfassungsrang:
Die Versorgung der Bevölkerung mit gesundem Trinkwasser muss gesichert sein.

hlt zu werden.

ine gute Wahl

, ist bestenfalls scheindemokratisch.

er Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
tsträgern aufzuzeichnen und elektronisch auf einer zu schaffenden Bürger- Homepage live ausz

nen.
n Organisationen, Unternehmen, Großbanken, Kammern und Bünden aufgeklärt zu werden.

Beitrag zum Wohle des Landes zu leisten.

en können.

werden,
r dauerhaft finanziert

n.
ebensunterhalt zu bestreiten,

iner Möglichkeiten leisten soll.

ı unterstützen.

d unterein¬ander aufgeteilt.

e vergeben,

nschen zu wirken.

n.

wässern!
fen können,

t.
gen,
selbstständig zu werden.
ız erfolgreich entfalten

schaft.

res Unter¬nehmens attraktiv macht.

aushalt zuzustimmen.

bewahren.

wohl beizutragen.

e verwirk¬lichen.

onskontos für die folgenden Generationen gesichert werden kann.
interes¬sierten Pensionisten ermöglicht, so lange sie wollen und können, im Erwerbsleben zu s
Erfordernissen.

taaten.109

ten zahlt oder haftet. 110

.

2012).

e Schleu¬sen für eine wahre Schuldenflut geöffnet. 110
ausgegliedert“. 110

in Österreich wirklich sind.

sein.

em Bürger oder einem Unternehmen zu erwarten ist:

n nach kurzer Zeit.

atshaushalt zuzustimmen!
sverrechnung eingeführt wird.
ts verwaltet.
kaum mehr möglich ist

ıziert

/olk.

etwas falsch.
ären entlassen werden,

ın die Wirtschaft.

chnung bezahlen müssen.

ıdsten Bedürf¬nisse fehlen wird.

ı, wird sich das sehr schnell ändern.

gemeinsam Schritt für Schritt abbauen

ısst.

.000 Seiten neue Gesetzestexte produziert.

ist.

ɔeiten.

ınen und Klauen verteidigt:

ɔparat für die Mitglieder und Funktionäre der Großparteien entwickelt hat.
ınnen.

ben der Staat, die Länder und Gemeinden über¬nehmen sollen, gibt es nämlich noch eine zweit

hrlich mehr als 10 Milliarden Euro.

sene Verwaltung viele wichtige Entscheidungen im Alltag.

gt werden soll.

etreffende Aufgabe vor Ort
ann.
gernah beschlossen werden,

leicher Weise zu Gute kommt

steigen

auf die örtliche Bevölkerung beziehen.
.

ren auf allen Ebenen auf Kosten, Nutzen und Effizienz genau unter¬suchen

sinnvollen Vorschläge und deren Umsetzung erreicht werden, bezahlt werden.
ım fünf Prozent senken können.

wer auf die Wahlliste kommt.

e wirklichen Probleme der Bürger kümmern.

haffen

enug.

ɛien Wirt¬schaft eine sinnvolle Beschäftigung finden.

gegangene Ver¬trauen in die Politik zurückzugewinnen.

ʒ parat zu haben.

ganisationen aber nicht leben.
Vollgas gegen die Wand.

ren Reihen akzeptieren.

cht es unabhängige Bürgervertreter.

len,

reter ins Parlament einziehen

ı Nationalrat.

en Parteien kommen.

wohl wichtig sind.
welche der Einzelne erfüllen kann.

ezialwissen verstehen kann.

n,

eben.
men besonders zu unterstützen.

ler Familie miteingerechnet

:.

ɜsge¬bühren befreien

mehr in Öster¬reich von der Steuerleistung abziehen können.

uszahlen.

eren werden,

erbelastung deutlich reduzieren,

nen.

bereitschaft nicht zu einer Verringerung des Steueraufkommens führen, ganz im Gegenteil:

rtenkommission eingeleitet werden dürfen.

l.

weil die undurchsichtigen Steuergesetze gegen sie verwen¬det werden könnten.
chen.
lbst erledigen kann.

Wettbewerb wieder zunichte gemacht.

en in eine Pensionskasse eingezahlt werden können.

werden

el Einzahlungen er schon geleistet hat
te.
Privilegien.

zu sein.
n.

e: 25% Körperschaftsteuer) alternativ als Gewinnbeteiligung an seine Mitarbeiter ausschütten k
rden ist hoch,

lösen,

rch wird die Firma automatisch konkurrenzfähiger.

n Weltbild.
Menschen,

n Klassenunter¬schieden.
eter.
n zu wollen,
den und Kammern getroffen.

dern die Partner der Großparteien.
d, das ihnen automatisch vom Gehalt abgezogen wird.

voneinander abgrenzen,

Mitarbeiter zusammen,

d zu schaffen

sanwälte übertragen, die in oberster Weisungsebene durch eine im Regelfall parteipolitisch bes
chaftliche Kompetenz hat in verfassungsrecht¬lich höchst bedenklicher Weise die Möglichkeit e
ungsebene reichenden Weisungskette beeinflussbar ist. ¨

lie jeweils übergeordnete Behörde (also an den leitenden Staatsanwalt, an den Oberstaats¬anw
recht gutzumachen.
s wieder eingeführt werden.

er Arbeit an die Staats¬anwaltschaft,
n Anklage zu erheben ist, oder ob es zur Einstellung eines Verfahrens kommen muss.

.
t werden.

telle. 108

zuset¬zen haben. 110

e Notwendigkeit – ein seit Jahrzehnten bestens funktionierendes Währungssystem mit vielen er

.10
bolitischen Einheit kommen. 110

erschiedlichen Kulturen und unterschiedlichem Leistungsvermögen mit einer gemeinsamen Wä
nstruktion, 110

wachsen.

e der griechische, portugiesische oder spanische. 110

nem harmonisierten, also gleichgeschalteten Zwangsverbund von anderen Staaten hinuntergez

n,

ngskraft und damit die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder nicht ausgeglichen und bes

estimmten Wert im Vergleich zu den anderen bewer¬ten. 110

nd auf- oder abwerten. 110
Geldmenge ausweitet. 109
e Kraft bestimmen. 109

schließlich für den Import von notwendigen Gütern,

hlechte wirtschaftliche Situation geben,

n Völkerverständigung absolut notwendig. 108
ckgezahlt werden können.

heile Welt vor.

nd Hilfe wollten.

ehmen.
ft und die Arbeiter immer knapper wird.

ternationalen Finanzmärkten spekuliert.

ösen lassen. 110

en. 109

hen. 110
ewusst durch¬leuchtet werden. 108
n, Richtlinien und sonstige Vereinbarungen genau prüfen. 110
ı werden.
ıntien, Zahlungen

n einem System der Bürokraten und Spekulanten unterdrückt werden darf. 109
uso – im Geiste des freien Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs – fortgeführ
allem eines:

at noch nie funktio¬niert haben. 109

en. 108

kte erleben, wie das im Jahr 2008 der Fall war.

, die im wesentli¬chen dem Sammeln von Einlagengeldern

el stärker die realwirtschaftlichen Funktionen der Banken,

hen abdeckt

ettbewerbsfähigkeit

ati¬on).
in Schilling erworben hatte, wesentlich billiger waren, als sie heute in Euro kosten.

he Staatsanleihen aufkau¬fen kann. 110
bleibt dieselbe. 110

nleihen sitzen.110
rheitlich in der Hand der Schwachwährungsländer ist. 110

werden.

it einhergehend, die Entwer¬tung unseres Geldes zu verhindern. 108
ehoben und wertbringend angelegt ist.

ık ist

elungsge¬schäfte betrieben werden.
rer Kredite an österreichische Unterneh¬men vergeben.

ngsunion für alle europäische Staaten führt, wird strikt abgelehnt!

ıigkeit.

reichendem Umfang vermittelt bekommen.
elnen

:en nicht ausreichend.

Bewegung zu vermitteln.
Kindergarten an gesunde Lebensmittel angeboten werden.

en.

en

historisch gewach¬senen Überverwaltung,

nnen muss.

Lehre und Forschung

liensystem,

nden Vorstellun¬gen gelenkt.
ibtisch.

in den Geistes¬wissenschaften - abgeschlossen haben,

n erarbeitet.
lung dieser Fähigkeiten unter¬stützt werden,
t hohen Stellenwert zu geben.

ie sie der Gesellschaft etwas zurückgeben können.
en.

zfähigen Preis nicht verlernen.

en Ideen

m die richtigen Werte vermitteln.

ɔar sind,

ıft von großer Bedeutung, sondern auch im Arbeitsleben entscheidend.

.
Kulturtechniken beizubringen, sowie bis zur Vollendung des 18. Lebens¬jahres eine Ausbildung

fen.
tigungen fördern,

inheitlich berück¬sichtigt.

erden.

Politik sein.
er Aufgabe bestmöglich nachkommen können.
euung erfahren, auf die sie ein Recht haben, in Zukunft besser und effektiver geschützt werden
und mehr Aufmerksamkeit.
ɔt entwickelt werden.

funktionie¬ren.
en in den südlichen EU-Ländern am eigenen Leib erfahren, ohne dass sie auch nur die geringste

e Jugend.

ınen.

ı.
ɡeflößt.
ehrreaktion.

chst viel versprechen, aber nur sehr wenig offen fordern.

en.
d.

e.

chen der Hoch- und Volkskultur

il getragen sein,

ve in einer Gesell¬schaft auf den Punkt zu bringen.
ine Ausdrucksmöglichkeit dafür besitzen.

u leisten.

ch bekommen.

vor.
vonnen.
l einige grundlegende Strukturänderun¬gen von Nöten.
örderung der Kinder herangezogen werden.

ucht werden.
licher Buchführung zugute kommen, steuerfrei sein.

:n.

ı Erfolg zu haben.

ch ausgebremst werden können.

en Bereichen schwerer, als früher.
Radfahren und Rollschuhlaufen verbieten.
n wird?
en und fangen lernen müssen.

geber ermöglicht werden

ag zu den täglichen Bewegungseinheiten leisten dürfen.
nöglich sein.
nd Sport betreiben können.

en.
der ersten Reihe sitzt und in die Kameras lächelt, sich aber dann abwendet, wenn die Erfolge a

m Förderungen ansuchen will.

nlt.

Gesundheit spezialisiert hat,

solidarisch gewährleistet sein

aussu¬chen können.

Versicherungen, soll unter fairen Voraussetzungen stattfinden.
ı öffentlichen System angeboten werden.

n.

Medizin beansprucht.

en erbringen kann.
r Öffent¬lichkeit zu öffentlichen Preisen anzubieten,

t.

muss informiert sein

die Wiederher¬stellung von Gesundheit spezialisiert hat, nicht mehr finanzierbar.
rd eine weitere Explosion der Gesundheitskosten abge¬wandt.
h der Vorbeugung und in der Gesundheitswiederherstellung vieles verbessert werden.
ıs schon aus Kostengründen unumgänglich.
ı werden.
ıformationen umzu¬setzen.

.
eckgebunden

.

zahlt.
itnehmer ein¬gehoben.

efiniert.
en Gesamtkosten der Gesundheitsversorgung Österreichs.

eit transparent.

Bonussystem).

rantwortung werden.

teln im Gesundheitswesen ein.
itzlich Teil des Gesund¬heitswesens

häuser, Ordinationen etc.) bei gegebener Qualifikation.

es Niveau anzuheben.

ant erbracht, werden über eine einzige Verwaltungseinheit abgerechnet.

Kernpunkt der neuen Finanzierung dar.

er integriert sind und die für eine gute Gesundheitsversorgung verantwortlich ist.
nhebung, Verwal¬tung und Verteilung der Mittel im gesamten Gesund¬heitswesen zuständig.
n Kosten und natürlich an den Einsparungen beteiligt.

inzelnen.

auf dem Gesundheits¬markt ein.
z. ab
ten Leistungskatalog,

ıllation der ÖGV ermöglicht.

e medizinische Einheit im Dienst ist und wo er mit welchem Leiden hingehen kann.

¬sätzlich Teil des Gesundheitswesens.

¬den.

fort Maßnahmen einleiten, um es langfristig zu erhalten.

en Regeln gelten,

as gesetzliche heranzuführen.
ı:
:e Lohnnebenkos¬ten anfallen

ıls es die Pension wäre.

›pfung beitragen und könnten einer sinnvollen Tätigkeit nachgehen, die ihnen Freude bereitet u

ıen Entwicklun¬gen Rücksicht nimmt und viele Menschen zum Arbeiten jenseits der 65 Jahre m
ht nehmen.

zelnen selbst erwirtschaftet wurde.
m langfristig erhalten und ein zu früher Pensionsantritt unattraktiv.

engungen notwendig.

von existenzieller Armut betroffen sind.

nzieren.
, die sich aus irgendeinem Grund selbst nicht helfen können.

le Hilfe notwendig ist.
ahlen kann.
g zum Wohl der Gemeinschaft zu leisten.
nehmen,

erden.

chkeit haben, ihre Wohnung zu attraktiven Konditionen als Eigentum zu erwerben.
glichen.
zum Schuldenabbau beitra¬gen,

der Erinnerung eines Menschen hinterlässt.

n und zu beschö¬nigen, statt sie zu bekämpfen.

aft etwas aufbauen können.

eine demütigen¬de Erfahrung.
dern korrekt behandelt werden.

denen sich viele Menschen nicht zu Recht finden.
d jeder ganz genau weiß, was ihm zusteht.

lschaft

ɔglichen.

vortung zu übernehmen, Kompromisse einzugehen, Autoritäten zu respektieren, aber auch, uns

er Zukunft aus?

ung zu treffen.

nutzen möchten.

t spürbar leichter haben
neißt, die Einkommen der Familie werden gemeinsam versteuert.

ein Drittel reduziert.
len letzten Jahrzehnten deutlich verringert hat,bestehen nach wie vor viele Benachteiligungen v
starke geschlechtsspezifische Unterschiede in den berufsbildenden Schulen und der Lehrlingsau

esellschaft.

en von Steuer¬geld.
Beruf.
nce zwischen Arbeit und Familie zu finden und wollen Frauen beson¬ders unterstützen.

ı der Wirt¬schaft treten wir für eine sinnvolle und gesteuerte Zuwanderung ein.
der Zuwanderer zu verbessern, überholt ist.

kann.
haft erwartet werden.

usreichenden Asylgrund in Österreich verbleiben.

.

mit dem Thema Zuwanderung umgehen wollen.

tuati¬on orientiert, ist für alle Beteiligten die beste Lösung.
he gelernt haben, hier arbeiten und hier leben, sehen das genauso.

entifizieren

ıd Offenheit begegnet wird.

hen Hickhacks.

ssenschaften und der Wirtschaft, die gemeinsam mit den besten Studenten zukunftsweisende I

Öster¬reich als Urlaubsdestination zu wählen.

enzen, die immer wieder scheitern.

ombedarfs abdeckt.
n, um Verbrauchsspitzen abzudecken.
rk schwankt.
e „grüne Batterie“ im Herzen Europas.
sser genutzt werden!
er bürokratischen Genehmigungsverfahren erforderlich.
nergien.

es, immer mehr Strom in die Netze einspeisen als Ergänzung für die großen Kraftwerke.

en kleinen Anlagen in den Regionen aufzunehmen und einen regionalen Ausgleich zu schaffen.

herangezogen.
geschöpfe zu respek¬tieren und keinesfalls grausam ihnen gegenüber zu sein.

angt, einführen:

n ersten Blick erkennt, aus welchem Land das Tier, dessen Fleisch er möglicherweise kaufen will

nisationen.

metische Zwecke, genehmigt werden.

s.
Partei¬enstellung haben.

r Bürger.

t.
tzung für mehr Sicherheit.
n¬gen, Geschwindigkeitsüberschreitungen, Lärmbelästi¬gungen und Falschparken.

aber ausrei¬chenden Ausbildung Verwaltungsübertretungen verfolgt.
erheitslage in Österreich investiert werden können.

hören.

Bürger das Vertrauen in den Staat zurückgibt.
kein Tabu sein.

cherung ihrer Privatrechte und -sphäre und der Nutzung der bestmöglichen Methoden zur gezi
riminalitätsbe¬kämpfung Halt machen.
der stärker ins allgemeine Bewusstsein rücken.

gen zu entwickeln.
e und funktionieren¬de Grundversorgung die innere Sicherheit eines Landes rasch in eine Schie
d Reformen ein, die auch durchaus aus bewährten Systemen aufgebaut sein können:
Kleinkriminalitäts¬delikte, die einfach zu administrieren sind, erledigt werden:

arbeitung und Enderledi¬gung durch die Kriminalpolizei.
Systeme) gibt es eine wesentliche Dienstleistungsverbesserung bei gleichzeitiger Motivationsfö
niert,

d anderen Sozialver¬einen.
aft freiwillig und unbezahlt in den Dienst der Gesellschaft stellen.

evor.
chluss eine sinnvolle Beschäfti¬gung haben.

che Tätigkeiten und insbesondere auch für Katastrophenein¬sätze ausgebildet werden.
nst melden– so¬fern sie laut Stellung geeignet sind.
eben.
chaft nachgefragten Bereichen angeboten werden.

elbstbewusst wahrnehmen.109

n enormen Mehrwert schafft.

ienst an der Gesellschaft verstehen und nicht als eine Möglichkeit, sich persönliche Vorteile zu
endig.

n:
neu festgelegt werden.
„verteidigungs¬politischen Aufgaben“ stellen die Grundlagen für den Auftrag an das Österreich
um, aus dem sich wiederum die notwendigen Mannschaftsstärken, sowie die erforderliche Ausı

truments – Wehrpflicht oder ein reines Berufsheer – für Österreich und seine Bevölkerung am b

teilung)

ıdermaßen dar:

he Interventionstruppe.

ɛ Übungsplätze sowie eine moderne und wirksame Bewaffnung und Ausrüstung.

us verschiedenen Gründen und vor allem ohne über Details oder konkrete Lösungen von den R

ɾen.

:altung und Erhaltung der Kulturlandschaft,

aft.

eine immer größer werdende Bedeutung zu.
Existenz bedroht.

g und Verarbeitung in Österreich zu erhalten, sofern diese als solche gekenn¬zeichnet sind.

eine Familienbetriebe zunehmend ver¬nachlässigt, darf nicht die österreichische Landwirt¬scha
n.
u überprüfen und abzubau¬en!110

hen Flächen muss entschädigt werden.
nd Kulturland¬schaft Österreichs und stellen einen wertvollen Schatz unseres Landes dar.
r entsprechend genutzt wird.

gen vorfindet,die eine flächendeckende Bewirtschaftung ermöglicht!

igliche Arbeit erledigen.
urchschnittspolitiker.

, als wären sie die größten Nutznießer der EU-Subventionen.

n.

milde belächelt,
t.

erden.
sen stärker ausgebaut werden.
t tätigen Menschen.

ung der gesündesten und besten Lebensmittel.
können.
tzbar gemacht werden.
ıktion ist, gerade mit Blick auf die Zukunft, ein Garant für Sicherheit und Frieden.
ngbar machen, müssen wir auf jeden Fall vermeiden.

Geld wieder ausgeteilt. 110

lbst versinkt, sollte Österreich lieber seine bäuerlichen Familienbetriebe fördern.109

tandortnachteile.

gemeinden

beginnen in den Tälern und entlegenen Gebieten Strukturen so weit zusammenzubrechen, dass

haltung, Pflege

unft als Siedlungsraum für alle Generationen dient!

it und das Miteinan¬der angeht, zahlreiche Vorteile.

fen:

acht zu nehmen.

esen.
wirtschaft.

ntranspa¬renten Wettbewerb mit Privaten stellen,

Parteigänger sein und dürfen nur von politisch unabhängigen Experten geführt werden.

.

e Aktionäre das Management bestellen und entlassen können.
struktur.

gswettbewerb für die Bedienung der Strecken kommen, um einen wirt¬schaftlichen und einheit

hen Verkehrs.
ege ökonomisch

n Verkehr zur Verfügung stehen.
n Einrichtungen.
n.
nkeit zu keiner Verschwendung von Steuermit¬teln im Verkehrswesen und für infrastrukturelle

en des öffentlichen Lebens, ist für uns selbstverständlich.
ngleichstellungsge¬setzes, ist erforderlich und international längst üblich.
e Entwicklung des Staates.

Politikern

ie politikfreien Experten-Organisation verwaltet werden.
ein Riegel vorgeschoben werden
ozent)

nteressen der Menschen,

n des öffentlichen Lebens ist für uns selbstver¬ständlich.
gleich¬stellungsgesetzes ist erforderlich und international längst üblich.
: wird.

hkeit sein.
ıd können oft nicht einmal in die Gebäude hinein.

eitrag zur Gesellschaft leisten und wir wollen ihnen das besser ermöglichen.

rden.
ereits angerichtet.

oder nicht, je nachdem in welchem Bundes¬land er wohnt, ungefähr 350 Euro jährlich an Zwang
n operativen Verlust.

chs und einem hohen Konzentrationsgrad bei Printmedien.
: erschöpfte.
ber den öffentlich-rechtlichen Rundfunk für sich beanspruchen.
d gescheitert.
F ausscheiden muss¬ten, hat dazu geführt, dass nun Mittelsmänner der Parteien die Aufträge e

politische Parteien, 6 Publikumsrat, 5 Betriebsrat) für die Kontrolle der Geschäftsführung zu gro

faktisch keine Befugnisse.

altiges Wirtschaften die Abschaffung der parteipolitischen Postenbesetzung.
n,Straßen, Wasser- und Elektrizitätsnetz – sollen die österreichi¬schen Steuerzahler die Aktionä
üblich ist.

steuerzahler Bürgeraktien erhält.

tnis der Höhe der Nettosteuerleistung Anteile ausgegeben.

ezahlt.

den Einsatz der besten Köpfe abgelöst werden.

aus zu verschulden,

gibt, und die eine sinnvolle volkswirt¬schaftliche Gesamtlösung darstellen, dürfen über Schuld

angen.

ustrahlen und wiederzugeben.

tehen.

te Verfas¬sung; die sogenannte „Realverfassung“.

:ann.

etzte Ressortleitung gelenkt werden können.
röffnet,

valt oder direkt an den Justizminister) haben, ermit¬teln und dann selbst über eine etwaige Ank

rfolgreichen Währungen, allen voran die Deutsche Mark, den österreichischen Schilling, den hol

ährung auszustatten. `110

ogen werden.110

eitigt, sondern vertieft. 110

t werden. 108

ʒ zu ermöglichen.

ı.

Schuld trifft:

usbleiben und sich keine positive Schlagzeile machen lässt.

ınd hätten mehr Einkommen zur Verfügung.

otiviert.

s von Autoritäten zu emanzi¬pieren.

von Frauen.
sbildung erkennen.

Umwelttechnologien erarbeiten.

, stammt.

elten Verbrechensaufklärung.

flage geraten kann.

rderung der Mitarbeiter, und das bei gleichbleibendem Personalstand!

ver¬schaffen.

ıische Bundesheer dar.
rüstung und Bewaffnung ableiten lassen.

ɔesten geeignet ist

egierungsparteien informiert worden zu sein, für die Beibehaltung der Wehrpflicht ausgespro¬ɑ

ftspolitik bestimmen! 110

s es zu einer tatsächlichen Entsiedelung kommt.

tlichen Schienenpersonenverkehr zu gewährleisten.

Maßnah¬men kommt.

gsge¬bühren bezahlen.

erledigen.

ɔß

ɨre sein,

ɪen finanziert werden.

‹lage ent¬scheiden.

lländischen Gulden, die ihrerseits seit rund zwanzig Jahren einen informellen Währungsverbund

chen hat.

d gebildet hatten. 110

Saubere Politik für einen politischen Neuanfang!
Österreich braucht einen Neuanfang.
Rot,schwarz, blau und orange haben jahrelang versucht, Korruptionsskandale unter den Tisch z
Wir haben sie aufgedeckt und konnten dank des Untersuchungsausschusses wichtige Erfolge e
Aber das war erst der Anfang.
Denn noch immer ist die vollständige Aufklärung der Korruptionsskandale nicht abgeschlossen.
ÖVP und SPÖ dachten, das frühzeitige Abdrehen des Untersuchungsausschusses könnte weiter
und spekulieren damit, dass die WählerInnen vergessen würden.
Aber sie werden sich irren.
Der U-Ausschuss im Parlament hatte zum ersten Mal das System der österreichischen Korrupti
von verdeckter Parteienfinanzierung
durch staatsnahe Unternehmen
bis zum Gesetzeskauf durch Glücksspielunternehmen.
Die Schäden für den Staat und die SteuerzahlerInnen sind enorm.
Berechnungen der Universität Linz zufolge beläuft sich der volkswirtschaftliche Schaden durch
Darum kämpfen wir für Aufklärung,
Transparenz,
Kontrolle
und einen verantwortungsvollen Umgang mit unserem Steuergeld.
Dazu gehört auch ein konsequentes Ende der Spekulationsgeschäfte mit öffentlichen Mitteln.
Der U-Ausschuss zum Finanzdebakel in Salzburg
und die hochriskanten spekulativen Geschäfte mit Wohnbauförderungsmitteln in Niederösterr
Budgets müssen in Bund, Ländern und Gemeinden transparent
und nach einheitlichen Kontrollstandards erstellt werden.
Immer noch besteht eine Reihe von Schlupflöchern.
Durch die Aufklärungsarbeit
und die Unterstützung vieler empörter BürgerInnen konnte schon viel erreicht werden.
So wurden die Transparenzbestimmungen in vielen Bereichen verschärft:
Parteispenden ab 3.500 Euro sind offenzulegen,
Einnahmen aus Sponsoring ab 12.000 Euro ebenso.
Die Verschwendung von Steuergeldern für Imagekampagnen von PolitikerInnen ist nicht mehr
Das Medientransparenzgesetz enthält z. B. ein Fotoverbot bei Einschaltungen von Regierungsm
Außerdem müssen nun öffentliche Stellen und Unternehmen Inseratenschaltungen über 5.000
Die Rechnungshof-Kontrolle konnte von 25 Gemeinden auf 71 Gemeinden ausgeweitet werder
Die Länder wurden ermächtigt, ihren Landesrechnungshöfen die Initiative zur Prüfung der restl
Diese Erfolge waren aber erst der Anfang, denn noch immer gibt es eine Reihe von Lücken, die
Wir fordern noch strengere Anti-Korruptionsgesetze
und klare Richtlinien für den Umgang mit öffentlichen Geldern
– vom Vergaberecht bis zum Spekulationsverbot in Bund und Ländern.
Gelebte Transparenz bedeutet auch, bei sich selbst anzufangen.
Als bislang einzige Partei in Österreich haben die Grünen die Parteifinanzen inklusive aller Spen
06 Die Kontrolle muss ausgeweitet werden.
Immer mehr Bereiche öffentlicher Verwaltung werden ausgelagert
und in privatrechtliche Gesellschaften umgewandelt
(Elektrizitätsgesellschaften, Asfinag, ÖBB, Universitäten, Bundesmuseen, Bundestheater u. Ä.).
Das beeinträchtigt die Kontrollfunktion des Parlaments
und der Volksanwaltschaft,

da die ausgegliederten Gesellschaften nicht geprüft werden können
und Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger über diese Gesellschaften unbehandelt bleiben
Österreich erneuern:
Gläserner Staat statt gläserner BürgerInnen und bürger
Österreich braucht eine neue politische Kultur.
Sie setzt auf Transparenz,
Offenheit,
Kontrolle
und Mut zur Veränderung.
Wir wollen einen gläsernen Staat,
nicht gläserne BürgerInnen.
Das beste Mittel gegen Korruption ist Transparenz.
Akten der Verwaltung werden für alle zugänglich gemacht,
sofern nicht triftige Datenschutzgründe dagegen sprechen.
Alle Parteifinanzen sind offenzulegen.
Politik darf nicht käuflich sein.
Politische Korruption muss in Österreich wirksam aufgeklärt und verfolgt werden.
Aufklärung darf nicht mehr von den Regierenden abgedreht werden.
Daher wird die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ein Minderheitsrecht im Nationalra
Strenge Anti-Korruptionsgesetze schließen die Schlupflöcher, die bislang immer noch die Antwo
Korruption muss bereits im Keim erstickt werden.
Transparenz und Kontrolle, rasche Aufklärung
und hohe Strafen verringern Korruption erheblich.
Deshalb stärken wir die Kontrollrechte des Parlaments,
stellen die Staatsanwaltschaften besser,
wenden das Strafrecht auch bei illegaler Parteienfinanzierung an
und schützen AufdeckerInnen.
Saubere Politik braucht wirksame Instrumente.
Korruption wird Konsequenzen haben.
Was wir konkret wollen:
> Untersuchungsausschuss als Minderheitsrecht
Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen auf Bundes- und Landesebene wird durch eine
Abgeordnete können künftig unabhängig von der Regierungsmehrheit U-Ausschüsse einsetzen
> Illegale Parteienfinanzierung: ein Fall für die Staatsanwaltschaft
Illegale Parteienfinanzierung wird gerichtlich strafbar.
Dazu wird im Strafgesetzbuch ein Straftatbestand „Illegale Parteienfinanzierung“ aufgenomme
> Vollständige Offenlegung der Nebeneinkünfte von Abgeordneten
Es braucht klare und vollständige Transparenz über Höhe und Quelle jener Einkünfte von Abge
Die Angaben haben detailliert und ohne Verschleierungsmöglichkeiten
(z. B. durch aggregierte Datendarstellung) zu erfolgen;
entsprechende Strafbestimmungen bei Nichtbeachtung sind vorzusehen.
> Klare Kriterien und Obergrenzen für externe BeraterInnenverträge
Leistungen externer BeraterInnen für Ministerien werden transparent,
nachvollziehbar,
in angemessenem Rahmen
und ohne Umgehung des Vergaberechts durchgeführt.
> Transparenz-Initiative schafft Recht auf Information

Das beste Mittel gegen Korruption ist Transparenz.
Die Transparenz-Initiative mit dem Informationsfreiheitsgesetz verschafft den BürgerInnen ihr
Informationen, die in öffentlichen Stellen vorhanden sind, gehören der Allgemeinheit, nicht de
Sie sollten deshalb auch öffentlich zugänglich sein.
Im Aktenschrank versperrt wird nur mehr das Wort „Amtsgeheimnis“.
> Unabhängige Staatsanwaltschaft
Das Weisungsrecht des Justizministers/der Justizministerin gegenüber der Staatsanwaltschaft
Dieses wird an eine/n BundesstaatsanwältIn übertragen, der/die vom Nationalrat mit qualifizie
> Mehr Mittel für Korruptionsbekämpfung
Per Bundesgesetz wird sichergestellt, dass Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft sow
> Schutz für AufdeckerInnen
Um AufdeckerInnen von Missständen künftig wirksam vor Strafe und Verfolgung zu schützen, v
> Keine Umgehung des Vergaberechts
Die Einhaltung der vergaberechtlichen Vorschriften wird durch geeignete Kontrollmechanisme
Die Unabhängigkeit von Vergabekommissionen wird gestärkt.
Weisungen durch höchste Organe sind – soweit überhaupt zulässig – zu vermeiden
oder zumindest in nachvollziehbarer Weise schriftlich zu dokumentieren.
> Rückabwicklung korrupter Vergabegeschäfte Korruption, Schmiergeld
und der Missbrauch des Vergabewesens bleiben nicht ohne Konsequenzen.
Die zumindest teilweise Rückabwicklung des Eurofighter-Kaufs durch die Republik wird beweis
> Stärkung der Kontrollrechte im Parlament
Der Rechnungshof ist für Abgeordnete eine unverzichtbare Einrichtung, um die gesetzgebende
Jede Fraktion erhält die Möglichkeit, den Rechnungshof mit Prüfungen zu beauftragen.
Die Prüfberichte werden im Rechnungshofausschuss öffentlich diskutiert.
Der Rechnungshof erhält die Befugnis, sämtliche Gemeinden prüfen zu dürfen,
Unternehmen ab 25 Prozent Staatsanteil werden ebenso geprüft.
Damit der Rechnungshof diese Aufgaben bestmöglich wahrnehmen kann,
wird die Wahrheitspflicht gegenüber dem Rechnungshof gesetzlich verankert
und eine spürbare Budgetaufstockung umgesetzt.
Die Abwahl des Präsidenten/der Präsidentin des Rechnungshofes durch den Nationalrat bedarf
> Ausweitung der Kontrollfunktion der Volksanwaltschaft
Die Kontrollkompetenz der Volksanwaltschaft wird auf ausgegliederte Unternehmen und Gesel
Die Volksanwaltschaft und der Rechnungshof sind die wichtigsten Prüforgane des Staates.
Sie geht Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern nach,
prüft die Verwaltung,
kontrolliert die Gesetzmäßigkeit behördlicher Entscheidungen
und berichtet dem Parlament,
wie bürgerInnennah,
ökonomisch
und effizient die Verwaltung arbeitet.
> Spekulationsverbot im Verfassungsrang
Eine einheitliche Offenlegung aller Risikogeschäfte von Bund und Ländern sorgt für Klarheit und
Kreditaufnahme und Veranlagungen von Bund, Ländern und Gemeinden und ihren ausgegliede
Es braucht endlich gemeinsame verbindliche Transparenz-Standards für alle öffentlichen Haush
Nur wenn Transparenz herrscht, kann das Spekulationsverbot wasserdicht sein.
09 Für alle, die nur eine Umwelt haben
Sauberes Wasser, gute Luft und eine intakte Natur sind kein Luxus,sondern unsere Lebensgrun

Den Erhalt einer sauberen Umwelt und den sorgsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen sir
Jedes Kind hat das Recht, in ganz Österreich gesunde Luft atmen zu können und nicht an den g
und anderen Schadstoffen leiden zu müssen.
Die Bedrohung durch den Klimawandel,
die Risiken der Atomkraft
und immer höhere Rechnungen für Öl und Gas bedingen eine echte Trendwende:
weg von fossilen Energieträgern – hin zu 100 Prozent erneuerbare Energie.
Der Zustand unserer Umwelt erfordert konsequentes Handeln:
Die Auswirkungen der globalen Erwärmung sind heute schon dramatisch.
Die CO2-Konzentration in der Atmosphäre ist hoch wie nie zuvor.
Der globale Temperaturanstieg betrug in den vergangenen drei Jahrzehnten ca. 0,7 Grad Celsiu
In Österreich liegt dieser Wert bei rund 1,5 Grad Celsius.
Das Klima ändert sich merklich.
Zwischen 1961 und 1990 gab es rund zehn Hitzetage (über 30 Grad) im Jahr.
Inzwischen sind es meist 20 Tage.
Gelingt es nicht, die Erwärmung der globalen Temperatur auf 2 Grad zu begrenzen, droht das V
Industriestaaten wie Österreich müssen ihre Emissionen in den nächsten 40 Jahren um 80 bis 9
Das ist eine enorme Herausforderung.
Aber es ist möglich!
Dazu braucht es jedoch eine andere, neue Politik.
Bis heute scheitert wirkungsvoller Klimaschutz an feigen und kurzsichtigen Regierungen,
die Österreich zum EU-Klimaschlusslicht gemacht haben.
Kein anderes EU-Land ist von der Erreichung der Klimaschutzziele so weit entfernt wie Österrei
Insbesondere die Schadstoffe aus dem Verkehr sind stark gestiegen.
Allein bei Kohlendioxid verzeichnete der Sektor Verkehr seit 1990 eine Emissionszunahme von
Doch auch die unmittelbaren Effekte des Verkehrs sind spürbar.
60.000 Kinder sind in Österreich aufgrund der hohen Feinstaubbelastung in medizinischer Beha
Verkehrs- und Fluglärm belastet Hunderttausende.
Atomkraftwerke sind immer noch eine ständige Bedrohung für uns alle.
Fukushima hat es im Jahr 2011 bewiesen.
Österreich kann sich nicht auf dem „Mythos Zwentendorf“ ausruhen, während in unseren Nach
Auch die Natur wird von vielen Seiten bedroht.
Einerseits überfordert der Klimawandel die Anpassungsfähigkeit unserer Ökosysteme, anderers
Vielen Naturjuwelen droht der Ausverkauf statt ihrer Erhaltung.
Beispielsweise sind nur 14 Prozent der österreichischen Flüsse in einem sehr guten ökologische
10 Das Artensterben schreitet weiter voran.
Es ist unsere Verpflichtung, die intakte Natur für folgende Generationen zu erhalten.
Unser Lebensraum braucht schützenswerte Ruhezonen, in denen Fauna und Flora vor schädige
Die Rückschritte in Österreichs Umweltzustand hat mit der Mutlosigkeit aber auch der Klientel
Wenn beispielsweise der Entwurf des Umweltministers zu einem Klimaschutzgesetz aus der Fe
und die Regierungsparteien im Parlament das alles kritiklos absegnen, wird klar:
die Grünen sind die einzige echte parlamentarische Vertretung für die Umwelt.
Österreich erneuern:
Unsere Vision:
100 % saubere Energie für Österreich
100 Prozent erneuerbare Energie?
Ja, das geht:

Mit fairen, zukunftsorientierten Rahmenbedingungen für die Energie der Zukunft
und einer Reduktion des Energieverbrauchs in den kommenden Jahrzehnten um mindestens di
Eine vollständige Energieversorgung auf Basis von Sonnenenergie, Windkraft, Wasserkraft, Bio
Wir wollen raus aus der Kostenfalle für Energieimporte.
Die Ausgaben für Energieimporte nach Österreich haben sich von 2009 bis 2012 von 9,85 Millia
Die Kosten für Erdöl und Erdgas sind schon jetzt für viele Menschen nicht mehr leistbar.
Durch den Umstieg auf erneuerbare Energie und Energiesparmaßnahmen fließen die finanziell
Das Grüne Energiesystem setzt auf regional und dezentral erzeugte Energie.
Jedes neue Gebäude wird dank Solarkollektor, Photovoltaik-Anlage oder z. B. einem Pellets-Ofe
Die Grünen streben eine weitgehende Transformation der Stromversorgung in Österreich an, d
Wir wollen, dass Österreich einen ambitionierten Weg in Richtung 100 Prozent erneuerbare En
• 25 Jahren bei der Wärmebereitstellung,
• 35 Jahren beim Verkehr komplett umsteigt.
11 Was wir konkret wollen:
> Energieverbrauch innerhalb von 10 Jahren um 20 Prozent reduzieren
Unser Ziel ist es, den Gesamtenergieverbrauch innerhalb von 10 Jahren um 20 Prozent zu redu
Mit einem Maßnahmen-Mix aus Anreizen,
ordnungspolitischen Maßnahmen,
Beratungsangeboten
und auch steuerlichen Instrumenten wird dieses ambitionierte Ziel erreicht.
Damit erhalten wir auch unsere Lebensqualität.
Denn die steigenden Preise von Heizöl und -gas werden zunehmend zum Armutsrisiko für Haus
Es geht um eine grundsätzliche Änderung in unserem Umgang mit Energie.
Die effiziente Verwendung von Energie soll zu einem relevanten Kriterium bei der Genehmigun
> Energieeffizienz-Gesetz schafft neue Märkte für innovative Unternehmen
Ein ambitioniertes Energieeffizienz-Gesetz sorgt dafür, dass unnötig hoher Energieverbrauch in
Energieeffizienz wird zum attraktiven Markt für Österreichs Wirtschaft.
Neben Effizienzmaßnahmen wie dem Einsatz energiesparender Geräte,
der thermischen Sanierung von Gebäuden
und der Verwendung ressourcenschonender Technologien ist auch der sparsame Umgang mit E
> Energieeffiziente Gebäude
Österreich ist jetzt schon beim Neubau in vielen Bereichen in einer Vorreiter-Position.
Dennoch gilt es, die Gebäudestandards in allen Bereichen weiter zu verbessern.
Insbesondere der Bereich der Dienstleistungsgebäude bietet hier hohes Potenzial, um nicht nu
sondern den Gesamtenergieverbrauch der Gebäude zu reduzieren.
Die verpflichtende wärmetechnische Sanierung von schlecht gedämmten Gebäuden ist gesetzli
Im Neubau schreiben die Bauordnungen ab 2018 Niedrigstenergiestandards verpflichtend vor.
Der Berücksichtigung von Aspekten wie Luftqualität,
Haltbarkeit und Lebensdauer von Dämmaterialien
und der ökologischen Gesamtbilanz über den gesamten Lebenszyklus wird in Normen und Krite
Aufmerksamkeit geschenkt.
> „Raus aus dem Öl“-Programm
Der Umstieg auf erneuerbare Energie wird unbürokratisch, leicht und finanzierbar gemacht.
Denn immer noch werden derzeit über 700.000 Haushalte in Österreich mit Öl beheizt.
Die Mineralölindustrie bemüht sich darum, Menschen in der Ölabhängigkeit zu belassen.
Mit Hilfe einer neu strukturierten, bundesweiten erneuerbare Wärme-Förderung
und des Grünen „Raus aus dem Öl“-Programm

wird der Umstieg auf erneuerbare erleichtert.
In neu errichteten Gebäuden werden keine neuen Strometagen- und Ölheizungen mehr genel
Denn auch Strom-Etagenheizungen sind ineffizient
und belasten nicht nur die Energiebilanz
sondern auch die Geldbörse.
> Flächendeckende Energieberatung in ganz Österreich
Wer eine Erstberatung zum Energiesparen
oder für eine erneuerbare Energieanlage braucht, 12 erhält sie:kostenlos!
In jeder Gemeinde gibt es eine/n Energiebeauftragte/n zur Unterstützung bei der Reduktion d
> Ökostrom-Ausbau vorantreiben
Die GegnerInnen der Energiewende wollen den Ausbau der Ökostromanlagen stoppen.
Wir halten dagegen.
Es braucht nicht weniger, sondern mehr Ökostrom in Österreich, um Atomstromimporte und fo
Das Ökostrom-Gesetz bietet eine gute Grundlage dafür.
Die Energiewende in Richtung dezentraler, erneuerbarer Energieversorgung braucht aber noch
Der Ausbau der Stromnetz-Infrastruktur hat mit Maß und Ziel zu erfolgen, die Daten zum Beda
Wir lassen Naturschutz und erneuerbare Energien nicht gegeneinander ausspielen.
Beim Wasserkraftausbau gilt, Optimierung und Effizienzsteigerung vor Neuerschließungen.
In jedem Bundesland soll es ein verbindliches Programm zur Optimierung bestehender Wasser
Die ökologische Bewertung sowie die Gesamtbewertung von Kraftwerksprojekten in Österreicl
Auch räumliche Kriterien sowie No-Go-Areas im Sinne des Naturschutzes sind in der Marktentv
> Europaweiter Atomausstieg 108
Österreich setzt auf eine aktive Anti-Atom-Politik.
Gemeinsam mit anderen AKW-freien Staaten verhindern wir neue AKW in der EU 108
und engagieren uns dafür, dass die alten Atommeiler abgeschaltet werden.
AKW-Betreiber sind für alle Risiken haftbar – auch für Schäden, die in Österreich entstehen kö
Die europäische Atomforschung hat ausschließlich die Aufgabe, die vorhandenen Probleme zu
Österreichische StromverbraucherInnen kaufen keinen Atomstrom mehr aus dem Ausland.
> 1 Million Solardächer-Programm
Bis 2020 werden in Österreich 1 Million Dächer – dank Solaranlage oder Photovoltaik – umwelt
Eine bundesweite Verpflichtung zur Nutzung der Solarenergie bei Neubauten sowohl im Wohn
Damit wird jedes Gebäude vom reinen Verbraucher auch zum Energieproduzenten
(von Strom und/oder Wärme).
> Raus aus der fossilen Energiearmutsfalle
Beratungs- und Investitionsangebote für Armutsgefährdete helfen, den Energieverbrauch in ei
Mit der Einführung der sog. „intelligenten Heizkostenzuschüsse“ sollen die Mittel vorwiegend
und energieverbrauchssenkende Investitionsmaßnahmen gehen, anstatt ausschließlich die stei
Energieversorger bzw. Netzbetreiber werden verpflichtet im Rahmen ihrer verpflichtenden Effi
Ein 13 Abschaltungsverbot der Wärmeversorgung während der Wintermonate verhindert,
dass Menschen in Österreich frieren müssen.
> Innovationsmotor bei Energiespeicherung und neuen Technologien Forschungs- und Innovat
Das erneuerbare Energiesystem braucht zukunftsfähige Speichertechnologien.
> Verbot der Förderung von Schiefergas Schiefergas ist keine Zukunftsoption für Österreich.
Sowohl aus ökologischen (Trinkwassergefährdung und Klimaschutz)
wie auch aus ökonomischen Gründen (teure Gewinnung)
wird die Förderung von Schiefergas in Österreich
ähnlich wie in Frankreich und anderen Staaten verboten.

Österreich erneuern:
Umwelt und Natur schützen: es gibt keinen Planeten B!
Eine intakte Umwelt schafft und sichert Lebensqualität, ist die Basis für Gesundheit und qualitä
und schützt unsere Natur vor zerstörerischen Eingriffen.
Die Grünen sind die einzige politische Kraft, die den Umweltschutz ins Zentrum rückt und nicht
Insbesondere Österreichs europäische Schlusslicht-Position beim Klimaschutz macht eine Tren
Nur so können die dramatischen Konsequenzen des Klimawandels verhindert werden.
Wir wollen, dass der Umweltschutz jenen hohen Stellenwert erhält,
den sich die meisten ÖsterreicherInnen erwarten.
Dazu gehört eine deutliche Reduktion der Treibhausgase
und gefährlicher Schadstoffe (Feinstaub),
ein Umlenken von der Wegwerfgesellschaft zur nachhaltigen Kreislaufwirtschaft
sowie der Schutz von Natur und Erhalt der Artenvielfalt.
Österreich beherbergt eine im EU-Vergleich hohe Vielfalt an Tier- und Pflanzenarten und Leber
Doch der Druck auf die Artenvielfalt und die Ökosysteme Österreichs ist gestiegen,
der Verlust von Arten und Lebensräumen droht weiter zuzunehmen, insbesondere in den sensi
Die Naturvielfalt Österreichs ist durch intensive Nutzung, Gewässerumgestaltung,
Schadstoffeinträge und vor allem in den Bergregionen immer stärker auch vom Klimawandel be
Extensivflächen und Feuchtstandorte sind besonders gefährdet.
Jeden Tag fallen 10 Hektar – das sind 15 Fußballfelder – an Grünflachen dem Beton und dem A
Diese zunehmende Flächenversiegelung verursacht einen dauerhaften Verlust von Lebensräum
der intensivierte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zerschneidet die Landschaft und Biotope
und entwertet auch nicht direkt betroffene Areale durch Schadstoff- und Lärmeintrag.
Ende Mai 2013 leitete die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich 1
63 Prozent der österreichischen Fließgewässer befinden sich aktuell in schlechtem, unbefriedig
Nur 14 Prozent der österreichischen Flüsse befinden sich in einem sehr guten und nur 21 Proze
Wer im Juni 2013 angesichts des zweiten „Jahrhunderthochwassers“ innerhalb von 11 Jahren r
Dämme sind wichtig, doch neue Dämme alleine lösen das Problem nicht
und verlagern die Katastrophe in vielen Fällen in den nächsten Ort ohne Damm flussabwärts.
Natürliche Fließgewässerstrecken sind der beste Schutz vor Hochwasserkatastrophen.
Doch alleine zwischen 2004 und 2011 wurden von den verantwortlichen Bundesregierungen 56
Durch eine strenge Zweckwidmung der Mittel aus dem Katastrophenfonds stehen pro Jahr ca.
Umweltschutz ist kein Luxus, sondern der Schutz unserer Lebensgrundlagen.
Ein Leben ohne intakte Umwelt ist ebenso wenig möglich wie ein Wirtschaften ohne natürliche
Unser Planet gibt die Grenzen für unser Leben und Wirtschaften vor und wird darüber auch nic
Nicht die Umwelt hat die wirtschaftlichen Grenzen des Umweltschutzes zu akzeptieren, sonder
Dafür müssen wir unseren Ressourcenverbrauch dringend verringern.
Dazu gehört einerseits Ressourceneffizienz,aber auch Fragen unseres konsumorientierten Lebe
Umweltschädliche Subventionen sind zu streichen;
die gesamthafte Berücksichtigung des Ressourcenverbrauchs soll auch auf die Preisgestaltung E
Unendliches Wirtschaftswachstum mit begrenzten natürlichen Ressourcen ist nicht zu bewerks
Wir haben nur diesen einen Planeten als Lebensraum.
Das BIP (Bruttoinlandsprodukt) allein ist kein geeignetes Maß, die Entwicklung zu beschreiben.
Es macht keine Aussagen bezüglich Wohlstand, Lebensqualität, Ressourcenverbrauch oder Ver
Die Dominanz des Finanzkapitalismus sorgt unter anderem für Wachstum, der sich realwirtscha
Daher braucht es eine Strategie, in der unterschieden wird, welche gesellschaftliche Bereiche w
Neben der häufig propagierten Entkoppelung von Bruttoinlandsprodukt und Ressourcen- sowie

Was wir konkret wollen:
> Ein echtes Umweltressort:
Kompetenzen bündeln
Es braucht endlich eine klare Priorität und ein Bündelung umweltrelevanter Kompetenzen:
Umweltpolitik ist weder Anhängsel eines Landwirtschafts- noch eines Industrieministeri- 15 um
Umweltschutz, Energie und ambitionierte Klimaschutz-Maßnahmen werden in einem Ressort
> Ein klarer Klimaschutzpfad per Gesetz
Ein Klimaschutzgesetz im Verfassungsrang legt über das Jahr 2020 hinaus verbindliche, ambitio
und klare Verantwortlichkeiten
sowie konkrete Maßnahmen für alle Verursacherbereiche fest.
Eine Reduktion der Treibhausgase um 55-60 Prozent bis 2030 und um 85-90 Prozent bis 2050
Bei Nichterreichung der Ziele greifen Sanktionen.
Österreich muss vom Schlusslicht wieder zum internationalen Vorbild in Sachen Klimaschutz we
> Die Natur schützen
Die gesetzliche Bundeskompetenz dient der Koordination des Naturschutzes für bundesländer
- übergreifende Regelungen (Bundesrahmengesetz Naturschutz).
Weitere Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Naturschutzes sind die vollständige Natura-20
eine gesicherte Finanzierung für erforderliche Maßnahmen in den Schutzgebieten,
die ernsthafte Prüfung weiterer Nationalparkprojekte
und -ergänzungen in Österreich: Hohe Tauern, Kalkalpen, Lechtal, Donau-March-Thaya-Auen, N
Die Ressource Boden wird geschützt, unter anderem durch eine Verringerung von Straßenbau
und Flächenverbrauch.
Der Schutz unerschlossener Gletscherregionen wird verbessert;
die Erstellung eines bundesweiten Seilbahnkonzepts berücksichtigt verstärkt Naturschutzaspek
> Unsere Flussjuwele gesetzlich schützen
Da Österreich schon jetzt kaum mehr unverbaute Fließgewässer hat, werden besonders sensib
Anhand von klar definierten Kriterien werden in einem partizipativen und transparenten Proze
aber auch Tabuzonen für die Errichtung von Wasserkraftwerken ausgewiesen.
Die Optimierung bestehender Standorte, bei denen Ertragssteigerungen von bis zu 80 Prozent
> Ökologischer Hochwasserschutz
Nach dem Motto „Schutz mit der Natur vor den Risiken der Natur“ setzt ein Gesamtprogramm
Anstatt Kompetenzzersplitterung braucht es eine zentrale Zuständigkeit innerhalb der Bundesr
Den Flüssen wird wieder mehr Raum gegeben. Freie Überschwemmungsflächen, Auwälder, Feu
> Vollständige Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie Österreich ist dazu verpflichtet, bis aller
und Verschlechterungen nur in Ausnahmen zuzulassen.
Damit diese Ausnahmen (nach § 104a WRG) in Österreich nicht immer mehr zum Standard wer
braucht es klare Regelungen, in welchen Fällen eine Ausnahme nach § 104a genehmigt werden
> Keine Privatisierung der Wasserversorgung
Wasser ist ein Menschenrecht und keine Ware für Konzerne.
Wir lehnen den Ausverkauf der Wasserversorgung von Gemeinden ab
und stehen gegen jegliche Maßnahmen, die die Versorgungssicherheit bedrohen und die Quali
Daher leisten wir Widerstand gegen mehrere Bestimmungen einer geplanten EU-Richtlinie, die
Die sogenannte Konzessionsrichtlinie schreibt zwar die Privatisierung der Wasserversorgung ni
> Stärkung der BürgerInnen-Rechte für Umwelt und Gesundheit
BürgerInnen können „ihre“ Umweltgesetze und ihr Recht auf eine saubere Umwelt einklagen.
Bei der Umweltverträglichkeitsprüfung sind die Interessen von AnrainerInnen stärker zu berück
auch bei der Frage, ob eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

Da Bürgerinitiativen öffentliche Interessen vertreten, sollen sie einen Anspruch auf finanzielle U
Die vollständige Umsetzung der Aarhus-Konvention ermöglicht BürgerInnen, Versäumnisse der
Ein Umweltrechtsgesetz räumt BürgerInnen (Bürgerinitiativen und NGO) ein Antrags- bzw. Klag
Einschränkungen der BürgerInnen-Rechte im Bundesstraßen- und Eisenbahngesetz werden zur
Rechte von Nachbarn und Nachbarinnen haben auch bei Flughäfen zu gelten.
Das UVP-Gesetz und das Luftfahrtgesetz sollen den Schutz der Gesundheit und nicht nur zusätz
> UVP für alle Anlagen:
Vorteile sicherstellen
Die Bündelung der diversen Genehmigungsverfahren für ein umweltrelevantes Projekt liegt im
und ermöglicht eine integrative Beurteilung.
Konzentration der Verfahren gepaart mit vertiefter und verbreiterter Partizipation waren scho
> Für Umweltschäden haften
Wer eine für die Umwelt und die Menschen gefährliche Anlage betreibt, soll für Schäden hafte
Nach dem aktuellen Schadenersatzrecht sind Gesundheitsschäden nur schwer geltend zu mach
Der finanzielle Aufwand für den Nachweis, dass eine bestimmte Betriebsanlage für eine Erkran
Ein zivilrechtliches Umwelthaftungsgesetz schafft gesetzliche Grundlagen.
> Effektive und rasche Umweltinformation
Bis zur Wirksamkeit des Informationsfreiheitsgesetzes kommt es noch auf das Umweltinformat
Reagiert die Behörde nicht auf ein Auskunftsbegehren, darf der Bürger/die Bürgerin bereits na
Stellt der Senat die Auskunftspflicht fest, muss diese exekutierbar sein.
> Recht auf saubere Luft und Lärmschutz Feinstaub, Stickoxide, Ozon – neben der Verkehrswer
sowie für die Möglichkeit Akutmaßnahmen bei der Überschreitung von gesundheitsgefährdenc
Dazu gehören Emissionsgrenzwerte für Feinstaub aus Betriebsanlagen in den Branchenverordn
durch das Wirtschaftsministerium, Sanierungsaufträge an relevante GroßemittentInnen, Ersatz
und die Neuzulassung von Betriebsanlagen nur bei Einhaltung des Immissionsgrenzwertes für F
Ein wirksames Bundes-Lärmschutzgesetz bringt ein Recht auf Lärmschutz für Betroffene mit ve
Schadenersatzund Nachbesserungs-Regelungen.
> Abfallberge nachhaltig reduzieren
Statt weiterer Müllverbrennungsanlagen wird die Abfallvermeidung forciert.
Die Abfallpolitik bekommt einen ganzheitlichen Fokus, der schon bei der Herstellung von Produ
Die Lebensdauer von Produkten, die Möglichkeit sie wiederzuverwenden, sie zu reparieren und
Ein Beispiel ist die Förderung von wiederbefüllbaren Pfandflaschen durch ein Ökobonus-Quote
> Nachhaltiger Tourismus
Österreichs Tourismus wird sozial
und ökologisch verträglich weiter entwickelt, ohne seine Grundlagen (Natur, Umwelt, Kultur) fü
Nachhaltige Tourismuspolitik setzt auf schonenden Umgang mit Ressourcen und starke regiona
Die Herausforderungen des Klimawandels für Betriebe und Tourismuszweige werden in den Fö
Das Marketingbudget der Österreich-Werbung wird angehoben
und ökologisch akzentuiert eingesetzt.
Ökotourismus in innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Schutzgebietsregionen sowie Alp
Für die Anreise und den boomenden Radtourismus wird die Schnittstelle Rad-Bahn und der Rad
> Österreichs Umweltaußenpolitik auf neue Beine stellen
Vom Blockierer zum internationalen Umwelt-Vorreiter.
Österreich setzt sich international 18 für relevante Umweltinitiativen ein, etwa für ein weltweit
für ein internationales Abkommen zum Schutz der Arktis,
für klare Haftungsregelungen bei Atomunfällen,
für einen neuen und ambitionierten Weltklimavertrag,

die weitere Umsetzung und Vertiefung der Alpenkonvention,
und eine Reform der internationalen Fischereipolitik, die mit ihrer aktuellen Politik nicht nur di
> Raumplanung über den Tellerrand Raumplanung wird zu einem zentralen Instrument einer n
Die Strukturen, die durch Planungsprozesse und Raumordnung geschaffen werden, haben hoh
Ziel ist die Etablierung einer Raumplanungspolitik, die sich über Gemeinde-
und Landesgrenzen hinaus ökologischen Zielen verschreibt.
Wir bringen‘s auf Schiene:
umweltfreundliche Mobilität durch ein gerechtes Verkehrss ystem!
Das steigende Verkehrsaufkommen ist einer der Hauptgründe für Österreichs schlechte Klimas
Schadstoffen und Lärm die Gesundheit, insbesondere von Kindern und älteren Menschen.
Viele wollen vom PKW auf umweltfreundliche Verkehrsmittel umsteigen,
aber die jahrzehntelang verfehlte Verkehrspolitik hat dies verhindert.
Der LKW-Verkehr, besonders auf der Langstrecke
und im Transit,
ist durch jahrelange Steuergeschenke und andere Vergünstigungen auf nationaler
wie europäischer Ebene sowie durch Sparprogramme im Schienengüterverkehr zur Lawine gew
Auch der PKW-Verkehr wuchs durch Steuerprivilegien
und Straßenbau-Milliarden jahrzehntelang an.
Die Folge sind gravierende Belastungen für Umwelt und Gesundheit.
Zugleich hatten unzureichende Öffi-Mittel auf Bundes-und Länderebene
und einseitig auf Individualverkehr und große Bauprojekte fixierte Politik logische Folgen:
Mängel im Angebot von Bahn und Bus bis hin zum Rückbau am Land
trotz steigender Kosten für die Fahrgäste und die Allgemeinheit.
Die langjährigen Mängel brennen spätestens seit 2008 unter den Nägeln:
Ölpreis-Sprünge und die Krise änderten das Verkehrsverhalten, die steigende Fahrgastzahlen ze
Bahn und Bus müssen ihr Angebot verbessern.
Die unzureichende Kostenwahrheit – der LKW-Verkehr in Österreich zahlt jährlich fast 4 Milliar
Grüne Politik denkt zuerst an die Menschen
und die Umwelt
und lehnt deshalb die Orientierung an Klientelinteressen
wie dem Profit der Frächter, der Tiefbaulobby und dem Kapitalmarkt ab.
Die dabei entstehenden Kosten und Belastungen auf die SteuerzahlerInnen zu übertragen ist u
19 Der stark steigende Anteil von PKW & Co bei Kurzstrecken vergrößert das Lärmproblem.
Zwei von drei ÖsterreicherInnen fühlen sich durch Lärm gestört,
Lärm beeinträchtigt Gesundheit und Wohlbefinden
und schwächt die Lernfähigkeit von Kindern.
Der Flugverkehr in Österreich ist für über 2 Millionen Tonnen CO2 verantwortlich.
Laut VCÖ-Berechnungen sorgt die Mineralölsteuerbefreiung für Kerosin für einen Steuerentfall
Es wird Zeit für eine europaweite Kerosinsteuer, die dem klimaschädlichen, stark wachsenden I
Österreich erneuern:
Die Verkehrswende
Mit einer deutlich verbesserten Infrastruktur für Bahn, Bus und Rad und einer verantwortungs
statt Auto-VielfahrerInnen zu subventionieren wird umweltschonendes Verhalten belohnt und
Der Erfolg des 365 Euro Jahrestickets in Wien beweist:
bei entsprechenden Angeboten sind immer mehr Menschen umweltfreundlich unterwegs und
Wir wollen, dass der LKW-Verkehr seine Kosten in Zukunft selbst trägt statt zulasten der Bahn b
Es braucht mehr Gerechtigkeit im Verkehrssystem.

Durch Investitionen in Infrastruktur und Qualität hat jeder – auch am Land – die Möglichkeit, u
Ungerechte Privilegien für die Nutzung von Kfz, etwa bei Dienstwägen, werden abgeschafft.
Was wir konkret wollen:
> Mehr Angebote – die grüne Nahverkehrs-Öffensive
1 Milliarde Euro mehr bis 2018 und ein Masterplan Öffentlicher Verkehr sorgen für einen Quali
und stellen Österreich für die Herausforderung zunehmender Öffi-Nutzung neu auf.
Dazu gehören ein bundesweiter Taktverkehr mit pünktlichen Verbindungen durch ein Taktknot
die Mitfinanzierung großer Ausbauprojekte – wie bei der Wiener U-Bahn – auch für Stadtregio
Die Angebots-und Qualitätsoffensive setzt auf mehr Kapazität und Effizienz statt auf Prestige- (
Der Fokus liegt auf Nahverkehr und Barrierefreiheit.
Auch die unkomplizierte Mitnahme des Fahrrads in allen Zügen wird zur Selbstverständlichkeit.
Die Bundesmittel für die ÖBB werden verbindlich an diese Maßnahmen für steigende Angebot
> Mehr Öffis – weniger zahlen:
Das 365 Euro-Öffi-Ticket.
Österreichweit
Um 1 Euro pro Tag im Bundesland,
um 2 Euro über die Landesgrenzen
und um 3 Euro in ganz 20 Österreich unterwegs.
Das Grüne Modell des 365 Euro Jahrestickets,wie es in Wien mit großem Erfolg umgesetzt wur
soll in ganz Österreich für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel gültig sein.
Wer regelmäßig Öffis nutzt, zahlt durch das Jahresticket deutlich weniger.
Für Jugendliche bis 26 Jahre, die in Ausbildung sind, gilt das EinsteigerInnen-Angebot:
Sie können die Öffentlichen Verkehrsmittel österreichweit um maximal 60 Euro pro Jahr nutzer
> Zukunftsgerechte PendlerInnen-Förderung
Neben besseren Öffi-Angeboten braucht es eine gerechte PendlerInnenförderung, die umwelts
Das jetzige System kommt Betroffenen und der Allgemeinheit teuer, weil es zu wenige Alternat
und auch nach der jüngsten Reform immer noch Nachteile für Öffi-PendlerInnen bei PendlerIn
Im Grünen Modell wird die PendlerInnenpauschale künftig kilometergenau
und sozial gerecht abgerechnet,
Öffi-Pendeln begünstigt
und das „Jobticket“ (steuerfreie Netz- und Streckenkarten) weiter attraktiviert.
> Gerechte steuerliche Behandlung von Dienstwägen und Dienstfahrten
Die sozial und ökologisch ungerechte steuerliche Begünstigung der privaten Nutzung von Diens
Eine gerechte steuerliche Neuregelung begünstigt kleinere und sparsamere Fahrzeuge sowie Kl
Für Dienstfahrten mit Öffentlichen Verkehrsmitteln sollen angemessene Beiträge abgegolten w
Finanz-Schikanen beim Kilometergeld für dienstliche Fahrradbenutzung werden abgestellt.
> Mehr Kostengerechtigkeit
Eine Anhebung der LKW-Maut
und Ausweitung über Autobahnen und Schnellstraßen hinaus bringt mehr Kostenwahrheit;
die volle Einrechnung der externen LKW-Kosten bleibt Ziel auf EU-Ebene. 108
Die steuerliche Begünstigung des Feinstaub-Verursachers Diesel wird
im Rahmen eines abgestimmten Gesamtpakets (Ökosoziale Steuerreform) beendet,
die Steuerlücke Diesel-Benzin zügig geschlossen,
weil dieses Steuergeschenk LKW-Verkehr billig macht
und halb LKW-Europa nach Österreich auf Tanktourismus lockt.
Die bisherige Grundsteuerbefreiung für Verkehrsanlagen wird neu gestaltet
und für Flughäfen grundlegend korrigiert.

> Güterverkehr:
Mehr Bahn!
LKWs in die Schranken weisen
Der LKW-Verkehr belastet Umwelt,
Infrastruktur
und Lebensqualität.
Gegenmaßnahmen sollen ihn auf ein vernünftiges Maß regulieren.
Dafür braucht es einen Nationalen Aktionsplan Güterverkehr, der den Anteil der Schiene wiede
Auf der Straße kommt es zu mehr LKW-Fahrverboten (sektorale Fahrverbote sowie erweiterte
und weitergehende LKW-Fahrbeschränkungen auf Basis der Luftreinhaltebestimmungen
sowie strengere Gefahrguttransportregelungen.
Ausreichendes Personal sorgt für mehr LKW-Kontrollen für Lenk-
und Ruhezeiten,
Abstand
und Kontrolle bei den fast durchwegs ignorierten LKW-Tempolimits.
Anerkannten Studien zufolge wäre der LKW-Transport um gut 50 Prozent teurer
und die Bahn entsprechend konkurrenzfähiger,
würden nur bereits geltende LKW-Verkehrsregeln eingehalten.
21 > Keine Gigaliner/Megatrucks/60 Tonnen-LKW in Österreich
Die Gigaliner, also Riesentrucks für den Gütertransport, versuchen Europas Straßen zu erobern
In Österreich und Europa wollen wir das verhindern. 108
Daher leisten wir Widerstand gegen ihre „Einschleusung“ in der EU, 108
denn auch schon ihre probeweise oder generelle Zulassung anderswo führt zu mehr Transport
> Keine neuen Transitschneisen
und unnötige Straßenbauprojekte
Überdenken des hochrangigen Straßenneubaus
und Reform der Strategischen Prüfung Verkehr für die Mobilität der Zukunft:
Österreich braucht keine weiteren Geisterstrecken
wie die A5 Nordautobahn, auf der bis zu 40 Prozent weniger Verkehr als prognostiziert unterw
oder den Linzer Westring, der für über 600 Millionen Euro kein einziges Verkehrsproblem löst.
Damit werden Mittel bei der AS FINAG für mehr
und bessere Öffis
sowie Schuldenrückzahlung frei.
> Intelligent lenken
Die Begünstigung von Sparmeister- und Nullemissions-Fahrzeugen bei gleichzeitiger höherer st
Mittelfristig ist die Vignette durch ein differenzierteres PKW-Mautsystem im Rahmen einer ökc
> Mehr Lebensqualität – weniger Lärm
Wir fördern die sanfte Mobilität.
Lärmvermeidung muss zentrales Planungs- und Beschaffungskriterium werden,
mit einem wirksamen Lärmschutzgesetz bekommen die Betroffenen das Recht auf Lärmschutz;
die Lärmsanierung bei Güterwaggons wird angegangen.
> Klare Prioritäten im Verkehr
Der Masterplan Fahrrad wird umgesetzt:
mehr Platz, mehr Sicherheit, mehr Bewusstseinsbildung, bessere Regelungen, z. B. in Form eine
Schilderwald und Straßenverkehrsordnung (StVo) werden entrümpelt
und Radfahren und Zufußgehen verstärkt gefördert.
Das Mobilitätsmanagement wird ausgebaut,

Verkehrserregerabgaben umgesetzt und die Barrierefreiheit im Verkehrssystem vorangetrieben
> Verkehrssicherheit für Mensch und Umwelt
Vision Zero – Unfallvermeidung
und null Tote und Schwerverletzte auf Österreichs Straßen – gilt als Ziel und Messlatte für Verk
Höhere,
bundesweit einheitliche,
international vollziehbare Verkehrsstrafen helfen dabei.
Handy am Steuer wird durch Aufnahme ins Führerschein-Vormerksystem wirksam zurückgedrä
Im Sinne der Sicherheit wird Tempo 80 auf Freilandstraßen eingeführt
(Tempo 100 nur auf geeigneten Abschnitten).
Alkohol am Steuer ist kein Kavaliersdelikt.
Wir wollen härtere, notfalls auch eigentums- und strafrechtliche Konsequenzen für Alko-Lenker
22 Österreich erneuern:
Tierschutz: eine Frage von Würde und Respekt
Tiere sind Lebewesen mit eigenen Empfindungen und nicht in erster Linie „Produktionseinheite
Ihnen entsprechend Respekt entgegenzubringen bedingt auch, die Tierhaltung an artgerechten
Dafür braucht es deutliche Verbesserungen im Tierschutz.
Das Bundestierschutzgesetz, für das die Grünen gekämpft haben, setzte mit dem Verbot der Kä
Tiergerechte Haltungsformen müssen aber vor allem auch in der Schweine- und Rinderhaltung
Artgerechte Tierhaltung bedeutet tierquälerische Praktiken,
vollgepferchte Ställe
und unnötig lange Tiertransport zu beenden.
So sind in Österreich immer noch Kastenstände,
körpergroße Einzelkäfige für Zuchtsauen, im Einsatz.
Die Volksanwaltschaft hat bereits im Jahr 2010 festgestellt, dass der Kastenstand dem Tierschu
und das Gesundheitsministerium aufgefordert, diese Praxis zu unterbinden.
Anstatt der Volksanwaltschaft zu folgen, beschloss die Bundesregierung eine Übergangsregelun
Die Kastenstandshaltung für Schweine ist Tierquälerei.
Ein Förderstopp dieser Systeme wäre hoch an der Zeit.
Auch bei den Tiertransporten gibt es noch unnötiges Tierleid.
Tiere werden oft tagelang unter dramatisch schlechten Bedingungen transportiert.
Extreme Enge und Hitze, fehlendes Futter und Wasser,
Misshandlungen und tagelange Fahrten ohne Pausen sind an der Tagesordnung.
Lebende Tiere, die für Mast und Schlachtung bestimmt sind, sollen künftig höchstens acht Stun
EU-weit. 108
Millionen von Versuchstieren werden jedes Jahr in der Forschung gequält und getötet.
Doch viele dieser Tierversuche sind sinnlos,
weil ihre Ergebnisse am künstlich geschädigten Tier nicht auf den Menschen übertragbar sind.
Nicht nur in der medizinischen und pharmakologischen Forschung wird experimentiert;
auch in der chemischen, agrarischen und kosmetischen Industrie sind Tierversuche Praxis.
In der EU sind seit März 2013 Tierversuche für Kosmetika und auch die Einfuhr tiergetesteter P
Dennoch finden noch viel zu viele quälerische Tests an Tieren statt.
Allein in Österreich wurden im Jahr 2009 an 121.814 Tieren,
2010 an 114.578 Tieren
und 2011 191.288 Tierversuche durchgeführt.
Anstatt Millionen von Tieren in der Forschung zu quälen, müssen Alternativen gefördert werde
Es gibt alternative Methoden zum Tierversuch, die ethisch vertretbar sind und relevante Ergeb

Tiere haben ein Recht auf ein würdiges Leben.
Für Millionen von ihnen sind Zucht,Haltung und Transport mit erheblichen Schmerzen, Leiden u
Deshalb wollen wir Grünen Tierschutz als Rechtsgut in den Verfassungsrang heben.
Beenden wir den würdelosen, ausbeuterischen Umgang mit Tieren.
23 Was wir konkret wollen:
> Tierschutz ernst nehmen:
Konkrete Staatszielbestimmung in die Verfassung
Nach der seit Jahren geforderten Verankerung von Tierschutz in der Bundesverfassung geht es
Wie in anderen Staaten, etwa der Schweiz, Deutschland oder der Slowakei, wird die Verfassun
Neben den Maßnahmen zur Reduktion des Tierleids gilt es auch, die Informations- und Bildung
mehr Mittel für Tierschutzforschung bereitzustellen
und zu mehr Bewusstsein für den Respekt vor Tieren beizutragen.
> Unnötige Tierversuche einstellen
Eine gezielte Förderung und Entwicklung von Alternativmethoden reduziert
gemeinsam mit strengeren Auflagen bei der Genehmigung die Anzahl der Tierversuche.
Es gilt das RRR-Prinzip: Refine, Reduse, Replace.
Die „unvermeidbaren" Tierversuche müssen sicherstellen, dass sie so wenig Leid, wie möglich p
> Stopp der Massentierhaltung
Tiergerechte Haltungsformen hat auch in der Schweine- und Rinderhaltung Platz zu greifen.
Ein verpflichtendes Prüf- und Zulassungsverfahren für Stallsysteme sorgt für hohe Tierschutzsta
Wir beenden die Haltung von Tieren in nicht-artgerechten Ställen, die Verstümmelung von Tier
und qualvolle Eingriffe ohne Schmerzausschaltung und Qualzuchten zur reinen Produktionsstei
Die Tierschutzkontrollen in industriellen Tierhaltungsbetrieben werden verstärkt.
> Tierschutz auf EU-Ebene 108
Millionen von Nutztieren haben derzeit in der EU keinerlei Schutz.
Noch immer werden Tiere über Tausende von Kilometern (EU-weit oder in Drittländer) gekarrt
Versuchstiere werden millionenfach, oft sinnlos und ohne Berücksichtigung ethischer Belange g
Wir setzen uns für die Einführung eines verpflichtenden Prüf- und Zulassungsverfahrens für tie
Auch bei verarbeiteten Produkten soll klar sein, woher der tierische Anteil kommt und wie die T
Die Streichung der Exportsubventionen für alle Tiertransporte (auch für Zuchtrinder) und Verki
> „Ohne Fleisch" ist auch ok
Bewusstseinsbildende Maßnahmen tragen dazu bei, dass die umwelt- und klimaschädigende W
Ernährungsstile, die ohne Fleischprodukte auskommen, werden entsprechend respektiert und
24 100% Bio – Ernährung wird wieder gesund und sicher
Die Lebensmittelskandale der vergangenen Jahre verunsichern viele KonsumentInnen.
Falsch gekennzeichnetes Fleisch,
Billigware aus Agrarfabriken und Gifte in der Nahrung zeigen, dass mit unserem Essen häufig e
Die Grünen setzen auf 100 % Bio und regionale Produkte,
die höchste Qualität garantieren
und ohne unnötige Tiertransporte auskommt.
Die Herkunft unserer Lebensmittel muss wieder nachvollziehbar werden.
Auch bei Fertigprodukten muss jede Konsumentin und jeder Konsument klar erkennen könner
oder ob er/sie ein hochwertiges Lebensmittel vor sich hat.
Derzeit gibt es kein österreichisches Gütezeichen-Gesetz, welches die zulässigen Bezeichnunge
und klärt, wie mit Regionsbezeichnungen geworben werden darf.
Übrigens:
Jährlich werden mehr als 500.000 Lebend-Schweine und 100.000 Lebend-Rinder zur Schlachtur

Daher braucht es eine klare Herkunftskennzeichnung der Zutaten aus landwirtschaftlicher Pro
Durch die Konzentration auf wenige Supermarktketten kommt diesen eine enorme Marktmach
Lange, internationale Produktionsketten, die auf einen möglichst niedrigen Preis ausgerichtet s
Bei Fleisch für Fertigprodukte haben KonsumentInnen keine Chance mehr die Warenkette zu e
Fleisch für solche Fertigprodukte stammt aus Fleischteilen, die nicht als Frischfleisch verkauft w
Wie sehr ein verantwortungsvoller Umgang mit unseren Ressourcen entscheidend ist, spürt je
Pestizide aus der Landwirtschaft verunreinigen Lebensmittel und gefährden die lebenswichtige
Wir brauchen eine klare Grenzziehung gegenüber den dominierenden Interessen der Agrarindu
und eine klare Priorität für biologische Landwirtschaft.
Die Bedrohung der Bienen hat weitreichende Folgen.
80 Prozent der Pflanzen sind auf die Bienenbestäubung angewiesen, wie beispielsweise Äpfel,
Jedes vierte Bienenvolk ist in Österreich 2011/2012 verendet, das sind rund 100.000 Bienenvöl
Die in der Agrarindustrie verwendeten Neonicotinoide sind erwiesenermaßen giftig für die Bier
Neonicotinoide sind extrem wirksame Pestizide und werden häufig als Saatgutbeizmittel einges
Diese wasserlöslichen Gifte wirken als Nervengift und werden in der Pflanze nur langsam abgeb
Bienen nehmen das Gift über die Blütenpollen der Pflanzen, über Stäube und über das Regenw
Ein Verbot dieser Substanzen ist der einzig richtige Weg für den Schutz der Bienen.
Die biologische Landwirtschaft verwendet keine chemisch synthetischen Pestizide und ist auch
Die EU-Kommission lässt gentechnisch veränderte Futtermittel,
Lebensmittel 25 und Saatgut zu.
Die von der Kommission propagierte sogenannte „Koexistenz“ (ein Nebeneinander gentechnisc
Es bürdet der bäuerlichen und biologischen Landwirtschaft unzumutbare Risiken und Kosten au
Industrielle Monokulturen, in denen die Gentechnik zum Einsatz kommt, schädigen die Umwel
gefährden die Gesundheit
und führen weltweit die bäuerliche Landwirtschaft in den Ruin.
Die Langzeitrisiken gentechnisch veränderter Pflanzen sind nicht erforscht
und die Freisetzungen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) ist irreversibel.
Zahlreiche Forschungsergebnisse deuten auf gravierende Nebenwirkungen für Umwelt und Ge
Ein weiteres ökologisches Problem schafft die kommerzielle Entwicklung von Agrartreibstoffen
Im Gegensatz zu vielen anderen energetischen Biomasse-Nutzungen sind viele Agrartreibstoffe
E10 ist ineffizient,
fördert Monokulturen mit hohem Pestizideinsatz
und bedeutet, dass wir immer mehr Flächen verbrauchen, die wir nicht haben.
Agrosprit ist nicht automatisch klimafreundlicher als konventioneller Treibstoff
und schon gar nicht CO2-neutral.
Die Herstellung von Ethanol aus Mais, Getreide oder Zuckerrüben hat nur eine geringe Flächen
Österreich erneuern:
Die Zukunft ist Bio.
Mahlzeit!
Der Biolandbau ist für die Grünen das agrarpolitische Leitbild.
Denn er erhält fruchtbare Böden,
sauberes Trinkwasser
und die Artenvielfalt.
Er sorgt für kurze Transportwege
und frische Produkte.
Er ist Entwicklungsmotor in den Regionen:
Regionale Arbeitsplätze werden erhalten und geschaffen.

Der Biolandbau ist zukunftsweisend.
Bei Bioprodukten dürfen keine chemisch-synthetischen Pestizide zum Einsatz kommen,
die Gentechnik ist verboten
und Bio-Lebensmittel sind die am stärksten kontrollierten Produkte in der Nahrungsmittelkette
Aus diesem Grund wollen wir Vorrang für Bio in allen öffentlichen Einrichtungen,
speziell in Schulen und Kindergärten.
Die Landwirtschaft der Zukunft muss sich an einer nachhaltigen Produktion,
den Bedürfnissen der KonsumentInnen
und einem respektvollen Umgang mit Tieren orientieren.
Sowohl der nicht-artgerechten Massentierhaltung, die viel unnötiges Tierleid verursacht, wie a
Es ist Zeit, aus den verkrusteten Strukturen der bisherigen ÖVP-dominierten Agrarpolitik auszu
Eine ökologische Lebensmittelproduktion der kleinstrukturierten Österreichischen Agrarlandsc
Diese hohe Qualität muss auf den Märkten als unverwechselbar positioniert werden.
Die Herkunft unserer Lebensmittel muss wieder nachvollziehbar werden.
Auch bei Fertigprodukten muss jede Konsumentin und jeder Konsument klar erkennen können
Die Grüne Agrarwende bedeutet auch, dass bäuerliche Einkommen wieder verstärkt über den
und Kleinbetriebe eine finanzielle Grundsicherung erhalten.
Die Waldwirtschaft orientiert sich an einer ökonomisch
und ökologisch nachhaltigen Nutzung.
Gewässer werden in Trinkwasserqualität erhalten.
Der Biolandbau lebt von der Vielfalt.
Der Erhalt und die Pflege alter Sorten und der freie Tausch von Saatgut sind wichtige Elemente
Alte Sorten sind besonders gefährdet, wenn der freie Tausch von Saatgut und Pflanzgut unter S
Dies würde nur Konzerne gegenüber kleinbäuerlichen Bertrieben und regionalen Erzeugern be
Die geplante EU-Verordnung über die Vermarktung von Saat- und Pflanzgut stellt eine Bedroh
Was wir konkret wollen:
> Drin ist, was drauf steht:das Gütesiegel-Gesetz
Ein Gütezeichengesetz schafft Klarheit
und sorgt für staatlich geprüfte Qualität unserer Lebensmittel.
Nur ein Gütesiegel-Gesetz, welches die Herkunft, den Aspekt der Regionalität und die Bewerbu
Strengste Kontrollen gewährleisten entsprechende Sicherheit für KonsumentInnen und Produz
> 100% Bio in Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern
Vorrang für Bio in allen öffentlichen Einrichtungen,
speziell in Schulen und Kindergärten.
Bio-Qualität muss für alle Menschen möglich sein: für jene, die selber kochen
und für jene, die sich täglich außer Haus am Arbeitsplatz, in Schulen, Kindergärten, PensionistIn
Für Bundeseinrichtungen ist dieser Grundsatz im Sinne einer Vorbildwirkung in die Praxis umzu
Eine ökologische Offensive im öffentlichen Beschaffungswesen unterstützt dabei.
Ein Schulobstprogramm ermöglicht allen SchülerInnen den Genuss von Bio-Äpfeln und anderer
> Bioland Österreich:
20.000 neue BiobäuerInnen
Ein Bio-Aktionsplan sorgt dafür, dass mehr Bio-Lebensmittel in Österreich produziert werden.
Der Ausbau der direkten und indirekten Bio-Förderungeniim Programm für die ländliche Entwi
Durch Umlenken der Fördermittel sollen 20.000 neue BiobäuerInnen gewonnen werden.
Der Aufbau eines Netzwerks von „Bio-Regionen“ zur Ausschöpfung des Bio-Entwicklungspotent
Biologischer Landbau wird zum fachlichen Ausbildungsschwerpunkt in allen landwirtschaftsrele
Fachhochschulen und Universitäten werden.

Private Firmen und Betriebe, die ihre Betriebsküchen auf Bio umstellen, werden dabei unterstü
Ein 27 einheitliches Bio-Marketing für österreichische Bio-Produkte beflügelt in Zusammenarbe
> Vielfalt fördern – keine Patente auf Tiere und Pflanzen
Verstärkte Förderung der biologischen Vielfalt und Qualität durch Ausweiten der Sortenvielfalt
Wir sind gegen Patente auf Tiere und Pflanzen.
Jene würden den Konzentrationsprozess in der Saatgutbranche befördern
und neue Abhängigkeiten in der Landwirtschaft zugunsten der Agrar-Konzerne schaffen.
Die Forschung zu praxisnaher, biologischer Landwirtschaft und nachhaltiger Lebensmittelprodu
> Keine Gentechnik auf unseren Feldern und im Futtertrog
Wir kämpfen in Österreich
und EU-weit 108
für gesunde, gentechnikfreie Lebensmittel.
Strenge Haftungsregelungen nach dem Verursacherprinzip betreffen alle Schäden im Zusamme
Es gibt klare und verpflichtende EU-weite Kennzeichnungsregeln für alle Gentechnik-Produkte -
Gentechnikfrei-Labels und Lebensmittel-Markenprogramme von gentechnikfrei gefütterten Tie
(Milch und Fleisch) werden unterstützt.
> Verbot von Neonicotinoiden zum Schutz der Bienen
Der Einsatz von bienengefährlichen Beizmitteln bzw. Pestiziden wird ab 2014 generell verboter
der Vorschlag der Europäischen Kommission für ein auf zwei Jahre befristetes Verbot von drei I
Für die Grünen hat der Schutz der Bienen durch einen vorbeugenden Pflanzenschutz Priorität.
Für den Maisanbau bedeutet das, dass dieser in die Fruchtfolge integriert werden muss (zwei b
und das Stroh- und Stoppelmanagement ist zu optimieren (z. B. Schlegelmulcher gegen den Ma
Diese Maßnahmen schützen nicht nur vor Schädlingen, sondern verbessern auch das Nahrungs
Österreich setzt ein Pestizidreduktionsprogramm um,
mit dem Ziel den Einsatz von problematischen Pestiziden bis 2020 um 30 Prozent zu reduzieren
28 Nur ein gemeinsames Europa meistert die Krise Zugegeben: 108
Europa macht es uns nicht leicht. 110
Die Europäische Union steht derzeit am Scheideweg. 110
Gemeinsame Weiterentwicklung oder Verfall in nationalstaatliche Engstirnigkeit.
Ein Rückschritt, der angesichts des langen Weges, den die Union bisher beschritten hat, 108
und der enormen Verschränkung unserer Wirtschaft kaum zu bewältigen wäre. 108
Dennoch lähmt derzeit der zunehmende Rückzug auf die nationale Ebene
und die Schrebergartenmentalität einiger Mitgliedsstaaten die Handlungsfähigkeit der Union. 1
Entfesselte Finanzmärkte
und ein EU-Bankensektor, der das Risiko von Veranlagungen auf die Allgemeinheit überträgt, g
Die Herausforderungen der Krise in der globalisierten Welt können nur gemeinsam gemeistert
Immer mehr Mitglieder der Europäischen Union schlittern immer tiefer in die Krise:
26 Millionen Arbeitslose, um 10 Millionen mehr als vor der Krise.
In Spanien und Griechenland erreichte die Arbeitslosigkeit 27 Prozent, die Arbeitslosigkeit unte
eine Jugend ohne Zukunft wächst heran.
Das darf uns nicht egal sein.
Anstatt mit voller Kraft für Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum zu sorgen, besteht die K
Getrieben von der Überzeugung „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt“
haben die EU-Staats- und RegierungschefInnen ein europäisches Überwachungsregime mit San
Bei aller Notwendigkeit für stabile Staatsfinanzen führt gleichzeitiges, radikales Sparen in ganz
Die Wirtschaft in der Eurozone schrumpft bereits das 6. Quartal in Folge. 110
Budgetdefizite steigen, weil Steuereinnahmen sinken. 110

Die Austeritätspolitik bringt Europa an den Rand des Ruins. 110
Rekordarbeitslosigkeit
und rasant steigende Armut sind die Folge von Lohnkürzungen,
Sozialabbau
und Steuererhöhungen. 110
Indessen fehlt eine gemeinsame Initiativeauf europäischer Ebene gegen die extrem ungleiche V
Um den Finanzsektor zu stabilisieren. braucht es ein entschlossenes Vorgehen gegen das Finar
Jede politische Sonntagsrede enthält ein wortgewaltiges Bekenntnis zu Beschäftigung
und Investitionen in die Wirtschaft.
Bisher ist es jedoch bei leeren Versprechungen geblieben.
Dem im Juni 2012 von Merkel, Faymann und Co verabschiedeten Pakt für Wachstum und Besch
und die Verbindlichkeit, um den Karren wieder flott zu machen. 110
Wir brauchen ein europaweites Investitionsprogramm im Sinne eines europäischen „Green Ne
Denn auch der Klimawandel schreitet voran.
Unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise werden Klimaschutz und nachhaltige Ene
Hatte die Europäische Union lange eine Vorreiterstellung im internationalen Klimaschutz inne,
Der Emissionshandel, bislang das Vorzeigeinstrument der EU-Klimapolitik, droht aufgegeben zu
Vorgaben für Energieeffizienz werden aufgeweicht.
Die Atomlobby versucht neue AKWs unter dem falschen Etikett sauberer Energie durchzusetze
Immer mehr Stimmen 29 rufen offen nach einem Abgehen von dem Ziel der CO2-Reduktion.
Dieser Zugang wäre kurzsichtig und wird uns noch tiefer in die Krise führen.
Anstatt in dieser Situation sofort und konsequent Klimaschutz zur Priorität zu machen, stimme
Allen Lippenbekenntnissen der Bundesregierung zum Trotz hat Klimaschutz keine Priorität meh
Seit Ausbruch der Finanzkrise war der Euro immer wieder spekulativen Angriffen auf den Finan
Die Krisenländer mussten entweder exorbitante Zinsen für ihre Staatsanleihen bezahlen oder v
Die Folgekosten eines bankrotten Mitgliedes der Eurozone wären ein Mehrfaches jener Kosten
Wir haben bei sorgfältiger Abwägung der Lage für die Einrichtung des Euro-Rettungsschirms ge
Es ist nicht nur ein Gebot der Solidarität, sondern auch eine Frage der wirtschaftlichen Vernun
Wir stehen zur gemeinsamen Währung in einem vereinten, 108
aber reformierten Europa.110
Nicht nur Österreich hat für die Rettung von Banken Milliarden Euro Steuergeld eingesetzt.
Nach Angaben der europäischen Statistikbehörde Eurostat haben sich durch die Bankenrettung
Hinzu kommen 600 Milliarden Euro an Haftungen.
Der Anstieg der Staatsschulden durch die Bankenrettungen 110
und die Wirtschaftskrise werden unter den Teppich gekehrt. 110
Auf europäischer Ebene gibt es Pläne für eine Bankenunion.108
In Zukunft sollen richtigerweise nicht mehr die SteuerzahlerInnen die Kosten von Bankenpleite
Die vorliegenden Pläne werden jedoch von den Regierungen behindert, schleppend umgesetzt
Die Ansätze auf europäischer Ebene, die Finanzmärkte an die Leine zu legen, bleiben bescheid
Vorschläge zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer liegen seit Jahren auf dem Tisch.
Jetzt müssen den Worten endlich Taten folgen.
Die Politik darf nicht vor den Bankenlobbies in die Knie gehen.
Die Banken sind weit davon entfernt, wieder „Diener der Realwirtschaft“ zu werden.
Sie sind überdimensioniert
und der Spekulation wurde kein Riegel vorgeschoben.
Das Vertrauen in die Europäische Union sinkt aber nicht nur aufgrund der unsozialen Krisenpol
Die nationalen Parlamente verlieren ihren Gestaltungsspielraum bei den Budgets an die Regier

und die Europäische Kommission. 110
Das Europäische Parlament erhält hingegen keine zusätzlichen Kompetenzen. 108
Damit entsteht in Europa ein demokratiepolitisch bedenkliches Vakuum. 110
Dieses wollen wir mit einer echten politischen Union mit demokratischen, 108
ökologischen
und sozialen Grundfesten beheben.
In Menschenrechtsfragen ist die Solidarität in der Europäischen Union noch nicht ausreichend
Ein Flüchtling in Schweden hat eine 90-prozentige Chance auf Zuerkennung von Asyl,
während für denselben Menschen diese Chance in anderen Staaten bei null Prozent liegt.
Die Last wird auf die Staaten an den Außengrenzen der Union abgewälzt, dorthin wo die meis-
Die Dublin-Verordnungen, nach der das Land bestimmt wird, das für ein Asylansuchen eines Fli
Österreich erneuern:
Europa ist die Lös ung, nicht das Problem 108
Um die drängenden Probleme unserer Zeit in den Griff zu bekommen, braucht es gemeinsame
In Zeiten globaler Krisen kann kein Staat die Probleme im Alleingang lösen.
Um die gegenwärtige Finanzkrise und die anderen Systemkrisen
(Wirtschaft,
Klima,
Energie,
Soziales,
Demokratie) politisch bewältigen zu können, setzen wir auf mehr Europa.
Nur ein neu gestaltetes Europa führt aus der Krise: 108
Demokratie,
Solidarität,
Ökologie
sowie Grund- und Menschenrechte sind die Säulen, auf die wir dieses Haus Europa stellen. 108
Europa braucht eine politische Kehrtwende. 110
Ein europäisches Investitionsprogramm im Sinne eines „Green New Deal“ bringt uns einen öko
Investitionen in neue Technologien
und mehr Wohlstand.
Dabei spielen der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Energieeinsparung eine zentrale
Eine Europäische Sozialunion, die hohe soziale Standards erfüllt, sichert die Bürgerinnen und B
Die Basis für die Erneuerung Europas bildet ein gut dotierter EU-Haushalt, der sich über gemeir
Durch einen europäischen Finanzausgleich kommen auch die Krisenländer wieder auf die Beine
Wir schauen nicht tatenlos zu wie unsoziale Sparzwänge die Schwächsten der Gesellschaft am l
Europa braucht einen Demokratisierungsschub. 110
Die Bürgerinnen und Bürger Europas wählen das Europäische Parlament direkt.108
Es muss daher zur zentralen Entscheidungs- und Kontrollinstanz aufgewertet werden. 108
Der Rat erhält demgegenüber die Funktion einer zweiten Kammer. 108
Die Europäische Kommission ist als ausführendes Organ von europäischen Gesetzesbeschlüsse
Nur im gemeinsamen Zusammenspiel zwischen europäischer und nationaler Demokratie kann
Die Grünen führen auf Landes-,108
Bundes 108
und europäischer Ebene 108
einen intensiven Dialog zur Zukunft Europas. 108
Für die Erneuerung Europas braucht es einen Europäischen Konvent der Europäerinnen und Eu
Wir stehen für eine starke gemeinsame Außenpolitik der Europäischen Union, 108

die ihre Verantwortung weltweit 108
– vor allem aber auch in innereuropäischen Konfliktregionen – wahrnimmt. 108
Europa soll sich als Vermittler mit Vorrang für zivile Konfliktprävention und einem zivilen Europ
Jährlich ertrinken mehrere tausend Flüchtlinge im Mittelmeer beim Versuch nach Europa zu kc
Die meisten dieser Todesfälle wären vermeidbar, wenn auf europäischer Ebene eine solidarisc
und nachhaltige Asylpolitik betrieben würde. 110
Wir brauchen daher einen humanitären Ansatz in Asylfragen und eine gerechte Aufteilung der
31 Was wir konkret wollen:
> Europäisches Investitionsprogramm 108
Um die Krise zu meistern, wird europaweit in Zukunftsbereiche im Sinne eines „Green New Dea
Statt übertriebenem, kontraproduktivem Sparen und der weiteren Fetischisierung des Wettbe
Unsere Parole lautet daher:
Mehr Geld für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
insbesondere von Jugendlichen,
für Bildung,
für Forschung und Innovation,
für notwendige Öko-Investitionen
in eine umweltgerechte Infrastruktur
sowie für erneuerbare Energie und Energieeffizienz.
Das EU-Budget muss zentral auf diese Bereiche ausgerichtet werden. 108
Um den nationalen Kuhhandel in den Verhandlungen zum EU-Budget zu beenden, fordern wir
(z. B. Finanztransaktionssteuer,108
europäische Kerosinbesteuerung, 108
einheitliche Unternehmenssteuern). 108
Generell soll dem Steuerwettbewerb durch Steuerdumping 110
und der Steuerhinterziehung in Europa ein Ende gesetzt werden. 110
Nur durch eine vereinheitlichte Steuerpolitik in Europa kann die Finanzierung notwendiger Inve
sowie des Sozialstaats gesichert werden. 108
> Die Finanzmärkte an die Leine nehmen
Seit mehr als 20 Jahren wurden die Regeln für die Finanzmärkte gelockert.
Hemmungslos deregulierte Finanzmärkte haben in den Jahren 2007/2008 zum Ausbruch der Fi
Nur durch entschiedenes Vorgehen können Spekulationen wirksam eingedämmt werden 108
und der Bankensektor redimensioniert werden. 108
Dafür braucht es strenge Regeln für die Finanzmärkte,
die rasche Einführung einer Finanztransaktion108
und ein entschiedenes Vorgehen gegen Steueroasen durch einen europaweiten Steuerpakt. 10
Damit Spekulanten nicht mehr die Staatsanleihen einzelner Staaten gezielt angreifen können,tı
Nur durch ein gemeinsames Schuldenmanagement der Eurostaaten kann ein effektiver Schutz
> Europäische Bankenunion umsetzen 108
Die Bankenlandschaft ist im europäischen Binnenmarkt stark verschränkt.110
Deshalb wurden beinahe alle regional wichtigen Banken (z. B. Hypo-Alpe-Adria, Dexia in Belgie
Um das in Zukunft zu verhindern, treten wir für eine Europäische Bankenunion mit einheitliche
Dazu gehören nicht nur eine gemeinsame Europäische Aufsicht, sondern auch ein einheitliches
eine höhere Eigenkapitalausstattung der Banken,
eine gemeinsame Einlagensicherung
und die Trennung zwischen Investment- und Geschäftsbanken.
Dabei müssen Einlagen bis 100.000 Euro gesichert bleiben.

> Europäische Sozialunion stärken 108
Wir treten auf europäischer Ebene gegen soziale Verwerfungen und Lohn- und Sozialdumping
Dazu braucht es in der gesamten EU gesetzlich verankerte Mindestlöhne, von denen Arbeitneh
und ein soziales Netz, das die BürgerInnen in al- 32 len Lebenslagen absichert. 108
Dafür ist jedoch auch die Bereitschaft vieler einzelner Mitgliedsstaaten notwendig.
Niedrigere Standards vor allem von süd- und osteuropäischen Staaten müssen an hohe Standa
In Zeiten, in denen Europäer und Europäerinnen in verschiedenen Mitgliedsstaaten erwerbstä
Wir kämpfen für eine Europäische Sozialunion mit europaweit hohen Standards. 108
Ein wichtiger Schritt kann die Schaffung einer europäischen Arbeitslosenversicherung sein. 108
> Europa demokratisieren 108
Derzeit entscheiden die europäischen Staats- und RegierungschefInnen weitgehend ohne Einb
und in vielen Staaten auch ohne das jeweilige nationale Parlament einzubinden.
Hinter verschlossenen Türen werden grundlegende Entscheidungen über die Zukunft Europas
Wer, wie wir, mehr Transparenz will, muss für ein demokratischeres Europa eintreten.108
Dazu braucht es einen Europäischen Verfassungsprozess in einem neuen Konvent.108
In diesem werden nicht nur die Demokratisierung der Europäischen Union vorangetrieben, sor
Unter Beteiligung von ParlamentarierInnen, Zivilgesellschaft und den europäischen Bürgerinne
> Für eine europäische Energiewende 108
Derzeit berät die EU über neue Klima- und Energieziele für das Jahr 2030. 108
Wir brauchen für 2030 ehrgeizige und aufeinander abgestimmte Ziele für die Senkung der CO2
Das europäische Emissionshandelssystem muss durch Verringerung des Überangebots von Emi
> Europaweit solidarisch 108
Wir schaffen einheitliche Asylstandards, 108
fordern die Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention 108
und ein gemeinsames Vorgehen der EU-Länder 108
ohne Schrebergartenmentalität und Nationalismen.
In Zeiten zunehmender Globalisierung,
weltweiter Sozialkrisen
und gegenseitiger Abhängigkeiten
ist die Abschottung einer „Festung Europa“ der verkehrte Weg. 108
Wir setzen auf ein faires Einwanderungssystems, 108
eine progressive Migrations- und Asylpolitik 108
und ein vernünftiges System der Verantwortlichkeitsteilung innerhalb der Union ein. 108
Nachhaltige Flüchtlingspolitik bedeutet Krisenprävention
und Unterstützung des Aufbaus stabiler sozialer,
wirtschaftlicher
und demokratischer Strukturen in den Herkunftsländern
und die Möglichkeit einer legalen Einreise
und Antragstellung von Schutzsuchenden,
damit diese Schleppern nicht ausgeliefert sind.
> Österreichs Europapolitik auf gemeinsame Grundlagen stellen
Europa muss ein gemeinsames Anliegen der nächsten Bundesregierung werden. 108
Europapolitische Initiativen und Entscheidungen sind in gegenseitiger Abstimmung und Überei
transparent
und parlamentarisch abgestimmt zu vollziehen.
33 Finanzmärkte an die Leine nehmen und aus der Krise führen
Die Krisen der letzten Jahre machen deutlich, dass eine verstärkte Überwachungund Neuregul

Die jahrelange Zockerei auf den Finanzmärkten hat unser Wirtschafts- und Finanzsystem an de
Die Auswüchse eines außer Rand und Band geratenen Finanzsystems spüren nicht nur Griechei
Auch in Österreich gibt es Milliardenstützungen aus Steuergeldern,
wie z.B. für die Hypo Alpe Adria Kommunalkredit bzw. KA Finanz und die Volksbanken Gruppe.
Die milliardenschwere Last tragen die SteuerzahlerInnen.
Allein der Schaden des Banken- Desasters rund um Hypo Alpe Adria ,Kommunalkredit und die V
Einen guten Teil der Schuld hat die Regierung zu verantworten.
Die Bankenpolitik hat weitgehend versagt,begonnen bei der „Notverstaatlichung“ der Kärntne
Erste erfolgreiche Entwicklungen gibt es bei der Finanztransaktionssteuer.
Mit ihr sollen alle Finanztransaktionen einer Steuer unterliegen, was spekulative Transaktionei
Bei Verhandlungen der österreichischen und deutschen Grünen zum europäischen Rettungssch
Beim EURat im Juli 2012 wurde der Startschuss für den Kommissionsvorschlag zur Finanztransa
Jetzt geht es darum, die Umsetzung zu gewährleisten und Verwässerungen zu verhindern.
Denn die Finanztransaktionssteuer wird gerade jetzt knapp vor dem Ziel von Lobbyisten, Hedg
Doch auf anderer Ebene ist Österreich in der Verhinderer-Rolle.
Österreich blockiert seit 10 Jahren, dass die EU-Kommission Vereinbarungen mit Steueroasen z
Die derzeitige Situation in Österreich nutzt internationalen Steuerbetrügern großen Stils und di
Der notwendige automatische Datenaustausch über Zinserträge innerhalb der EU ist eine wicht
Es geht darum, dass ausländische Steuerpflichtige ihre Abgaben im Heimatstaat tatsächlich leis
Denn warum sollen Reiche ihr Vermögen in Steueroasen verstecken können, während unselbst
Was wir konkret wollen:
> Finanztransaktionssteuer ohne Verwässerung rasch realisieren 108
Die Finanztransaktionssteuer (FTT) auf EU-Ebene wird helfen, Spekulationen einzudämmen und
Die Steuer wird nun voraussichtlich von elf Ländern im Rahmen der so genannten verstärkten Z
. > Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken
Zum Schutz der „einfachen SparerInnen“ werden Geschäfts- und Investmentbanken getrennt.
Geschäftsbanken, die mit Töchtergesellschaften mit dem Geld der Einleger auf den internation
Die Banken sollen sich durch die Trennung in Geschäfts- und Investmentbanken wieder auf ihr
nämlich das Entgegennehmen von Einlagen
und die Vergabe von Krediten, besinnen.
Der Staat übernimmt in Zukunft im Konkursfall nur mehr die Verantwortung für Geschäftsbank
Für Pleiten von spekulierenden Investmentbanken müssen der/die SteuerzahlerInnen daher ni
> Banken können pleitegehen
Ein Bankeninsolvenzrecht in Österreich
und auf EU-Ebene ermöglicht, 108
dass auch Banken geordnet pleitegehen können.
Unternehmerisches Risiko muss auch für Banken gelten.
BankeigentümerInnen und Großgläubiger müssen einen Beitrag zu den Kosten der Krise leisten
Wenn Banken in Konkurs gehen, zahlen also zuerst die EigentümerInnen und Großgläubiger – r
Einlagen von SparerInnen bis zu 100.000 Euro müssen aber weiterhin gesichert bleiben.
> U-Ausschuss zu Hypo und Kommunalkredit
Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss zur „Notverstaatlichung“ der Hypo Alpe Adria
> Einführung von Euroanleihen108
Intelligente Eurobonds senken die Zinslast im gesamten Euroraum, 108
verhindern spekulative Attacken auf die Anleihen einzelner Mitgliedsstaaten
und setzen Anreize für eine nachhaltige Budgetpolitik der Euroländer.
> Strenge Regulierung der Finanzmärkte

Die neuen europäischen Aufsichtsbehörden bekommen mehr Biss. 108
Eine europaweite Bankenaufsicht bei der EZB schaut allen überregional tätigen Banken auf die
Banken müssen solide Eigenkapitalerfordernisse einhalten, um auch in Krisenzeiten stabil zu b
Bankengewinne müssen endlich länderweise transparent gemacht
und gerecht besteuert werden.
Ergänzend sind ein EU-weites Bankeninsolvenzrecht 108
und eine Einlagensicherung zu schaffen.
> Austrocknen von Steueroasen
Durch eine gemeinsame Vorgangsweise im Umgang mit Steueroasen werden die Steuereinnah
Ziel ist die Zurückdrängung
und Abschaffung von anonymen Konstruktionen auch in anderen Ländern.
Denn europaweit gehen den Steuerbe- 35 hörden durch Steuerhinterziehung 1.000 Milliarden
Österreich muss hier seine Mittäterschaft endlich aufgeben.
> Steuerdatenaustausch in der EU ermöglichen 108
Ein vollständiger Datenaustausch in der Europäischen Union verhindert,dass SteuerbetrügerInn
Österreich sollte diesen Datenaustausch daher sofort umsetzen.
Der Abschluss bilateraler Abkommen mit der Schweiz und Liechtenstein untergräbt eine gerech
36 Ein leistungsgerechtes,
öko-soziales Steuersystem
Das österreichische Steuersystem ist weder leistungsgerecht noch chancengerecht.
Der Energieverbrauch wird nur gering versteuert,
bestehendes Vermögen ist gering versteuert,
ererbtes und geschenktes Vermögen bleibt unversteuert.
Bei der Besteuerung von Vermögen liegt Österreich im OECD-Vergleich dadurch im hintersten R
Bei der Besteuerung von Energieverbrauch liegen wir ebenfalls zurück.
Weltmeister sind wir hingegen in der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit,
also etwa der Erwerbseinkommen.
Die Verhältnisse müssen sich ändern.
Derzeit spiegeln die Preise für fossile Energieträger nur einen Teil ihrer wahren Kosten wider.
Eine ökologisch-soziale Steuerreform bedeutet steuerliche Belohnung von verantwortungsvolle
und Verkehr und eine Entlastung des Faktors Arbeit.
Das schafft mehr Kostenwahrheit,
reduziert die belastende Verkehrslawine,
den Verbrauch fossiler Energie
und bedeutet eine Senkung der Emissionen von CO2 und anderen Schadstoffen.
Nirgends werden MillionenerbInnen, Superreiche und Stiftungsbegünstigte steuerlich so sträfli
während Arbeits- und Erwerbseinkommen massiv belastet sind.
Gerade einmal 0,5 Prozent des BIP werden durch vermögensbezogene Steuern eingenommen.
Der OECD-Schnitt liegt bei 1,6 Prozent.
Würde Österreich seinen Anteil an vermögensbezogenen Steuern auf OECD-Schnitt heben, wü
Eine Studie der Europäischen Zentralbank vom April zeigt:
Vermögen in der EU sind ungleich verteilt.
In Österreich noch ungleicher.
Und: Vermögen verteilt sich auch nach Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen.
Wer in der richtigen „Klasse“ ist, besitzt mehr
. Deutlich mehr.
Für Österreich wurde dabei die Vermögensverteilung von der Oesterreichischen Nationalbank

50 Prozent der privaten Haushalte haben zusammen weniger als 5 Prozent des Gesamtvermög
Die reichsten 10 Prozent besitzen knappe 50 Prozent aller Vermögen.
1 Prozent der Haushalte besitzt fast ein Drittel des Gesamtvermögens.
Damit besitzt die Mittelschicht beim Vermögen, im Gegensatz zum Einkommen, nur einen schr
Weiters zeigt sich, dass ein Zehntel der Haushalte weniger als 1.000 Euro hält, während die reic
Erben ist eine der wichtigsten Quellen des Vermögensaufbaus,
in 35 Prozent der Haushalte sind bereits Erbschaften angefallen.
Mit dem Nettovermögen steigen die Erbhäufigkeit und –vermögen stark an. „Reiche“ Haushalt
Die Studie entzaubert den Mythos, dass eine stärkere Besteuerung von Vermögen zu einer Bela
Es ist Zeit umzusteuern
und Kurs in Richtung nachhaltiger Zukunft zu nehmen.
Mit einer spürbaren Entlastung des Faktors Arbeit bei gleichzeitig erhöhter Ressourcenbesteue
durch eine ökologisch-soziale Steuerreform.
Stiftungsmilliardäre, MillionenerbInnen und Superreiche werden einen gerechten, im Verhältni
37 Was wir konkret wollen:
> Aufkommensneutrale ökologisch-
soziale Steuerreform:
Mit einer ökologisch-sozialen Steuerreform wird die Struktur des Steuer- und Abgabensystems
Verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen wird belohnt;
der Faktor Arbeit wird steuerlich entlastet.
Das Modell ist aufkommensneutral, das heißt die Steuern werden insgesamt nicht erhöht.
Das Umsteuerungsvolumen des ökologisch-sozialen Steuermodells beträgt sieben Milliarden Eu
CO2-orientierte Ökosteuern (etwa im Energie- und Verkehrsbereich) werden erhöht,
der Faktor Arbeit wird entlastet.
Jeder einzelne profitiert durch einen Ökobonus in Höhe von 520 Euro jährlich
und kann durch sein Energiekonsumverhalten die Steuerlast individuell variieren.
Die Wirtschaft profitiert von einer Senkung der Lohnsummenabgaben.
> Vereinheitlichung der Unternehmenssteuern
Großkonzerne haben einen fairen Beitrag zur Finanzierung der Sozial-
und Bildungssysteme der europäischen Staaten zu leisten.
Dadurch ist Schluss mit dem sozial
– und finanzpolitisch schädlichen Steuerwettlauf nach unten.
> Steuerbetrug bekämpfen Steuerschlupflöcher in Steueroasen müssen geschlossen werden.
Österreich beteiligt sich endlich an einer EU-weiten Steuerbetrugsbekämpfung.
> Mehr Leistungsgerechtigkeit im Steuersystem Österreich darf nicht länger OECD-Schlusslicht
MillionenerbInnen und StiftungsmilliardärInnen werden auch einen fairen Beitrag leisten.
Daher:
Einführung einer reformierten Erbschafts-
und Schenkungssteuer, die kleine und mittlere Erbschaften und Schenkungen unberührt lässt.
Mit einem Freibetrag von 500.000 Euro
und einem progressiven Steuersatz.
Auch die Grundsteuer muss reformiert werden, in dem zumindest die veralteten Einheitswerte
und Ausnahmen reformiert und reduziert werden.
Die Einnahmen aus den vermögensbezogenen Abgaben werden zum Teil für Entlastungen bei d
> Besser haushalten:
Abbau von ökologisch kontraproduktiven Subventionen
In Österreich kommen derzeit umweltkontraproduktive Subventionen

vor allem in den Bereichen Verkehr,
Wohnbauförderung
sowie Energie- und Landwirtschaft vor.
Dazu gehören unter anderem die derzeitige Pendlerpauschale,
das amtliche Kilometergeld,
Teile der Wohnbauförderung,
die Grundsteuerbefreiung für Verkehrsflächen,
Stellplatzverpflichtungen etc.
Ihre Evaluierung und weitgehender Abbau unterstützt den Weg in ein nachhaltiges Wirtschafts
. > Abgeltung der kalten Progression
Ab der nächsten Steuerreform wachsen die Steuertarifstufen jährlich mit der Inflation mit, so d
Die Inflation darf also nicht automatisch zu höheren Steuern führen.
38 Grünes Wirtschaften: einen Schritt voraus denken
Die Grünen sind eine Wirtschaftspartei.
Grün Wirtschaften setzt statt auf Partikularinteressen auf große Reformen
und einen breiten, integrierten Ansatz.
Grün Wirtschaften heißt Umsetzung der Energiewende,
Schaffung Grüner Arbeitsplätze,
Verkehrswende
und Ernährungswende.
Eine Grüne Energiewende stellt die richtigen Weichen für eine sichere,
umweltfreundliche
und sozial gerechte Energieversorgung der Zukunft.
Der massive Ausbau erneuerbarer Energien führt zu mehr Unabhängigkeit von Atomstrom,
Öl und Gas.
Eine Verkehrswende reduziert die Erdölabhängigkeit im Verkehr.
Das hilft dem Klimaschutz,
reduziert gesundheitsschädliche Luftschadstoffe
und entlastet die Geldbörse.
Die Ernährungswende setzt auf Qualität,
regionale Produkte
und entsprechende heimische Wertschöpfung.
Grün Wirtschaften heißt einen Umbau des Steuersystems
und endlich Reformen bei Bildung,
Gesundheit
und Verwaltung.
Und Grün Wirtschaften heißt auch einen sauberen Finanzplatz zu schaffen.
Also Wirtschaften ohne Spekulation und Korruption.
Es geht letztlich um einen Systemwandel.
Grünes Wirtschaften führt zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen und zu ein
Grün Wirtschaften bedeutet auch Standortpolitik.
Standortpolitik heißt bei den Grünen aber nicht „welches Land bietet die geringsten Steuern fü
Die Grünen wollen den Standort Österreich für internationale Unternehmen
z. B. mit einer reformierten Bildungspolitik attraktiv machen.
Eine zukunftsorientierte Migrationspolitik,
der Ausbau von Öffentlichem Verkehr
und ein Ausbau der Lebensqualität im weitesten Sinne sind die Faktoren,

die Österreich als Standort für Unternehmen wieder attraktiver machen.
Grün Wirtschaften setzt auf das unternehmerische Schaffen vieler Einzel- und Kleinstunternehı
Mehr als die Hälfte der österreichischen Unternehmen sind Ein-Personen-Unternehmen (EPU).
Die Wirtschaftskammer und die Regierung haben dies zwar bereits zur Kenntnis genommen,
was fehlt, sind jedoch geeignete Rahmenbedingungen
und ein tieferes Verständnis dieser neuen Unternehmensform.
Denn Vielfalt ist ein wesentliches Merkmal:
Während viele Ein-Personen-UnternehmerInnen in erster Linie selbstbestimmt arbeiten
und – ohne konkretes unternehmerisches Wachstumsszenario – leben wollen,
vergrößern sich andere über die Jahre und werden zu ArbeitgeberInnenbetrieben.
Bei der Realisierung ihrer innovativen Geschäftsideen sind die altmodischen Strukturen der Ge
mit ihren vielen Zugangsbeschränkungen
ein großes Hindernis.
Junge Unternehmen benötigen einfache,
unbürokratische Rahmenbedingungen
und kostengünstige Finanzierungsmodelle.
Grün Wirtschaften bedeutet auch regional investieren:
Die Finanzkrise hat es gezeigt:
Regionale Banken sammeln Spareinlagen in der Region ein
und anstatt mit diesem Geld Kredite in der Region zu vergeben,
spekulieren sie mit den Spareinlagen der Menschen auf den internationalen Finanzmärkten.
39 Gier regiert die Bankenwelt.
Die Grünen wollen, dass Banken sich wieder auf ihre Kernkompetenz konzentrieren:
Spareinlagen entgegennehmen und Kredite vergeben.
Traditionelle und der Realwirtschaft verpflichtete Geschäftsbanken müssen durch ein „Trennba
Banken sollen in Konkurs gehen können, damit nicht immer die SteuerzahlerInnen haften, wen
Mit Grüner Innovationspolitik können die großen Herausforderungen der Zukunft –
wie z. B. umweltfreundliche Energieversorgung,
Kampf gegen Klimawandel,
demographische Entwicklung,
Nord-Süd-Gefälle gemeistert werden.
Wir wollen Österreich durchlüften.
Es soll ein offenes und innovationsfreundliches Klima entstehen
und Forscherinnen und Forscher sollen gerne hier arbeiten und das auch können,
damit Neues in Gesellschaft, Wissenschaft und Technik entsteht.
Wir wollen daher die Budgetmittel für Grundlagenforschung deutlich erhöhen.
Weiters halten wir es für dringendst notwendig, dass die Hochschulen massiv – auch finanziell
und das Bildungswesen grundlegend reformiert wird.
Richtige Rahmenbedingungen sollen auch mehr ÖsterreicherInnen – egal welchen Alters – erm
Unternehmen zu gründen und so zusätzliche Arbeitsplätze mit Zukunft zu schaffen.
Wir wollen Vielfalt.
Scheitern muss erlaubt sein.
Grünes Wirtschaften heißt europäisch Denken: 108
Österreich ist international stark verflochten.
Viele Entscheidungen kann Österreich alleine nicht beeinflussen.
Daher muss Österreich seine Wirtschaftspolitik auf europäischer Ebene denken. 108
Denn für global und europäisch agierende Unternehmen braucht es gemeinsame europäische

Eine Finanztransaktionssteuer, die volkswirtschaftlich sinnlose und schädliche Spekulation einc
Die Grüne Wirtschaftsoffensive braucht die Zusammenarbeit in der Europäischen Union. 108
Energie-,
Verkehrs-,
Ernährungs-,
Steuer-
und Finanzplatz- Wende sind nur gemeinsam denkbar.
Investieren in die Zukunft – Die Grüne Jobs Initiative
Die Zukunft ist Grün.
Auch in der Wirtschaft.
Grüne Technologien werden zur Leitindustrie des 21. Jahrhunderts.
Ökowirtschaft und Grüne Jobs sind die Herzstücke eines zukunftsorientierten, nachhaltigen Wi
Bereits jetzt sorgt die Branche für hunderttausende Arbeitsplätze in Österreich.
Oberösterreich mit dem Grünen Landesrat Rudi Anschober zeigt es vor.
Aktuell arbeiten über 45.000 Menschen in Oberösterreich in Grünen Jobs
– viele von ihnen bei aufstrebenden Ökoenergie – Unternehmen,
sowie in jenen Firmen, die sich auf Energieeffizienz – und Umwelttechnik konzentrieren.
Bis zum Jahr 2015 sollen es 50.000 werden.
Dabei steht für uns außer Frage, dass Grüne Jobs auch gute Jobs sein müssen, also fair bezahlt
Wirtschaft und Umweltschutz sind längst vereinbar, wenn man auf die richtige Strategie setzt.
40 Seit Jahren zählt die Ökowirtschaft zu den nach Umsatz
und Beschäftigung am stärksten wachsenden Branchen Österreichs.
Während die aktuellen Beschäftigungszahlen leicht rückläufig sind, weist die Ökowirtschaft ein
Bereits rund 188.000 Menschen aller Ausbildungsstufen und Berufsgruppen sind in der Umwel
In etwa so viel wie auch in der Automobilbranche.
Eine Vielzahl österreichischer Unternehmen ist in Technologien der Abfallwirtschaft, Abwasser
Diese Betriebe sind Zugpferde der heimischen Wirtschaft
und beweisen, dass man mit innovativen Ansätzen Geld verdienen,
Arbeitsplätze schaffen
und die Umwelt entlasten kann.
Dieser Markt soll durch gezielte Programme, Projekte und Rahmenbedingungen gestärkt und w
und damit Österreich als innovative Umwelttechnik-Region international positioniert werden.
Um das Potenzial der Ökowirtschaft auch weiterhin voll ausschöpfen zu können, müssen Energ
Ein weiterer Fokus muss auf den Arbeitsmarkt gelegt werden um Ausbildungsprogramme für zu
Das kurbelt letztlich nicht nur die heimische Wirtschaft an, sondern schafft Arbeitsplätze und v
Was wir konkret wollen:
> In Grüne Jobs investieren
Eine Investitions-Offensive zur Stärkung der Umweltwirtschaft und der Öko-Dienstleistungen e
Dafür braucht es gezielte Investitionen in die Energiewende, d. h. in Klima- und Umweltschutz,
Das schließt auch die Förderung privater Haushaltsinvestitionen ein
(etwa thermische Gebäudesanierung und moderne Gebäudetechnik).
> Mehr Ausbildungsangebote
und faire Arbeitsplätze
Die Arbeitsplätze von morgen sind Grün.
Deshalb schaffen wir rechtzeitig Ausbildungsprogramme in den Zukunftsbranchen Ökowirtscha
Dabei gilt, dass Grüne Jobs auch gute Jobs sein müssen, d.h. sie sind fair bezahlt und voll sozial
Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Fachkräfte in den Umwelt- und Energietech

> Mehr Forschung und Entwicklung in den Bereichen erneuerbare Energieund Umwelttechnolc
Forschung und Entwicklung (F&E) ist das Fundament für die Zukunft.
Jeder in die Ökound Energieforschung investierte Euro zieht ein Vielfaches an Wertschöpfung r
und schafft wertvolle Arbeitsplätze.
41 > Unterstützung von Öko-Innovationen von Unternehmen
Ökobonus für F&E-Projekte von Unternehmen, die einen Beitrag zur Verbesserung von Umwel
> Innovatives Vergabe-und Beschaffungswesen
Verankerung von Nachhaltigkeitsindikatoren in der Vergabepraxis.
Vorrang für Unternehmen, die auch ökologische
und soziale Kriterien erfüllen
(z. B. Angebot an Ausbildungsplätzen für Lehrlinge, Einhaltung von Energieeinsparungszielen)
im öffentlichen Vergabe- und Beschaffungswesen.
> Alternative Finanzierungsformen mit BürgerInnenbeteiligung werden möglich
BürgerInnenbeteiligungsmodelle zur Finanzierung
z. B. von Energiewendeprojekten in Gemeinden,
Projekten von gemeinnützigen Organisationen,
Crowdfunding-Initiativen, Start- Ups und KMUs erhalten eine rechtssichere Grundlage.
Europarechtliche Spielräume
u. a. bei der Prospektpflicht werden genutzt.
Entlastung für 380.000 Einpersonen– und Kleinstunternehmen
In Österreich gibt es derzeit rund 380.000 Einpersonen- und KleinstunternehmerInnen.
Sie stellen das klassische UnternehmerInnenbild auf den Kopf.
Viele mit großem Erfolg.
Einige kämpfen aber auch mit finanziellen Sorgen,
fehlender sozialer Absicherung
und überbordender Bürokratie.
Denn die traditionellen Apparate der Wirtschaftskammer und Sozialversicherung sind überford
EPU alleine stellen bereits 56 Prozent der Mitglieder der Sozialversicherungsanstalt der gewerb
EPU arbeiten z. B. als freischaffende JournalistInnen, GraphikerInnen, IT-BeraterInnen sowie au
EPU sind aber auch die vielen selbständigen MasseurInnen und Pflegekräfte in Österreich.
All diese UnternehmerInnen sind heute aus Wirtschaft und Gesellschaft nicht mehr wegzudenl
Viele EPU und KleinstunternehmerInnen üben ihre Tätigkeit mit großem Erfolg
und echtem GründerInnengeist aus.
Sie entwickeln erfolgreiche Geschäftsmodelle
und bieten wichtige Serviceleistungen an.
Und sie sichern viele Arbeitsplätze – nicht nur ihre eigenen.
Die Realität ist aber auch, dass viele EPU und Kleinstunternehmen täglich ums Überleben kämp
weil es keine ausreichenden Regelungen zur sozialen Absicherung
und zur Risikominimierung gibt.
Denn für diese UnternehmerInnen sind die vorgeschriebenen Mindestbeiträge für die Kranken
was bei einem wachsenden Teil der Versicherten zu unzumutbaren finanziellen Belastungen fü
So erzielte rund ein Fünftel aller EPU im Jahr 2010 einen Jahresumsatz von weniger als 10.000
Bei einem Viertel der EPU machte der Umsatz 2010 zwischen 10.000 und 30.000 Euro aus.
Zieht man von diesen Einkünften noch Steuern und betriebliche Ausgaben ab, bleibt zum Lebe
42 Auch bei den traditionellen Institutionen und Lobbys der österreichischen Wirtschaft finden
Denn was für Industrie und KMU hilfreich ist, kann für EPU und Kleinstunternehmen oft irrelev
So haben sich die Konjunkturpakete und Finanzierungshilfen der letzten Jahre größtenteils an d

JungunternehmerInnen, EPU und Kleinstbetriebe profitieren kaum, obwohl diese von der Kredi
Das behindert nicht nur das Wachstum einzelner Unternehmen, sondern trifft mittel- und lang
Und auch die Gewerbeordnung behindert mit ihren bürokratischen und protektionistischen Zu
So darf eine NageldesignerIn nur Finger, aber keine Fußnägel lackieren, eine MalermeisterIn ke
Was wir konkret wollen:
> Reformpaket Sozialversicherung
Abgesehen von der längst notwendigen Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger wird e
welche die Lebensrealität und Probleme der EPU und KleinstunternehmerInnen berücksichtigt,
(=Geringfügigkeitsgrenze).
Einmal im Leben hat jeder Mensch, der sich selbstständig machen möchte, die Möglichkeit, sic
Das ist die einfachste
und gerechteste Gründungsförderung, die ausnahmslos alle in Anspruch nehmen können.
Diese Befreiung von der Nachbemessung soll in Form eines Freibetrages erfolgen,
um Mitnahmeeffekte in den höchsten Einkommenssegmenten zu vermeiden.
> Krankheit darf nicht zur Kostenfalle werden
Abschaffung des 20-prozentigen Selbstbehaltes bei Arztbesuchen.
Krankengeld auch für EPU und Kleinstunternehmen ab dem 4. Tag der Krankheit.
> Schutz gegen Armut
und mehr Kulanzregelungen in der SVA
Keine Pfändung unter das Existenzminimum
und starke Reduktion der Verzugszinsen (derzeit 8,38 Prozent).
Die Anzahl der Exekutionen, Konkursanträge und hohen Verzugszahlungen an die SVA wird dac
Flexiblere Zahlungsfristen bei den SV-Beiträgen
vermeiden Liquiditätsengpässe bei schwankendem Geschäftsverlauf.
> Reform der freiwilligen Arbeitslosenversicherung
Absenkung der Beiträge von 6 auf 3 Prozent
(vor allem im untersten Einkommenssegment analog zur Regelung für Unselbstständige) sowie
43 > Innovative Finanzierungsmodelle für innovative Ideen
Der unbürokratische Zugang zu Kleinstkrediten und Risikokapital für JungunternehmerInnen, St
Durch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen
und transparente Strukturen werden innovative Ideen von JungunternehmerInnen, Start-Ups,
– z. B. im Rahmen von Crowdfunding – realisiert werden können.
> Förderung & Beratung
Entbürokratisierung vorhandener Förderungen für EPU und Kleinstunternehmen
sowie umfassende begleitende Beratung und Coaching von EPU und Kleinstunternehmen.
> Entrümpelung und Modernisierung der Gewerbeordnung Abgesehen von Ausnahmebereiche
Ein weitgehend freier Berufszugang ersetzt unnötige Reglementierungen.
Österreich fit für die Zukunft machen
– durch Forschung, Innovation und Technologie
Forschung und Innovation sind der Schlüssel zur Verbesserung der Lebensqualität der Mensche
und zur Lösung der großen Herausforderungen der Zukunft, wie Energieversorgung, Klimawand
Forschung und Innovation sind die wesentliche Triebkraft für wirtschaftliche
und gesellschaftliche Entwicklung.
Die Forschung von heute schafft die Arbeitsplätze von morgen.
Das Potenzial österreichischer Innovationskräfte ist groß,
dennoch verliert Österreich in den Bereichen Innovation
und Wettbewerbsfähigkeit immer mehr an Boden.

Alle Rankings der letzten Jahren zeigen, dass entgegen den Zielen des Regierungsprogramms u
Technologie und Innovation (FTI-Strategie),
Österreich nicht zu den „Innovation Leadern“ aufschließen kann, sondern im Mittelfeld stecke
Das muss sich ändern.
Angesichts der schleppenden Konjunktur-
und Arbeitsmarktentwicklung
sind Zukunftsinvestitionen im Bereich Forschung,
Innovation
und Bildung wichtiger denn je.
Dennoch wird zu wenig in Forschung
und Entwicklung investiert.
Das ist eine besorgniserregende Entwicklung
und zeigt, dass zwischen den Worten und den Taten der Bundesregierung große Lücken klaffer
Zur Umsetzung der FTI-Strategie ist ein Forschungsfinanzierungsgesetz unumgänglich.
Zudem müssen die Grundlagenforschung
und die Hochschulbildung dringend gestärkt werden.
Die Positionierung Österreichs als Forschungs- und Innovationstreiber ist nicht nur wirtschaftlic
Z. B. wie gelingt die Transformation der Energiemärkte hin zu dezentralen, erneuerbaren und i
Wir brauchen die besten Köpfe und eine Diskussion über die Schwerpunkte im Land.
Nur so gewährleisten wir eine zukunftsfähige Entwicklung.
Junge ForscherInnen brauchen Chancen um Innovationen entwickeln zu können.
Richtige Rahmenbedingungen sollen Forscherinnen und Forscher ermutigen,
Unternehmen zu gründen und so zusätzliche Arbeitsplätze mit Zukunft zu schaffen.
Wir wollen Vielfalt.
Scheitern muss erlaubt sein.
Es muss dort verstärkt gefördert werden, wo es tatsächlich notwendig ist, um Ideen zum Durcl
und neue Arbeitsplätze entstehen.
Die Etablierung von neuen Technologien braucht aber auch Verantwortung.
Ein intensiver Dialog zwischen Wissenschaft/Forschung und Gesellschaft ist erforderlich.
Bei entsprechenden Gesetzen soll Technologiefolgeabschätzung ein Teil des parlamentarischer
Was wir konkret wollen:
> FTI-Strategie darf kein Papiertiger sein
Die Umsetzung der Forschungsstrategie ist zu forcieren
und die Ressourcen für Hochschulen und Forschung müssen gesichert sein.
Die konsequente Umsetzung der Strategie für Forschung, Technologie und Innovation (FTI-Stra
> Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wird gestärkt
Anbindung der Technikfolgenabschätzung in den politischen Prozess – sowohl auf Regierungs-
> Optimale Bedingungen für ForscherInnen und wissenschaftliches Personal
Innovationsfreundliches Klima,
erhöhte Budgetmittel
und exzellente Infrastruktur für ForscherInnen
und erhöhte Planbarkeit bieten optimale Bedingungen für eine wissenschaftliche Karriere
– insbesondere auch für Frauen.
> Risikokapital ist verfügbar
Der Abbau an Bürokratie in der Forschungsförderung
und Erleichterungen beim Zugang zu Risikokapital
ermöglichen eine Steigerung der Innovationstätigkeit von Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben i

Alternative Finanzierungsmodelle – wie z. B. Crowdfunding
– insbesondere für Start-Ups werden rechtssicher und einfach ermöglicht.
> Schwerpunkt Energieforschung
Jährlich mindestens 150 Millionen Budget für Forschungsvorhaben im Bereich innovativer nach
> Punktgenaue Forschungsförderung
statt Gießkanne Forschungsförderungen werden auf Wirksamkeit evaluiert.
Die indirekte Forschungsförderung wird nach Betriebsgröße gestaffelt
und die administrative Förderabwicklung wird für Forschungseinrichtungen und Unternehmen
45 Demokratie –
Zivilgesellschaft – BürgerInnenrechte
Die Demokratie steckt in einer Krise.
Die Politik ist mit einem enormen Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust durch die BürgerIn
Korruptionsfälle,Freunderlwirtschaft und Spekulationsskandale haben maßgeblich dazu beigetr
Insbesondere in Krisenzeiten ist diese Entwicklung mehr als bedenklich.
Der enorme Wert einer funktionierenden Demokratie ist zwar den meisten Menschen bewusst
den Institutionen des Staates begegnet man jedoch mit immer größerer Skepsis.
Angesichts der Politikperformance der vergangenen Jahre ist die distanzierte Haltung durchaus
Daher braucht es neue Wege, um die Demokratie aus der Krise zu führen.
Die Antwort auf das Misstrauen der BürgerInnen ist nicht weniger Mitbestimmung, sondern m
Transparenz von Entscheidungen, Prozessen, Interessenslagen
und Geldflüssen in Politik und Verwaltung ist hierfür wesentlich.
Dazu gehört auch eine funktionierende Medienlandschaft, die nicht nur zynisch über Politik be
Medienkonzentration und fortschreitende Boulevardisierung haben zur negativen Spirale im W
Die neuen Medien bieten enorme Chancen für mehr Informationsaustausch,
politischen Diskurs,
Transparenz
und Mitbestimmungsmöglichkeiten.
Diese werden von der Politik noch nicht in jenem Maß angenommen, wie dies möglich wäre.
Während seitens der Regierungspolitik einerseits Vertuschung betrieben wird,
verlangt der Staat andererseits immer mehr Zugriff auf die Privatsphäre des Einzelnen in Form
BürgerInnenrechte werden ausgehöhlt statt ausgebaut,
Grundrechte- und Menschenrechte missachtet.
Der Tierschutzprozess, bei dem AktivistInnen unschuldig lange im Gefängnis saßen und deren E
Grenzziehungen sind hier notwendig.
Während das Verhältnis zwischen Politik, Sozialpartnerschaft und Wirtschaft sehr eng ist,
findet der sogenannte Dritte Sektor, die Nichtregierungsorganisationen, viel zu wenig Beachtur
Dabei sind die gemeinnützigen Organisationen aus unserer Gesellschaft nicht wegzudenken.
Ob im Sozialbereich,
beim Umweltschutz,
im Einsatz für Menschenrechte,
in der Entwicklungszusammenarbeit,
bei freiwilliger Tätigkeit,
der Interessensvertretung von Menschen mit Behinderung etc.:
die Zivilgesellschaft ist insbesondere dort Bindeglied zwischen vielen engagierten BürgerInnen
wo traditionelle Institutionen ihre Bindungskraft zunehmend verliert.
Ohne ihr Engagement würde unsere Gesellschaft auseinander fallen.
Daher ist auch die Bedeutung im politischen Prozess deutlich zu stärken.

Auch in der direkten Leistungserbringung gesellschaftlich wichtiger Dienstleistungen,
vor allem im Sozial- und Pflegebereich, bringen gemeinnützige Organisationen einen unverzich
Diesen Mehrwert wollen wir Grüne politisch stärken.
46 Wir müssen die Demokratie weiterentwickeln, um sie nicht dauerhaft zu beschädigen.
Dazu gehört auch die europäische Ebene. 108
Die Europäische Union muss zu einem Europa der BürgerInnen werden, das Grundrechte stärkt
Die Rolle des Bundesstaates hat sich seit dem Beitritt zur Europäischen Union stark gewandelt
Viele Kompetenzen liegen nun in Brüssel.
Die Struktur des österreichischen politischen Systems hat sich darauf noch nicht ausreichend ei
Die föderale Struktur und Kultur der Republik spielt dabei eine nicht unwesentliche Rolle.
Klare Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern schafft klare Verantwortlichkeiten
und ermöglicht effektive und bürgerInnennahe Politik.
Im Vordergrund steht für uns der Zugewinn an Effizienz,BürgerInnennähe und Demokratiequa
Die Bestellung und Wahl wesentlicher Organe der Republik erfolgt intransparent.
Die Auswahl wird auch jenseits politischer Funktionen de facto von Parteisekretariaten bestim
Qualifizierte BewerberInnen ohne Parteinähe kommen so zu selten zum Zug.
Auch die Abwahlregelungen für politische Organe sind verbesserungsbedürftig.
Österreich erneuern:
Demokratie weiterentwickeln Politik versucht das Vertrauen der Menschen wieder zurückzuge
auf Teilhabe von NGOs und ExpertInnen setzt, eine Vision verfolgt und zugleich nicht den Ansp
Inhaltliche Konflikte werden kultiviert ausgetragen ohne gleich ins tagespolitische Hick-Hack zu
Anfragen von BürgerInnen und in den Parlamenten werden ernst genommen und entsprechen
Vorschläge konkret berücksichtigt.
Wir wollen mehr unmittelbares Mitspracherecht für Bürgerinnen und Bürger in der Politik.
Demokratie ist mehr als bei Wahlen eine Stimme abzugeben und dann nichts zu sagen zu habe
Demokratie bedeutet: sich einzumischen und mitzugestalten, sich zu beteiligen statt nur betro
Unser Modell trägt dazu bei, die direkte Demokratie zu stärken.
Gruppen, die sich heute mit konkreten Initiativen für die Erhaltung einer intakten Umwelt,
für Menschenrechte
und soziale Anliegen einsetzen,
sind Ausdruck einer modernen BürgerInnen- Gesellschaft.
Der Stellenwert von BürgerInneninitiativen und Vereinen in unserer Demokratie wird aufgewer
Der Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten am demokratischen Prozess sorgt für ein Empowern
Entscheidungen werden auf eine breite Basis gestellt.
Politik und Verwaltung regieren und agieren transparent und stellen der Öffentlichkeit alle Infc
BürgerInnenbeteiligung wird in modernen Verwaltungen und in der modernen Verwaltungsleh
47 Das Wahlrecht wurde auf Basis der Grünen Initiativen im Jahre 2011 verbessert:
Die Briefwahl wurde missbrauchsresistenter gemacht, insbesondere die Nachfrist von 8 Tagen
Das Wahlrecht Strafgefangener, das aufgrund eines EGMR-Urteils eingeräumt werden musste,
Wir schaffen eine Demokratiereform in Europa, die die Akzeptanz der BürgerInnen wieder gew
etwa durch die Einführung europäischer Wahllisten für die Wahl eines Teils der Sitze des Euro
und durch europaweite Abstimmungen zu europäischen Themen. 108
Die Mitwirkungsrechte des österreichischen Parlaments an der europäischen Gesetzgebung wu
Im Zuge des Lissabon-Vertrags und des ESM-Vertrags wurden dem Parlament verfassungsrech
So kann etwa das Finanzministerium nur mit Zustimmung des Parlaments in den ESM-Organen
Der Zugang zu EU-Dokumenten über eine elektronische,
übersichtliche EU-Datenbank wurde für die Öffentlichkeit

und die ParlamentarierInnen wesentlich verbessert.
Denn nur authentische Information macht es möglich, das Handeln österreichischer Regierungs
Was wir konkret wollen:
> Direkte Demokratie vorantreiben
Die Direkte Demokratie wird vorangetrieben
und vom Parlament entsprechend ernst genommen.
Volksbegehren führen in einem ersten Schritt zu Volksbefragungen, sofern das Parlament nicht
Zwischen BürgerInnen und Parlament wird ein konstruktiver Dialog ermöglicht.
So kann Vertrauen zu einer Weiterentwicklung der Direkten Demokratie hin zur – von den Bürg
> Abstimmungsbuch bei direktdemokratischen Entscheidungen Abstimmungen dienen in erste
Präzise Informationen zu dem jeweiligen Thema sind Voraussetzung für die richtige Entscheidu
In Broschüren (sogenannte Abstimmungsbücher) sollen Pro- und Kontraargumente zu einer Er
Denn nur wer gut informiert ist, kann gut entscheiden!
> Reform des Wahlrechts Vorzugsstimmen werden unter Achtung der Geschlechterparität wei
der Kreis der Wahlberechtigten auf kommunaler Ebene wird ausgeweitet.
Das Wahlrecht wird für EU-BürgerInnen auf Landesebene 108
und für Drittstaatsangehörige auf kommunaler Ebene
durch entsprechende Verfassungsänderung ermöglicht.
> Stärkung der legislativen Rechte des Parlaments
Der Rechts-, Legislativ- und Wissenschaftliche Dienst des Parlaments wird personell auf- 48 ges
und wie auch der Budgetdienst unabhängig gestellt.
Dieser Dienst steht den Ausschüssen zur Begutachtung und Erarbeitung von Gesetzesentwürfe
> Stärkung der parlamentarischen BürgerInneninitiative
Der parlamentarische Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen wird zur Drehscheibe für
Die Einbringung von Bürgerinitiativen soll in Zukunft auch auf elektronischem Weg über die Int
Es sollen verpflichtende öffentliche Hearings eingeführt werden
und Gemeinderats- Resolutionen, die an den Nationalrat gerichtet sind, sollen künftig verpflich
> Abgeordnete kann man nicht kaufen!
Die Geschäftsordnung des Nationalrats hat vorzusehen, dass bei einem Fraktionswechsel eines
> Klare Kompetenzverteilung schafft klare Verantwortlichkeiten
und ermöglicht effektive Politik
Bund
und Länder pflegen in neuen gemeinsamen Organen insbesonders in den Bereichen Energie,
Umwelt,
Raumordnung,
Gesundheit
und Kinder ein Miteinander
statt der bisherigen Veto- und Machtpolitik der Landeshauptleutekonferenz.
Entweder gelingt eine Reform des Bundesrates oder er wird abgeschafft.
> Transparente Bestellung und Wahl von Organen –
Qualifikation zählt
Die Bundesregierungsmitglieder werden nach einem öffentlichen Hearing und Aussprachen in
Für die Wahl der VolksanwältInnen gibt es keine ausschließlichen Nominierungsrechte durch di
In Hearings wird auf die Qualifikation und Unabhängigkeit der KandidatInnen für die Leitung d
Die Bestellung des österreichischen Mitglieds in der EU-Kommission erfolgt nach einem Hearin
Der Bestellung bzw. Wahl der österreichischen VertreterInnen im Europäischen Rechnungshof,
Soweit wie möglich werden Hearings im Parlament abgehalten.

> Abwahl demokratischer Organe sichern
Die PräsidentInnen des Nationalrats können vom Parlament mit Zweidrittel-Mehrheit abgewäl
> Demokratiereform für Europa ¨108
Das Europäische Parlament wird durch Einführung des Initiativrechtes für Gesetzesvorschläge g
Etablierung eines Zweikammernsystems auf Europäischer Ebene. 108
Einführung europäischer Wahllisten für die Wahl eines Teils der Sitze des Europäischen Parlam
auf 49 denen die SpitzenkandidatInnen gleichzeitig für die Spitzenpositionen in der Europäisch
und sich im Wahlkampf den europäischen Wählerinnen und Wählern stellen. 108
Echte Wahl der Kommission durch das Europäische Parlament. 108
Bloße Nominierungen oder das „Wegloben von nationalen PolitikerInnen“ durch die Regierung
Österreichische Europaabgeordnete erhalten das Recht, auch im österreichischen Nationalrats
> Europäische BürgerInneninitiative stärken 108
Die mittlerweile bestehende Möglichkeit einer Europäischen BürgerInneninitiative, das erste di
Bestehende Hürden für BürgerInnen, wie die Notwendigkeit Pass- oder Personalausweis anzug
Eine Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft
Die Weiterentwicklung von Demokratie und dem politischen System geht auch mit einer neuer
und der Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen einher.
Gerade weil es nicht um das Interesse der Parteien sondern der BürgerInnen geht,
braucht es neue Strukturen von Kooperation,
Dialog und – wo notwendig – auch Konflikt.
Die Sozialpartnerschaft spielt eine historisch und auch realpolitisch relevante Rolle.
Klientelpolitik ist jedoch nicht unser Zukunftspfad.
Eine Modernisierung und Erweiterung traditioneller sozialpartnerschaftlicher Strukturen wird r
Hier kann eine strukturelle Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen eine stärkere Durc
Neue Konstellationen der politischen Zusammenarbeit bringen neue Perspektiven im Sinne der
Zur Entwicklung einer verbreiterten zivilgesellschaftlichen Kultur gehört auch, die finanzielle Gr
Gemeinnützigkeit wird entsprechend aufgewertet.
In Deutschland sind heute 95 Prozent aller Stiftungen gemeinnützig, in Österreich sind 94 Proz
Das freiwillige und ehrenamtliche Engagement vieler Menschen in Österreich wird wertgeschät
Freiwilligentätigkeit muss sich auszahlen
– nicht nur für die Allgemeinheit, sondern auch für die vielen engagierten Freiwilligen.
Einzelne BürgerInnen und zivilgesellschaftliche Organisationen setzen sich für die Einhaltung de
Insofern haben sie ein Recht darauf, auch Zugang zu dadurch ausgelösten Verfahren zu haben.
Der Europäische Gerichtshof räumt schon jetzt BürgerInnen einen Schadenersatz ein, wenn sie
Dieses Recht muss auch im österreichischen Bundesgesetzblatt nachzulesen sein.
Was wir konkret wollen:
> Faire Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement
Ein Freiwilligengesetz schafft faire Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement.
Wir schaffen eine verlässliche Absicherung aller freiwillig Tätigen,
sowohl bei der Unfallversicherung
wie auch bei Verdienstentgang durch freiwilliges Engagement.
Eine bundesgesetzliche Regelung anknüpfend an vorhandene landesgesetzliche Regelungen br
sowie die Weiterentwicklung und Aktualisierung des Freiwilligenpasses.
Junge Freiwillige erhalten ein zusätzliches Toleranzsemester im Studium, die Bezugsdauer der
> Erleichterungen für gemeinnützige Stiftungen schaffen
Die rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für gemeinnützige Stiftungen in Österre
Dazu tragen ein neues, gemeinnützigkeitsfreundliches Stiftungsrecht und die politische und ge

> Fonds für Beteiligung in Umweltverfahren schaffen
Ein Fonds, der finanzielle Unterstützung für Verfahrensbeteiligung gewährt,
erleichtert Umweltverfahren.
Durch die Aarhus Konvention und zuvor schon in UVP-Verfahren wird Umweltorganisationen, E
und Rechtsmittel gegen Entscheidungen zu erheben.
Die Praxis, insbesondere aus der Umweltverträglichkeitsprüfung zeigt, dass eine effektive Betei
und anwaltliche Vertretung vorhanden sind.
Der Fonds wird durch Beiträge der ProjektwerberInnen von UVP- und IPPC- Verfahren gespeist
> NGO-Klagerechte einführen
Umweltorganisationen
und Bürgerinitiativen erhalten Beschwerdebefugnisse in allen umweltrechtlichen Fragestellung
Die Aarhus Konvention gibt Umweltorganisationen
und Bürgerinitiativen das Recht, sämtliche Umweltrechtsverstöße von Privaten
und Behörden gerichtlich anzufechten.
Österreich hat sich bislang geweigert, diese völkerrechtlichen Vorgaben in nationales Recht un
> Schutz vor dem untätigen Gesetzgeber
und der untätigen Regierung
Ein Staatshaftungsgesetz wird erlassen.
Außerdem können sich Betroffene auch vor Eintritt eines Schadens gegen die fehlende Erlassu
bislang konnten nur einzelne Verwaltungsakte erzwungen werden.
51 > Zugang zum Schriftverkehr zu Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich
Die Bundesregierung gibt den Schriftwechsel der Vertragsverletzungsverfahren zwischen Komı
> Erweiterung der Spendenabsetzbarkeit für Nicht-Regierungsorganisationen
Die Absetzbarkeit von Spenden wird auf alle Tierschutzorganisationen erweitert.
> Begutachtungsrecht zu Gesetzes- und Verordnungsentwürfen
Alle Ministerien nehmen einschlägige zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich dafür anme
Diese werden auch für Begutachtungen, die vom Parlament initiiert werden
– etwa im Rahmen von Initiativanträgen im zuständigen Ausschuss – verstärkt berücksichtigt.
Für die Begutachtung ist im Regelfall ein Zeitraum von 6 Wochen vorzusehen.
> 1 Prozent der Lohn- und Einkommenssteuer gemeinnützig widmen SteuerzahlerInnen könne
– jährlich 1 Prozent ihrer Einkommenssteuer gemeinnützen Organisationen widmen.
Damit werden die gemeinnützigen Organisationen gestärkt
und BürgerInnen können zugleich direkten Einfluss auf die Verteilung ihrer Steuermittel üben.
> Faire umsatzsteuerliche Behandlung von gemeinnützigen Organisationen
Gemeinnützige Vereine erhalten die Möglichkeit, vorsteuerabzugsberechtigt zu sein.
Das aktuelle Umsatzsteuerrecht stellt diesbezüglich eine Benachteiligung gegenüber Unterneh
und ist mit erheblichen Kosten für gemeinnützige Organisationen verbunden.
52 Netzpolitik:
Freiheit & Verantwortung in der Informationsgesellschaft
Kaum eine andere Technologie hat unsere Kommunikation und damit auch unser Leben so seh
Die Zugänglichkeit zu Daten,
Informationen,
Dienstleistungen,
Kaufentscheidungen,
politischen Foren
und der laufende Austausch mit der Welt hat eine stark politische Dimension.
Der Umgang mit dem Internet ist auch zum Spielfeld rund um Macht,

Demokratie,
Freiheit
und Gerechtigkeit geworden.
Die Grenzlinie zwischen Privat und Öffentlich ist für viele schwieriger;
Datenmissbrauch – sei es kommerziell oder staatlich – nimmt ebenso zu.
Die Grünen stehen für einen gläsernen Staat und gläserne Parteikassen, aber nicht für einen gl
Transparenz ist wichtig,
der Schutz der Privatsphäre aber auch.
Daher braucht es Grenzen
und klare Rahmenbedingungen
und bewusstseinsbildende Maßnahmen.
Trotz neuer Formen von Datenspeicherung
und Datenüberwachung müssen die BürgerInnen die alleinige Verfügungsgewalt über ihre Date
Unter dem Vorwand der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität
betreiben PolitikerInnen in ganz Europa offensiv den Ausbau von staatlicher Überwachung.
Auch die österreichische Bundesregierung ist in Sachen Netzpolitik
und Datenschutz völlig unsensibel gegenüber den Risiken.
Im Gegenteil: mit der gesetzlichen Vorratsdatenspeicherung werden alle ÖsterreicherInnen pa
Vorratsdatenspeicherung ist die Speicherung des Kommunikationsverhaltens aller BürgerInner
Das betrifft zwar nicht die Inhalte z. B. der Telefonate und E-Mails, aber die gespeicherten „Ver
Allein diese erzählen viel über das Privatleben:
Die Datenspeicherung in diesem Umfang ist ein schwerer Eingriff in die Privatsphäre.
Gleichzeitig ist die Maßnahme für die Strafverfolgung und Terrorismus-bekämpfung ineffizient.
Wer sich technisch auskennt, kann sie leicht umgehen.
Die Grünen haben daher federführend bei der Massenklage gegen die Vorratsdatenspeicherun
Ein wesentlicher Teil der Informationsfreiheit ist Open Data.
Open Data bedeutet, dass alle öffentlichen Datensätze grundsätzlich genutzt, verbreitet und w
Personenbezogene Daten unterliegen dem Datenschutz und Informationen zur nationalen Sich
Es gibt keine exklusiven Verträge oder Nutzungsrechte, sondern jedem und jeder stehen alle D
Das ist das Wesen öffentlicher Leistungen.
Das Auskunftsrecht existiert parallel zur Veröffentlichungspflicht.
Netzneutralität garantiert die Gleichbehandlung aller Datenpakete.
Man stelle sich vor, eine Autobahn wird gebaut - und der/die BetreiberIn reserviert eine eigene
Völlig inakzeptabel, oder?
Unter dem Stichwort „Netzneutralität“ soll gesichert werden, dass alle Datenpakete im Interne
Die ökonomisch motivierte Privilegierung bestimmter Internetinhalte dagegen würde die Idee
und 53 den Telekommunikationsunternehmen zumindest mittelbar Einfluss auf Inhalte des Int
Die neutrale Datenübermittlung ist eine Bedingung für den freien Transport von Daten und Inf
Im Internet haben sich traditionelle Vertriebskanäle radikal verkürzt
und Vervielfältigungen vereinfacht.
Vor allem über Filesharing-Systeme können Daten auf der ganzen Welt im großen Stil getausch
und verbreitet werden.
Das ist mittlerweile eine Realität, der sich die verantwortliche Politik nicht stellt.
Das geltende Urheberrecht wird den neuen Gegebenheiten nicht gerecht und kriminalisiert gro
Österreich erneuern:
Informationsfreiheit –
Neutrales Netz –

BürgerInnenrechte
Es geht um Freiheit im Netz.
Die Privatsphäre ist zu schützen.
Ziel muss es daher sein, dass Datenpakete auch künftig „neutral“ übermittelt werden.
Die InternetnutzerInnen können selbst frei entscheiden, welche Inhalte sie senden und empfar
Telekomanbieter sollen nicht in die Kommunikationen ihrer NutzerInnen eingreifen dürfen.
Die Beeinflussung von Verfügbarkeit, Priorisierung oder Bandbreite weitergeleiteter Daten dar
oder der Art der Anwendungen richten.
Ohne garantierte Netzneutralität würde möglicherweise der Inhalt
oder der Absender den Weg eines Datenpakets beeinflussen.
Was wir konkret wollen:
> Netzneutralität gesetzlich verankern
Die Bundesregierung setzt sich auf europäischer Ebene für die dauerhafte Gewährleistung der
Das Prinzip der Netzneutralität ist im Telekommunikationsgesetz 2003 festzuschreiben.
Mit der Durchsetzung in Österreich wird die Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR -
> Informationsfreiheit und Open Data
Das Recht auf Auskunftserteilung an jede/n Interessierte/n ist grundrechtlich zu schützen.
Ein Informationsfreiheitsgesetz sichert entsprechende Rechte
und schafft das Amtsgeheimnis ab.
Daten die der Staat generiert
bzw. mit Steuergeld finanzierte Studien
sind jedermann unter entsprechenden Lizenzen freizugänglich zu machen.
> Stopp der Vorratsdatenspeicherung
Österreich setzt sich aktiv für die Beseitigung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung auf eu
54 > Überwachungsstaat zurückdrängen
Seit den Neunziger Jahren werden laufend neue Überwachungsmaßnahmen eingeführt.
Viele dieser Maßnahmen sind schlicht nicht notwendig, anderen fehlt der Rechtsschutz.
Das fördert nicht den Schutz der BürgerInnen sondern den Missbrauch.
Wir fordern die Evaluierung sämtlicher Überwachungsmaßnahmen.
Dort wo Überwachungsmaßnahmen tatsächlich notwendig sind, gehört der Rechtsschutz gestä
> Explizite Zustimmungspflicht zur Datenspeicherung auch im Internet
UserInnen müssen wissen, welche Daten warum und wie lange gespeichert werden.
Gespeicherte Daten haben ein Ablaufdatum
und dürfen nicht unbegrenzt gespeichert werden.
NutzerInnen werden explizit um Erlaubnis gefragt, ob ihre Daten gespeichert werden dürfen
(derzeit ist diese Information meist irgendwo in den AGBs versteckt).
Facebook und andere soziale Netze haben in ihren Grundeinstellungen immer den größtmöglic
UserInnen sollen selbst entscheiden können, was sie preisgeben und was nicht.
> Pauschalabgabe schützt UrheberInnenund bringt Rechtssicherheit
Anstelle der Rundfunkgebühr wird eine Haushaltsabgabe eingehoben, die teilweise zur Abgeltu
Die Nutzungsgewohnheiten vieler Menschen im Internet, die wissentlich oder unwissentlich ge
der Tausch urheberrechtlich geschützter Werke für den nicht kommerziellen Gebrauch entkrim
> Breitband-Offensive
Bis 2020 werden alle Haushalte in Europa mit mindestens 30 Megabit pro Sekunde ausgestatte
Vor allem der Ausbau von Breitband-Internet in ländlichen Gebieten ist von enormer Bedeutur
um auch dort Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.
> Medienkompetenz stärken

Medienkompetenz
und Medienbildung müssen ein integraler Bestandteil des Schulsystems werden
und in jedem Unterrichtsfach angemessene Berücksichtigung finden.
> Förderung von Open Source Software
Open Source Software bezeichnet Software, deren Quelltext öffentlich zugänglich ist
und je nach Lizenz frei kopiert, modifiziert und verändert werden kann.
Die öffentliche Verwaltung soll schrittweise auf Nutzung von OpenSource Software und offene
Mit öffentlichen Geldern entwickelte Software soll unter Open Source Bedingungen veröffentli
Softwarepatente sind innovationshemmend und deswegen nicht zielführend.
> Open Access Förderung von freiem Zugang zu wissenschaftlicher Literatur und Archiven.
Schrittweise Öffnung der ORF TV-Thek:
Neben den Sendungen, die – rechtlich bedingt nur eine Woche 55 lang – in der TV-Thek des OR
Das Archiv des ORF bietet Schätze, die für die Weiterbildung und auch eine breitere Öffentlichk
> Internet für alle
Wir sehen Internet als ein öffentliches Gut.
Der Zugang zum Internet muss für alle garantiert werden können und gesetzlich festgeschriebe
Der Zugang zu Informations- und Kommunikationstechniken darf nicht von sozialen Faktoren a
> Recht auf Anonymität
Wie auch in der physischen Welt sollte das Recht auf Anonymität auch im Internet garantiert w
Es ist notwendig, dass Menschen die Möglichkeit bekommen sich auch anonym im Internet zu
und ihre Meinung kundtun können.
Wir unterstützen auch die Schaffung von anonymen Zahlungsmethoden im Internet.
56 Vielfältige Medien
– unabhängiger ORF
Für die Demokratie ist eine funktionierende,
pluralistische Medienlandschaft unerlässlich.
Vielfalt
und Unabhängigkeit der Medien sind
sowohl für den politischen Diskurs
wie auch für die öffentliche Kontrollfunktion maßgebliche Funktionen.
Sinn eines öffentlich-rechtlichen ORF ist eine unabhängige Berichterstattung.
Die politischen Parteien haben weder bei der Berichterstattung
noch bei der Postenvergabe etwas verloren.
Dass hochwertige, öffentlich-rechtliche Programmgestaltung auch vom Publikum angenommer
beweist der Spartenkanal ORF III.
Die Bewertung des ORF nach ausschließlich kommerziellen Gesichtspunkten ist nicht sein Zwec
Es geht um die Gewährleistung von Unabhängigkeit
und Qualität.
Auch Ö1 ist Ausdruck dieses Qualitätsanspruchs.
Eine faire Bezahlung der freien MitarbeiterInnen, von denen Ö1 in hohem Maß lebt, stellt ein M
Zurzeit sind die Entscheidungsgremien des ORF laut Gesetz so zusammengesetzt, dass die Vert
Alle Entscheidungen und Postenvergaben werden so von parteipolitischen Interessen getrager
Damit der ORF unabhängig bleiben
und seinen öffentlich rechtlichen Auftrag erfüllen kann braucht es grundlegende Änderungen.
ParteienvertreterInnen haben in den entscheidenden Gremien nichts verloren.
Auch Medien unterliegen Transparenzregeln.
Das im Jahr 2012 beschlossene,

von den Grünen mit initiierte Medientransparenz-Gesetz s
chafft dafür eine wichtige Grundlage.
Was wir konkret wollen:
> Struktur eines unabhängigen ORF
Der Stiftungsrat wird sich als Gremium selbst erneuern
und zeitlich beschränkte Funktionsperioden definieren.
Nach dem Vorbild des ÖIAG-Gesetzes soll er zukünftig nur mehr aus 15 Mitgliedern bestehen:
10 von einem Gründungskonvent gewählten und 5 ArbeitnehmerInnenvertreterInnen.
Der Gründungskonvent setzt sich aus Interessenverbänden,
NGOs,
wissenschaftlichen Institutionen
und VertreterInnen der ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen zusammen,
damit die Bestellung der Stiftungsräte auf eine breite Basis gestellt wird.
Stiftungsratsmitglieder dürfen keine persönlichen Vorteile aus ihren Entscheidungen ziehen,
d.h. sie unterhalten während ihrer Funktionsperiode keine zusätzlichen Geschäftsbeziehungen
Ein Wechsel vom Stiftungsrat/rätin ins Unternehmen darf erst vier Jahre nach Beendigung der
Der/Die GeneraldirektorIn besetzt LandesdirektorInnen – ohne Kontrolle durch das Bundesland
> Qualitätskriterien und Erhöhung der Presseförderung
Die Presseförderung verfolgt verstärkt das Ziel, Qualitätskriterien zu erfüllen und damit einen r
Das zuletzt immer stärker ausgedünnte Netzwerk an AuslandskorrespondentInnen 57 wird dur
Die Ausbildung von JournalistInnen wird stärker gefördert.
> Faire Arbeitsbedingungen für freie ORF-MitarbeiterInnen Faire Bezahlung und Arbeitsbedingu
speziell für die qualitativ hochwertigen Beiträge der Ö1-RedakteurInnen.
> Medientransparenzgesetz verschärfen
Schärfere Sanktionen bei Verstößen gegen das Medientransparenzgesetz sorgen für die strikte
> TV-Übertragungen von Untersuchungsausschüssen
Im Sinne der Transparenz und des öffentlich-rechtlichen Interesses sind Sitzungen von Untersu
Damit wird der öffentliche Diskurs gestärkt.
58 Datenschutz ist Menschenschutz und BürgerInnenrecht
Jede Partei fordert heute Datenschutz.
Doch wie beim Umweltschutz handelt es sich dabei oft um ein Lippenbekenntnis.
Denn wenn es darum geht, Gesetze und Abläufe an die moderne Zeit anzupassen, dann überw
und der Wunsch nach dem umfassenden Computerprogramm, das auf Knopfdruck fertige Liste
Dabei wird übersehen, dass hinter den anonymen Zahlenkolonnen stets Menschen stehen.
Die Grünen treten dagegen konsequent in allen Bereichen für Datenschutz ein.
In vielen anderen Kapiteln dieses Wahlprogramms finden sich daher auch Forderungen dazu.
Es geht uns nicht darum, Daten auf einer Festplatte zu schützen.
Es geht um die Sicherung der Freiheit jedes und jeder Einzelnen, selbst zu entscheiden: wie ihr
Wir alle übernehmen verschiedene Rollen: mit Freunden, in der Familie, in der Arbeit, beim Ho
Wer seine Urlaubsbilder Bekannten zeigt, wird sie vielleicht nicht mit seiner Chefin teilen wolle
Oder auch schon, aber das ist eine freie Entscheidung.
Und was wir heute ins Internet stellen, wollen wir vielleicht übermorgen lieber wieder löschen
Ein grundlegender Grundsatz des Datenschutzes ist daher die „Zweckbindung“:
Daten, die für einen bestimmten Zweck gesammelt wurden, sollen nicht später für einen ander
Die „Rollen“ und Lebensbereiche werden sonst vermischt.
Ursprünglich nebensächliche Ungenauigkeiten und Fehler können in anderem Zusammenhang
Im Polizeibereich können dadurch Unschuldige ins Visier von Ermittlungen kommen und müss

Leider wird dieser Grundsatz immer mehr aufgeweicht.
ÜberwachungspolitikerInnen wollen ihn durch das „Prinzip der Verfügbarkeit“ ersetzen.
In neuen Gesetzen wird häufig die Verwendung von Daten zugelassen, soweit sie „erforderlich
Das kann man allzu schnell behaupten.
Die Grünen halten daher unverrückbar an der Zweckbindung fest.
Das zweite wesentliche Prinzip ist die Zustimmung der Betroffenen.
Diese wird heute oft ausgehöhlt: sie wird stillschweigend vorausgesetzt oder aus „berechtigten
Die Rechte der Einzelnen müssen daher ergänzt werden durch umfassende Widerspruchs-,
Löschungs- und
Richtigstellungsansprüche.
Wer heute im Internet unerwünschte Informationen über sich findet hat es sehr schwer, sie en
Das wollen wir ändern.
Denn die Selbstbestimmung über unser eigenes Leben gilt heute und in Zukunft.
Österreich erneuern:
Wir haben die Kontrolle
Das österreichische Datenschutzgesetz stammt ursprünglich aus dem Jahr 1978 und wurde 59
Damals revolutionär, sind die Regeln heute in vielen Bereichen veraltet.
Das derzeitige Registrierungsverfahren für Datenanwendungen produziert außer viel Aufwand
nur wenig Nutzen für die BürgerInnen.
Die Datenschutzbehörde hat kaum Kompetenzen, um gegen Verstöße vorzugehen.
Sie darf nicht einmal selbst Strafen verhängen.
Wenn Rechte verletzt werden, dann muss man sie vor Gericht auf eigene Kosten
und Risiko einklagen – das will sich kaum jemand antun.
Einmal legal veröffentlichte Daten sind überhaupt nicht mehr geschützt.
Daten ohne direkten Personenbezug verraten viel über uns und werden von DatenhändlerInne
Auch sie sind vom Gesetz ausgenommen.
Die Grünen fordern daher eine umfassende Reform des Datenschutzgesetzes.
Der Schutzbereich muss auch auf öffentliche und „indirekt personenbezogene“ Daten ausgewe
Die Datenschutzbehörde soll mit schlagkräftigen Kompetenzen, dem Recht zu amtswegigen Err
und der Verhängung von Strafen ausgestattet werden.
Dafür braucht sie auch genügend Geld und Personal.
Entlastet werden soll sie im Registrierungsverfahren, das vereinfacht und automatisiert werder
Große Unternehmen sollen zur Bestellung von Datenschutzbeauftragten verpflichtet werden,
die auf die Einhaltung der Bestimmungen achten und jährliche Zertifizierungen vornehmen.
Vereine sollen wie im Konsumentenschutz gegen Datenschutzverletzungen klagen können.
Auch auf EU-Ebene ist eine Reform der veralteten Datenschutzregeln dringend erforderlich.10
In den Verhandlungen über die neue Datenschutzgrundverordnung muss Österreich hart bleib
Ein Umdenken ist auch im Bereich der Strafverfolgung und Sicherheitspolitik notwendig.
Mehr Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit.
Die Verknüpfbarkeit von Daten aus den unterschiedlichsten Bereichen schafft neue Gefahren f
Es ist daher bei allen Datenanwendungen der Grundsatz der Zweckbindung streng zu beachten
Daten dürfen nur für den Zweck verwendet werden, für den sie erhoben wurden.
Die Vorratsdatenspeicherung muss abgeschafft
und vergleichbare neue EU-Pläne wie, z.B. die Speicherung von Reisedaten, verhindert werden
Europa darf auch nicht länger zusehen, wie die USA und andere Staaten die Daten europäische
Selbstbewusstsein und eigenständige europäische Lösungen sind hier das Gebot der Stunde.10
Der Aufbau europäischer Strukturen ist zu unterstützen, sodass EU-Dienste auf Cloud-Comput

Die Bedeutung von Datenschutz als Menschenschutz bleibt in den Köpfen verankert.
Wir lassen uns die Selbstbestimmung über unser Leben nicht wegnehmen.
60 Was wir konkret wollen:
> Ein neues österreichisches Datenschutzgesetz
Eine starke Datenschutzbehörde kontrolliert von sich aus die Einhaltung der Gesetzeund verhä
Vereine können wegen Rechtsverletzungen klagen.
Der Schutzbereich wird um veröffentlichte und indirekt personenbezogene Daten ausgeweitet
Datenschutzbeauftragte und jährliche Zertifizierung unterstützen Betriebe bei der Wahrung de
Genehmigungspflicht und strengere Kriterien für Überwachungskameras.
Die Geltendmachung immaterieller Schäden bei Rechtsverletzungen wird erleichtert.
> Eine starke Datenschutzbehörde
Die neue Behörde wird personell gut ausgestattet,
damit sie ihre ausgeweiteten Kontrollfunktionen aktiv und effektiv wahrnehmen kann.
> Kein Datenschutz für juristische Personen
In Österreich besteht die Besonderheit, dass auch juristischen Personen (also Gesellschaften, S
Dieses Unikat verhindert Transparenz und öffentliche Kontrolle durch Medien und wird daher a
> Eine starke neue EU-Datenschutzverordnung108
Ein einheitlicher Rechtsrahmen in Europa schafft mehr Rechtssicherheit und hilft bei der Durch
Lobbying von Datenkonzernen wird bei der Erlassung abgewehrt.
Europa macht einen Schritt nach vorne statt zurück. 108
Die Rechte auf Privatsphäre
und insbesondere auf den Schutz personenbezogener Daten zählen für uns zu den Grundrechte
Da Datenströme zunehmend grenzübergreifend fließen, sind verbindliche Datenschutzregelung
> Neue Regeln für Daten im Internet
Sowohl in Österreich
als auch auf Ebene der EU u108
nd sogar darüber hinaus
müssen neue Regeln für den Umgang mit Daten im Internet gefunden werden.
Das Recht auf Vergessen, privacy by default,privacy by design – Konzepte gibt es viele.
Wir setzen sie um. >
Evaluierung sämtlicher Überwachungsgesetze
Seit Jahren werden Stück für Stück BürgerInnenrechte beschnitten
und neue Überwachungsformen gesetzlich verankert.
Längst ist der Überblick verloren gegangen, was hilft und was nicht.
Es erfolgt daher eine umfassende Evaluierung der Überwachungsgesetze im Hinblick auf die Nc
und das Funktionieren des Rechtsschutzes.
> Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung
und Umdenken in der Sicherheitspolitik
Wir üben dort Druck aus, wo der Schutz vor Angriffen auf die private Lebensgestaltung durch d
Massenüberwachung ist der falsche Ansatz.
Die Suche nach der Nadel wird nicht leichter, wenn man den Heuhaufen vergrößert.
Gute Kooperation von Er- 61 mittlerInnen in den Mitgliedsstaaten bringt mehr für die Sicherhe
> Reform der Datenüberlassung an Drittstaaten
USA , Russland und andere respektieren unseren Datenschutz nicht.
Das muss Konsequenzen haben.
Bankdatenabkommen,
Passagierdatenabkommen,

Safe Harbour-Abkommen
(über die erleichterte Datenübermittlung in die USA),
Polizeidatenabkommen usw. werden aufgekündigt
und neu verhandelt mit strengen Datenschutzregeln.
62 Vom Kindergarten bis zur Hochschule: die beste Bildung für den Nachwuchs
Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft
und die wichtigste Ressource für die Entwicklung unserer Gesellschaft.
Wir brauchen eine echte Bildungsrevolution,
um in Österreich wieder ideale Voraussetzungen für den Nachwuchs zu schaffen.
Der Zugang zu Bildung ist das wesentliche Mittel für Chancengleichheit
und damit eine zentrale Gerechtigkeitsfrage in unserer Gesellschaft.
Herkunft
oder das Einkommen der Eltern dürfen nicht die entscheidenden Faktoren für den Bildungserfo
Daher liegt die Zukunft in einem Bildungssystem, das niemanden ausschließt
und Chancen für alle bietet.
Unser Ziel ist klar:
kein Kind darf zurückgelassen werden.
Das Bildungssystem in Österreich hat auf nahezu allen Ebenen Aufholbedarf.
Ein wichtiger Grundstein für die Bildungschancen wird im Kindergarten gelegt.
Doch ein vollwertiger Kindergartenplatz ist in Österreich keine Selbstverständlichkeit, sondern
Kindergärten, die über Mittag geschlossen haben und während der Sommermonate 6 Wochen
Oftmals sind die Betreuungsverhältnisse nicht optimal für die individuelle Förderung
bzw. Betreuung eines Kindes.
Qualität,
entsprechend kleine Gruppen
und gut ausgebildete PädagogInnen
mit angemessener Bezahlung werden daher neben dem Ausbau zentrale Maßnahmen für die k
Die Schulpolitik leidet seit Jahren unter dem Parteienstreit in der Regierung.
Kein Wunder, spielt doch neben ideologischen Streitfragen auch die Parteibuchwirtschaft eine
Die Entscheidung über den weiteren Bildungsweg nach vier Jahren Volksschulbesuch erfolgt zu
und bewirkt, dass die berufliche Laufbahn oftmals im Alter von neun Jahren festgelegt wird.
Kinder aus Familien mit hohem Einkommen wechseln viel eher in ein Gymnasium als Kinder au
Bildung wird in Österreich trotz öffentlichem Schulsystem vererbt.
Wir brauchen daher eine gemeinsame Schule aller 10- bis 14-Jährigen,
die durch individualisierten Unterricht
und optimale Förderung von Begabungen jedeN SchülerIn zur persönlichen Bestleistung verhilf
Dafür braucht es Zeit.
Deshalb brauchen wir ganztägige Schulen mit verschränktem Unterricht, an der sich Lehrende
und die in Kernzeiten von 09:00 bis 15:00 Uhr individuelle Betreuung für alle Kinder gewährleis
Auch die Berufsschulen sind reformbedürftig.
Die duale Ausbildung (Lehre) in Betrieb und Schule galt lange als Erfolgsrezept,
um Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern
und den FacharbeiterInnen- Nachwuchs zu garantieren.
Die Qualität der Lehrausbildung wird den Anforderungen der Zukunft kaum gerecht.
Lehrlinge werden in einigen Branchen nach wie vor als billige Hilfskräfte missbraucht
anstatt eine echte Berufsausbildung zu erhalten.
63 Die Universitäten leiden unter finanziellen Engpässen

– dies zum Leidwesen von Lehrenden, Forschenden und Studierenden.
Studieren ist für viele nicht mehr ohne Nebenjob oder – bei Herkunft aus entsprechend gut ge
Angesichts der geringen AkademikerInnen-Quote in Österreich
und zugleich hoher Abwanderung hervorragender Köpfe
sind Investitionen in die Hochschulen der Zukunft unabdingbar.
Bildung bedeutet mehr als nur junge Menschen ans Berufsleben heranzuführen.
Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Hochschule sollen neben den unmittelbaren L
sie zum aktiven Eingreifen in gesellschaftliche Prozesse ermutigen,
ihnen Verantwortung
und Zivilcourage vermitteln
und die Perspektiven des Lebens erweitern.
Dafür brauchen wir Kindergärten, Schulen und Hochschulen, die Orte mit Lebensqualität sind,
an denen sich sowohl Lehrende
als auch Lernende wohlfühlen und entsprechende Rahmenbedingungen vorfinden.
Dazu gehören neben modernen pädagogischen Konzepten,
exzellenten Lehrkräften
auch geeignete und barrierefreie Gebäude,
in denen Lehren und Lernen Freude macht.
Lernen hört übrigens nie auf.
Daher wird auch das lebensbegleitende Lernen für alle Altersstufen in Fort-
und Ausbildungsmöglichkeiten hohen Stellenwert erhalten.
Österreich erneuern:
Von klein auf:
Der erfolgreiche Start ins Bildungsleben beginnt im Kindergarten
Bildung beginnt nicht erst mit dem Schuleintritt.
Krippe bzw. Kindergarten sind die ersten wichtigen Stationen auf dem lebensbegleitenden Bild
Zahlreiche Studien belegen, dass der Grundstein für eine erfolgreiche Zukunft bereits im Kinde
Bereits im frühen Alter profitieren Kinder von individueller Förderung, etwa bei dem Erwerb vo
Der Kindergarten ist jedoch keine vorgezogene Volksschule.
Es geht vielmehr um spielerisches Lernen, Freude am Entdecken
und die Entwicklung sozialer Kompetenzen.
In inklusiven Krippen und Kindergärten wird kein Kind mehr ausgeschlossen.
Österreich braucht mehr Kinderbetreuungsplätze mit entsprechend pädagogisch ausgebildeter
und hoher Qualität.
Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen beträgt aktuell österreichweit nur 19,7 Prozent.
Damit ist Österreich bislang weit von der Erreichung der EU-Ziele entfernt gewesen.
Durch einen weitgehenden Ausbau an entsprechenden Kinderbetreuungsplätzen in ganz Öster
Wir wollen Kindern in ganz Österreich gleiche Startbedingungen schaffen.
Die regionalen Unterschiede innerhalb Österreichs sind derzeit enorm,
auch weil für die Regelung der Rahmenbedingungen der Kindergärten
bzw. institutioneller Kinderbetreuungseinrichtungen die Bundesländer zuständig sind.
Ab welchem Alter ein Kind einen Kindergarten oder eine Krippe 64 besuchen darf, wie viel der
für wie viele Kinder eine PädagogIn verantwortlich ist,
welche Qualifikationen das Personal zu erfüllen hat
und wie viel Platz ein Kind zum Spielen hat,
soll österreichweit geregelt werden.
KindergartenpädagogInnen leisten Bildungsarbeit

und werden im Vergleich zu anderen pädagogischen Berufen wesentlich schlechter bezahlt.
In Österreich arbeiten derzeit rund 46.500 Personen in der Kinderbetreuung (Krippen, Kinderg
Knapp über 98 Prozent der Beschäftigten sind Frauen.
Was wir konkret wollen:
> 80.000 neue Kindergartenplätze zur Vereinbarkeit von Beruf, Bildung & Familie
Ob in der Stadt
oder am Land.
Alle Eltern sollen Möglichkeit und Recht auf entsprechende Kinderbetreuungs-Infrastruktur hal
Längere und flexiblere Öffnungszeiten von Krippen und Kindergärten schaffen eine bessere Ver
Das Grüne Modell zum Ausbau der Kindergartenplätze finanziert sich durch eine Reform der Fa
> Aufwertung des Berufs KindergartenpädagogIn
KindergartenpädagogInnen leisten Bildungsarbeit
und sind wichtige Lehr- und Betreuungskräfte, welche die Grundlage für den Bildungserfolg vie
Eine gemeinsame Ausbildung der KindergartenpädagogInnen und LehrerInnen auf Hochschulni
und bessere Arbeitsbedingungen.
> Ja zu kostenlosen Kindergärten
Kindergärten sind Bildungseinrichtungen.
Sie sollen individuelle Förderung in den beiden letzten Jahren vor dem Schuleintritt gewährleis
Hierfür braucht es verpflichtende Kindergartenkernzeiten für vier- und fünfjährige Kinder
durch bestqualifizierte KindergartenpädagogInnen
im Ausmaß von rund zwölf Wochenstunden.
> Verkleinerung der Gruppengrößen in Kindergärten
Die Gruppengröße ist entscheidend für die Bildungs- und Betreuungsqualität.
15 Kinder brauchen zwei PädagogInnen.
Erst dadurch wird individuelle Förderung möglich.
> Bundesweit einheitliche Mindest-Rahmenbedingungen
Alle Kinder sollen österreichweit hervorragende Bedingungen im Kindergarten vorfinden,
ob in Vorarlberg oder in Wien. bundesweit werden dafür entsprechende Mindest-Rahmenbed
Öffnungszeiten, Kosten, Raumgröße, Gruppengröße dürfen dabei nicht von der Postleitzahl abh
Jedes Kind in Österreich soll gleiche Bildungschancen haben.
> Gleichbehandlung beginnt im Kindergarten
Moderne Kindergartenpädagogik bedeutet für Kinder, auch andere Erfahrungswelten als 65 Pu
PädagogInnen lernen in Aus- und Weiterbildungs-Curricula gendersensible Didaktik und Pädago
Österreich erneuern:
Die Grüne Schule für alle Kinder:
Lernen ohne Angst!
Kinder sind von Geburt an neugierig, wissbegierig und lernwillig.
In der Grünen Schule – einer gemeinsamen Schule der 6 bis 14-Jährigen – stehen Stärken und
Genau das wollen wir:
eine Schule, die Kindern und LehrerInnen Spaß macht
und zu Höchstleistungen anspornt.
Damit ist klar:
die Schule der Zukunft sieht anders aus als jene, wie sie SchülerInnen, Lehrende und Eltern der
Die Grüne Schule ist keine Anstalt des Belehrens und der Angst, sondern ein Ort des gemeinsar
Dort stehen die Kinder im Mittelpunkt.
Ihre Begabungen werden gefördert,
sie können ihren Forscherdrang ausleben,

sie können ihr Lerntempo selbst bestimmen
und bleiben so hoch motiviert.
Das fördert die Leistung – ganz ohne Angst.
Die Grüne Schule ist unser Modell, das ein klares Ziel verfolgt:
kein Kind soll zurückgelassen werden.
Sie fördert die Schülerinnen und Schüler individuell
und schafft ein Umfeld, in dem Lernen Freude macht.
Die Tore der Grünen Schule stehen den ganzen Tag (Kernzeiten zwischen 09:00 und 15:00 Uhr)
Die Grüne Schule ist auch ein maßgeblicher Beitrag zur Chancengerechtigkeit.
Denn in Österreich entscheidet zu 70 Prozent die Herkunft über den Bildungsweg, nur 30 Proze
Eine gemeinsame Schule bedeutet daher, dass Kinder nicht mehr allzu frühzeitig über ihren Bil
Kinder mit speziellem Förderbedarf bzw. Behinderungen werden selbstverständlich in den Reg
Statt Kinder auf Grund von Behinderungen in Sonderanstalten zu separieren, müssen an allen S
also die volle Teilhabe am Schulleben für Kinder mit Behinderungen, geschaffen werden.
In anderen Regionen wie z. B. in Südtirol ist das längst selbstverständlich.
Gut ausgebildete und kompetente LehrerInnen sind der Schlüssel zum Erfolg.
Österreich hat viele Lehrkräfte, die großes Engagement im Klassenzimmer zeigen.
Die Rolle der Lehrerinnen und Lehrer wird jedoch häufig– auch „dank“ ihrer öffentlich stark auf
auf die Frage reduziert, wie viele Stunden sie im Klassenzimmer verbringen.
Ein neues Dienstrecht
und eine Reform der Ausbildung der Lehrenden wird dabei eine wichtige Rolle spielen.
66 Wir wollen die besten Lehrerinnen und Lehrer in die Klassenzimmer bringen
und innovative, engagierte Lehrkräfte unterstützen.
Ganztägige Schulangebote sind eine pädagogische Notwendigkeit
und ein Anerkennen gesellschaftlicher Realität.
Der Ausbau ganztägiger Schulformen geht jedoch nur schleppend voran.
Es geht um altersgemäßes Lernen,
den Wechsel von Lern- und Ruhephasen,
Sport und Spiel
und die individuelle Förderung.
Kinder haben eine Vielzahl von Sozialkontakten
und knüpfen Freundschaften weit über den Klassenverbund hinaus.
In einer modernen Ganztagsschule können die Hausaufgaben entfallen
und es bleibt mehr Zeit für echtes Familienleben.
Politische Bildung wird bedeutsamer:
Wählen ab 16 ist ein großer demokratiepolitischer Schritt gewesen.
Es braucht jedoch weiterführende Maßnahmen, um das Interesse an Demokratie zu stärken.
Demokratiepolitische Bildung soll für alle Kinder und Jugendliche ab der 5. Schulstufe
und nicht nur für jene, die eine Oberstufe besuchen können, angeboten werden.
Es geht um die Vermittlung von demokratischen Prozessen,
von der Wichtigkeit teilzuhaben,
aber auch zu lernen zu argumentieren
und zu diskutieren,
von Wahlen
und von demokratiepolitischen Werten.
Was wir konkret wollen:
> Eine gemeinsame Schule, die alle Kinder individuell fördert

Die gemeinsame Schule der 6- bis 14-Jährigen modernisiert Österreichs Schulwesen.
Sie setzt auf individuelle Förderung aller SchülerInnen
und ermöglicht damit Chancen für alle.
Jedes Kind wird so gefördert, dass es sein Potenzial erkennen, ausschöpfen
und seine persönliche Bestleistung erbringen kann.
Das gilt für die speziellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung
ebenso wie für jene von Hochbegabten.
Für SchülerInnen bedeutet individualisierter Unterricht auch, dass sie aufgrund einer Schwäch
Die unterschiedlichen Lernzugänge der Kinder finden mehr Berücksichtigung.
> Schule 9/15
Ganztägige Schulangebote sind eine pädagogische Notwendigkeit.
Es geht um altersgemäßes Lernen,
den Wechsel von Lern- und Ruhephasen,
Sport und Spiel
und die individuelle Förderung.
In einer modernen Ganztagsschule, mit einer Kernzeit von 9:00 bis 15:00 Uhr,
können die Hausaufgaben entfallen
und es bleibt mehr Zeit für echtes Familienleben.
Davor und danach gibt es Betreuungs-, Förder-, Sport- und Kulturangebote.
> Ein gerechtes Dienstrecht für Lehrkräfte Das Dienstrecht der Lehrerinnen und Lehrer wird de
Neben dem Unterricht werden auch Vorbereitungszeiten, Konferenzen, Nachbereitung, Betreu
Ein modernes Dienstrecht schafft deutlich höhere Anfangsgehälter für LehrerInnen
und eine flachere Gehaltskurve
mit einer zumindest gleichbleibenden Lebensverdienstsumme im 67 Vergleich zum Status Quo
Längere Anwesenheit der Lehrkräfte an den Schulen
sowie die Möglichkeit auf flexible
und schulautonom zu gestaltende Arbeitszeit
werden Teil eines modernen Arbeitszeitmodells.
Zulagen für Lehrkräfte werden stärker als bisher an den Schulen selbst geregelt.
Schulen benötigen außerdem zusätzliche Ressourcen für nicht-pädagogisches Unterstützungsp
> Inklusive Schule – die Schule für alle Eltern von Kindern mit Behinderungen
und Lernschwächen erhalten ein Recht auf freie Schulwahl.
Statt Kinder aufgrund von Behinderungen in eigenen Institutionen zu separieren,
schaffen Schulen die Voraussetzungen für den Inklusiven Unterricht,
also die volle Teilhabe am Schulleben für Kinder mit Behinderungen.
Schulen werden barrierefrei.
Sie verfügen über zusätzliches Personal,
bilden kleine Klassen
und bekommen entsprechendes Unterrichtsmaterial zur Verfügung gestellt.
LehrerInnen werden entsprechend aus- und weitergebildet.
Gelebte Inklusion ist der Grundstein für Gleichberechtigung.
> Flexible Schuleingangsphase
Kinder haben beim Schuleintritt Entwicklungsunterschiede von mehr als 2 Jahren.
Einige können bereits schreiben und lesen,
andere können kaum mit Stift und Schere umgehen.
Daher werden in der flexiblen Schuleingangsphase Kinder aus Vorschule
und der ersten zwei Volksschulklassen gemeinsam unterrichtet.

Für die individuelle Förderung sind zusätzliche LehrerInnen-Ressourcen vorzusehen.
Je nach Stärken und Schwächen sind die Kinder ein bis drei Jahre in dieser Mehrstufenklasse,
so können sie sich ihrem Lerntempo entsprechend entwickeln.
> Sprachkompetenz zählt
Ähnlich wie in Schweden, England oder Kanada
werden Kinder, die vor Schuleintritt noch nicht ausreichend die Unterrichtssprache beherrsche
mit persönlich zugeschnittenen Programmen für Kinder,
integrativem Unterricht
oder dem Recht auf erstsprachlichen Unterricht.
Sprachliche Frühförderung ab dem Kindergarten
wirkt frühzeitig Schwächen in der deutschen Sprache entgegen.
Kinder und Jugendlichen, die im schulpflichtigen Alter nach Österreich kommen, erhalten in de
um sie in ihrer Entwicklung bestmöglich zu stützen.
Ziel ist es, Sprachkompetenz aller Kinder auf möglichst hohem Bildungsniveau zu erreichen
und vorhandene Mehrsprachigkeit zu nutzen.
> Die Leistung zählt
– nicht die Note
In einem modernen Schulwesen werden Lernfortschritte,
nicht nur Ist-Zustände, dokumentiert.
Persönliche Leistungsbeurteilungen machen Erfolge sichtbar
und sind für Kinder motivierend.
Ein regelmäßiges Gespräch zwischen Lehrkräften, Eltern und SchülerInnen sichert die partnersc
Zur Leistungsbeurteilung gehören Berichte über die Arbeitshaltung und das Arbeitsvorgehen
– etwa im Projektunterricht –,
sowie Lerntagebücher oder Portfolios.
So wird Leistung gefördert –
und gefordert.
Die Lust am Lernen
und die Neugier der SchülerInnen sollen als Motor für Lernprozesse genutzt werden.
68 > SchülerInnen gestalten mit –
Politische Bildung ernst genommen
Demokratie braucht Zeit und Übung.
Die Schule ist ein Ort, an dem das Gemeinschaftliche im Vordergrund steht
und Teilhabe an demokratiepolitischen Prozessen geübt wird.
SchülerInnen werden ab dem Pflichtschulalter demokratiepolitische Entscheidungsprozess akti
wie etwa die Wahl des/r KlassensprecherIn
oder die Mitgestaltung in der Schwerpunktsetzung des Lehrplanes.
Politische Bildung wird ab der 5. Schulstufe für alle Jugendlichen etabliert.
> Bewegung braucht Raum
Die von der Regierung angekündigte tägliche Turnstunde braucht Raum, also Turnsäle und Frei
Dafür werden die entsprechenden räumlichen Voraussetzungen geschaffen
und mit Sportvereinen bei der Nutzung bestehender Infrastruktur kooperiert.
Bewegung fördert die Konzentration,
hilft beim Lernen
und macht körperlich fit.
Bereits Bewegungen mit geringer Intensität – also gehen, aufstehen und setzen –
reichen aus, um die Sauerstoff- und Zuckerversorgung des Gehirns zu verbessern

und dadurch die Informationsverarbeitung zu optimieren.
Die Freude an Bewegung soll bei allen Kindern geweckt werden.
> Reform der Schulverwaltung:
Verantwortung dort, wo sie hingehört
Parallelstrukturen,
proporzmäßig besetzte Gremien
und starre Überregulierungen werden abgeschafft.
Schulen haben Verantwortung für ihre SchülerInnen
und bekommen die Freiräume
und Ressourcen
um dieser Verantwortung gerecht zu werden.
Schulen sollen selbst entscheiden, welche Lehrkräfte am besten zu ihnen passen,
welche Schwerpunkte sie setzen
und welche Fördermaßnahmen am Schulstandort sinnvoll und notwendig sind.
Echte Schulautonomie geht über die Vermietung von Turnsälen und Werbeflächen hinaus
und bedeutet pädagogische Entwicklung
und an den speziellen Bedürfnissen der Standorte orientierte Ressourcennutzung.
> Neuorganisation der LehrerInnenausbildung
Um dem schwierigen LehrerInnenjob gerecht zu werden, wird die Ausbildung auf neue Beine g
Die Ausbildungsstätten werden zusammengeführt
statt dem organisatorischen Wildwuchs zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäte
der jetzt von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich gehandhabt wird, zu überlassen.
KinderpädagogInnen werden im System gleichberechtigt eingebunden
und ebenfalls auf tertiärem Niveau ausgebildet.
> Reform der Berufsschulen:
Aufbau eines trialen Ausbildungssystems
Damit die Lehre wieder ein echtes Sprungbrett werden kann,
ist eine umfassende Reform des Bildungs- und Ausbildungssystems notwendig.
Zur Entlastung der Betriebe,
einer breiteren praktischen Qualifikation der Lehrlinge
und besseren Allgemeinbildung wird die Ausbildung je zu einem Drittel in der Schule,
einem Ausbildungsbetrieb
und einer überbetrieblichen Einrichtung
(überbetriebliche Lehrwerkstätte,
Ausbildungsverbund) stattfinden.
Der Ausbildungsanteil in der überbetrieblichen Einrichtung dient der Ergänzung, wenn Betriebe
Durch einen Berufsbildungscampus wird die Zeit in der Schule/am Campus erweitert
und Vermitt- 69 lung von Allgemeinwissen
(z. B. EDV,
Fremdsprachen,
Sport) verstärkt.
Er ist zuständig für die Ausbildungsallianzen mit Unternehmen aus der Region
und Qualitätssicherung.
Die darin vereinbarte Leistungserbringung seitens des Ausbildungsbetriebes wird abgegolten.
Zur Abgeltung der erbrachten Arbeitsleistung im Betrieb erhält der Lehrling – unabhängig von d
ein einheitliches Lehrgeld.
Das fördert die Annäherung des Lohnniveaus zwischen frauenspezifischen und männerspezifisc

Eine durchgehende Modularisierung der Berufsausbildung in Grund-,
Kern- und
Spezialisierungsmodule soll die Ausbildung breiter gestalten.
Auf ein generelles Grundmodul folgt die Spartenspezialisierung.
Weitere Spezialisierungen sind in der dritten Stufe notwendig.
Hochschulen der Zukunft:
Studieren auch ohne Privatsponsor
Junge Menschen werden um ihre Bildungs-
und Zukunftschancen gebracht.
Noch nie mussten so viele Studierende nebenbei arbeiten, um sich das Studium leisten zu könr
Die hohen Lebenserhaltungskosten für Studierende stellen eine beträchtliche Belastung für alle
insbesondere für jene mit familiären Verpflichtungen.
Das österreichische Stipendiensystem kann
angesichts seiner zu schwachen Ausgestaltung
und fehlender Mittel diesen Bedarf nicht kompensieren.
Die bestehenden Förderungen liegen unter dem EU-Durchschnitt.
Hinzu kommt, dass studentisches Wohnen
durch die von SPÖ und ÖVP beschlossene Kürzung der Förderung von Studierendenheimen noc
Soziale Herkunft
und Einkommenssituation der Eltern sind immer noch mitentscheidend für den Erfolg des akad
Während es sich 83 Prozent der Kinder von AkademikerInnen leisten können eine Hochschule z
tut dies unter jenen von Nicht-AkademikerInnen nur weniger als ein Viertel.
Diese Auslese wird durch die frühe Selektion in angeblich mehr und weniger Leistungsfähige im
Studieninteressierte aus einkommensschwachen
und hochschulfernen Familien sind besonders betroffen
und fehlen schlussendlich in der universitären Landschaft.
Wenn Österreich global wettbewerbsfähig werden will, muss die vergleichsweise äußerst niedr
(OECD Schnitt: 30 Prozent) endlich aufgeholt werden.
Dafür brauchen wir mehr Studierende, nicht weniger.
Wenn sich nicht etwas ändert, fällt Österreich im Vergleich mit anderen OECD Staaten noch w
Die Studieneingangs- und Orientierungsphase wird als Knock- Out Vehikel missbraucht,
weil sich die Hochschulen ein qualitatives Betreuungsverhältnis nicht mehr leisten können.
Aufnahmeprüfungen sind nur eine Momentaufnahme
und können der Entwicklungsfähigkeit von StudienanfängerInnen keineswegs Rechnung tragen
Zugangsbeschränkungen sind per se kein Mittel, die Qualität von Lehre und Forschung an Hoch
Um international erfolgreich sein zu können, sind Hochschulen auf einen stabilen Finanzierung
Die Uni-Milliarde der Regierung ist hier lediglich ein Flickwerk.
Das Hochschulbudget ist seit vielen Jahren real gesunken,
weil es nicht inflationsangepasst wurde.
Von einer vernünftigen Dimension der Betreuungsverhältnisse,
qualitativ gesicherter hochwer- 70 tiger Ausbildung
und realistischen Studienzeiten ohne unverschuldete Wartezeiten ist die Universität mittlerwe
Doch auch die Lage der außeruniversitären Forschungsinstitutionen
und der Grundlagenforschung in Österreich ist trist.
Der Ausbau der Fachhochschulen hinkt massiv hinter der Zahl der BewerberInnen um Studienp
Um jene zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die von der Bundesregierung seit Jahren für
Zum Vergleich:

Während den tertiären Sektoren der OECD-Staaten im Durchschnitt 2 Prozent des BIP zur Verfi
Studienbeiträge können diese Unterdotierung von Lehre und Forschung nicht wettmachen.
Um auf ein quantitativ
und qualitativ europäisches Niveau von exzellenter Hochschulbildung zu kommen, müsste vom
Die Arbeitsbedingungen im tertiären Sektor sind vor allem für junge Wissenschafterinnen und
Die Anwendung von Kettenverträgen,
mäßige Bezahlung
und schlechte Rahmenbedingungen machen viele Forschungsbereiche international wenig kon
Österreich kann es sich nicht leisten wissenschaftlichen Nachwuchs zu verlieren.
Denn die wachsenden Ansprüche, die an Hochschulen gestellt werden, können nur erfüllt werc
Österreich erneuern:
Hochschulen mit Zukunft Österreich braucht mehr Studierende.
Der freie Hochschulzugang darf kein Privileg sein,
sondern es braucht Rahmenbedingungen an unseren Hochschulen, die Lehrenden,
Forschenden
und Studierenden eine gute Zukunft ermöglicht.
Wir brauchen mehr gut ausgebildete Menschen aus unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen,
um als Gesellschaft allen Chancen zu bieten.
Die Weichenstellungen im Hochschulbereich beziehen sich nicht in erster Linie auf die Frage vo
und Zugangsbeschränkungen,
sondern es geht um ihren Stellenwert in der Politik.
Die österreichischen Hochschulen sind den anstehenden Herausforderungen in den vergangen
Dazu müssen die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt
und die Qualität der Studien gesichert werden,
denn die derzeitigen Arbeitsbedingungen an den österreichischen Universitäten ermöglichen c
. Stagnierende bzw. sinkende Uni-Budgets führten bereits zu Aufnahmestopps
und der Drohung des „Aussetzens“ von Studienangeboten.
Es braucht eine vernünftige Dimension der Betreuungsverhältnisse,
qualitativ gesicherte hochwertige Ausbildung
und realistischen Studienzeiten
die ohne unverschuldete Wartezeiten sind.
Die Hoch- 71 schulen müssen adäquat finanziert werden,
damit der Mangel an AkademikerInnen behoben werden kann.
Ausbaupläne müssen kalkulierbar,
verlässlich
und nachhaltig sein.
Es braucht entsprechende Rahmenbedingungen, die Universitäten und Fachhochschulen benöt
Der Zugang zu Hochschulen ist eine Frage der Gerechtigkeit.
Diskriminierung aufgrund des Geschlechts,
sprachlicher Defizite
oder besonderer Bedürfnisse sowie finanzielle Hürden
oder die soziale Herkunft
dürfen keine Gründe sein, um auf Hochschulbildung verzichten zu müssen.
Eine zukunftsfähige Gesellschaft setzt auf die Vielfalt aller Talente
und inklusive Bildungsstrukturen.
Durch den freien Zugang zu Hochschulbildung bleiben Entwicklungschancen nicht ungenützt.
Frühzeitige Unterstützung in der Studienwahl

und vernünftige Orientierungs- und Einstiegsphasen ermutigen junge Menschen zur Entfaltung
Wir richten unsere Forschungspolitik auf die Herausforderungen der Zukunft.
Vor allem in Krisenzeiten muss in Bildung
und Forschung investiert werden.
Investitionen in Bildungschancen machen Österreich als Gesellschaft stärker
und im internationalen Umfeld wettbewerbsfähiger.
Dafür setzen wir vor allem auf den wissenschaftlichen Nachwuchs.
Es braucht durchgehende Laufbahnbilder,
faire Kollektivverträge
und geförderte berufliche Mobilität.
In Zukunftsfeldern der Forschung, die sich mit Themen der Nachhaltigkeit,
Integration,
Energieversorgungssicherheit
oder Auswirkungen der Globalisierung beschäftigen,
setzen wir auf gesellschaftliche Innovation
und förderliche Rahmenbedingungen.
Ja, das kostet Geld.
Aber Bildung hat einen Wert.
Für mehr Studienplätze mit qualitativer (Aus)Bildung,
faire Arbeitsbedingungen für Lehrende
und Forschende,
ausfinanzierte Hochschulen
und gleiche Bildungschancen für alle, kurzum:
wir unterstützen die Hochschulen, damit sie in Forschung und Lehre Spitzenleistungen erbring
Was wir konkret wollen:
> Mehr Geld für die Hochschulen:
2 Prozent-Ziel erreichen
Der Budgetpfad zur Erreichung des 2 Prozent-Ziels muss endlich umgesetzt werden;
die Unterfinanzierung des tertiären Sektors ein Ende haben!
Höhere Bildung ist uns viel wert.
Eine Studienplatzbewirtschaftung zeigt auf, wie viel Geld die Universitäten für eine hochwertig
Unter diesen Voraussetzungen kann von den Hochschulen jene Budgetierung eingefordert wer
> Vereinfachte Studieneingangsphase
In mehrsemestrigen Studieneingangsphasen wählen Studierende ein Bündel fachverwandter F
Welches von diesen dann weiter studiert wird, entscheiden Studierende durch ihre Leistungen,
und ihre Einschätzung zukünftiger Perspektiven im jeweiligen Fach.
Dabei erworbene Qualifikationen werden angerechnet.
72 > Der offene Hochschulzugang ist kein Privileg
Umfassende
und frühe Studien- und Bildungsberatung an den Schulen tragen zur Treffsicherheit bei der Stu
Das Studieren wird durch verbesserte Mietangebote,
Mietberatung,
Entfall der Studiengebühren,
ein treffsicheres
und ausreichend dotiertes Stipendiensystem
und faire Rahmenbedingungen erleichtert.
Die barrierefreien Angebote für Menschen mit Behinderung werden an allen Universitäten,

Fachhochschulen gefördert
und die volle Teilhabe betroffener Studierenden ermöglicht.
> Den wissenschaftlichen Nachwuchs fördern
Die Verankerung
und budgetäre Absicherung eines modernen Dienstrechts einschließlich der Eröffnung durchge
macht Österreich zu einem attraktiven Forschungsstandort für WissenschafterInnen.
Wissenschaftlicher Nachwuchskräfte werden gezielt durch PhD Programme,
die Ausweitung von post doc Stipendien
und Mobilitätsprogramme gefördert.
Ziel ist die möglichst frühe Unabhängigkeit junger ForscherInnen
durch die Leitung von Labors und Arbeitsgruppen,
zeitlich befristete Professuren,
erweiterten Kündigungsschutz
und möglichst frühzeitige Entscheidung über den Weiterverbleib an der Universität.
Rotationsstellen
und Laufbahnstellen bringen eine produktive Balance.
> Attraktiv für internationale Forscherinnen und Forscher Wir öffnen den Wissenschafts-
und Forschungsstandorts Österreich
durch den Abbau von Barrieren,
etwa durch den Ausbau bi- und multilateraler internationaler Abkommen
und von Mobilitätsprogrammen,
der Unterstützung von Beteiligung an Programmen der EU, 108
einen massiven Ausbau von Förderungen und Stipendien für Mobilität,
sowie die Ausweitung bestehender
bzw. die Implementierung neuer Konzepte an Universitäten
(Gastprofessuren,
Forschungsprofessuren).
> EU-weite Lösung des Hochschulzuganges 108
Die Mobilität von Studierenden ist eine Chance,
keine Bedrohung.
Klares Ziel ist eine bilaterale
und in einem weiteren Schritt europaweite, 108
sozial verträgliche,
für alle Staaten faire
und chancengerechte Lösung der Frage des Universitätszugangs.
Ausgleichszahlungen unter den EU-Staaten 108
– wie es etwa skandinavische Länder handhaben – sind gangbare Lösungen.
> Mehr Forscherinnen
Die im Universitätsgesetz 2002 festgelegte Frauenquote von 40 Prozent für die Leitungsund Ko
Die hohe Anzahl der Absolventinnen soll sich auch anhand der Spitzenpositionen im wissensch
Frauenförderungspläne an den Hochschulen sind in den Leistungsvereinbarungen verbindlich,
messbar
und zeitlich fixiert.
> Faire Berufspraktika während des Studiums
Ein modernes Praktikumsgesetz mit Qualitäts- und Mindeststandards für das Entgelt und die So
und eine öffentliche Datenbank für Pflichtprak- 73 tika
gewährleisten die ausbildungsbezogene

und arbeitsrechtliche Qualität von Praktika.
Mit einer verpflichtenden Registrierung von Praktikumsstellen in der Datenbank wird den Hoch
anhand von Bewertungen
und anonymen Evaluierungen erleichtert.
74 Kinder und Jugendliche haben Rechte!
Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft aller Kinder und Jugendlichen.
Aber auch darüber hinaus hat Politik die Verantwortung,
Kindern und Jugendlichen jene Rechte
und Möglichkeiten zu geben, die ihnen zustehen.
Dies betrifft sowohl ihren Schutz wie auch ihre Freiheiten.
Wir wollen ihnen Zugänge zur Vielfalt der Möglichkeiten schaffen.
Türen öffnen statt zu versperren;
am Leben teilhaben statt frühzeitig in lebensbegleitende Sachzwänge gedrängt zu werden.
Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf.
20 Jahre nach Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention stehen seit 2011 zwar Kinderre
der Schutz aller Kinder ist jedoch unvollständig
und bedarf dringend einiger Verbesserungen.
45 inhaltliche Artikel der UN-Kinderrechtskonvention wurden auf ganze 6 Artikel für Österreich
Das Verfassungsgesetz umfasst derzeit nur das Recht auf Schutz und Fürsorge,
Gleichbehandlung von Kindern mit Behinderungen,
altersgerechte Mitspracherechte,
das Recht auf Schutz vor Gewalt
oder das Verbot von Kinderarbeit.
Wer Kinderrechte ernst nimmt, muss alle Artikel in die Verfassung schreiben.
Es geht darum, Kinder zu schützen
und Jugendliche ernst zu nehmen,
aber auch darum eine unwürdige Abschiebepraxis von gut integrierten Kindern und Jugendlich
die hier die Schule besuchen
und in Österreich leben.
Das Recht auf soziale Sicherheit,
auf Bildung,
auf Freizeit und Erholung,
auf Antidiskriminierung ist verfassungsrechtlich zu verankern.
Aufholbedarf zum Schutz der Kinder gibt es auch beim Kinder-und Jugendhilfegesetz, das im Ja
und eine Neuordnung des Jugendwohlfahrtrechts bedeutet.
Es regelt bundesweit die Grundsätze der Kinder- und Jugendhilfe, hat jedoch einige Schwächen
Sowohl umfassende Maßnahmen zur Prävention wie auch der Schutz von allen Kindern und Ju
So sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nicht einmal genannt,
obwohl die Jugendwohlfahrt Zuständigkeit erlangt
und ein fürsorglicher Umgang jener traumatisierten Kinder und Jugendlichen auf der politische
Zivilcourage ist ein wichtiges Handlungsprinzip.
Es ist wichtig, dass junge Menschen lernen, Zivilcourage
und Verantwortung zu leben.
Ein modernes Bildungssystem hat entsprechende Haltungen
und Kompetenzen zu vermitteln.
Umso mehr lehnen wir jeglichen Zwangsdienst wie die Wehrpflicht
bzw. den Zivildienst ab.

Es raubt jungen Menschen in den meisten Fällen wertvolle Lebenszeit
und bietet wenig für ihre eigene Zukunft.
Ein freiwilliger Zivildienst der Zukunft muss existenzsichernd entlohnt,
kollektivvertraglich geregelt
und für Männer und Frauen zugänglich sein.
Beteiligung ist ein wichtiges Mittel zur Teilhabe an unserer Gesellschaft.
Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Teilhabe am politischen
und parlamentarischen Leben.
Ihre Interessen sind jedoch meist im parlamentarischen Prozess nicht berücksichtigt.
Wenn Kinder- und Jugendliche aktiv an der Gestaltung ihrer Umgebung und bei Entscheidunge
Ebenso ist ein bundesweit einheitliches Jugendschutzgesetz endlich umzusetzen, damit alle Re
unabhängig des Bundeslandes, gleich geregelt sind und damit Teilhabe tatsächlich passieren ka
Für keine andere Altersgruppe sind öffentliche Verkehrsmittel so wichtig wie für Jugendliche.
JedeR zweite Jugendliche im Alter zwischen 15 und 19 Jahren ist täglich mit Bus oder Bahn unte
Mit dem Öffi-Einsteigerticket um maximal 60 Euro wollen wir österreichweit ein Angebot für al
Was wir konkret wollen:
> Kinderrechte vollständig in Verfassung
Die Kinderrechte sind im vollen Umfang gemäß UN-Kinderrechtskonvention in den Verfassungs
Ebenso muss der Gesetzesvorbehalt abgeschafft werden,
durch den etwa straf-
oder fremdenrechtliche Maßnahmen einzelne Rechte eines Kindes beschränken können.
Die Umsetzung aller Kinderrechte in Österreich soll vom Netzwerk Kinderrechte begleitet
und evaluiert werden.
> Novelle des Kinder- und Jugendhilfegesetz
Verankerung eines unabhängigen Kinder- und Jugendhilfebeauftragten mit jährlicher Berichtsle
Verbindliche Verankerung des Vier-Augen-Prinzips zur Gefährdungsabklärung
(derzeit nur eine „Kann-Bestimmung“)
und Prävention als Handlungsprinzip.
> Beteiligungsprozesse ausbauen Kinder- und Jugendorganisationen sind als Interessensvertret
Die Bundesjugendvertretung bekommt einen besonderen Stellenwert in der Regierung als aktiv
> Kein Zwangsdienst für junge Menschen
Unser Ziel ist es, den Zwangsdienst,
ob bei Heer oder Zivildienst,
durch einen Freiwilligen Zivildienst zu ersetzen.
Dieser wird fair entlohnt,
ist für Frauen und Männer ab 18 Jahren zugänglich
und sozialversicherungsrechtlich abgesichert.
> Einheitlicher Jugendschutz
Egal in welchem Bundesland sich Jugendliche gerade aufhalten,
es gelten die selben Jugendschutzbestimmungen über Ländergrenzen hinweg.
Das bedeutet Rechtssicherheit und Transparenz!
> Jugendticket für den Öffentlichen Verkehr:
um jährlich 60 Euro in ganz Österreich
Für Jugendliche in Ausbildung bis 26 Jahre gilt das Einsteiger-Angebot:
Sie können die Öffentlichen Verkehrsmittel österreichweit um maximal 60 Euro pro Jahr nutzer
76 > Auch PraktiktantInnen haben Rechte
Klare rechtliche Rahmenbedingungen, die Schein-Praktika und den Missbrauch als billige Arbei

Stipendiensystem für Ausbildungspraktika im NPO-Bereich.
> Medienkompetenzbildung in Schulen
Im Alltag von Jugendlichen sind Computerspiele
und Online-Kommunikation verankert.
Dafür brauchen sie auch das geeignete Rüstzeug:
Medienkompetenzbildung in Schulen,
damit Jugendliche sicher
und selbstbestimmt am digitalen Leben teilhaben.
Um dem Trend des systematischen Belästigens
und Bloßstellen in Social Media Räumen entgegenwirken,
wird es auch Ziel des Jugendschutzes, junge Menschen für eine wertschätzende Kommunikatio
und sie dabei zu unterstützen.
> Suchtprävention
Am nachhaltigsten wirken Suchtpräventionsprojekte in Zusammenarbeit mit Beratungsstellen
Präventionsarbeit erzielt eine wirksame Sensibilisierung aller Beteiligten.
> Aufklärung
& Schwangerschaftsverhütung:
Gratis-Kondome in der Apotheke
Jugendliche sollen einen freien
und kostenlosen Zugang zum Kondom bekommen.
Schutz und Aufklärung,
aber auch Schwangerschaftsverhütung stehen hier im Mittelpunkt.
Entsprechende Kontingente sind in Apotheken gemeinsam mit Aufklärungsbroschüren vorzuse
Eine Familienpolitik für das 21. Jahrhundert
Die Familien werden im Wahlkampf von allen Parteien umworben.
Die entscheidende Frage ist jedoch, über welche Familien reden wir?
Das herkömmliche Familienmodell (Vater, Mutter, Kind im Haushalt; Eltern verheiratet bis ans
Die Familienpolitik trägt diesem Umstand in Österreich noch nicht in angemessener Weise Recl
Der Staat muss für alle gleichermaßen anerkennend
und unterstützend da sein.
Immer noch sind klassische Rollenbilder tief verankert
und werden strukturell begünstigt.
Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist für viele Elternteile,
insbesondere Frauen,
aufgrund der Rahmenbedingungen immer noch eine große Hürde.
Es braucht neue politische Antworten auf die aktuellen Lebensrealitäten.
Unübersichtliche Regelungen beim Kinderbetreuungsgeld,
Benachteiligung von Alleinerziehenden
und steuerliche Bevorzugung für besser verdienende Familien
– die derzeitigen Familienleistungen sind dringend reformbedürftig.
Derzeit ist das Kinderbetreuungsgeld sehr unübersichtlich
und komplex geregelt.
Ohne eine/n SteuerberaterIn zu engagieren, haben Eltern kaum eine Chance die beste Variant
Derzeit gibt es über 100 verschiedene Familienleistungen,
wer soll da noch den Überblick bewahren?
Nach wie vor leisten Frauen den Großteil der Kindererziehung und -betreuung.
Bei Österreichs Frauen beträgt die wöchentliche gesamte Arbeitsbelastung im Schnitt 45,2 Stu

davon entfallen fast zwei Drittel auf Haushalt und Kinderbetreuung
– ungleich mehr als bei Männern.
Damit verbunden sind viele positive Erfahrungen,
aber auch zahlreiche gesellschaftliche Nachteile:
Berufsunterbrechung,
Teilzeitarbeit,
Einkommens-
und Pensionseinbußen –
manchmal bis zum Abrutschen in Armut.
Österreich gibt im Vergleich zu anderen Ländern
sehr viel für die Familienförderung aus.
Der Familienlastenausgleichfonds (FLA F) hat 2013 rund 6,5 Milliarden Euro zur Verfügung.
Bezahlt wird davon vor allem die Familienbeihilfe.
Je nach Alter der Kinder erhalten die Familien dabei 105 bis 152 Euro monatlich.
Viele ExpertInnen fordern eine Umschichtung von Geld- auf Sachleistungen.
Das ist fairer,
effizienter
und schafft mehr Spielraum für Familien.
Ohne zusätzliche Belastung des Budgets könnte
durch Reformen
bis zu 500 Millionen Euro für 80.000 Krippen
und Kindergärtenplätze lukriert werden.
Zum Vergleich:
In Österreich hat derzeit jedes fünfte Kind unter 3 Jahren einen Platz,
in Dänemark und Schweden haben 60 Prozent der Kleinen die Möglichkeit eine Krippe zu besu
Das alte Familienbild findet sich auch in einem antiquierten Eherecht wieder.
Es ist 200 Jahre alt
und strotzt vor moralischen
und kulturellen Grundlagen aus dieser Zeit.
Es geht darum, die Ehe zu modernisieren
und sie für alle Lebensgemeinschaften zugänglich zu machen.
Wenn die Ehe nicht funktioniert, müssen Rosenkriege – so weit wie möglich - verhindert werde
Deshalb fordern wir die Abschaffung der Verschuldensscheidung
und des verschuldensabhängigen Unterhalts.
Nachehelicher Unterhalt soll zukünftig an soziale Kriterien anknüpfen
und nur bei Bedarf zustehen.
Familienpolitik soll dazu beitragen,
Kinderarmut verringern
und alle Kinder 78
und Familien im Fokus haben.
Jedes Kind soll die gleichen Bildungschancen unabhängig der Einkommenssituation der Eltern h
Ein qualitativ hochwertiges Angebot an Krippen- und Kindergartenplätzen ist dafür unerlässlich
Das Grüne Kinderbetreuungs-Modell entlastet und sorgt dafür, dass kein Elternteil zu lange vor
Es setzt auf mehr Sachleistungen
und weniger Geldleistungen.
Was wir konkret wollen:
> Der automatische Papa-Monat:

Ein vierwöchiger Freistellungsanspruch für Väter (automatischer Papa-Monat) unterstützt Jung
Väter können Frauen in den ersten Wochen nach der Geburt entlasten
und von Beginn an eine intensivere Beziehung zu ihrem Kind aufbauen.
> Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz
Wir setzen auf mehr Krippen- und Kindergärtenplätze
statt auf mehr Kindergeld.
Ab dem Karenzende spätestens jedoch ab dem 1. Lebensjahr des Kindes besteht ein Rechtsans
Ein flächendeckendes Kinderbetreuungsangebot ermöglicht den raschen Wiedereinstieg ins Be
Berufliche Auszeiten von Frauen und Männern werden allmählich angeglichen
und somit die partnerschaftliche Aufteilung der Familienarbeit unterstützt.
Beide Elternteile können dem Job etwa gleich lange fern bleiben.
> Kinderbetreuungsgeld neu: einfacher
& flexibler
Ein modernes Karenzmodell ist für alle Eltern gleich
und in sich flexibel gestaltbar.
Durch die einkommensabhängige Gestaltung wird es für Männer
(die in der Regel immer noch höhere Einkommen erzielen)
attraktiver beim Kind zu bleiben,
da der finanzielle Verlust während dieser Phase zu 80 Prozent ausgeglichen wird.
Das Grüne Karenzmodell bringt eine Ersparnis von rund 300 Millionen Euro.
Bei Alleinerziehenden sollte eine Verteilung auch auf nicht-leibliche Eltern
bzw. andere Bezugspersonen möglich sein.
Nur so kann dafür gesorgt werden, dass kein Elternteil zu lange vom Erwerbsleben weg sein mu
> Gemeinsame Obsorge bei Konsens
Streiten Eltern über die Obsorge, landen sie vorm Gericht.
Dort kann die gemeinsame Obsorge verordnet werden,
auch wenn sich die Eltern darüber nicht einig sind.
Weitere Konflikte sind da zumeist vorprogrammiert.
Unserer Meinung nach entstehen die besten Lösungen dort, wo sich die Eltern über die Erziehu
und Pflege des Kindes einig sind.
Bei Konflikten müssen die Eltern deshalb unterstützt werden, gemeinsame Lösungen zu finden
Dazu braucht es vorrangig Schlichtungsstellen
und keine Gerichte.
Ist trotz Schlichtung keine Einigung möglich, soll das Gericht einem Elternteil die Obsorge zusp
79 > Modernisierung des Ehe- und Partnerschaftsrechts
Wir wollen das Eherecht entstauben
und modernisieren
und die Ehe allen, die sie eingehen wollen, ermöglichen
– auch gleichgeschlechtlichen Paaren.
Die Eingetragene Partnerschaft wird als Alternative zur Ehe auch für verschiedengeschlechtlich
Generell sind Lebensgemeinschaften rechtlich aufzuwerten,
um der Lebensrealität vieler zu entsprechen.
80 Gleiche Rechte für Lesben,
Schwule
und Transgender
Die Zeiten, in denen Homosexualität noch völlig tabu war, sind glücklicherweise vorbei.
Aber es gibt immer noch viele Formen der Diskriminierung,

der Ungleichstellung
und gesellschaftspolitische Herausforderungen
– auch in Österreich.
Trotz einigen kleinen rechtlichen Verbesserungen in den vergangenen Jahren ist Gleichstellung
und ein echter Schutz vor Diskriminierung noch bei Weitem nicht erreicht.
Von einer vollständigen rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften ist Ös
Seit Anfang Jänner 2010 besteht für Lesben und Schwule in Österreich die Möglichkeit, eine Eir
Dieser erste Schritt in Richtung rechtliche Gleichstellung von homosexuellen mit heterosexuelle
Schon damals demonstrierten Tausende Lesben, Schwule, Transgender, Bisexuelle und Freund
Mittlerweile geben Gerichtsurteile der damals geäußerten Kritik recht:
Bindestrichverbot bei Doppelnamen,
Ja-Wort-Verbot,
TrauzeugInnenverbot,
Verbot der Stiefkindadoption.
Alles mittlerweile gerichtlich anerkannte Ungleichbehandlungen, die den Menschenrechten od
Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) betont, dass das Recht ein Kind zu be
Gegenwärtig herrscht in Österreich ein Adoptionsverbot für eingetragene PartnerInnen.
Dieses Verbot ist explizit im Gesetz über die Eingetragene Partnerschaft (EPG) festgeschrieben
Nachdem der EGMR im Februar dieses Jahres die fehlende Möglichkeit einer Stiefkindadoption
beschloss der Nationalrat im Juli dieses Jahres eine entsprechende Änderung.
Es geht dabei nur um die Adoption von Stiefkindern, ein leibliches Kind von einem der Partner,
Die reguläre Adoption bleibt weiterhin heterosexuellen EhepartnerInnen vorbehalten.
Österreich verweigert die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Paaren mit Kindern als „Fan
und schafft damit für diese Familien eine Situation der rechtlichen Unsicherheit.
Nach österreichischem Recht ist jedoch die Einzeladoption mit Zustimmung der Partnerin
bzw. des Partners bei eingetragener Partnerschaft zulässig (§ 181 Abs1 ABGB).
Weil die ÖVP Gleichstellung blockiert, müssen Betroffene ihre Rechte vor Gericht einklagen.
Die Grünen fordern stattdessen eine rechtliche Sicherheit
und Anpassung an gesellschaftliche Realitäten.
81 Auch der Alltag bringt noch eine Reihe von Diskriminierungen.
Ob bei der Pflegefreistellung
oder bei Todesfällen:
Lesben und Schwule sind meist vom Good Will anderer abhängig.
Auch Transgender Personen, also Menschen, die sich nicht mit dem Geschlecht „Mann“ oder „
oder einen Wechsel ihres biologischen Geschlechts ins Auge fassen,
sind noch immer zahlreichen gesellschaftlichen Hürden ausgesetzt,
insbesondere am Arbeitsplatz.
Und für den Zugang zu Dienstleistungen
und Gütern gibt es für Lesben, Schwule und Transgender weiterhin keinen Diskriminierungssch
Die Gleichstellung ist in vielen anderen Staaten innerhalb und außerhalb der EU ein brisantes T
– ob bei Demonstrationen in Frankreich,
gewalttätigen Übergriffe in Ungarn
oder in vielen anderen europäischen Staaten.
Der Kampf für Gleichberechtigung,
Respekt
und echte Gleichstellung steht erst am Anfang.
Österreich erneuern:

Selbstverständlich gleichberechtigt
Egal ob lesbisch,
schwul,
bisexuell,
hetero oder transgender:
alle Menschen sollen gleiche Rechte haben!
Völlige rechtliche Gleichstellung schafft entsprechende Sicherheit,
ob bei Adoption,
künstlicher Befruchtung
oder in der Ehe.
Wir setzen auf eine Politik, in der alle Menschen die gleichen Chancen bekommen
– unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung
oder Geschlechtsidentität.
Wir schaffen ein Klima des lebendigen Miteinanders,
in dem Vorurteile durch Aufklärung
und Kommunikation abgebaut,
der gesellschaftliche Blickwinkel erweitert
und Vielfalt gefördert wird.
Vielfalt in der Gesellschaft braucht auch vielfältige Konzepte
und Zugänge.
Wir wollen Akzeptanz in allen Bereichen des Lebens
und Sichtbarkeit auf allen Ebenen
– privat,
beruflich,
medial.
Es gilt, Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität abzuschaffen
Neben den klassischen Lebensentwürfen wollen wir Respekt
und rechtliche Sicherheit
sowie selbstbestimmte Lebensgestaltung gewährleisten.
Das Adoptions-und
Fortpflanzungsverbot für Lesben und Schwule soll aufgehoben werden.
Auch auf europäischer Ebene sind Initiativen gefordert. 108
Die EU gründet auf Werten der Gleichheit und des Respekts. 108
Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung
und Geschlechtsidentität wird nicht akzeptiert.
Entsprechende Anti-Diskriminierungsmaßnahmen
und -gesetze gegen Homophobie sollen die Gleichstellung vorantreiben
und Mitgliedsstaaten animieren,
entsprechende Anti-Diskriminierungsgesetze zu erlassen
und Schutz vor Diskriminierung zu gewährleisten.
82 Was wir konkret wollen
> Gleichstellung Eingetragener Partnerschaften
und Eheöffnung
Die Gleichstellung von Lesben,
Schwulen
und Transgender Personen mit verschiedenen geschlechtlichen Lebensgemeinschaften wird un
Wir fordern ein modernes Rechtsinstitut wie den Zivilpakt für gleich-

und verschiedengeschlechtliche Paare
sowie die Öffnung der Ehe für Lesben und Schwule bei gleichzeitiger Eherechtsreform.
> Schutz vor Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität
Das Antidiskriminierungsgesetz kommt auch außerhalb des Arbeitsplatzes zur Geltung.
> Aufklärungskampagnen zum Schutz Jugendlicher vor homophober Gewalt
Wir fördern im Bildungsbereich ein Umfeld der Toleranz,
das für junge LGBT-Personen sicher ist,
unterstützend wirkt
sowie frei von Mobbing und Ausgrenzung ist.
> Adoption für gleichgeschlechtliche Paare
/gemeinschaftliches Adoptionsrecht
Regenbogenfamilien haben ein Recht auf Anerkennung.
Viele Kinder leben bereits mit zwei Müttern oder Vätern.
Alle Familien müssen dem Staat gleich viel wert sein.
> Erleichterungen für Transgender Personen im Privatleben
Mit einer grundlegenden Reform des Transsexuellenrechts/
Erlasses werden bürokratische Hürden für die Vornamensänderung
und Geschlechtsanpassung beseitigt.
> Einrichtung einer bundesweiten Antidiskriminierungsstelle
Wien hat auf Landesebene bereits eine Anlaufstelle;
in vielen Teilen Österreichs gibt es jedoch bislang keine entsprechende Institution für Antidiskr
> EU-Initiativen für Gleichstellung 108
Die Europäische Union tritt entschieden gegen Repressionen gegen gleichgeschlechtlich lieben
und forciert Initiativen für Gleichstellung
und gegen Diskriminierung.
83 Mehr Frauen an die Spitze!
Eigentlich sollte es im 21. Jahrhundert selbstverständlich sein, dass Frauen und Männer gleiche
in Aufsichtsräten und Vorständen,
bei Managementposten
und beim Einkommen einnehmen.
Leider ist dies in Österreich – im Gegensatz zu zum Beispiel einigen skandinavischen Staaten
– noch nicht der Fall. Ganz im Gegenteil:
die Wirtschafts- und Finanzkrise hat bewirkt,
dass sich die strukturellen Ungleichheiten verschärft haben.
So sind beispielsweise insbesondere jene Jobs vom Prekariat
und geringen Löhnen betroffen, in denen vorwiegend Frauen tätig sind.
Fehlende Infrastruktur
und Kinderbetreuungsplätze verhindern,
dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie reibungslos funktioniert
– meist noch auf Kosten der Frau.
Es braucht bewusst Gegenmaßnahmen,
um der Gleichberechtigung den Weg zu ebnen.
Die Probleme sind vielschichtig.
Frauen verdienen oft für die gleiche Arbeit weniger als ihre männlichen Kollegen
und sind für die (unbezahlte) Pflege Angehöriger
ebenso wie für den Haushalt zuständig.
Der Global Gender Gap Report 2012 weist Österreich weltweit bei der Einkommensgerechtigke

Ein ähnlich unerfreuliches Bild zeichnet der EU-Genderbericht 2010.
Österreich liegt bei der Einkommensgerechtigkeit auf einem der hintersten Plätze innerhalb de
Die Einkommensstrukturen in Österreich sind immer noch zu wenig transparent
und begünstigen dadurch die monetäre Diskriminierung von Frauen.
Die Teilzeit ist so wie die Armut in Österreich weiblich.
Die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede schreiben sich auch in der Pension fort.
So ist rund ein Viertel der alleinlebenden Pensionistinnen armutsgefährdet
und muss mit einem Einkommen von weniger als 854 Euro monatlich auskommen.
Vor allem aber auch Personen in Ein-Eltern-Haushalten,
meist alleinerziehende Mütter und ihre Kinder,
leben oft am Rande der Armut (28 Prozent).
Trotz einer stark steigenden Zahl an Maturantinnen
und Akademikerinnen sind Frauen in gesellschaftlichen Top-Positionen heute keineswegs selbs
Obwohl etwa an Österreichs größter Universität, der Universität Wien, der Anteil der Absolven
spiegelt sich das nicht in den Führungsetagen dieses Landes wider.
So ist der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten der größten börsennotierten Unternehmen mit 1
Die Gründe dafür sind vielfältig
und reichen von traditionellen Ausschlussmechanismen wie den „Old-Boys Netzwerken“
über direkte Diskriminierungen
und abschreckende Rahmenbedingungen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
bis zur sogenannten „gläsernen Decke“,
die Frauen am Vorstoß in Spitzenpositionen hindert.
Je höher die Karrierestufe, desto niedriger der Frauenanteil.
Das Parlament ist ein gutes Beispiel für die geringe Frauenrepräsentation.
Im letzten Jahrzehnt ist die Anzahl der weiblichen Abgeordneten deutlich gesunken.
Vor zehn Jahren zählte Österreich mit 33,9 Prozent im internationalen Vergleich noch zu den „
(auf Platz 8 im weltweiten Ranking).
Heute finden wir Österreich mit rund 28 Prozent auf Platz 35.
84 Gewalt gegen Frauen zählt leider immer noch zu den Tabuthemen in Österreich.
Gewalt äußert sich nicht nur in Form von körperlichen
oder sexuellen Übergriffen,
sondern auch durch subtilere Gewaltformen,
wie psychischer Gewalt
oder Stalking.
Jede vierte Frau,
jedoch nur jeder zwanzigste Mann, erlebt Gewalt in mehreren Dimensionen
(körperlich,
psychisch
und sexuell).
Traurig, aber wahr:
Menschenhandel gehört
neben Drogen-
und Waffenhandel zu den drei „ertragreichsten Geschäften“ des organisierten Verbrechens.
Frauenhandel bedeutet jede Art von Geschäftemacherei,
mit der die Migrationsbestrebungen von Frauen ausgenutzt
und missbraucht werden.
Betroffen sind nicht nur Sexarbeiterinnen,

sondern auch Hausangestellte
oder Ehefrauen „aus dem Katalog“.
Österreich erneuern:
Gleichberechtigung wird selbstverständlich Halbe/Halbe in allen Bereichen wird Realität.
Frauen und Männer können Beruf und Familie besser vereinbaren.
Durch qualifizierte Teilzeit
und einem bedarfsgerechten Angebot an Kinderbetreuungsplätzen
müssen sich Eltern nicht mehr zwischen der Familie und Beruf entscheiden
und auch Männern bleibt genug Zeit für ihre Kinder.
Frauen werden in ihrer beruflichen Tätigkeit gefördert,
Diskriminierung
und strukturelle Benachteiligung erhalten eine klare Absage.
Durch einen gesetzlichen Mindestlohn werden vor allem die Fraueneinkommen erhöht.
Die Entlohnung wird für Frauen und Männer nachvollziehbarer
und fairer.
Transparente Einkommensstrukturen tragen innerbetrieblich dazu bei, dass Frauen für die glei
Frauen und Männer werden beim Ergreifen nicht-traditioneller Berufsausbildungen
und naturwissenschaftlich-technischer Ausbildungen gestärkt
und unterstützt.
Ob in Wirtschaft,
Verwaltung
oder Politik.
Frauen in Spitzenpositionen werden zur Selbstverständlichkeit.
Auf dem Weg dorthin braucht es unterstützende
aber auch verpflichtende Maßnahmen,
um Halbe-Halbe
(Stichwort: Parität) zu realisieren.
Quoten sind ein notwendiger Schritt dorthin.
Dank höherem Frauenanteil wird auch dazu beigetragen, dass die Korruption in klassischen Mä
Einer Studie der Weltbank zufolge gibt es einen positiven Zusammenhang zwischen einem hoh
Gewalt gegen Frauen wird nicht mehr tabuisiert,
sondern durch Schutzmaßnahmen
und angemessene Strafen bekämpft.
85 Was wir konkret wollen:
> Frauen fördern
– Diskriminierung entwaffnen
Die Berufstätigkeit von Frauen wird unterstützt
und gefördert,
um der Benachteiligung am Arbeitsmarkt entgegenzuwirken
und die Chancen
und Möglichkeiten der Frauen am Arbeitsmarkt zu erhöhen.
Ein beschäftigungspolitisches Paket trägt dazu bei, die Situation von Frauen auf dem Arbeitsma
Im Zuge der Aktion „10.000 Frauenjobs“ werden zwei Drittel der Jahreslohnkosten bei 10.000
> Armutsgefährdung vermindern
Wir setzen auf höherwertige Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen am Arbeitsmarkt.
Dafür ist die Hälfte der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik für die bessere Integration von Fra
Zuerst brauchen wir die Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt,

erst dann kann es zur Anhebung des gesetzlichen Frauenpensionsalters kommen.
Speziell für Frauen über 50 ist eine altersgerechte Arbeitswelt notwendig,
um möglichst lange
und gut in den Arbeitsmarkt integriert zu sein.
Die Mindestsicherung im Alter sorgt für Schutz vor Armut in der Pension.
> Fairer Lohn für alle
Wir stellen sicher, dass Frauenförderung nicht nur ein Schlagwort bleibt.
Wirtschaftsförderung
und die öffentlichen Auftragsvergabe sind an innerbetriebliche Frauenförderung zu koppeln,
damit transparent wird, welches Unternehmen sich für Gleichbehandlung einsetzt.
Transparente Einkommenspolitik,
ein gesetzlicher Mindestlohn in allen Branchen
sowie anonymisierte Bewerbungsverfahren
gewährleisten faire Entlohnung am Arbeitsmarkt.
> Mehr Transparenz fördert Frauen
Betriebsinterne Einkommensberichte schaffen Transparenz
und zeigen ihre Wirkung, wenn sie an verbindliche Frauenförderpläne gekoppelt sind.
Auch an Hochschulen –
vor allem an jenen mit stark technisch
und naturwissenschaftlich ausgerichtetem Studienangebot
– sind Studienförderpläne mit konkret messbaren
und zeitlich fixierten Vorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils notwendig.
> Qualifizierte Teilzeit statt Überstunden
Durch Überstundenabbau entstehen qualifizierte Teilzeitjobs.
Siehe Schweiz:
Topjobs mit über 50 Wochenstunden werden auf zwei Personen aufgeteilt.
Nicht wer länger bleibt,
sondern wer besser qualifiziert ist, übernimmt die Führung.
> Jobchancen für Migrantinnen
Eigenständige Aufenthaltstitel
und Arbeitsgenehmigungen machen Frauen mit Migrationshintergrund unabhängiger
und ermöglichen einen rascheren Zugang zum Arbeitsmarkt.
Mehr Beratungs-
und Weiterbildungsangebote schöpfen das Potenzial von Migrantinnen verstärkt aus.
86 > Mehr Frauen an die Spitze!
Dank gesetzlicher Regelung werden Spitzenpositionen seltener an mittelmäßig qualifizierte Mä
und öfter an hochqualifizierte Frauen gehen.
Der Frauenanteil soll gezielte Förderung weiblicher Spitzenleistungen
über Stipendienprogramme,
Preisvergaben
und Quotierungen in allen gesellschaftlichen Bereichen
wie Wissenschaft,
Sport,
Medien in Richtung 50 Prozent gehen.
Auch in der Privatwirtschaft, etwa für börsennotierte Unternehmen,
bringen Quoten –
ähnlich wie in Norwegen

– für Spitzenpositionen einen Ausgleich.
> Frauen in die Politik
Ein Teil der Parteien- bzw. der Klubfinanzierung wird an Frauenquoten in den Parlamentsklubs
Ein Aktionsprogramm zur Besetzung der Hälfte der von der Regierung zu besetzenden Top-Posi
von der Burgtheaterdirektion
bis zum Rechnungshofpräsidium,
mit Frauen schafft einen Ausgleich in Führungsetagen.
Das Vorzugsstimmensystem wird gendergerecht gestaltet.
> Leben ohne Gewalt
Alle Formen von Gewalt in Beziehungen werden als solche benannt
und geächtet.
Mit Hilfe eines nationalen Aktionsplans gegen Gewalt an Frauen
nehmen Bund
und Länder ihre Verantwortung gemeinsam wahr
und sorgen für eine flächendeckende Betreuung in Frauenhäusern
und Opferschutzeinrichtungen.
Für sexuelle Belästigung ist eine bundesweit einheitliche Regelung der Verwaltungsstrafen umz
> Leistbare Verhütung
Dem Beispiel anderer EU-Länder wie Belgien,
Dänemark
oder Frankreich folgend werden Verhütungsmittel auf Krankenschein erhältlich.
Offener
und verstärkter Sexualkundeunterricht an Schulen ist ein grundlegender Baustein zur Vermeidu
> Schwangerschaftsabbruch:
Schutz vor Übergriffen Kommt es zu einer ungewollten Schwangerschaft,
so soll die schwangere Frau selbst ihre Entscheidung treffen.
Schutzzonen vor Kliniken und Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, bew
Die Möglichkeit von Schwangerschaftsabbrüchen muss in allen Bundesländern gewährleistet w
> Sicherheit in der Schwangerschaft
Bessere Aufklärung von Frauen über die mit einem Kaiserschnitt verbundenen Risiken
und eine Aufwertung der Hebammentätigkeit
sowie bessere Finanzierung durch die Krankenkassen sind dringend notwendig.
> Gender Medicine
Verstärkte Forschung zu geschlechterspezifischen Unterschieden bei der Diagnostik und
(pharmakologischen) Behandlung von Krankheiten
sowie der Wirkung von Schadstoffen auf Männer und Frauen,
mit dem Ziele diese stärker in die medizinische Praxis einfließen zu lassen.
87 Eine Frage der Gerechtigkeit:
Ein leistbares Leben für alle
Wir alle merken es:
Höhere Lebenshaltungskosten,
die Explosion von Miet- und Wohnausgaben,
und netto weniger Lohn für mehr Arbeit.
Während Superreiche ihr Vermögen in Steueroasen parken,
fragen sich immer mehr Menschen:
Wie kann ich mir ein gutes Leben leisten?
Es ist Zeit, die Verhältnisse wieder zurechtzurücken: mit einem fairen Steuersystem.

Mit einem Einkommen zum Auskommen.
Mit einer Grundsicherung, die für Jung und Alt Zukunftsperspektiven schafft.
Und mit Rechten, die jedem zustehen:
ob als MieterIn
oder als Pensionsversicherte/ r.
Wohnen wird immer teurer.
In den vergangenen Jahren sind österreichweit die Preise für Mieten
bzw. Eigentumswohnungen deutlich stärker als die Inflation gestiegen.
Seit 2000 sind die Bruttomieten in ganz Österreich um 34,5 Prozent angewachsen
und die Kosten für Heizöl und -gas haben sich verdoppelt.
Im selben Zeitraum stiegen die Löhne nur um 22 Prozent.
Für viele Wohnungssuchende geht das mit Mieten einher, die kaum leistbar sind, gerade in der
Somit muss ein immer größerer Teil des verfügbaren Haushaltseinkommens für die Wohnkoste
Wohnraum ist jedoch ein menschliches Grundbedürfnis,
kein Spekulationsobjekt.
Mieten müssen leistbar sein.
Reformen im bzw. bei der Umsetzung des Mietrechts
aber auch Initiativen zur Finanzierung von mehr Wohnraum
sollen den Rahmen für sozial verträgliches Wohnen schaffen.
Der Grund für die Preissteigerungen ist auf der einen Seite das zahnlose,
undurchsichtige Mietrecht.
Auf der anderen Seite liegt die Steigerung an der wachsenden Spekulation auf dem Wohnungsı
die in Krisenzeiten hohe Renditen bei gleichzeitiger Sicherheit versprechen.
Das Mietrechtsgesetz greift nur teilweise.
So fallen nach 1953 erbaute Wohnungen derzeit nicht in den Anwendungsbereich des Mietrecl
MieterInnen in diesen sogenannten „Neubauwohnungen“ sind weitgehend rechtlos,
was Betriebkostenüberprüfungen,
Mietzinshöhe
oder dringend nötige Erhaltungsarbeiten betrifft.
Doch nicht nur bei den Kosten,
auch bei den Einnahmen der ÖsterreicherInnen gibt es Veränderungsbedarf.
Insgesamt sind rund eine Million Menschen in Österreich armutsgefährdet,
davon leben 500.000 Menschen in verfestigter Armut.
Das Bild von Armut hat sich in den vergangenen Jahren verändert.
Immer mehr Menschen, die geregelte Arbeits-
und Familienverhältnisse gewohnt sind, mussten feststellen, dass es sich für sie nicht mehr aus
Auf einmal wird spürbar, wenn man die steigenden Heizkosten nicht mehr zahlen kann, der Rü
oder der Exekutionsbescheid der Gewerblichen Sozialversicherungsanstalt aufgrund nicht begli
Von Arbeit leben zu können wird häufig immer schwieriger.
Rund 500.000 Menschen in Österreich bekommen für ihre gute Arbeitskraft nur einen Hungerl
FriseurInnen werden mit 7,11 Euro in der Stunde abgespeist.
Im Gastgewerbe
und in der Hotellerie sogar mit nur 7,08 Euro.
In manchen Branchen gibt es sogar noch Beschäftigungsverhältnisse mit Löhnen unter 6,50 Eu
(z. B. als Serviererin in einer Konditorei).
Angesichts steigender Lebenskosten ist mit derartigen Löhnen in Österreich kaum ein Auslange
Insbesondere niedrige Einkommensgruppen haben nach 1991 de facto keine Reallohnzuwächs

Es ist kein Zufall, dass Billiglohnbranchen häufig von Frauen dominiert werden.
Ein angemessener Mindestlohn ist damit in mehrfacher Hinsicht eine Frage der Gerechtigkeit u
Hinzu kommt die steigende Anzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse.
Das sogenannte „Normarbeitsverhältnis“, die Vollzeitanstellung, wird immer seltener
und zunehmend durch atypische und prekäre Beschäftigung ersetzt.
Diese ist nicht immer freiwillig
und selbstbestimmt,
sondern aus Sachzwängen heraus.
Die Arbeitsmarktpolitik hat es nicht geschafft, die Veränderung der Gesellschaft
und der Arbeitswelt seit Ende der 70er Jahre zu begreifen
und sich den neuen Realitäten anzupassen:
Arbeitslosigkeit ist kein Ausnahmezustand mehr,
sondern ein Normalfall in fast jeder Erwerbsbiographie.
Ein durchschnittliches Dienstverhältnis dauert nur 1,8 Jahre;
Jobwechsel stehen an der Tagesordnung.
Dafür braucht es eine Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik:
weg vom Prinzip „Hauptsache Arbeit“
hin zu neuen qualitativ hochwertigen Maßnahmen
und finanziellen Leistungen,
die Übergänge
und Umorientierungsphasen besser unterstützen.
Die Gesellschaft leidet auch – trotz unseres vergleichsweise hohen Wohlstands –
an Erschöpfungsphänomenen.
Die Anzahl der Burn-Out Fälle nimmt teils dramatisch zu.
Immer mehr Menschen brauchen eine Auszeit.
Auch darauf hat ein Sozialsystem zu reagieren.
Das österreichische Sozialsystem baut auf völlig überholten Strukturen
und Annahmen unserer Gesellschaft auf.
Es ist daher nicht mehr in der Lage, auf aktuelle Probleme passende Antworten zu finden.
Durch die Finger schauen etwa Menschen in Patchwork-Familien,
in neuen Erwerbsformen
wie etwa kurzzeitiger Projektarbeit,
in prekären Jobs,
Ein-Personen-Unternehmen.
Es bietet kaum Schutz in Phasen der beruflichen
wie persönlichen Neuorientierung
und in individuellen Problemlagen.
Es lässt aber nicht nur Menschen in Problemlagen zurück,
sondern bietet auch Menschen in Beschäftigung kaum eine Chance, neue Lebens-
und Arbeitsformen zu wagen.
Auf der anderen Seite leistet sich Österreich, die drei Sparten der Sozialversicherung
(Krankenversicherung,
Pensionsversicherung,
Unfallversicherung) von knapp 40 verschiedenen Trägern zu verwalten,
die sich nach Beitragshöhe,
zu erwartenden Leistungen
oder auch nach Zugang zu Pension,

Krankenbehandlung und Rehabilitation deutlich unterscheiden.
Das verursacht unnötige Kosten
und schafft Privilegien für Einzelne.
Österreich erneuern:
Wohnen ist ein Grundrecht.
Spekulation nicht!
Soziale Gerechtigkeit ist nicht nur eine Frage unterer Einkommensgruppen oder spezifischer Ra
Es geht 89 darum, Menschen zu ihrem modernen,
demokratischen Recht zu verhelfen.
Wir wollen, dass jede/r ertüchtigt und ermächtigt wird,
auf Grundlage eines Anteils an der Gesellschaft frei
und selbstbestimmt leben zu können.
Leistbares Wohnen ist hierfür ein gutes Beispiel. Fair, überprüfbar und transparent:
ein neues Mietrecht schafft neue Grundlagen.
MieterInnen haben Rechte;
viele davon werden bislang gar nicht wahrgenommen.
Es geht um die Erweiterung dieser Rechte,
aber auch um die Ermächtigung, diese in Anspruch zu nehmen.
Die flächendeckende
und leistbare Wohnversorgung für die Bevölkerung ist eine der Grundvoraussetzungen für das
Ein faires und ausgewogenes Mietrecht trägt dazu bei die Wohnkosten einzudämmen.
Ein weiteres unkontrolliertes Ansteigen der Preise wird verhindert,
um genügend qualitativ hochwertigen Wohnraum für alle Teile der Bevölkerung anbieten zu kö
Insbesondere in jenen Gebieten, wo aktueller Wohnungsdruck herrscht, wird – nach ökologisch
das Angebot erweitert.
Wohnbaumittel werden für den Wohnbau genutzt und nicht zur Verbesserung der Länderbudg
Was wir konkret wollen:
> Ein faires Mietrecht für alle:
fair, transparent und überprüfbar
Klare Mietzinsobergrenzen werden durch eine fixe Deckelung der Zuschläge zum Mietzins gezo
Das Mietrecht wird ausgeweitet
und Befristungen beschränkt,
um ein weiteres unkontrolliertes Ansteigen der Preise zu verhindern.
Ungefördert neu errichtete Wohnungen sollen nach einem Amortisationszeitraum von 25 Jahre
vorher ist eine freie Mietzinsbildung erlaubt.
Der Grundbetrag gilt für eine unbefristete Mietwohnung im gutem Zustand,
mit guter Ausstattung,
in guter Lage
und guter Isolierung.
Werden diese Kriterien nicht erfüllt, gibt es genau definierte Abschläge.
Einzig für den Passivhausstandard (plus 10 Prozent)
und für Balkon, Terrasse oder Garten (maximal ein Drittel des Quadratmeterpreises) darf es Au
Bei den Betriebskosten werden Grundsteuer,
Verwalterkosten herausgenommen
sowie die Überwälzung von Versicherungen über die Betriebskosten eingeschränkt.
> Klarheit bei Instandhaltungsverpflichtungen
Wie in Deutschland

ist für Instandsetzungen ab einem gewissen Betrag die/der VermieterIn zuständig.
Schließlich zahlen MieterInnen für eine funktionierende Wohnung.
Mit einer klaren Regelung werden die häufigen Rechtsstreitigkeiten über Zuständigkeiten
und Kostenübernahme beendet.
> Mehr Geld für sozialen Wohnungsbau
Ähnlich dem Modell in Südtirol
wird bei Umwidmungen zu Bauland ein gewisser Anteil für den sozialen Wohnbau zu einem ge
Öffentliche EigentümerInnen könnten durch die Vergabe von Baurechten Grundkosten senken,
statt den Grund teuer zu verkaufen.
90 > Reform der Bauordnungen senkt Kosten
Die in vielen Bundesländern geltenden Bauordnungen werden entstaubt.
So braucht – wie aktuell meist verordnet – nicht jede Wohnung einen Garagenplatz
oder einen Not-Kamin.
Diese lassen die Kosten enorm steigen
und sind meist unnötig.
Die Reform senkt letztlich auch die Mietkosten!
> Zweckbindung der Wohnbauförderungsmittel Wohnbaugelder werden nur für den Wohnbau
Es braucht dafür wieder eine entsprechende
für alle Bundesländer geltende Zweckbindung im Finanzausgleich.
Dies gilt ebenso für Darlehensrückflüsse.
Damit wird unter anderem verhindert, dass mit Wohnbaugeldern spekuliert wird.
> Keine Maklerprovisionen für MieterInnen
MieterInnen zahlen keine Maklergebühr mehr.
Jene werden vollständige vom Vermieter getragen.
> Energiekosten nachhaltig reduzieren
Ein Investitionsprogramm in Kooperation mit den Bundesländern senkt die Energiekosten in a
Effiziente Geräte,
gezielte Wärmedämmung,
das Aus für neue Ölheizungen
und weitere energiekostensenkende Maßnahmen reduzieren die Kosten für alle.
Beim flächendeckenden Ausbau der Energieberatung wird speziell ein Schwerpunkt bei einkom
Energiesperren und Delogierungen werden in den kalten Monaten untersagt.
Von Arbeit leben können Politik muss auf die sich ändernde Arbeitswelt reagieren
und dem Trend entgegenwirken, dass man von Erwerbseinkommen immer seltener ein gutes, ,
Wer arbeitet, soll dafür einen gerechten
und existenzsichernden Lohn erhalten.
Eine fair gestaltete Arbeitswelt kommt ohne Ausbeutung, Lohndumping und Hungerlöhne aus.
Ein echter Mindestlohn in der Höhe von 8,50 Euro/Stunde ist nicht nur theoretisch, sondern au
Die bestehenden Schlupflöcher –
auch bei eigentlich vereinbarten kollektivvertraglichen Standards – werden nicht mehr umgang
Insbesondere in Branchen mit hoher Frauenbeschäftigung kommen diese Standards zu tragen.
Alle Arbeitsverhältnisse erhalten entsprechenden Versicherungsschutz.
Es gilt, die starren Blöcke Bildungsphase (Jugend),
Erwerbsphase
und Pension als Ruhephase aufzubrechen.
Das Modell der Lebensarbeitszeit soll Flexibilisierung im Sinne der ArbeitnehmerInnen bringen.
So soll es z.B. möglich sein, Auszeiten zu nehmen,

ohne gleich großen Einkommensverlust
und ohne Benachteiligung bei den Pensionsansprüchen zu erleiden.
Trotz vergleichsweise hohem Wohlstand leistet sich Österreich bislang Rückstand in einigen Be
Um diesen Rückstand wettzumachen wird das Arbeitslosengeld in Österreich, das zweitniedrigs
entsprechend angehoben.
Denn mehr als 80 Prozent der Leistungen der Arbeitslosenversicherung liegen aktuell unter der
Die vorhandene bezahlte Arbeit muss besser verteilt werden.
Dazu braucht es eine Kürzung der Normal-
und Höchstarbeitszeit,
aber auch Sabbatical-Modelle,
Teilzeitangebote im höher qualifizierten Bereich
und länger ausgleitende Altersteilzeitregelungen.
Dem boomenden Geschäft mit der Leiharbeit,
ob in der Industrie,
in Krankenhäusern,
bei der Müllentsorgung,
bei der Nationalbank
oder etwa bei Fluglinien, werden klare Standards entgegen gesetzt.
Der Missbrauch muss gestoppt werden.
Freie Dienstverträge
und geringfügige Beschäftigung sollen nicht dazu dienen, Sozialversicherungsbeiträge zu „erspa
und diese zu umgehen.
Eine Reform des Arbeitsrechts kann diese Praxen erfolgreich unterbinden.
Was wir konkret wollen:
> Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde
Ein gesetzlicher Mindestlohn von zumindest 8,50 Euro in der Stunde schafft mehr Sicherheit fü
Der Mindestlohn wird jährlich nach dem Tariflohnindex valorisiert.
> Modernes Arbeitsrecht
Ein modernes Arbeitsrecht definiert den Begriff „ArbeitnehmerIn“ neu,
schafft eine neue
und klare Regelung zu selbstständiger Tätigkeit
und beseitigt damit rechtliche Grauzonen,
wie etwa bei Freien Dienstverträgen.
> Voller Versicherungsschutz für alle Arbeitsverhältnisse
Unabhängig von Dauer,
Arbeitszeit
und Höhe des Einkommens wird der Versicherungsschutz für alle unselbstständigen Arbeitsver
Damit wird verhindert, dass sich ArbeitgeberInnen entsprechende Sozialversicherungsbeiträge
bzw. diese umgehen.
> Arbeitszeit gerechter verteilen
ÖsterreicherInnen haben die zweitlängste effektive Arbeitszeit in der EU.
Dies ist derzeit auch eine Folge überbordender Überstunden
und unfairer Verteilung von Arbeit, Zeit und Geld.
Verteuerte Überstunden für Unternehmen,
mehr berufliche Auszeiten
und Sabbaticals
sowie zusätzliche gesetzlich verpflichtende Erholungszeiten

sind ein wichtiger Schritt für eine gerechtere Arbeitsverteilung
und mehr Lebensqualität
im Sinne einer ausgewogenen Work-Life-Balance.
> Auszeit von der Erwerbsarbeit ermöglichen
Möglichkeiten für den temporären Ausstieg aus dem Erwerbsleben werden im Sinne der flexibl
Sabbaticals,
Bildungskarenz zur Fortbildung,
ohne Bil- 92 dungsnachweis
oder auch für Pflegeurlaube ermöglichen zeitlich befristete Auszeiten.
Das hilft nicht nur Betroffenen,
länger gesund
und aktiv zu bleiben,
sondern ermöglicht auch zusätzlichen Menschen den Zugang zum Erwerbsleben
und entlastet die Pensionskassen.
> Aktion „Get-In“ finanziert Berufseinstieg in neue Arbeitsfelder
Der Einstieg in zukunftsträchtige Berufsfelder, in die zur Zeit kaum Ressourcen gehen, wird erle
Für ein Jahr lang werden zwei Drittel der Lohnkosten übernommen.
Ob Umwelt,
Soziales,
Neue Energien,
Wissenschaft und Forschung
oder der Kulturbereich:
der de facto Berufseinstiegssperre für junge,
oft sehr gut ausgebildete Menschen wird damit entgegengewirkt.
Die Förderung versteht sich nicht als Unternehmensförderung,
unterstützt werden Initiativen,
Projektgruppen,
Vereine,
wissenschaftliche Träger
aber auch bereits etablierte Einrichtungen im Sozialbereich.
> Missbrauch von Leiharbeit beenden
Die Richtlinie der Europäischen Union zur Leiharbeit wird im Sinne der Gleichbehandlung von L
Zudem werden die in Österreich geltenden Regelungen
wie das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz
und der Kollektivvertrag für Arbeitskräfteüberlasser nicht umgangen.
Die LeiharbeiterInnenquote wird pro Unternehmen auf 10 Prozent begrenzt;
zudem sind LeiharbeiterInnen in der Bilanz als Personalkosten zu qualifizieren.
Die Rechte von LeiharbeiterInnen,
etwa im Bereich der betrieblichen Mitbestimmung,
werden erheblich ausgeweitet.
> Kein Lohndumping:
Gleiche Standards für alle ArbeitnehmerInnen Gleichstellung aller ArbeitnehmerInnen
und entschiedenes Vorgehen gegen Lohn-
und Sozialdumping.
Neben dem existenzsichernden Mindestlohn wird das Gesetz zur Bekämpfung von Lohn-
und Sozialdumping nachgebessert
und die Einhaltung der Standards schärfer kontrolliert.

Ausschreibungen für Aufträge der öffentlichen Hand
sowie in teilstaatlichen Unternehmen sind an Arbeits- und Sozialstandards für Beschäftigte zu k
EU-Mindeststandards werden stärker vorangetrieben, 108
die EU- Strukturförderungsmittel sollen zukünftig besonders in Grenzregionen auf soziale Mind
> Fairness bei Arbeitslosengeld
und Notstandshilfe
Die Höhe des Arbeitslosengeldes wird in Österreich zumindest auf den EU-Schnitt von 70 Proze
Bei längerer Arbeitslosigkeit werden Leistungen valorisiert.
Keine Bestrafung von Partnerschaften u
nd Familien in der Notstandshilfe
und eine zumindest Verdoppelung der Freigrenzen beim Partnereinkommen.
> Besserer Service für Arbeitssuchende
Ein modernes Arbeitsmarktservice (AMS) bietet mehr individuelle Betreuung
und mehr Mittel für Individualförderung.
Mit einer Qualitätsoffensive wird das AMS Personal aufgestockt und besser qualifiziert.
Die Reform der Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitslose ist dringend notwendig,
damit Arbeitssuchende eine Anstellung finden, die ihren erworbenen Fähigkeiten entspricht
und von der sie auch leben können.
Der Ausbau des zweiten 93 Arbeitsmarktes für Menschen mit eingeschränkter Erwerbsfähigkei
> Schwerpunkt Arbeit
und Gesundheit
Menschen sollen die Chance haben, länger bei guter Gesundheit aktiv zu sein.
Investitionen in eine altersgerechte Arbeitswelt,
in gesunde Arbeitsplatzgestaltung
und in Maßnahmen gegen krankmachende Arbeitsbedingungen werden aufgestockt
und ArbeitnehmerInnen erhalten mehr Rechte am Arbeitsplatz.
Das erhöht das Lebensglück
und die Lebensfreude
und entlastet das Gesundheitssystem
ebenso wie die Pensionskassen.
Krankmachende Arbeitsbedingungen werden gesetzlich bekämpft
und Übergangsphasen nach dem Verursacherprinzip mit Zusatzbeiträgen für Unternehmen ver
> Qualität der Berufspraktika sichern
Ein modernes Praktikumsgesetzes für Pflichtpraktika schafft Gratis-Praktika ab
und legt qualitative und arbeits-
und sozialrechtliche Mindeststandards fest.
In einer öffentlichen Qualitätsdatenbank für Pflichtpraktika,
die im Wissenschafts-
bzw. im Bildungsministerium angesiedelt ist,
werden die Praktika verpflichtend registriert.
Somit wird den Hochschulen
und Studierenden die qualitative Auswahl der Praktikumsanbieter
anhand von Bewertungen
und anonymen Evaluierungen erleichtert.
Die Verankerung von Qualitätsstandards in den relevanten Lehr-
und Studienplänen
sowie die ausbildungsbezogene

und arbeitsrechtliche Qualität von Praktika sind zu definieren.
Das Sozialsystem modernisieren
Das Sozialsystem benötigt dringend eine Modernisierung.
Es wird den aktuellen Lebensrealitäten nicht gerecht.
Es geht dabei nicht darum, dass BürgerInnen vom Staat versorgt werden,
sondern um die faire Möglichkeit, selbst auf eigenen Beinen zu stehen,
in schwierigen Lebensphasen nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden,
sondern anerkannter Teil der Gesellschaft zu sein.
Ein modernes Sozialsystem ermöglicht individuelle Freiheiten
ohne Menschen gleich in ihrer Existenz zu gefährden.
Im Sinne der Generationengerechtigkeit sichert es die Lebensqualität
und Autonomie aller Menschen.
Wer kann wissen, wie das Leben läuft?
Die herkömmliche Planbarkeit des Erwerbslebens ist nicht mehr in der Form von früher gegebe
Daher ist auch die Existenzsicherung nicht 1:1 an der Erwerbstätigkeit gekoppelt.
Hier definiert sich die Rolle des Staates gegenüber seinen BürgerInnen.
Das Grüne Modell der lebenslangen-
und bedarfsorientierten Grundsicherung hilft Menschen in akuten Problemlagen
und Übergangsphasen, wie etwa beim Berufseinstieg,
der beruflichen Neuorientierung,
nach Krankheiten
und familiären Veränderungen.
Es soll Sicherheit sowie Unterstützung geben.
Insbesondere in Übergangsphasen des Lebens wird damit die Armutsgefahr gemindert, die Me
und gesellschaftliche Abseits bringen können.
Das Grundsicherungsmodell der Grünen geht jedoch weit über diese Zielsetzung hinaus.
Es 94 schafft Möglichkeiten für alle Menschen,
etwa über Sabbaticals,
Zugang zu Bildung,
Beratung,
Betreuung
oder Sicherung der notwendigen Infrastruktur.
Dabei sind diese Maßnahmen nicht primär eine Frage zusätzlicher Kosten,
sondern der gezielte Einsatz bereits in Verwendung befindlicher Mittel.
Zudem schafft eine Reform des Sozialversicherungswesens mehr Effizienz
und Fairness beim Zugang zu Versicherungsleistungen.
Neben diesen Versorgungsmängeln
und Diskriminierungen zeigt sich auch das System der Sozialversicherungsträger als unübersich
ungerecht
und langsam.
Die drei Sparten der Sozialversicherung
– Kranken-,
Pensions-
und Unfallversicherung – werden in Österreich von knapp 40 verschiedenen Sozialversicherung
Wobei sich die Leistungen und Angebote erheblich unterscheiden:
etwa nach Beitragshöhe,
zu erwartenden Leistungen

oder auch nach Zugang zu Pension,
Krankenbehandlung
und Rehabilitation.
Das verursacht unnötige Kosten.
Was wir konkret wollen:
> Grüne Grundsicherung schafft Sicherheit
Die Grundsicherung schützt vor Armut
und bietet den Menschen ein Einkommen zumindest in der Höhe der Armutsgefährdungsschw
Das Modell bietet:
eine Grundsicherung in der Erwerbsphase,
eine Grundsicherung für SeniorInnen,
eine Grundsicherung für Kinder
und eine Grundsicherung an Infrastruktur.
Die Grüne Grundsicherung ersetzt nicht das bestehende System,
sondern schließt bestehende Lücken
. In der aktuellen Mindestsicherung ist –
wie bei AS VG-Versicherten –
das dreizehnte und vierzehnte Gehalt zu berücksichtigen.
Die Grüne Grundsicherung ist mehr als eine Existenzsicherung in Problemsituationen.
Sie schafft Angebote
und zusätzliche Lebenschancen für alle Menschen
(Beratung
und Betreuung,
existenzgesicherte berufliche Auszeiten,
Ausbildung
und Qualifikation uvm.).
> Ein System der Sozialversicherungsträger für alle Schaffung eines einheitlichen Systems der S
(Pension-,
Kranken-
und Unfallversicherung)
, in der alle Versicherten die gleichen Beitragssätze zahlen,
den gleichen Pflichten unterliegen
und die gleichen Leistungen nach den gleichen Regeln bekommen.
Allein in der Krankenversicherung können auf diese Weise mittelfristig etwa 100 Millionen Eur
die dann für eine bessere medizinische Versorgung in Mangelbereichen,
wie etwa für Kinderheilkunde,
Psychotherapie
oder die Versorgung älterer Menschen, eingesetzt werden können.
Wir brauchen ein System, das uns allen Gesundheit ermöglicht
– ohne Benachteiligung
und Diskriminierung einiger Personengruppen.
> Reform der Notstandshilfe
Einschränkung der Anrechnung des PartnerInneneinkommens in der Notstandshilfe:
Die sogenannten „Freibeträge“
– also jene Beträge des jeweiligen PartnerInneneinkommens, die nicht auf die Notstandshilfe a
sollen verdoppelt werden.
Damit werden Notsituationen von Familien verhindert.

Das Arbeitslosengeld –
und damit indirekt 95 auch die Notstandshilfe
– sind auf den EU-Schnitt von 70 Prozent Nettoersatzrate zu erhöhen.
Die Zumutbarkeit von Erwerbsarbeit hat sich an den bisher ausgeübten Tätigkeiten
und den erworbenen Fähigkeiten zu orientieren.
> Ein einheitliches Pensionssystem für alle
Das Grüne Pensionsmodell besteht aus einer aus Steuern finanzierten,
existenzsichernden Grundpension von circa 800 Euro monatlich.
Dazu kommt eine Versicherungspension aus Beiträgen, die nach versicherungsmathematischer
Beide Pensionsteile zusammen sind durch eine Höchstpension gedeckelt.
Eine freiwillige Höherversicherung ist selbstverständlich möglich.
> Pensionsvorsorge Österreich
– die Bundesschatzpensionen
Ähnlich wie in Japan
und anderen Staaten
bietet die Republik die Möglichkeit, private Vorsorge in staatlichen Anleihen,
in sogenannten Bundesschatzpensionen, anzulegen.
Das minimiert Risiken
und senkt Transaktionsgebühren.
Angesichts der katastrophalen Ergebnisse bei sogenannten „privaten Pensionsvorsorgemodelle
> Rehabilitation für Menschen ohne Berufsschutz
Kranke Menschen müssen auch ohne „Berufsschutz“ Zugang zu medizinischer Rehabilitation
und beruflicher Qualifikation haben.
Derzeit werden 43.000 kranke Menschen in der Arbeitslosenversicherung ohne Zugang zu mec
oder die Chance auf berufliche Ausbildung
und folglich ohne realistische Chance auf einen Job vom Arbeitsmarkt ferngehalten.
Das ist kontraproduktiv.
Für diese Menschen soll es einen Rechtsanspruch auf Rehabilitation und Ausbildung geben.
> Weisungsfreie Sozial-
und Arbeitslosenanwaltschaft
Das österreichische Sozialrecht ist derzeit für viele Menschen schwer durchschaubar.
Es gibt Leistungen
und Ansprüche auf Bundes-,
Landes-
und Gemeindeebene, die wenig wahrgenommen werden.
Wer seine Rechte nicht kennt, kann diese aber auch nicht einfordern.
Es bedarf daher einer weisungsfreien,
im Interesse der Betroffenen agierenden Einrichtung,
die informiert
und bei der Durchsetzung von Ansprüchen
wie auch bei der Abwehr von Schikanen unterstützt.
96 Gesundheits- und Pflegeversorgung darf kein Privileg werden
Gesundheit
und Pflege gehören zu den großen Herausforderungen unserer Gesellschaft.
Gesundheit ist nicht nur Ziel von Gesundheitspolitik,
sondern greift in viele Bereiche des Lebens ein,
welche die Lebensqualität beeinflussen.

Ob Bildung,
Wohnen,
Arbeit,
Ernährung,
Umweltschutz etc. – all diese Bereiche spielen eine maßgebliche Rolle bei der Frage,
wie krank oder gesund die Menschen sind.
Daher ist ihnen auch vor dem gesundheitspolitischen Hintergrund mehr Aufmerksamkeit zu sch
Unser Ziel ist nicht nur, dass Österreich unter anderem durch ein funktionierendes Gesundheits
sondern auch, dass die Anzahl der Jahre in Gesundheit entsprechend hoch liegt.
Auch hier hat Österreich Aufholbedarf.
Die Anforderungen an unser Gesundheitssystem werden immer größer,
viele Menschen sind unmittelbar oder mittelbar von Pflegefällen betroffen.
Die Fortschritte der Medizin,
geänderte Lebensstile
aber auch die demographische Entwicklung erfordern Strukturveränderungen auch in den polit
Denn schon jetzt gibt es Mängel.
Obwohl Österreich ein global betrachtet gutes Gesundheitssystem hat,
liegen in manchen Bereichen seit Jahren bekannte Versorgungsdefizite vor,
etwa im Bereich der Kinder- und Jugendheilkunde,
insbesondere der Kinder und Jugendpsychiatrie, wo ein Mangel an Fachärzten und –ärztinnen
und interdisziplinären ambulanten
und stationären Angeboten herrscht.
Wartezeiten von vielen Monaten bis über ein Jahr verzögern Diagnosen und Therapien.
Die Pflegeanforderungen bringen viele Familien an den Rand ihrer finanziellen Existenz.
Ob wir gesund sind und es auch lange bleiben, hängt nicht nur von unserem Lebensstil ab.
Es gibt bereits jetzt enorme Unterschiede beim Zugang zu Gesundheitsleistungen.
Vor allem das Einkommen spielt zunehmend eine Rolle,
wenn es beispielsweise darum geht Physio-
und Ergotherapie in Anspruch zu nehmen.
Wie dicht das Versorgungsnetz an Gesundheitseinrichtungen ist, ist in Österreich regional sehr
Wer in Vorarlberg lebt, kann zum Beispiel auf ein vorbildliches diagnostisches Angebot für Kind
das bei sozialem Bedarf auf den Selbstbehalt der Behandlungen verzichtet
und tragbare Wartezeiten hat.
In anderen Bundesländern Österreichs ist dies nur sehr unzureichend vorhanden.
Dieser Umstand zeigt, dass föderale Strukturen im Gesundheitsbereich eine überregionale Leis
Immer mehr Kinder und Jugendliche sind auf medizinische Unterstützung angewiesen,
die ihnen jedoch vielfach verwehrt bleibt:
Die Wartelisten für kostenlose Therapien sind lang
und private Therapien meist unerschwinglich.
Etwa 15 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Österreich brauchen für ihre Entwicklung thera
Betroffen sind Kinder und Jugendliche mit chronischen Krankheiten,
mit Entwicklungsstörungen
oder Behinderung,
mit psychischen Störungen
und Verhaltensauffälligkeiten.
Österreichweit erhalten 70.000 Kinder und Jugendliche nicht die für sie notwendige Behandlun
Kassen verweigern oft Therapien, indem kein Akutgeschehen anerkannt wird.

Oder sie behaupten, eine Heilbehandlung sei nicht 97 möglich.
Bei der Behandlung in Spitälern müssen für Kinder und Jugendliche unverständlich hohe Spitals
Auch in anderen Bereichen,
wie der Prävention,
Rehabilitation,
dem Palliativ-
und Hospizwesen,
der Zahnbehandlung
und Sehbehelfe,
sowie Kinderheilkunde
und bei psychisch erkrankten Menschen gibt es teils eklatante Versorgungslücken.
So sind psychisch kranke Personen nach wie vor gegenüber körperlich Kranken benachteiligt,
da die Leistungen der Krankenkassen bei Psychotherapien bei weitem nicht kostendeckend sin
Psychisch kranken Menschen muss es möglich sein, ohne finanzielle Hürden eine psychotherap
Doch derzeit ist der Zugang zu Psychotherapie limitiert.
In Österreich haben die registrierten Krankenstandsfälle aufgrund psychischer Erkrankung in de
(auf das 1,5-Fache!),
während im selben Zeitraum die Krankenstände allgemein gesunken sind.
Nach aktuellen epidemiologischen Studien leiden 25 Prozent einer 25- bis 45-Jährigen Großsta
und rund zehn Prozent einer ländlichen Bevölkerung über 15 Jahre an einer behandlungsbedür
Psychische Erkrankungen werden jedoch oft falsch diagnostiziert,
was ebenfalls hohe Kosten verursacht.
Ein anderer Problembereich ist die fehlende Differenzierung in der Behandlung von Frauen und
da die unterschiedlichen Lebenszusammenhänge nicht ausreichend erfasst werden.
Menschen mit Behinderungen werden auch im Gesundheitssystem ungleich behandelt.
Selbst im Bereich der stationären Versorgung ist Barrierefreiheit nicht garantiert
und die geringe Zahl an barrierefreien Praxen reduziert die freie ÄrztInnenwahl beträchtlich.
Auf die Situation hörund sprachbehinderter Menschen wird ebenso wenig eingegangen
wie auf sehbehinderte
und blinde Menschen.
Viele in Pflege-
und Gesundheitsberufen arbeitende Menschen erhalten nicht ausreichend jene Wertschätzung
Zugleich wird im Gesundheitsbereich an Personalkosten gespart
und an den laschen Regelungen für Arbeitszeiten wenig geändert.
Nach wie vor sind maximale Wochenarbeitszeiten von 72 Stunden bei ÄrztInnen erlaubt.
Im Pflegebereich sind 12 Stunden-Dienste ebenso gängig.
Trotz der steigenden Zahl an pflege-
und betreuungsbedürftigen Menschen gibt es immer noch kein Konzept für eine langfristige
und solidarische Finanzierung der Langzeitpflege.
Die Finanzierung der Pflege-
und Betreuungsleistungen wird für viele immer schwieriger.
Die meisten Pflegeheime orientieren sich viel zu wenig an den Bedürfnissen der Pflegebedürfti
und werden daher von vielen nur als letzter Ausweg gesehen.
Zu viele der rund 75.000 Menschen, die jährlich sterben, tun dies einsam,
oft unter Schmerzen,
zu Hause,
in Heimen

und Spitälern,
zu wenige sind bestmöglich betreut in Hospiz-
oder Palliativeinrichtungen untergebracht.¨
Ein Sterben in Würde mit kompetenter Betreuung
und Begleitung muss für alle, die es brauchen, in ganz Österreich flächendeckend verfügbar sei
Derzeit ist die Versorgung uneinheitlich
und wenig koordiniert,
was vor allem an der mangelnden Abstimmung zwischen den Ressorts Gesundheit und Soziales
98 Österreich erneuern:
Ein Recht auf hochwertige Gesundheitsversorgung
Wir kämpfen gegen die Zweiklassenmedizin im Gesundheitssystem,
denn jeder soll Zugang zu hochwertiger Versorgungsleistung bekommen.
Das System der sozialen Sicherheit muss zuallererst Menschen mit ihren Problemen helfen.
Wer krank ist, braucht ärztliche Hilfe.
Die Gesundheit der Kinder ist ein wichtiger Schwerpunkt.
Wächst ein Kind gesund auf, wird es später weniger krank.
Daher wollen wir Grünen das gesunde Aufwachsen fördern,
präventive Maßnahmen verbessern
– und vor allem ein ausreichendes Angebot an kostenlosen Therapien für Kinder und Jugendlich
Dafür brauchen wir immer mehr gut ausgebildetes Personal,
das den wachsenden Anforderungen an die Betreuung von Patientinnen und Patienten gerech
Dafür braucht es einen verbindlichen Finanzierungsplan, der die Benachteiligung vieler Patient
Gesundheit soll leistbar sein.
Chancengleichheit
und Solidarität können nicht kritiklos den Regeln des Marktes überantwortet werden,
sondern bedürfen einer langfristigen Finanzierungssicherheit.
Es bleibt eine Kernaufgabe des Staates eine Gesundheitsversorgung zu ermöglichen,
die einkommensunabhängig
und nicht- diskriminierenden Zugang gewährt.
Wir treten für den Grundsatz „Health in All Policies“ –
also gesundheitsfördernde Politik in allen Bereichen – ein.
Dafür ist eine inklusive,
gesundheitsfördernde Politik am Arbeitsmarkt ebenso notwendig
wie in der Armutsprävention,
in der Lebensmittelerzeugung
oder im Verkehrsbereich.
Gesunde Lebensmittel,
die aus kontrolliert biologischer Landwirtschaft stammen
und humane Arbeitsbedingungen zählen für uns ebenso
wie gerechte Entlohnung
und eine angemessene Wohnsituation zu jenen Faktoren,
die zur Gesundheit beitragen.
Was wir konkret wollen:
> Schwerpunktprogramm Kindergesundheit
Adäquate Therapien für betroffene Kinder werden kostenfrei möglich.
Ein verbindlicher Stufenplan für die rasche Beseitigung der bestehenden Versorgungsmängel
und ein nachhaltiger Finanzierungsplan verbessern das gesunde Aufwachsen

und fördern präventive Maßnahmen.
Schaffung ausreichend interdisziplinärer Therapieplätze für eine flächendeckende Therapie auf
Der Spitalkostenbeitrag für Babys und Kinder soll bundesweit abgeschafft werden,
um Familien zu entlasten.
> Psychotherapie auf Krankenschein
Körperliche
und psychische Erkrankungen werden gleich behandelt.
Der bislang begrenzte 99 Kostenersatz für psychische Therapien wird aufgehoben,
Psychotherapie auf Krankenschein für alle Lebensalter ermöglicht.
> Prävention und Hilfe für suchtkranke Menschen
Ein würdevoller Umgang mit suchtkranken Menschen wird Standard.
Menschen, die von Drogen abhängig sind, brauchen Hilfe
und keine Strafverfolgung.
Prävention,
Hilfe
und Entkriminalisierung stehen an oberster Stelle.
Drogenersatztherapien
und Drogenkonsumräume für Schwerstabhängige bringen mehr Sicherheit
und bieten professionelle Hilfe,
womit die Häufigkeit von Begleiterkrankungen
und tödlichen Zwischenfällen reduziert werden kann.
> Bessere Arbeitsbedingungen in Gesundheitsberufen
Bessere Arbeitsbedingungen,
vor allem in Spitälern, gewährleisten insbesondere für TurnusärztInnen
und Pflegepersonal eine ausgewogene Work-Life-Balance,
ausreichende Kinderbetreuungseinrichtungen
sowie international konkurrenzfähige Gehälter.
Humane Arbeitsbedingungen
und eine Ausbildung in Gesundheitsberufen, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, sind
und Beratung.
Vor allem eine stärkere Vermittlung von psychologischen
und kommunikativen Kompetenzen sind für die bestmögliche Betreuung von Patientinnen und
> Kompetenzzentren für Gesundheit
Wir bauen das Gesundheitsnetzwerk aus.
Als Basis und Drehscheibe künftiger Gesundheitspolitik werden regional adaptierte Gesundheit
und Sozialsprengel eingerichtet,
welche die Aufgaben der Pflege,
Sozialeinrichtungen,
Gesundheitsförderung,
Prävention
und Rehabilitation organisieren
und fördern.
Im niedergelassenen Bereich unterstützen wir Gruppenpraxen als wohnortnahe Kompetenzzen
interdisziplinäre Zusammenschlüsse von Gesundheitsberufen
inklusive Sozialarbeit zu Gesundheits-
und Sozialzentren
mit bedarfsorientierten Öffnungszeiten.

> Aufwertung der HausärztInnen
Durch die Schaffung des Facharztes für Allgemeinmedizin inklusive Ausbildungsreform
und die Umsetzung eines HausärztInnenmodells,
bei dem im Krankheitsfall zuallererst der/die HausärztIn aufgesucht wird,
wird ihre Rolle in der Gesundheitsversorgung aufgewertet.
Den HausärztInnen kommt dabei eine tragende,
aber mehr als bisher mit anderen Gesundheitsund Sozialberufen abgestimmte,
teamorientierte Rolle zu.
Ausreichende Finanzierung von Lehrpraxen
und die Reform der ÄrztInnenausbildung sind hierfür die grundlegenden Maßnahmen.
> Gesunde Lebensmittel
Neben der staatlich geprüften Kennzeichnung für Lebensmittel
(siehe Kapitel Bio)
ist der KonsumentInnenschutz eine wichtige Grundlage für gesunde Ernährung.
Gesetzliche Regelungen verhindern Täuschungen bei der Werbung mit Kinderlebensmittel,
problematische Lebensmittelbestandteile
(Transfett-Säuren,
Stabilisatoren,
Farbstoffe und
Konservierungs- 100 mittel)
werden mit strengen Grenzwerten
und Verboten versehen.
Kritische Nährstoffe wie Zucker,
Fett,
gesättigte Fettsäuren
und Salz werden in den Signalfarben rot,
gelb
und grün auf der Verpackungsvorderseite leicht sichtbar gemacht.
> Gesundheitsreform:
Stärkung der Bundeskompetenzen
Mit dem Beschluss der Gesundheitsreform im April 2013 hat der Nationalrat eine wichtige Wei
bei gleichzeitiger Kostendämpfung beschlossen.
Bei der Umsetzung dieser, dürfen die Einsparungseffekte jedoch nicht auf Kosten der PatientIn
Wir fordern eine Stärkung der Bundeskompetenzen im Bereich der Krankenanstalten,
dazu ist eine Verfassungsänderung notwendig.
Damit notwendige Reformen auch durchgeführt werden,
muss die derzeit verlangte Einstimmigkeit in der Bundes-Zielsteuerungskommission in eine 2/3
Ein wichtiges Ziel ist die Finanzierung des Gesundheitswesens aus einem,
von den Gebietskrankenkassen
und dem Hauptverband verwalteten Topf.
> Bioethik:
Medizin zum Schutz
& Nutzen der Menschen
Es gilt für die Zukunft sicherzustellen, dass sich die immer schnellere Entwicklung der Biologie
und Medizin
zum Nutzen
und nicht zum Schaden jetziger

– aber auch künftiger Generationen – auswirkt.
Die Diskussion über zentrale bioethische Fragestellungen ist angesichts des enormen Fortschri
und Forschung
wieder verstärkt auf politischer Ebene zu führen.
Grundlage dafür sind die Ergebnisse der Bioethik-Kommission.
> Humane Hospiz-
und Palliativversorgung
Es braucht flächendeckende,
bedarfsgerechte
und einheitliche Versorgung,
die eine humane,
professionelle Betreuung von Sterbenden
und ihrer Angehöriger ermöglicht
sowie die Umsetzung eines österreichweiten Hospizplans
und die Schaffung von Professuren für Palliativmedizin,
Schmerztherapie
und Geriatrie.
Die Hospizbetreuung muss ein Teil der „Regelfinanzierung“ werden.
Für alle Angehörigen von Sterbenden, die Familienhospizkarenz in Anspruch nehmen, ist ein ge
> ELGA im Sinne der PatientInnen gestalten
Die elektronische Gesundheitsakte (ELGA) soll unter Verfügung der PatientInnen stehen:
Sie sollen auswählen können, welches System der Dokumentation sie nutzen
und wie sie mit ihren Daten umgehen wollen.
Der PatientInnen-Nutzen ist auszubauen.
Denn aktuell sind wesentliche Erleichterungen für PatientInnen
wie etwa ein elektronischer Impfpass
oder ein Röntgenpass aus Kostengründen nicht vorgesehen.
Es herrscht ein Anspruch auf eigene Verwaltung der Gesundheitsdaten für mitversicherte Jugei
101 Pflege:
Unterstützung für Betroffene
und Angehörige Pflegebedürftige
Menschen aller Altersstufen werden oft zu Hause durch Angehörige
oder Beziehungspersonen betreut.
Es sind zu 80 Prozent Frauen, die diese schwere Aufgabe übernehmen.
Diese Menschen sollen bestmöglich unterstützt,
entlastet
und auch abgesichert werden
(z. B. indem die Pflegezeit auf die Pension angerechnet wird).
Soziale Dienste
und (teil-) stationäre Angebote sind auszubauen
und zu modernisieren.
Etwa durch innovative Betreuungsmodelle wie Haus-
und Wohngemeinschaften, die älteren Menschen das bieten, was ihnen am liebsten ist:
möglichst weitgehend ein „Leben wie gewohnt“.
Pflegende Angehörige können neben der aufwändigen Betreuungs-
und Pflegearbeit oft keiner Erwerbstätigkeit nachgehen.
Das Pflegegeld ist nur ein kleiner Zuschuss zum tatsächlichen Aufwand.

Daher sind viele Familien,
Partnerschaften
und Beziehungen, in denen pflegebedürftige Menschen leben, von Armut
und sozialer Ausgrenzung bedroht.
Besonders gefährdet sind Alleinerziehende
und Familien mit schwer behinderten Mitgliedern mit hohem Pflegebedarf.
In den vergangenen 20 Jahren hat das Pflegegeld einen Wertverlust von mehr als 20 Prozent e
Eine Entwicklung, die den stetig steigenden Kosten der Pflege nicht gerecht wird.
Für professionelles Pflegepersonal wird ein neues Rollenbild geschaffen werden,
das interdisziplinäre
und teamorientierte Formen der Pflege und Betreuung fördert.
Vor allem für zunehmend älter werdende Menschen wird der Bedarf an qualifizierter Betreuun
oder in Institutionen höher.
Unsere letzte Lebensphase soll positiv
und bei gleichzeitig optimalem Erhalt der unterschiedlichen Fähigkeiten erlebt werden können
In der letzten Phase unseres Lebens braucht es bundesweite Versorgung und Betreuung von s
und sterbenden Menschen.
Ob zu Hause
oder in Pflegeheimen:
Altern in Würde soll in ganz Österreich möglich sein.
Obwohl alle in den gleichen Steuertopf einzahlen,
entscheidet derzeit die Postleitzahl des Wohnortes über das Ausmaß,
die Kosten
und die Qualität der Leistungen die Pflegebedürftige erhalten.
In der Steiermark müssen nach Wiedereinführung des Angehörigen-Regresses
sogar die Kinder für die Pflegeheimkosten ihrer Eltern aufkommen.
Was wir konkret wollen:
> Qualitätsvolle Altersversorgung
und Pflege
Pflege-
und betreuungsbedürftige Menschen haben in ganz Österreich ein Recht auf qualitätsvolle Bet
Ein schneller
und massiver Ausbau des Angebots im ambulanten,
teilstationären
(Tages-,
Nachtbetreuung,
Urlaubsbetreuung)
und stationären Bereich soll in allen Bundesländern einheitliche,
qualitätsgesicherte Leistungen zu leistbaren Tarifen fördern.
Dieses Angebot der sozialen Dienste soll so flexibel wie die individuellen Bedürfnisse der pflege
und ihrer Angehörigen sein.
Nur über eine langfristig gesicherte
und soziale Finanzierung der Pflege
schaffen wir würdevolle Umstände im Alter.
102 > Jährliche Anhebung des Pflegegeldes
Die jährliche Wertanpassung des Pflegegeldes stellt die Finanzierbarkeit von Pflegeleistungen s
und erhöht die soziale Sicherheit für pflegende Angehörige.

> Solidarische Finanzierung durch den Pflegefonds
Ein bundesweites Gesamtkonzept setzt die Rahmenbedingungen für die Pflege und Betreuung,
wie etwa gemeindenahe Wohn- und Betreuungsmodelle,
Tageszentren,
Kurzzeitpflege,
die Unterstützung für pflegende Angehörige.
Altern in Würde soll jedem Menschen in Österreich möglich sein.
Der Pflegefonds ist für die bundesweit einheitliche Verwaltung der Geldleistungen
und die Versorgung von Pflegebedürftigen zuständig.
Damit ist eine transparente Kontrolle
und Steuerung
sowie langfristig gesicherte Finanzierung der Pflege garantiert.
> Pflegende Angehörige unterstützen
Flächendeckende unabhängige Beratungsstellen unterstützen pflegebedürftige Menschen
und deren Angehörige.
Zur Entlastung pflegender Angehöriger gibt es die Möglichkeit pflegefreier Tage.
An diesen Tagen gewährleistet die öffentliche Hand die Pflege und Betreuung.
Es braucht eine flexiblere Gestaltung der Geldleistung aus dem Unterstützungsfonds für Pflege,
um bei Verhinderung pflegender Angehöriger (Krankheit, Urlaub, …) professionelle oder privat
Rechtsanspruch auf Pflegekarenz bzw. Pflegeteilzeit mit adäquater finanzieller Unterstützung.
103 Barrieren abbauen
Rund 1,6 Millionen Menschen in Österreich leben mit Behinderungen.
Auch wenn es viele verdrängen:
JedeR von uns kann heute
oder morgen einen Unfall haben
und von einer Behinderung betroffen sein.
Menschen mit Behinderung werden noch immer durch Gesetze, deren Auswirkungen und durc
Zwar hat Österreich im Jahr 2008 die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behin
und sich damit völkerrechtlich zu ihrer Umsetzung in sämtlichen Gesellschaftsbereichen verpfl
Doch bis zum Beschluss einer Strategie zur Umsetzung benötigte die österreichische Bundesreg
Zur Umsetzung selbst fehlen noch viele Maßnahmen,
um Barrierefreiheit in allen Bereichen zu realisieren.
Barrierefreiheit beginnt in den Köpfen.
Das heißt, behinderte Menschen müssen in den Bereichen Wohnungsbau,
Verkehr,
Schule/Bildung/Berufsausbildung
und Arbeitsplatz von Anfang an „mitgedacht werden“.
Wichtig ist auch, Vorurteilen gegenüber behinderten Menschen durch öffentlichkeitswirksame
und Einbeziehung Betroffener entgegenzuwirken.
Neben den bestehenden baulichen Barrieren sind der erschwerte Zugang zu Kommunikationsm
und Informationen
oder bestehende Vorurteile zwei Beispiele für soziale Barrieren,
die oft weitere Hindernisse für behinderte Menschen darstellen.
Dabei können hier Brailleschrift,
Gebärdensprachen,
Lormen
und andere Formen assistierter Kommunikation Abhilfe schaffen.

Für Gehörlose,
hör-
oder sprachbehinderte Menschen gibt es noch immer keine gleichwertige Möglichkeit, in Gefal
die Feuerwehr
oder die Rettung barrierefrei anzurufen.
Von einer echten Integration am Arbeitsmarkt sind wir noch weit entfernt.
Die Arbeitslosenrate bei Menschen mit Behinderung ist um mehr als 50 Prozent höher als jene
und weist steigende Tendenz auf.
Auch sind Menschen mit Behinderungen im Vergleich länger arbeitslos
und der Anteil der BezieherInnen von Notstandshilfe ist wesentlich höher
(70 Prozent gegenüber 43 Prozent).
Besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind behinderte Frauen.
Noch immer kommt nicht einmal ein Viertel der rund 17.000 einstellungspflichtigen Betriebe ih
Auch die Ministerien kommen ihrer Einstellungspflicht
und damit ihrer Vorbildwirkung nur teilweise nach.
Persönliche Assistenz ist eine Grundvoraussetzung,
damit Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben führen können
und ein entscheidender Beitrag zum barrierefreien
und inklusiven Genuss aller Menschenrechte.
Die Persönliche Assistenz ist in Österreich dennoch die Ausnahme.
Nur etwa 1.000 Menschen konnten sie 2011 in Anspruch nehmen,
obwohl einzelne Bundesländer bereits seit Mitte der 1990er-Jahre Systeme für Persönliche Ass
Hingegen leben mindestens 15.000 behinderte Menschen in Heimen
oder anderen stationären Einrichtungen
– Tendenz weiter steigend.
Die Zersplitterung der Kompetenzen trägt 104 maßgeblich dazu bei.
Persönliche Assistenz am Arbeitsplatz fällt in die Zuständigkeit des Bundes,
Persönliche Assistenz in der Freizeit hingegen in jene der Länder.
Umfang und Zugang zur Persönlichen Assistenz sind je nach Bundesland sehr unterschiedlich ge
Österreich erneuern:
Für ein selbstbestimmtes Leben
Wir wollen ermöglichen, dass Menschen mit Behinderung die volle Teilhabe an der Gesellschaf
und Barrierefreiheit nach den Grundsätzen von Selbstbestimmung
und Wahlfreiheit in allen Lebenslagen umsetzbar gemacht wird.
Inklusion,
vor allem durch einen gleichberechtigten Bildungszugang von Kindern
und Erwachsenen mit Behinderung, ist ein wichtiges Leitbild unserer Politik.
Der gleichberechtigte Bildungszugang für Kinder
und Erwachsene mit Behinderung gehört dazu.
Menschen mit Behinderungen werden an der Inanspruchnahme von öffentlichen Einrichtunge
wie z. B. öffentliche Verkehrsmittel
und Gebäude,
Geschäfte,
Kinos,
Gaststätten,
Hotels,
Bildungseinrichtungen nicht weiter gehindert.

Barrierefreie Wohnungen sind keine Mangelware mehr.
Blinde
und gehörlose Menschen werden nicht mehr von der Kommunikation ausgeschlossen.
Ein bedarfsgerechtes Pflegegeld
und persönliche Budgets ermöglichen die Finanzierung von Pflege,
Betreuung
und persönlicher Assistenz.
Ziel einer emanzipatorischen Politik für Menschen mit Behinderungen ist eine gleichberechtigt
kulturellen
und politischen Leben.
Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft
durch Information
trägt zur gegenseitigen Akzeptanz
und Integration bei.
Damit wird die Lebensqualität für Menschen mit Behinderung erhöht
und zugleich das Armutsrisiko gesenkt.
Was wir konkret wollen:
> Umgehende Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
Bis zum Jahr 2020 werden die Inhalte der UN-Behindertenrechtskonvention mit bundesweit ei
Die Finanzierung der Maßnahmen wird langfristig gesichert.
> Ein Notruf für alle Menschen
Der Europäische Notruf 112 wird barrierefrei zugänglich gemacht
und ist damit nicht nur unter Verwendung der Stimme nutzbar.
Die Telefonvermittlungszentrale hat rund um die Uhr kostenlos zur Verfügung zu stehen,
um Notrufe entgegennehmen zu können.
Die technischen Voraussetzungen zur Umsetzung sind gegeben.
Die rechtliche Grundlage wird per Gesetz geschaffen.
Die Finanzierung der Telefonvermittlungszentrale erfolgt durch die Telekomanbieter
– gegebenenfalls unter Beteiligung des Staates.
105 > Inklusive Bildung Kindergärten
und Schulen schaffen die Voraussetzungen für den Inklusiven Unterricht,
also die volle Teilhabe am Schulleben für Kinder mit Behinderungen.
> Bundesweites Behindertengleichstellungsgesetz
Die Einführung eines bundesweiten Behindertengleichstellungsgesetzes stellt die Gleichstellun
und nichtbehinderten Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens sicher
und ist auch einklagbar.
> Chancengleichheit am Arbeitsmarkt
Die Beschäftigungsoffensive (samt Bereitstellung entsprechender Mittel)
für einen inklusiven Arbeitsmarkt wird weiterentwickelt;
bei Stellenausschreibungen werden gezielt Menschen mit Behinderungen angesprochen.
Somit schaffen wir die gezielte Heranführung an den Arbeitsmarkt.
Eine Sozial-,
Kranken-
und Pensionsversicherung für Menschen, die in der Beschäftigungstherapie arbeiten, schaffen
Ein Freikaufen von der von der Behinderteneinstellungspflicht für den öffentlichen Bereich ist n
Die Ausgleichszahlungen für Unternehmen, die trotz Verpflichtung keine Menschen mit Behind
Das Bundessozialamt wird als Kompetenzzentrum

und Informationsdrehscheibe für Menschen mit Behinderung
und Betriebe, die behinderte Menschen einstellen, etabliert.
Fahrtendienste werden leistbar
und unbürokratisch zur Verfügung gestellt.
> Rechtsanspruch auf persönliche Assistenz:
Selbstbestimmtes Leben für alle
Als Ergänzung zur Bundesrichtlinie für Arbeitsassistenz wird eine bundesweit einheitliche, bedarfsgerechte
und einkommensunabhängige Regelung für Persönliche Assistenz im Freizeitbereich eingeführt
um die Wahlfreiheit der Lebens-
und Wohnform für behinderte Menschen sicherzustellen.
Mit einem gesetzlich verankerten Rechtsanspruch wird persönliche Assistenz gewährleistet.
Die Finanzierung der Persönlichen Assistenz erfolgt als Geldleistung über Persönliche Budgets.
Die Persönliche Assistenz kann in Form des ArbeitgeberInnenmodells
oder alternativ durch Assistenzgenossenschaften organisiert werden.
106 Sport verbindet Bewegung ist lebenswichtig;
Sport ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft,
der Menschen über bestehende Grenzen und Barrieren hinweg verbindet.
Sportpolitik definiert sich nicht in erster Linie über die Erfolge im Spitzensport,
auch wenn dieser viel öffentliche Aufmerksamkeit erhält,
sondern über die Zugänge
und Möglichkeiten für jeden, Sport zu treiben.
In erster Linie sollen Kinder und Jugendliche in den Schulen zu Bewegung und Sport motiviert
Talente werden gefördert und,
wenn sie es wollen, auch zum Spitzensport hingeführt werden.
Aktuell betreiben nur mehr 28 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Österreich regelmäßig S
Die österreichische Sportförderung ist extrem strukturkonservativ.
Daran wird auch das neue Bundessportförderungsgesetz nichts ändern.
Der beste Beleg dafür war die Aussage des Sportministers bei der Beschlussfassung:
Es handle sich um die größte Reform im österreichischen Sport
und er sei stolz darauf, dass niemand weniger bekomme als vorher.
Wenn es nicht mehr Geld gibt
und niemand weniger erhält, wo bleibt dann die große Reform.
Alles fließt in die Dachverbände
(AS KÖ, Union, AS VÖ)
und die Fachverbände;
erfolgreiche Arbeit wird nicht honoriert.
Nach wie vor steht die Gießkanne im Mittelpunkt.
Es ist kein Wunder, dass sich Ikonen des österreichischen Sport wie Thomas Muster
oder Judo-Doppelolympiasieger Peter Seisenbacher unter diesen Bedingungen nicht engagiere
oder ins Ausland gegangen sind.
Der sportlichen Ausbildung der LehrerInnen wird in den Volksschulen nur wenig Beachtung ges
Im Gegensatz zu anderen Fächern wie Werken
oder Religion unterrichten beim Sport keine eigens ausgebildeten LehrerInnen.
Volksschullehrer erhalten lediglich eine kurze Basisausbildung für den Turnunterricht.
Ausgebildete SportlehrerInnen können aber besser einschätzen, welche Bewegungsabläufe für
und welche Sportarten in welchem Alter ausgeübt werden sollen

bzw. welche Gefahren zu berücksichtigen sind.
Auch hier gilt: eine gute Ausbildung ist die beste Investition in die Zukunft.
Was wir konkret wollen:
> Gemeinsame Nutzung
Sportstätten von Schulen
und Vereinen
Schulen werden in Zukunft mehr Sportaktivitäten anbieten
– die sog. tägliche Turnstunde wird dazu beitragen.
Neben der Neuerrichtung von Sportstätten stellt die Kooperation zwischen Vereinen und Schul
um eine bessere Nutzung der bestehenden Infrastruktur zu ermöglichen.
Schulische Sportsstätten sollen z. B. während der Ferien genutzt werden können.
> Innovative Ideen fördern
– Österreichs Sportidole einbinden
Neben den gewachsenen Strukturen durch die Sportförderung
werden endlich auch innovative Projekte abseits der Verbände gefördert.
Nur so wird es gelingen, die Größen des österreichischen Sports auch nach ihrer Karriere zu ein
und ihr Know- How für den Nachwuchs zu nutzen.
107 > Ausgebildete SportlehrerInnen an Volksschulen
Bereits in der Volksschule werden für den Sportunterricht nur LehrerInnen eingesetzt werden,
> Behindertensport noch besser unterstützen
Der Behindertensport gibt den Aktiven eine neue Perspektive
und Spitzensportlern die Gelegenheit, erfolgreich zu sein.
Österreichische SportlerInnen können hier viele Erfolge,
etwa bei den Paralympics, vorweisen.
> Umwelt-
und Nachhaltigkeitskriterien für Sport-Großveranstaltungen
Bei Sport-Großereignissen werden Kriterien für Umweltschutz
und Nachhaltigkeit
(z. B. auch für langfristige Sportstätten-
und Infrastrukturnutzung) verstärkt berücksichtigt.
108 Nicht die Herkunft zählt, sondern die Zukunft!
Vielfalt im Alltagsleben
und das Miteinander verschiedener Sprachen
und Kulturen hat in Österreich lange Tradition.
Schon die Habsburgermonarchie war ein Vielvölkerstaat
und Wohnort von Millionen Personen unterschiedlicher Nationalität.
Österreich ist – wie die meisten anderen Industriestaaten auch
– ein Einwanderungsland.
Angesichts der langfristigen Bevölkerungsentwicklung,
sinkender Geburtenraten bei zugleich längerer Lebenserwartung ist Zuwanderung auch sozial
und wirtschaftlich ein wichtiges Thema.
Die Diskussion über „Ausländer“ und Zuwanderung in der Politik wird jedoch oft sehr einseitig
und emotional geführt.
Statt die Potenziale der Zuwanderung
und unserer vielfältigen Gesellschaft
(wie z.B. Sprachen,
Ideenreichtum,

Wirtschaftsvorteile)
für die Zukunft zu nutzen, wird oft Angst geschürt
und das Fremdsein betont.
Doch auch wenn nicht alle Menschen in unserem Land eine gemeinsame Herkunft haben, so te
Nur gemeinsam können wir bestehende Probleme lösen.
Alle Menschen, die in Österreich leben, sollen die Chance haben ihre Potenziale voll zu entfalte
Dazu braucht es Chancengleichheit,
Mitbestimmung
und Anerkennung.
Unsere Institutionen und Behörden sind aber immer noch nicht für jeden gleich zugänglich.
Bei Ausbildung,
Jobchancen
und Wohnungssuche begegnen viele mehrsprachige Menschen nach wie vor Barrieren.
Mehr Chancengleichheit
und bessere Förderung der Mehrsprachigkeit machen uns zu einer starken,
inklusiven Gemeinschaft.
MigrantInnen sind Teil unserer Gesellschaft.
Über zehn Prozent der österreichischen Bevölkerung sind – zumindest auf dem Papier – Nichtö
Sei es, weil sie zugewandert sind
oder weil sie hier geboren wurden
aber aufgrund des Abstammungsrechts keine österreichische Staatsbürgerschaft erhalten.
Denn nur, wer von österreichischen Eltern abstammt
und nicht, wer in Österreich geboren wird und hier aufwächst, gilt als österreichische/r Staatsb
Viele fühlen sich selbst aber nicht als MigrantIn
sondern als WienerIn,
OberösterreicherIn,
TirolerIn,
vor allem, wenn sie in Österreich geboren
oder aufgewachsen sind.
Ihre Rechte sind jedoch eingeschränkt.
Sie müssen sich erst mit hohem Aufwand
und Kosten einbürgern lassen.
Sachliche Diskussionen über unsere gemeinsame Zukunft werden häufig erschwert,
wenn in der politischen Auseinandersetzung alles in einen Topf geschmissen wird.
Es muss differenziert werden zwischen dem Grundrecht auf Asyl bei Verfolgung
(Asylberechtigungen)
und der regulären Zuwanderung
(Arbeitsmigration
und Familienzusammenführung).
Weil sich Asyl,
Familienzusammenführung
und humanitäres Bleiberecht aus Menschenrechten ergeben
(Recht auf Leben,
Recht auf Privat-
und Familienleben)
lassen sie sich nicht durch Quoten steuern.
Nur die Arbeitsmigration ist steuerbar.

Wir leben heute in einer Gesellschaft, in der internationale Mobilität im Erwerbsleben
und damit Wanderung normal ist.
Die jahrzehntelange Anwerbung von GastarbeiterInnen durch die 109 Regierung hat Gesellsch
und die österreichische Arbeitswelt verändert
und vielfältiger gemacht.
Gleichzeitig soll nun die Arbeitsmigration mit der rot-weiß-rot Karte
vor allem auf Hochqualifizierte
sowie Fachkräfte eingeschränkt sein.
Damit ist eine Zuwanderung als normaler ArbeiterIn
oder Angestellte/r kaum mehr möglich.
Diese werden in befristete Saisonnier-Jobs gedrängt,
die sie ständig aus gepackten Koffern leben lassen.
Damit werden für große Personengruppen prekäre,
familienfeindliche Verhältnisse geschaffen.
Gleichzeitig leben bereits viele Menschen im Land, deren Potenziale brachliegen
oder verlorengehen,
weil viele mitgebrachte Qualifikationen in Österreich nicht anerkannt werden.
Eine weitere prekäre Gruppe sind Menschen ohne Aufenthaltsrecht.
Sie sind Realität.
Allein in der EU soll es bis zu 8 Millionen Betroffene geben.
Wir brauchen sinnvolle Strategien und Konzepte, wie damit umzugehen ist.
Ziel muss es sein Menschen aus dem Status der Irregularität hinauszuführen,
denn in ihrer prekären Lage sind sie
(z. B. von Arbeit-
und Quartiergebern) ausbeutbar.
Unser jetziges Bleiberecht könnte diesen Menschen helfen,
ist aber sehr restriktiv:
Nach wie vor werden jeden Monat integrierte Personen
und „Musterfamilien“ ausgewiesen
weil sie kein Aufenthaltsrecht bekommen.
Kinder
und NachbarInnen, die nach vielen Jahren in Österreich Teil unserer Gesellschaft sind,
werden aus dieser Gemeinschaft herausgerissen.
Immer mehr ÖsterreicherInnen wehren sich dagegen
und damit auch gegen die absurden Regeln:
denn trotz Arbeit,
Deutschkenntnissen
und Kindern, die hier aufgewachsen sind,
bekommen viele Menschen keine Chance auf ein Bleiberecht.
Nicht nur das Zuwanderungsrecht,
auch die österreichischen Asylbestimmungen
und Asylpraxis sind seit Anfang der Neunziger Jahre immer wieder verschärft worden.
Menschenrechtliche Standards kommen dabei immer wieder zu kurz.
Das Recht auf Asyl ist kein Teil der Einwanderungspolitik,
sondern ein Grundrecht.
Eine Entscheidung darüber, ob jemand als Flüchtling gilt oder nicht, ist in einem rechtsstaatlich
und möglichst rasch zu treffen.

Derzeit sitzen immer noch viele Menschen in Asylverfahren fest, die drei bis fünf und mehr Jah
In der Zwischenzeit haben diese Menschen sich bereits hier eingelebt,
sind aber zur Untätigkeit verdammt,
denn sie dürfen meistens gar nicht arbeiten.
Asyl,
Migration
und Zusammenleben sind Themen, die viele Herausforderungen mit sich bringen.
Diese sollten wir offen ansprechen
und konkrete,
pragmatische Lösungen finden.
Solche konkreten Lösungen schlagen die Grünen seit Jahren vor.
Sinnlose Verschärfungen von „Fremdengesetzen“ lösen diese Probleme nicht,
denn dann dürfte Österreich seit Jahren vor lauter Gesetzesverschärfungen kein einziges Probl
Österreich erneuern:
Ein menschenwürdiges As yl- und Fremdenrecht Österreich hat im Jahr 1954 die Genfer Flücht
Damit sind durch internationales Recht klare Regeln beim Asyl vorgegeben:
Wer verfolgt wird, muss Schutz be- 110 kommen.
Ein menschenwürdiges Asyl-
und Aufenthaltsrecht für jene Personen, denen politische Verfolgung in ihren Herkunftsländerr
offenen Gesellschaft.
Die österreichischen Asylbestimmungen
und auch die Asylpraxis sind jedoch seit Anfang der 90er Jahre immer wieder verschärft worde
Wir wollen Sicherheit für verfolgte Menschen
und menschenwürdige Strukturen schaffen.
Während des Asylverfahrens braucht es eine Existenzsicherung für mittellose AsylwerberInnen
da diese nicht arbeiten dürfen.
Grundversorgung braucht immer auch eine umfassende Betreuung
(rechtlich,
sozial,
psychologisch,
medizinisch),
da sich die Betroffenen in Notlagen
bzw. auch psychischen Ausnahmesituationen befinden.
Um eine menschenwürdige Betreuung sicherzustellen
braucht es geschultes Betreuungspersonal
und die entsprechenden Strukturen.
Gerade die Missstände der letzten Monate bezüglich Unterbringung,
bei denen unzumutbare Zustände in mehreren AsylwerberInnenheimen festgestellt wurden
(keine Heizung im Winter,
schimmliges Essen,
baufällige Gebäude) zeigen,
dass ein österreichweiter Mindeststandard in der Unterbringung
und die Einhaltung dessen notwendig ist.
Beim Schutz der Grundrechte geht es um Rechte von uns allen.
Zudem braucht es angemessene Ressourcen,
um Asylverfahren von gut qualifiziertem Personal in möglichst kurzer Zeit durchzuführen.
Dauert das Verfahren länger als ein halbes Jahr, brauchen AsylwerberInnen die Möglichkeit zu

damit sie sich selbst erhalten können
und sinnvoll in die Gesellschaft eingebunden werden.
Die oft jahrelange,
erzwungene Untätigkeit führt sonst oft zu Verlust von Qualifikationen,
Isolation
und Depressionen.
Was wir konkret wollen:
> Faires,
geordnetes Asylverfahren innerhalb von sechs Monaten
Mehr qualifizierte BeamtInnen in der Erstbehörde
und eine Abteilung für Qualitätssicherung unterstützen die Verfahren.
Auch die unabhängige Zweitbehörde (II. Instanz) wird entsprechend gut ausgestattet.
Qualitätsvolle Verfahrensabschlüsse werden nach sechs Monaten möglich.
> Menschenwürdige Bedingungen Schutz
und professionelle Betreuung statt
Schubhaft für AsylwerberInnen,
insbesondere für Minderjährige.
Keine Lagerhaft für Neuankommende
und Zugang zu einer unabhängigen Rechtsberatung während des Asylverfahrens.
Es gibt einen Abschiebeschutz für Traumatisierte.
Abschiebungen während laufendem Berufungsverfahren sind unzulässig.
> Aktive EU-Asylpolitik 108
Das Abschotten der EU als „Festung Europa“ hat ein Ende. 108
Unterstützung von EU-weiten verbindlichen,108
gemeinsamen Menschenrechtsstandards im Asylverfahren108
durch eine aktive EU-Asylpolitik Österreichs. 108
Das System Dublin – das EU-Einreiseland des Schutzsuchenden ist für das Asylverfahren zustän
was zur krassen Ungleichverteilung von ankommenden AsylwerberInnen führt – wird zugunste
111 > Ordentliche Versorgung von AsylwerberInnen
Die Grundversorgung folgt einem österreichweiten Mindeststandard,
Unterbringungen werden kontrolliert.
Notwendige Betreuung
(rechtlich,
sozial,
psychologisch,
medizinisch) ist durch geschultes Betreuungspersonal
und entsprechende Strukturen sicherzustellen.
Vor allem Spezialeinrichtungen für Traumatisierte
und unbegleitete Minderjährige werden geschaffen.
Es braucht ein rechtsstaatliches Verfahren, wenn Grundversorgung verweigert wird.
Dies verlangt die EU Aufnahmerichtlinie, also geltendes EU-Recht. 108
> Arbeitsmarktzugang¨
AsylwerberInnen erhalten nach spätestens sechs Monaten Verfahrensdauer die Möglichkeit, s
AsylwerberInnen sollen ihre Kenntnisse
und Fertigkeiten in Österreich auch einsetzen können.
Nicht nur im Sinne einer „Beschäftigungstherapie“,
sondern auch um sich besser selbst erhalten zu können

und bei länger andauernden Verfahren nachher bessere Zukunftschancen zu haben.
> Unterstützung für Hilfsorganisationen
Hilfsorganisationen benötigen entsprechende Mittel, um AsylwerberInnen zu helfen.
Sie sind oft die einzigen Stellen, mit denen AsylwerberInnen in Kontakt kommen.
Keinesfalls dürfen deren MitarbeiterInnen
oder helfende Angehörige kriminalisiert werden.
> Ergänzender Ausbau der unterstützten
und freiwilligen Rückkehr
Menschen, die hier keine Perspektive finden können, sollen im Falle der Rückkehr wieder eine
Das können individuelle Hilfen
(z. B. Ausbildung) sein.
Das kann auch die Verbesserung von Strukturen in den Herkunftsländern der Betroffenen im W
Pilotprojekte gibt es bereits.
Zusammenleben auf Augenhöhe
– Einwanderung ist Realität
Österreich ist ein Einwanderungsland.
In der gesamten EU 108
und in weiten Teilen der Welt sind Ein- und Auswanderung Normalität.
Die Grünen stehen für proaktive Zuwanderungspolitik,
die nicht nur an der Wirtschaft,
sondern auch am Menschen orientiert ist.
Menschen, deren Familienangehörige rechtmäßig hier leben, sollen ohne bürokratische Hinder
oder Schikanen einwandern dürfen.
Durch transparente, klare Einwanderungsverfahren im Rahmen der Arbeitsmigration wird es Z
ihre Zukunft
und ihr Leben in Österreich zu planen.
Der größte Teil der Zuwanderung nach Österreich kommt aus der EU
und kann daher nicht wirklich gesteuert werden.
Für den verbleibenden Teil von weniger als 10 Prozent, der noch regelbar ist, haben die Grüner
Es sieht ein klares Punktesystem mit Berücksichtigung verschiedener Eigenschaften
und Fähigkeiten vor
– wie Ausbildung,
Berufserfahrung,
Sprachkenntnisse
und Verwandtschaft in Österreich.
Das Prinzip dieses Grünen Modells
– die Berücksichtigung von Berufsausbildung,
Berufserfahrung
und Sprachkenntnisse –
hat die Bundesregierung vor zwei Jahren mit der rot-weiß-rot-Karte übernommen.
Würde die rot-weiß-rot Karte nicht nur hohe 112 Qualifikationen sondern mehrere,
unterschiedliche Fähigkeiten
und Eigenschaften berücksichtigen,
wäre das für alle Bereiche der österreichischen Gesellschaft ein Gewinn.
Eine zweijährige Integrationsbegleitung vom ersten Tag an hilft zugewanderten Menschen zud
sich rasch zu orientieren
und am alltäglichen Leben teilnehmen zu können.

Wir wollen unsere gemeinsame Zukunft proaktiv gestalten
statt nur über Jahre der verpassten Maßnahmen für ein besseres Zusammenleben zu jammern
Es liegt an der Politik und uns allen, das Zusammenleben für alle gut zu gestalten.
Dazu braucht es mehr Chancengleichheit
und Begegnung auf Augenhöhe.
Gleiche Rechte für gleiche Pflichten,
Förderung der Mehrsprachigkeit
sowie der Potenziale aller, die in Österreich leben,
sind unabdingbar für ein gleichberechtigtes,
gutes Zusammenleben.
Was wir konkret wollen:
> Integrationsprogramm ab dem ersten Tag
Ein Integrationsprogramm für NeuzuwanderInnen vom ersten Tag an
sowie Programme für länger in Österreich lebende MigrantInnen sorgen dafür,
dass MigrantInnen sich im österreichischen Alltag gut zu Recht finden
und teilhaben können.
Zum Startprogramm gehört z. B. die Auseinandersetzung mit dem Alltag,
etwa wie man in Österreich einen Arzt/eine Ärztin besucht,
wie das Schulsystem ausschaut,
wie man mitgebrachte Qualifikationen anerkennen lassen
und ausbauen kann.
Sprach-kurse
sowie Programme, die MigrantInnen und Nicht-MigrantInnen zusammenbringen,
tragen dazu bei, erworbene Sprachkenntnisse im Alltag zu festigen
und das Zusammenwachsen zu fördern.
> Verbessertes Angebot an Deutschkursen
Leistbare
und flächendeckende Deutschkurse mit Kinderbetreuung
sowie Auffrischungskurse danach helfen,
die erworbenen Sprachkenntnisse im Alltag zu festigen.
Mehrsprachigkeit wird gefördert.
> Mehr Kindergartenplätze
und ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr
Alle Kinder besuchen spätestens ab vier Jahren den Kindergarten.
Damit werden Kinder unabhängig von ihrer Muttersprache früh gefördert,
gemeinsam sozialisiert
und lernen von klein auf das Zusammenleben¨
(siehe auch Kapitel Bildung).
> Wer rechtmäßig in Österreich lebt, soll auch arbeiten dürfen
Es gibt nur mehr ein Gesetz, das Aufenthalt
und Arbeit in einem regelt.
Es erlaubt grundsätzlich allen, die rechtmäßig hier leben auch zu arbeiten.
Mitgebrachte Kenntnisse
und berufliche Qualifikationen von ZuwanderInnen werden rascher anerkannt.
Sonderregelungen für Saisonarbeit sind integrationsfeindlich
und werden abgeschafft.
> Stärkung der Mädchen und Frauen für ein selbstbestimmtes Leben

Die gesellschaftliche Ächtung von Gewalt gegen Frauen wird durch Empowerment,
Mädchenprojekte
und Förderung von Frauenberatungsstellen vorangetrieben.
Nachgezogene 113 Familienmitglieder/Ehefrauen bekommen endlich ein wirklich eigenständig
unabhängig vom Ehepartner,
um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können.
> Familiennachzug ermöglichen
Familienleben ist ein Menschenrecht
und soll daher nicht länger von Quoten,
Schikanen
oder willkürlichen Einkommensgrenzen abhängen.
Familien sollen das Recht haben, ohne lange Wartezeit
und jahrelange Verfahren zusammenzuleben.
> Ein faires Bleiberecht
Ein faires Bleiberecht verhindert, dass funktionierende Gesellschaften gespalten werden.
LangzeitasylwerberInnen, die seit über fünf Jahren in Österreich leben, hier Wurzeln geschlage
> Staatsbürgerschaftsrecht modernisieren
Wer hier geboren wurde
und hier rechtmäßig lebende,
niedergelassene Eltern hat, erhält die Staatsbürgerschaft.
Die Einbürgerung der hier aufgewachsenen „zweiten Generation“ wird erleichtert.
Die im europäischen Vergleich extrem lange Einbürgerungsfrist wird auf fünf Jahre verkürzt,
Doppelstaatsbürgerschaften werden,
wie auch in anderen Ländern, zur Normalität.
114 AuSSenpolitik:
Frieden,
Menschenrechte,
Freiheit
und globale Gerechtigkeit stärken
Ob Klimakrise oder Ressourcenkonflikte,
Welternährung
oder Finanz-
und Wirtschaftskrise.
Globale Probleme brauchen gemeinsame Lösungen.
Frieden,
Gerechtigkeit
und Freiheit stehen allen Menschen gleichermaßen zu.
Nur gemeinsam können wir einen nachhaltigen Umgang mit globalen öffentlichen Gütern errei
Österreichische Regierungen der letzten Jahre haben sich leider von nennenswerten außenpoli
Es wird Zeit, das außenpolitische Profil wieder zu stärken.
Hungerkatastrophen,
Klimawandel
und Wirtschaftskrisen treffen die Ärmsten der Armen besonders hart
. Industrienationen, die wie Österreich in relativ hohem Wohlstand leben,
haben eine besondere Verantwortung, einen angemessenen Beitrag zur internationalen Entwi
und die Krise der Entwicklungsstaaten durch ihr wirtschaftliches
und politisches Handeln nicht zu verstärken. ¨

Die Bundesregierung zeigt derzeit zu wenig globale Verantwortung.
In den vergangenen Jahren ist der Beitrag unseres Landes zur weltweiten Armutsbekämpfung
Die Bundesregierung kürzt insbesondere dort, wo die Mittel am dringendsten notwendig sind
– nämlich in der unmittelbaren bilateralen Zusammenarbeit mit Partnerländern.
Obwohl sich Österreich verpflichtet hat, mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommer
Außerdem wird die österreichische Entwicklungszusammenarbeit im Moment von sieben Mini
Es gibt keine Langzeitstrategie,
keine durchdachte Verteilung von Mitteln,
keinen Diskussionsprozess zur Schwerpunktsetzung.
Um Wirkung zu erzielen, muss es eine gemeinsame,
langfristige Strategie geben,
die für eine aufeinander abgestimmte Entwicklungspolitik sorgt.
Österreich erneuern:
Ein klares Profil für Österreichs AuSSenpolitik Durch eine eigenständige,
selbstbewusste Außenpolitik
gestalten wir gemeinsam mit unseren internationalen Partnern
die europäische 108
wie die globale außenpolitische Agenda.
Die Verteidigung von Menschenrechten
und Gleichberechtigung
sowie die Förderung von Demokratie
und Frieden sind wesentliche Zielsetzungen.
Unabhängig davon, ob Russland,
Saudi-Arabien,
China
oder die USA am anderen Ende des Tisches sitzen.
Wir treten ein für eine globale Klima-,¨
Energie-
und Umweltpolitik,
weil wir in einer globalisierten Welt die Herausforderungen 115 des Klimawandels,
des wachsenden Energiehungers
und der Umweltzerstörung
nicht national,
sondern nur gemeinsam lösen können.
Unser Ziel ist:
Außenpolitische Ziele
und Initiativen werden wirtschaftspolitisch,
gesellschaftspolitisch,
menschenrechtlich
und friedenspolitisch aufeinander abgestimmt
und ergänzen sich gegenseitig.
Das spiegelt sich auch in unserer Außenwirtschaftspolitik wider,
die fairen Handel
und ökologische,
soziale
und entwicklungspolitische Standards in den Mittelpunkt rückt
. Denn nur, wenn wir nachhaltig mit unserer Erde umgehen, können wir ihre Ressourcen auch f

Ein Zusammenleben in Frieden
und Wohlstand ist auch für ÖsterreicherInnen nur dann möglich,
wenn unsere Welt auf fairen politischen
und ökonomischen Strukturen beruht.
Deswegen setzen wir uns für gerechte Handelsstrukturen ein,
engagieren uns in der Entwicklungszusammenarbeit,
und fördern Reformen der internationalen Organisationen,
die die Bedürfnisse von Entwicklungsländern zentral berücksichtigen.
Was wir konkret wollen:
> Global denken,
verantwortlich handeln –
auch in der Wirtschaft
Österreich setzt sich weltweit für verbindliche ökologische,
soziale
und entwicklungspolitische Standards im Handel
und der Außenwirtschaft ein
und unterstützt Fair Trade Initiativen.
Die österreichische internationale Wirtschafts-,
Handels-
und Finanzpolitik fördert Menschenrechte,
Umweltschutz
und Entwicklungszusammenarbeit.
> Menschenrechte in den Vordergrund stellen
Österreich verteidigt nicht mehr nur seine nationalen Interessen,
sondern steht für eine aktive Außenpolitik,
die sich den Schutz der Menschenrechte zum Ziel setzt,
sich auf das Völkerrecht stützt
und im Rahmen der Vereinten Nationen multilateral vorgeht.
Österreich tritt international ein für Demokratie,
globale Rechtsstaatlichkeit
und die Gleichberechtigung aller Menschen,
insbesondere von Frauen.
> Österreichs Umweltaußenpolitik auf neue Beine stellen
Vom Blockierer zum internationalen Umwelt-Vorreiter.
Österreich setzt sich international für relevante Umweltinitiativen ein,
etwa für ein weltweites Gesetz gegen Umweltverbrechen,
den Schutz der Arktis,
die Besteuerung von Flug-
und Schifftreibstoffen,
den internationalen Klimaschutz
und eine Reform der Europäischen Fischereipolitik.110
> Friedensinitiativen stärken
Österreich engagiert sich mit einer aktiven Friedenspolitik in der Friedenssicherung,
der Krisenprävention
und in der Transformation von Konflikten.
Wir setzen uns auf diplomatischer Ebene für eine politische Lösung von Konflikten ein
und beteiligen uns im Ernstfall an UN Friedenseinsätzen.

Österreich nutzt seine Neutralität,
um zwischen Konfliktparteien zu vermitteln
und stellt den Standort Wien für friedenspolitische Gespräche
und Initiativen zur Verfügung.
116 > Reformen der Internationalen Organisationen unterstützen¨
Österreich fordert Demokratisierung
und mehr Transparenz bei internationalen Organisationen
(WTO ,
IWF
und Weltbank)
und unterstützt strukturelle Reformen,
damit die Interessen von Entwicklungsländern stärker vertreten werden.
Damit schafft Österreich eine wesentliche Voraussetzung für mehr Gerechtigkeit,
Freiheit
und Lebensqualität auf globaler Ebene.
Österreich erneuern:
Globale Verantwortung wahrnehmen
Es ist Teil unserer globalen Verantwortung,
gemeinsam mit den Menschen in Entwicklungsländern
die globalen Herausforderungen zu bewältigen.
Durch eine aktive Entwicklungspolitik leisten wir einen entscheidenden Beitrag zur Armutsbekä
zum Umwelt-
und Klimaschutz,
zur Gleichberechtigung von Frauen
und Minderheiten
und zur internationalen Friedensarbeit.
Eine substantielle Aufstockung der Mittel, die dafür zur Verfügung stehen, ist nicht nur selbstve
sondern auch dringend nötig.
Für uns bedeutet dies, dass wir uns klar dazu bekennen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkom
Dafür werden wir einen verbindlichen Stufenplan erstellen
und das Budget für die Entwicklungszusammenarbeit gesetzlich verankern.
Eine Koordinierung der entwicklungspolitischen Kompetenzen in einem Ministerium,
eine gemeinsame Langzeitstrategie mit klarer Schwerpunktsetzung
und die Berücksichtigung von entwicklungspolitischen Aspekten in allen Bereichen der Politik
stellen die Struktur
und die Kultur der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit auf neue Beine.
Entwicklungsländer sind oft auch die ersten Opfer der Erderwärmung,
obwohl sie am wenigsten Verantwortung für den Klimawandel tragen.
Verheerende Dürren,
Flutkatastrophen
und Brände verschärfen bestehende Armut
und humanitäre Katastrophen.
Menschen sterben an den Folgen der durch die Industriestaaten verursachten Klimaerwärmun
Schon heute.
Um dieser Verantwortung gerecht zu werden,
stellt Österreich im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft substantielle Gelder für
und Anpassungsmaßnahmen an das veränderte Klima in Entwicklungsländern bereit.

Außerdem leisten wir den Menschen, die von humanitären Katastrophen betroffen sind, schne
unbürokratische
und verlässliche Hilfe
– auch abseits von Fernsehkameras.
Dafür stellen wir über den Auslandskatastrophenfonds genügend Mittel bereit,
richten ein Soforthilfeinstrument ein,
das unbürokratisch gleich in den ersten Tagen Gelder für internationale Hilfsorganisationen zur
und sorgen dafür, dass die Koordination der österreichischen humanitären Hilfe an einer entsch
Doch nicht nur die Entwicklungszusammenarbeit selbst steht im Fokus unserer globalen Verant
Auch bei Handelsabkommen,
Investitionsschutzvereinbarungen
und staatlichen wirtschaftlichen Beihilfen
(wie zum Beispiel Agrarsubventionen
oder Exportförderungen)
rückt Österreich durch die Stärkung der Nachhaltigkeitskapitel ¨
und durch verbindliche ökologische,
117 soziale,
arbeitsrechtliche
und entwicklungspolitische Mindeststandards die regionalen Bedürfnissen der Menschen
und der Umwelt in den Vordergrund.
Was wir konkret wollen:
> Mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit
Um Österreichs Versprechen zu erfüllen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die En
wird ein verbindlicher Stufenplan für die Erhöhung der multilateralen
und der bilateralen Beiträge zur Entwicklungszusammenarbeit erarbeitet,
wobei Entschuldungen nicht mitgerechnet werden.
Der österreichischen bilateralen EZA stehen bereits für das Budget 2014 100 Millionen Euro fü
Auch die freiwilligen Beiträge zu internationalen Entwicklungsorganisationen der Vereinten Na
Um Österreich langfristig international zu einem verlässlichen Partner zu machen,
wird das Budget für die Entwicklungszusammenarbeit außerdem gesetzlich verankert.
> Strategie
& effiziente Struktur für Österreichs öffentliche EZA
Die verschiedenen Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit laufen in einem Ministerium zusa
und werden dort koordiniert
und aufeinander abgestimmt.
Ein gemeinsames strategisches Konzept gibt der EZA mehrjährige Orientierung.
Die Zivilgesellschaft
und das Parlament werden in diesen Prozess eingebunden.
Die Information
und Bildungsarbeit wird verbessert
und mit entsprechenden Mittel ausgestattet.
Österreich setzt Schwerpunkte auf seine Stärken
wie ökologische Landwirtschaft,
saubere Energie
oder Wasseraufbereitung
und erweist sich als zuverlässiger Partner für seine Schwerpunktländer.
> Vom Klimawandel betroffene Entwicklungsländer nicht allein lassen

Österreich leistet seinen international zugesicherten Beitrag zur Klimafinanzierung für die ärms
Die Gelder im Rahmen der Klimafinanzierung sind neu
und zusätzlich
und gehen nicht auf Kosten von bestehenden Entwicklungshilfeetats.
> Schnelle,
unbürokratische
und verlässliche Hilfe bei humanitären Katastrophen
Der Auslandskatastrophenfonds wird sofort mit 25 Millionen Euro im Jahr ausgestattet.
Zusätzlich richten wir ein Soforthilfeinstrument ein, das kurzfristig und eigenständig Beträge bis
um im Katastrophenfall sofort eingreifen zu können. ¨
Dabei achten wir darauf, dass vor allem die staatliche humanitäre Hilfe auch bei Katastrophen
Eine einzige staatliche Stelle steuert die Koordination,
Planung
und Mittelvergabe der humanitären Hilfe
und schafft durch klare Förderungskriterien mehr Transparenz.
> Menschenrechte vor Investorenrechte¨
– Keine Beihilfen für zerstörerische Projekte
Menschenrechte,
Ressourcenfragen,
Demokratie
und soziale Gerechtigkeit sind auch in der internationalen Wirtschafts-
und Handelspolitik maßgebliche Kriterien.
Internationa- 118 le Handels-
und Investitionsabkommen berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse von Entwicklungsländ
und enthalten verbindliche ökologische,
soziale,
arbeitsrechtliche
und entwicklungspolitische Mindeststandards.
Entsprechende Gesetze binden die Zustimmung Österreichs zu europäischen Handelsabkomme
und schaffen so die Grundlage für gerechte,
sozial
und ökologisch verträgliche Formen des Handels.
Auch die Exportförderung prüft alle Projekte genau auf menschenrechtliche
und entwicklungspolitische Auswirkungen.
Eine Richtlinie zur nachhaltigen Beschaffung auf Bundesebene fördert zusätzlich den fairen Har
119 Priorität in der Kunst-
und Kulturpolitik:
Vielfalt ermöglichen
Das Bewahren
und Reproduzieren historischer Kunst ist in Österreich zu recht verankert,
wird derzeit aber wesentlich deutlicher forciert als das aktuelle Schaffen.
So erhalten beispielsweise die Tanker der Repräsentationskultur
(Bundestheater,
Bundesmuseen) drei Viertel des Kulturbudgets.
Alle anderen Institutionen,
Vereine,
Kunst-

oder Kulturschaffenden müssen sich mit dem Rest zufrieden geben.
Dieses Ungleichgewicht wollen die Grünen korrigieren.
Es verhindert die Verwirklichung zahlreicher Initiativen
und verfestigt den Ruf Österreichs als konservative Kulturnation.
Österreich erneuern:
Die kulturelle Aufgabe des Staates neu denken
Wir wollen die Kulturpolitik neu akzentuieren
und Privilegien für Einrichtungen beenden, die vor allem touristische Ziele verfolgen.
Dafür sollen unverwirklichte Ideen und Initiativen, die aus budgetären Gründen bisher liegen g
Wir wollen das breite Kulturleben stärken
und richten den Blick auf dafür fehlende Rahmenbedingungen.
So hat die Regierung zum Beispiel die prekäre soziale Lage vieler Künstlerinnen und Künstler im
deren Armutsrisiko fünfmal höher ist als das der übrigen Bevölkerung.
Ein Drittel der Kunstschaffenden verdient weniger als 700 Euro im Monat.
Das Urheberrecht den Anforderungen anpasse n Im Internet haben sich traditionelle Vertriebsl
und Vervielfältigungen vereinfacht,
weltweit werden Daten im großen Stil getauscht
und verbreitet.
Das geltende Urheberrecht wird den neuen Gegebenheiten nicht gerecht
und kriminalisiert große Teile der Bevölkerung.
Zudem hat sich eine Auslegung des Urheberrechts entwickelt, die Kreativität hemmt.
In Dokumentarfilmen zum Beispiel können bestimmte Sequenzen nicht verwendet werden,
wenn im Hintergrund ein Song im Radio zu hören ist, dessen Rechte nicht geklärt werden konn
Auch im Urhebervertragsrecht sind Verbesserungen unumgänglich.
Zurzeit können Lizenzverträge zwar frei ausgehandelt werden,
das bedeutet aber, dass den Kreativen aufgrund ihrer ökonomischen Abhängigkeit nichts übrig
als Vertragsvorschläge von Produktionsfirmen,
Galerien
oder Rundfunkanstalten zu akzeptieren.
Ein Urhebervertragsrecht schützt die Kunstschaffenden bei Vertragsverhandlungen. ¨
120 Was wir konkret wollen:
> Umverteilung
Anstatt immer mehr Millionen in Barockmuseen,
Bundestheater,
Philharmoniker
und Ähnliches zu stecken,
werden Film,
Popmusik,
Bibliotheken,
Kulturinitiativen
und Medienprojekte ausgebaut.
Kunst- und Kulturpolitik hat eine Verantwortung, aktuelle auch spartenübergreifende Entwickl
und rechtzeitig zu begleiten.
> Finanziell absichern
Wir wollen, dass Kunstschaffende abgesichert arbeiten können. ¨
Wer weniger als 18.000 Euro im Jahr verdient, erhält die Differenz aus einem Fonds.
Eine Gesellschaft, die den Großteil ihrer Reputation den historischen Leistungen der Kunst verd

> Transparenz statt Privilegien
Das beste Mittel gegen Misswirtschaft
und Korruption
– auch in der Kunstfinanzierung –
ist Transparenz.
Wir reduzieren das Ungleichgewicht bei Einkommensverhältnissen,
Dotierungen
und Privilegien in Kunst-
und Kultureinrichtungen.
Ein modernes Gesetz, wie es der Rechnungshof fordert, sichert die Kontrolle auch der Salzburg
Leitende Manager großer Kultureinrichtungen werden nicht öfter als einmal in ihrer Funktion v
One-Stop-Shops für Anträge
und rasche Entscheidungen nach öffentlichen Jurysitzungen schaffen Transparenz
und ermöglichen einen Diskurs zu den Förderkriterien.
Derzeit machen manche Förderstellen ihre Zusage von der Mitfinanzierung anderer öffentliche
Die Kunstschaffenden müssen zwischen den Förderstellen
und ihren diffusen Vergabekriterien navigieren
und beginnen ihre Arbeit nicht selten auf finanziell unsicherem Terrain.
> Urhebervertragsrecht
Ein modernes Urhebervertragsrecht verhindert unfaire Knebelverträge mit Kunstschaffenden.
> Pauschalabgabe zur Entgeltung der UrheberInnen
und Rechtssicherheit im Netz ¨
Anstelle der Rundfunkgebühr wird eine Haushaltsabgabe eingehoben,
die in Teilen zur Abgeltung der UrheberInnen verwendet wird.
Die Nutzungsgewohnheiten vieler Menschen im Internet, die wissentlich
oder unwissentlich gegen das Urheberrecht verstoßen, werden damit gleichzeitig in rechtskonf
der Tausch urheberrechtlich geschützter Werke für den nicht kommerziellen Gebrauch entkrim
> Freiere Werknutzung Im Urheberrecht wird der Katalog der Ausnahmen für die „freie Nutzur
(derzeit etwa für Bildungszwecke
oder für den privaten Gebrauch) ausgeweitet,
um Paraphrasen,
Remix
oder Sampling bestehender Werke zu erleichtern
und daraus Neues zu schaffen.
> Neuordnung der Bundesmuseen Zusammenführen, was zusammen gehört:
Sammlungen
und Aufgabenbereiche der Bundesmuseen müssen entlang inhaltlicher Ausrichtung neu geordı
Wildwuchs,
Willkür,
ein Konkurrenzkampf der Institutionen untereinander
und vier der sieben staatlichen Museen, die sich der gleichen zeitgenössischen Kunst widmen,
sind das Ergebnis fehlender Ordnungspolitik.
> Ein Haus der Kulturen
Nach wie vor ist eine der weltweit größten anthropologischen Sammlungen nur eine Abteilung
Wir wollen sie gemeinsam mit dem Volkskundemuseum als eigenständiges Haus,
das soziologische und anthropologische Ausprägungen unterschiedlicher Kulturen vergleicht.
> Kulturagenden in eine Hand

Wir wollen den Stellenwert von Kunst manifestieren
und die Effizienz der Kulturpolitik erhöhen.
Anstelle der zersplitterten Struktur tritt ein Kulturressort,
das alle Bereiche des kulturellen Lebens kompetent erfasst.
Filmförderung,
Auslandskultur, ¨
Kunstuniversitäten,
Hofreitschule,
heeresgeschichtliches Museum,
Bundesgärten,
Hofmobiliendepot,
Schönbrunn,
religiöse Belange, ¨
Volksgruppen
und viele ähnliche Bereiche sind in unterschiedlichen Ministerien verstreut
und gehören unter ein Dach.
Auch zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gibt es keine systematische Koordination der A
. > Baukultur verbessern
Bei allen Bauten des Bundes müssen baukulturelle,
soziale
und ökologische Kriterien den wirtschaftlichen Aspekten gleich gestellt sein.
Das Prinzip der Teilung von Planung
und Ausführung ist selbstverständlicher Grundsatz zur Sicherung der Qualität.
Zur Entwicklung einer Baukultur, die vor allem der Zersiedelung entgegen wirkt,
müssen Leitlinien
und ein deklariertes Bekenntnis der Republik zum qualitativen Bauen stehen.
> Volksgruppen schützen –
Minderheiten fördern
Im Rahmen der Interkulturalität muss die Förderung der Volksgruppen ein Anliegen der Regier
Ein modernes Volksgruppengesetz fördert den Schutz ihrer Kulturen
und Sprachen.
Muttersprachlicher Unterricht soll vom Kindergarten bis zur Matura gewährleistet sein.
Durch Schaffung einer Verbandsklage wird den Volksgruppen ein wichtiges Rechtsinstrument e
Keine Chance dem Rechtsextremismus
Der Kampf gegen den Rechtsextremismus ist noch lange nicht zu Ende.
Immer wieder versuchen rechtsnationale Kräfte
– manche davon mit besten Kontakten ins Parlament
– den Nationalsozialismus wieder aufleben zu lassen
und huldigen dem Dritten Reich.
Eine Gefahr, die weiterhin nicht unterschätzt werden darf
und konsequentes Handeln erfordert.
Zugleich ist die in Österreich spät begonnene Aufarbeitung der österreichischen Nazivergange
„Niemals vergessen“ ist keine leere Formel.
Rechtsextreme Vereinigungen versuchen sich in der Mitte unserer Gesellschaft einzunisten.
In Ungarn werden Nationalismus
und antisemitische Äußerungen wieder gesellschaftsfähig.
Auch Österreich hat im Umgang mit Rechtsextremismus etliche offene Probleme.

Die Rechtsextremismus- Szene ist in Österreich weiter aktiv.
Seit Jahren gibt es eine konsequente Verharmlosung von Rechtsextremismus
bzw. Neonazis
durch den Verfassungsschutz.
Seit dem Jahr 2002 gibt es keinen eigenständigen Rechtsextremismus-Bericht.
Zwischen 2004 und 2010 kam es zu einer Verdreifachung rechtsextremer Straftaten.
Immer wieder gibt es Vorfälle mit rechtsradikalem,
nationalsozialistischem
oder antisemitischem Hintergrund.
Neben den strafrechtlichen Konsequenzen muss den AkteurInnen ihr politischer Nährboden en
AussteigerInnen aus der Neonazi-Szene sind enorm wichtig im Kampf gegen die extreme Recht
trotzdem gibt es in Österreich niemanden, der sie betreut.
Bundesweit gibt es keine einzige Stelle, die potenziellen AussteigerInnen aus der rechtsextrem
Wir schaffen ein Klima, in dem Fremdenfeindlichkeit,
Antisemitismus
und Rassismus keine Chance haben.
Ein zentraler Punkt ist dabei politische Bildung von Jugendlichen,
Information
und Aufklärung in Schulen
und Medien.
Wir bauen auf demokratiepolitische Bildung für eine starke Zivilgesellschaft,
die sich gegen rechtsextremistische Tendenzen wehrt.
Dabei unterstützen wir zivilgesellschaftliche Organisationen
und Netzwerke
und treten gemeinsam für Gleichbehandlung
und gegen Diskriminierung auf.
Was wir konkret wollen:
> Wiedereinführung des Rechtsextremismus-Berichts
Ein eigenständiger Bericht über Rechtsextremismus ist ein wichtiges Instrument in der Auseina
So können rechtsextremistische Tendenzen
und Tätigkeit genau lokalisiert
und zielführende Gegenstrategien entwickelt werden.¨
Dieses Wissen braucht eine Gesellschaft,
um Rechtsextremismus,
Cyberhate
und Hassverbrechen nicht wehrlos gegenüber zu stehen.
> Keine Förderung an rechtsextreme Organisationen ¨
Wir machen rechtsextremistische Netzwerke,
Strukturen
und Handlungsweisen transparent
und entziehen ihnen den finanziellen Nährboden.
123 124 > Keine Förderung von Wehrpolitischen Vereinen
Wir hinterfragen die Förderung von rund 200 „wehrpolitischen Vereinen“,
die große Summen an direkten
und indirekten Förderungen erhalten.
Im Schatten dieser Förderungen
und im Nahbereich des Bundesheeres gedeihen paramilitärische

und rechts-offene Kameradschaften und Verbände.
> Ausstiegshilfe aus rechtsextremen Netzwerken
Eine österreichweite AussteigerInnenberatung mit fachkundiger Hilfe,
speziell auch für rechtsextreme Jugendliche,
braucht dauerhafte finanzielle Unterstützung.
An die Beratungsstelle können sich auch Eltern,
FreundInnen
oder LehrerInnen von rechtsextremen Jugendlichen wenden.
Wir setzen außerdem auf ein Pflichtfach Politische Bildung ab der Mittelschule,
um möglichst früh mit der Bewusstseinsbildung
und Aufklärung zu beginnen.
> Stärkung von Strukturen im Kampf gegen Rechtsextremismus
Ein umfassendes Maßnahmenpaket bindet nicht nur die Polizei,
die Justiz
und die Schulen ein,
sondern auch die Gewerkschaften,
das Mauthausen Komitee Österreich,
Netzwerke gegen Rassismus
und andere Organisationen der Zivilgesellschaft.
Polizei
und Justiz werden für rechtsextreme Strukturen sensibilisiert
und alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen,
um gegen rechtsextreme Straftaten
und NS-Wiederbetätigung entschieden vorzugehen.
125 Vergangenheitspolitik:
Damit das Gestern nicht zum Morgen wird
In den vergangenen Jahren konnten einige Erfolge erzielt werden, die nicht nur dem Gedenken
sondern auch der Rehabilitierung von Opfern
sowohl des Austrofaschismus
wie auch des NS-Regimes gewidmet sind.
Wir Grüne waren dabei die federführende Kraft.
Mehr als sechzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat das österreichische Parlame
und Opfer der NS-Justiz rehabilitiert.
Deserteure wurden auch kurz vor Kriegsende noch hingerichtet.
Die Überlebenden waren für immer mit dem juristischen Makel behaftet.
Sämtliche Urteile, die der Volksgerichtshof,
die Standgerichte,
die Sondergerichte
und die durch die Erbgesundheitsgerichte erfolgten Anordnungen von Zwangssterilisationen
oder zwangsweisen Schwangerschaftsabbrüchen,
die in den Jahren 1938 bis 1945 gegen österreichische StaatsbürgerInnen
sowie gegen nichtösterreichische StaatsbürgerInnen im Inland mit dem Ziel der Durchsetzung
oder Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen Unrechtsregimes ergangen sind,
wurden für nichtig erklärt.
Dass in der Bevölkerung
und staatlichen Gremien ein Umdenken in Bezug auf die Deserteure
und Opfer der NS-Militärjustiz stattfindet, sieht man vielerorts.

In mehreren österreichischen Städten,
wie etwa in Bregenz
und Wien,
ist man bemüht, ein Denkmal für Deserteure zu errichten.
Auch die Urteile des Austrofaschismus wurden im Jänner 2012 pauschal aufgehoben,
soweit sie wegen Taten, die zwischen dem 6. März 1933 und dem 12. März 1938 im Kampf um
demokratisches
und seiner geschichtlichen Aufgabe bewusstes Österreich begangen wurden
oder wegen des Ausdrucks einer darauf gerichteten politischen Meinung erfolgten.
Trotz dieser Erfolge weist die Republik noch einige Baustellen im Umgang mit der NS-Zeit auf.
So ist beispielsweise die Krypta am Wiener Burgtor immer noch geöffnet.
Trotz Entfernung der Totenbücher mit „ehrendem Gedenken“ an Massenmörder wie Josef Vall
ist beispielsweise unter den Jahreszahlen 1939–1945 immer noch „In Erfüllung ihres Auftrages
Die Krypta ist das zentrale Denkmal der Republik,
jener Ort, an den alle Staatsgäste geführt werden,
wo Bundespräsident
und Bundeskanzler an Feiertagen Kränze niederlegen etc.
In der jetzigen Form gleicht sie eher einer „Wehrmachtsgedenkstätte“.
Was wir konkret wollen:
> Ausgliederung der Gedenkstätte Mauthausen aus dem BMI
Die Gedenkstätte Mauthausen –
unter Einbeziehung anderer Gedenkstätten –
wird in eine unabhängige Organisationsform ausgegliedert inklusive der notwendigen budgetär
> Österreichs Beitrag zum Museum Auschwitz-Birkenau
Die Österreichische Länderausstellung im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau wird neu ge
und rasch realisiert.
Ziel der Neugestaltung ist, das Geschichtsbild des offiziellen Österreich in Bezug auf seine NS-V
126 > Gesichertes Finanzierungsmodell für den Gedenkdienst
Derzeit wird der Dienst in ausländischen Holocaust-Gedenkstätten nur gefördert,
wenn er von jungen Männern anstatt des Zivildienstes geleistet wird.
Das hat zur Folge, dass seit September 2012 keine Frauen mehr den Gedenkdienst in Yad Vash
oder an anderen Holocaust-Erinnerungsstätten absolvieren.
Geschichte ist keine reine Männersache!
> Jüdische Friedhöfe in Österreich
Neufassung des Friedhofsfondsgesetzes im Sinne einer klaren Regelung:
Genau wie bei den Kriegsgräbern steht der Bund in der Pflicht,
die Jüdischen Friedhöfe ohne Wenn und Aber zu erhalten.
Das notwendige Budget für unmittelbare Arbeiten wird sofort in die Hand genommen
. > Neufassung des Opferfürsorgegesetzes (OFG)
In einem neuen OFG wird jedenfalls die bis heute bestehende Unterscheidung zwischen aktive
z. B. WiderstandskämpferInnen
– und passiven
– z. B. verfolgte Juden und Jüdinnen –
aufgehoben
und eine einheitliche Kategorie geschaffen.
> Umgestaltung der Krypta
Gedenken in der Krypta unter dem Motto „In Erfüllung ihres Auftrages ließen sie ihr Leben“ für

und Waffen-SS finden nicht mehr statt.
Eine unabhängige Kommission mit internationalen ExpertInnen wird beauftragt, eine Bestands
und der Bundesregierung eine Umgestaltung vorschlagen, die dann zügig umgesetzt wird.
> Mehr Geld für das Deserteursdenkmal am Ballhausplatz in Wien
Rund 500.000 Euro sind als Beitrag der Republik für die Errichtung des Denkmals in Wien anger
. > Finanzierung für das Museum am Peršmanhof
Der Peršmanhof ist das einzige Museum in Kärnten, das der Geschichte des Widerstandes gege
Die Basisfinanzierung dieses Museums, das dem Beitrag der – vor allem Kärntner – PartisanInn
> Wissenschaftliche Aufarbeitung von NS-Verbrechen
Um die Forschung zu NS-Täterschaften zu unterstützen,
sind entsprechende Forschungsbudgets bereitzustellen.
Zugleich sind die Mittel für Provenienzforschung langfristig sicher zu stellen.
Die teilweise Aufhebung des Datenschutzes für NS-Akten
sowie deren Digitalisierung erleichtern die wissenschaftliche Aufarbeitung von NS-Verbrechen.
> Kasernen nicht nach Wehrmachtsgenerälen benennen
Kasernen, die nach prominenten Wehrmachtsgenerälen benannt sind,
wie etwa die „Windisch- Kaserne“,
werden umbenannt.
Wir wollen Sicherheit:
für BürgerInnenrechte statt für Parteibuchwirtschaft
Sicherheit ist für Grüne Politik ein zentrales Anliegen:
der Schutzgedanke steht im Vordergrund,
vom Umweltschutz
bis zum Kampf um Menschenrechte.
Sicherheit bedeutet für uns mehr als nur Verbrechensbekämpfung.
Es geht auch um soziale Sicherheit,
um gesellschaftlichen Frieden,
um die Vermeidung von Katastrophen
und rasche Hilfe, wenn sie dennoch eintreten.
Sicherheitspolitik muss daher umfassend gedacht werden:
nicht nur Bundesheer
und Polizei sind dafür zuständig,
sondern jede Behörde muss an die Sicherheit der BürgerInnen in ihrem Bereich denken.
Neben den klassischen Sicherheitsfeldern
wird im Licht des globalen Klimawandels auch die ökologische Sicherheit immer wichtiger.
Natürlich bedeutet Sicherheit aber auch die Vermeidung
und Aufklärung von Verbrechen.
Durch die Polizeireform unter Schwarz-Blau
und die missglückte Zentralisierung
wurde die Arbeit der Kriminalpolizei stark behindert.
Diese Fehlentwicklungen müssen repariert werden.
Neben ausreichenden Ressourcen,
bester Ausstattung
und exzellenter Ausbildung der PolizistInnen
brauchen wir vor allem wieder regional verankerte KriminalbeamtInnen.
Spezialisierte Ermittlungsteams sollen Wirtschaftsverbrechen
und organisierte Kriminalität bekämpfen.

Doch auch die Parteibuchwirtschaft machte vor der Polizei nicht Halt. ¨
SPÖ und ÖVP regieren in die Exekutive schamlos hinein.
Wir wollen die BeamtInnen vor der Politik schützen.
Zu wichtig ist ihre Aufgabe, um sie Parteieninteressen zu unterwerfen.
Unter dem Titel „Kampf gegen den Terror“ wurde eine Vielzahl von Maßnahmen eingeführt, di
Überwachungsmaßnahmen können aufgrund von neuen Strafrechtsdelikten sehr leicht angeo
Etwa wenn – wie im Fall der AktivistInnen des Vereins gegen Tierfabriken
– die Wohnung von TierschützerInnen verwanzt werden
oder kritische StudentInnen der UniBrennt-Bewegung über mehrere Monate observiert werde
Trotz der vielen Kritik an der Anwendung der Anti-Terror-Bestimmungen rufen Polizei und Just
und härteren Maßnahmen.
Die Grünen fordern hier eine klare Grenzziehung im Sinne der BürgerInnen
und ihrer Rechte.
Videoüberwachung im öffentlichen
und privaten Raum hat in den letzten Jahren stark zugenommen.
Schätzungen zufolge filmen in Österreich über 250.000 Privatkameras an öffentlich zugängliche
Sinn und Nutzen der verschiedenen Formen der Videoüberwachung sind jedoch sehr umstritte
Videokameras sind jedenfalls kein Allheilmittel für Sicherheitsprobleme,
sondern nur in ganz speziellen Situationen sinnvoll.
Neben strengeren gesetzlichen Regelungen
muss daher endlich auch eine wirksame Kontrolle eingeführt werden.
Im Bereich des Bundesheeres führt nach der Auffassung der Grünen früher ¨
oder später kein Weg am Ende des Zwangsdiensts vorbei.
Im ersten Schritt ist die Reform des Zivildienstes im Sinne einer Gleichstellung dringend notwer
D.h. Verkürzung des Zivildienstes auf sechs 127 128 Monate.
Sowohl für Zivildiener
als auch für Präsenzdiener ist eine Verdoppelung der monatlichen Grundvergütung auf 600 Eur
Darüber hinaus soll das Bundesheer auf das absolut notwendige Maß verkleinert werden.
Nach dem Ende des kalten Krieges besteht für personenstarke Armeen kein Bedarf mehr.
„Landesverteidigung“ im klassischen, territorialen Sinn ist heute unnötiger Luxus.
Die wesentlichen militärischen Aufgaben liegen heute in internationalen Polizeieinsätzen,
wie sie in der EU im unteren Spektrum der sogenannten „Petersberg Aufgaben“ ausformuliert
Dafür werden aber weder Kampfpanzer noch Artillerie benötigt.
Auch Kampfflugzeuge sind für Österreich viel zu teuer
und nicht erforderlich.
Was wir konkret wollen:
> Respektvolle Polizeiarbeit
für ein sicheres
und friedliches Zusammenleben
Die Polizei als Freund
und Helfer –
an diesem Leitbild soll sich die Exekutive orientieren.
Effektive Verbrechensbekämpfung ja –
aber mit menschlichem Antlitz
und ohne ausufernde Überwachungsmaßnahmen.
> Parteibuchwirtschaft raus aus der Exekutive Parteiinterventionen,
Postenbesetzungen,

Machtspiele –
Parteiinteressen haben in der Exekutive nichts verloren.
> Ausstieg aus dem Eurofigher Vertrag
Für manche sinnstiftende Taten ist es nie zu spät.
Ein Ausstieg aus dem Eurofighter Vertrag bringt Einsparungen in der Höhe von 1,5 Milliarden E
> Verkauf von Kasernen zur Reduktion der Heereskosten 10 Kasernen sind genug
. > Videoüberwachung:
Keine flächendeckende Überwachung
Der Einsatz von Videoüberwachung wird immer streng mit dem Recht auf Privatsphäre
und den Persönlichkeitsrechten der Menschen abgewogen.
Videoüberwachung überwachen!
Eine Novelle der neu geschaffenen Regelungen zur Videoüberwachung im Datenschutzgesetz s
und enthält strengere Kriterien für die Zulässigkeit von Videoüberwachungen.
> Schusswaffen raus aus Privathaushalten.
Die leichte Verfügbarkeit von Schusswaffen in Haushalten führt derzeit immer wieder zu schwe
die sich durch ein Waffenverbot vermeiden ließen.
Ausnahmen kann es für JägerInnen,
SportschützInnen
und Schützenvereine geben.
Justizreformen
Im Justizbereich hat Österreich ein Problem mit seinen Gefängnissen.
Sie sind hoffnungslos überfüllt.
Mehr als 9.000 Häftlinge sitzen derzeit ihre Strafen ab.
Die Zahl der Untersuchungshäftlinge steigt.
Personal in der Justizwache ist Mangelware.
Haft ist die teuerste Form der Strafe.
Sie kostet am Tag 100 Euro,
die Bewährungshilfe kommt lediglich auf 10 Euro.
Echte Resozialisierung findet derzeit kaum bis gar nicht statt.
Den JustizwachebeamtInnen fehlt die Zeit für die Betreuung der Insassen.
Für die Häftlinge gibt es während ihrer Strafzeit zudem zu wenig gefängnisinterne Arbeits-
und Qualifizierungsangebote.
Was wir konkret wollen:
> Entlastung der Gefängnisse
– Schwerpunkt auf Prävention
und Resozialisierung
Während der Haft gibt es für Insassen Qualifikations-
und Fördermaßnahmen.
Das gefängnisinterne Arbeitsangebot wird erweitert.
Die bedingte Entlassung stellt einen Anreiz dar, sich sowohl während als auch nach der Haft wi
Aus diesem Grund wird es vermehrte bedingte Haftentlassungen nach Hälfte
bzw. Zweidrittel der Haftstrafe geben.
Nicht nur für die stufenweise Entlassungsvorbereitung
auch für einen humanen Strafvollzug ist ausreichendes Personal notwendig.
Aus diesem Grund fordern wir eine Aufstockung der ÄrztInnen,
TherapeutInnen,
PsychologInnen

und SozialarbeiterInnen in den Haftanstalten.
Freiwillige gemeinnützige Arbeit ist sinnvoller
statt kurzer Ersatzfreiheitsstrafen für uneinbringliche Geldstrafen zu verhängen.
> Jugendstrafvollzug
Im Jugendstrafvollzug braucht es wieder einen Jugendgerichtshof, wo durch Vernetzung von G
SozialarbeiterInnen
und Jugendamt gemeinsam jene Schritte gesetzt werden können, die die Wiederintegration ju
Auch braucht es dringend Alternativen zur Untersuchungshaft von Jugendlichen.
> Modernes Strafrecht
Der Deliktskatalog im Strafrecht wird entrümpelt
und reformiert.
Es muss offen darüber diskutiert werden, ob die einzelnen Strafen –
vom sprichwörtlichen Hendldiebstahl
bis zum großen Wirtschaftsbetrug –
in einem richtigen Verhältnis zueinander stehen.
Die Grünen sind für eine Anhebung der Grenzen bei der Gewerbsmäßigkeit, ¨
weil die oftmals vorschnelle Qualifizierung der Gewerbsmäßigkeit derzeit beträchtliche Ressou
die dann bei der Bekämpfung großer Kriminalfälle fehlen.
> Zugang zum Recht verbessern
Die Herabsetzung der Gerichtsgebühren
und die verstärkte Einführung von Justiz-Service- Centern
schaffen verbesserten Zugang zum Recht.
Wer sich bei Rechtsstreitigkeiten hilfesuchend an das Gericht wendet, scheitert derzeit oftmals
und den hohen Kosten.
Die Amtstage, die einen niederschwelligen Zugang zum Gericht ermöglichen sollten, wurden in
Dabei wird an den Gerichten mehr Geld eingenommen, als tatsächlich Ausgaben anfallen.

:u kehren.
rzielen.

.
·e Details vertuschen

on breit aufgeklärt:

Korruption in Österreich im Jahr 2012 auf rund 17 Milliarden Euro.

eich haben bewiesen, dass es eine deutliche Grenzziehung in der Veranlagungsstrategie der öff

möglich:
nitgliedern der Bundes- und Landesebene.
Euro pro Quartal veröffentlichen.
n.
lichen Gemeinden zu ermöglichen.
es zu schließen gilt.

nden über 1.000 Euro auch aus den vergangenen Jahren offengelegt.

.

müssen.

at.
ort ermöglichten:„moralisch vielleicht verwerflich, aber rechtlich OK“.

bundesverfassungsrechtliche Regelung parlamentarisches Minderheitsrecht.
ı.

n – mit einem Strafrahmen von fünf Jahren wie in Deutschland.

eordneten, die neben dem Abgeordnetengehalt bezogen werden.

umfassendes Recht auf Information und öffnet die Ämter und ihre Akten.
er Behörde.

wird abgeschafft.
erter Mehrheit bestellt wird und diesem verantwortlich ist.

wie die Anti-Korruptionseinheiten der Polizei ausreichend Personal und Budgets haben.

wird zu ihrem Schutz per Gesetz eine „Whistleblower“-Regelung geschaffen.

n sichergestellt.

sen, dass Korruptionsbekämpfung Geld spart.

Körperschaft bei der Kontrolle der Verwaltung zu unterstützen.

f einer Zweidrittel-Mehrheit.

llschaften, die sich anteilig in öffentlichem Besitz befinden, ausgedehnt.

d Transparenz.
erten Einheiten werden voll erfasst.
halte.

dlage.

ıd wir nicht nur uns selbst, sondern auch unseren Kindern und zukünftigen Generationen schulc
esundheitsgefährdenden Folgen von Feinstaub

ıs.

Weltklima zu kippen.
90 Prozent reduzieren.

ich.

60 Prozent.

andlung.

ıbarländern noch AKW in Betrieb sind bzw. sogar ihr Ausbau weiter geplant ist.

seits schreitet der Flächenfraß voran.

en Zustand.

enden Eingriffen bewahrt wird.
lpolitik in der Regierung zu tun.
der der Industriellenvereinigung stammt oder derselbe Umweltminister bei wichtigen Entscheic

ie Hälfte.
masse und Erdwärme ist machbar und eine enorme Chance für Österreichs Wirtschaft.

arden auf 17,34 Milliarden deutlich gesteigert.

en Mittel, die Österreich jährlich für Energieimporte ausgibt dann nicht mehr in die Öl- und Gas

en zu einem kleinen, sauberen Kraft- bzw. Heizwerk.
lie den Weg in Richtung kompletten Umstieg auf erneuerbare Energieträger ebnet und dabei ei
ergie beschreitetund innerhalb von • 15 Jahren bei der Stromerzeugung,

zieren.

shalte und Geschäftsrisiko für Unternehmen.

ıg von Betriebsanlagen werden.

ı Wirtschaft, Verkehr und Haushalten reduziert wird.

Energie zentrales Leitmotiv.

ır den Heizwärmebedarf,

ich zu verankern.

erien verstärkt

ɪmigt werden.

es Energieverbrauchs und des Ausbau der erneuerbaren Energie.

ɔssile Stromerzeugung zu beenden.

ı weitergehende Maßnahmen.
rf sind unabhängig und transparent auszuweisen.

rkraftwerke und bestehender Wasserkraftstandorte in Verbindung mit einem Förderprogramm
h hat nach transparenten und verbindlichen Kriterien erfolgen.
wicklung zu berücksichtigen.

nnen.
lösen: Strahlenschutz und Endlagerung anstatt neue Atomkraftwerke zu entwickeln.

:freundlich Energie produzieren.
bau wie auch bei Dienstleistungsgebäuden reduziert den fossilen Energieverbrauch und erhöht

nkommensschwachen Haushalten nachhaltig zu reduzieren.
in kosten-
igenden (fossilen) Energiekosten abzufedern.
izienzsteigerungsziele fünf Prozent der vorgeschriebenen Energieeinsparungen verbindlich bei E

:ionprogramme verhelfen innovativen Energie-Speicherlösungen auf Basis erneuerbarer Energie

itsvolle Ernährung

zum ungeliebten Anhängsel der Politik macht.
dwende erforderlich, um wieder einen Beitrag zum internationalen Klimaschutz zu leisten, der

nsraumtypen.

iblen Alpenregionen.

edroht.

Asphalt zum Opfer.
nen,

14 ein, weil die Bundesländer sich seit 17 Jahren weigern, ausreichend Schutzgebiete für seltene
genden oder mäßigem ökologischen Zustand.
ent in einem guten ökologischen Zustand.
nicht verstanden hat, dass Ökologie und der Umgang mit der Natur ein zentrales Thema für unse

6 Millionen Euro vom Katastrophenfonds zum Stopfen von Budgetlöchern anstatt für Hochwass
240 Millionen Euro für Hochwasserschutzprojekte zur Verfügung.

Ressourcen.
cht verhandeln.
rn die Wirtschaft jene von Umwelt und Natur.

ensstils können nicht ausgeblendet werden.

Einfluss nehmen und nachhaltigere Lebensstile unterstützen.
stelligen.

teilungsgerechtigkeit.
aftlich nicht widerspiegelt.
vachsen sollen und welche nicht.
e Energieverbrauch,kommen wir an der kritischen Auseinandersetzung mit der Wachstumsfrage

ıs.
stark vertreten.

ınierte Ziele zur Reduktion der Treibhausgase

wird im Gesetz festgeschrieben.

erden.

)00-Umsetzung,

Neusiedlersee (Westufer).

:te, Endausbaugrenzen und den Erhalt erschließungsfreier Räume und ruhiger Gebiete.

le Flussstrecken als No-Go Areas für Eingriffe wie Kraftwerksprojekte festgelegt, um die letzten
ss Eignungs-

möglich sind, muss zudem klare Priorität vor dem Bau neuer Anlagen bekommen.

von Bund und Ländern auf einen vorsorgenden ökologischen Hochwasserschutz.
·egierung und einheitliche Förderkriterien für einen integrativen Hochwasserschutz.
uchtwiesen und Moore als Wasserspeicher werden nicht nur erhalten, sondern auch wieder neu
·spätestens 2027 alle Flüsse zumindest in einen gu- 16 ten ökologischen Zustand zu bringen

·den,
n darf und in welchen nicht.

tät des Wassers gefährden.
es ermöglichen soll, unser Wasser in Europa aus dem Besitz der Kommunen in die Hand von in
cht dezidiert vor, verschuldete Gemeinden – und derer gibt es viele – können aber so unter Dru

ksichtigen,

Unterstützung haben.
· Behörden gerichtlich einzuklagen.
gerecht gegen Umweltrechtsverletzungen durch den Staat oder Private ein.
ückgenommen.

zliche Lärmschutzfenster bieten.

Interesse von Betroffenen und BetreiberInnen eines Projekts

n die Leitbilder des UVP-G 1993, sie werden für alle Betriebs- und Infrastrukturvorhaben frucht

n.
ıen.
kung ursächlich ist, ist hoch.

:ionsgesetz an.
ch zwei Monaten die übergeordnete Instanz, den Unabhängigen Verwaltungssenat, anrufen.

ıde sorgen intelligente Instrumente dafür, vorsorgend Schadstoffbelastungen möglichst zu vern
den Grenzwerten zu ergreifen.
ıungen nach der Gewerbeordnung, dem Mineralrohstoffgesetz etc.
:vornahme des Umweltministeriums auf Antrag von BürgerInnen bei Säumigkeit des Landes (IG-
Feinstaub (IG-L-Novelle).
rbindlich festgelegten Lärm-Immissionsgrenzwerten zum Schutz der Gesundheit samt den nötig

ıkten anfängt.
d zu recyceln ist neben Maßnahmen gegen Littering (achtloses Wegwerfen) der zentrale Fokus e
nsystem,das nicht nur Ressourcen schont, sondern auch regionale Arbeitsplätze schafft.

ür kommerzielle Ziele zu opfern.
ale Verankerung.
rderschwerpunkten berücksichtigt.

ɔin- und Bio-Tourismus werden Schwerpunkte der Tourismusdestination Österreich.
dtransport auf der Schiene optimiert.

tes Ökozid-Gesetz, das schwere Umweltverbrechen durch den Internationalen Strafgerichtshof

e Weltmeere leerfischt, sondern auch Millionen von kleinen FischerInnen die Existenzgrundlage
ıachhaltigen Politik.
e Wirkung auf Natur, Umwelt und Energieverbrauch (z. B. durch Zersiedelung).

chutzbilanz und gefährdet aufgrund von Feinstaub,

vorden.

eigen Chancen aber auch politisch verschuldete Engpässe wie zu geringe Kapazitäten auf.

den Euro seiner Kosten nicht selbst, mit Staukosten sind es über 6,5 Milliarden – belastet unser

ngerecht und muss beendet werden.

l in der Höhe von 300 Millionen Euro (trotz bestehender Flugabgabe).
Flugverkehr auch im Sinne der Steuergerechtigkeit, in die ökologische Besteuerung mit einbezie

svollen Umlenkung von Steuermitteln:
für alle leistbar.

tragen damit zu sanfter Mobilität und Lebensqualität bei.
billig unterwegs zu sein.

mweltfreundlich mobil zu sein.

itätsschub bei Bahn und Nahverkehr

:enkonzept,flächendeckende Mindestversorgung, verlässliche Anschlüsse mit problemlosem Un
nalbahnen, Bim und O-Bus in anderen Ballungsräumen sowie ein einfaches, österreichweites Ti
Großprojekte.

.
:squalität geknüpft.

de,

n.

schonendes Verhalten belohnt.
tiven zum teuren PKW
nenpauschale & Co gibt.

st- und Firmenwagen wird gestrichen.
leinunternehmen.
verden.

er erhöht, flankiert von einer Offensive Bahnsicherheit und einer Entlastung der Bahn bei Energi
Nacht- und Wochenendfahrverbote)

.

auf der Straße.

egs ist,

euerlicher Belastung von leistungs- und verbrauchsstarken Fahrzeugen schafft einen Anreiz für
ologisch-sozialen Steuerreform zu ersetzen.

;

er neuen Fahrradverordnung.

n.

ehrssicherheitsprogramme und alle Maßnahmen.

ngt.

rInnen.

en“.
n Bedürfnissen zu orientieren.

äfighaltung von Legehennen einen ersten wichtigen Schritt.
g Platz greifen.

ıtzgesetz widerspricht

ng bis 2033.

nden transportiert werden dürfen –

rodukte und Inhaltsstoffe aus Nicht-EU-Ländern untersagt. 108

en.
nisse liefern, wie etwa Versuche mit Zell-und Gewebekulturen, künstlichen Organmodellen ode

und Schäden verbunden.

nun darum, die Staatszielbestimmung mit Leben und Inhalt zu füllen.
gsbestimmung zum Tierschutz im Sinne des Schutzes des Lebens und Wohlbefindens der Tiere
gsarbeit für den Tierschutz zu unterstützen,

oroduzieren.

andards in der Nutztierhaltung. Agrarförderungen werden an eine artgerechte Tierhaltung gebu
ren
igerung.

t und müssen in stickigen Transportern und Schiffen unvorstellbares Leid ertragen.
gequält.
rgerechte Stalleinrichtungen, die EU-weite Einführung einer klaren und transparenten Kennzeic
Tiere gehalten wurden.
ürzung der Transportzeiten auf maximal acht Stunden sind auf europäischer Ebene umzusetzen

Wirkung des Fleischkonsums, der weltweit für einen erheblichen Anteil der Treibausgasemission
gesellschaftlich akzeptiert.

twas nicht stimmt.

n, ob hier eine Masse aus Tierresten aus aller Herren Länder verarbeitet wurde

n regelt

ng und Verarbeitung nach Österreich importiert.

duktion.
ıt zu.
ind, und schwer nachvollziehbare Warenströme öffnen Betrug und Täuschung Tür und Tor.
rfassen.
verden können.
der an den Lebensmittelskandalen.
n Bienen.
ustrie

Ribiseln, Birnen,Marillen, Kürbisse, Gurken, Zitrusfrüchte, Pfirsiche, Kiwis, Kirschen, Blau- und E
ker.
nen.
setzt.
baut.
vasser auf.

gentechnikfrei.

cher und gentechnikfreier Produktionsmethoden) erweist sich als unlösbares Problem.
uf.
lt,

sundheit hin.
ı, z. B. Ethanol.
e nicht nachhaltig.

produktivität im Vergleich zu anderen Verwendungen von Biomasse.

e.

uch dem Antibiotika- Schnitzel wird Einhalt geboten.
brechen.
haft ist daher die einzig zukunftsweisende Strategie.

, ob hier eine Masse 26 aus Tierresten aus verschiedensten Ländern verarbeitet wurde oder ob
Preis der Produkte gesichert werden

unserer Kultur.
Strafe gestellt werden würde.
evorzugen.
ung für die Saatgut-Vielfalt dar und wird von den Grünen in der aktuellen Form vehement abge

ıng von Tierschutz und Gentechnikfreiheit umfasst, kann zuverlässige Orientierung beim Einkau
entInnen.

ınenheimen versorgen.
ısetzen.

ı biologischen Obstsorten.

cklung ist dabei ein wichtiger Baustein.

tials wird gefördert.
evanten Fachschulen,

ıtzt und ausgezeichnet.
eit mit der Interessensvertretung BIO-Austria den Markt.

und Nutztierrassen.

ıktion wird verstärkt unterstützt.

enhang mit GVO-Freisetzungen.
– auch für Lebensmittel von Tieren, die mit Gentechnik- Futter ernährt wurden. 108
eren

ı werden,
bienengefährdenden Neonicotinoiden ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber nicht ausreich

ois mehrgliedrig). Zwischenfrüchte sind anzubauen (z. B. Senf, Phacelia)
aiszünsler und Fusarien).
sangebot der Bienen.

ı.

108

efährden den europäischen Zusammenhalt. 110
werden.

er Jugendlichen liegt dort über 60 Prozent,

risenpolitik der nationalen Regierungen in Europa aus einem eisernen Sparkurs.

ıktionen für nationale Haushalte aufgezogen. 110
Europa erst recht in die Krise: 110

Verteilung von Einkommen und Vermögen.108
nzmarktcasino.

häftigung oder der viel gepriesenen Jugendbeschäftigungsgarantie fehlen das nötige Geld 110

w Deal“. 108

rgieversorgung zu Luxusaktivitäten.
droht nun eine regelrechte Rolle rückwärts. 110
u werden. 110

n.

n Österreichs RegierungsvertreterInnen in den Abgesang auf die europäische Energiewende ein
ır.
nzmärkten ausgesetzt.
waren sogar von den Kapitalmärkten abgeschnitten.
, die Europa jetzt für die Rettung von Staaten in die Hand nimmt. 108
estimmt.108
ft, dass sich die Euro-Mitgliedstaaten gegen die Angriffe der Finanzmärkte wehren und gegense

gen in der Union die Staatsschulden bisher um 670 Milliarden Euro erhöht. 110

en schultern müssen, sondern die Banken selbst.
und sind bruchstückhaft.
en. 110

itik, der hohen Kosten für die Krise, sondern auch wegen undurchsichtiger Entscheidungen der
ungen

ausgeprägt. 110

30 ten Asylsuchenden in die EU einreisen. 110
üchtlings zuständig ist, muss dringend nach dem Grundsatz der europäischen Solidarität ausgeri

europäische Lösungen und Strategien.108

logischen Umbau unserer Wirtschaft,108

Rolle.
ürger in Europa ab. 108
nsame Einnahmen finanziert. 108
e. 108
härtesten treffen.

n dem Europäischen Parlament verantwortlich. 108
es gelingen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik wieder zurückzugewinnen.

ıropäer.108

päischen Friedenskorps in Krisenregionen für die Erweiterung des Friedensprojekts der Europäis
ommen.
he 110

Verantwortung. 108

al“ investiert.108
ewerbs rücken wir die Lebenschancen der 6 Millionen arbeitslosen Jugendlichen und der mehr a

eigene EU-Steuern108

estitionen

nanz- und Wirtschaftskrise geführt.

08
reten wir für Eurobonds ein. 108
für eine leistbare Staatsfinanzierung aller Mitgliedsstaaten errichtet werden.108

n, Bankia in Spanien) mit Steuergeld gerettet.
n Regeln für alle Banken ein. 108
Insolvenzrecht für Banken, 108

auf. 108
merInnen leben können, 108

rds in Nord- und Mitteleuropa herangeführt werden.108
tig sind, braucht es außerdem eine verbesserte Anrechnung ihrer Erwerbszeit auf Pensions- und

eziehung des europäischen Parlaments 110

gefällt. 110

ndern auch die Weichen für eine andere Krisenpolitik gestellt. 108
n und Bürgern wird in einem offenen und transparenten Verfahren über die Zukunft Europas er

-Emissionen, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Energieeinsparung.
issionszertifikaten (backloading)gerettet werden. 108

nkunft der Regierungspartner,

ierung der Finanzmärkte und Banken notwendig ist.

n Rand des Kollapses gebracht.
nland, Spanien und andere.

Volksbanken könnte rund zehn Milliarden Euro betragen.

r Hypo bis hin zu den misslungenen Verhandlungen mit der EU über einen Verkauf kriselnder In

n unrentabler macht.
nirm mit den jeweiligen Regierungen ist der europäische Durchbruch gelungen.
ıktionssteuer gegeben. 108

efonds und Bankenverbänden torpediert.

ur Steuerbetrugsbekämpfung abschließen darf.
ient dem Verstecken von Verbrechensgeldern der Mafia und Schwarzgeldern der Oligarchen.
tige Voraussetzung, um der Steuerflucht den Nährboden abzugraben. 108
ten.
tständig Beschäftigen die Lohnsteuer automatisch verrechnet und vom Gehalt abgezogen wird?

d das Finanzsystem zu stabilisieren. 108
Zusammenarbeit eingeführt werden

alen Märkten spekulieren, sollen der Vergangenheit angehören.
Kerngeschäft,

en.
cht mehr aufkommen.

ı.
nicht die SteuerzahlerInnen.

und der Kommunalkredit klärt die politische Verantwortlichkeit für die Milliardenverluste.

Finger.108
leiben.

ımen der europäischen Staaten nicht durch die Manipulationen gewichtiger Finanzjongleure stä

Euro jährlich verloren.

ıen und Großkriminelle gedeckt werden. 108

ıte und umfassende Steuerbetrugsbekämpfung der Europäischen Union.

Feld.

ɐm Umgang mit Energie

ch geschont wie in Österreich,

rde das zusätzlich knapp 4 Milliarden Euro jährlich fürs Budget bringen.

(OeNB) erhoben.

ens.

nalen Teil.
chsten 10 Prozent der Haushalte mehr als 543.000 Euro halten.

e erben also eher und mehr als „arme“ Haushalte.
astungswelle der Mittelschicht führen würde.

erung

is überschaubaren Beitrag leisten.

umgestellt.

uro.

sein, wenn es um die Besteuerung von Vermögen geht.

an die aktuellen Verkehrswerte herangeführt

den untersten Einkommen verwendet.

ssystem

lass der Staat die Einkommenszuwächse nicht mehr automatisch über die kalte Progression weg

em nachhaltigen Wirtschaftsmodell.

ır große Unternehmen“, sondern geht weit darüber hinaus.

merInnen.

werbeordnung

ankensystem“ von den Spielcasinos der Finanzmärkte (Investmentbanken) strikt getrennt werde
n Banken in die Pleite schlittern.

– gestärkt werden

utigen,

Regelungen.

dämmt, kann beispielsweise nicht durch Österreich allein eingeführt werden.

rtschaftssystems.

und voll sozial abgesichert.

stabiles jährliches Wachstum von sechs Prozent auf.
twirtschaft tätig.

reinigung, Altlastensanierung, Solarenergie, Energieeffizienz oder der Luftreinhaltung weltweit

veiter ausgebaut

ie-, Umwelt- und Innovationspolitik mit gezielten Investitionen gestärkt werden.
ukunftsfähige und faire Grüne Jobs zu schaffen.
erbessert die Lebensqualität unserer und nachfolgenden Generationen.

rmöglicht die Entstehung weiterer zehntausender Grüner Jobs in den kommenden Jahren.
Energieeffizienz sowie den Ausbau und Einsatz erneuerbarer Energien.

aft, Gesundheit, Bildung und Pflege.
abgesichert.
nologien(z. B. Ausbildung zur ÖkoenergietechnikerIn).

ɔgien

ıach sich

ltbelastungen, Ressourcen- und Energieverbrauch leisten.

lert und die Regierung stellt sich taub.
ɔlichen Wirtschaft (SVA).
ıch im Einzelhandel und in klassischen Handwerksberufen.

ken.

ɔfen,

und Pensionsversicherung in der SVA viel zu hoch angesetzt,
hrt.
Euro.

n kaum etwas übrig.
ı EPU und KleinstunternehmerInnen wenig Rückhalt.
ant, wenig nützlich oder gar kontraproduktiv sein.
den Bedürfnissen von Industrie und Großunternehmen orientiert.

itklemme besonders stark betroffen sind.
fristig auch den Wirtschaftsstandort Österreich.
gangsbarrieren viele JungunternehmerInnen daran ihre Arbeit erfolgreich auszuüben.
eine Rigipswand aufstellen und eine erfahrene FremdenführerIn kein Reisebüro eröffnen.

eine Reihe von Reformen-Maßnahmen umgesetzt,
, etwa die Absenkung der Mindestbeitragsgrundlagen der SVA auf AS VG-Niveau

ch drei Jahre lang zu Mindestbeiträgen zu versichern.

durch drastisch reduziert.

e Verkürzung des Opting-in-/Opting-out- Zeitraumes von 8 auf 5 Jahre.

tart-Ups, EPU und Kleinstunternehmen schafft neue Finanzierungsoptionen für innovative Proje

EPU und Kleinstunternehmen einfach, kostengünstig und rechtssicher

en, in denen die Ausbildung im Sinne der Qualität und Sicherheit im öffentlichen Interesse ist, w

en
del und demographischer Wandel.

nd der beschlossenen Strategie für Forschung,

n bleibt oder zurückfällt.

ı.

:h relevant sondern für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung ein wichtiger Faktor.
n Zukunft auch speicherbaren Versorgungselementen oder welche konkreten Lösungen erarbei

hbruch zu verhelfen

ı Prozesses sein.

ategie) ist von hoher Priorität.

wie auch auf parlamentarischer Ebene.

n Österrreich.

ıhaltiger Energielösungen.

vereinfacht.

nen konfrontiert.
ragen.

:,

; verständlich.

ehr Teilhabe.

richtet oder der Quote folgt, sondern ernsthafte Auseinandersetzungen mit politischen Inhalten
/echselspiel mit Politik wesentlich beitragen.

von Daten.

Existenz bedroht wurde, sind ein gutes, bedrohliches Beispiel gewesen.

ıg im politischen Prozess.

und Politik,

tbaren Mehrwert gegenüber gewinnorientierten Unternehmen ein.

t und Mitbestimmung ermöglicht.108
.

ingestellt.

lität.

mt.

winnen, indem sie Mitbestimmung ermöglicht,
ruch hat, alles zu wissen.
ı verfallen, das keiner mehr sehen will.
d beantwortet,

n.
ffen zu sein.

rtet.
nent engagierter BürgerInnen.

ɔrmationen zur Verfügung, die sie brauchen um eine mündige, gleichberechtigte Rolle in der Ge
re als Teil der Verwaltung gesehen.

gestrichen.
darf nur im Einzelfall durch Richterspruch verweigert werden.
innt,108
päischen Parlaments 108

urden auf Grüne Initiative bereits entscheidend verändert. 108
tlich wesentliche Zustimmungsrechte gesichert. 108
für die Gewährung von Finanzmitteln an notleidende Staaten stimmen.

smitglieder in Europa zu überprüfen.

t einen entsprechenden Beschluss fasst.

gerInnen initiierten – Volksabstimmung, geschaffen werden.
r Linie der Einbeziehung der BürgerInnen und nicht als Spielwiese der parteipolitischen Auseina
ıng.
ıtscheidung möglichst nüchtern dargestellt werden.

ter gestärkt,

stockt

n zur Verfügung.

die laufende BürgerInnenbeteiligung ausgebaut.
ernet Plattform des Parlaments erfolgen können!

ıtend durch den Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen behandelt werden.

Abgeordneten eine eidesstattliche Erklärung zu verlangen ist, die den Ausschluss finanzieller Z

den Ausschüssen vom Nationalrat gewählt.
ie drei stimmenstärksten Parteien mehr.
es Rechungshofes und der VolksanwältInnen abgestellt.
g im Parlament.
dem Europäischen Gerichtshof und dem Gericht sowie der Mitglieder des Verfassungsgerichtsl

hlt werden.

gestärkt. 108

ents, 108
en Kommission antreten – 108

en haben ein Ende. 108
plenum das Wort zu ergreifen und damit die Kluft zwischen europäischer und nationaler Ebene

irekt demokratische Instrument auf europäischer Ebene, ist weiter zu entwickeln. 108
eben, werden abgebaut um möglichst allen Menschen Zugang zu diesem Recht zu geben. 108

n Partnerschaft

notwendig sein, um neue Wege des Interessensausgleichs zu finden.
chlässigkeit zu den Anliegen engagierter BürgerInnen bieten.
r Demokratisierung und Öffnung der Politik.
rundlage für NGOs zu verbessern und entsprechende Spielräume zu schaffen.

ent aller Privatstiftungen eigennützig!
tzt.

er Grund- und Menschenrechte und von EU-Recht, etwa zum Schutz der Umwelt, ein.
.
durch 50 die fehlende Umsetzung von EU-Recht durch den Gesetzgeber Schaden erlitten habe

ingt Kündigungsschutz (insbesondere für freiwillig Tätige im Katastrophenhilfsdienst), vereinfac

Familienbeihilfe verlängert sich.

ich werden verbessert.
sellschaftliche Anerkennung gemeinnütziger Stiftungen bei.

Betroffenen und BürgerInneninitiativen das Recht gegeben, sich in bestimmten Verfahren als Pa

iligung nur dann möglich ist, wenn ausreichend finanzielle Mittel für Fachgutachten

.

gen.

nzusetzen.

ng von Verordnungen – etwa zum Schutz vor Feinstaub – vor Gericht zur Wehr setzen;

mission und Österreich frei, denn diese Verfahren gehen zu einem hohen Anteil auf EU-Beschw

elden, in ihren Verteiler zur Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen auf.

n – wie auch in einigen anderen Staaten schon praktiziert

men dar

r verändert wie das Internet.

äsernen Menschen.

en haben.

ıuschal zu Verdächtigen gemacht.
n für mehrere Monate.
kehrsdaten“ (IP-Adressen, Telefonverbindungen etc.).

.

ıg vor dem Verfassungsgerichtshof mitgewirkt.

eiterverarbeitet werden können.
ıerheit dürfen nicht veröffentlicht werden.
aten zur Verfügung.

e Spur für privilegierte AutofahrerInnen, damit sie bei Stau schneller voran kommen.

t unverändert und gleichberechtigt übertragen werden, unabhängig davon, woher diese stamm
des Internets aushöhlen
ernets ermöglichen.
ormationen.

ıt

ıße Teile der Bevölkerung (siehe auch Kulturkapitel).

ıgen bzw. welche Dienste und Anwendungen sie nutzen.

f sich nicht nach Inhalten der Datenpakete

Netzneutralität durch eine gesetzliche Festschreibung auf europäischer Ebene ein. 108

GmbH) betraut.

uropäischer Ebene ein. 108

ırkt.

:hen Schutz der Privatsphäre voreinzustellen,

ung der UrheberInnen verwendet wird.
:gen das Urheberrecht verstoßen, werden in rechtskonformes Handeln umgewandelt,
ıinalisiert.

:t
ıg,

r Dateiformate umgestellt werden.
cht werden.

RF abrufbar sind, sollen schrittweise möglichst viele Sendeformate langfristig verfügbar sein.
keit höchst interessant sind.

en sein um demokratische Teilhabe zu ermöglichen.
bhängig sein.

werden.
bewegen

n wird,

k.

Mindestmaß an Anerkennung für hochwertige Arbeit.
reterInnen der amtierenden Bundesregierung immer in der Mehrheit sind.
n.

zum ORF.
Funktion möglich sein.
d.

naßgeblichen Beitrag zur Vielfalt der Presselandschaft und Kontrollfunktion beizutragen.
ch Mittel der Presseförderung wieder gestärkt.

ungen für freie MitarbeiterInnen im ORF,

Umsetzung der Regelung.

uchungsausschüssen ähnlich wie in Deutschland live zu übertragen.

iegt die Sammelwut
en ausgibt.

Leben aussieht, und mit wem sie das Wissen darüber teilt.
bby.
n.

.

ren Zweck verwendet werden.

plötzlich zu ungeahnter Bedeutung gelangen.
en sich im schlimmsten Fall gegen den Eindruck der scheinbar „unfehlbaren“ Computer erst „fr

ı“ ist.

ı Interessen“ abgeleitet.

ıtfernen zu lassen.

2000 an die EU-Datenschutzrichtlinie von 1995 angepasst. 108

und Bürokratie

ın verkauft.

ıitet werden.
mittlungen

ı kann.

3
ıen und darf nicht dem Lobbying der Datenkonzerne für eine Abschwächung der Regeln nachge

für die Privatsphäre des Menschen vor dem Staat.
ı:

. 110
ır BürgerInnen überwachen und missbrauchen. 108
)8
ern weitgehend unter rechtlicher Kontrolle der Europäischen Union stehen. 108

ängt Strafen.

:.
:s Datenschutzes.

Stiftungen, Vereinen usw.) Datenschutz zusteht.
abgeschafft.

nsetzung. 108

en aller in der EU lebenden BürgerInnen. 108
gen in der gesamten Europäischen Union unabdingbar.108

otwendigkeit, Verhältnismäßigkeit

len Staat erfolgt.

it als der Glaube an „Big Brother“.

olg der Kinder und Jugendlichen verantwortlich sein.

häufig noch ein Privileg.
zusperren sind leider Alltag in vielen Gemeinden.

ommenden Jahre sein.

zentrale Rolle in der Schule, etwa bei DirektorInnenbesetzung oder der Beschickung der Kollegi
früh

s einkommensschwachen Familien.

t.

und Lernende wohlfühlen
sten kann.

stelltem Elternhaus– Privatsponsor möglich.

ehrinhalten zum selbstständigen Gebrauch des menschlichen Verstandes befähigen,

ungsweg.
rgarten gelegt wird.
n Sprachkompetenzen.

n Personal

reich wird der Bedarf gedeckt und damit die Vereinbarkeit von Beruf, Bildung und Familie unte

Platz kostet,

ärten, altersgemischte Gruppen, Horte).

ben.
reinbarkeit mit der Arbeitswelt.
amilienförderung.

ler Kinder legen.
iveau bringt faire Entlohnung

ten.

ingungen geschaffen und entsprechend finanziert.
hängen.

ppenküchen für Mädchen oder Bauecken für Buben kennen zu lernen.
ogik in allen Ausbildungsstätten anzuwenden, damit Geschlechterklischees und Rollenstereotyp

Talente im Vordergrund.

zeit meistens kennen.
nen Lernens.

offen, damit Förderung an der Schule stattfindet anstatt als teure Nachhilfe an die Familien ab

ent der Schulwahlentscheidungen erfolgen auf Grund von Leistung.
dungsweg entscheiden müssen, sondern einen schulischen Rahmen haben, in dem sie individue
elunterricht einbezogen werden.
Schulen die Voraussetzungen für den Inklusiven Unterricht,

ftretenden Gewerkschaft –

e in einem Bereich nicht automatisch als schlechte SchülerInnen in allen Bereichen abgestempe

r Realität angepasst.
ıungszeiten und ähnliche Tätigkeiten, die für Lehrkräfte längst selbstverständlich sind, mitberüc

.

ersonal.

n, unterstützt:

r Einstiegsphase muttersprachlichen Unterricht,

chaftliche Zusammenarbeit zum Wohl der Kinder.

v näher gebracht,

räume.

estellt.

en,

e eine umfassende Qualifikation im Sinne des Berufsbildes nicht anbieten können.

der Branche –

chen Berufen insgesamt.

ıen.
ɛ dar,

ch weniger leistbar wurde.

ɬemischen Nachwuchses.
zu besuchen,

ı Kindesalter verschärft.

ɾige AkademikerInnenquote von 19 Prozent

eiter zurück.

ı.
ıschulen zu steigern.
spfad angewiesen. ¨

ɛile weit entfernt.

ɔlätze hinterher.
Hochschulen und Forschung versprochen wird, tatsächlich zu erreichen, bräuchte es zusätzliche

ügung stehen, müssen österreichische Hochschulen mit nur 1,44 Prozent des BIP auskommen.

ı Bund ein Mehrfaches der eingenommenen Studiengebühren investiert werden.
Wissenschafter schlecht.

kurrenzfähig.

den, wenn dafür die klügsten Köpfe und die entsprechenden Ressourcen vorhanden sind.

,

on Studiengebühren

en Jahren nicht gewachsen gewesen.

derzeit keine qualitativ hochwertige Ausbildung mehr

tigen um ihre Aufgaben verantwortungsvoll zu bewältigen.

; ihrer persönlichen Fähigkeiten.

en.

e Ausbildung eines/einer StudentIn benötigen.
rden, die die Zielerreichung einer qualitativ hochstehenden Ausbildung für immer breitere Schi

ächer, die sich durch ähnliche Lehrinhalte am Studienbeginn anbieten.
, ihr Interesse

dienwahl bei.

ehender wissenschaftlicher Laufbahnbilder

llegialorgane ist bislang nicht erreicht.
aftlichen Bereich widerspiegeln.

ozialversicherung von Pflichtpraktika

ıschulen und Studierenden die qualitative Auswahl der Praktikumsanbieter

chte endlich in der Österreichischen Bundesverfassung,

h gekürzt.

en zu verhindern,

hr 2013 neu beschlossen wurde

ı.
gendlichen fehlen.

n Agenda stehen muss.

en, mitbestimmen, trägt es zur Stärkung der demokratischen Kultur bei.
chte und Pflichten für alle Jugendlichen 75 bis 18,
ann.

erwegs.
le in Ausbildung bis 26 Jahre machen.

srang zu heben.

egung an das Parlament.

:er und -vertreterinnen von Kindern und Jugendlichen entsprechend einzubinden.
ver Part in der Sozialpartnerschaft.

n.

itskräfte verhindern.

n zu sensibilisieren

und ExpertInnen.

hen.

Ende ihrer Tage) wurde nicht erst in den vergangenen Jahren durch weitere Formen des Zusam
hnung.

e zu finden.

nden,

ıchen.

en.

haben.
n.
m Job wegbleibt.

;familien bei der Neuorganisation ihres Familienalltags nach der Geburt eines Kindes.

spruch auf einen kostenlosen Kinderbetreuungsplatz.
erufsleben.

ıss.

ıng

.

rechen.

e Paare ermöglicht.

terreich noch weit entfernt.
ngetragene PartnerInnenschaft einzugehen.
en Paaren wird bedauerlicherweise durch 60 unterschiedliche Diskriminierungen begleitet, die
lInnen gegen die unzähligen Unterschiede zum Eherecht.

der der Verfassung widersprechen.
ekommen zu den von Artikel 8 EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) geschützten Re

gewesen.
n für gleichgeschlechtliche Paare in Österreich im Vergleich zu unverheirateten heterosexuellen

einer Partnerin muss also bereits vorhanden sein.

nilie“

Frau“ identifizieren

utz.
hema

.

ngesetzt.

riminierung.

de Menschen ein 108

Anteile in politischen Funktionen,

eit zwischen den Geschlechtern für die gleiche bzw. gleichwertige Tätigkeit Platz 99 unter 135 Lä

er EU-Länder.

tverständlich.
tinnen bei über 65 Prozent liegt,

.1 Prozent unter dem EU-Durchschnitt.

Top 10“ mit dem höchsten Frauenanteil im Parlament

che Arbeit das gleiche verdienen.

ännernetzwerken sinkt.
ıen Frauenanteil im Parlament und einem besseren Ranking im Korruptionswahrnehmungsinde

ırkt deutlich zu verbessern.
Neuanstellungen in spezifischen Branchen für bestimmte Zielgruppen übernommen.

uen in den Arbeitsmarkt vorzusehen.

inner,

gebunden.
itionen,

zusetzen.

ung von ungewollten Schwangerschaften.

wahren Frauen vor Belästigungen.
werden.

n Ballungszentren.
en aufgewendet werden.

markt durch Investoren,

htsgesetzes.

geht.
ckstand bei den Mieten anwächst
ichener Vorschreibungen ins Haus flattert.

ohn.

ro 88 brutto in der Stunde

en zu finden.
e erzielt.

ınd ein Gewinn für die Gesellschaft.

ındgruppen und schon gar nicht geht es um Almosen für ein paar arme Menschen.

Funktionieren der Gesellschaft.

ɔnnen.
ıen Kriterien –

ɡets oder zur Spekulation.

ɔgen.

en in den Vollanwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes übernommen werden;

ıfschläge geben.

deckelten Preis abgegeben werden.

,

genutzt.

rmutsgefährdeten Haushalten.

ımensschwachen Familien gelegt.

„normales“ Leben führen kann.

.
ıch real umzusetzen.

ʒen.

.

reich.
ste in der EU,

r Armutsgefährdungsschwelle.

aren“

r ein Einkommen zum Auskommen.

hältnisse gewährleistet.
„ersparen“

len Lebensarbeitszeit unterstützt.

eichtert.

eiharbeiterInnen mit den Beschäftigten eines Betriebs konsequent eingehalten.108

koppeln.

leststandards und die Erhöhung des Lohnniveaus zielen.

ent angehoben.

t ist ein wichtiger Schritt für einen inklusiven Arbeitsmarkt.

sehen.

en.

enschen in das soziale

tlich,

gsträgern verwaltet.

elle.

V-Träger für jede der drei Versicherungssparten

o im Jahr einspart werden,

ngerechnet werden dürfen –

n Regeln berechnet wird.

en“ muss der Übertritt in die Bundesschatzpension ohne Verluste möglich sein.

dizinischer Rehabilitation

nenken.
ssystem auf hohe Lebenserwartung stolz sein kann,

tischen Instrumenten.

unterschiedlich.
ler und Jugendliche bauen,

tungsangebotsplanung vermissen lassen.

apeutische Unterstützung.

ıg.

skostenbeiträge bezahlt werden.

d.
eutische Behandlung zu erhalten.

en letzten zehn Jahren deutlich zugenommen

dtbevölkerung
ftigen psychischen Störung mit Krankheitswert.

d Männern,

g, die sie verdienen.

gen

n.

s liegt.

he.

ıt wird.
Innen ehestmöglich beseitigt.

f Krankenschein für alle Kinder und Jugendliche.

die wichtigsten Bausteine für qualitativ hochstehende Therapie

d Patienten entscheidend.

ts-

ntren für Gesundheit,

chenstellung für bessere Planung des Gesundheitssystems

nen erfolgen.

Mehrheit umgewandelt werden.

tts in Medizin

esetzlicher Anspruch von existenzsichernden Rahmenbedingungen unerlässlich.

ndliche.

rlitten.

ıg zu Hause

.
chwerkranken

reuung.

ebedürftigen Menschen

sicher

geldbezieherInnen,
e Ersatzpflege organisieren zu können.

:h Vorurteile an einem selbstbestimmten Leben gehindert.
derungen ratifiziert
ichtet.
gierung vier Jahre.

Maßnahmen

nitteln

hrensituationen per Notruf die Polizei,

von Menschen ohne Behinderung

ırer Pflicht nach.

istenz geschaffen haben.

eregelt.

t in Anspruch nehmen können

n,

e Teilnahme am gesellschaftlichen,

inheitlichen Regelungen zügig umgesetzt.

g von behinderten

faire Rahmenbedingungen.
nicht mehr möglich.
lerung beschäftigen, werden erhöht.

t,

werden.

port.

n

schenkt.

r Training geeignet sind

len eine wesentliche Maßnahme dar,

ıer Mitarbeit zu bewegen

die eine universitäre Ausbildung in diesem Bereich abgeschlossen haben.

eilen wir doch eine gemeinsame Zukunft.

en.

sterreicherInnen:

ürgerIn.

aft

einwandfreien Asylverfahren

re dauern.

em mehr haben.

:lingskonvention angenommen.

ı droht, ist wesentliches Merkmal einer demokratischen,

n.

,

arbeiten,

dig,
n einer solidarischen Aufteilung der AsylwerberInnen in der EU überdacht. 108

ich selbst zu versorgen.

Chance in der alten Heimat bekommen.

Vege von Projekten sein.

rnisse

:uwanderInnen ermöglicht,

n bereits 2006 ein Einwanderungsmodell für Arbeitsmigration ausgearbeitet.

em,

es Aufenthaltsrecht

n haben und noch kein Aufenthaltsrecht haben, erhalten einen Rechtsanspruch auf Bleiberecht

ichen.
itischen Initiativen weitgehend verabschiedet.

cklungszusammenarbeit zu leisten

immer weiter zurückgegangen.

ıs für Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen, stagniert dieser Beitrag seit Jahren bei runc
isterien durchgeführt, die alle ihre eigenen Agenden und Ziele verfolgen.

für unsere Kinder erhalten.

ämpfung,

erständlich,

ımens für die Entwicklungszusammenarbeit bereitzustellen.

g.

CO2-Minderung

elle,

r Verfügung stellen kann,
heidenden Stelle zusammenläuft.
twortung.

twicklungszusammenarbeit (EZA) auszugeben,

r konkrete Projekte zur Verfügung.
tionen werden deutlich erhöht.

ammen

sten vom Klimawandel betroffenen Länder.

s 1,5 Millionen Euro an Hilfsorganisationen vergibt,

abseits des medialen Interesses aktiv wird.

ern

en an die Einhaltung dieser Mindeststandards

ndel.¨

eblieben sind, verwirklicht werden.

ı Land ignoriert,

kanäle radikal verkürzt

ten.

bleibt,

ungen zu erkennen

dankt, darf die heute Tätigen nicht notleiden lassen.

er Festspiele.
erlängert.¨

r Geldgeber abhängig.

ormes Handeln umgewandelt,
inalisiert.
ng“ urheberrechtlich geschützter Werke

net werden.

des Kunsthistorischen Museums.

ufgaben

ung sein.

eingeräumt.

nheit immer noch Teil von Auseinandersetzungen.

ıtzogen werden.
:e,

en Szene hilft.

ndersetzung mit rechtsextremistischen Erscheinungen in Österreich.

ı,

ınt am 21. Oktober 2009 Deserteure der Wehrmacht

ein unabhängiges,

laster
; ließen sie ihr Leben“ zu lesen.

ren Ausstattung.

estaltet

ergangenheit in angemessener Form zu vermitteln.

ıem bei Jerusalem

en –

Wehrmacht

aufnahme der Krypta und des Weiheraumes vornehmen

nessen

en den Nationalsozialismus gewidmet ist.
en für die Befreiung Österreichs gewidmet ist, muss gesichert sein.

e in die Grundrechte der BürgerInnen eingreifen.
rdnet werden.

n.
tiz nach immer neuen

en Plätzen.
en.

ndig.

ro längst überfällig.

sind. 108

uro.

ieht eine Genehmigungspflicht vor

eren Gewalttaten,

eder in die Gesellschaft einzugliedern.

ıericht,

ınger StraftäterInnen begünstigen.

rcen verschlingt,

ı an den komplexen Strukturen 129

den letzten Jahren eingeschränkt.

entlichen Hand braucht.

dig.

dungen wie dem Verbot einiger Pestizide statt dem lebenswichtigen Schutz der Bienen in erster

skonzerne in Russland oder Saudi-Arabien, sondern weitgehend in regionale Wertschöpfung.

nen maßgeblichen Beitrag zu einer nachhaltigen Energieversorgung in Europa leistet.

nach oberösterreichischen Vorbild geben.

den erneuerbaren Energieanteil.

Betroffenen von Energiearmut einzusparen.

e zum Durchbruch.

Wohlstand und Klimaverträglichkeit vereint.

e Tier- und Pflanzenarten auszuweisen.

er Alltagsleben ist, wird es wohl nie verstehen.

erschutz verwendet.

e nicht herum.

intakten Fließgewässer wie die Schwarze Sulm in der Steiermark oder die Isel in Osttirol auch fü

u geschaffen.

ternationalen Konzernen zu drängen. 110
ıck geraten, ihre Wasserversorgung an profitorientierte Konzerne zu verkaufen.

:bar gemacht.

neiden

-L-Novelle)

gen Haftungs-,

einer Grünen Abfall(vermeidungs)politik.

verfolgbar macht;

e entzieht.

aller Geldbeutel.

eht.

nsteigen,
cketsystem für alle Öffis.

iesteuern und -abgaben.

den Umstieg auf emissionsarme Autos.

r durch Computersimulationen.

definiert und konkretisiert.

ınden.

:hnung von tierischen Produkten nach der Art der Tierhaltung und Tierfütterung ein.

.

en verantwortlich ist, bekannter wird.

:rdbeeren, Melonen.

es sich um ein hochwertiges Lebensmittel handelt.

lehnt.

f verschaffen.

ıend.

).

eitig beistehen.108

politischen Eliten Europas. 110

ichtet werden. 108

. 108

schen Union einsetzen.108

als 20 Millionen arbeitslosen Erwachsenen ins Zentrum der Politik.

d Arbeitslosenansprüche.

ntschieden.108

ıstitute.

ändig nach unten gedrückt. 108

gfrisst.

en.

führend.

ekte.

wird die Gewerbeordnung modernisiert.

tet die Ge- 44 sundheitsforschung für eine Gesellschaft, die älter wird?

n führt.

staltung der Gesellschaft auszuüben.

ndersetzung.

uwendungen zum Gegenstand hat.

hofes geht ein nachvollziehbares Auswahlverfahren unter Einbindung eines unabhängigen Expe

zu verringern.108

n.

:hte Freistellungsmöglichkeiten für freiwillig Tätige

ɜrtei zu beteiligen

erden von BürgerInnen zurück.

nen oder welche Anwendungen die Pakete generiert haben.

eibeweisen“.

ben.

ien der Landesschulräte.

rstützt werden.

)en die Handlungsmöglichkeiten von Kindern nicht schon im jungen Alter einschränken.

geschoben zu werden.

ell gefördert werden.

elt werden.

cksichtigt.

: 300 bis 600 Millionen Euro an Finanzmitteln – jährlich.

chten gewährleistet.

menlebens ergänzt.

dieses Gesetz im Gegensatz zum Eherecht für Heterosexuelle vorsieht.

chten zählt.

Paaren als diskriminierend verurteilt hatte,

ändern zu.

x von Transparency International.

d 0,3 Prozent.

- Linie die Interessen der Agrarindustrie als Priorität sieht

ır zukünftige Generationen zu erhalten.

ertInnengremiums voraus.

GRUNDLAGEN
UNSERE VISION
Ein neues Österreich im Jahr 2018
Die Politik hat an Respekt gewonnen.
Man spürt, dass es wieder um Lösungen geht.
Die Demokratie ist gestärkt.
Mehr Menschen denken mit, reden mit, machen mit.
Es werden Dinge in Frage gestellt, die einem besseren Österreich schon lange im Weg stehen.
Die Zuversicht wächst.
Das Land verändert sich.
Das ist das neue Österreich. U
NSER ANSPRUCH:
WIR VERÄNDERN ÖSTERREICH
· Wir Bürger_innen holen uns das Land zurück.
· Wir beenden den Stillstand. ·
Wir bringen einen neuen Stil und neue Formen in die Politik.
UNSERE GESCHICHTE
Wir packen jetzt an.
Wir wollen nicht mehr nur zusehen.
Wir sind eine von Bürger_innen initiierte und getragene Bewegung,
die das Ziel hat, unser Land aus dem Würgegriff der alteingesessenen Parteien zu befreien.
Wir glauben daran, dass wir unsere Zukunft selbst gestalten können
– unsere gemeinsame Lebenswelt,
unseren Staat,
unser Österreich. Wir arbeiten zusammen an einer neuen Form von Politik.
Einer ehrlichen Politik,
die uns Bürger_innen verpflichtet ist
und dem Neuen Platz gibt,
nicht nur dem Etablierten.
Einer Politik, die auch Freude und Zuversicht verbreitet.
Wir wollen Lust auf Politik,
das gemeinsame Gestalten,
das Zusammenleben machen.
Wir sehen die Dinge pragmatisch,
ohne ideologischen Zerrspiegel.
Wir können unsere Gedanken unabhängig und frei zu Ideen und Lösungen machen.
Keine Fußfesseln aus der Vergangenheit,
keine Landeshauptleute
und keine Interessenverbände hindern uns daran.
Wir beenden den Stillstand.
Wir holen uns als Bürger_innen das Land zurück.
Wir gestalten das neue Österreich.
DEMOKRATIE
DIE HERAUSFORDERUNG
Österreichs Staats- und Verwaltungsstruktur ist höchst ineffizient
und längst nicht mehr zeitgemäß.
Obwohl seit Jahrzehnten vernünftige Vorschläge auf dem Tisch liegen (z. B. Österreich-Konvent

Das etablierte politische System erscheint in letzter Zeit korrumpiert,
die Finanzierung der Parteien ist intransparent
und im internationalen Vergleich immens "staatslastig".
Das Vertrauen der Bürger_innen in die Politik ist auf einem Tiefpunkt angelangt
– die Zahl der Nichtwähler_innen entspricht bereits einer Großpartei.
Viele glauben nicht mehr, dass die Abgabe ihrer Stimme bei Wahlen etwas ändert.
In dieser Situation ist die Demokratie selbst gefährdet.

UNSERE VISION FÜR 2018

Politik ist wieder positiv besetzt
und wird als Ort verstanden, wo wir gemeinsam an einem Strang ziehen,
um die Zukunft des Landes in einer globalisierten Welt zu gestalten.
Österreich hat wieder eine lebendige Demokratie,
die Wahlbeteiligung ist hoch.
Zahlreiche Bürger_innen beteiligen sich aktiv am politischen Geschehen
– was nicht mehr nur mittels Gang zum Gemeindeamt während der Parteienverkehrszeiten mö
Es gibt mehr und vor allem wirkungsvollere direktdemokratische Elemente.
Abgeordnete werden nicht mehr überwiegend von Parteigremien, sondern durch die Wähler_i
und sind den Bürger_innen stärker Rechenschaft schuldig.
Die politischen Prozesse sind transparent,
die Korruption ist deutlich zurückgedrängt.
Die Parteienförderung wurde stark reduziert
und entspricht europäischen Standards.
Umgekehrt stehen den Abgeordneten selbst ausreichend Ressourcen für ihre Arbeit zur Verfüg
Die Staatsorganisation und die Verwaltung Österreichs sind effizient.
Selbstbestimmung,
das Recht auf Privatsphäre
und Minderheitenrechte sind wesentliche Bestandteile der Demokratie.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Politik beleben,
Partizipation und Bürger_innenbeteiligung stärken
· Möglichkeiten für Bürger–innen eröffnen, Politik/Demokratie in neuen Formen und Formaten
· Innovative, dialogorientierte Formen der Bürger_innenbeteiligung schaffen,
die einen differenzierten gesellschaftlichen Willensbildungsprozess auch bei komplexen politis
· Beteiligungsmodelle wie Bürger_innen-Räte, World Cafés, Bürger_innenforen forcieren
· Präsenzveranstaltungen und Onlinekommunikation zu einer Informations und Mitwirkungspl
Parlament stärken,
Wahlrecht personalisieren
· Personalisiertes Verhältniswahlrecht einführen: D
irektwahl von 75 % der Mandatar_innen in Einerwahlkreisen (mit jeweils rund 45.000 Wahlber
entsprechende Anzahl an Wahlkreisen für Auslandsösterreicher_innen;
Wahlkreis-Kandidat_innen können sich einer Bundesliste anschließen, dann zählen ihre Stimme
Bei Ausfall eines Mandatars (Tod, Rücktritt, etc.) erfolgt im betroffenen Wahlkreis eine Nachwa
· Die restlichen Mandatar_innen (25 %) werden auf Bundesebene bestimmt.
Keine Überhangmandate:
Wenn eine Partei aufgrund der Direktmandate schon mehr Mandate erzielt hat, als ihr prozent
Die Summe der Mandate bleibt 183.
· Bundesrat zugunsten eines Einkammerparlaments abschaffen

· Eigenen Legislativdienst für das Parlament schaffen,
um Gesetzesinitiativen von Abgeordneten zu unterstützen
· Regierungsmitglieder müssen sich vor ihrer Angelobung im Nationalrat einem Hearing mit Abl
· Infrastruktur für Abgeordnete stärken
(mehr Mitarbeiter_innen, größeres Budget –
aber transparente Verwendung).
Finanzieller Mehraufwand geht zulasten der allgemeinen Parteienförderung.
· Für nicht direkt gewählte Funktionsträger_innen wird die Abgeordnetentätigkeit im selben O
· Internet stärker für Teilnahme an der Arbeit im Parlament bzw. deren Beobachtung einsetzen
(z. B. Live-Übertragung von Debatten)
Direkte Demokratie im Gesetzgebungsprozess aufwerten
· Gesetzesinitiativen werden weiterhin durch Regierungsvorlagen,
Abgeordnete
und Volksbegehren eingebracht.
Volksbegehren durch Senkung der Schwelle für verpflichtende Behandlung durch den National
Fristenlauf verkürzen;
keine Volksbegehren auf privilegierte Initiative von Abgeordneten;
verpflichtende namentliche Abstimmung über Volksbegehren im Plenum
(statt "Schubladisierung" in Ausschüssen)
· Sofern ein Volksbegehren-Gesetzesvorschlag vom Parlament verworfen wird und das Anliegen
Wenn insgesamt über 10 % der Wahlberechtigten (derzeit rund 600.000) das Volksbegehren un
· Volksabstimmungen werden als Vetomöglichkeit gegen Gesetzesbeschlüsse des Nationalrats
jedoch nicht mehr nur dann durchgeführt, wenn der Nationalrat dies einräumt (fakultativ) oder
· „Legal footprint“ für Gesetze:
Entstehungsgeschichte des Gesetzesvorschlags,
insbesondere Initiator_innen und Abstimmungsverhalten, werden öffentlich einsehbar dokum
ebenso alle Abänderungsanträge und Aktenvermerke.
· „Liquid Democracy“-
Elemente im Begutachtungsverfahren vor dem parlamentarischen Gesetzgebungsprozess und/
· Parlamentarische Anfrage auch durch Petition von 1 % der Wahlberechtigten ermöglichen Eff
· Gesetzgebung, Finanzierung (Steuerhoheit) und (Letztverantwortung für) Verwaltung sind im
· 2 Möglichkeiten: Entweder es wird für die Länder Steuerhoheit eingeführt (unter Entfall des v
oder die Landesgesetzgebung und –vollziehung wird abgeschafft (Länder und/oder Bezirke/Sta
· Gemeinden: Die Selbstverwaltung wird beibehalten
(im Fall der Abschaffung der Landesvollziehung: ausgeweitet),
zugleich werden Mindestgrößen in Hinblick auf die Effizienz festgelegt.
Finanzen und Interessenlagen von Parteien und Abgeordneten transparent machen
· Die Parteienförderung um bis zu 75 % reduzieren,
und zwar gebunden an die absolute Stimmenanzahl, nicht den relativen Stimmenanteil
(= Bindung an Wahlbeteiligung)
· Finanzierung von Parteien wie Abgeordneten, insbesondere die nichtöffentliche, transparent
Parteispenden offenlegen
[siehe dazu auch den Abschnitt "Finanz-Richtlinien"]
· Ausgaben von Parteien und Abgeordneten transparent machen
[siehe dazu auch den Abschnitt "Finanz-Richtlinien"]
· Alle Nebentätigkeiten von Abgeordneten (Erwerbstätigkeiten, Unternehmensbeteiligungen, V
Verwendung öffentlicher Gelder transparent machen

· Alle öffentlichen Förderungen veröffentlichen
· Ignorieren von Rechnungshof-Berichten sanktionieren
. Innerhalb von drei Monaten nach Vorliegen des RH-Berichtes ist ein Vorhabensbericht zu verf
der im jeweiligen Kontrollorgan (z. B. Nationalrat) präsentiert und diskutiert wird;
alle sechs Monate ist ein Statusbericht zu liefern.
· Inserate/Kooperationen öffentlicher Stellen (inkl. Unternehmen mit staatlicher Beteiligung) n
· Die Verwendung aller öffentlichen Mittel (inkl. Aufträge) ist restlos transparent zu machen.
· Beteiligungsverhältnisse an Medien sind offenzulegen.
· Das Konzept des Open Government ist zu stärken und auszuweiten.
Schlanke Selbstverwaltung
· Sozialversicherungsträger restrukturieren
(1 Sozialversicherungsträger)
· Pflichtmitgliedschaft in den Kammern abschaffen ·
Die Rolle der Sozialpartner auf das Kollektivarbeitsrecht reduzieren
(keine Beteiligung am Gesetzgebungsprozess)
– kein „Staat im Staat“
Bewusstseinsbildung
· Einbindung der Bürger ins politische Leben forcieren,
stärkeres Demokratiebewusstsein schaffen
· Es wird ein Medienrat geschaffen, der journalistische Initiativen in diesem Sinne unterstützt.
· Politische Bildung im Unterricht ausbauen
(etwa in einem Schulfach „Wirtschaft und Recht“)
BILDUNG
DAS 12-PUNKTE-PROGRAMM
Wissen und Können sind unser größtes Kapital
– als Individuum,
als Gesellschaft
und als Volkswirtschaft.
Die etablierten Parteien tragen dem Wert von Bildung, Ausbildung und Forschung zu wenig Re
ihre missglückte Bildungspolitik gefährdet unsere Zukunft.
Es ist daher höchste Zeit, neue Wege einzuschlagen.
Unsere Pläne dafür lassen sich in 12Punkten zusammenfassen:
1. Die Basis: Wer nicht sät, wird nichts ernten.
Kindergärten, Krippen, Tagesmütter und Kindergruppen sind wichtige Bildungsstätten.
Die Elementarpädagogik schafft die außerfamiliäre Grundlage dafür, möglichst allen Kindern gu
Hier sind Investitionen ins Bildungswesen am dringendsten nötig
und entfalten die größte Wirkung.
Wir wollen einen Qualitätssprung mit einem besseren Betreuungsverhältnis für die Kinder und
Dafür sind bedeutend mehr Personal
sowie die Aufwertung der Ausbildung und Bezahlung der Kinderbetreuungsberufe notwendig.
Zur Förderung der Familien ist,
wie internationale Erfahrungen zeigen,
eine qualitätsvolle Kinderbetreuung zielführender als reine Geldleistungen wie Steuerfrei- und
2. Das Prinzip: Freie Schulen, Kindergärten und Hochschulen.
Wir wollen freie Bildungseinrichtungen,
die nicht mehr parteipolitischer Bevormundung und bürokratischer Überregulierung ausgesetz
Sie sollen eigenständig neue Wege gehen und

schnell, flexibel und realitätsnah agieren können.
Schulautonomie bedeutet für uns die freie Wahl der pädagogischen Modelle,
der Lehr- und Lernmethoden,
der (über Mindeststandards hinausreichenden) Lehrinhalte
und der Mitarbeiter_innen.
Diese sollen ein Team mit vielfältigen Kompetenzen bilden,
das sowohl Lehrer_innen als auch Profis aus anderen Bereichen wie Sozialarbeit, Psychologie, S
3. Die Schüler_innen: Talente in den Mittelpunkt, weg von der Defizit- Orientierung.
In den Schulen stehen die Interessen und Talente der Schüler_innen im Vordergrund.
Die Mittlere Reife zum Abschluss der Schulpflicht bildet mit Mindeststandards in den Hauptfäc
Auf dieser Grundlage gilt „Potenziale fördern“
und „Stärken stärken“
statt der Orientierung an den Defiziten.
Anstelle der verfrühten Zweiteilung in AHS und HS/NMS wollen wir eine Vielfalt an autonomen
– oder auch neunjährigen Grundschulen -,
die auf individuellen Wegen zum gemeinsamen Ziel der Mittleren Reife führen.
4. Die Lehrer_innen: Schlüssel zum Erfolg.
Internationale Studien zeigen:
Entscheidend für die Qualität der Bildung sind nicht Strukturen und Methoden, sondern die Lel
Wir wollen Wertschätzung und Image-Arbeit für den Beruf,
die Aufwertung des Lehramtsstudiums durch selektive Aufnahmeverfahren,
Quereinsteiger_innen aus der Praxis
und eine vielseitige Weiterbildung anstelle des Fortbildungsmonopols der Pädagogischen Hoch
Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch in Teams sollen aktiv gefördert werden,
an großen Schulen machen Team- und Bereichsleitungen Sinn.
Engagierten Lehrer_innen stehen so auch neue Karrieremöglichkeiten offen.
5. Die Direktor_innen: Profis mit Gestaltungsspielraum.
Schluss mit der Parteibuchwirtschaft bei der Vergabe der Direktionsposten!
Schulleiter_innen sollen nicht von Behörden und Landeshauptleuten bestimmt, sondern nach d
Sie bekommen vollen Gestaltungsspielraum bei der Auswahl der Lehrer_innen und anderen Mi
sowie bei der Verwendung der Budgets.
6. Die Finanzierung: Freie Schulwahl ohne Schulgeld
Alle Kinder haben das gleiche Recht auf eine gute Schulbildung.
Derzeit herrscht im Schulwesen eine Drei-Klassen-Gesellschaft:
In öffentlichen Schulen finanziert der Staat den vollen Betrieb,
in konfessionellen Schulen das Personal
und in freien Schulen mit Öffentlichkeitsrecht gar nichts.
Wir wollen, dass die Finanzierung von der Institution losgelöst und ans Kind gekoppelt wird:
Für jeden schulgeldfreien Platz, den eine Schule zur Verfügung stellt, erhält sie einen fixen Betr
Für Kinder aus bildungsfernen Schichten
und mit nicht-deutscher Muttersprache
erhält die Schule einen finanziellen Bonus,
um die soziale Vielfalt in den Schulen zu sichern
und größeren Herausforderungen gerecht zu werden.
Einen erhöhten Betrag erhalten auch Kleinschulen am Land.
Ihre Finanzierung und Rahmenbedingungen sollen Schulen von einer einzigen Stelle erhalten:
Schluss mit dem Kompetenzwirrwarr zwischen Bund und Ländern!

7. Die Qualitätssicherung: Viele Augen sehen mehr als zwei
Die Qualität des Lehrens und Lernens soll systematisch sichtbar gemacht und gefördert werder
Wie sie es von ihren Schüler_innen erwartet, soll auch die Schule selbst laufend dazulernen.
Entscheidend dafür ist eine gute Beziehungs-, Kommunikations- und Feedback-Kultur innerhalb
Die Qualität der Schule wird regelmäßig durch Lehrer_innen, Schüler_innen, Eltern, Absolvent_
Ergebnisse werden anonymisiert veröffentlicht.
Eine Qualitätssicherungsagentur vernetzt die Schulen und hilft bei Verbesserungsschritten.
8. Integration durch Bildung:
Die Muttersprache als Startrampe statt Startnachteil
Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in unsere Gesellschaft und Wirtschaft zu integrieren
Bildung kann einen entscheidenden Beitrag dazu leisten.
Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache sollen nicht mit einem Startnachteil ins Schulwesen e
Der Schlüssel dazu ist sprachliche Frühförderung in der Muttersprache und auf Deutsch.
Wer in der eigenen Umgangssprache lesen und schreiben gelernt hat, lernt schneller und besse
Wir fordern mehrsprachige Angebote in Kindergärten und Volksschulen
sowie individuelle Beratung und Förderung.
9. Die Lehre: Faire Weiterbildung und Umstiegsmöglichkeiten
Die duale Lehrlingsausbildung in Betrieb und Berufsschule ist ein österreichisches Vorzeigemod
das vielen jungen Menschen einen erfolgreichen Einstieg ins Berufsleben ermöglicht.
Weiter aufwerten wollen wir die Lehre durch flexible Anschlussmöglichkeiten.
Die Entscheidung für einen Beruf erfolgt oft schon mit 15 Jahren, daher darf die Lehre keine Sa
Wir wollen gute Umschulungsmöglichkeiten in andere Berufe und neue Berufsakademien,
die die teuren Meisterkurse ersetzen.
Höhere Bildung soll hier mit der gleichen staatlichen Studienplatz-Finanzierung ermöglicht wer
wie an Universitäten, ebenfalls ergänzt um nachgelagerte Studiengebühren,
die erst ab einem gewissen Einkommen zurückzuzahlen sind.
Wir fordern Gleichberechtigung für berufliche und wissenschaftliche Höherbildung.
10. Die Hochschulen: Studienplätze mit Qualität
Der Hebel zu mehr Qualität und Effizienz an den Universitäten ist ein ergebnisorientiertes Finar
Die staatlichen Mittel sollen nicht pauschal,
sondern leistungsbezogen zugeteilt werden.
Jede Universität erhält einen Sockelbetrag,
um die Basis-Infrastruktur abzudecken.
Die Finanzierung der Lehre ist an die Zahl der Studienplätze gekoppelt.
Gelder für die Forschung werden zu Vollkosten auf Projektbasis vergeben.
So haben die Unis –
wie bisher schon die Fachhochschulen – Interesse an vielen Bewerber_innen,
guter Studienqualität
und niedrigen Drop-out-Raten.
Die Auswahlverfahren werden in die Autonomie der Universitäten übertragen.
Nachgelagerte Studiengebühren ergänzen dann die staatliche Finanzierung.
Der FH-Sektor wird ausgebaut,
ebenfalls mit Qualität vor Quantität.
11. Die Forschung: Freiheit und Planungssicherheit
In der Forschungsförderung gilt es zunächst, übersichtlichere Strukturen zu schaffen.
Statt bisher in drei Ministerien sollen die Forschungsagenden in einem Ministerium zusammen
Dieses soll das Gießkannenprinzip zurückdrängen

und Schwerpunktsetzungen ermöglichen:
Durch größere Projektsummen mit längerer Laufzeit,
nicht jedoch mit inhaltlichen Vorgaben von Seiten der Politik.
Mehr freie Grundlagenforschung
und mehr Planungssicherheit stärken den Forschungsstandort.
Hochschul-Mitarbeiter_innen sollen zwischen forschungs-und lehrintensiven Jahren wechseln k
um Projekte effizienter zum Abschluss zu führen.
12. Lebenslanges Lernen:
Bildungsbeteiligung erhöhen,
Förderungen zusammenführen
Bildung stärkt das Potenzial in jedem Menschen,
mit Verstand und Tatkraft sein eigenes Leben zu gestalten
und das Leben anderer Menschen zu bereichern.
Sie beginnt und endet nicht mit dem Schulbesuch,
sondern begleitet uns durch alle Lebensphasen.
Die berufsbezogene Erwachsenenbildung liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Individ
Gesellschaft
und Unternehmen.
Wir wollen das nach dem Bausparprinzip funktionierende Bildungssparen zu einem Bildungsko
Es soll kürzere Ansparzeiten ermöglichen
und alle Förderungen von Bund, Ländern und Sozialpartnern auf einem Förderungskonto zusan
das der bildungswilligen Person eine eigenverantwortliche Auswahl der richtigen Bildungsmaßn
Die Bildungspolitik ist seit Jahren von Frustrationen geprägt,
die es mit frischem Wind,
Investitionen in die Zukunft
und neuen Denkweisen zu überwinden gilt:
Mangelware Kinderbetreuung:
Noch immer gibt es viel zu wenige Kinderbetreuungsplätze –
insbesondere für 1- bis 3-Jährige fehlen flächendeckende Angebote in altersgerechter Qualität
Bildungsniveau im Sinkflug:
Österreichs Ergebnisse in internationalen Vergleichsstudien sind miserabel,
zahlreiche Pflichtschulabgänger_innen können nicht ausreichend lesen und rechnen,
um eine berufliche Ausbildung zu beginnen.
Schulen politisch blockiert:
Seit Jahrzehnten scheitert die dringend notwendige Weiterentwicklung der Schulen
an den ewig gleichen ideologischen Machtkämpfen zwischen Rot und Schwarz
sowie Bund und Ländern.
Kein Handlungsspielraum:
Mit „Bildungsstandards“ und „Zentralmatura“ werden neue Ziele festgeschrieben,
ohne an den Mitteln zur Zielerreichung etwas zu ändern.
Der Spielraum der Schulen, selbstverantwortlich neue Wege einzuschlagen,
bleibt unter der obrigkeitsorientierten staatlichen Schulverwaltung minimal.
Keine Weltklasse-Unis:
Die Universitäten bleiben von internationalem Spitzen- Niveau großteils weit entfernt,
da die Lehre auf Menge, nicht auf Qualität ausgerichtet
und Forschungsförderung zersplittert
und unübersichtlich ist

und uns in Sachen Forschungsquote zu wenig voran bringt.
UNSERE VISION FÜR 2018
Das Bildungswesen ist geprägt von einer Zuwendung zu den Potenzialen und Talenten.
Nicht die Konzentration auf Defizite,
sondern die Entfaltung der Persönlichkeit und ihrer Stärken steht im Mittelpunkt der Bestrebu
Förderung und Unterstützung für Begabte sind in ausreichendem Maße vorhanden
und haben zu einer signifikanten Reduktion des „Braindrain“ in Österreich geführt.
Bildung stärkt das Potenzial in jedem Menschen,
mit Verstand und Tatkraft sein eigenes Leben zu gestalten
und das Leben anderer Menschen zu bereichern.
Junge Menschen werden ihren Potenzialen entsprechend gefordert und gefördert.
Kinderbetreuungseinrichtungen werden als erste Bildungsstätte anerkannt
und entsprechend geschätzt und weiterentwickelt.
Ab dem ersten Geburtstag steht für jedes Kind ein hochwertiger Betreuungsplatz
mit gut ausgebildeten Betreuer_innen
und einem altersgerechten Betreuungsverhältnis zur Verfügung.
In den Schulen stehen die Zukunftschancen, Interessen und Talente der Schüler_innen im Mitt
Lehrer_innen werden auf vielfältige und wertschätzende Weise unterstützt, gefordert und gef
damit der Unterricht jedes Jahr besser wird als im Jahr davor.
Für die unterschiedlichen Aufgaben der Schule
– von Wissensvermittlung über Coaching bis zu Sozialarbeit – sind Profis aus den entsprechend
Die Schulen sind eigenverantwortliche Einrichtungen,
die über alle Entscheidungsspielräume, Planungssicherheiten und Qualitätssicherungsinstrume
um ihr volles Potenzial ausschöpfen zu können
und den Herausforderungen unserer Gesellschaft gerecht zu werden.
An den Hochschulen werden innovative
und international angesehene Spitzenleistungen erbracht
– in der Lehre ebenso wie in der Forschung.
Berufsakademien haben sich als neue Säule der berufsnahen hochschulischen Ausbildung etab
und heben damit das erfolgreiche Prinzip der dualen Ausbildung auf die nächste Qualifikations
Bildung umfasst die Entwicklung von Handlungskompetenzen, Qualifikation und Wissen als leb
Der Prozess endet nicht nach der Schule, Hochschule, Ausbildung
und umfasst formales, nicht-formales und informelles Lernen.
Ergebnisorientierung und Entpolitisierung:
Das Bildungswesen von ideologischen Scheuklappen und Parteipolitik befreien
· Die Bildungspolitik von althergebrachten ideologischen Grabenkämpfen befreien
und mit einer pragmatischen,
Best Practice-orientierten Zugangsweise neu ausrichten
· Gemeinsame Ziele mit allen Bildungseinrichtungen vereinbaren
– die Wege zur Zielerreichung hingegen dürfen
und sollen vielfältig, innovativ und individuell sein.
· Zwischen bundesweit vergleichbaren Standards
(v.a. in Hauptfächern) und interessen- und talentorientierter Individualität (in anderen Fächern
· Überfrachtung der Lehrpläne beseitigen.
Freiräume für gestaltbaren Fächerkanon ergänzend zu den bundesweit definierten Standards s
(z. B. regionale Schwerpunkte)
· Leiter_innen von Bildungseinrichtungen werden durch den jeweiligen Schulgemeinschaftsaus

frei von Parteibuchwirtschaft.
· Erfolgsorientierte Komponenten in der Entlohnung von Direktor_innen und Lehrer_innen ein
wobei die Steigerung der Schüler_innen von Schuleintritt bis Schulabschluss bei bundesweiten
Voraussetzungen dafür sind die Personalautonomie der Schulen
und die Einbeziehung internationaler Erfahrungen und Vorbilder in die Ausgestaltung des Entlc
Autonomie und Verantwortung:
Den Bildungseinrichtungen Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeiten geben
· Kindergärten, Schulen und Hochschulen volle Personal-
und Budgetautonomie geben,
der Bund hat Steuerungsfunktion auf Basis von Leistungsvereinbarungen
und Evaluierungsergebnissen
· Das Bildungssystem von einer objektbasierten auf eine subjektbasierte Finanzierung umstelle
Bildungseinrichtungen bekommen staatliches Budget pro Kind, Schüler_in oder Student_in
und können über dieses nach eigenen Erwägungen verfügen.
1) Schulen
· Die Schulen werden Arbeitgeber der Lehrer_innen,
mit vollem Gestaltungsspielraum der Schulleiter_innen in der Zusammenstellung und Weiterer
· Die Zweiteilung in Bundes- und Landeslehrer wird beseitigt
– alle Schulen sind Bundessache,
aber die Personalauswahl und Personalführung erfolgt lokal in der Schule.
· Bezirks- und Landesschulräte werden abgeschafft,
die dadurch frei werdenden Mittel zu den Schulen umgeschichtet.
· Eine bundesweit tätige Qualitätssicherungsagentur wird geschaffen,
die unabhängige Qualitätssicherung auf allen Bildungsstufen sicherstellt.
Die Qualitätssicherung wird ergänzt durch transparentes öffentliches Feedback von Eltern, Sch
· Zu den Aufgaben der Qualitätssicherungsagentur zählt auch ein länderübergreifendes
und internationales Benchmarking,
das die Schulen mit Best-Practice-Beispielen, neuen Impulsen und beratend unterstützt.
· Wahlfreiheit verbessern:
Die Schüler_innen und Eltern sollen zwischen den Schulen frei wählen können.
Über eine indikatorbasierte Finanzierung wird sichergestellt,
dass für Schulen die Aufnahme schwächerer oder sozial benachteiligter Schüler_innen gleicher
· Leistungsbilanz für Schulleiter_innen:
Die Wiederbestellung von Schulleiter_innen nach einer festgelegten Funktionsperiode wird an
nicht parteipolitische Kriterien geknüpft,
zu denen u. a. Veränderungen in den Anmeldezahlen im Vergleich zu benachbarten Schulen un
· Schulverbünde ermöglichen:
Kleinere Schulen können für administrative Aufgaben gemeinsam mit anderen Schulen ausgela
2) Hochschulen
· Autonome Kompetenzen für die Universitäten.
Es werden Kapazitäten festgelegt und Zugangsregelungen (bspw. Eignungstests) eingeführt,
um die Qualität des Lehrbetriebs zu steigern.
· Globalbudgets in ihrer bisherigen Form werden abgeschafft.
Statt dessen wird die staatliche Finanzierung in drei Teile geteilt:
Jede Universität erhält einen Sockelbetrag,
um die Basis-Infrastruktur abzudecken.
Die Finanzierung der Lehre ist an die Zahl der Studienplätze gekoppelt,

die Kosten pro Studienplatz ergeben sich aus nationalen und internationalen Vergleichsdaten f
Gelder für die Forschung werden auf Projektbasis vergeben.
Auch die Bezahlung der Hochschulmitarbeiter_innen wird entsprechend aufgeteilt:
Ein fixes Grundgehalt wird durch projektbasierte Zahlungen
und die Entlohnung der Lehrtätigkeit ergänzt.
· Aus der studienplatzbezogenen Finanzierung und der Einführung von Zugangsregelungen ergi
Bisher ist hohe Nachfrage eine Belastung,
da die Uni immer mehr Leute zum Studium zulassen muss,
die finanziellen Mittel für den Studienbetrieb aber unverändert bleiben.
An hoher Kundenorientierung hat die Universität daher derzeit kein monetäres Interesse.
Zukünftig soll das selbe gelten, wie für FHs:
Kundenorientierung lohnt sich,
da mehr Nachfrage bedeutet,
die geeignetsten Bewerber_innen auswählen zu können,
diese bis zum erfolgreichen Abschluss an der Hochschule zu halten
und entsprechend finanziert zu werden.
· Den Universitäten wird es freigestellt, Studiengebühren in einem gewissen Rahmen einzuheb
Diese werden vom Staat vorfinanziert,
sodass sie für die Studierenden nach Studienabschluss ab einem gewissen Einkommen als nach
Arbeitsteilung und Professionalität:
Bildungseinrichtungen mit Profis aus unterschiedlichsten Bereichen stärken
· Es werden Sozialarbeiter_innen, Psycholog_innen und Lerncoaches in den Schulen angestellt,
die eine qualifizierte Betreuung der Schüler_innen sicherstellen.
So können Lehrer_innen sich wieder auf den Unterricht konzentrieren
und die Schulen ihren vielfältigen Aufgaben besser gerecht werden.
· Gemeinsame, hochwertige Ausbildung für alle Pädagog_innen,
die vom Umfang her dem Umstand Rechnung trägt,
dass die Anforderungen sowohl an die pädagogisch-didaktische
als auch an die fachliche Kompetenz gestiegen sind
und weiter steigen werden.
· Attraktivität und Wertigkeit des Lehrer_innenberufs steigern,
um die besten Pädagog_innen für diesen Beruf zu begeistern.
Entsprechende Auswahlkriterien/Eignungsprüfungen für den Einstieg in die Lehrer_innenausbi
· Kontinuierliche Weiterbildung der Lehrer_innen
(primär in schulfreien Zeiten)
und Unterstützung durch Expert_innen und Coaches sowie Online- Systeme für die Unterrichts
· Aufstiegschancen für Lehrer_innen:
In größeren Schulen sind Fachbereichsleiter_innen sinnvoll,
da Direktor_innen ihren Führungsaufgaben bei einer großen Lehrer_innenzahl nicht individuell
· Durch deutlich höhere Einstiegsgehälter
und Anrechnung von Vordienstzeiten mehr Fachprofis aus der Praxis für den Lehrer_innenberu
um einen breiteren Erfahrungshintergrund aus der Arbeitswelt in die Schulen zu tragen
· Flexibles, zielorientiertes Lehrer_innendienstrecht für neue Wege,
die Betreuungsqualität zu verbessern
– z. B. kleinere Klassen und mehr Unterrichtsstunden bei gleichbleibender Gesamtzahl an betre
· Erfahrungen der Lehrer_innen vernetzen („Crowd Sourcing“):
Jede Schule erarbeitet Unterrichtsmaterialien

und testet Methoden, die Qualitätssicherungsagentur betreut mit Expert_innen,
vernetzt die Schulen und betreibt ein „Unterrichtsmaterialien-Wikipedia“.
· Die Berufsbilder in der Kinderbetreuung aufwerten:
Bundesweite Ausbildungsstandards für Kindergartenassistent_innen, Kindergruppenbetreuer_i
Assistent_innen sollen sich den Kindern widmen
und durch Reinigungspersonal entlastet werden.
· Ausbildung und Bezahlung der Kindergarten-Pädagog_innen verbessern:
Für Kindergarten-Pädagog_innen soll das BAKIP-Kolleg in Kooperation mit Unis zu einer tertiäre
für Leitungsfunktionen ein Studium auf Master-Niveau eingerichtet werden.
· Bestmögliche Betreuung für die Kleinsten:
Im Kleinkindalter werden Charakter und Entwicklungspotenziale der Menschen geprägt
– altersgerechte Betreuungsverhältnisse (beginnend bei 1:4 für Einjährige) sind eine lohnende
Mittlere Reife und Ganztagsschule:
Dem Neuen Raum geben
· Als gemeinsames Bildungsziel am Ende der Schulpflicht Mittleren Reife einführen
· Laufbahnentscheidung (zwischen Lehre und Besuch einer weiterführenden Schule) im Alter vo
Bis zur Mittleren Reife sollen alle Wege gleichermaßen offen bleiben
(Möglichkeit des Wechsels zwischen Schultypen bzw. Schulen).
· Die Zweiteilung in AHS und HS/NMS überwinden
und stattdessen eine Vielfalt an Schultypen für die 10-15-Jährigen ermöglichen,
die in einen Wettbewerb der besten pädagogischen Konzepte und interessantesten Schwerpur
· Die Schulpflicht soll nicht nach neun Jahren erfüllt sein,
sondern bei Abschluss der Mittleren Reife,
auch wenn man länger dafür braucht.
Diese verlängerte Schulpflicht gilt bis zum Ende des 18. Lebensjahres.
· In jeder Schule soll pro Schulstufe mindestens eine Klasse in Ganztagsform mit verschränkten
· Dabei soll – aus Gründen der Gesundheitsförderung
und aufgrund der Erkenntnisse aus der Lernpsychologie
– auf viel Bewegung sowohl im Unterricht
als auch in den Erholungsphasen geachtet werden.
· Schul-Infrastruktur modernisieren
– insbesondere zeitgemäße Ganztagesarbeitsplätze für Lehrer_innen einführen
Bildung und Beruf:
Lehre und Berufsschule fördern,
Berufsakademien neu entwickeln
· Einen professionell aufgesetzten Berufsorientierungsprozess für die Schüler_innen in allen Sch
– auf Basis der Erkenntnisse und Methoden der Eignungsdiagnostik
· In der neunten Schulstufe wöchentlich Kontakte mit Berufstätigen aus unterschiedlichsten Bra
· Kindern aus bildungsfernen Schichten emotional und inhaltlich einen besseren Zugang zu höh
z. B. durch Mentoring-Programme mit Student_innen
· Durch stärkere Anwendungsorientierung in der Auswahl und Aufbereitung der Lehr- und Lern
Lernmotivation steigern
· Erfolgsmodell „Lehre“
(also die Kombination von betrieblicher und schulischer Ausbildung) weiterführen und aufwert
kostenloser Vorbereitungsunterricht für die Berufsreifeprüfung,
Förderung von Lehrstellen in technischen Bereichen
· Duales Ausbildungssystem ausbauen:

Sekundarstufe 2 mit Lehre, Meisterprüfung und Matura
· Eine Berufsakademie einführen:
bestehende Abschlüsse auf hohem Niveau sichtbar machen (z. B. Meister, Fachakademie),
zusätzlich Höherqualifizierung mit Bologna-konformem Bachelor-Abschluss anbieten
· Vereinbarkeit von Beruf und Uni-Studium durch die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums erhöhe
Höhe von Studiengebühren, Stipendium und Zuverdienstgrenzen an die absolvierten ECTS-Pun
· In allen großen Uni-Studienrichtungen berufsbegleitende Studiengänge mit Abend- und Wocl
Inklusion und Integration durch Bildung:
Kinder mit Migrationshintergrund von Beginn an fördern, integrieren und zur Teilnahme animie
· Die Wertschätzung der Vielfalt in der Bildung und Erziehung in den pädagogischen Ansätzen a
Menschen mit Behinderung sollen weitestgehend in das Regelschulwesen eingebunden sein
(inklusive Pädagogik forcieren).
· Sprachliche Frühförderung in der Muttersprache schaffen:
Kinder mit Migrationshintergrund in ihrer Muttersprache fördern
– je besser sie ihre Erstsprache beherrschen, desto rascher können sie gut Deutsch lernen.
· Mehrsprachige Angebote in Schulen und Kindergärten schaffen,
Sprachen von kleineren Migrant_innengruppen übergreifend für mehrere Schulen anbieten
· Mehr Integrationslehrer_innen:
Bei hohem Anteil an Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache gezielt zusätzlich fördern,
sofern die Kinder hinter den altersgemäßen Leistungen der deutschsprachigen Kinder zurückbl
· Integrationsberater_innen an Schulen als Ansprechpartner_innen für Lehrer_innen, Schüler_
Lehrer_in oder Sozialarbeiter_in speziell dafür ausbilden
· Integrationspläne an Schwerpunktschulen fördern:
Schulen mit hohem Migrant_innen-Anteil werden beauftragt,
Aktionspläne für eine aktive Integrationsrolle der Schule gegenüber den Schüler_innen und ihr
· Bildungsberater_innen:
Diese sollen Kindern mit Migrationshintergrund die große Bandbreite an Bildungswegen
und Berufen in Österreich vermitteln,
um mangelndes Wissen der Eltern über das österreichische Bildungssystem auszugleichen.
Innovation durch Zusammenarbeit und Wettbewerb:
Kooperative und kompetitive Bildungseinrichtungen
als Motoren der Erneuerung
· Eltern-Lehrer_innen-Teambuilding an Schulen:
Schwerpunkttage für Vernetzung der Lehrer_innen und Eltern in ihrer gemeinsamen Bildungsv
Eltern können Schul-Präsenz einmal jährlich wie einen Pflegeurlaub beim Arbeitgeber geltend r
· Finanzielle Ressourcen
durch Kooperation und Vermeidung von Doppelgleisigkeiten an Hochschulen besser einsetzen.
Dies gilt einerseits für Angebote im Lehrbetrieb
und andererseits für geräteintensive Forschungsarbeiten.
· Förderungslandschaft vereinfachen:
In der Forschung sind die zahlreichen Förderstellen in Bund und Ländern zusammenzuführen
und durch strategische Schwerpunktsetzungen neu auszurichten.
· Planungssicherheit:
Eine mehrjährige Planbarkeit der Ressourcen für Forschungseinrichtungen
wird zu innovativeren Ergebnissen führen.
· Leistungen umfassender messen:
eine neuen Index entwickeln,

mit dem die Leistung von Wissenschafter_innen mehrdimensional gemessen wird –
Lehre,
Forschung,
Wissenstransfer,
universitäre Selbstverwaltung
und Einbezugnahme der Ergebnisse in Leistungsvereinbarungen mit dem Bund
· Vielfältige Quellen der Evaluierung in den Index einbeziehen:
Evaluierung durch Studierende,
Befragung der Absolvent_innen und ihrer Arbeitgeber_innen,
klassische und neue Forschungskennzahlen,
Marktforschung zu Wissenstransfer,
Selbstdokumentation
· Arbeitsbedingungen der Hochschul-Mitarbeiter_innen verbessern
und Schwerpunktsetzungen ermöglichen,
etwa abwechselnd mit forschungsintensiven und lehrintensiven Jahren
EUROPA
DIE HERAUSFORDERUNGEN
Seit wir im Jahr 1994 mit Zweidrittelmehrheit für den Beitritt zur Europäischen Union gestimmt
Auf der politischen 110
und wirtschaftlichen Weltbühne110
schafft es Europa nicht ausreichend, eine entschlossene Gestaltungsrolle einzunehmen.110
Die nationalen Interessen der Mitgliedsländer dominieren in der Innen- und Außenpolitik.
Im Inneren entfremdet die EU sich den Bürger_innen als Souverän 110
– und umgekehrt.110
Nicht zuletzt leidet die Glaubwürdigkeit der Europapolitik darunter, wenn Schwächen der EU b
und politische Positionen, die heute zur Disposition stehen, bis vor kurzem als alternativlos aus
Europa wird nicht ausreichend als Chancengemeinschaft gesehen. 108
Darüber hinaus geraten im Zuge der Schuldenkrise auch noch die beiden hehrsten Ziele der EU
DIE VISION FÜR 2018
Die europäische Integration wurde unter Einbindung der Bürger_innen konsequent weiterentw
Die EU gründet auf einer gemeinsamen Verfassung108
und hat sich auf Basis eines breit verankerten Konvents 108
und durch entsprechende Volksentscheide 108
strukturell neu erfunden. 108
Die gemeinsame Union fördert und sichert das friedliche und freie Zusammenleben der Mensc
Sie ist auch Garant für eine konstruktive gesellschaftliche, 108
wirtschaftliche 108
und kulturelle Entwicklung auf dem Kontinent. 108
Die Unionsbürger_innen fühlen sich stärker auch als Europäer_innen 108
und interessieren sich mehr für die Unionsebene. 108
Österreich versteht Europa- Politik als Innenpolitik 108
und gestaltet diese proaktiv, selbstbewusst und integrativ mit. 108
Die Mitgliedstaaten der EU stehen in einem anregenden Wettbewerb, 108
und die der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verpflichtete Union108
nimmt kraftvoll 108
und transparent jene Aufgaben wahr, 108
die gemeinsam besser erledigt werden können. 108

Auf der Weltbühne ist Europa in politischer, 108
wirtschaftlicher 108
und kultureller Hinsicht wieder ein Hauptakteur. 108
LEITLINIEN UND MASSNAHMEN
Proeuropäisch und engagiert: 108
Gestalten statt Zuschauen108
· Es findet ein sachlicher, aufrichtiger und lebendiger öffentlicher Diskurs über Zukunft Europas
(weniger Sprüche, mehr Inhalte).108
· Initiativen zur Bewusstseinsbildung: 108
Europa ist mehr als die EU, 110
und die EU ist mehr als Binnenmarkt, Förderverwaltung und Euro-Zone. 108
· Es wird unvoreingenommen nach optimalen Lösungen gesucht; 108
es gibt keine "Alternativlosigkeiten" oder Fundamentalopposition mehr.108
· Verantwortungsbewusstere und transparentere Personalpolitik für europäische Institutionen
Hearing im österreichischen Parlament mit dem/der Kandidat_in für die Europäische Kommissi
und den Kandidat_innen für andere Spitzenfunktionen in der EU-Verwaltung (im ständigen Unt
· Das Wissen über die EU wird durch angemessene Berücksichtigung in den Lehrplänen verbess
Demokratisch und rechtsstaatlich: 108
Ein europäischer Bundesstaat108
· Es wird ein EU-weiter Konvent eingesetzt, 108
der die Vorlage für eine EUVerfassung 108
und die strukturelle Neuausrichtung der EU-Institutionen erarbeitet. 108
Die Mitglieder des Konvents werden in den Mitgliedsländern direkt vom Volk gewählt. 108
Über die Ergebnisse des Konvents sind in den Mitgliedsstaaten Volksabstimmungen abzuhalten
· Das Europäische Parlament wird als erste gesetzgebende Kammer in einem Zwei-Kammern-P
die Unionsbürger_innen sind proportional repräsentiert; 108
Initiativrecht;108
die Mandatar_innen werden direkt gewählt.108
· Der Rat wird in eine zweite gesetzgebende Kammer in einem Zwei- Kammern-Parlament umg
die Mitgliedsstaaten werden durch eine gleiche Zahl direkt gewählter Mandatare repräsentiert
(System der doppelten Mehrheit: Mehrheit der Unionsbürger_innen und Mehrheit der Mitglie
· Die EU-Gesetzgebung wird reformiert: 108
Es werden bei Wahlen zum Europäischen Parlament EU-weit kandidierende Parteien zugelasse
· Die ineffizienten monatlichen Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments in Straßburg wer
Konzentrierung auf nur einen Tagungsort.110
Es werden Alternativen für Frankreich erarbeitet 108
(z. B. Europäisches Forschungszentrum mit Standort in Straßburg).108
· Transparenz im Rat: 108
Das Stimmverhalten aller Regierungsvertreter_innen bei Abstimmungen wird restlos offengele
· Der/die Kommissionspräsident_in wird durch die Unionsbürger_innen (mit Stimmzettel oder
und steht einer EURegierung vor. 108
Die Europäische Kommission wird in eine EU-Regierung umgewandelt, deren (höchstens 15)Mi
· Die Mitglieder des Europäischen Parlaments haben Rederecht im Nationalrat. 108
· Europa braucht eine Vision: 108
Europäischer Bundesstaat in Langfristperspektive108
· Damit verbunden auch die Verwirklichung einer europäischen Staatsbürgerschaft 108
Vielfältig und effizient:

Wettbewerb verleiht Flügel
· Subventionswesen reformieren:110
durchforsten,
zentral planen,
veröffentlichen
(in verständlicher Form),
kontrollieren
und sanktionieren
· Mindeststandards schaffen, wo sie sachgerechter sind als eine Vollangleichung. 108
· Kostenwahrheit im Verkehr durch Einbeziehung möglichst aller externen Effekte, 108
z. B. Lärmemissionen,
Abgasemissionen,
Kosten der Straßeninstandhaltung,
Unfallkosten
· Überflüssige Bürokratie abbauen110
(z. B. Wildwuchs von EU-Agenturen) 110
· Förderbereiche umstrukturieren, 110
z. B. von Landwirtschaft zu Umweltschutz umschichten 110
· Europäischen Steuerwettbewerb beibehalten;110
keine europaweit einheitlichen Steuersätze 110
· Europäische Steuern gegen entsprechende Reduzierung der Mitgliedsbeiträge 108
Entschlossen und verlässlich: Europas Rolle in der Welt 108
· Vertretungsaufgaben der einzelnen Mitgliedsstaaten an den Europäischen Auswärtigen Diens
· Umfassende gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik 108
· Europa als Anwalt eines effektiven Grundrechtsschutzes nach außen108
(auch bei widerstreitenden Interessen die Stimme gegen Menschenrechtsverletzungen erhebe
· Asylvollzug und –gerichtsbarkeit auf EU-Ebene verlagern108
; EUAußengrenzen durch angemessene kompetenzmäßige, 108
personelle 108
und finanzielle Ausstattung von Frontex effektiv sichern, 108
abschreckende Strafen für Schlepper 108
· Beitrittsverhandlungen nur für Staaten, welche die gemeinsamen Werte der EU (z. B. Rechtss
· Kooperation und Assoziierungsabkommen mit der Türkei vertiefen, 108
die ergebnisoffenen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei forciert fortführen 108
Wirtschafts- und Währungsunion
· Der Fiskalpakt schadet nicht, 108
bietet jedoch auch keine Lösung. 110
Verträge alleine führen nicht zu finanzpolitischer Tugend. 110
Die Erwartung, dass Euro- Staaten von sich aus Budgetregeln einhalten, war schon bei der Scha
Die nötige Disziplinierung kann nur durch vorsichtige Gläubiger gelingen, die eine exzessive Sch
· Eine Fiskalunion im Sinne einheitlicher Steuern ist eine unnötige Zentralisierung 110
und trägt nichts zur Lösung der Schuldenkrise bei. 110
Eurobonds im Sinne einer gemeinschaftlichen Haftung für die Schulden der Euro-Staaten sind r
Eurobonds, die von der Union zur Finanzierung ihrer eigenen Aufgaben ausgegeben werden, si
jedoch erst wenn die Union vollständig demokratisch legitimiert ist.110
· Bankenunion.
Aufgrund der bedeutenden Rolle, die Banken bei der Schaffung von Geld spielen, besteht ein ö

und deren adäquate Regulierung sicherzustellen.
In einer Währungsunion bedarf es einer einheitlichen Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Sicherhe
Dies erfordert für die Eurozone eine breite und gleichermaßen glaubwürdige gemeinsame Einla
sowie eine einheitliche Bankenaufsicht, 108
die auch die Kompetenz zur Rekapitalisierung schwacher 108
und Abwicklung insolventer Banken besitzt.108
· Der von der EZB im September 2012 angekündigte unlimitierte, jedoch an Reformen gebunde
Er verletzt die No-Bailout-Klausel möglicherweise dem Wortlaut nach, jedenfalls aber dem Gei
Nichtsdestotrotz bleibt die Intervention der EZB vorerst die beste unter den vorhandenen schle
· Der ESM sollte als Währungsfonds dienen, der Euro-Staaten bei Liquiditätsproblemen vorüber
Für den Fall, dass eine solche Hilfe nicht ausreicht (was für Griechenland mittlerweile offensich
Inhalt eines solchen Verfahrens ist die Vermeidung eines unkontrollierten Zahlungsausfalls und
WIRTSCHAFT, STANDORT UND STEUERN DIE HERAUSFORDERUNGEN
Österreich hat als Wirtschaftsstandort in den letzten Jahren konsequent an Attraktivität verlore
Zum einen ist die Abgabenquote im europäischen Vergleich unverhältnismäßig hoch,
zum anderen unterliegen die gesetzlichen
– insbesondere die steuerlichen – Rahmenbedingungen zumeist einem raschen Wandel,
was mangelnde Planungssicherheit bedeutet.
Zudem bestehen für ausländische Arbeitskräfte unnötige bürokratische Hürden
und verliert unser Bildungssystem im internationalen Vergleich an Qualität.
Unser Schuldenberg wächst seit über vier Jahrzehnten an.
Österreich nähert sich einer Staats-Schuldenquote von 75 % gemessen am BIP,
unsere Staatsschuld beläuft sich bereits auf das Vierfache der jährlichen Staatseinnahmen.
Wir haben unser großes Erbe schlecht bewirtschaftet.
Wir sind Hypotheken eingegangen, welche kommende Generationen extrem belasten
und kaum Spielraum lassen für Maßnahmen in wirtschaftlichen Krisenzeiten
oder für mutige Reformprojekte.
Mit dem derzeitigen Steuersystem ist niemand zufrieden – und das zu Recht:
Die Steuern sind so hoch, dass Leistung sich nicht auszuzahlen scheint.
Österreich hat ein undurchschaubares Steuersystem mit einer unübersehbaren Vielzahl von Au
Die Steuern- und Abgabenquote in unserem Land ist zu hoch, das System darüber hinaus unaus
Arbeitseinkünfte werden generell zu stark besteuert.
Die mittleren Einkommen sind durch die Einkommenssteuer
und die Sozialversicherungsbeiträge übermäßig belastet.
Das Pensionssystem ist nicht gesichert.
2011 musste der Bund bereits 12,5 Mrd. EUR an Zuzahlungen leisten,
um das Finanzierungsloch zu stopfen.
Private Vorsorgemodelle greifen zu wenig.
Dies führt zu einer Mischung aus Unsicherheit und Zukunftsangst.
Auch um das Thema Wettbewerb ist es in Österreich nicht gut bestellt.
Zu viele Reglementierungen
und zu viel staatlicher Einfluss behindern Wachstum und Innovation.
Gleichzeitig ist der Staat nicht entschlossen genug, dort einzugreifen, wo der Markt versagt
(z. B. Preiskartelle).
Bürokratie hemmt unternehmerische Tätigkeit.
Ideen können nicht einfach verwirklicht werden.
Dafür sorgen ein starres Gewerberecht

und andere Standesrechte,
die einschränken und hemmen,
statt unternehmerische Tätigkeit und Kreativität zu fördern.
Die Begriffe „Markt“ und „Wettbewerb“ haben einen schlechten Ruf in Österreich.
Wir vergessen, was sie zum Wohle der Menschen leisten können:
Telefonie war ein staatliches Monopol,
Anschlüsse waren schwer zu bekommen.
Neben dem technologischen Fortschritt hat der Wettbewerb seit 15 Jahren dazu geführt,
dass binnen zehn Minuten ein günstiger Vertrag an jeder Ecke unseres Landes erworben werde
Das Vertrauen der Menschen in den Markt, insbesondere in das Finanzsystem,
ist durch die internationale und europäische Finanz-,
Wirtschafts-,
Institutionen-
und Politikkrise tief erschüttert.
Unethische und kriminelle Auswüchse und eine falsche Reglementierung des internationalen Fi
und zahlreiche Staaten in zusätzliche finanzielle Bedrängnis gebracht.
Um wieder Vertrauen in die Funktion der Finanzsysteme herzustellen,
benötigen wir klare politische Vorgaben.
UNSERE VISION FÜR 2018
Die Wirtschaft ist für die Menschen da –
und nicht umgekehrt.
Eine ökologische
und soziale Marktwirtschaft
sorgt für nachhaltigen und breiten Wohlstand.
Dieser definiert sich über ausreichend vorhandene Beschäftigung,
menschenwürdige Lebensbedingungen
und Chancengerechtigkeit für die Entfaltung von Potenzialen.
Wachstum wird nicht mehr rein quantitativ gesehen.
Die Menschen haben wieder Vertrauen in die Fiskal- und Wirtschaftspolitik.
Es herrscht Gestaltungsfreude statt Zukunftsangst.
Die Realwirtschaft hat gegenüber der Finanzwirtschaft wieder an Gewicht gewonnen.
Der Finanzsektor wurde unter EU-weiter 108
und globaler Abstimmung transparent geordnet.
Eine EU-weit koordinierte Wirtschaftsund Fiskalpolitik gewährleistet eine gesunde wirtschaftlic
Österreich ist ein attraktiver Wirtschaftsstandort,
der sich durch eine sinkende Abgabenquote
und klare Rahmenbedingungen auszeichnet,
auf die sich die Steuerzahler verlassen können.
Die Menschen haben mehr Geld zur Verfügung,
weil sie weniger Steuern zahlen müssen.
Ausländische Arbeitskräfte bekommen gemäß Erfordernissen des Arbeitsmarktes rasch eine Au
Schulen und Universitäten sind im internationalen Vergleich attraktiv
und wettbewerbsfähig.
Das Steuersystem ist einfach,
verständlich
und verlässlich.
Es genießt bei den Bürger_innen breite Akzeptanz

und ist für jeden Einzelnen leicht nachvollziehbar.
Auch junge Menschen empfinden das Steuersystem als generationengerecht.
Als Konsequenz aus den Vereinfachungen ist der Verwaltungsaufwand wesentlich reduziert,
sowohl auf Behörden- und Unternehmensseite
als auch auf Seiten der privaten Einkommens- bzw. Lohnsteuerpflichtigen.
Der Staat zieht sich punktuell weiter aus dem Eigentum an Unternehmen zurück,
geht aber streng vor, wenn sich Unternehmen nicht an die Spielregeln halten
und beispielsweise durch Preisabsprachen den Wettbewerb verhindern wollen.
Die Korruption hat drastisch abgenommen
und die Politik kann nicht mehr in die Personalpolitik von Unternehmen „hineinregieren“.
Die Staatsschulden sinken beständig.
Österreich wird dadurch unabhängiger vom Kapitalmarkt
und bekommt wieder mehr Spielraum für Zukunftsinvestitionen.
Dies gelingt aufgrund der konsequenten Umsetzung einer umfassenden Struktur-/Reformpoliti
in Bezug auf Einnahmen (Steuersystem) und Ausgaben (Förderungen, Pensionen)
und einer positiven Grundstimmung im Lande,
die das Unternehmertum in Österreich befeuert.
Unternehmerische Initiativen blühen auf.
Österreich ist ein guter Standort für technologiebasierte Industrieproduktion,
ebenso wie für Gewerbe,
Handwerk
und den weiterhin wachsenden Dienstleistungssektor.
Österreich ist auf dem Weg zu einem international anerkannten Forschungs- und Innovationsst
Durch die Abschaffung von Markteintrittshürden in unterschiedliche Berufe sind völlig neue Ur
und Branchen entstanden.
Österreich ist insgesamt ein vitales, gesundes
und wettbewerbsfähiges Land.
Das sorgt für akzeptable Preise für die Konsument_innen,
mehr Jobs
und neue, innovative Produkte und Dienstleistungen.
LEITLINIEN UND MASSNAHMEN
Geringere Steuerlast;
ein einfacheres und verständliches Abgabensystem
Steuern und Abgaben sollen als gerecht empfunden werden,
um einerseits Leistungsanreize zu geben,
andererseits Abgabenhinterziehung zu stoppen.
Sie sollen einfach und transparent sein,
sodass der Verwaltungsaufwand für alle Seiten möglichst gering ist
und die Bürger sehen, was ihnen wofür abgezogen wird.
1. Einfach
· Reduktion der bestehenden sieben Einkunftsarten auf drei:
Einkünfte aus selbstständiger, unselbstständiger und sonstiger Tätigkeit
· Reduktion der Steuerarten
· Integration der Sechstelbegünstigung (13. und 14.) in den Lohnsteuertarif
· Einheitliche Berechnungsbasis für alle lohnbezogenen Abgaben,
mit Höchstsatz für jede Abgabe
2. Transparent

· „Lohnnebenkosten“ reduzieren
(analog dem Steuermodell der Industriellenvereinigung – FAIRSteuern)
· Dienstgeber- und Dienstnehmerbetrag zusammenlegen
· Alle Abzüge vom Bruttogehalt direkt am Kontoauszug detailliert darstellen
3. Fair
· Drei Steuertarife wie bisher,
aber Eingangssteuersatz senken
und Schwelle für den Höchststeuersatz anheben
· Privilegien und Sonderregelungen durch umfassende Bereinigung von Ausnahmen abschaffen
· Schwellenwerte der Bemessungsgrundlage des Lohnsteuertarifs indexieren
(Entschärfung der „kalten Progression“)
· Mindestkörperschaftssteuer abschaffen
· Gesellschaftssteuer abschaffen
· Gebühren auf Rechtsgeschäfte abschaffen
· Grundsteuer erhöhen
(analog dem Steuermodell der IV – Steuermesszahl abhängig von Größe und Nutzungsart)
· Besteuerung von Erträgen, nicht von Substanz
4. Verursacherbezogen
· Als eines der Prinzipien bei der Festlegung von Steuern und Abgaben soll verstärkt die Verurs
– wer mehr verbraucht bzw. verwendet, muss mehr bezahlen.
Dies gilt für das Straßennetz,
für den Energieverbrauch,
bezogen auf Umweltverschmutzung usw.
· Umstellung der Autobahn-Maut auf eine km-abhängige Berechnung
· Zweckbindung von Mineralölsteuer und Energieabgabe für Investitionen im Nahverkehrs- un
Abbau der Staatsschulden und des Staatseinflusses
Die Leistungen des Staates sind klar auf schlank gehaltene Verwaltungs- und Versorgungsleistu
sowie volkswirtschaftlich wichtige Infrastrukturleistungen zu beschränken.
Privatwirtschaftliche Leistungen sind unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten
ohne direkte Einflussnahme des Staates
von einem funktionierenden Markt anzubieten.
· Die Reduzierung der Tarifsätze,
die Entlastung des Faktors Arbeit
und die Sanierung der Staatsfinanzen erfolgt primär ausgabenseitig durch Strukturreformen un
· Staatsschuldenquote mittelfristig auf 60 %,
langfristig unter 50 % des BIP senken
· Öffentliche Anteile in Wettbewerbsbranchen wie Energie, Telekom und Schienenverkehr zugu
· Sämtliche verbleibende Staatsbeteiligungen
(z. B. Verbund, Bundesforste, Bundesimmobiliengesellschaft) in einer ÖIAG NEU bündeln.
Ziele: Portefeuille mit Risikoausgleich und Ertragssicherung;
aktive Bewirtschaftung der Beteiligungen;
Vorbereitung von punktuellen Privatisierungen;
Hintanhalten des politischen Einflusses;
teilweise Zweckwidmung der Erträge zur Bereitstellung von Risikokapital für junge Unternehme
· Kapital der ÖBB zur Verbesserung der Transparenz erhöhen
(nicht mehr laufend Zuschüsse),
große Bauprojekte mit strenger Kosten/Nutzen- Kalkulation reduzieren oder streichen,

stattdessen Investitionen auf den Nahverkehr konzentrieren
Konkrete Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung Ziel ist im ersten Schritt ein ausgeglichenes Bu
Da aktuell die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben bei ca. zehn Milliarden Euro liegt, r
damit keine neuen Schulden aufgenommen werden müssen.
Um darüber hinaus die bestehenden Staatsschulden abzubauen,
sind weitere Einsparungen vorzunehmen
und auch neue Einkommensquellen zu finden.
Unsere im Folgenden vorgeschlagenen Maßnahmen ergeben ein Gesamteinsparungs- bzw. Me
· Das durchschnittliche Pensionsantrittsalter von derzeit 58 Jahren innerhalb der nächsten Legi
das Pensionsantrittsalters für Frauen rasch angleichen
– Einsparungspotenzial ca. 1,5 Mrd. EUR pro Jahr
· Hacklerregelung sofort stoppen
und in Korridorpension überführen
– Einsparungspotenzial ca. 1 Mrd. EUR pro Jahr
· Befristeter Solidarbeitrag in Höhe von 15 % oder mehr für die nächsten 5 Jahre auf alle Pensi
(entspricht einer Bruttomonatspension von ca. 5.000 EUR),
sowie drei Jahre lang Pensionen, die über der ASVG-Höchstpension liegen, nicht erhöhen
– Einsparungspotenzial ca. 1 Mrd. EUR pro Jahr.
· Lohn- und Gehaltsbremse im öffentlichen Dienst inklusive Politikergehälter durch das Einfrier
– Einsparungspotenzial mittelfristig ca. 1 Mrd. EUR pro Jahr.
· Schulverwaltungskosten senken,
ohne die Leistungen zu mindern.
Kosten an OECD-Schnitt pro Schüler angleichen
(50.000 EUR im Vergleich zu 67.000 EUR in Österreich).
Umschichtung in zusätzliches Bildungsangebot;
derzeitige Ausgaben einfrieren.
· Kosten im Gesundheitswesen senken,
ohne die Leistung zu mindern.
Österreich hat um 50 % mehr Spitalsbetten als der EU-Schnitt.
Ausgaben an den EU-Schnitt von 9,2 % des BIP
(gegenüber lt. Rechnungshof derzeit 10,5 % senken.
Einsparungspotenzial 1,5 Mrd. EUR pro Jahr.
· Gesamtsumme der Förderungen und Subventionen
(politische Schwerpunktsetzungen) sofort um 10 % reduzieren
(mittelfristig Angleichung von derzeit 5,3 % des BIP an EU-Schnitt von 2,6 %)
– Einsparungspotenzial ca. 1 Mrd. EUR pro Jahr
· Investitionsprogramme in Bund, Ländern und Gemeinden sofort reduzieren/aufschieben,
speziell bei Tunnelbauten
(Vorschläge Rechnungshof)
Einsparungspotenzial ca. 2 Mrd. EUR pro Jahr
· Schwarzarbeit wirksamer bekämpfen
(Studie Prof. F. Schneider, Uni Linz: Umfang der Schwarzarbeit ca. 23 Mrd. EUR, mittelfristig Be
kurzfristige Mehreinnahmen ca. 0,5 Mrd. EUR pro Jahr
· Parteienförderung um bis zu 75 % reduzieren
– Einsparungspotenzial bis zu 200 Mio. EUR pro Jahr
· Unser Vorschlag der Tarifanpassung bei der Einkommen- und Lohnsteuer sollte möglichst auf
d. h. was durch die Tarifsenkung beim Eingangssteuersatz

bzw. die Anhebung der Schwelle für den Höchstsatz verloren geht, soll durch das Streichen von
(s. auch wieder Konzept FAIRSteuern).
Öffentliche Verantwortung leben
Allzu gerne verstecken sich Behörden und Politiker hinter dem Amtsgeheimnis,
auch dann, wenn es um die Verwendung von Steuergeldern geht.
Wir fordern mehr Transparenz in Verwaltung und Gebarung,
sowie die Übernahme von persönlicher Verantwortung im Falle von Fehlentwicklungen.
· Verpflichtende öffentlich einsehbare Konzernbilanz für Bund, Länder und Gemeinden
· Kammern und Parteien mit Kapitalgesellschaften gleichstellen
– Bilanzlegungspflicht,
Offenlegung des Jahresabschlusses
· Prinzip des ausgeglichenen Budgets;
Kameralistik durch moderne Rechnungslegungsvorschriften ersetzen
· Finanzierungskosten bei der Budgetplanung von Investitionen berücksichtigen
· Kostenüberschreitungen beschlossener Investitionen nicht automatisch im Nachhinein akzept
· Verantwortung der Manager in staatsnahen Betrieben
– Verantwortliche bei wesentlichen Kostenüberschreitungen zwingend kündigen
· Besteuerungsrecht für Länder und Gemeinden
– wer Steuergeld ausgibt, muss auch für dessen Einhebung verantwortlich zeichnen:
Steuern als Maximalsätze,
dadurch Möglichkeit des Steuerwettbewerbs
· Zentrales Schuldenmanagement durch die ÖBFA
– Finanzautonomie der Länder nur im Rahmen ihrer Steuerhoheit
Mehr Freiheit
Unternehmertum und Mut zur Selbstständigkeit unterstützen
– dadurch entstehen sowohl Arbeitsplätze
als auch finanzielle und kreative Beiträge in der Gesellschaft.
· Derzeitige Ladenschluss-Bestimmungen aufheben
· Gewerberecht durchforsten:
weniger reglementierte Gewerbe,
„freies“ Gewerbe wirklich frei
· Zwangsmitgliedschaft in allen Kammern abschaffen
· Ein-Personen-Unternehmen (EPUs) abgabenrechtlich entlasten Fairer Wettbewerb
· BWB (Bundeswettbewerbsbehörde) für den Kampf gegen Kartelle und andere Wettbewerbsv
· Wirtschaftsministerium in ein Wirtschafts- und Wettbewerbsministerium umwandeln,
in dem alle notwendigen Kompetenzen gebündelt liegen
(Post,
Telekom,
Güter-Schienenverkehr aus dem BMVIT;
Glücksspiel aus dem BMF
; Fernsehmarkt aus dem BKA).
Somit gibt es für den Fortschritt im Bereich Wettbewerb einen Ansprechpartner
und eine klare politische Verantwortung
. · Im öffentlichen Beschaffungswesen ist die Bestbieterregelung auch faktisch umzusetzen.
Für Investitionsentscheidungen der öffentlichen Hand ist die „Total Cost of Ownership“,
also die gesamtheitliche Betrachtung aller Kosten als einzig zulässiges Entscheidungskriterium
Aufräumen im Finanzsektor

Der Finanzsektor soll wieder auf seine Funktion als wichtiger Dienstleister der Wirtschaft zurüc
die Geschäftsmodelle der Banken im Wesentlichen auf das Einlagen- und Ausleihungsgeschäft
Eigene Handelsgeschäfte sollen stark eingeschränkt bzw. ausgelagert werden,
im Falle von Schieflagen soll der Steuerzahler nicht belangt werden.
· Aktiv an der Einführung eines europaweit akkordierten Bankeninsolvenzrechts mitwirken
· Aktiv an der besseren Abstimmung und Vereinfachung der Bankenregulierung mitwirken
(einfachere, nachvollziehbare Regeln
statt immer komplizierterer Modelle)
· Österreich spielt in den internationalen Bemühungen zur Bekämpfung der Steuerflucht eine a
· Österreich engagiert sich in der EU für eine grundlegende Diskussion der IFRS (International Fi
mit dem Ziel, den Aufbau stiller Reserven
und langfristige Planung wieder zu ermöglichen
(analog der Forderung im Konzept Unternehmen Österreich 2025).
· Zustimmung zur Einführung einer europaweit akkordierten geringfügigen Finanztransaktionss
wie Derivate,
Devisen,
Hochfrequenzhandel
und außerbörsliche Transaktionen,
nicht jedoch für börsliche Käufe und Verkäufe von Wertpapieren
· Internationale Bemühungen zur Einschränkung der Spekulation mit Lebensmitteln und Agrarp
Österreich als Wirtschaftsstandort attraktiver machen
Österreich profitiert durch Steuerleistungen und Knowhow-Austausch davon,
wenn internationale Unternehmen sich hier ansiedeln.
Wir sorgen für die geeigneten Rahmenbedingungen.
· Forschung und Entwicklung durch verbesserte Bedingungen an Universitäten und Forschungs
(mehr Ressourcen,
mehr Autonomie,
Bürokratieabbau)
sowie bei Unternehmen fördern
· Ausbildung junger Menschen in technikrelevanten Fächern stärken
· Zugang qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte erleichtern
· Kapitalmarkt als wichtige Finanzierungsquelle für Unternehmen
und attraktive Anlagemöglichkeit für Investoren stärken
· Höhere Flexibilität bei Arbeitszeiten und Gehältern,
z. B. durch Beseitigung oder Änderung automatischer Gehaltssprünge Regionen fördern
Der Großteil der Betriebe in Österreich ist klein(st)strukturiert und oft außerhalb der Ballungsrä
Wir unterstützen Maßnahmen, die der Aufrechterhaltung dieser Struktur
und der Lebensqualität der Bevölkerung am Land dienen:
· Begrenzung der maximal zulässigen Gewerbefläche bzw. Verkaufsfläche außerhalb des Ortsge
· Umwidmungsabgabe (an Bund) bei Errichtung von Einkaufszentren außerhalb von Wohngebi
· Betriebe in Orten mit weniger als 7.000 Einwohnern zahlen keine Kommunalsteuer;
Ort erhält Regionalförderabgabe aus „Gemeindeausgleich“ von größeren Gemeinden
· Nahverkehr verbessern
· Pendlerpauschale abschaffen
· Ausbau regionaler Kompetenz-Cluster
z. B. rund um Universitäten oder FHs forcieren
(Leoben Kunststoff, Salzburg – Holz, Vorarlberg – Architektur/Passivhäuser)

· Unterstützung für KMUS bei deren Exportbemühungen
Mehr Unternehmer_innen braucht das Land
Arbeitsplätze kann man nicht verordnen,
sondern sie entstehen durch Initiative einzelner Menschen und Unternehmer, die bereit sind,
Wir unterstützen Maßnahmen, die solche Initiativen fördern und Hindernisse aus dem Weg rä
1. Gründung
· One-Stop-Shop für alle Genehmigungen und Förderungen
– Gewerbeberechtigungen,
Steuernummer,
Sozialversicherung,
MVK,
Firmenbucheintragung,
Gründerförderung
· Gründungsgebühren entfallen
(bzw. geringerer Einheitssatz)
· Veröffentlichungspflicht in Printmedien entfällt, es genügt Internet
· Eine gemeinsame Förderstelle –
Bundes-, Landes- und Gemeindeförderungen zur Gründerförderung werden zusammengefasst
· Privat gehaltene Beteiligungen an Unternehmen (Verlustbeteiligungsmodelle) sind steuerlich
· Es werden gesetzliche Voraussetzungen für alternative Finanzierungsmodelle (Crowdfunding)
2. Steuern und Sozialversicherung
· Administration vereinfachen
– alle einkommensbezogenen Erklärungen und Offenlegungen (Formular E1a bzw. K1) zusamm
· Alle personenbezogenen Abgaben (Zusammenfassung Lohn- und Einkommensteuer, Sozialve
· Berechnungsbasis und Abgabensatz vereinheitlichen, eine Einhebungsstelle
· Mindestbeitragsgrundlage zur Sozialversicherung entfällt
· Solange die verschiedenen Sozialversicherungs-Träger nicht zusammengelegt sind, kann man
· Abgabenpauschalierungen sind zulässig
· Lohnnebenkosten entfallen bei wesentlich beteiligten GmbHGesellschaftern
· Mindest-KöSt entfällt
· Gesellschaftssteuer entfällt
SOZIALES
DIE HERAUSFORDERUNGEN
Wir sehen eine Polarisierung zwischen „es steht mir zu“ und „der andere hat es nicht verdient“
Einerseits wird die fortschreitende „Entsolidarisierung“ und „soziale Kälte“ beklagt.
Die Menschen fühlen sich zunehmend ungerecht behandelt
und fürchten, in schwierigen Situationen wie Krankheit, Alter oder Armut von der Gesellschaft
und dem Staat im Stich gelassen zu werden.
Andererseits prägt zunehmend der Vorwurf auf zu wenig Treffsicherheit
und Missbrauch von Sozialleistungen unser Gesellschaftsbild.
Der Zugang zu Sozialleistungen ist intransparent
und mit bürokratischen Hürden verbunden.
Trotz allem ziehen sich die Bürger_innen vermehrt in die Abhängigkeit vom Staat
und von dessen Sozialleistungen zurück.
DIE VISION FÜR 2018
Das System der sozialpolitischen Maßnahmen genießt umfassende Akzeptanz.
Die Gesellschaft stellt sich der politischen Diskussion,

optimale Lösungen im Spannungsfeld zwischen Sinnhaftigkeit,
Möglichkeiten und Finanzierbarkeit in allen sozialen Belangen zu finden.
Die Bürger_innen, die durch ihre Beiträge das Sozialsystem finanzieren, haben die Gewissheit, d
Alle Menschen in Österreich können sich darauf verlassen, dass ihre Grundversorgung
(medizinische Versorgung,
überlebenssicherndes Einkommen,
Dach über dem Kopf) gesichert ist.
Die Gesellschaft sichert ihre Bürger_innen in Zeiten von Krankheiten,
Arbeitslosigkeit,
Alter
und erschwerter bzw. eingeschränkter Erwerbsfähigkeit (Behinderung, Kindererziehung, Pflege
Die Bürger_innen delegieren ihre zivilgesellschaftliche Verantwortung füreinander nicht aussch
sondern übernehmen sie auch in Form von Vereinigungen und Plattformen mit sozialen Zielen.
Diese werden auch vom Staat gefördert und teils initiiert (Empowerment).
Der Staat fördert die Eigenverantwortung des Einzelnen
und ermöglicht Chancengerechtigkeit
u.a. beim Zugang zu Bildung
und notwendiger Gesundheitsleistung.
Die Menschen, die Sozialtransfers erhalten, versuchen unabhängig von ihrer sozialen und kultu
LEITLINIEN UND MASSNAHMEN GESUNDHEITSPOLITIK
Transparent und nachvollziehbar
· Durch die Vereinheitlichung und Gleichstellung von Tarifen für Gesundheitsleistungen
und eine zentrale Finanzierung kann ökonomischer,
transparenter
und bedarfsorientierter agiert werden
(1 Krankenkassensystem).
· Transparente Informationen an den Einzelnen über Ein- und Auszahlungen ins Gesundheitssys
Etikettierung eines Teils der Sozialversicherungsbeiträge als „Dienstnehmerbeiträge“ und des a
· Vernetzendes,
strukturiertes,
auf die Bedürfnisse der Patienten und Ärzte zugeschnittenes
und kostenneutrales Datenmanagement
(Kassen und ecard),
das die Privatsphäre und den Datenschutz respektiert
· Klare Trennung von Vorsorge- und Gesundheitsleistungen in a) privat
und b) öffentlich.
Dazu gehört auch die Beseitigung der Bevorzugung von Privat- Versicherten in öffentlichen Einr
Einfach und effizient
· Zentrale Organisation schaffen,
Finanzierungen mit möglichst wenig Bürokratie und Doppelgleisigkeiten
· Dezentrale Gesundheits- und Sozialzentren als Wirtschaftsfaktor in einer Region und der woh
Hausärzte als erste Ansprechpartner und zentrale Betreuer aufwerten.
· Tagesklinischen Bereich und Qualitätssicherung auf Kosten des stationären Bereichs ausbaue
dieser spezialisiert sich (Spitäler zur Notfall- /Unfallakutversorgung und hoch spezialisierte Einr
· Spitalszuweisung nur über FÄ bzw. Rettungsfahrten bei gleichzeitigem Ausbau der niedergela
· Gleichgewicht zwischen Patientenrechten und Patientenpflichten (verantwortungsvolles Umg
Nachhaltig und präventiv

· Gesundheitsförderung und Prävention deutlich ausbauen
(weg von Reparaturmedizin hin zur Vorsorge),
inkl. positive Anreize bei Erreichen von vereinbarten Gesundheitszielen
· Eigenverantwortung in Fragen des gesundheitsförderlichen Lebensstils
(Ernährung, Bewegung, Suchtmittel etc.) fördern und ausbauen,
inkl. Rechte und Pflichten beim Behandlungsvertrag
· Professionelle private/familiäre/nachbarschaftliche Pflege
mit bedarfsgerechter Finanzierung
und entsprechender Kontrolle ausbauen und unterstützen
· Leistungen entsprechend internationaler Standards und definierter Ziele
(nur durch Experten erarbeitet,
ohne politischen Druck) evaluieren,
Qualitätskontrollen Finanzierbar
· Pflichtversicherung für Basisversorgung über SV-System,
Modulsystem für Mehrleistung
(vermehrte physikalische Therapie oder „Wellness“,
„Schönheitsoperationen“,
Kuraufenthalte,
komplette Zahnbehandlungen,
komplementär-medizinische Leistungen ,
komplette Rückerstattung für Privathonorare etc.)
· Sonderklasseversicherung nur für Hotelleistungen inkl. Privatkrankenhäuser
und nicht für 2-Klassen-Medizin bezogen auf Basisversorgung
· Durch zentrale Einkaufsoptionen und Wettbewerbsförderung Einsparungen erzielen Mitverar
· Zivilgesellschaftliches, soziales Engagement,
beispielsweise durch unentgeltliche Tätigkeiten
(z. B. freiwilliges soziales Jahr potenziell für alle Altersgruppen und Geschlechter), wird geförde
LEITLINIEN UND MASSNAHMEN SOZIALTRANSFERS
Einführung des Bürger_innengeldes
1 · Das Bürger_innengeld ist eine aktive Transferleistung, die die Aufnahme einer Erwerbstätigk
mit möglichst geringem bürokratischem Aufwand.
Durch die Zusammenfassung möglichst aller Sozialleistungen zu einer einzigen Auszahlung,
die durch eine einzige Behörde (Finanzamt) erfolgt,
werden auf der einen Seite Kosten gespart
und auf der anderen Seite Transparenz und Einfachheit für bedürftige Bürger_innen geschaffen
Das Bürger_innengeld beruht auf dem Prinzip der „negativen Einkommenssteuer“,
durch das ein Arbeitsanreiz geschaffen wird:
Wer kein oder nur geringes Einkommen bezieht, erhält Bürger_innengeld.
Damit sich Leistung lohnt
und ein Anreiz für Bedürftige geschaffen wird, eine Arbeit aufzunehmen,
wird das Einkommen nicht voll, sondern nur teilweise auf das Bürger_innengeld angerechnet.
Wer also Erwerbsleistung bringt, wird von Anfang an über mehr Einkommen verfügen als jema
Dabei soll das Bürger_innengeld die jetzige Mindestsicherung
sowie andere Leistungen wie Wohnbeihilfe, Heizkostenzuschuss u.a. ersetzen.
Leistungsfreundlich
· Soziale Grundsicherung für alle Bedürftigen
· Einkommen durch Arbeit anrechnen,

sodass jegliche Arbeit mehr Nettoeinkommen bringt
· Arbeit als eigenständige Versorgung soll sich im Vergleich zu Sozialtransferleistungen als lohn
· Durch den Arbeitsanreiz, den das Bürgergeld bringt, wird die Eingliederung von Arbeitslosen i
· Klare Nachvollziehbarkeit für jeden, da der Überblick über die Sozialleistungen vereinfacht wi
· Verwaltung verschlanken:
In Zukunft gibt es nur eine auszahlende Stelle.
Treffsicher
· Es werden diejenigen unterstützt, die Unterstützung brauchen,
und nicht diejenigen, die wissen, wie sie das Sozialsystem ausnützen können.
· Da es nur eine auszahlende Stelle gibt, können Bedürftige besser identifiziert
und Missbrauch einfacher reduziert werden.
PENSIONEN DIE HERAUSFORDERUNG
Wir alle sind mit unseren Pensionsbeiträgen ein Teil der Solidaritätsgemeinschaft, die sich auch
Die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte wird uns alle auf eine harte Probe stellen, da die Zahl
Derzeit zahlen noch mehrere Erwerbstätige die Pension eines Pensionisten gemeinsam
– in Zukunft wird jeder Einzelne für die Pension eines einzigen Pensionisten zahlen müssen.
Fragen wir doch unsere Kinder und Enkel, wie viel sie für "ihren" Pensionisten in Zukunft bereit
dann wissen wir, was uns erwartet.
LEITLINIEN UND MASSNAHMEN
Informationsgerechtigkeit
· Die heute Aktiven haben ein Anrecht darauf zu wissen, wie hoch Ihre Pension im Verhältnis z
Da bei Einkommen bis zur Höchstbeitragsgrundlage mit einer Ersatzrate von rund 50% des Letz
(darüber ist der Prozentsatz natürlich viel niedriger – es sei denn, man ist privilegiert),
wird man, um weiter im gleichen Wohlstand leben zu können, eine Zusatzpension (in welcher F
Eine valorisierte Zusatzpension von € 500,- braucht heute ein Kapital zum Alter 65 von ca. € 24
Diese Summe anzusparen, geht nicht von einem Tag auf den anderen.
· Die individuelle Einkommensverwendung für Zusatzpensionen (vor Steuern und SV Beiträgen
– ähnlich wie in Deutschland – ausgebaut werden.
Derzeit kann man in Österreich sein Einkommen vor Steuern nur im Ausmaß von € 300,- zum A
(dieser Betrag ist seit 30 Jahren unverändert!).
Einkommensverwendung vor SV Beiträgen ist überhaupt nicht möglich.
Zum Vergleich:
Im Nachbarland ist dafür ca. die zehnfache Höhe vorgesehen.
Zukunfts- und Generationengerechtigkeit – 2014 statt 2030!
· Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters so rasch wie möglich
durch ehrliche Abschläge und rasche Anhebung des Regelpensionsalters der Frauen.
Versicherungsmathematisch beträgt der Abschlag für einen 3 Jahre früheren Pensionsantritt fa
- im derzeitigen Umlagesystem beträgt der Abschlag hingegen nur 12,6% (Hacklerpension) bzw
In Europa gibt es nur mehr wenige Länder mit einem Regelpensionsalter für Frauen von 60 Jah
Im bisherigen System bekam die Frau bei weniger Beitragsjahren die hohe Bemessungsgrundla
nunmehr wird ihre Pensionsbemessung vom Durchschnitt aller Jahre berechnet,
was in der Regel zu einer deutlich niedrigeren Pension führt.
Vor allem bei Karenzzeiten
oder Teilzeitbeschäftigung wird die Pension wegen fehlender Beitragsjahre
oder nur sehr geringer Beiträge kaum für das Überleben reichen
und die Anzahl der Frauen und hier vor allem AlleinerzieherInnen, die nicht mehr als eine Mind
· Es gibt keine Pension über der ASVG/APG Höchstpension.

Das sind maximal 1,78% aller monatlichen Höchstbeitragsgrundlagen des Arbeitslebens dividie
Alle Sonderregelungen gehören in der kürzesten rechtlich möglichen Zeit abgeschafft.
· Das Pensionsharmonisierungsgesetz 2005 muss umgehend umgesetzt werden.
Alle Menschen in diesem Land haben – bei gleicher Leistung – Anspruch auf die gleiche Pensior
Wenn etwa in einem Fachmagazin dieser Tage geschrieben wird, dass der neue Vorstand der N
Mit derartigen Einkommen müssen Spitzenverdiener in der Lage sein, für sich selbst eine entsp
· Pensionisten sollen zur Sanierung des Pensionssystems AKTIV beitragen.
Für Pensionen über der ASVG Höchstpension kein Inflationsausgleich,
zwischen Durchschnittspension und Höchstpension die Hälfte der Inflation und darunter die vo
Zusätzlich ein Solidaritätsbeitrag von 15% von Pensionen ab über dem eineinhalbfachen der Hö
Altersgerechtigkeit
· Schaffung von Alternativmodellen mit langsamer Reduktion des Gehaltes und der Leistung
bzw. der regelmäßigen Arbeitszeit mit insgesamt verlängertem Arbeitszeitraum (etwa bis 72 Ja
Finanzierung durch Überschneidung von Gehalt und Pension (Stufenmodell).
Der Vorteil für Arbeitgeber liegt in der Möglichkeit das Wissen älterer Arbeitnehmer länger aus
und bei Kostenneutralität gleichzeitig junge Mitarbeiter_innen einzustellen.
Der Vorteil der Arbeitnehmer_innen ist ein langsames in die Pension hinein gleiten
(ohne abruptem Einkommensverlust, Pensionsschock, etc.)
Geschlechtergerechtigkeit
· Menschen in einer Partnerschaft, die aufgrund von Kindererziehung keiner pensionsbeitragsp
Das derzeitig mögliche Pensionssplitting wird mangels entsprechender Information kaum wahr
Bleibt die Partnerschaft auch in der Pension bestehen, fließen beide Pensionen ohnehin wieder
Kommt es aber zu einer Trennung, bekommt der erziehende Partner den Verlust an Beitragsgru
ohne dass Gerichte bemüht werden müssen.
Im Wesentlichen bedeuten diese Forderungen „NUR“ das konsequente Umsetzen von schon be
ein Abrücken von „heimlichen Privilegien“, die nicht erklärbar sind
und eine Generationengerechtigkeit, die im Interesse künftiger Pensionisten-Generationen vor
ARBEIT
DIE HERAUSFORDERUNG
Stellenwert von Arbeit im Leben der Menschen:
Viele sehen Arbeit zu sehr als Belastung.
Die Tatsache, dass Arbeit in einem Leben Sinn stiftet und somit für die Psyche gesundheitlich w
Menschen mit 60 Jahren sind zu jung, um aus dem Arbeitsprozess auszusteigen.
Zudem verfügen sie über große Erfahrung und Qualifikationen, die verloren gehen, wenn sie zu
Wir sehen das auch daran, wie aktiv junge Pensionist_innen ihr Leben gestalten und welche Au
Leistung
Leistung muss sich lohnen.
Unser System des Arbeitens und Zusammenlebens soll so gestaltet sein, dass jene, die mehr Le
und diejenigen, die eine soziale Unterstützung wirklich benötigen, diese auch bekommen
(siehe Bürgergeld).
UNSERE VISION FÜR 2018
Positive Balance von Arbeit, Lebensqualität, Leistung und Wachstum in der Gesellschaft
Arbeit ist der Motor und die Grundlage für Wachstum und Wohlstand einer Gesellschaft.
Die Menschen in Österreich schätzen die Möglichkeit zu arbeiten,
sind den neuen Anforderungen der Arbeitswelt gewachsen.
Sie fühlen sich wertgeschätzt und sind motiviert, Leistungen zu erbringen,
weil diese angemessen honoriert werden.

Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen haben die Möglichkeit und den Freiraum, die Arb
Arbeit ist ein wichtiger Bestandteil eines erfüllten Lebens
und sie steht in keinem Widerspruch zu Familie und Kindern.
Österreich ist international führend im Bereich Forschung und Innovation
durch bestens ausgebildete und hoch spezialisierte Arbeitskräfte.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

Flexibilität der Arbeitszeit:
Änderung des Arbeitszeitgesetzes Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen sollen auf Betri
· Elternzeit
(siehe NEOS-Modell zur Familienpolitik)
und Vereinbarkeit von Beruf und Familie angepasst an die verschiedenen Lebensabschnitte.
· Keine generelle uhrzeit- und wochentagsgebundene Festsetzung der Arbeitszeit
sondern Vereinbarung im Einvernehmen zwischen Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_inne
unter Berücksichtigung des Kollektivvertrags
und von Nachhaltigkeitszielen in Bezug auf die Gesundheit.
· Kollektivverträge, die zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt werden, haben Richtliniench
Mehr Netto vom Brutto:
(siehe NEOS-Positionen zur Wirtschaftspolitik, hier nur Ergänzungen)
Das Sozialsystem wird so effizient gestaltet, das trotz notwendiger Ausgaben jedem einzelnen r
Wirtschaftsstandort Österreich
(siehe NEOS-Positionen zur Wirtschaftspolitik, hier nur Ergänzungen)
· Es werden diejenigen unterstützt, die Unterstützung brauchen,
und nicht diejenigen, die wissen, wie sie das Sozialsystem ausnützen können.
· Schwerpunkt der Förderung von Forschung und Entwicklung vor allem im außeruniversitären
Dadurch wird Österreich international wettbewerbsfähig und es entstehen nachhaltige Arbeits
· Aktive und qualitative Zuwanderungspolitik für Facharbeitskräfte.
· Ausbildungsstandards an die Anforderungen des neuen Arbeitsmarktes anpassen.
Arbeitsbedingungen zur Erhaltung der Gesundheit
und zur Zufriedenheit der Arbeitnehmer_innen in einem längeren Erwerbsleben anpassen
· Regelmäßige arbeitsmedizinische Untersuchungen
(jährliche Vorsorgeuntersuchung),
um eine frühzeitige Prävention und Rehabilitation zu ermöglichen
· Teilkrankenstand einführen:
In Österreich ist man entweder arbeitsunfähig oder arbeitsfähig.
Dass jemand z.B. nur für 4 Stunden am Tag arbeitsfähig ist, kennt unser System nicht.
Das ist v.a. für Langzeitkrankenstände eine große psychische Belastung.
Teilkrankenstände würden die Reintegration von Langzeitkranken in den Arbeitsprozess erleich
Arbeitslosigkeit
· Die Aufgaben des AMS werden an jene von privaten Personalvermittlungsagenturen angepas
Mit einer qualifizierten und individuellen Beratung für die Arbeitssuchenden.
Keine Massenschulungen und „Alibi-Kurse“.
· Angebot von Mentoring-Programmen für Selbständige.
Auch zur Prävention von Insolvenzen.
· Bildungskonto
(siehe NEOS-Positionen zur Bildungspolitik)
Kündigungsschutz
· Einheitlicher Kündigungsschutz ohne (historisch gewachsene) Privilegien Pensionen

(siehe auch NEOS-Positionen zu Pensionen)
· Geblockte Altersteilzeit abschaffen.
· Sofortige Angleichung des Pensionsantrittsalters von Männern und Frauen.
· Angleichung des faktischen Pensionsantrittsalters an das gesetzliche.
· Streichung der Hacklerregelung
WOHNEN
DIE HERAUSFORDERUNG
Die grundsätzliche Herausforderung zum Thema „Wohnen“ ist, dass Wohnen billiger sein muss
Die Preise für Wohnen
– insbesondere auch für die Wohnnebenkosten (Energie etc.) – sind in Österreich in den letzter
Leistbares Wohnen ist also nicht zuletzt auch eine Frage der Besteuerung der Erwerbseinkomm
(die Steuerbelastung muss gesenkt werden)
und der Baukultur
(Energieeffizienz ist nicht nur eine ökologische sondern auch eine Wohlstandsfrage).
Zudem müssen mehr Wohnungen auf den Markt kommen,
da durch ein höheres Angebot an Wohnungen die Mietpreise sinken.
Darüber hinaus sollen sich die Menschen auch Eigentum an Wohnraum leisten können.
VORDRINGLICHE MASSNAHMEN
Sozialer Wohnbau:
· Soziale Wohnbauträger sollen verpflichtet werden, 50 % der Wohnungen in jeweils einem Hau
Kaufberechtigt sind Mieter, die zumindest seit 15 Jahren in diesen Wohnungen leben.
Der Verkauf der Wohnungen soll zum Selbstkostenpreis (= Grundwert zuzüglich Errichtungskos
· Die Möglichkeit zum Mietkauf soll gegeben werden.
Die dem sozialen Wohnbauträger dadurch zufließenden Mittel werden zweckgebunden und so
Dadurch erfolgt eine Durchmischung in den einzelnen Häusern mit Eigentümern und Mietern u
Zudem werden rasch neue Mittel für den sozialen Wohnbau freigesetzt.
Mietrecht
· Impulse sollen gesetzt werden, dass das Horten von vermieteten leer stehenden Wohnungen
Mögliche Maßnahmen:
® Bei Eintritt in ein Mietverhältnis
(ausgenommen im Falle einer Scheidung oder minderjähriger Kinder bei Tod der Eltern) werde
nämlich gemäß dem Zustand im Zeitpunkt des Mieterwechsels durch Eintritt.
Ab dem Zeitpunkt des Stand Eintrittes ist ausgehend von dieser Kategorie der Richtmietzins zu
® Alle unterschiedlichen Mietzinsberechnungsmodelle (z.B. Friedenszins, Kategoriemietzins etc
Kategorie-Kriterium ist hier der Zustand der Wohnung zum Zeitpunkt, zu dem der derzeitige M
· Durch diese Vereinheitlichung soll der Kategorie- und Preiswirrwarr am Mietenmarkt vereinh
damit im Bereich der Wohnungen im Vollanwendungsbereich des MRG eine einheitliche Berec
Ganz billige Wohnungen, die oft leer stehend vom Mieter gehortet werden, sollen somit an die
und damit auch dem Vermietungsmarkt zugänglich werden.
· Abschaffung der Mietvertragsgebühr
· Bei Vermittlung von Wohnungen sind die Maklerkosten ausschließlich vom jeweiligen Auftrag
Trennung soziales Mietrecht / Geschäftsraummiete
Das soziale Mietrecht soll im MRG geregelt werden, die Geschäftsraummiete im ABGB.
Bei Neuabschluss von Geschäftsraummietverträgen soll somit kein Kündigungsschutz mehr anw
sondern die Kündigungsbestimmungen sollen einzelvertraglich geregelt werden.
Bei bisher kündigungsgeschützten, unbefristeten Geschäftsraummietverträgen sollen diese ex l
Innerhalb dieser Restlaufzeit sind noch die Kündigungsschutzbestimmungen des § 30 MRG anz

FAMILIE

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Die derzeitige Familienpolitik in Österreich verfolgt eine Vielzahl an Zielen, die zum Teil in Wide

Zum einen gibt es demografische Ziele, allen voran, dass Frauen (mehr) Kinder bekommen.

Damit einhergehend geht es um sozialpolitische Ziele wie den Familienlastenausgleich

- eine Umverteilung von Kinderlosen zu kinderreichen Familien.

Daneben gibt es aber andere Ziele wie Gleichstellung von Männern und Frauen,

ökonomische Ziele

oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Gleichzeitig ist die Familienpolitik aber immer noch ideologische Spielwiese.

Die(früheren) Großparteien liefern sich Grabenkämpfe um die sogenannte „Kernfamilie“ als be

gegenüber einer wachsenden Vielzahl an anderen Familienformen wie Alleinerzieher_innen, Pa

Das System der Familienförderungen ist zersplittert.

Familienlastenausgleich ist Bundessache, Kinderbetreuung Landessache.

Daher gibt es in allen neun Bundesländern unterschiedliche gesetzliche Regelungen hinsichtlic

Gruppengrößen,

Betreuungsschlüsseln (Anzahl zu betreuender Kinder je Betreuungsperson)

und Personalqualifikation.

8,5 Mrd. Euro (rund drei Prozent des BIP) wurden vom Bund 2008 für Familienleistungen ausg

Dazu kommen Leistungen durch die Länder.

In Österreich gibt es über 200 familienbezogene Leistungen nebeneinander.

Auch der Rechnungshof kritisiert, dass es eine unübersichtliche Vielzahl von Leistungen auf Bur

Dies führt dazu, dass es keine gesamthafte Abstimmung hinsichtlich der Ziele und Wirkung vor

Im internationalen Vergleich - besonders mit skandinavischen Ländern

- gibt Österreich einen hohen Anteil für direkte monetäre Transfers und nur wenig für Realtran

Über 80% der Familienleistungen sind monetäre Transfers.

Im Gegensatz dazu liegt der Anteil an Realtransfers in Schweden an allen Familienleistungen b

2011 waren 19,7% der unter dreijährigen Kinder in Kinderbetreuung,

90,3% der unter 6-Jährigen.

Dabei gibt es besonders bei den unter Dreijährigen erhebliche Unterschiede in der Betreuungs

Hinsichtlich Gruppengrößen und Betreuungsschlüssel schneidet Österreich gerade bei den unte

Aus Experten_innensicht sollen höchstens 8 Kinder in einer Gruppe betreut werden

(nur Salzburg und Vorarlberg haben eine derartige Gruppengröße vorgesehen,

in Wien liegt sie etwa bei 15 Kindern).

Ebenso wichtig ist der Betreuungsschlüssel,

also das Verhältnis von zu betreuenden Kindern und Betreuungspersonen.

Ein Betreuungsschlüssel von 1:3 wird als ideal angesehen,

in Wien liegt der Schlüssel bei 1:8! Ein-Eltern-Haushalte,

also Familien mit alleinerziehenden Eltern – dies sind fast ausschließlich Frauen mit ihren Kinde

– haben in Österreich mit 24% neben Mehrpersonenhaushalten mit mindestens drei Kindern (2

Rund 65.000 Alleinerziehenden-Haushalte und 192.000 Haushalte mit drei oder mehr Kindern s

UNSERE VISION FÜR 2018

Familienförderung ist einfach,

effizient,

treffsicher

und transparent.

Die Geburtenrate ist deutlich gestiegen,

mehr Menschen verwirklichen ihren Kinderwunsch.
Die Gesellschaft ist kinderfreundlicher geworden,
Familien haben mehr Zeit füreinander,
Mütter wie Väter übernehmen Verantwortung in Kinderbetreuung und -erziehung.
Väterkarenz ist zur Selbstverständlichkeit geworden,
wodurch Mütter deutlich entlastet sind
und die Akzeptanz für Auszeiten in der Wirtschaft gestiegen ist.
Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird gelebt
und nicht mehr als permanente Überforderung erlebt.
Durch faire und treffsichere Transfers
sowie ein ausreichendes Netz an qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsplätzen
mit an die Lebens- und Arbeitsrealitäten angepassten Öffnungszeiten
und eine folglich erhöhte Erwerbspartizipation
sind Alleinerziehende und Kinder weniger armuts- bzw. ausgrenzungsgefährdet als heute.
Familie ist bunt.
Kern der Familie ist diewechselseitige Verantwortung einer Generation gegenüber einer ander
Diskriminierungen für andere Familienformen als die klassische Kernfamilie sind abgebaut.
Durch einen massiven Ausbau der Kinderbetreuung
sowie eine deutliche Qualitätssteigerung gibt es eine echte Wahlfreiheit.
Worte wie „Rabenmutter“ oder „Heimchen am Herd“ sind aus dem Sprachgebrauch verschwur
LEITLINIEN UND MASSNAHMEN
Familienförderung einfach,
transparent
und fair:
· Familienförderung als Bundesangelegenheit:
Zusammenziehen sämtlicher Leistungen auf eine auszahlende Bundesstelle.
· Kinderbetreuungsgeld neu:
Flexibilisierung
· Zusammenfassung aller familienbezogenen geldwerten Leistungen
(Familienbeihilfe,
Kinderabsetzbetrag,
Mehrkinderzuschlag
und Alleinerzieherabsetzbetrag) zu neuer Familienleistung.
Familienbeihilfe „neu“ analog Vorschlag der IV und der AK.
® Für jedes Kind soll es eine einheitliche Geldleistung pro Monat in Höhe von 200 Euro für Unte
® Für Alleinerziehende (plus 50 Euro)
und für Eltern von Kindern mit Behinderung (plus140 Euro) soll es weiterhin eine höhere Famili
® Die Höhe der Leistung ist für alle Kinder gleich,
unabhängig von der Geschwisterzahl.
· Durch Umschichtung Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen
und Qualitätssteigerungen bei der Kinderbetreuung im Ausmaß von 100 Mio. Euro/Jahr.
· Zusammenführung sämtlicher steuerlicher Maßnahmen
(ersetzt Alleinverdiener_innenabsetzbetrag inkl. Kinderzuschläge,
Kinderfreibetrag,
Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten) zu einem zweckgebundenen Kinderbildungsbonus
(in Anlehnung an IV-Vorschlag):
steuerliche Absetzbarkeit für Kinderbetreuung und –bildung in Höhe von 800 Euro pro Kind/Jah

wenn beide Elternteile die Steuerleistung beantragen, können 2 x 500 Euro = 1.000 Euro pro Ki
Diese Leistung soll in geringerem Umfang von 330 Euro im Jahr auch dann in Anspruch genomr
· Einführung des „Transfer-/Leistungskontos“ für die Empfänger_innen und Steuerzahler_inner
· Pensionssplitting:
Menschen in einer Partnerschaft, die aufgrund von Kindererziehung keiner pensionsbeitragspfl
· Bundeskompetenz in Gesetzgebung für Kinderbetreuung zur Schaffung eines einheitlichen re
· Offensive für Ausbau und Qualitätssteigerung von Kinderbetreuung durch Umschichtung der
Schaffung neuer Plätze für unter Dreijährige,
Ausbau der Qualität
(kleinere Gruppen, mehr Personal)
· Rechtsanspruch auf qualitätsvollen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag
· Förderung betrieblicher Kinderbetreuungsplätze
· Weiterentwicklung der Kindergärten zu ersten Bildungseinrichtungen/Vorschule
· Autonomie für Kindergärten,
Umstellung von Objekt- auf Subjektfinanzierung.
· Gleichbehandlung von Kinderbetreuungseinrichtungsträgern
und Inklusion von betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen
· Deregulierung und Entbürokratisierung haushaltsnaher Kinderbetreuung etwa durch Au-pairs
Kinderrechte:
· Kinderrechte in Anlehnung an die UN-Kinderrechtskonvention ausbauen
· Recht des Kindes auf beide Eltern gesetzlich verankern Familienzeit:
Mehr Zeit gemeinsam
Familien brauchen neben finanzieller Unterstützung
vor allem flexible Möglichkeiten, miteinander Zeit zu verbringen.
Jedes Kind ist anders und jede Familiensituation ist anders,
daher soll mehr Flexibilität dazu führen,
dass die Familienzeit dann in Anspruch genommen wird, wenn man sie braucht.
Durch mehr Überlappungszeiten wird es ermöglicht,
dass beide Elternteile auch gemeinsam Zeit mit dem Kind/den Kindern verbringen,
etwa gleich nach der Geburt.
· Familienzeit statt Karenz im maximalen Ausmaß von 20 Monaten für jede_n Erwerbstätige_n.
· Flexiblere Familienzeit
durch Möglichkeit einer Teilung der Inanspruchnahme bis zum siebten Geburtstag des Kindes
und mehr Überlappungsmöglichkeiten mit dem Partner
(bis zu sechs Monaten)
· Finanzielle Absicherung der Familienzeit
durch Familiengeld
(statt Kinderbetreuungsgeld)
in zwei Varianten (jeweils einkommensabhängige Variante oder Pauschale):
o 14 Monate: 80% des Letzteinkommens oder pauschal 1.000 Euro
o 24 Monate: 48% des Letzteinkommens oder pauschal 600 Euro ·
Drei Monate (in Variante a)
bzw. fünf Monate (in Variante b) sind jeweils für jeden der Elternteile exklusiv reserviert.
Der Rest kann geteilt werden.
Ausnahme für Alleinerziehende.
· Reform der Elternteilzeit
hin zu Recht auf Reduktion der Arbeitszeit auf maximal 40% bis zum siebten Geburtstag des Kir

Gleichstellung:
· Wertschätzung für Solidargemeinschaften, in denen Menschen Verantwortung füreinander üb
· Unterstützung von Alleinerzieher_innen;
Durchsetzung von Unterhaltszahlungen zum Schutz der Kinder,
Beschleunigung von Verfahren etc.
· Rechtliche Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaften mit der Zivilehe
· Adoptionsmöglichkeit für eingetragene Partnerschaften
· Förderung der Väterbeteiligung in Hinblick auf Karenz und Kindererziehung
· Gemeinsame Obsorge als Regelfall auch bei unehelichen Kindern
(mit Antragsrecht auf alleinige Obsorge, wenn dies dem Kindeswohl eher entspricht)
· Einführung von Doppelresidenzen
UMWELT & LEBENSQUALITÄT
DIE HERAUSFORDERUNGEN
Weltweiter Wandel – Global Change Der Mensch verändert die Welt - sei es durch die Landnut
Waldrodung,
Intensivierung der Landwirtschaft,
Verstädterung,
Verkehr
oder auf eine andere Art;
der Wandel findet statt.
Der menschliche Eingriff verändert die Ökosysteme
und hat weitreichende Folgen auf unser Leben.
Klimawandel ist etwas Natürliches,
doch die extreme Geschwindigkeit des Prozesses – mit all seinen Effekten– wird von Menschen
Wie werden die Auswirkungen für uns sein, wenn plötzlich Schlüsselsysteme kippen?
Wie sind wir darauf vorbereitet?
Die Frage ist, wie flexibel wir unsere Gesellschaft und ihre Entscheidungsstrukturen gestalten, u
Seien es Big Bangs (Reaktorkatastrophen) oder stille, leise, fast unbemerkte Bedrohungen, wie
Ressourcenkrise – Peak Everything Nicht nur das Öl wird uns –
allen optimistischen Meldungen über neue Funde zum Trotz – früher oder später ausgehen.
Baldige Versorgungsengpässe drohen auch bei vielen anderen Stoffen,
wie z.B. bei seltenen Erden oder Phosphor.
Der Ersatz von Erdöl durch biogene Stoffe wird sich bei unveränderten Konsumgewohnheiten n
Verlust der Vielfalt und Anpassungsfähigkeit unserer Gesellschaft Die Arten- und Sortenvielfalt
verschiedenste Ökosysteme verschwinden,
aber auch die wirtschaftliche
und technische Vielfalt nimmt ab.
Wie krisensicher sind Systeme und Gesellschaften, die auf Standardisierung und geringe Vielfal
Dieser Frage müssen wir uns auch in Österreich dringend widmen.
Vor allem Städte haben große Aufgaben vor sich.
Landschaften und Strukturen, die Verbreitung von Tier- und Pflanzenarten,
Flussdynamiken,
Global Player,
aber auch Waren- und Finanzflüsse ändern sich ständig –
und dadurch auch die beteiligten Systeme.
Verlust der Vielfalt,
enormer Materialverbrauch

und Energiebedarf
sowie weite Transportwege nehmen uns viele Möglichkeiten und Werkzeuge, um flexibel und r
Das Wachstumsparadigma
Will man folgenschwere Krisen grundsätzlich vermeiden,
dringt man am besten zu den Ursachen vor.
Die Entkoppelung unseres Wohlstandes
und unserer (wirtschaftlichen
und sozialen) Überlebensfähigkeit vom Wachstumsparadigma
ist die große Herausforderung der Gegenwart.
Wachstum ist nicht immer die Lösung,
sondern oftmals Ursache ökologischer
und gesellschaftlicher Probleme.
Zusätzlich messen wir Wachstum nur anhand des Bruttoinlandsproduktes (BIP)
und nicht anhand von echtem Wohlstand.
Faktor Zeit
Je früher und schneller wir die Wende schaffen, umso einfacher wird die Umstellung,
und desto geringer fallen die Kosten dafür aus.
Sowohl aus Gründen der ökonomischen Effizienz
als auch der Generationengerechtigkeit müssen jetzt Maßnahmen getroffen werden,
um bestehende globale Umweltprobleme einzudämmen
und zukünftige zu verhindern.
Die beiden großen Herausforderungen einer aufgeschlossenen und modernen Umweltpolitik la
Motivation –
Wie können schädliche Gewohnheiten ohne Zwang geändert werden?
Vertraut man auf Information und Beratung, oder sind Anreize und greifbare Vorteile notwend
um gesteigertes Umweltbewusstsein zu schaffen?
Wirtschaftlichkeit
– Der Widerspruch Wirtschaft vs. Umwelt ist nur ein scheinbarer.
Joachim Radkau2 hat belegt, dass „die Ökonomie die schärfste Waffe der Ökologie“ ist.
Die Natur kennt keine Verschwendung
und enthält zahllose geschlossene und stabile Kreisläufe.
Eine nachhaltige Wirtschaft, die auf dieser Erkenntnis aufbaut,
schafft auch nachhaltigen Wohlstand
und eine stabile Lebensqualität.
Denke global, agiere lokal – think globally, act locally
Wir verstehen Nachhaltigkeit nicht als Zustand, sondern als Prozess.
Dieser Prozess umfasst das Lernen über ökosystemische Zusammenhänge
sowie Ressourcenverfügbarkeit.
Wir streben eine achtsame Nutzung all unserer Ressourcen an,
um ein dauerhaftes Fortbestehen des Planeten Erde
und all seiner Bewohner_innen mit höchstmöglicher Lebensqualität zu ermöglichen.
Die Politik kommt wieder ihrer Aufgabe nach, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, um
Österreich nimmt innereuropäisch 108
und weltweit
eine Vorreiterrolle und Vorbildfunktion bei Umweltschutz
und Erhalt der Lebensqualität ein.
Wohlstandswachstum

Wir leben und praktizieren eine Wirtschaftsweise, in welcher Wohlstand und sozialer Frieden l
„Wohlstand“ bezieht sich wieder auf Glück und Wohlbefinden eines jeden Menschen.
Versorgungssicherheit bei Nahrungsmitteln,
Energie und Ressourcen
ist im Sinne der Generationengerechtigkeit auch langfristig gegeben.
„Wachstum“ wird in politischen Zusammenhängen nur noch punktuell eingesetzt.
Nachhaltigkeit,
gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität gehen wieder gemeinsam in eine Richtung.
Erhaltung der Vielfalt - Generationengerechtigkeit
Wir wirtschaften in einem der Natur nachempfundenen Kreislaufsystem.
Güter werden umweltbewusst und bedacht produziert, gekauft, verwendet, repariert, wiederv
Unser Materialdurchsatz und Ressourcenverbrauch befindet sich auf einem niedrigen Level,
der langfristig haltbar ist, ohne Engpässe und Krisen zu riskieren.
Unser Leben und unsere Wirtschaft sind regional,
national
und auch im europäischen Rahmen unabhängiger, 108
ebenso die Waren-
und Finanzströme.
Dadurch befinden wir uns in einer stabilen Gesellschaft mit gesichertem Wohlstand.
Der Zustand unserer Umwelt und Ökosysteme normalisiert und verbessert sich kontinuierlich.
Werte- und Prioritätenwandel Umweltschutz,
Verantwortung,
Ressourcenschonung,
das Vorsichts- und Verursacherprinzip
und auch die langfristige Betrachtung bei Entscheidungen sind privat,
betrieblich
sowie auch politisch neue Schwerpunkte.
Ökosystemisches Denken ist noch stärker in Bildung und Forschung verankert.
Man spürt, dass es wieder bergauf geht.
Menschen leben wieder mit ihrer Umwelt in Harmonie,
denn sie wissen, dass ihre Lebensqualität davon abhängt, die sie neu zu schätzen gelernt haber
LEITLINIEN UND MASSNAHMEN
Die NEOS-Leitlinien zu Transparenz,
Generationengerechtigkeit,
Selbstverantwortung des Einzelnen
und Partizipation sind im Umweltbereich besonders wichtig.
Darum wollen wir jegliches Engagement in diese Richtung unterstützen
und weitere Anreize setzen.
Wir als NEOS wollen
– ähnlich wie bei der Transparenz der Finanzierung –
im Bereich Umwelt-Verantwortung eine Vorbildrolle übernehmen,
ressourcenschonend wirtschaften
und unsere eigene Organisation und Veranstaltungen dementsprechend gestalten.
Für Österreich planen wir, den Nachhaltigkeitsgedanken der „Blue Economy“ tiefer zu verankei
Im Sinne des täglichen Wirtschaftens bedeutet das:
Die Erfüllung der Grundbedürfnisse der Menschen soll mit den geringstmöglichen
und schonendsten Mitteln erreicht werden.

Effiziente Vorgänge und Synergien aus der Natur werden nachgeahmt.
Verschwendung,
Abfall,
energetische oder materialtechnische Ineffizienzen werden so weit wie möglich vermieden.
Transparenz und Fairness
Ehrliche Umweltpolitik braucht Transparenz:
Was sind die jährlichen Kosten für die österreichische Volkswirtschaft?
Was sind indirekte Auswirkungen von Verschwendung und Verschmutzung?
Wie hoch sind die Kosten für die Steuerzahler_innen sowohl heute als auch morgen?
In der EU verursacht der Stickstoffeintrag jährlich Kosten in der Höhe des österreichischen Bud
Verkehrslärm ist europaweit für rund 50.000 tödliche Herzinfarkte jährlich verantwortlich
und kostet ca. 40 Mrd. Euro.
Feinstaub kostet durchschnittlich bis zu einem Jahr Lebenserwartung.
Diese und ähnliche Werte werden aber leider kaum transparent und übersichtlich gemacht.
Wir wollen diese Kosten zukünftig in die Kalkulationen miteinbeziehen.
Unsere Pläne:
· Transparenz
und Kommunikation über direkte und indirekte Umweltauswirkungen und –kosten,
sowie Internalisierung externer Umweltkosten und –nutzen.
· Anhebung des Standards für „umweltschonende Technologien und Prozesse“,
folglich keine Begünstigungen von ineffizienten Systemen mehr
(d.h. Wegfall von Förderungen ineffizienter Energieerzeugungs- und Heizungsmethoden,
oder indirekt des LKW-Güterverkehrs durch zu niedrige Kostenbeteiligung).
· Förderung und Begünstigung umweltschonender Technologien
sowie Vereinfachung
und Erhöhung der Förderungen im Privatbereich hinsichtlich erneuerbarer Energien
und umweltschonender Verhaltensweisen
(etwa nachhaltiger Haus- und Wohnungsbau).
· Entwicklung und Umsetzung eines allgemeinen,
transparenten Konsumenten-Informationssystems („Ampelsystem“) zur Information über die N
seiner Verpackung,
Erzeugung
und Lieferung,
um dem Konsumenten eine ehrliche und transparente Grundlage zur Kaufentscheidung zu geb
Europäische und internationale Vereinbarungen - Partizipation
Immer wieder gibt es Verträge und Lippenbekenntnisse, welche von Regierungen oder einzeln
Maßnahmen und Warnungen von Umweltorganisationen werden häufig ignoriert,
Bürger_innen bei Großprojekten kaum eingebunden oder informiert.
Unsere Pläne:
· Ein ehrliches Bekenntnis zu internationalen Vereinbarungen
sowie hochgesteckte Ziele in internationalen Verhandlungen (EU2020, Post- Kyoto).
· Vertiefen der internationalen Zusammenarbeit
und Vorbereiten einer österreichischen Vorreiterrolle im Bereich „Umwelt und Lebensqualität“
· Mehr Partizipation aller Interessensgruppen bei größeren nationalen
und internationalen Projekten, die Einfluss auf Umwelt und Gesundheit haben.
· Mehr generelle Zusammenarbeit mit Umweltschutzorganisationen bei politischen Planungen
sowie verpflichtendes Einbeziehen von funktionierenden Vorzeige-Projekten in die Überlegung

Energie und Landwirtschaft
– Versorgungssicherheit,
Vielfalt
und Generationengerechtigkeit
Großflächige Ineffizienzen und Verschwendung sind weder nachhaltig noch generationengerec
Besonders trifft das auf die Bereiche Energie
und Landwirtschaft zu,
da diese grundlegend unsere Lebensqualität sichern.
Um unsere Versorgung auch in Zukunft zu gewährleisten,
sind eine Senkung des Energiebedarfes,
eine verstärkte Regionalisierung der Landwirtschaft
und ein Setzen auf ökologische Wirtschaftsweisen
sowie erneuerbare Rohstoffe notwendig.
Unsere Pläne:
· Einführen einer aufkommensneutralen CO2-Besteuerung von Energie
nach dem Vorbild Schwedens
bei gleichzeitigem Entlasten des Faktors Arbeit
(durch Senkung der Lohnnebenkosten und Lohnsteuer),
um Kostenwahrheit bei Energieerzeugung und –nutzung darzustellen
und endlich den Lenkungseffekt zu erreichen, der durch CO2-Zertifikate nicht gegeben ist.
· Österreichische Forderung in der EU: 108
Versicherungspflicht für AKWs mit einer Restlaufzeit von über 5 Jahren. 108
· Förderung von alternativen Energien 108
und weitreichende Informationen über Energiespar-Methoden. 108
· Erstellung und Forcierung eines Modells der 2000-Watt-Gesellschaft als Deckelung des Pro-Kc
· Gewährleistung der Unabhängigkeit von EFSA (European Food Safety Authority)
und AGES (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit),
um durch gesunde Lebensmittel einen Schutz für Mensch,
Tier
und Umwelt zu garantieren.
· Österreichische Forderung an die EU:108
Einleitung eines weitgehenden Verbotes diverser Umweltgifte und Pestizide, 108
wie z.B. Neonicotinoide („Bienensterben“). 108
Österreich muss hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen.
· Aktive Erhaltung und Förderung der Vielfalt und Biodiversität
durch biologische und integrierte Landwirtschaft.
· Sichern des Fortbestehens einer modernen,
kleinräumigen,
zukunftsfähigen
und schonenden österreichischen Landwirtschaft.
Regional- und Verkehrsplanung
Es gibt immer noch zu viele Anreize, die zu umweltschädigendem Verhalten und diversen Wett
Dem wollen wir klar entgegen wirken.
Verkehr und Wohnen sind die beiden größten Verursacher von Emissionen.
Gerade hier gibt es sehr viele widersprüchliche Maßnahmen, die wir beseitigen und durch sinn
Unsere Pläne:
· Stopp der Zersiedelung und Eindämmen des jährlichen Flächenverbaus.

Stattdessen eine auf Synergien basierende Siedlungspolitik inklusive Entwicklung und Umsetzu
· Erprobung zukunftsfähiger, emissionsärmerer Verkehrskonzepte
(etwa Verkehr auf mehreren Ebenen
– Entkoppelung von Fußgängern, Radfahrern und Autos).
· Forcierung von energieeffizientem und nachhaltigem Bauen:
Die Möglichkeiten an nachhaltigen und energiearmen Baukonzepten sind enorm;
der politische Wille, diese zu fördern, kaum vorhanden, somit deren Umsetzung sehr gering.
Energiearme Baukonzepte
und biologische Naturbaustoffe sollen Standard werden,
auch um hohe Entsorgungskosten in der Zukunft zu vermeiden.
· Förderung thermischer Sanierung privater Häuser insbesondere durch Naturdämmstoffe
(bspw. Flachsfaser, Hanf, Kork),
aber auch Sanierung öffentlicher Gebäude,
statt Ausnahmen in Klimaschutz-Zielen für den Staat nach zu verhandeln
(allgemeiner Privilegienabbau).
· Miteinbeziehung des Pflichtkriteriums „Nachhaltigkeit“ bei öffentlichen Vergaben.
· Ausbau europäischer Transitrouten (Zug und Bus) als attraktive Alternativen zum steigenden I
· Streichen der Pendlerpauschale
bei gleichzeitigem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs
und Förderung der Regionalwirtschaft
(siehe hierzu auch Wirtschaftsprogramm)
· Als Alternative zur Pendlerpauschale:
Anbieten und Fördern von regionalen,
kommunalen,
(über-)betrieblichen
und privaten Fahrgemeinschaften,
um massiven Pendler-Individualverkehr und tägliche Staus in Ballungszentren zu verringern.
· Umstellung von Autobahnvignette auf kilometerabhängiges Mautsystem.
· Österreichische Forderung an (v.a. europäische) Automobilhersteller:
Mindestens 6-Gang-Getriebe ab 80 PS zur Drehzahlsenkung auf der Autobahn.
· Österreichische Forderung an die EU:108
Im Bereich des Flugverkehrs einheitliche Maßnahmen und Regeln, 108
um sparsamere Flugbetriebe zu ermöglichen 108
(etwa durch Internalisierung externer Kosten oder Flugstreckenoptimierung – SES, RNAV, CDA)
· Erweitern der Mineralölsteuer auf Kerosin (350 Mio. Euro/Jahr laut VCÖ) im europäischen 108
bzw. internationalen Verbund
bei gleichzeitigem Wegfall der Pauschal-CO2-Steuer auf Flugtickets,
um sparsame Flugbetriebe zu fördern.
Nachhaltigkeit als Grundhaltung und Auszeichnung
„Wenn alle von einem Thema betroffen sind, profitieren auch alle von einer gemeinsamen Lösu
Wir wollen es Initiatorinnen und Initiatoren im Bereich „Umwelt und Lebensqualität“ so einfacl
Unsere Pläne:
· Fördern von sozialem und/oder nachhaltigem Unternehmer_innentum.
· Verbreiten von Positivbeispielen im Bereich Nachhaltigkeit (z.B. Reparatur- Cafès),
um die stark nachgefragte regionale Dienstleistung wieder zu etablieren.
· Einführen von Umwelt- und Nachhaltigkeitsbilanzen (Öko-Bilanzen) von Produkten und Unter
sowie Öko-Controlling.

· „Transition-Towns“ und „Öko-Villages“ als Vorbilder heranziehen und von diesen lernen.
· Erhöhung der Recycling-Quoten in allen möglichen Lebens- und Wirtschaftsbereichen.
· Umweltbewusstsein durch Projekte in den Schulen bereits im Kindesalter schaffen und förder
· Grundlagen der Ökosystemlehre verstärkt in den Unterricht einbringen.
· Forschungsförderung zur Nachhaltigkeit in technischen,
sozialen
und wirtschaftlichen Disziplinen auch inter- und transdisziplinär erweitern.
Arbeitsplätze –
Wirtschaft mit Mensch und Umwelt
Ökonomie und Ökologie bilden keine Gegensätze, sondern Synergien.
Maßnahmen, die gut für die Umwelt sind, wirken meist regional
und schaffen dadurch wohnungsnahe Arbeitsplätze.
Unsere Pläne:
· Ausbau der österreichischen Vorreiterstellung in Umwelttechnologien
und „Green Industry“ als Nischenstellung in Europa;
mit den nötigen Investitionen und Unterstützungen durch den Staat.
· Förderung von sozialem und nachhaltigem Unternehmertum
– gute Ideen und verantwortungsvolles Verhalten sollen sich auszahlen.
· Die CO2-Steuer (siehe Energie) wirkt sich auch positiv auf die Beschäftigung aus.
Arbeitskraft wird im Vergleich zur Materialintensität wieder deutlich attraktiver.
· Wirtschaftliche Tätigkeiten im Bereich erneuerbare Energie,
Sanierung
und Entstehung neuer Geschäftsmodelle sollen forciert werden.
· Suchen und Finden von Alternativen zum Modell der „geplanten Obsoleszenz“ EU-weit. 108
Produzenten von Massengütern sollen diese Wirtschaftsmethode aufgeben
und wieder auf qualitative, lang haltende Produkte setzen,
die auf ressourcenschonende Weise eine stabile Wirtschaft und eine Deckung des Konsumbed
========== ANHANG UMWE
AMPELSYSTEM: GEBT DEN KONSUMENT_INNEN DIE WAHL
Die Bewusstseinsbildung der Konsument_innen ist die effektivste Maßnahme zur Lösung vieler
Bei diesem Punkt setzt das „Ampelsystem“ für Lebensmittel und Güter des täglichen Lebens (z.
Statt den Bürger_innen durch Verbote vorzuschreiben, was sie kaufen sollen, will NEOS Bewuss
Durch Transparenz und Konsument_inneninformation haben die Käufer_innen weiterhin die Ei
aber auch die moralische Eigenverantwortung.
Gleichzeitig entwickelt sich ein Bewusstsein für die Umweltverträglichkeit von Produkten.
Durch die Nachfrage bestimmen die Konsument_innen die Entwicklung des Angebotes.
Durch eine schrittweise Implementierung eines Bewertungssystems für Produkte und Lebensm
Jede dieser Farbkategorien verbildlicht die Umweltverträglichkeit des Produktes.
Diese Klassifizierung muss an einer gut sichtbaren Stelle auf jedem einzelnen Produkt bzw. sein
Die exakte Einzelbewertung kann online an einer zentralen Stelle öffentlich eingesehen werden
Die Bewertungskriterien sollen möglichst unabhängig von Branchen und Produkt definiert werd
jedoch müssen die Grenzwerte der Kriterien an die jeweilige Produktkategorie angepasst werd
Die genauen Kriterien sollen in Kooperation mit Zivilgesellschaft (NGOs)
und Industrie ausgearbeitet werden.
Pro Produkt sind zwei Ampeln vorgesehen, einfach und umfassend zugleich:
· Inhalt
· Erzeugung Kriterien für INHALT:

· Reguläre Inhaltsstoffe:
Abwertung bei nicht nachhaltigen Stoffen bzw. bei Überschreiten von empfohlenen Dosen (bei
· Schadstoffe: Pestizide, Giftstoffe oder Schwermetalle führen zur Abwertung)
Kriterien für ERZEUGUNG:
· Verpackungsmaterial: giftig = ROT, nicht/schwer-recycelbar = GELB, leicht recycelbar = GRÜN
· Transportweg:
Abwertung, wenn Produkt in Österreich verfügbar, jedoch aus größerer Entfernung geliefert
· Energieaufwand und Emissionsausstoß bei Erzeugung des Produktes im Vergleich zu Substitut
· Firmeneigene Umweltinitiativen
(als mögliche Aufwertung und Ausgleich negativer Punkte bei Erzeugung)
Kleine Betriebe (z.B. Kleinbauern, die am Markt ihre Ware verkaufen) sind von der Auszeichnur
Durch die zwei einfachen Label können Konsument_innen auf den ersten Blick erkennen, ob sie
Durch das Kaufverhalten soll das Angebot in jene Richtung gelenkt werden, die von der Bevölke
Außerdem wird der Bevölkerung auch ein Gefühl dafür vermittelt, wie umweltschädlich einzel
ENERGIE DIE HERAUSFORDERUNG
Ungeachtet der langfristigen Auswirkungen des Klimawandels ist ein nachhaltiger Umgang mit
Die in den vergangenen Dekaden gelebte Praxis zerstört zunehmend die Umwelt
und verringert die Lebensqualität unserer Folgegenerationen.
Die Kosten dieser Zerstörungen sind jedoch nicht in den aktuellen Energie- und Rohstoffpreisen
Da die Zusammenhänge komplex und die erforderlichen Verhaltensänderungen unbequem sin
bedarf es politischer Lenkungsmechanismen zur Schaffung von Anreizen.
Internationale Entwicklung
Der Pro-Kopf-Verbrauch an Erdöl beträgt in den Industrieländern durchschnittlich 14 Fass pro J
In den Entwicklungsländern liegt der Durchschnitt bei 3 Fass pro Jahr und Person.
Die Ressourcen unserer Welt mit 1 Mrd. Autos werden bei gleicher auf Fossiltreibstoff basieren
Alle historischen Energiekrisen seit dem 2. Weltkrieg hatten verschiedene Gründe
(Politische Krisen,
Embargos,
Kriege,
Naturkatastrophen)
aber immer eine Gemeinsamkeit:
Sie kamen unerwartet.
Laut einer Studie der IEA wird der Weltprimärenergiebedarf in den kommenden 25 Jahren insg
Dies ist der Durchschnitt.
In der Realität bedeutet dies, dass alleine Chinas Bedarfssteigerung in diesem Zeitraum auf 75
Österreich verfügt über keine nennenswerten fossilen Energievorkommen jedoch über beachtl
Trotz dieses Umstandes fließen Jahr für Jahr ca. 15 Mrd. Euro für den Import von Fossilen Ener
Dies ist der Hauptgrund einer seit langer Zeit negativen Außenhandelsbilanz.
Problematisch dabei ist zusätzlich die Entwicklung dieser negativen Bilanz:
Stark Steigend und korrelierend mit jedem Anstieg des Rohölpreises.
Vor dem Hintergrund von Peak Oil
sowie dem Energiehunger der wachsenden BRIC Länder zeichnet sich eine Entwicklung ab
die mit Sicherheit zu höheren Energiekosten für Österreich
und damit zu Kaufkraftverlust
und Arbeitslosigkeit führen wird.
Energieeinsatz in Österreich
Der Bruttoinlandsverbrauch (dies ist jene Energiemenge, die zur Deckung des inländischen Ene

und liegt im Jahr 2010 bei 1.458 PJ.
Die jährliche Steigerung in diesem Zeitraum beträgt 1,6%.
Der Grund für den Anstieg des Bruttoinlandsverbrauchs in diesem Zeitraum sind gestiegene en
produzierender Bereich (+47%),
private Haushalte (+18%)
und öffentliche
und private Dienstleistungen (+66%).
71% des Bruttoinlandsverbrauch werden in Österreich mit fossilen Energieträgern gedeckt (We
Erdöl und Erdölprodukte verzeichnen einen Anteil von 38%,
Gas und Kohle einen Anteil von 24% bzw. 10%.
Erneuerbare Energieträger haben dabei einen Anteil von 26%.
In Schweden liegt dieser Anteil bei 50%.
Der Sektor Verkehr verzeichnet die größte Zunahme mit einem Anstieg von 76% im Zeitraum 1
und sein Anteil am gesamten energetischen Endverbrauch liegt bei 33%.
Der Energieverbrauch dieses Sektors wird zu 95% aus Erdölprodukten gedeckt.
Die Kosten für Importe von Öl, Gas und Strom
Die Mehrausgaben für Energieimporte bei Öl, Gas, Kohle und elektrischem Strom sind von 200
Auswirkungen hat das nicht nur auf die Energiepreise an sich,
sondern für jeden Konsumenten in Österreich.
So werden die Mehrkosten für fossile Energieträger einerseits an die Verbraucher direkt weite
andererseits werden die notwendigen CO^2-Zertifikate teuer zugekauft.
Versorgungssicherheit Investitionen in erneuerbare Energieträger in Österreich sind ein wichtig
Das wird angesichts der Begrenztheit der weltweiten Reserven an fossiler Primärenergie von Ö
Radikale Preisschübe können nur über dauerhaft verfügbare Primärenergieträger aus erneuerb
Lösungsansatz
Die Lösungsansätze zu den bereits seit den 90er Jahren bekannten Problemstellungen
(siehe „Die Grenzen des Wachstums“ Dennis Meadows / Club of Rome) sind mittlerweile auch
(siehe „Energiestrategie Österreich“ BMWFJ vom 10.03.2011).
Die Problemstellungen und Lösungsansätze wurden großteils richtig erkannt,
jedoch werden die erforderlichen Reformen politisch weder zeitlich noch inhaltlich umgesetzt.
DIE VISION
Die NEOS Energiepolitik stützt sich auf drei Grundprinzipien:
1. SICHER
Die Versorgungssicherheit zur langfristig abgesicherten Energieversorgung
auch in Zeiten sich international verändernder politischer Kräfteverhältnisse und Krisensituatio
Die technologische Sicherheit darf nicht auf Kosten von Mensch und Umwelt zugunsten der Wi
Für NEOS ist die Errichtung bzw. der Betrieb von Kernkraftwerken in Österreich keine Option.
2. WIRTSCHAFTLICH
Bei der Wahl der geeigneten Energieproduktion
sowie der geeigneten Handelspartner soll allein im Interesse der österreichischen Volkswirtsch
Mittelfristig soll die Reduktion des Importes fossiler Brennstoffe den Österreichischen Markt u
und die österreichische Handelsbilanz verbessern.
NEOS bekennt sich klar zum Ausbau erneuerbarer Energiequellen
sowie zur optimalen Realisierung von vorhandenen Einsparungspotentialen in Österreich.
Erneuerbare Energien wie Wasserkraft,
Windkraft,
Biomasse,

Photovoltaik,
Solarthermie
und Geothermie sollen umweltverträglich ausgebaut,
Expertise entwickelt
und Wertschöpfung im Land generiert werden.
3. NACHHALTIG
NEOS Energiepolitik sieht sich als Partner einer nachhaltigen Umweltpolitik.
Politische Lenkungsmechanismen sollen sorgsam und vorhersehbar unter Berücksichtigung des
Reformen sollen von verantwortungsvollen Politikern im Sinne der Generationengerechtigkeit
LEITLINIEN UND MASSNAHMEN
Folgende Leitlinien und Ziele sollen Einzug in das kommende Regierungsprogramm finden:
· Bekenntnis zur unmittelbaren Umsetzung von energiepolitischen Maßnahmen in Österreich d
und wirtschaftliches Wachstum fördern.
· Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion auf 50% des Energiebedarfes bis 2020.
· Ausbau der erneuerbaren Energieproduktion auf 75% des Energiebedarfes bis 2030.
· Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion auf 100% des Strombedarfes bis 2020.
· Österreichs Ziel: „low carbon economy" bis 2050.
· Aktive internationale Außenpolitik zum Abschluss einer internationalen Energie- & Umweltve
Folgende Maßnahmen sollten umgesetzt werden:
1. Beschluss eines bundesweiten energie- und klimapolitischen Grundgesetzes im Verfassungsr
das auf den Prinzipien einer fairen,
zukunftsorientierten
und klimaschonenden Energiepolitik basiert
und die EU-Energie- und Klimazielsetzungen von 2020 bis 2050 verbindlich festschreibt. 108
Die dadurch entstehende Planungssicherheit bei zweckgebundenen Investitionsförderungen in
sowie Erneuerbaren Energien soll Finanzierungsmöglichkeiten
und Investitionsimpulse schaffen.
Ein bundesweiter Allokationsplan soll Schutz
und langfristige Rahmenbedingungen für strategisch relevante Energieversorgungseinrichtunge
2. Unmittelbare Umsetzung eines Konjunkturpaketes für Energieeffizienz über 2 Mrd. Euro pro
sowie für die Förderung der Umstellung auf erneuerbarer Energieträger.
Ein solches Konjunkturpaket würde Österreichs Energieabhängigkeit reduzieren,
die Außenhandelsbilanz verbessern,
qualitativ hochwertigen Wohnraum schaffen,
die Betriebskosten reduzieren
und ca. 30.000 neue Arbeitsplätze schaffen.
77 3. Beschluss eines energiepolitischen Steuerpaketes:
· Senkung der Lohnsteuer
· Abschaffung der Mineralölsteuer
· Abschaffung der motorbezogenen Versicherungssteuer
· Abschaffung der NOVA
· Abschaffung der KFZ-Steuer
· Abschaffung der Autobahnmaut
· Einführung einer CO2-Steuer auf den Erwerb fossiler Energieträger (Benzin, Diesel, Heizöl, …)
jedoch vermindert um das administrative Einsparungspotenzial der Einzelsteuern
Die positiven Ergebnisse langer Beobachtungszeiträume in Skandinavien nach Entlastung des F
und schrittweiser Einführung der CO^2 Steuer

(bei differenzierten Sätzen für die Wirtschaft um die Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden
und ökologisch erfolgreichen Energiepolitik.

INTEGRATION DIE HERAUSFORDERUNG

Integration aus Tradition

Österreich ist aus Migration entstanden
und seit Jahrhunderten einer der Mittelpunkte des interkulturellen Austauschs in Europa.
Aus der multikulturellen Gesellschaft vor 1918 verblieb ein Land, das seine Identität als deutsch
und erst nach 1945 ein eigenständiges Nationalgefühl entwickelte.

In Europa haben nur die Schweiz, Litauen und Luxemburg einen höheren Anteil an Einwandere
Länder wie Deutschland, Großbritannien, Frankreich und sogar die USA haben einen z.T. deutli
Österreich war und ist ein Einwanderungsland.

Jahrelang wurde die Zuwanderung in Österreich unter dem Einfluss fremdenfeindlicher Organi
ihre Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung heruntergespielt
und ihr Konfliktpotenzial hochgespielt.
Wörter wie „Flüchtlingswelle“, „Überfremdung“ und „Ausbeutung des Sozialsystems“ beherrsc
obwohl die Wahrheit anders aussieht.
Sogar die Innenministerin musste auf einen entsprechenden Vorhalt erklären:
„Wir kennen dieses Phänomen nicht.“
Die Vorstellung, dass sich Zuwanderer integrationsfeindlich verhielten, ist ebenso falsch.
83 % der Migrant_innen erklären, sich in Österreich gut oder sehr gut integriert zu fühlen.
Im Gegensatz dazu erleben aber 57 % von ihnen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

In diesem Spannungsfeld zwischen positiver Wirkung der Zuwanderung und negativen Schlagz
die auf bewährten Praktiken
und einer zeitgemäßen Gesellschaftspolitik aufsetzt, eine Herausforderung,
die durch Entemotionalisierung,
positive Beispiele,
Respekt
und Selbstbewusstsein bewältigt werden kann.

Integration als lang anhaltender gesellschaftlicher Prozess Integration ist ein dynamischer,
kontinuierlicher
und differenzierter Prozess des Zusammenfügens.
Dieses Zusammenfügen der eingesessenen Bewohner_innen des Aufnahmelands und der Zuwa
gegenseitiger Auseinandersetzung,
Kommunikation,
Finden von Gemeinsamkeiten,
Feststellen von Unterschieden
und der Übernahme gemeinschaftlicher Verantwortung.
Die Integration verlangt nicht die Aufgabe der eigenen kulturellen Identität.

DIE VISION

· Österreich ist historisch ein Zuwanderungsland und wird es auch bleiben.
· Zuwanderung ist kein Übel, das wir erleiden,
sondern ein positiver Beitrag zu einer vielfältigeren und damit stabileren Gesellschaft.
· Integration ist kein einseitiger Akt der Anpassung,
sondern ein wechselseitiges Zusammenwachsen.
· Der Schlüssel zur gelungenen Integration ist Bildung.
Je mehr hier investiert wird, desto stärker wird die Gesellschaft.

LEITLINIEN UND MASSNAHMEN

· Aufgeschlossenheit der Aufnahmegesellschaft gegenüber Einwanderern und ihren Familien:
Jegliche Art der Ausgrenzung und Abschottung führt mittelfristig zu Teilgesellschaften mit hohe
Familienzusammenführungen erhöhen die soziale Stabilität der Zuwanderer-Familien.
· Chancengleicher Zugang zu Betreuungs-,
Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen,
der die Integration beschleunigt:
Kindergärten, Schulen oder Klassen mit einem hohen Anteil an Zuwandererkindern führen zu e
und verhindern den Bildungsanschluss an die Mehrheitsgesellschaft.
Die Förderung der Erstsprachenkenntnisse,
die Beschäftigung von erstsprachkundigen Kindergärtner_innen und Lehrer_innen
und die Perfektion der Deutschkenntnisse haben absolute Priorität.
· Fremdenangst und Vorurteile müssen gezielt abgebaut werden,
das Interesse an der Vielfalt,
den Entwicklungsmöglichkeiten und der kulturellen Bereicherung ist zu fördern,
vor allem durch Sport-
und Vereinsaktivitäten
sowie kulturelle Veranstaltungen.
· Diskriminierung und Rassismus sind zu sanktionieren.
Durch die Rechtsgestaltung
(Strafrecht,
Polizeirecht,
Presserecht)
und durch soziale Interaktion
(Meinungsbildungsprozesse in der Zivilgesellschaft)
gibt die Gesellschaft zum Ausdruck, dass sie dieses Verhalten als unethisch,
unsozial
und unmoralisch verurteilt.
· Anerkennung der österreichischen
und europäischen Rechtsordnung als Regelwerk für das Zusammenleben einer interkulturellen
Durch gezielte Aufklärung über Rechtsbereiche mit Konfliktpotenzial
(Familienrecht,
Religionsausübung,
Arbeitsrecht,
Sanitätsvorschriften) können Probleme beseitigt werden, bevor sie entstehen.
· Besitz oder Erwerb der sozialen Fähigkeiten
(Sprachkenntnisse,
Ausbildung),
die für eine aktive Teilnahme am Arbeits-,
Sozial-
und Kulturleben ausreichend sind.
Da eine hohe Lernbereitschaft besteht
(98 % der Personen mit Migrationshintergrund halten beispielsweise das Erlernen der deutsche
sondern als Investition mit hohem Ertragspotenzial anzusehen sind.
· Anerkennung der Ausbildung im Ausland mitsamt Diplomen durch Universitäten, Fachhochscl
Wenn eine Gleichwertigkeit der Ausbildung nicht ermittelt werden kann, ist Zuwanderern in ih
das von einem Fachgremium begleitet wird
und bei Erfolg zur Nostrifizierung des Diploms führt.

· Asylwerber sind als Sonderfall der Zuwanderung anzusehen.
Österreich bietet dauerhaften Schutz vor Verfolgung
und Gefahr für Leib und Leben des Asylwerbers und seiner direkten Angehörigen.
Dies bedingt, dass wir Asylwerber als Zuwanderer sehen, die in der Regel keine Rückkehr in das
Es ist daher unsere Pflicht, optimale Bedingungen für eine Eingliederung von Asylwerbern zu sc
auch wenn ihr Asylverfahren noch läuft.
Eine menschenwürdige Unterbringung ist dafür ebenso wichtig wie Rechtssicherheit,
Bewegungsfreiheit über Bezirksgrenzen
und der Arbeitsmarktzugang ab 6 Monaten
(gemäß EU-Richtlinie). 108
Anwesenheitspflichten sind auf das unbedingt nötige Maß zu beschränken,
um ein faires Asylverfahren zu gewährleisten.
· Wohnbürgerschaftsrecht.
Integration wird am stärksten durch Teilnahme und Teilhabe gefördert.
Daher sollte das aktive und passive Wahlrecht für EU-Bürger mit dem Mittelpunkt der Lebensir
Das aktive Wahlrecht für Personen aus Nicht-EU-Staaten sollte sich ebenfalls nach dem Wohns
gegebenenfalls verbunden mit einer Mindestaufenthaltsdauer.
· Doppelstaatsbürgerschaft.
Durch die zunehmenden zwischenstaatlichen Eheschließungen und Lebensgemeinschaften aus
ist die Doppelstaatsbürgerschaft zu einer gesellschaftlichen Realität geworden,
die Österreicher wie Zuwanderer gleich betrifft.
Es muss der Einzelperson offen stehen, sich zu zwei Staatsgebilden zugehörig zu fühlen.
· Gezielte Förderung der Beschäftigung von Zuwanderern im öffentlichen Dienst
und Anreize für soziale Einrichtungen wie Krankenhäuser
(z. B. anonymisierte Bewerbungen,
Onlineformular,
Aufklärung mit Infomaterial).
Verstärkte Einstellung von Personen mit Migrationshintergrund bei Polizei und Justiz.
· Beseitigung von Barrieren,
beispielsweise diskriminierende Hürden bei Vergabe von Gemeindewohnungen,
mehrsprachige Personen in Gesundheitswesen,
muttersprachliche Psychotherapie,
Infomaterial.
· Gleichbehandlung aller Religionen.
Grundsätzlich sollte der Staat als laizistischer Bewahrer der Religionsfreiheit fungieren,
aber durch Anerkennung von bestimmten religiösen Festen
(z. B. Pessah, Aid el Kebir) anderer Religionen durch Unterrichtsbefreiung oder arbeitsfreien Ta
Wir streben eine offene und tolerante Gesellschaft mit multikulturellem Hintergrund
durch Anerkennung aller Menschen an, die in Österreich ihren Lebensmittelpunkt haben.
Erfolgreiche Integration basiert auf Liebe und Respekt:
Liebe zur eigenen Kultur
und Respekt vor der Kultur der anderen.
Diese beiden Werte ergänzen einander.
JUSTIZ
DIE HERAUSFORDERUNG
In den letzten Jahren wurden mehrere Finanz- und Korruptionsskandale aufgedeckt.
Dabei hat die langsame und zögerliche Aufarbeitung dieser (Kriminal-)Fälle die Effizienz und Ur

DIE VISION ¨
Kurze Verfahrensdauern von Zivilprozessen
und eine rasche strafrechtliche Aufarbeitung von Korruptions- und sonstigen Kriminalfällen ist
Zudem muss der Rechtsuchende die Gerichtsbarkeit leisten können.
VORDRINGLICHE MASSNAHMEN
· Ausbau des Personalstandes bei den Staatsanwaltschafte
Ausbau Staatsanwaltschaften
Durch Personalknappheit und hohe Fluktuation im Bereich der Staatsanwaltschaften, die die ge
(Meinl, Immofinanz etc.).
· Einrichtung von „Expertenpools“ im Sprengel der Oberlandesgerichte, die mit Sachverständig
Insbesondere im Bereich des Bankenrechtes
sowie im Bereich der Bilanzierung gibt es wenig gerichtlich beeidete Sachverständige, die diese
In vielen medienbekannten Verfahren wird auf diesen kleinen Kreis der Sachverständigen von
was aufgrund der Überbelastung dieser Sachverständigen zu erheblichen Verfahrensverzögeru
Da diese Sachverständigen sowohl im Bereich der Anklageerhebung als auch später im Gerichts
wird in zunehmendem Maße die Unabhängigkeit dieser Sachverständigen in Zweifel gezogen.
Durch Sachverständige, die von der Justiz auch außerhalb von Verfahren zur Klärung von Fachfr
wird zum Beispiel die Staatsanwaltschaft bei ihrer Ermittlungstätigkeit wesentlich unterstützt
und wird die strafrechtliche Aufarbeitung deutlich beschleunigt.
Derzeit gibt es einen Expert_innenenpool bei der WKStA, wo fix angestellte Expert_innen in Wi
Dieses Modell soll multipliziert werden,
sodass im Sprengel der jeweiligen Oberlandesgerichte
sowohl den Staatsanwaltschaften
als auch den Zivilgerichten bei Bedarf Expert_innen zur Verfügung stehen.
· Einführung von Sammelklagen
Insbesondere in Anlegerschadensfällen wurden die Gerichte in den letzten Jahren von zahlreich
Die Bündelung dieser Klagen in einzelnen Verfahren soll zu einer Verfahrensbeschleunigung
und Entlastung der Gerichte beitragen.
· Voller Kostenersatz bei Freispruch im Strafverfahren
Derzeit erhalten gemäß § 393a StPO Angeklagte bei Freispruch maximal einen Kostenersatz vor
Bei langen Verfahren (vgl. Tierschützer_innenprozess) deckt dieser Kostenersatz nur einen geri
Als Gebot des Fair-Trials fordern wir somit im Falle des Freispruches eine Erhöhung dieses Kost
· Einrichtung eines Rats der Gerichtsbarkeit als Leitungsgremium für die Justizverwaltung
Um die für den demokratischen Rechtsstaat unverzichtbare Gewaltenteilung konsequent zu ve
darf die Justizverwaltung nicht weiter vom Justizministerium aus erfolgen.
Somit soll ein Rat der Gerichtsbarkeit als verfassungsunmittelbares Organ konzipiert werden.
Dadurch wird die realpolitisch existierende Kontrolle der 1. und 2. Staatsgewalt,
die durch eine politische Besetzung der Ressourcespitze des Justizministeriums faktisch auch au
Wenn die Bestellung, der Karriereverlauf von Richter_innen und Staatsanwält_innen,
die Budgethoheit
und somit der Ressourceneinsatz durch ein gewähltes Richter_innengremium (allenfalls ergänz
Der Rat der Gerichtsbarkeit soll durch transparente Verfahrensgestaltung unter Einbeziehung v
ihr jedoch nicht angehören, gewählt werden.
Durch regelmäßige Berichte und Rechenschaftsberichte an das Parlament durch diesen Rat der
und der anderen Staatsgewalten ermöglicht werden.
· Abschaffung des Weisungsrechts des Justizministeriums gegenüber der Staatsanwaltschaft
In der Bevölkerung laufen ständig Diskussionen über die bevorzugte Behandlung von Personer

Diese Diskussion wird nicht verstummen, solange der/die Justizminister_in als parteipolitisch b
Obwohl diese Einflussnahme in den letzten Jahren nie erfolgt ist,
ist bereits ein solcher Anschein schädlich.
Das bestehende Weisungsrecht des/der Justizminister_in soll somit dem Rat der Gerichtsbarke
· Abschaffung von Laienrichter_innen im Strafrecht
Die nach dem Zufallsprinzip ausgesuchten Laienrichter_innen sind vor allem bei Verhandlunger
Das System, dass gerade Kapitalverbrechen durch juristisch nicht vorgebildete Laien rein auf Ar
Es wird somit vorgeschlagen, die Besetzung der Senate von Geschworenengerichten mit Laienr
Kosten und Gebühren
Trotz hoher Abgabenquote werden die Bürger_innen auch im Bereich der Justiz mit Gebühren
Wir fordern daher
· Abschaffung der Rechtsgeschäftsgebühren
Die Abgabenbelastung der Bürger_innen soll durch ersatzlose Abschaffung der Rechtsgeschäfts
(z.B. Mietvertragsgebühr,
Vergleichsgebühr,
Bürgschaftserklärungen,
Zessionen, etc.) verringert werden.
· Reduktion der Kopierkosten bei Gericht Bei Selbstanfertigen der Kopien Kostenreduktion auf I
Einführung der Möglichkeit des Abfotografierens von Gerichtsakten.
Beim Selbstanfertigen der Fotografien sollte dies gratis sein.
Begründung:
Parteien von gerichtlichen Verfahren,
insbesondere auch im Strafverfahren, sollen sich im Sinne einer Waffengleichheit möglichst gü
Wenn sich diese Parteien die Aktabschriften selbst anfertigen ist das Einheben höherer Kosten
FINANZ-RICHTLINIEN
Als politischer Akteur bekennen wir uns zu voller Transparenz aller Einnahmen und Ausgaben.
Wir bekennen uns dazu, dass Politik in Österreich öffentlich finanziert sein soll,
damit nicht jene einen Wettbewerbsvorteil haben, welche die Interessen entsprechend begüte
Wir sind davon überzeugt, dass die Politikfinanzierung aktuell zu hoch ist und gesenkt werden
Wir bekennen uns dazu, dass die Politik Politik machen und keine Wirtschaftsunternehmen bet
Von selbst versteht sich, dass alle einschlägigen rechtlichen Bestimmungen rigoros einzuhalten
EINNAHMEN
Begriffsdefinitionen
Offenlegung bedeutet Überprüfung durch unabhängige Prüfer_innen
und Evidenthaltung für alle einschlägigen Instanzen.
Veröffentlichung meint Publikation auf der Website.
Geldspenden
· Alle Spenden werden durch unabhängige Instanzen geprüft
und durch die Bewegung offengelegt.
· Alle Spenden werden auf der Website veröffentlicht,
auf Wunsch bis 3.500 EUR anonyme Veröffentlichung.
· Anonyme Spenden über 500 EUR werden nicht angenommen, sondern weiter gespendet.
· Wir unterscheiden nicht zwischen privaten und juristischen Personen.
· Spenden über 50.000 EUR bedürfen eines Vorstandsbeschlusses.
Sachspenden
Alle Sachspenden werden auf der Homepage veröffentlicht.
Geldwerte werden nicht angegeben.

Einkommen aus wirtschaftlicher Tätigkeit
Keine!
Mitgliedsbeiträge
· Der Mitgliedsbeitrag soll 90 EUR pro Jahr,
für Schüler_innen, Lehrlinge, Student_innen und Pensionist_innen 45 EUR pro Jahr betragen
(Beschluss jährlich im Plenum).
· Mitgliedsbeiträge und Mitglieder werden auf der Homepage nicht publiziert.
Es gibt keine Parteisteuern für Mandatar_innen.
AUSGABEN
Leitlinie
100% Transparenz bei allen Ausgaben der Bewegung Maßnahmen
· Alle Ausgaben (laut Rechenschaftsbericht) werden zu 100% auf der Website veröffentlicht.
· Bei Gehältern überwiegt der Schutz der Privatsphäre gegenüber dem Interesse der Öffentlichl
Veröffentlicht wird allerdings die Lohnsumme der Bewegung.

t), bringen die regierenden Parteien keine strukturellen Reformen zustande.

öglich ist, sondern jederzeit und überall (Internet).

nnen direkt bestimmt

gung.

ı zu erleben und aktiv mitzugestalten

chen Themen ermöglichen

attform für Bürger_innen kombinieren

echtigten) mit relativer Mehrheit;

en für diese Bundesliste.
ahl.

mäßig nach dem Verhältniswahlrecht zufielen, nimmt sie am Ermittlungsverfahren für die Verg

lehnungsmöglichkeit stellen (wie im EP).

rgan auf 15 Jahre, bei Regierungsämtern auf 10 Jahre beschränkt.

lrat (derzeit 100.000 Unterschriften) größeres Gewicht verleihen;

n gemäß Prüfung durch den VfGH verfassungskonform ist, haben die Initiator_innen des Volksb
nterstützen, ist verpflichtend eine Volksabstimmung über den Gesetzesvorschlag abzuhalten.
beibehalten,
r die Verfassung dies vorschreibt (Gesamtänderung), sondern auch auf Verlangen von 10 % der

ıentiert,

'oder während der der Behandlung eines Gesetzesvorschlags in einem Ausschuss forcieren
izienz des Föderalismus steigern
ımer auf derselben Ebene anzusiedeln.
'ertikalen Finanzausgleichs),
tutarstädte bestehen als Einheiten der Bundesverwaltung weiter).

machen –

Vereinsmitgliedschaften) offenlegen

öffentlichen,

nit Medien sind restlos transparent zu machen.

chnung,

ıte Bildungschancen zu eröffnen.

mehr Ganztagsangeboten.

absetzbeträge.

t sind.

Sport, Kultur und Wirtschaft umfasst.

hern den gemeinsamen Rahmen.

Mittelschulen

hrer_innen.

ıschulen.

öffentlichen Hearings von Lehrer_innen, Eltern, Schüler_innen und Gemeinde oder privatem Trä
itarbeiter_innen

ag vom Staat.

n.

o aller und zwischen allen Gruppen der Schulgemeinschaft.
_innen, Hochschulen und Arbeitgeber_innen evaluiert,

, ist eine der wichtigsten Herausforderungen, vor denen wir heute stehen.

eintreten, sondern eine tragfähige Startrampe vorfinden.

er Deutsch und hat größere Chancen für die weitere Bildungs- und Berufslaufbahn.

dell,

ckgasse darstellen.

den

nzierungssystem.

gefasst werden.

können,

uum,

nto- Modell weiterentwickeln.

nmenführen,
ahme ermöglicht.

:.

ngen.

elpunkt.
ördert,

den Berufen im Einsatz.

nte verfügen,

liert
stufe nach der Lehrabschlussprüfung.
ensbegleitender Prozess.

n) ein aufgewogenes Verhältnis herstellen

schaffen

schuss oder vergleichbare Gremien über öffentliche Hearings bestellt,

führen,
BildungsstandardÜberprüfungen als Maßstab herangezogen wird.

ohnungsmodells.

n.

ıtwicklung des Lehrkörpers

üler_innen und Lehrer_innen.

maßen attraktiv ist wie die Aufnahme besserer Schüler_innen.

objektivierbare,

ıd Veränderungen in der Leistungssteigerung der Schüler_innen von Schuleintritt bis Schulabsch

ıgerte Service-Einheiten betreiben.

ür die jeweilige Fächergruppe.

bt sich ein verändertes Anreizsystem für die Universitäten.

en.

gelagerte Gebühren zu bezahlen sind.

ldung entwickeln.

vorbereitung

nachkommen können.

f gewinnen,

euten Schüler_innen pro Lehrer_in

innen und Tagesmütter_väter.

en Ausbildung mit Bachelor-Abschluss ausgebaut werden,

Investition.

on 15 statt 14 Jahren.

ıktsetzungen eintreten.

Lern- und Freizeitphasen geführt werden.

hulformen etablieren

anchen
ieren Bildungswegen und akademischen Berufen vermitteln,

inhalte

ten:

en,
kte koppeln
henend-Lehrveranstaltungen anbieten

eren
ıbbilden;

eiben
innen und Eltern:

en Eltern zu entwickeln und umzusetzen.

erantwortung.
machen.

t haben, hat sich unter den Bürger_innen Skepsis, ja sogar Misstrauen verbreitet: 110

beschönigt werden 110
gegeben wurden. 110

– die Sicherung von Frieden und Wohlstand – in Gefahr. 110

vickelt. 108

hen. 108

s statt

: 108
ion (im Plenum) 108
terausschuss des Hauptausschusses oder in einem ähnlichen parlamentarischen Gremium)108
sert. 108

.108
arlament eingerichtet; 108

gewandelt;108
t 108
edsstaaten). 108

n. 108
den beendet. 110

gt. 108
elektronisch) direkt gewählt 108

nister_innen nach positiver Absolvierung eines Hearings im EU-Parlament und im Rat vom Präsi

st (EAD) übertragen und diesen dadurch aufwerten 108

en)108

taatlichkeit) teilen 108

affung des Euro eine Illusion. 110
uldenaufnahme gar nicht zulassen oder entsprechende Risikoaufschläge verlangen. 110

nicht sinnvoll, da die Gläubigerländer dabei keine Kontrolle über die Schuldenaufnahme in Schu
nd in Zukunft denkbar,108

ffentliches Interesse, Stürme auf Banken zu verhindern

eit von Bankeinlagen. 108
agensicherung 108

ene Kauf von Staatsanleihen ist rechtlich und demokratisch fragwürdig. 110
ste nach. 110
echten Optionen gegenüber der Gefahr, dass die Schuldnerländer einen unleistbaren Aufschlag
rgehend unterstützt.108
ıtlich ist), muss sich der betroffene Euro-Staat einem geordneten Insolvenzverfahren unterzieh
d damit eines Dominoeffekts durch eine geordnete Restrukturierung mit Gläubigerbeteiligung,

en.

ısnahmeregelungen.
sgewogen.

en kann.

inanzsektors haben großen materiellen Schaden angerichtet

he Entwicklung in allen Mitgliedsländern. 108

ufenthalts und Arbeitsgenehmigung.

ik

tandort.
nternehmen

achung herangezogen werden

d Energieeffizienzbereich

ngen

ıd Einsparungen.

unsten der Staatsschuldentilgung weiter privatisieren

en als neues, eigenes Geschäftsfeld.

udget.
müssen Ausgaben zumindest um diesen Betrag gekürzt werden,

hreinnahmenpotenzial von über 10 Mrd. EUR pro Jahr:
islaturperiode auf 62 Jahre anheben,

onen über dem 1,5-fachen der ASVG-Höchstpension

en der Gehaltssumme für die nächsten 5 Jahre

esteuerung von 10 Mrd. EUR mit 25 % ergibt Mehreinnahmen von 2,5 Mrd. EUR),

kommensneutral erfolgen,

ı Ausnahmen kompensiert werden

ːieren

ʏerzerrungen stärken

ı anzuwenden.

kgeführt,
reduziert werden.

aktive Rolle.
inancial Reporting Standards), die sich in der Finanzkrise nicht bewährt haben, 108

teuer auf bestimmte Produkte

preisen unterstützen

seinrichtungen

äume angesiedelt.

ebietes
eten

Risiko einzugehen, um Ideen umzusetzen.
umen.

absetzbar
) geschaffen

enfassen, auch für diverse Statistik-Meldungen
rsicherung, Dienstgeberbeitrag, Zuschlag zum Dienstgeberbeitrag und Kommunalsteuer) werde

zwischen ihnen frei wählen

.

dass die Sozialleistungen treffsicher, effizient und überprüfbar verwendet werden.

u.ä.) ab.
ıließlich an den Staat und/oder Arbeitgeber_innen,
.

ırellen Herkunft, wieder in die Lage zu kommen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

stem inkl. Arbeitgeberanteil (Kontoauszug der Krankenkassen) zur Förderung des Kostenbewuss
anderen Teils als „Dienstgeberbeiträge“ wird abgeschafft.

richtungen.

ınortnahen Grundversorgung ausbauen,

n;
ichtungen am Ende des Diagnose- und Therapiepfades) bedarfsorientiert (Absprache bezüglich
ıssenen Gesundheitszentren und des Ärztenotdiensts
gehen mit eigener Gesundheit, Einhalten des Arzt-Patienten-Vertrages etc.)

ntwortung

ert.

keit belohnt,

n.

nd, der nicht erwerbstätig ist.

ıender erweisen
ins Erwerbsleben vereinfacht Einfach
ird

ı nach dem aktiven Erwerbsleben, um ihre Mitmenschen kümmert.
der älteren Menschen im Vergleich zu den jungen Pensionsbeitragszahlenden deutlich zunimm

: und in der Lage sein werden zu zahlen ...

u ihrem Letzt- oder Durchschnittseinkommen einmal sein wird.
:teinkommens zu rechnen ist

Form auch immer!) brauchen.
5.000,- (Tendenz durch steigende Lebenserwartung steigend).

) muss

ınsparen von Zusatzpension verwenden

ast 23%
v. 15,3% (Korridorpension).
ıren.
ıge von ihren besten Verdienstjahren,

lestpension beziehen, deutlich ansteigen.

rt durch die Monatsanzahl!

n.
lationalbank ein Einkommen von 16.900,- x 16 (??) zuzüglich Sachbezüge von € 9.000,- bezieht u
rechende Zusatzpension zu finanzieren!

olle Abgeltung der Inflation;
öchstpension (>5000 Euro/Monat).

hre):

szuschöpfen

oflichtigen Tätigkeit nachgehen, erhalten 35-50%, bei Teilzeit 25% der Pensionskontogutschrift
genommen.
r zusammen, ein Steuervorteil wird gegeben sein.
undlagen ausgeglichen,

estehenden Gesetzen,

n alt und jung gemeinsam getragen werden muss.

vertvoll ist, bleibt oft ausgeblendet.

u früh aus dem Arbeitsprozess ausscheiden.
ufgaben sie noch übernehmen.

istung einbringen, auch mehr davon haben

beitswelt nach den Bedürfnissen der Menschen und der Gesellschaft zu gestalten.

iebsebene die Arbeitszeit vereinbaren können.

n auf Betriebsebene im Sinne des Interessensausgleichs,

harakter und beinhalten nur Mindestvorgaben.

mehr übrig bleibt.

Bereich.
plätze.

ıtern.

ist.

.

n Jahren stärker gestiegen als die Einkommen.
nen

us an die Mieter zu verkaufen.

ten abzüglich AfA) erfolgen.

ollen verpflichtend zur Errichtung von neuen Sozialwohnungen verwendet werden.
und es wird der sozialen Ghettobildung entgegen gewirkt.

n im Vollanwendungsbereich des MRG unattraktiv wird.

en die Kategorie- Merkmale der Wohnung neu bestimmt,

n bezahlen.
c.) sind in einem Zeitraum von 15 Jahren im Wege von 1/15 Anhebungen auf den Richtmietzins
ieter die Wohnung übernommen hat.
eitlicht werden,
hnungsmethode zur Anwendung kommt.
e Richtwertmietzinse herangeführt

ggeber zu tragen.

wendbar sein,

lege auf befristete Mietverträge mit einer Restlaufzeit von 30 Jahren umgestellt werden.
zuwenden.

erspruch zueinander stehen.

eschützens- und unterstützungswerte Keimzelle der Gesellschaft
atchworkfamilien und Regenbogenfamilien.

h Kindergärten,

egeben.

ndes- wie auf Landesebene gibt.
n Leistungen gibt.

sfers (Sachleistungen wie Kinderbetreuungseinrichtungen) aus.

ei über 60%.

quote von Bundesland zu Bundesland.
er-Dreijährigen sehr schlecht ab.

ern
26%) die höchste Armutsgefährdungsquote unter den Haushalten mit Kindern.
sind armutsgefährdet.

en.

nden.

er-15-Jährige und 220 Euro ab 15 Jahren geben.

ienbeihilfe geben.

s

hr;

nd und Jahr abgesetzt werden.
nen werden können, wenn keine Einkommensteuer anfällt.
ı zur Information und von behördlicher Seite zur Kontrolle.

lichtigen Tätigkeit nachgehen, erhalten 35-50%, bei Teilzeit 25% der Pensionskontogutschrift de
chtlichen Rahmens
Familienförderung:

s oder selbstorganisierte Elterngemeinschaften.

ndes auch in kleineren Betrieben.

bernehmen

zung,

ı erzeugt.

um auf neue – oft auch überraschende – Herausforderungen reagieren zu können.
etwa das Bienensterben, mit immensen Folgen.

nicht ausgehen, wie Mengen- und Flächenverbrauchsanalysen zeigen.
ist auf dem niedrigsten Level der letzten hundert Jahre,

t vertrauen?

rasch auf Veränderungen reagieren zu können.

auten:

lig,

Privaten und Unternehmen ökologisch verträgliches Wirtschaften zu ermöglichen.

angfristig gesichert sind.

erwendet und recycelt.

n.

rn.

gets für 2013 (rund 75 Mrd. Euro und mehr).

Nachhaltigkeit eines Produktes,

en.

ien Ministerien in EU-Ländern einfach ignoriert und nicht eingehalten werden (z.B. Kyoto-Protol

‘.

, Gesetzen und Handlungen,
gen neuer Projekte.

:ht.

)pf-Energieverbrauchs für Österreich (nach Vorbild der ETH Zürich).

:bewerbsverzerrungen führen.

volle und richtungsweisende Erneuerungen ersetzen wollen.

ng neuer Verkehrskonzepte.

Flugverkehr.

. 108
3

ung.“
h wie möglich machen, einen sozialen und ökologischen Mehrwert zu schaffen.

rnehmen,

ɴ.

larfs erwirken.
LT:

· globaler Probleme.
.B. Cremen, Schuhe etc.) an.
stsein schaffen, wie umweltschädlich einzelne Produkte sind.
ntscheidungsfreiheit, aus allen Produkten zu wählen,

ıittel werden diese verpflichtend in drei Kategorien eingeteilt – rot, gelb und grün.

ıer Verpackung abgebildet sein.
ɳ.
ɖen,
en.

i Lebensmitteln etwa Salz/Fett/Zucker)

:en

ıgspflicht ausgenommen.
e dieses Produkt durch den Kauf unterstützen wollen oder nicht.
erung verlangt wird.
ne Produkte sind.

begrenzt vorhandenen Ressourcen dringend erforderlich.

ı enthalten.
d,

lahr.

ıder Technologie nicht für 2 Mrd. Autos reichen.

gesamt um 36% steigen.

% prognostiziert wird.
liche erneuerbare Energiepotentiale.
gieträgern in das Ausland ab.

rgiebedarfs notwendig ist) ist in Österreich seit 1990 um 39% gestiegen

ergetische Endverbräuche in den Sektoren Verkehr (+76%),

ltweit 80%):

990 bis 2010

3 mit vier Milliarden Euro bis 2008 auf neun Milliarden Euro massiv gestiegen.

rgegeben,

ger Beitrag zur nationalen Versorgungssicherheit.
l, Gas und Kohle sowie Uran bei gleichzeitig kontinuierlicher Verbrauchssteigerung besonders d
barer Quelle abgefangen werden.

in den offiziellen Energiestrategie- Papieren der Österreichischen Bundesregierung angekomme

.

nen muss bestmöglich gewährleistet sein.
irtschaftlichkeit aufgegeben werden.

aft entschieden werden.
nabhängiger von steigenden Ölpreisen machen

s Verursacherprinzips (PPP PolluterPaysPrinciple) implementiert werden.
umgehend realisiert werden.

die zur Senkung des fossilen Energieverbrauchs führen

ereinbarung in Paris im Jahr 2015 welche 2020 in Kraft treten soll.

ang,

n Bereich Wohnbau

en bieten.
Jahr aus den Mitteln der Wohnbauförderung und CO2- Steuer für die thermische Sanierung vo

in der Höhe equivalent zu den Einsparungen

aktors Arbeit (Senkung der Lohnsteuer)

ı) sind überzeugende Beispiele einer wirtschaftlich

ı sprechender Kleinstaat lange suchen musste

ern als Österreich.
ch geringeren Anteil an Einwanderern.

isationen geleugnet,

:hen immer noch die Schlagzeilen,

eilen ist eine nüchterne Herangehensweise,

anderer besteht aus Annäherung,

em Konfliktpotenzial.

iner sozialen Segregation

Gemeinschaft.

en Sprache für wichtig), liegt es an der Gesamtgesellschaft, entsprechende Möglichkeiten zu sch

hulen und gewerbliche Fachschulen.
rem ausgebildeten Fachbereich ein zeitlimitiertes fachspezifisches Praktikum in Form eines real

s Land anstreben, in dem sie ihre traumatischen Erfahrungen gemacht haben.
chaffen,

nteressen in Österreich vom Gemeinderat bis zum Nationalrat und zum Bundespräsidenten eing
itz richten,

verschiedenen Ländern

g eine zumindest symbolische Gleichbehandlung schaffen.

nabhängigkeit des österreichischen Justizapparats in Frage gestellt.

somit ein Gebot der Stunde.

erichtlichen Voruntersuchungen leiten, wird die Aufarbeitung von Wirtschaftskriminalfällen seit

gen besetzt werden.

komplexen Fälle begutachten können.
Seiten der Justiz zugegriffen,
ngen führt.
sprozess von der Staatsanwaltschaft bzw. vom Gericht beigezogen werden,

ragen herangezogen werden,

irtschafts- und Finanzfragen den Staatsanwält_innen zur Verfügung stehen.

hen Klagen mit vergleichbaren Sachverhalten überschwemmt.

n EUR 5.000,00.
ngfügigen Teil der dem Angeklagten erwachsenen Verteidiger_innenkosten ab.
enersatzes auf die gemäß den Allgemeinen Honorarkriterien für Rechtsanwälte (AHK 2005) ver

rwirklichen,

uf die 3. Staatsanwalt ausgedehnt wird, eingeschränkt werden.

t durch funktionsmäßig ausgewiesene Expert_innen) erfolgt, kann von einer strukturellen Unab
von Fachexpert_innen, die zwar mit der Justiz zu tun haben,

Gerichtsbarkeit soll die Kontrolle der Öffentlichkeit

n des öffentlichen Lebens in den gegen sie laufenden Ermittlungsverfahren.

esetztes Organ die bloße Möglichkeit der direkten oder indirekten Einflussnahme hat.

it übertragen werden.

n vor Schwurgerichten überfordert.
nleitung von Berufsrichter_innen entschieden werden, ist nicht länger tragbar.
ichter_innen zu beenden und stattdessen Senate von Geschworengerichten mit 5 Berufsrichter

belastet.

sgebühren

EUR 0,15;

nstig Aktabschriften besorgen können.
als die Selbstkosten, die dem Gericht entstehen (z.B. für Kopierpapier, Toner), nicht gerechtfer

erter Kreise vertreten.
muss.
treiben soll.
sind.

keit.

;abe der Mandate an die Bundeslisten nicht mehr teil.

egehrens die Möglichkeit, für weitere Unterstützung zu werben.

Wahlberechtigten (gilt auch für schon bestehende Gesetze).

ägerverein gemeinsam gewählt und auf Zeit bestellt werden.

ıluss gehören.

identen / von der Präsidentin ernannt werden. 108

ldnerländern hätten und somit Haftung und Verantwortung getrennt wären. 110

für das Risiko eines Auseinanderbrechens der Eurozone zahlen müssen. 108

en. 108
die jedoch nicht an einen Austritt des Landes aus der Eurozone gebunden ist. 108

en einheitlich eingehoben.

stseins;

Angebot, Öffnungszeiten etc., Wettbewerb über Zusatzleistungen).

ıt.

und die Pension für ihn " dereinst nur geringfügig niedriger ausfallen wird“, ist das für Durchsch

des jeweils anderen Partners per Gesetz auf ihr eigenes Pensionskonto gutgeschrieben. ¨

überzuführen und anzuheben.

es jeweils anderen Partners gesetzlich gesichert auf ihr eigenes Pensionskonto gutgeschrieben K

koll).

eutlich.

en

n Gebäuden

ıaffen, indem diese Förderungen nicht als „Beihilfen“,

en Arbeitseinsatzes an der Hochschule oder in einem privaten Zielunternehmen anzubieten,

geführt werden. 108

: Jahren verzögert

rechenbaren Kosten.

ɔhängigkeit der 3. Staatsanwalt gesprochen werden.

·_innen zu besetzen.

tigt.

nittsbürger nicht nachvollziehbar.

Kinderbetreuung:

Für Wohlstand
und Chancen
Wirtschaft: Standort stärken,
Arbeit schaffen.
Wir schaffen das moderne Österreich,
in dem die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
mit wirtschaftlichen Erfordernissen der Unternehmen
und ökologischer Verantwortung in Einklang gebracht werden. Dazu haben wir das Konzept de
Für eine nachhaltige Wirtschaft,
die den Menschen dient und Arbeitsplätze schafft.
Privates Unternehmertum ist die Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität,
für soziale Sicherheit,
eine gute Ausbildung für die Jungen
und auch sichere Pensionen für die Älteren.
Aufgabe einer zukunftsorientierten Politik ist es, die Wirtschaft zu stärken.
Die weltweit labile Konjunktur verunsichert auch die heimischen Betriebe und dämpft Investiti
Umso mehr ist neben unmittelbaren Anreizen
eine langfristig verlässliche und stabile Standortpolitik das Gebot der Stunde,
um Sicherheit für bestehende Betriebe zu schaffen
und vor allem internationale Leitbetriebe verstärkt in Österreich anzusiedeln.
Verlässliche Rahmenbedingungen braucht es besonders auch für unsere Klein- und Mittelständ
deren Finanzierungsmöglichkeiten wir mit gezielten Programmen verbessern wollen.
Innovationskraft ist nicht nur ein Thema für große Unternehmen, sondern wird zunehmend zu
Damit wir Österreich als Innovationsstandort absichern,
haben wir die Forschungsprämie von 8% auf 10% erhöht,
die Deckelung für die prämienbegünstigte Auftragsforschung auf 1 Mio. Euro angehoben
und den Innovationsscheck eingeführt.
In den vergangenen Jahren haben wir zahlreiche Maßnahmen gesetzt, die das Unternehmertu
Mit der GmbH Neu haben wir eine einfache und kostengünstige Möglichkeit der Firmengründu
und mit dem Jungunternehmerfonds stellen wir Risikokapital speziell in der Gründerphase zur
Mit unserem Programm zur Entfesselung der Wirtschaft mobilisieren wir zusätzliches unterneh
indem wir die steuerlichen Rahmenbedingungen attraktiv gestalten,
Unternehmen von bürokratischen Hürden befreien
und gezielte Anreize für Investitionen schaffen.
Österreichische Betriebe haben sich in den weltweiten Märkten bis an die Spitze gearbeitet.
Wir verdienen sechs von zehn Euro unseres Wohlstands im Export.
Die Intensivierung der Handelsbeziehungen mit interessanten Wachstumsmärkten,
die Beseitigung von Handelshemmnissen für österreichische Waren, Dienstleistungen und Inve
sowie die Schaffung und Einhaltung von effizienten
und möglichst weltweit geltenden Handelsregeln
stellt insbesondere in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise ein wichtiges Ziel für die Sicherur
Dabei ist ein europaweit koordiniertes Vorgehen von Vorteil.
Mit einer gezielten Internationalisierungsoffensive wollen wir die Exportmärkte weiter diversifi
Besonders viel Potenzial versprechen dabei die BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, Chin
Es waren Politiker aus der ÖVP, die ihre Idee einer makroregionalen Strategie für den Donaurau
Wir unterstützen das Freihandelsabkommen mit den USA,
das gerade österreichischen Betrieben zusätzliche Exportchancen eröffnet.
Flexibilität ist das beste Rezept, um dauerhaft Arbeitsplätze zu sichern.

Wir sind deshalb so gut durch die Krise gekommen,
weil wir kurzfristig die richtigen Maßnahmen gesetzt haben
und die österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer alles getan haben,
um so viele Mitarbeiter wie möglich halten zu können.
Damit Österreich auch in Zukunft so gut dasteht, müssen wir den Unternehmen entsprechende
Der Vergleich macht uns sicher:
Länder, die den Arbeitsmarkt stärker reguliert haben, leiden unter höherer Arbeitslosigkeit.
Wir wollen deshalb ein flexibles Arbeitsrecht,
das Vorteile für Unternehmen
und auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bringt.
Und wir senken die Lohnnebenkosten,
damit den arbeitenden Menschen mehr Netto vom Brutto bleibt und Unternehmen mehr Arbe
Unser System der Dualen Berufsausbildung ist international hoch angesehen
und findet immer mehr Nachahmer.
Bildungs- und Arbeitsmarktexperten bestätigen:
Der betrieblichen Lehrausbildung muss der Vorrang gegenüber der überbetrieblichen Ausbildu
Unser Rezept gegen den Facharbeitermangel ist eine verbesserte Berufsinformation in der Schu
Schulabgängerinnen und Schulabgänger, die sich um eine Lehrstelle bewerben, müssen ausnah
Mit der „Mittleren Reife“ am Ende der Pflichtschule sollen diese Kompetenzen verbindlich doku
Lehre mit Matura und eine weiterführende Berufsakademie, die Lehrabsolventen besonders qu
Unser Programm für die Entfesselung der Wirtschaft:
Unternehmen, Gründungen und Finanzierungen
Mittelstandsfinanzierung durch Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft, über die Private direkt a
• Eigenkapitalfinanzierung erleichtern:
Beseitigung der steuerlichen Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital
(Abschaffung der Gesellschaftssteuer).
• Beteiligungsfinanzierung stärken:
Schaffung eines Beteiligungsfreibetrages für private Investoren.
• Schaffung eines klaren rechtlichen Rahmens für ergänzende Finanzierungsinstrumente wie „C
• Erleichterter Zugang zu Risikokapital durch Kapitalgarantien, Haftungen, Finanzierungsfonds u
• Programm zur Entfesselung der Wirtschaft umsetzen:
Abbau bürokratischer Hürden,
Jungunternehmeroffensive.
• Erleichterungen bei der Betriebsübergabe:
Kosten senken,
Administration erleichtern,
Vereinfachung im Betriebsanlagenrecht.
• Unternehmensgründungen erleichtern:
Zugang verbessern,
bürokratische Hürden abbauen.
• Investitionsanreize für Unternehmen durch Investitionszuwachsprämie
Neu und degressive Abschreibung.
• Anreize schaffen, damit verstärkt auch in den ländlichen Regionen Investitionen getätigt werd
• Sicherung des Zugangs von KMU zu Finanzierungen und Haftungen,
verstärkte und nachhaltigere Nutzung europäischer Programme, wie der Strukturfonds, Horizo
u.a. durch Vereinfachung der Verfahren.
• Innovationspotenzial in und durch Kreativwirtschaft erhöhen –
Initiative „evolve“ fortsetzen.

• Haftungsrahmen für Tourismusfinanzierung zur Mobilisierung von Krediten.
• Berechtigungsumfänge der einzelnen Gewerbe sinnvoll erweitern.
• Interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Berufen erleichtern.
• Unterstützung einer KMU-freundlichen Normungspolitik auf nationaler und europäischer Ebe
Standortpolitik
• Standortkriteriencheck für alle politischen Vorhaben.
• Österreich als Headquarter-Standort ausbauen:
o moderne Infrastruktur,
o leistungsfähiges Bildungssystem,
o steuerliche Rahmenbedingungen:
attraktive Körperschaftsteuer und Gruppenbesteuerung beibehalten.
• Entlastung des Faktors Arbeit:
Senkung Lohnnebenkosten auf 45% bis 2018
und Vereinfachung der Lohnverrechnung.
• Mehr Arbeitsmarktflexibilität und Arbeitszeitflexibilisierung.
• Keine Erbschafts- und Schenkungssteuer, keine Eigentumssteuer.
• Marke Österreich zur Stärkung der Wahrnehmung Österreichs im In- und Ausland etablieren.
• Ausbau der RWR-Karte – Gesamtkonzept für qualifizierte Zuwanderung (z.B. Anerkennung de
• Stärkung regionaler Wirtschaftsstandorte (inklusive Innovationsförderung).
Internationalisierung
• Zentraleuropa-Strategie:
Österreich als Drehscheibe für Zentraleuropa und die Schwarzmeer-Region.
• Internationalisierungsoffensive zur Unterstützung der österreichischen Unternehmen vorantı
• Intensivierung der Bemühungen um offene Exportmärkte für österreichische Waren, Dienstl
• Verbesserung und Umsetzung der möglichst weltweit geltenden Handelsregeln.
• Konzentration auf Wachstumsmärkte wie die BRICS-Staaten, Asien und die USA.
• Internationalisierung im Tourismus vorantreiben.
F&E
• Bildung von Clustern – Vernetzung verschiedener Betriebe innerhalb einer Sparte mit Forschu
• Regionale Innovationsoffensive für KMU:
Finanzierung durch Zuschüsse und Darlehen über die AWS und FFG und
Weiterführung des Innovationsschecks.
• Gezielte und nachhaltige Nutzung der EU-Strukturfonds 108
nach dem Ansatz der intelligenten Spezialisierung von Regionen.
Reduktion der Förderbürokratie.
• Ausbau der Kooperation von Wirtschaft mit Universitäten, Fachhochschulen und Forschungse
• Innovative öffentliche Beschaffung forcieren.
• Forschungsförderung über Agenturen forcieren:
Definition strategischer Ausrichtung, Zielvereinbarung und Budgetautonomie.
• Bessere Verwertung der Forschungsergebnisse in der Wirtschaft
durch thematische Wissenstransferzentren und Prototypenförderung.
• Beteiligung österreichischer Unternehmen an EU-Forschungsprogrammen erhöhen. 108
• Anreize für Höherqualifikation im Bereich von Naturwissenschaft und Technik.
• Ausbau der Forschungsinfrastruktur.
Ausbildung und Fachkräfte
• Forcierung von Wirtschaftswissen und Unternehmergeist in der Schule
(z.B. „Unternehmerführerschein“).
• Intensivierung der Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft im Sinne einer stärkeren Beru

• Weiterentwicklung des Konzepts „Lehre mit Matura“.
• Ausbau Berufsorientierung und Bildungsberatung an den Schulen.
• Berufsakademie als höhere duale Ausbildung.
Verwaltungsreform und Wettbewerbspolitik
• Vereinfachung der Gewerbeordnung:
Weniger Bürokratie für mehr Entfaltung, ohne Qualitätsverlust.
• Öffentliche Beschaffung KMU-freundlicher gestalten.
• Staatsaufgaben neu definieren:
Kernaufgaben sicherstellen sowie Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften schaffer
• Neuordnung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern
zur Harmonisierung gesetzlicher Regelungen fortsetzen.
• Reduktion von Verwaltungskosten
und gleichzeitige Änderung des Handelns der öffentlichen Verwaltung im Rahmen institutionel
• Wettbewerb stärken durch eine effizientere Ausgestaltung des kartellrechtlichen Verfahrens
und eine Aufwertung der Bundeswettbewerbsbehörde
(Verbesserung der organisatorischen Struktur und der Ressourcen).
Arbeit: Aufstieg durch Tatkraft und Fleiß.
Noch nie hatten in Österreich so viele Menschen einen Arbeitsplatz.
Wir können zu Recht stolz sein auf den Beschäftigungsrekord von 3,5 Mio. Arbeitnehmerinnen
Arbeit wirkt sinnstiftend und ist die Grundlage für ein sicheres Einkommen.
Wir wollen ein Österreich schaffen, in dem jede und jeder die Möglichkeit hat, durch Arbeit auf
– materiell,
bildungsmäßig
und sozial.
Tatkraft,
Motivation
und der Wille zum Erfolg sind die Kriterien, an denen sich eine gerechte Gesellschaft zu messer
Gerechtigkeit heißt nicht, dass alle gleich weit kommen,
sondern dass allen die gleichen Möglichkeiten offenstehen.
Der Erfolg ist dort am größten, wo alle in einem Unternehmen am gleichen Strang ziehen.
Unsere Vision einer partnerschaftlichen Gesellschaft ist, dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehm
Gleicher Lohn für gleiche Leistung ist dabei eine Selbstverständlichkeit,
aber lange nicht ausreichend.
Wir sehen in der Wahlfreiheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zentrale familienp
Dazu schlagen wir eine Flexibilisierung des Arbeitslebens
und neue Modelle für „Brückeneinkommen“,
also Einkommen, die Zeiten der Erwerbslosigkeit überbrücken,
als Ergänzung zu bestehenden Modellen wie der Mitarbeitervorsorge/Abfertigung Neu vor.
Das bringt Wahlfreiheit,
neue berufliche Chancen
und Flexibilität für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:
Mit unserem Modell für Zeitwertkonten können Arbeitnehmer nach Vereinbarung Teile ihres E
und nach Bedarf in längeren arbeitsfreien Zeiten beruflicher Weiterbildung oder familiärer Auf
Die Bildungskarenz haben wir um die Bildungsteilzeit erweitert,
die berufsbegleitende Weiterbildung erleichtert.
Chancen durch Arbeit heißt auch,
bessere Möglichkeiten zur Schaffung von Eigentum zu eröffnen.
Wir wollen die Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand verbessern,

indem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr als bisher am Erfolg des Unternehmens beteiligt
Konkret schlagen wir steuerliche Anreizmodelle auf freiwilliger Basis vor.
Das stärkt die Partnerschaft von Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Unternehmen
und bringt bessere Chancen auf Eigentumsbildung für die arbeitenden Menschen.
Wir wollen die Beschäftigungschancen der über 50-Jährigen verbessern
und verfolgen dabei einen offenen und ehrlichen Zugang:
Hürden, die ältere Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt benachteiligen, sollen beseitigt werden.
Dazu gehört etwa für künftige Arbeitsverhältnisse eine flachere Gehaltskurve bei gleicher Lebe
damit sich Jüngere leichter etwas aufbauen können und die Beschäftigung der Älteren gefördert
Durch das besondere Handlungs- und Erfahrungswissen älterer Arbeitskräfte entsteht auch ein
Unser Ziel ist, länger und gesünder im Berufsleben zu bleiben.
Dazu unterstützen wir Unternehmen bei der Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze
und beim betrieblichen Gesundheitsmanagement,
wollen aber gezielt auch für ältere Arbeitnehmer flexible Arbeits- und Pensionsmodelle schaffen
die ein schrittweises Ausgleiten aus dem Erwerbsleben ermöglichen.
Wir setzen uns konsequent für die Chancen aller Altersgruppen am Arbeitsmarkt ein.
Unser Konzept für Erfolg durch Arbeit:
• Vollbeschäftigung als realistisches Ziel: 420.000 neue Arbeitsplätze bis 2018.
• Einführung von Mitarbeitererfolgsbeteiligung über steuerliche Anreizmodelle.
• Ausbau der Modelle für „Brückeneinkommen“:
Modelle für Bildungssparen analog zum Bausparen.
• Höhere Arbeitsplatzsicherheit durch Arbeitszeitflexibilisierung (Zeitwertkonten).
• Weitere Harmonisierung des Arbeits- und Sozialrechts für Arbeiter und Angestellte.
• Höhere Einstiegsgehälter für Junge
bei einer flacheren Gehaltskurve in Tarifautonomie der Sozialpartner.
• Erfahrung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt nutzen
und deren Benachteiligung verhindern.
• Anreize für längeren Verbleib im Erwerbsleben schaffen:
Arbeitszeitmodelle,
Eingliederungsbeihilfen,
Kombilohnmodelle
und Bonus für längeres Arbeiten.
• Länger gesünder Arbeiten:
Unterstützung der Betriebe bei Gesundheitsvorsorge und der Schaffung altersgerechter Arbeits
• Weiterentwicklung des AMS zu einer Agentur für Arbeit,
AMS-Paket für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
• Mehr Effizienz in der Arbeitsmarktpolitik:
betriebsnahe Qualifizierung,
Qualitätssicherung bei AMS-Kursen,
Berufsinformation an Schulen.
• Verankerung des „Work First“-Prinzips auf allen Ebenen durch konsequente Aktivierung vor a
• Einführung einer Bildungsprämie für Selbstständige und Bauern.
• Rechtssicherheit für Selbstständige.
Mobilität: Triebfeder für Wirtschaft und Gesellschaft.
Mobilität eröffnet Möglichkeiten und Freiräume – b
eruflich genauso wie privat.
Wir verfolgen ganzheitliche Mobilitätskonzepte, die Individualverkehr und öffentlichen Verkehr
und treten für die freie Wahl der Verkehrsmittel ein.

Dabei streben wir umweltfreundliche Mobilität,
wachstumsfördernde Infrastruktur,
mehr Verkehrssicherheit
und den Ausbau intelligenter Verkehrs- und Informationstechnologien an.
Der ländliche Raum soll auch weiterhin ein vitaler Wirtschafts- und Lebensraum sein.
Mit dem Pendlereuro haben wir uns dafür eingesetzt, dass jene Menschen, die für ihren tagtäg
Die Anstrengungen zur Verminderung von Verkehrsopfern wollen wir weiter fortsetzen.
Innovative Verkehrsmodelle wie Begegnungszonen ermöglichen allen Verkehrsteilnehmern mit
Auf der Basis von Best-Practice- Beispielen sollen diese weiterentwickelt und ausgebaut werde
Damit die einzelnen Verkehrsträger besser aufeinander abgestimmt werden,
treten wir für einen Masterplan Verkehr ein,
der Straße, Schiene, Luft und Wasserverkehr beinhaltet
und auch auf die europäischen Verkehrsnetze der EU Bedacht nimmt. 108
Eine flächendeckende Infrastruktur ist ein wesentlicher Standortfaktor
und sichert Wachstumspotenziale für künftige Generationen.
Bis 2018 wird der Bund 20 Mrd. Euro in den Ausbau und Erhalt der Schienenund Straßeninfrast
Die Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur soll auch weiterhin Aufgabe des Staates bleiben.
Im Bereich der Verkehrsunternehmen wollen wir Vorfahrt für privates Unternehmertum:
Für den ÖBB-Personen- und Güterverkehr sollen strategische Partner gefunden werden.
Die Milliardenzuschüsse für die ÖBB aus dem Steuertopf sollen dadurch der Vergangenheit ang
Die bestehenden Markteintrittsbarrieren in den Schienenverkehr müssen gänzlich abgebaut we
Das führt zu besserem Service und niedrigeren Preisen für die Kunden.
Österreich liegt im Herzen Europas
und hat daher eine wichtige Funktion als Drehscheibe im grenzüberschreitenden Verkehr.
Wir wollen eine Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität von Personen und Gütern
Vor allem von der Entwicklung der Transeuropäischen Netze,
die bis 2030 die europäischen Regionen miteinander verbinden und sich damit mehr und mehr
profitiert Österreich in Zukunft aufgrund seiner geographischen Lage besonders.
Die Finanzierung dieser grenzüberschreitenden Verkehrswege wird von der Europäischen Unio
Beim Bau des Brenner-Basistunnels sichern wir uns eine Mitfinanzierung der EU für den Ausbau
Eine flächendeckende Versorgung braucht es auch mit Informationstechnologien.
Wir wollen die Chancen der Digitalisierung bestmöglich nutzen
und dafür Breitband für alle
– auch im ländlichen Raum –
mit der Unterstützung durch die öffentliche Hand sicherstellen.
Die Finanzierung soll im Rahmen eines nationalen Masterplanes in enger Zusammenarbeit zwis
insbesondere sind auch die Mittel aus der Versteigerung der Funkfrequenzen einzusetzen.
Unser Programm für mehr Möglichkeiten durch Mobilität:
• Masterplan Verkehr, der Straße, Schiene, Luft- und Wasserverkehr einbezieht.
• Freie Wahl der Verkehrsmittel sicherstellen –
Ausbau ausreichender und leistungsfähiger Schnittstellen zwischen den Verkehrsträgern.
Alle Verkehrsmittel sind daher gleichwertig.
• Umstieg auf Erdgas forcieren:
900 Gastankstellen in Österreich,
gesetzliches Einfrieren der Abgaben auf Gas-Treibstoff bis 2025.
• Alternative Antriebsformen wie Elektromobilität oder Wasserstoff forcieren.
• Investitionen zur Entwicklung einer zukunftsfähigen Verkehrsinfrastruktur
nach den Prinzipien der Wirtschaftlichkeit,

Sparsamkeit
und Zweckmäßigkeit sicherstellen.
• Modell Begegnungszonen als Best-Practice-Beispiele ausbauen,
Eltern- Kind-Parkplätze schaffen.
• Wirtschaftlichkeit bei den ÖBB erhöhen,
unser Ziel:
Die Bahn der Zukunft hat den Kunden im Mittelpunkt und ist modern, schnell, günstig, bequem
• Mehr Qualität, Service und günstige Tarife im Bahnverkehr durch mehr Anbieter.
• Schienen- und Straßeninfrastruktur in öffentlicher Hand,
private Partner für Verkehrsbetreiber
(ÖBB-Personen- und Güterverkehr).
• Regionalbahnen als lokalen Lebensfaktor erhalten.
• Sicherstellung der Investitionssicherheit bei Anschlussbahnen.
• Transeuropäische Verkehrsnetze:
Europäische Wirtschaftsadern in Österreich umsetzen und für Österreich nutzen.
• Entwicklung Mobilitätskonzepte für den ländlichen Raum,
Vernetzung Verkehrsverbünde und Nahverkehrsreform.
• Einführung des Österreichtickets.
• Flughäfen als Tor zur Welt:
Bestmögliche Anbindungen von und nach Österreich sicherstellen
und Drehscheibenfunktion der Flughäfen für Wirtschaft und Tourismus erhalten.
• Binnenschifffahrt als ökologisches Verkehrsmittel ausbauen.
• Flächendeckende Versorgung mit Breitband-Infrastruktur
o Senkung der Grabungskosten durch integrierte Planung sämtlicher Infrastrukturerrichtungen
o Einbeziehung der Netze der öffentlichen, halböffentlichen und privaten Wirtschaft wie ÖBB,
Energie:
Sicher.
Nachhaltig.
Leistbar.
Energie ist der Treibstoff für Wirtschaft und Industrie,
sichert die Mobilität für Arbeit
und Freizeit
und sorgt für ein warmes Zuhause im Winter.
Energie ist ein Grundbedürfnis.
Wir setzen uns für eine sichere und leistbare Energieversorgung ein.
Es waren ÖVP-Minister, die dazu eine eigens abgestimmte Energiestrategie, den Plan für unser
Versorgungssicherheit ist das oberste Prinzip unserer Energiepolitik.
Durch die Diversifizierung der Energieimporte
und den Ausbau der heimischen Produktion
werden wir insgesamt unabhängiger von einzelnen Lieferanten, Energierouten und Energieträg
Die Nutzung regionaler Energieträger ist dabei auch ein entscheidender Wirtschaftsfaktor.
Wir bauen die Erneuerbaren Energieträger Wind, Wasser, Sonne und Biomasse kosteneffizient
und führen die Technologie mit einer intelligenten und leistbaren Ökostromförderung schrittw
Damit Erneuerbare Energien einen nachhaltigen Beitrag zur Energieversorgung in Europa erbri
müssen sie in den Markt integriert werden.
Diese Anstrengungen tragen bereits erste Früchte:
Bis zum Jahr 2015 werden wir bilanziell unabhängig von Atomstromimporten
und 2020 produzieren wir bereits 85% des verbrauchten Stroms aus Erneuerbaren Energieträg

Wir haben schon früh auf heimische Wasserkraft gesetzt und haben dadurch jetzt einen entsch
Atomenergie ist für uns keine Option,
der Vision eines atomfreien Europas wollen wir in der EU zum Durchbruch verhelfen. 108
Künftig soll daher der gesamte Strom, den österreichische Haushalte und Unternehmen bezieh
Jeder Verbraucher kennt dann den Strom-Mix seines Erzeugers
und kann durch die verbesserte Transparenz eine Kaufentscheidung gegen Atomstrom treffen.
Damit wird der österreichische Anti-Atomkurs konsequent weitergeführt.
Die beste Energie ist jene, die nicht verbraucht wird.
Deshalb setzen wir die Förderung der thermischen Sanierung von Gebäuden fort,
denn sie bringt eine dreifache Dividende:
Sie kurbelt die Wirtschaft an, senkt den CO2-Ausstoß und entlastet die Konsumenten.
Mit einem Energieeffizienzgesetz wollen wir einen weiteren Schritt in Richtung sparsameren Ei
Die Zukunft der Energieversorgung liegt in einer dezentraleren Energieproduktion und Speiche
Österreich kann seine Rolle als „Grüne Batterie“ in Europa weiter stärken,
indem wir unsere Pumpspeicherkraftwerke in den Alpen weiter ausbauen
und damit Versorgungs- und Verbrauchsspitzen ausgleichen
so wie die Marktintegration der Erneuerbaren Energieträger unterstützen.
Dafür braucht es auch leistungsfähigere und intelligente Stromnetze, sogenannte „Smart Grids
die Stromerzeugung,
Verteilung
und Verbrauch effizient steuern.
Die Genehmigungsverfahren für den Ausbau dieser Netze
und auch für neue ökologische Kraftwerke sollen einfacher werden.
Energie muss leistbar sein. Unser Ansatz dafür ist eine Stärkung des Wettbewerbs.
Die Wechselrate,
also die Häufigkeit, mit der der Energieversorger gewechselt wird,
ist in Österreich noch sehr gering.
Hier braucht es verstärkte Information und Sensibilisierung der Konsumenten.
Ähnlich wie bei der Mobiltelefonie kann das zu einer deutlichen Senkung der Kosten führen.
Künftig soll der gesamte Strom, den österreichische Haushalte und Unternehmen beziehen, eir
Jeder Verbraucher kennt dann den Strom-Mix seines Erzeugers
und kann durch die verbesserte Transparenz eine Kaufentscheidung gegen Atomstrom treffen.
Unsere Maßnahmen für die Energieversorgung der Zukunft:
• Weitere Umsetzung der Energiestrategie 2020.
• Festlegung einer Strategie 2030 im Lichte einer wettbewerbsfreundlichen
und nachhaltigen Energieversorgung.
• Unabhängigkeit von Atomstromimporten bis 2015.
• Verpflichtende Stromkennzeichnung über die Herkunft und den Strom-Mix umsetzen.
• Versorgungssicherheit durch Diversifizierung der Energieimporte
und Ausbau heimischer Erneuerbarer Energie erhöhen.
• Forcierung der Energieselbstversorgung Österreichs:
Reduktion der Importabhängigkeit bei fossilen Energieträgern durch Erneuerbare Energieträge
und mehr Energieeffizienz, Erdgas als Brückenenergie.
• Ausbau der Netz-Infrastruktur forcieren.
• Schrittweise Heranführung Erneuerbarer Energien an die Marktreife mittels Förderregime fü
• Stärkung der Wasserkraft als tragende Säule der heimischen Stromerzeugung.
• Energieeffizienz als Schlüssel der Energiepolitik forcieren:
ein Energieeffizienzgesetz umsetzen.

• Wettbewerb zum Nutzen der Konsumenten stärken:
Mehr Anbieterwechsel durch offensivere Bewerbung.
• Bürokratische Hürden beim Ausbau der Energie-Infrastruktur beseitigen
und Verfahren (UVP) beschleunigen.
• Regulierungsbedingte Energiekosten senken.
• Gemeinsamer europäischer Markt für Energie zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, 108
als Grundlage für eine Re-Industrialisierung und für leistbare Energie für die Konsumenten.
• Forcierung eines harmonisierten, marktorientierten EU-Förderrahmens für Erneuerbare Ener
• Nachhaltige Nutzung der EU-Strukturfonds zum Ausbau der Erneuerbaren Energie und Energ
• Forcierung einer zukunftsorientierten Technologie-, Innovations- und Investitionsstrategie de
• Praktische Förderantragsmöglichkeiten für alle Energieträger.
Für ein Österreich der Familien und Generationen Familie:
Kindeswohl,
Wahlfreiheit
und Vereinbarkeit sichern.
Familien geben Halt und sind die einzige Konstante in einer sich ständig ändernden Welt.
Sie sind das zuverlässigste soziale Netz, das Generationen verbindet.
Familie ist der Ort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, Eltern für ihre Kind
Familie heißt, das Leben gemeinsam in die Hand zu nehmen.
Wir wollen dafür der Partner sein.
Kindeswohl,
Wahlfreiheit
und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen im Mittelpunkt unserer Familienpolitik.
Was das Beste für eine Familie ist, hat nicht der Staat zu entscheiden.
Familien sind individuell und unterschiedlich in ihren Bedürfnissen.
Wir wollen ihnen daher auch in Zukunft nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben.
Familien brauchen keinen Vormund, sondern einen verlässlichen Partner.
Wir stärken sie in ihrer Eigenverantwortung und stellen Wahlfreiheit in den Mittelpunkt.
Unser Ziel ist es, Österreich zum familienfreundlichsten Land Europas zu machen.
Auf diesem Weg haben wir bereits vieles erreicht:
Das Familienrechtspaket,
die Direktauszahlung der Familienbeihilfe
und die Pflegefreistellung sind nur einige Beispiele der jüngsten Erfolge.
Familien sind heute tagtäglich mit neuen Herausforderungen konfrontiert.
Sie brauchen nicht nur Zeit, sondern auch Geld und Infrastruktur.
Die Entscheidung, eine Familie zu gründen, darf nicht von der Frage abhängen, ob man sich Kin
– im Gegenteil:
Die Frage muss lauten: Will man eine Familie gründen.
Wir sorgen mit unserer Familienpolitik dafür, dass Familien in Österreich die besten Rahmenbe
und in gesicherten Verhältnissen leben können.
Der arbeitsfreie Sonntag steht für uns nicht zur Disposition
(ausgenommen sind bestimmte Bereiche wie Gesundheitsversorgung, Sicherheit oder der Tou
Familien sollen ihr Miteinander selbst gestalten können.
Dafür müssen vor allem Familie und Beruf vereinbar sein.
Eine familienfreundliche Wirtschaftsund Arbeitswelt zeichnet sich daher besonders durch flexil
Das Recht der Eltern auf Teilzeit ist eine große politische Errungenschaft,
an der wir auch in Zukunft nicht rütteln werden.
Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

braucht es den weiteren Ausbau eines qualitativ hochwertigen und flächendeckenden Kinderb
mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten.
Durch Mitfinanzierung des Bundes
wurden seit 2008 bereits 31.000 neue Kinderbetreuungsplätze
mit Fokus auf die Kleinkindbetreuung geschaffen.
Familie denken, bedeutet heute, die gesellschaftlichen Veränderungen mitzudenken.
Familie denken, bedeutet für uns aber auch, die Bedürfnisse der Kinder ernst zu nehmen
und sich an ihre Seite zu stellen.
Dazu haben wir die Rechte von Kindern in der Verfassung festgeschrieben
und ein umfangreiches Paket gegen schwere Gewalt gegen Kinder verabschiedet,
in dem die Wehrlosigkeit und das geringe Alter des Kindes einen Erschwerungsgrund im Strafr
Wir wollen unseren Kindern die besten Startvoraussetzungen mit auf den Weg geben
und sie, als die Schwächsten unserer Gesellschaft, besonders schützen.
Ihr Schutz und Wohl ist unsere Verantwortung.
Unser Programm für das familienfreundlichste Land Europas:
• Steuerfreies Grundeinkommen für Familien:
Einführung eines Kinderfreibetrags von 7.000 Euro je Kind.
• Familienförderung Neu:
mehr Leistung und übersichtlicheres System.
• Ziel: Indexierung von Familienleistungen.
• Volle Anrechnung von Kindererziehungszeiten für die Pension:
Volle vier Jahre für jedes Kind unabhängig von der Geburt des Kindes
und auch rückwirkend für Geburtenjahrgänge vor 1955.
• Anhebung Altersgrenze
und Betrag für die Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten bis zum Ende der Schulpflicht
sowie Ausweitung auf Haushaltshilfen.
• Erweiterung der Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen im Hinblick auf ganzjähr
• Ausbau betrieblicher Kinderbetreuungseinrichtungen im Öffentlichen Dienst,
Förderprogramme zum Ausbau im Privatwirtschaftsbereich entwickeln.
• Qualitätsstandards in der Kinderbetreuung sicherstellen.
• Freiwilligentätigkeit für alle Generationen attraktiv machen,
z.B. durch Unfall- und Haftpflichtversicherung während der Ausübung freiwilliger Tätigkeiten.
• Anreize zur Wahrnehmung und Stärkung der elterlichen Verantwortung nach dem Vorbild de
• Kindeswohl als oberste Priorität
und Schutz unserer Kinder vor Gewalt und Gefahren jeglicher Art.
• Kindergesundheit: Frühzeitige Prävention und altersgerechte Rehabilitation.
Jugend: Sichere Zukunft für große Pläne.
Jugendpolitik muss ihren Blick auf das Heute, das Morgen und das Übermorgen richten.
Es braucht Rahmenbedingungen, die den Bedürfnissen unserer Jugend gerecht werden,
und nachhaltiges Handeln, damit künftigen Generationen alle Türen offenstehen.
Ziel unserer Politik ist es, der Jugend ein besseres Österreich zu übergeben.
Entscheidungen, die heute getroffen werden, haben Auswirkungen auf die Zukunft junger Men
Unsere Jugendpolitik setzt daher auf Einbeziehen statt auf Ausgrenzen.
Wir machen Politik nicht nur für die Jugend,
sondern bewusst mit der Jugend.
Erwachsen- werden heißt auch lernen, Verantwortung zu übernehmen.
Junge Menschen sind voller Ideen,
sie sollen an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitwirken

und zu Beteiligten werden, deren Meinung zählt.
Wir wollen ihnen Raum geben, sich einzubringen, etwa über die Einrichtung von Jugend-Think-
So bereiten wir sie am besten für das Leben vor.
Die Jugend ist heute nicht nur besser informiert und politisch engagiert,
auch das Mobilitätsbedürfnis der Jugendlichen ist größer.
Deshalb haben wir das Top-Jugendticket umgesetzt:
Mit dem Top-Jugendticket können Schüler und Lehrlinge innerhalb eines Verkehrsverbundes k
Die Welt, in der junge Menschen heute aufwachsen, ist bunter und vielfältiger geworden.
Sie bietet ihnen zahlreiche Möglichkeiten,
birgt aber auch Gefahren.
Wir sehen es als unsere Aufgabe,
der Jugend Schutz zu bieten
und Orientierung zu geben.
Gerade bei Suchtmitteln ist für uns Prävention durch Aufklärung unerlässlich.
Auch für Gefahren des Internets (z.B. Cybermobbing etc.) braucht es Prävention und Aufklärur
Denn wir wollen nicht, dass die Zukunftschancen junger Menschen zerstört werden.
Der erste Job, die erste Wohnung, die Gründung einer eigenen Familie.
Der Start ins Erwachsenenleben darf bei jungen Menschen keine Ängste hervorrufen,
sondern muss Vorfreude wecken.
Als Volkspartei setzen wir auf eine Jugendpolitik, die junge Menschen dort abholt, wo sie heute
ihnen aber auch Mut macht für die nächsten Lebensabschnitte.
Unsere Forderungen für die Jugend:
• Leistbare Mobilität für Junge:
Bundesweites Jugend- und Studierendenticket.
• Talente der Jugend nützen:
Schaffung von Jugend-Think-Tanks.
• Keine neuen Schulden:
Schulden verbauen die Chancen für die Jugend.
• Ausbau der Suchtprävention:
Aufklärung über Gefahren und Folgen.
• Jugendstrategie: Fortführung der Bundes-Jugendpolitik.
• Förderung der Medien- und Informationskompetenz Jugendlicher.
• Sensibilisierung der Jugendlichen für die Gefahren von sozialen Netzwerken.
• Ausbau der Berufsorientierung in den Schulen,
Einstiegshilfen in das Arbeitsleben schaffen.
Senioren: Selbstbestimmtes Leben im Alter –
aktiv und erfüllt.
Unseren Seniorinnen und Senioren gebührt Dank.
Sie haben die Grundlage dafür gelegt, dass Österreich heute so erfolgreich ist
und sie sind ein fairer Partner für die Jungen.
Eine aktive Seniorenpolitik
und ein sicheres Einkommen im Alter sind ein Herzensanliegen der ÖVP,
dem wir uns mit allem Nachdruck widmen.
Dabei verfolgen wir konsequent einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen:
sichere Pensionen für ein leistbares Leben im Alter
und Chancen für die Jungen.
Die ÖVP hat in Zusammenarbeit der Generationenbeauftragten eine eigens abgestimmte Gene
Wir leben in einer altersbunten Gesellschaft.

Noch nie konnten in Österreich so viele Menschen so lang,
so gesund und
so gut sozial abgesichert leben wie heute.
Damit die Pensionen auch in Zukunft sicher sind,
haben wir beim Reformpaket 2012 schon die notwendigen Maßnahmen gesetzt,
etwa durch ein effektives Bonus- Malus-System bei der Korridor- und Langzeitversichertenrege
oder mit der Einführung des Pensionskontos für alle ab 1955 Geborenen.
Bis 2020 soll das faktische Pensionsalter um vier Jahre steigen.
Auch die Pensionisten leisten mit der moderaten Pensionsanpassung 2014 einen Beitrag,
damit das System finanzierbar bleibt.
Sichere Pensionen sind wichtig,
aber nicht ausreichend,
um die Bedürfnisse der Senioren abzudecken.
Eine umfassende Politik für die Älteren umfasst seniorengerechtes Wohnen,
lebensbegleitendes Lernen,
Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements
und der Freizeitgestaltung,
die Bereitstellung von Mobilität und Reisemöglichkeiten
sowie Kultur-
und Sportangebote.
Wir sehen Senioren als aktive Mitglieder unserer Gesellschaft,
denen alle Möglichkeiten der Teilhabe offenstehen sollen.
Wir setzen uns für das konsequente Verbot der Diskriminierung aufgrund des Alters in allen Le
Unsere Maßnahmen für die Senioren und sichere Pensionen:
• Ein Pensionsrecht für alle:
Ausständige Harmonisierungsschritte an das Allgemeine Pensionsgesetz umsetzen.
• Konsequentes Schließen aller Schlupflöcher in die Frühpension.
• Streichung der steuerlichen Begünstigung von „Golden Handshakes“.
• Höherer Bonus für längeres Arbeiten nach 60/65 Jahren.
• Flexibilisierung der Ruhens- und Wegfallbestimmungen in der Pension,
ohne neue Anreize für Frühpensionen zu schaffen.
• Förderung und Ausbau der zweiten und dritten Pensionssäule.
• Vorbereitung auf den neuen Lebensabschnitt durch Lebensbegleitendes Lernen,
Orientierungskurse zum Pensionsantritt
und Ausbau der Geragogik (Forschung über das Lernen im Alter).
• Förderung von Bewegungsfähigkeit,
Lernfähigkeit
und Selbstständigkeit im Alter.
• Stärkung der Selbstbestimmung:
Schaffung Alterswohlfahrt
und Reform Sachwalterschaft:
Einführung der „unterstützten Entscheidungsfindung“
und Schaffung von flächendeckendem Case-Management (Einzelfallberatung) mithilfe des Pfle
• Volle Anrechnung der Kindererziehungszeiten auf die Pension
(4 Jahre für jedes Kind und auch für alle vor 1955 Geborenen).
• Kindererziehungszeiten sind bei der Pensionsberechnung gleichwertig zu Zeiten der Erwerbst
(dies gilt auch und besonders für alle vor 1955 Geborenen
und unabhängig vom Geburtsdatum des Kindes).

• Frühpensionsmonitoring:
anonymisierte Erhebung der Frühpensionen nach Branche,
Region,
Bildungsstand,
Pensions-Begründung zur Schaffung größtmöglicher Transparenz.
• Erweiterung des Sanierungsschecks um die Kategorie „seniorengerechtes Wohnen“.
• Anwendung der Planungsgrundlage „Design für alle“ bei der Gestaltung des öffentlichen Rau
damit nutzbar für alle Menschen –
gleich in welchem Alter und mit (körperlichen) Einschränkungen lebend.
• Forschung und Entwicklung für selbstbestimmtes Leben durch innovative Techniken (AAL) fo
Frauen:
Ja zur Gleichberechtigung,
Nein zur Bevormundung.
Arbeitsplatz, Familie, Weiterbildung und Freizeit:
Zeitgemäße Frauenpolitik muss den heute vielfältigen Lebensrealitäten von Frauen gerecht we
und alte Rollenbilder ablegen.
Wir wollen, dass Frauen selbstbestimmt ihren Weg gehen können
– nach ihren eigenen Wünschen und Vorstellungen.
Die Sichtweisen und Fähigkeiten, die Frauen in unterschiedlichen Bereichen einbringen,
sind für uns und unsere Gesellschaft von großer Bedeutung.
Auf sie können und wollen wir nicht verzichten.
Frauen sind engagiert und leistungsstark.
Davon profitiert auch unsere Wirtschaft.
Bereits heute steht in jedem dritten Unternehmen eine Frau an der Spitze.
Wir setzen uns dafür ein, die Rahmenbedingungen und Anreize für den Aufstieg von qualifizier
Frauen sollen überall dort ihre Chance wahrnehmen können,
wo ihre Interessen und Stärken liegen.
Gerade bei der Berufswahl wollen wir sie ermutigen, auch in atypischen Berufen Fuß zu fassen.
Eine Frau zu sein, darf kein Hindernis darstellen.
Für uns ist klar:
Gleichwertige Arbeit ist gleich zu bewerten.
Das Schließen der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern ist ein wichtiges Ziel auf
Bestmögliche Qualifikation verlangt laufende Weiterbildung.
Insbesondere für Frauen in Karenz wollen wir das Angebot an Weiterbildung verbessern.
Den oftmals schwierigen Wiedereinstieg sollen begleitende Maßnahmen erleichtern.
Familie und Beruf müssen für uns vereinbar sein.
Daher lehnen wir es ab, die Teilzeitbeschäftigung
und die frei gewählte geringfügige Beschäftigung schlechtzumachen.
Alle Möglichkeiten der Wahlfreiheit sind legitim und zu unterstützen.
Frauen planen sich ihr Familienmodell frei und selbstbestimmt,
ohne Bevormundung durch kollektive Mächte.
Unser Ziel als Volkspartei ist es, Frauen in ihrer individuellen Lebensplanung bestmöglich zu un
Gleichzeitig wollen wir Frauen in schwierigen Situationen eine Stütze sein
und ihnen durch gezielte Hilfestellungen Sicherheit und Perspektive bieten.
Politik für Frauen bedeutet nicht zuletzt, Frauen eine Stimme zu geben.
Wir wollen Frauen weiterhin fördern und bekräftigen, sich in der Politik mit ihren Ideen und An
Unsere Maßnahmen für eine moderne Frauenpolitik:
• Weiterbildungsmöglichkeiten für Frauen in der Karenz verbessern.

• Wiedereinstiegshilfen schaffen.
• Karrierechancen für Frauen verbessern,
Ausgewogenheit in der Personalentwicklung,
Frauenförderpläne im Öffentlichen Dienst weiter umsetzen.
• Erweiterung der Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen im Hinblick auf ganzjähr
• Neue Programme zur Verbesserung der spezifischen Situation der Frauen in den ländlichen R
• Leistbares Wohnen für Alleinstehende sichern.
• Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.
• Anerkennung von vier Pensionsjahren pro Kind unabhängig vom Geburtstermin für alle Fraue
• HPV-Impfung auf Krankenschein.
• Osteoporose-Vorsorge ausbauen.
• Notrufsäulen im öffentlichen Raum einrichten.
• Unterstützung gegen Gewalt an Frauen.
Für ein Österreich der Lebensqualität
Gesundheit:
Prävention,
Kuration,
Rehabilitation,
Pflege und
Hospiz.
Österreich hat eines der besten Gesundheitssysteme der Welt.
Diesen hohen Standard zu halten und zu sichern, ist für die ÖVP eine selbstverständliche Verpf
Solidarität bewirkt einen Risiko- und Leistungsausgleich zwischen reichen und armen,
gesunden und kranken,
jungen und alten Menschen.
Es darf weder von der Geldbörse des Patienten
noch vom Alter abhängen,
ob und wie jemand versorgt wird.
Das gilt selbstverständlich auch für die Spitzenmedizin,
insbesondere an den Universitätskliniken in Wien, Graz und Innsbruck.
Wir wollen den Zugang der Österreicherinnen und Österreicher zu notwendigen Sozial-
und Gesundheitsleistungen
unabhängig vom Einkommen zukunftsfest finanzieren.
Unser Gesundheitssystem muss nach klaren, abgestuften Prioritäten funktionieren:
Prävention vor Behandlung –
Behandlung vor Rehabilitation,
ambulante vor stationärer Behandlung –
Versorgung durch Niedergelassene vor Versorgung durch Spitalsambulanzen.
Der Dreh- und Angelpunkt des gesamten Gesundheitssystems sollen die Hausärzte sein.
Dazu wollen wir den niedergelassenen Bereich stärken
und die Spitäler und die teilweise überfüllten Spitalsambulanzen entlasten.
Dazu braucht es auch weiterhin ein flächendeckendes Netz an Ärzten
und öffentlichen Apotheken
vor allem auch im ländlichen Bereich,
das wir durch attraktive Rahmenbedingungen sicherstellen wollen.
Dazu gehört auch eine zeitgemäße, patientenfreundliche Regelung für Hausapotheken.
80% der Beschäftigten im Gesundheitssystem sind Frauen.
Die Arbeitsbedingungen müssen darauf Rücksicht nehmen

und insbesondere der hohen Burn-out-Rate im pflegerischen und im ärztlichen Bereich entgege
Anstrengungen aller Beteiligten in den vergangenen Jahren
und die Zuschüsse des Bundes haben es ermöglicht:
Heute stehen die Krankenkassen
(mit Ausnahme der Wiener Gebietskrankenkasse)
ohne Schulden
und finanziell so solide da, wie seit Jahrzehnten nicht.
Nur in einem finanziell soliden Gesundheitssystem können die notwendigen medizinischen Leis
Versorgungslücken geschlossen
und Prävention ausgebaut werden.
Mit der Gesundheitsreform
haben wir das gesamte Gesundheitssystem vom niedergelassenen Arzt bis zum ambulanten un
an den demographischen Wandel
und die Kostendynamik im Medizinbereich angepasst.
Die Kostensteigerungen werden in Zukunft nicht höher sein als die Wirtschaftsleistung,
das System bleibt damit nachhaltig finanzierbar.
Wir haben die Quadratur des Kreises geschafft:
Es gab auch bei dieser Reform keine Leistungskürzungen,
auch nicht in der Spitzenmedizin.
Denn wir investieren nicht weniger in die Gesundheit,
sondern das vorhandene Geld wird besser eingesetzt.
Um die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Menschen zu stärken,
haben wir die Patientenverfügung eingeführt.
Diese soll evaluiert werden,
der Zugang soll leichter,
die Bürokratie dazu soll weniger
und die Kosten für die Errichtung einer Patientenverfügung sollen gesenkt werden.
Unsere Maßnahmen für ein Österreich mit höchster Lebensqualität:
• Zugang zu hochqualitativer Medizin unabhängig von sozialem Status,
Alter,
Einkommen o
der Vermögen sicherstellen.
• Weltklassemedizin insbesondere an den Universitätskliniken in Wien, Graz und Innsbruck erh
• Vorsorge ist besser als heilen.
Prävention als Leitgedanken im gesamten Gesundheitssystem etablieren,
Anreize zur eigenverantwortlichen Vorsorge schaffen,
Bundes-Gesundheits-Präventionsgesetz umsetzen.
• Mehr Zeit für persönliche Betreuung statt ausufernder Bürokratie.
• Hausarzt als Drehscheibe im gesamten Gesundheitssystem.
• Entlastung der Spitäler und der Spitalsambulanzen
durch Aufwertung des niedergelassenen Bereiches
und der niedergelassenen Ärzte.
• Wohnortnahe ärztliche Versorgung auch im ländlichen Raum sicherstellen.
• Erhalt der ärztlichen Hausapotheken im ländlichen Raum zur Sicherung einer patientennahen
• Entwicklung und Umsetzung nationaler Aktionspläne
gegen Demenz (Alzheimer), psychische Krankheiten,Krebs, Herz-Kreislauferkrankungen, Schlag
• Ausbau der Versorgung bei psychischen Erkrankungen.
• Ausbau der Kindergesundheit:

Prävention, z.B. bei Übergewicht oder Suchtgefährdung, psychologische Versorgung, Rehabilita
• Ausbau der Leistungen des Mutter-Kind-Passes.
• Schließen der Versorgungslücke in der Rehabilitation z.B. nach Krebs, bei psychischen Störun
• Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
insbesondere für Frauen in Gesundheitsberufen.
• Kampf gegen die hohe Burn-out-Rate im Gesundheitswesen.
• Attraktive Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Spitälern.
• Für hohe Ausbildungsqualität für Jungärzte
und für Beschäftigte in Gesundheitsberufen sorgen.
• Aufbau einer flächendeckenden mobilen und stationären Hospiz- und Palliativversorgung,
insbesondere der Kinderhospizversorgung
nach dem Vorbild des „Sterntalerhofs“ oder des „Caritas-MoMo“.
Pflege und Menschen mit Behinderung:
Politik für besondere Bedürfnisse.
Die Würde des Menschen ist unantastbar
und unabhängig von Leistungsfähigkeit,
Alter
oder Gesundheitszustand.
Ein großes Anliegen ist uns, dass die Menschen in Österreich in Würde altern können.
Dem Bedürfnis der breiten Mehrheit, die letzten Jahre des Lebens in den eigenen vier Wänden
Wir wollen die Pflege nicht verstaatlichen
und geben deshalb Geldleistungen den Vorrang vor Sachleistungen.
Den Pflegefonds zur Finanzierung der Pflege haben wir bis 2016 verlängert
und damit die familiäre Pflege weiter gesichert.
Wir lehnen im Gegensatz zu anderen Parteien jede Forderung nach Sterbehilfe strikt ab.
Um pflegende Angehörige zu entlasten,
haben wir Pflege-Teilzeit und Pflegekarenz eingeführt,
die mit 2014 wirksam werden.
Die sozialrechtliche Absicherung pflegender Angehöriger ist eine zentrale Notwendigkeit.
Dazu haben wir in den vergangenen Jahren die Anrechnung von Pflegezeit auf die Pension für p
Wer eine Angehörige oder einen Angehörigen ab der Pflegestufe 3 pflegt (Stufe 1 bei Minderjä
und deshalb seine Erwerbstätigkeit beendet,
erhält diese Pflegezeiten für seine Pension angerechnet.
Begleitend braucht es ein besseres Angebot mobiler Dienste,
einen Ausbau des betreuten Wohnens
und des Einsatzes von Pflegeersatzkräften sowie persönlicher Assistenz.
Eine Gesellschaft, die Behinderung aus der Öffentlichkeit verdrängt, verliert ihr menschliches G
Deshalb setzen wir uns für eine bestmögliche Inklusion von Menschen mit Behinderung in aller
wobei Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Konvention in die Prozesse gleichberech
Den Ausbau der Barrierefreiheit
und die Beseitigung von Diskriminierung werden wir konsequent fortsetzen.
Unser Programm für die Pflege und für Menschen mit besonderen Bedürfnissen:
• Dauerhafte Sicherung der Pflege:
bis 2016 mit zusätzlichen 650 Mio. Euro gesichert,
danach Weiterführung der Leistungen.
• Bekenntnis zu Pflege-Geldleistungen zur Sicherung der Wahlfreiheit.
• Möglichst lang in den eigenen vier Wänden,
Entlastung durch Bereitstellung von Angeboten zur Kurzzeitpflege

und Ausbau von mobilen Diensten.
• Erweiterung Sanierungsschecks um Kategorie „barrierefreies Wohnen“.
• Berücksichtigung eines möglichen künftigen Pflegebedarfs in der Wohnbaupolitik.
• Vereinbarkeit Pflege & Familie,
Pflege & Beruf:
Einführung von Pflege-Teilzeit,
Abschaffung des Kinder-Regresses,
Ausbau „Urlaub von der Pflege“.
• Stärkung der familiären Pflege:
Ausweitung der Förderung von 24-Stunden- Betreuung auf bis zu drei Personen –
wobei auch die Pflege mehrerer, nicht verwandter Personen förderbar werden soll.
• Qualitätssicherung bei Vermittlungsagenturen für 24-Stunden-Betreuung durch Schaffung eir
• Reform Pflegeausbildung von der Pflege-Lehre bis zur Hochschule:
Durchlässigkeit sicherstellen,
Pflegewissenschaft bundesweit absichern.
• Barrierefreies Bauen,
um Wohnen in den eigenen vier Wänden
und soziale Teilhabe zu erleichtern,
Ausbau des betreuten Wohnens.
• Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung anhand des
• Selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung ermöglichen,
persönliche Assistenz sukzessive bundesweit einheitlich ausbauen u
nd die Finanzierung sichern.
• Bildungs- und Berufszugänge für Menschen mit Behinderung öffnen, B
eschäftigungsoffensiven und Chancengerechtigkeit sicherstellen.
• Unantastbare Menschenwürde:
Würdevolles Leben und Sterben durch Ausbau einer flächendeckenden Hospizbetreuung und P
• Verfassungsrechtliche Verankerung der Menschenwürde.
• Ratifizierung der Biomedizin-Konvention („Oviedo-Konvention“).
• Einrichtung einer ständigen parlamentarischen Kommission zur Beratung bioethischer Frager
Soziales und sozialer Zusammenhalt:
Hilfe zur Selbsthilfe.
Verantwortung.
Solidarität.
Österreich hat ein sehr dichtes soziales Netz – und das ist gut so.
Unsere Hilfe gilt den Schwachen und jenen, die wirklich Hilfe brauchen.
Wir lassen niemanden am Rande des Weges stehen, der es aus eigener Kraft nicht mehr schaff
Dabei stehen für uns die Menschen im Mittelpunkt:
Die Idee von einem glücklichen und erfüllten Leben soll jeder und jede selbst verwirklichen kön
und nicht die persönlichen Wünsche dem Staat unterordnen müssen.
Wir wollen keinen alimentierenden Almosenstaat, der Abhängigkeiten schafft,
sondern einen aktivierenden Sozialstaat,
der die Menschen stark macht, damit sie auf eigenen Beinen stehen können.
Wer den Sozialstaat ungerechtfertigt ausnützt, begeht Betrug an der Gesellschaft.
Wir werden daher auch den Kampf gegen Sozialmissbrauch konsequent fortsetzen.
Ein soziales Österreich braucht neben dem Staat auch eine starke Bürgergesellschaft,
in der Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.
Deshalb wollen wir neben den staatlichen Sicherungssystemen vor allem das private Gemeinwe

Wir haben in Österreich eine ausgeprägte Kultur der Freiwilligkeit,
des Ehrenamts
und des Miteinanders.
Rund drei Millionen Freiwillige sind in mehr als 116.000 Vereinen ehrenamtlich engagiert
und leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Allgemeinheit.
Das ehrenamtliche Engagement ist auch eine wichtige Stütze für die Pflege und Altenbetreuun
– zahlreiche soziale Einrichtungen sind auf die Hilfe und Unterstützung von Freiwilligen angewi
Der Zivildienst leistet einen wichtigen Beitrag zum Ehrenamt.
Er ist nicht nur ein ungeheures Potenzial für späteres freiwilliges Engagement junger Menscher
sondern stärkt auch die intergenerative Verantwortung
und das Bewusstsein des gesellschaftlichen Zusammenhalts.
Wir wollen eine Gesellschaft, die die Balance schafft zwischen freier Lebensgestaltung und sozi
Wenn der Sozialstaat zu einer bürokratischen Umverteilungsmaschine wird
und denen, die sich etwas geschaffen haben, die Früchte ihrer Arbeit und ihrer Sparsamkeit we
dann steht es schlecht um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft,
um Chancengerechtigkeit
und um echte Solidarität.
Das beste Mittel gegen Armut ist Beschäftigung.
Gerade in einem wirtschaftlich so erfolgreichen Land wie Österreich muss es möglich sein, alle
Wohlstand durch Arbeit heißt, die Teilhabe und Chancen durch Bildung, Ausbildung und Qualif
Die Frage der Finanzierung unserer Sozialsysteme ist eine stete Herausforderung.
Die ÖVP ist dabei die einzige treibende Kraft,
die überholte Strukturen hinterfragt
und dort hilft, wo Hilfe notwendig ist.
Unsere Maßnahmen für sozialen Zusammenhalt im Land:
• Reform der Mindestsicherung: Arbeitsmarktintegration verbessern.
• Systematische Kontrolle alle drei Monate,
ob überhaupt eine Berechtigung zum Bezug der Mindestsicherung besteht.
• Einheitliche Überprüfung der Einkommens-
und Vermögenssituation der Mindestsicherungsbezieher.
• Sofortige Sanktionen, wenn jemand seine Beschäftigung vereitelt oder unrichtige Angaben zu
Vermögen
oder Wohnsitz gemacht hat.
• Rückforderung ungerechtfertigter Auszahlungen der Mindestsicherung vom Empfänger.
• Anreize für AMS-Berater:
Wer einen Klienten vermittelt und zu einem Job verhilft, der soll eine Prämie erhalten.
• Armutsbekämpfung:
Sicherung des notwendigen Bedarfs für Kinder.
• Umdenken im Schulsystem:
von der Schulpflicht zur Bildungspflicht.
Jeder, der das Schulsystem verlässt, soll die Grundfertigkeiten für ein gelungenes Leben mitnel
• Sozialbetrug und Sozialmissbrauch konsequent mit folgenden Schwerpunkten bekämpfen:
o Sozialtourismus,
o E-Card-Missbrauch,
o Missbrauch der Rezeptgebührenbefreiungen,
o Sozialdumping,
o Unterhaltsvereitelung,
o vorsätzlich falsche Angaben oder Meldebetrug bei Sozial-/SV-Leistungen.

Unsere Ziele für freiwilliges Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit:
• Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in der Bürgergesellschaft.
• Freiwilligentätigkeit anerkennen,
Anrechnung für vorgeschriebene Berufsausbildungen
z.B. bei Blaulichtorganisationen
oder in der verbandlichen Jugendarbeit.
• Freiwilliges Soziales Jahr,
freiwilliges Umweltjahr
und freiwilliger Auslandsdienst im Freiwilligengesetz weiterentwickeln,
zum Europäischen Freiwilligendienst ermutigen.
• Versicherungsschutz für gefahrengeneigte ehrenamtliche Tätigkeiten sicherstellen,
z.B. für Bergrettungsmitglieder,
Freiwillige Feuerwehren.
• Weitere Unterstützung der alpinen Vereine im Rahmen der Förderprogramme für alpine Schu
Konsumenten: Schutz und Rechte.
Konsumentenschutz gewinnt in einer zunehmend komplexer werdenden Wirtschaftswelt an Be
Wir setzen uns für einen vernünftigen Schutz der Konsumenten vor unlauteren Praktiken der A
ohne dabei die Vertragsautonomie aus den Augen zu verlieren.
Es braucht pragmatische Regeln,
die auch in der Praxis bestehen,
den Konsumenten nicht entmündigen,
sondern wirksam schützen
und den wirtschaftlichen Verkehr nicht über Gebühr beeinträchtigen.
In den vergangenen Jahren haben wir viel für Konsumenten erreicht:
Durch die Senkung der Immobilienmaklerprovision haben wir den Wettbewerb am Mietmarkt a
nd die Mieter direkt entlastet.
Für alle unbefristeten und zwischen zwei und drei Jahre befristeten Verträge wurde die Provisi
Unser Rezept gegen überhöhte Treibstoffpreise ist Transparenz mit dem Spritpreisrechner und
wonach Preise ab mittags nur mehr gesenkt werden dürfen.
Gegen unerbetene Werbeanrufe – das sogenannte Cold Calling – haben wir durchgesetzt,
dass Verträge über Gewinnzusagen und Ähnliches, die im Zuge unerbetener Werbeanrufe gesc
Zusätzlich haben wir die Informations- und Rücktrittsrechte von Konsumenten bei Kreditverträ
Ein vereintes Europa bringt auch einen besseren Schutz für Konsumenten: 108
Österreichische Politiker waren maßgeblich daran beteiligt, als die Kosten für Mobiltelefonie u
Die Standards für Geld-Überweisungen innerhalb der EU wurden vereinheitlicht – sie dürfen ni
Konsumenten, die in der EU online einkaufen, haben in Zukunft 14 Arbeitstage ab Erhalt der W
Verbesserungen gibt es auch im Reise- und Flugverkehr bei Verspätungen. 108
Bei Pauschalreisen, die nicht dem Angebot entsprechen, haben Konsumentinnen und Konsume
Und Fluggesellschaften, die eine Gefahr für die Sicherheit der Passagiere darstellen, dürfen in g
Unsere Maßnahmen für den Konsumentenschutz:
• Weiterentwicklung des Kompetenzzentrums gegen Internetbetrüger.
• Konsequente Bekämpfung des illegalen Glücksspiels.
• Stärkung der Fahrgastrechte in öffentlichen Verkehrsmitteln.
• Effektive Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen zum Telefonbetrug und Cold Calling.
• Einrichtung einer Info-Hotline für aktuelle Betrugsfälle.
• Verfolgung und Bestrafung von kriminellen und illegalen Verkaufsfahrten.
• Rechtssicherheit im Internethandel/E-Commerce durch vollharmonisierte europäische Regeln
• Transparenz bei Kontoführungsgebühren, Erleichterungen beim Kontowechsel und Grundrec

• Stärkung der Verbraucherrechte gegenüber Telefon-, Internet- und TVProgramm- Anbietern.
Für ein Österreich, das Heimat ist Landwirtschaft:
Politik für den ländlichen Raum.
Österreich ist reich an regionalen Köstlichkeiten.
Die österreichischen Landwirtinnen und Landwirte sind seit jeher ein wichtiger Motor unserer l
Sie sichern unsere Versorgung und bewahren unsere vielfältige Kulturlandschaft.
Mit ihrer täglichen Arbeit tragen sie dazu bei, die Lebensqualität in Österreich auf einem hoher
Davon profitieren alle:
Die ländlichen Regionen ebenso wie der städtische Raum.
Die Erhaltung der flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft,
gestaltet von Familienbetrieben,
ist für die Volkspartei ein grundsätzliches Ziel.
Unsere bäuerlichen Betriebe stehen für die Veredelung von heimischen Produkten
und sind Vorreiter auf dem Gebiet der biologischen Erzeugung.
Sie sind Experten für eine nachhaltige und qualitätsvolle Lebensmittelproduktion.
Die hohe Qualität österreichischer Produkte zeichnet sich nicht zuletzt dadurch aus, dass sie au
Um den Standard unserer heimischen Lebensmittel beizubehalten,
gilt es, die flächendeckende,
wettbewerbsfähige
und ressourcenschonende land- und forstwirtschaftliche Produktion
durch bäuerliche Familienbetriebe aufrechtzuerhalten.
Eine produktive und wettbewerbsfähige bäuerliche Landwirtschaft
sichert gemeinsam mit starken Verarbeitungsbetrieben in der Lebensmittelwirtschaft
weltweit gefragte Produkte,
Arbeitsplätze
und Innovation.
Wir wollen den erfolgreichen Weg Österreichs,
mit der Landwirtschaft als Partner, fortführen.
Die Land- und Forstwirtschaft ist heute auch ein entscheidender Wirtschaftsfaktor im ländliche
Sie schafft Arbeitsplätze und belebt dadurch unsere Regionen.
Insgesamt bieten die Land- und Forstwirtschaft
sowie die direkt vor- und nachgelagerten Bereiche in Österreich 530.000 Menschen Beschäftigu
und erbringen eine Wertschöpfung von 9 Mrd. Euro.
Die energetische Nutzung der Biomasse erspart uns 3,5 Mrd. Euro für den Import fossiler Energ
und soll weiter ausgebaut werden.
Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Betriebe
und der Einkommen unserer Bäuerinnen und Bauern
ist ein entscheidender Faktor für die Erhaltung der Produktion
und der Bewirtschaftung des ländlichen Raums sowie der Alpen.
Wir werden daher auch weiterhin Österreichs starke und einzige Stimme in Europa sein,
wenn es um die Interessen der heimischen Bäuerinnen und Bauern sowie die Sicherung der Lei
Bildung und Forschung sind die wichtigsten Ressourcen für die Bewältigung neuer Herausforde
Um am Puls der Zeit zu bleiben,
wollen wir insbesondere die agrarische Forschung in zukunftsträchtigen Bereichen wie nachhal
Anpassung an den Klimawandel
und Erneuerbare Energien fördern.
Europaweit nimmt Österreich heute eine Vorreiterrolle bei gentechnikfreien Lebensmitteln ein
Wir bekennen uns auch weiterhin zur gentechnikfreien Produktion

und sehen darin eine Chance sowie ein Signal an die Konsumentinnen und Konsumenten,
dass Lebensmittel in Österreich nach höchsten Standards hergestellt werden.
Wir halten überzeugt an unserem Selbstbestimmungsrecht fest.
Der ländliche Raum ist für uns vitaler Lebensraum, den wir auch in Zukunft erhalten wollen.
Wir treten für einen fairen Ausgleich zwischen Stadt und Land ein,
was die Ressourcenzuteilung,
Investitionen in Infrastruktur und Verkehrsnetze,
den Zugang zu Beschäftigung,
Aus- und Weiterbildung
und zur Informations- und Wissensgesellschaft betrifft.
Die Nahversorgung mit Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs muss auch in Zukur
Wir sind offen für urbane Potenziale,
die vor allem in gesellschaftlichen,
wirtschaftlichen
und kulturellen Innovationen liegen.
Dieser Ausgleich des gelebten Nebeneinanders von Innovation und Tradition
macht den kulturellen Reichtum Österreichs aus.
Unsere Maßnahmen für die Landwirtschaft:
• Sicherung einer starken europäischen Landwirtschaftspolitik.
• Stärkung der ökologischen Nachhaltigkeit
und ressourcenbewusster Produktionsweise bäuerlicher Betriebe.
• Sicherung der nationalen Kofinanzierungsmittel der Programme der ländlichen Entwicklung
(Ausbildung,
Umweltprogramm,
Bergbauernprogramm
und Investitionsprogramm)
in der Höhe von 50% durch Bund und Länder.
• Anhebung der Buchführungsgrenze auf 700.000 Euro Umsatz
– wie für Gewerbetreibende.
• Regionale Lebensmittelproduktion und Vermarktung fördern.
• Sichere und gesunde Lebensmittel
(verlässliche Kennzeichnung,
klare Produktionsvorschriften,
wirksame Kontrollen).
• Stärkung der AMA-Gütezeichen als einzige gesetzliche Gütezeichen im Lebensmittelbereich.
• Stärkung des Marktauftritts bei Wein,
Obst und
Spezialkulturen
im In- und Ausland.
• Diversifikation der Absatzmöglichkeiten und Stärkung der Position der bäuerlichen Anbieter.
• Schaffung klar nachvollziehbarer Herkunftsangaben auf europäischer Ebene.
• Geringere Kosten durch „bewusst Leben“:
Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung (Sensibilisierung).
• Förderung der Investitionsfähigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugerorganisationen
in Zusammenarbeit mit der Lebensmittelwirtschaft.
• Stärkung der inländischen Eiweißproduktion.
• Absicherung der Gentechnikfreiheit in Österreich
durch wettbewerbsfähige Alternativen.

• Beibehaltung der modernisierten Einheitswerte in der Land- und Forstwirtschaft als Steuerbe
• Sicherung der Produktionsgrundlage Boden.
• Förderung von Frauen als Betriebsleiterinnen auf unseren Höfen.
• Stärkung des ländlichen Raumes als Lebens-,
Erholungs-
und Wirtschaftsraum.
• Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des ländlichen Raumes
u.a. durch einzelbetriebliche Investitionsförderungen.
• Sicherstellung und Ausbau einer hochwertigen Gesundheitsversorgung und Pflege im ländlich
• Diskriminierungsfreier Zugang für landwirtschaftliche Bewirtschaftungsorganisationen zu alle
• Ausbau des modernen Aus- und Weiterbildungsangebotes für Landwirte:
Steigerung der Betriebsleiter und Betriebsleiterinnen mit Meisterprüfung und Matura um 20%
• Qualifikationsprogramme für die Jugend im ländlichen Raum.
• Forcierung der agrarischen Forschung in den Bereichen nachhaltige Intensivierung,
Anpassung an den Klimawandel
und Erneuerbarer Energien.
Umwelt und Klima:
Die Bedürfnisse der Erde ernst nehmen.
Die Umwelt verlangt einen besonderen Schutz.
Die Schönheit unserer Landschaft ist nicht nur Naherholungs- und Urlaubsraum für tausende Ö
sie wird auch von ausländischen Gästen in hohem Ausmaß geschätzt,
was die hohen Nächtigungszahlen im Tourismus bestätigen.
Umweltschutz ist Standortpolitik und unsere Verantwortung für die nachfolgenden Generation
Wir wollen ihnen ein Österreich hinterlassen, das auch für sie Lebensqualität bietet.
Wir leisten unseren Beitrag zum Klimaschutz
und haben dafür ein Klimaschutzgesetz beschlossen,
das den Klimaschutz in Österreich erstmals verbindlich macht.
Bund, Länder und Gemeinden ziehen durch diese Innovation an einem Strang.
International setzen wir uns für ein globales Klimaschutzabkommen
unter Einbeziehung der USA, Chinas und der Schwellenländer ein.
Gegen die Feinstaubbelastung
haben wir ein Luft-Immissionsschutzgesetz beschlossen,
das es den Landeshauptleuten erlaubt,
direkte Maßnahmen bei den Verursachern zu setzen.
Die ÖVP schützt unser Wasser.
Mit dem Nationalen Gewässerbewirtschaftungsplan halten wir unsere Seen und Flüsse sauber
und sichern auch weiterhin sauberes Trinkwasser für alle Österreicherinnen und Österreicher.
Und wir entscheiden selbst über unser Wasser,
beim EU-Vertrag von Lissabon haben wir das Einstimmigkeitsprinzip bei der Ressource Wasser
Aufgrund seiner geographischen Lage wird Österreich immer wieder von schweren Naturkatast
Zuletzt standen im Frühsommer 2013 große Teile Tirols, Salzburgs, Oberösterreichs und Nieder
Die bisher erfolgten Maßnahmen im Hochwasserschutz haben dabei gute Wirkung gezeigt.
Diesen Weg setzen wir konsequent fort
und stellen mit dem Aktionsprogramm „Hochwassersicheres Österreich“ in den kommenden fü
Unser Programm für eine saubere Umwelt
und den Klimaschutz:
• Atomkraft ist keine sichere und nachhaltige Energieversorgung:
konsequente Fortführung der Stresstests bei Atomkraftwerken.

• Sicherung der Wasserreserven Österreichs
und der Versorgung mit gesundem Trinkwasser.
• Umstellung auf erneuerbare und gleichzeitig umweltfreundliche Heizsysteme.
• Fortführung der thermischen Sanierung.
• Ausbau der Klima- und Energiemodellregionen (bisher 1.100 Gemeinden mit 2 Mio. Mensche
• Ausbau der Vorreiterrolle Österreichs bei Biotechnologien.
• Umwelt- und Klimaschutz als Jobmotor:
plus 100.000 Green Jobs bis 2020 Aktionsprogramm „Hochwassersicheres Österreich“ mit 1 Mr
• Forcierung der stofflichen Nutzung von biogenen Materialien zum Ersatz von Materialien aus
• Ausbau von Nutzungskaskaden (= Mehrfachnutzung) zur Steigerung der energetischen Effizie
• Geringere Energiekosten durch „bewusst Leben“:
Sensibilisierung beim Energieverbrauch und Maßnahmen zum Energiesparen.
• Gesamtenergiebilanz nach Lebenszyklen von Gebäuden.
• Chance der zweiten Generation nutzen:
Effizienzsteigerung der Biogasanlagen
und Einleitung des Wandels beim Substrateinsatz.
• Schaffung von Rahmenbedingungen zur Einspeisung von Biomethan in das Erdgasnetz.
• Optimierung der Abwärmenutzung.
• Weiterentwicklung von Biotreibstoffen,
Beibehaltung der Prioritäten:
Teller,
Trog,
Tank
und kaskadische Nutzung.
• Forcierung von Holz als Baustoff.
• Schaffung stabiler Rahmenbedingungen zur Förderung von Ressourceneffizienz
und Wiederverwertung.
• Stärkung des Wettbewerbs in der Abfallwirtschaft.
• Klimaschutz:
grenzüberschreitende Lösungen als Ziel,
weltweit verbindliche Klimaschutzziele
unter Einbeziehung der USA, Chinas und Indiens.
• Verstärkte Nutzung von Wertschöpfungspotenzialen alternativer Antriebe/ E-Mobilität in Öst
Wohnen:
Erschwingliches Eigentum,
bezahlbare Mieten.
Wer in unserem Land arbeitet und lebt, soll sich auch ein Haus oder eine Wohnung leisten kön
– weil Tatkraft und Fleiß sich auszahlen müssen.
In den letzten Jahren sind die Preise für Wohnraum
– sowohl bei Eigentum als auch bei Mieten – stark gestiegen.
Der Spardruck der öffentlichen Hand,
steigende Kosten für Grund und Boden,
höhere Baukosten durch höhere technische Anforderungen,
Veränderungen in der Gesellschaft
und die Turbulenzen auf den Finanzmärkten
sind die Ursachen, die im Zusammenwirken Wohnen in den letzten Jahren teurer gemacht hab
Die Wohnkostendynamik hat eine Dimension angenommen,
durch die es auch für den Mittelstand kaum mehr angemessenen und leistbaren Wohnraum gi

Die ÖVP hat ein Programm für leistbares Wohnen vorgelegt,
mit dem 50.000 neue Wohnungen in der nächsten Gesetzgebungsperiode gebaut werden könr
Moderate Wohnkosten sind nicht nur für die Menschen selbst,
sondern auch für unseren Wirtschaftsstandort wichtig.
Dabei geht es aber nicht einfach um „billigeres Wohnen“
– wir verfolgen einen ganzheitlichen Ansatz:
Nachhaltigkeit und Mobilität,
die Bedürfnisse jüngerer und älterer Generationen und Familien müssen gleichermaßen berüc
Leistbarkeit macht auch nur in Verschränkung mit anderen Zielen Sinn:
Qualität des Wohnraums,
Energieeffizienz,
Innovation
und eine leistungsfähige Bauwirtschaft.
Es geht um eine langfristig sichere,
für alle Bevölkerungsschichten leistbare Wohnversorgung.
Wir wollen der Partner für die Menschen sein,
die ihr Leben selbst in die Hand nehmen.
Mietpreisbeschränkungen schaffen keine einzige neue Wohnung
und führen langfristig zu einem völligen Erlahmen des Wohnungsmarktes.
Wir kennen das Ergebnis aus den 70er Jahren,
als graue Fassaden das Stadtbild prägten
und unsanierte Mietwohnungen der Standard waren.
Wir wollen einen anderen Weg gehen,
mit klugen Maßnahmen, die wenig kosten und dennoch viel bringen.
Wir wollen mehr Angebot durch eine Mobilisierung des Wohnungsmarktes schaffen.
Der Neubau soll intensiviert
und die Baukosten geringer werden,
ungenützte Kapazitäten sollen verwertet werden
und jeder soll die Möglichkeit haben, sich durch Arbeit Eigentum zu schaffen.
Dazu braucht es einen intelligenten Mix an Maßnahmen,
wie ihn die ÖVP vorgestellt hat,
der die gesamte Breite der Wohnbauwirtschaft miteinbezieht.
Bedürfnisse des Ballungsraums und des ländlichen Raums müssen gleichwertig behandelt wer
Am Ende sorgt das für mehr privat genutzte Wohnungen,
mehr Eigenheime
und auch ein größeres Angebot an bezahlbaren Mieten.
Die Grundpfeiler unserer Wohnbaupolitik sind:
1. Schaffung von neuem Wohnraum.
2. Mobilisierung des Wohnungsmarktes.
3. Österreich zu einem Land der Haus- und Wohnungseigentümer machen.
Unser Programm für leistbares Wohnen:
• Förderung der Bautätigkeit gemeinnütziger Bauvereinigungen
durch Anreize der Darlehensvergabe innerhalb des Sektors
(Möglichkeit der reservekapitalmindernden Darlehensvergabe an andere gemeinnützige Bauve
• Mobilisierung von Kapital für den Wohnbau durch Verkürzung der steuerfreien Reservekapita
• Absicherung der Wohnbauförderung über den Finanzausgleich.
• Schaffung einer Widmungskategorie „geförderter Wohnbau“.
• Bessere Nutzung bestehender Flächen durch Nachverdichtung.

• Senkung der Baukosten durch Deregulierung und Vereinheitlichung der Vorschriften.
• Faires Mietrecht:
Ökologisierung des Mietrechts
durch Zu- und Abschläge nach Energiebedarf der Wohneinheit.
Transparente Darstellung der Zu- und Abschläge im Mietvertrag.
• Gerechtigkeit im Gemeindebau durch:
öffentlich einsehbare Reihungslisten,
Stopp der Gemeindebau-Zweitwohnung,
regelmäßige Überprüfung der Vergabekriterien
und gegebenenfalls Rückstellung der Wohnung,
Anpassung der Mieten oder Kaufoption,
Gleichstellung des Eintrittsrechts an Bestimmungen des Mietrechts.
• Erweiterung des Sanierungsschecks um die Kategorie „seniorengerechtes Wohnen“.
• Entwicklung und Förderung von Projekten für intergenerratives Wohnen.
• Eigentumsbildung für Junge erleichtern durch:
Abschaffung der Grunderwerbsteuer und Grundbucheintragungsgebühr für die erste eigene W
(Finanzierung über Veräußerung von Büroflächen von nicht öffentlichem Interesse).
• Sozialen Wohnbau für Jungfamilien öffnen.
• Entfall der Mietvertragsgebühr für unter 35-Jährige.
• Kasernenverkäufe für den Zweck des leistbaren Wohnens nutzen.
• Keine Eigentumssteuer, die Wohnen teurer macht.
Sport:
Ausgleich
und Antriebskraft.
Das ehrenamtliche Vereinswesen ist eine der Säulen der funktionierenden österreichischen Ge
und des Sports in Österreich.
Die Sportvereine leisten wertvolle Arbeit für unsere Jugend.
Diese Säule muss in sich wandelnden Zeiten gestärkt werden.
Dazu braucht es mehr Anreiz und Dank für ehrenamtliches Engagement,
die öffentliche Anerkennung der Leistungen dieser bürgergesellschaftlichen Struktur
und die inhaltliche und finanzielle Vernetzung mit Politikfeldern
wie Gesundheitsförderung,
Bildung
und Integration.
In den jungen Jahren werden bei Menschen die Grundlagen für ihre spätere Entwicklung gelegt
Die Freude an der Bewegung,
das Bewusstsein für die eigene Gesundheit
und der Erwerb von vielfältigen sozialen Kompetenzen können ganz entscheidend über Sporta
Die österreichischen Sportvereine können hier
als Partner der Schulen und Kindergärten einen wesentlichen Beitrag liefern.
Für derartige Bewegungsinitiativen und -programme sind rechtliche Rahmenbedingungen zu sc
und eine ausreichende Finanzierung ist sicherzustellen.
Durch eine Bündelung der Kräfte von Bund und Ländern mit den Fachleuten des organisierten S
soll in einer gemeinsamen Planungsebene für Spitzensport („Austrian Olympic“) binnen fünf Ja
und ein Netzwerk von Kompetenz- Sportzentren erarbeitet werden.
Wir wollen eine Sportstätten-Offensive für Österreich
und eine Optimierung der betreuungstechnischen Rahmenbedingungen
(Sportwissenschaft, Trainerwesen etc.) für den heimischen (Spitzen-)Sport.

In diesem Plan sind auch Synergien mit dem Breitensport darzustellen,
um auch den Gesundheitsaspekt des Sports weiter zu stärken.
Sport kann von Menschen mit Behinderung aufgrund des dabei erhöhten Aktivitäts- und Betre
Die Ausbildung von körperlichen Fähigkeiten ermöglicht aber die sicherere Bewältigung von All
fördert das Selbstbewusstsein ¨
und erleichtert schließlich auch die soziale Integration.
Die besonderen Bedürfnisse des Behindertensports sind daher in der Sportförderung finanziell
die strukturelle Eingliederung in den nicht-Behindertensport ist weiter zu forcieren.
Unsere Maßnahmen für den Sport:
• Optimierung der Rahmenbedingungen im Spitzensport.
• Gestaltung eines neuen Sportstättenplans für Österreich.
• Förderung des Breitensports:
Sport und Bewegung zum Nutzen für die Gesellschaft.
• Den Sport als Partner der Schulen und Kindergärten verankern.
• Sicherstellung einer täglichen Bewegungseinheit in der Schule.
• Besondere Förderung des Mädchen- und Frauensports.
• Sportangebote für alle Generationen schaffen.
• Sport als Schlüssel für Integration stärker nutzen.
• Sicherstellung der ausreichenden Förderung des Behindertensports.
Für ein Österreich der Bildung,
Forschung
und Kultur
Bildung:
Vielfalt.
Chancen.
Leistung.
Bildung und damit die Chancen unserer Kinder und Jugendlichen sind die zentrale Zukunftsfrag
Persönliche Entfaltung,
beruflicher Aufstieg,
das gesellschaftliche Zusammenleben,
wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit
und unser Wohlstand
in einer globalisierten Welt
sind wesentlich von Bildung und Ausbildung abhängig.
Wir wollen allen Kindern die bestmöglichen Chancen für ihre Zukunft gewährleisten.
Dazu braucht es ein durchlässiges Bildungssystem,
in dem Leistung auch etwas wert ist.
Fördern und fordern entsprechend dem individuellen Leistungsstand gehören hier ebenso dazu
wie eine Differenzierung nach Leistung als sozialste Form der Differenzierung.
Die Stärke unseres Bildungssystems liegt in seiner Vielfalt.
Österreich hat nicht zuletzt aufgrund seines zweigliedrigen Schulsystems eine der niedrigsten J
und die niedrigste Quote bei Schulabbrechern.
Wir wollen kein ideologisch motiviertes Bildungssystem,
das Ergebnisgleichheit zum Ziel hat.
Wir wollen ein Bildungssystem, das fordert und fördert,
in dem Individualität, Kreativität und Leistung anerkannt werden
und in dem auf die Interessen, Neigungen und Begabungen jeder einzelnen Schülerin bzw. jede
Dazu gehört auch der Ausbau von Begabungsförderung.

Wir brauchen den Mut zu Eliten.
Die Grundlage für einen erfolgreichen Bildungsweg wird bereits in frühen Jahren gelegt.
Wir wollen Chancengerechtigkeit für alle Kinder
und legen daher einen klaren Fokus auf den Spracherwerb.
Denn wer die Sprache nicht beherrscht, fällt bereits zu Beginn des Bildungsweges zurück
– ein Rückstand, der oft nur mehr schwer aufgeholt werden kann.
Für die ÖVP ist der Kindergarten ein integrierter Teil im Bildungssystem
– in Zukunft soll hier eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Kindergarten und Volksschule
Der Kindergarten soll aber auch weiterhin der Ort sein, an dem Kinder einfach auch Kind sein k
Sprachkenntnisse, grundlegende motorische Fähigkeiten und Sozialverhalten werden im junge
Vor Schuleintritt muss die Sprachkompetenz so weit gefestigt sein, dass jedes Kind dem Unterr
Unser differenziertes Bildungssystem bereitet unsere Schülerinnen und Schüler bestmöglich au
Gymnasium und Mittelschule sind zwei verschiedene Wege zum Ziel,
den Kindern und Jugendlichen die bestmögliche Förderung garantieren zu können.
Unser berufsbildendes Schulsystem, einer der Erfolgsfaktoren Österreichs im internationalen W
wollen wir weiter ausbauen und stärken.
Nach dem Grundsatz „kein Abschluss ohne Anschluss“ wollen wir die Durchlässigkeit innerhalb
Dazu brauchen wir eine Weiterentwicklung der Bildungsstandards sowie eine Evaluierung der t
Zusätzlich wollen wir mit einer Mittleren Reife für Schülerinnen und Schüler einen Kompetenzr
er auch von aufnehmenden Bildungseinrichtungen oder Arbeitgebern als ein wichtiges Instrum
Wir stehen zu einem umfassenden Angebot an Tagesbetreuung an unseren Schulen,
sehen aber die Wahlfreiheit darüber, ob, wann und wie oft ein Kind Tagesbetreuung in Anspru
Um die Kinder ebenso wie ihre Eltern bestmöglich zu fördern und zu unterstützen,
gilt es, qualitativ hochstehende und vor allem flexible Angebote zu machen
– für alle, die sie in Anspruch nehmen wollen.
Daher setzen wir uns für eine verpflichtende Bedarfserhebung der Schulen
und ein möglichst flächendeckendes Angebot in ganz Österreich ein.
Neben der Vermittlung von Wissen
stehen die Schulen vor der Herausforderung, auf viele gesellschaftliche Fragen eingehen zu mü
Dazu gehören die Auseinandersetzung mit Religionen,
Werten
und Weltbildern,
die Vermittlung von Politischer Bildung
und Medienkompetenz,
Bewegung
und Gesundheitsbewusstsein
und eine Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkompetenz.
Der Ruf nach eigenen Unterrichtsfächern greift dabei zu kurz,
vielmehr ist zu prüfen, wie die Einbindung der Vermittlung derartiger Grundkompetenzen in de
Wir wollen eine Schule, die Zukunft schafft,
und dazu brauchen wir die besten Lehrerinnen und Lehrer
und gleichzeitig Wertschätzung für ihre Leistung.
Dafür braucht es Rahmenbedingungen, in denen die Lehrerinnen und Lehrer, befreit von Verw
Zeit und Raum für individuelles Eingehen auf ihre Schülerinnen und Schüler haben.
Im Sinne gelebter Schulpartnerschaft wollen wir autonome Entscheidungsmöglichkeiten
und Schwerpunktsetzungen an den Schulen durch die Eltern,
Schülerinnen und Schüler
sowie Lehrerinnen und Lehrer vor Ort weiter ausbauen.

Schule kann viel leisten,
aber die Erziehung durch die Eltern nicht ersetzen.
Daher sind Eltern im Sinne einer Erziehungspartnerschaft verstärkt einzubeziehen.
Es braucht aber auch etwa im Bereich der Gewaltprävention oder sozialer Herausforderungen f
auf das sowohl Eltern als auch Lehrer zurückgreifen können.
Unser Bildungsweg für Österreich:
• Zweites Kindergartenjahr:
Gratis für alle,
verpflichtend für jene, die es brauchen.
• Sprachförderung neu:
Deutsch vor Schuleintritt
und Deutsch-Intensivvorbereitung für Quereinsteiger.
• Stärkung der Volksschule:
Im Zentrum der Volksschule steht die Vermittlung der Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Re
• Gymnasium und Mittelschule:
Zwei Wege zum Ziel.
Begabungsförderung
und Kooperationsmöglichkeiten der Schulen mit Universitäten ausbauen.
• Kein Abschluss ohne Anschluss – ¨
Durchlässigkeit weiter fördern,
verstärkte Orientierungshilfe an den Übergängen im Bildungssystem.
• Weitere Prioritäten im Unterricht setzen:
Ethikunterricht für all jene, die keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchen;
Politische Bildung
(Schwerpunkte Österreich und Europa) 108
und Medienkompetenz stärken;
Bewegung und Gesundheitsprävention einen neuen Stellenwert einräumen;
Wirtschafts- und Finanzkompetenz stärken.
• Mittlere Reife am Ende der 9. Schulstufe als Kompetenznachweis für Schüler
und damit als Instrument für weiterführende Bildungseinrichtungen und Arbeitgeber implemer
• Schulpartnerschaft und Schulautonomie stärken.
• Erfolgsmodell Berufsbildung ausbauen
und Weiterbildung,
etwa durch eine Berufsakademie, ermöglichen.
• Ausbau ganztägiger Betreuung:
Flächendeckend,
bedarfsorientiert
und auf freiwilliger Basis.
• Schulen sind Häuser der Zukunft:
Wir wollen die größte Schulbauoffensive der Zweiten Republik.
• Neues Lehrerdienstrecht für neueintretende Lehrerinnen und Lehrer.
• Einrichtung einer zentral verantwortlichen Stelle zur Umsetzung der Strategie „Lebensbegleit
Wissenschaft und Forschung: Ressourcen für die Zukunft.
Wissenschaft und Forschung sind Werte an sich,
die als eine Triebfeder der gesellschaftlichen und kulturellen Weiterentwicklung unseres Lande
Wir sind überzeugt:
Wenn wir heute die richtigen Weichen stellen, können wir auch in Zukunft die Chancen der Wis
Wissen bereichert den Einzelnen und die Gesellschaft mit geistigen Werten.

Es ist aber auch ein entscheidender Faktor im internationalen Standortwettbewerb.
Der Wohlstand von morgen wird immer mehr über die wissensbasierte Ökonomie abgesichert.
Universitäten und Hochschulen sind seit Jahrhunderten überaus wichtige und grundlegende Ei
Als Leitinstitutionen in einer wissensbasierten Wirtschaft wirken Universitäten standortbezoge
– Universitäten wandern nicht ab
–, sie sind ebenso „Anziehungspunkte“ für neue Ideen
und Investitionen sowie „Transformatoren“ von Ideen hin zu Innovationen.
Die Zahl der Studienanfänger ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen.
Es studieren heute nicht nur mehr Menschen,
die Studierenden sind auch mobiler geworden
und können in Studienaustauschprogrammen in aller Welt ihren Studien nachgehen.
Der wissenschaftliche Nachwuchs nimmt über Förder- und Austauschprogramme an europäisc
und internationalen Entwicklungen teil
und hilft damit, den Wissensaustausch von und nach Österreich zu sichern.
Mit der Hochschulmilliarde haben wir gerade in budgetär herausfordernden Zeiten die Finanzie
Wir wollen den privaten Anteil an der Universitätsfinanzierung erhöhen
und schlagen dafür neben maßvollen Studienbeiträgen
Finanzierungsinstrumente
und Kooperationen mit Partnern aus der Wirtschaft vor.
Wir treten konsequent für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ein
und wollen die Autonomie der Universitäten
– ein international beachtetes Erfolgsmodell,
das die ÖVP-geführte Regierung verwirklicht hat – weiter ausbauen,
etwa in Fragen der Studienbeiträge und Zugangsregelungen.
Die Universitäten selbst sollen entscheiden, ob sie Studienbeiträge einheben
und im Rahmen einer flächendeckenden Studienplatzfinanzierung durch Zugangsregeln eine ho
Österreich hat in den vergangenen Jahren enorme Anstrengungen im Bereich Forschung und E
Mit der FTI-Strategie des Bundes haben wir uns dieses Ziel gesetzt.
Auch im Bereich der Forschungsfinanzierung sind wir gegen ein Gießkannenprinzip;
als kleines Land mit begrenzten Ressourcen fördern wir Projekte gezielt
und leistungsorientiert.
Die Grundlagenforschung,
Erkenntnisstreben ohne Blick auf unmittelbare Anwendungen, soll vom Staat ausreichend finar
Vor allem im Bereich der angewandten Forschung streben wir eine Erhöhung der Mittel
durch private Forschungsfinanzierungen an.
Unser Ziel ist die deutliche Anhebung der Forschungsquote.
Wir stehen dem Innovationspotenzial von Forschung und Entwicklung offen gegenüber,
treten dabei jedoch für einen verantwortungsbewussten Umgang mit technischen Möglichkeit
Die Würde des Menschen und das Recht auf Leben sind auch in der Forschung zu respektieren.
Unser Programm für Wissenschaft und Forschung:
• Studienplatzfinanzierung
und fairer Unizugang, der sich an vorhandenen Lehrkapazitäten orientiert
(transparente Zugangsregeln,
Sicherung entsprechender Ressourcen).
• Erfolgsmodell Universitätsautonomie ausbauen
(u.a. Bestellmodus für Uni-Räte ändern,
generelle universitätsautonome Studienbeiträge).
• Beste Qualität und Rahmenbedingungen für Lehrende und Studierende

(treffsichere Studienbeihilfe,
leistbarer Studierendenkredit).
• Universitäre Standorte stärken
und Profile schärfen:
Weiterarbeit mit dem österreichischen Hochschulplan
und der Hochschulkonferenz.
• Dauerhafte Absicherung von österreichischen Studienplätzen im Medizinstudium und in ande
• Internationalität,
Mobilität
und Durchlässigkeit an Universitäten
und Fachhochschulen fördern.
• Bachelor am Arbeitsmarkt etablieren,
Anerkennung bei Rot-Weiß-Rot-Card.
• Private Finanzmittel im Hochschulbereich steigern:
gezielte Anreize zur Erhöhung von Drittmitteln:
Projektkooperationen,
gemeinsam genutzte F&E-Infrastruktur,
Mäzenatentum,
Fundraising,
Sponsoring;
attraktive Rahmenbedingungen für private Finanzierungen
(z.B. Stiftungsrecht).
• Fachhochschulen:
Ausbau um 10.000 Studienplätze auf rund 50.000 Studienplätze.
Unser Programm für Forschung und Innovation:
• Langfristige Anhebung der Forschungsfinanzierung,
insbesondere der Grundlagenforschung über alle Disziplinen hinweg,
von naturwissenschaftlich- technisch
bis geistes-,
sozial-
und kulturwissenschaftlich.
• Langfristiges Ziel:
Forschungsquote von 6 % des BIP
(Privatisierungserlöse in F&E investieren).
• FTI-Strategie mit ausreichenden Mitteln versehen und konsequent umsetzen.
• Mehr gemeinsame Innovationskraft:
Brücken und Wissenstransfer(-zentren) zwischen Grundlagenforschung,
angewandter Forschung
und Wirtschaft stärken,
um Innovationsprozesse zu beschleunigen;
Forschungscluster ausbauen.
• Infrastrukturprogramm für die Forschung.
• Weniger Bürokratie bei Forschungsförderung:
Synergien steigern und Doppelgleisigkeiten vermeiden durch die Bündelung der Forschungsage
• Entwicklung eines österreichischen Forschungsraumes – Koordination der Forschung von den
• Talente wecken,
Karrierewege ermöglichen,
Nachwuchsforscher fördern.

• Ausweitung des Innovationsbegriffes auf nicht forschungsbasierte Innovation
(z.B. Kreativwirtschaft,
Dienstleistungssektor).
• Neugier und Interesse wecken:
Beteiligung der Bevölkerung an
und Kommunikation von Forschung verbessern.
• Österreich verstärkt als starken internationalen Forschungspartner im Europäischen Forschur
und darüber hinaus positionieren.
• Humanforschungs-Gesetz:
gesetzliche Absicherung in ethisch-sensiblen Themenbereichen.
Kunst und Kultur:
Vielfalt und Freiheit.
Österreich ist reich an Kunst und Kultur und wir können mit Stolz auf die großen Leistungen un
Wir haben nicht nur ein reichhaltiges kulturelles Erbe,
sondern auch eine rege Kunstszene in der Gegenwart.
Ob in der bildenden Kunst,
in der Literatur
oder der Musik,
in der darstellenden Kunst
oder in der Architektur:
Österreich war und ist Kulturland und das soll auch in Zukunft so sein.
Wir wollen, dass jede und jeder in Österreich Zugang zu Kunst und Kultur hat.
Gerade junge Menschen sollen für Kunst und Kultur begeistert werden
– denn Inspiration ist die Triebfeder für Kreativität.
Die Aufgabe der Politik sehen wir darin,
der Kunst die notwendigen Mittel
und besten Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen,
damit sie sich frei und offen entfalten kann.
Offenheit,
Freiheit u
nd Förderung sind drei Säulen guter Kulturpolitik.
Ein Thema, das zunehmend ins Blickfeld einer breiten Öffentlichkeit gerät, ist der Schutz des ge
Die digitale Revolution der neuen Medien hat zu unzähligen neuen Zugängen zu geschützten I
Das Urheberrecht hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können.
Deshalb tritt die ÖVP für die Novellierung und Modernisierung des Urheberrechts ein,
um den Schutz des geistigen Eigentums an die Gegebenheiten der heutigen Zeit anzupassen.
Denn es ist wichtig, das Bewusstsein für den Wert kreativer Leistung zu schärfen.
Ein wesentliches Anliegen ist uns auch die Bewahrung und Förderung der regionalen Vielfalt in
Die Regionen sind Impulsgeber und Zentren künstlerischen und kulturellen Schaffens.
Als solche wollen wir sie stärken und weiter fördern.
Gleichzeitig gilt es auch, der internationalen Positionierung der österreichischen Kulturlandsch
Unsere Ziele für Kunst und Kultur in Österreich:
• Gesetzliche Verankerung des Film-/Fernseh-Abkommens.
• Gesetzliche Verankerung des Fördermodells „Filmstandort Austria“ (FISA), um für mehr Planu
• Forcierung der Verwertungsförderung im Online-Filmbereich.
• Anerkennung und öffentliche Bewusstseinsschaffung für die heimischen Filmfestivals.
• Steigerung der Verwertung und Verbreitung österreichischer Musikproduktionen.
• Weiterer Ausbau der Unterstützung für Innovationen der Kreativwirtschaft,

die sich in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Erfolgsfaktor auch für den Wirtschaftsstar
• Novellierung und Modernisierung des Urheberrechts,
um Rechtssicherheit
und einen fairen Interessensausgleich zwischen den Nutzern und den Herstellern von geistigem
• Absicherung und nachhaltige internationale Positionierung der österreichischen Bundestheat
und Bundesmuseen
sowie der Österreichischen Nationalbibliothek.
• Belebung des österreichischen Kunstmarktes
und der österreichischen Kulturinstitutionen
durch die Ermöglichung der steuerlichen Absetzbarkeit von Kunstsponsoring
sowie steuerlichen Begünstigung von Zuwendungen an Kultureinrichtungen.
• Wahrnehmung der Baukultur als umfassendes Anliegen mit Qualitätsanspruch:
Schaffung sozialer,
ökonomischer,
ökologischer
und kultureller Rahmenbedingungen für ein lebenswertes Umfeld.
• Stärkung des kulturellen Lebens in den einzelnen Regionen über den Ausbau der Förderung r
Für ein gutes Zusammenleben in Österreich
Integration und Werte:
Regeln fürs Zusammenleben.
Mit der Schaffung des Staatssekretariats für Integration haben wir in Österreich eine neue Kult
Die Diskussion über Menschen mit Migrationshintergrund war lange beherrscht von realitätsfe
und von teils fremdenfeindlichen Parolen rechter Hetzer.
Als Partei der politischen Mitte erteilt die ÖVP allen radikalen Positionen eine klare Absage.
Wir haben die Diskussion versachlicht
und dorthin gebracht, wo sie hingehört:
in die Mitte der Gesellschaft.
Integration ist ein Thema, das uns alle betrifft,
ein Geben und Nehmen zwischen Menschen mit Migrationshintergrund
und jenen, die Österreich schon länger ihre Heimat nennen.
Dazu braucht es auf der einen Seite eine Willkommenskultur in Österreich
und auf der anderen Seite die Bereitschaft der Zugewanderten,
sich integrieren zu wollen.
Zusammenleben erfordert Regeln.
Wir sind überzeugt, dass wir auch weiterhin friedlich zusammenleben können,
wenn wir uns an gemeinsame Spielregeln halten.
Unsere Werte sollen dabei als Richtschnur gelten:
Respekt vor der Würde des Menschen,
das Recht auf Selbstbestimmung,
Freiheit in Verantwortung und Selbstdisziplin,
Verantwortung auch für andere zu übernehmen
und die Gleichwertigkeit der Menschen in ihrer Vielfalt als Grundlage für Gerechtigkeit zu achte
Zusammenleben erfordert auch zusammenhalten
– ohne Gemeinwohl verliert eine Gesellschaft ihr menschliches Gesicht.
Das ehrenamtliche Engagement ist ein wichtiger Faktor für Integration.
Die ÖVP hat sich dafür eingesetzt, dass Menschen mit Migrationshintergrund bei allen Freiwilli
Sich einzubringen
und der Fortschritt der Integration spielen in Zukunft auch bei der Verleihung der Staatsbürger

Wer ausgezeichnet integriert ist
und weitere Kriterien erfüllt,
kann sie bereits nach sechs Jahren beantragen.
Integration durch Leistung und nicht durch Absitzen einer bestimmten Zeit.
Ein friedliches Zusammenleben zu sichern
erfordert es auch, einzugreifen, wenn Grenzen überschritten werden.
Toleranz darf nicht als Ignoranz gegenüber bestehenden Problemen verstanden werden
und kennt dort ihre Grenzen, wo sich andere ihrerseits intolerant und rücksichtslos verhalten.
Wir werden sicher keine Parallelgesellschaften
und Gewalt gegen Frauen tolerieren,
nur weil sich manche auf vermeintlich religiöse Regeln berufen.
Respekt braucht es nicht nur vor den Menschen,
sondern auch vor dem Eigentum,
das sich die Menschen in harter Arbeit geschaffen haben.
Eigentum gibt Sicherheit
und beugt für spätere Zeiten vor.
Es stärkt die Verantwortung
und verpflichtet gleichzeitig gegenüber den Mitmenschen.
Eigentum stärkt die Mitte gegenüber totalitären Tendenzen
und ist die Grundlage für Solidarität.
Es ist kein Zufall, dass es eine freie und solidarische Gesellschaft ohne privates Eigentum noch n
Wer das Eigentum der Menschen in Frage stellt, endet in einer Gesellschaft, die wir nicht wolle
Wir wollen, dass Österreich ein Land der Eigentümer wird,
daher wollen wir die Eigentumsbildung fördern
und nicht Eigentum schlechtmachen.
Kein Schwacher wird stärker, wenn ein paar Starke schwächer werden.
Wir brauchen Starke, um Schwache stärken zu können.
Die ÖVP ist nicht die Partei der „Reichen“.
Nur anders als andere Parteien
brauchen wir keine Feindbilder, um Politik zu machen.
In einer Neidgesellschaft sind am Ende alle schwach.
Unser Programm für gelungene Integration:
• Integration durch Leistung:
Wir fragen nicht, woher jemand kommt, sondern ob jemand bereit ist, sich einzubringen.
• Sprachförderung Neu:
Deutsch vor Schuleintritt,
Vorschulklassen, Crashkurse für Quereinsteiger.
• 2. Kindergartenjahr:
gratis für alle,
verpflichtend für jene mit Deutschdefiziten.
• Verpflichtender Ethikunterricht bei Abmeldung vom Religionsunterricht.
• Umdenken im Schulsystem:
von der Schulpflicht zur Bildungspflicht.
Jeder, der das Schulsystem verlässt, soll die Grundfertigkeiten für ein gelungenes Leben mitneh
• Integration und Werte:
Rot-Weiß-Rot-Fibel.
• Leichterer Zugang zur Rot-Weiß-Rot-Card,
Schaffung einer Willkommenskultur.

• Stärkung des ehrenamtlichen Engagements von Menschen mit Migrationshintergrund in der Demokratie:
Mehr Mitbestimmung und mehr direkte Demokratie.
Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung,
Gleichheit vor dem Gesetz,
die Wahrung und Einhaltung der Grund- und Menschenrechte
sowie die Teilhabe der Bevölkerung an politischen Prozessen
und das Prinzip der repräsentativen Demokratie sind unverzichtbare Errungenschaften unserer
Es gilt, Interesse für Politik und demokratiepolitische Zusammenhänge wieder stärker zu wecke
die Bevölkerung wieder näher an die Entscheidungsprozesse heranzuführen
und damit auch die Wertschätzung für Demokratie greifbar zu machen.
Die ÖVP schlägt daher die Ausweitung der Instrumente direkter Demokratie
und eine Stärkung des Persönlichkeitswahlrechts vor.
Wir wollen die Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger weiter stärken,
Politik und Bevölkerung durch eine verbesserte Persönlichkeitswahl
und den Ausbau der Instrumente direkter Demokratie
näher aneinander führen
und die Mitbestimmungsrechte mittels des Einsatzes von Internet und neuen Medien (z.B. Stär
Das langfristige Ziel soll die Einführung von E-Voting sein,
sobald die verfassungsrechtlichen
und technischen Fragestellungen
geklärt sind.
Für eine stärkere Personalisierung des Wahlrechts wurden die Hürden für das Vorrücken im Re
auf der Bundesebene wurde die Möglichkeit der Abgabe einer Vorzugsstimme geschaffen.
Ein modernes Wahlrecht soll gewährleisten, dass Kandidatinnen und Kandidaten direkt gewähl
Wir wollen sicherstellen, dass die Mehrheit der Abgeordneten im Nationalrat unmittelbar in de
Wir wollen Volksbegehren zu einem wirkungsvollen Instrument der Bürgerbeteiligung ausbaue
Wenn ein Volksbegehren von mehr als 10% der Wahlberechtigten unterstützt wurde, durchläu
Wenn das Volksbegehren bereits in Gesetzesform an den Nationalrat herangetragen wurde un
Falls der Nationalrat das Volksbegehren allerdings nicht umsetzt, soll eine verpflichtende Volks
In diesem Fall hat der Nationalrat die Möglichkeit, einen Gegenvorschlag zu erstellen, der eben
Bereiche, die von diesem Verfahren ausgeschlossen bleiben, müssen noch geprüft werden.
Auch die Europäische Bürgerinitiative soll langfristig zu einer echten Gesetzesinitiative ausgeba
Politiker sollen nicht nur der höchsten moralischen Ansprüchen genügen,
sie sollen auch eine Vorbild-funktion einnehmen.
Dem wollen wir durch strengere Regelungen zum Mandats- und Amtsverlust Rechnung tragen.
Die Bestimmungen zum Amts- bzw. Mandatsverlust sollen verschärft
und der Anwendungskreis ausgeweitet werden.
Konkret wollen wir:
Wer rechtskräftig strafgerichtlich wegen einer Vorsatztat verurteilt wird
oder während der Amtsführung gegen die Bundesverfassung verstößt
und nicht freiwillig zurücktritt,
dem soll sein Amt bzw. Mandat vom Verfassungsgerichtshof aberkannt werden.
Unsere Vorschläge für die Demokratiereform:
• Ausbau der direkten Demokratie
o Verbindlicher Umgang mit Volksbegehren:
Umsetzung des Begehrens durch das Parlament
oder Abhaltung einer Volksbefragung,

o Aufwertung der parlamentarischen Behandlung von Volksbegehren,
o Schaffung des neuen Instruments der Bürgeranfrage,
o Bürgerbeteiligung über Internet,
Internet-Unterstützung für Volksbegehren,
Bürgerinitiativen und Bürgeranfragen,
Möglichkeit von Onlinesammelstellen.
• Bürgersonntage:
Volksabstimmungen und Volksbefragungen sollen künftig an bestimmten Sonntagen im Jahr st
• Verpflichtendes Regierungshearing im Parlament vor der Angelobung.
• Schaffung einer zentralen Wählerevidenz.
• Stärkung des Persönlichkeitswahlrechtes;
mehr unmittelbar gewählte Mandatare aus den Regionalwahlkreisen.
• Informations- und Transparenzgesetz:
Gläserner Staat statt gläserne Bürgerinnen und Bürger.
• Ein lebendiges Parlament:
Impulse für einen neuen Parlamentarismus,
der die tägliche parlamentarische Arbeit attraktiver und aktueller gestaltet.
• Strengere Regeln zum Mandats- und Amtsverlust von Politikerinnen und Politikern.
• Europäische Bürgerinitiative als echte Gesetzgebungsinitiative auf europäischer Ebene.108
• Prüfung eines direkten Mitspracherechts bei der Besetzung bestimmter europäischer Spitzer
Medien:
Vielfalt und Unabhängigkeit.
Ein demokratischer Rechtsstaat fußt auf Grundrechten
wie der Meinungsund Informationsfreiheit.
Medien erfüllen als sogenannte vierte Gewalt im Staat eine wichtige Aufgabe in unserer Demo
Demokratische Öffentlichkeit ist unabdingbar verbunden mit einer pluralistischen,
freien
und unabhängigen Medienlandschaft,
welche die Bürgerinnen und Bürger angemessen über gesellschaftliche und politische Vorgänge
und damit eine wichtige Grundlage für den demokratischen Diskurs schafft.
Unerlässlich dafür, dass die Medien ihre Rolle im demokratischen Gesamtgefüge wahrnehmen
ist die Garantie, frei und unabhängig von staatlichen Einflüssen arbeiten zu können.
Vorrangige Aufgabe einer bürgerlichen Medienpolitik ist es daher, im Sinne gelebter Meinungs
Für den Bereich des Rundfunks bedeutet dies insbesondere ein Bekenntnis zu einem dualen Sy
und vielfältigen privaten Anbietern.
Aufgrund des fortschreitenden Wandels von Medienlandschaft und Medientechnologien muss
Waren bis vor wenigen Jahren die beiden Säulen Print und Rundfunk allein maßgeblich, ist die
Neue Formen und Foren für Information und Unterhaltung stehen zu „traditionellen“ Medien i
Die dadurch zunehmende Vielfalt der Angebote bringt eine Vielzahl von Chancen mit sich,
die wir für die Zukunft von Demokratie und Gesellschaft nützen wollen.
Raschere Information über weltweite Ereignisse,
mehr Information über Regionales
und mehr Interaktion zwischen Medienproduzenten und Mediennutzern sind nur Beispiele für
Angesichts dieses Wandels ist es notwendig, bisherige Instrumente der Medienpolitik im Berei
und den geänderten Erfordernisse und Ansprüchen von Konsumenten und „Medienmachern“ a
Unsere Vorschläge für Medienvielfalt und Unabhängigkeit:
• Grundsatz unserer Medienpolitik ist die Sicherung der Vielfalt,
Qualität

und Unabhängigkeit der Medien.
• Schwerpunkte für eine Presseförderung Neu:
o Qualitätskriterien forcieren,
o Stärkung der regionalen Vielfalt,
o Förderung der Lesekompetenz für Schüler,
o Förderung von Online-Qualitätscontent,
o Stärkung der Ausbildung für Journalisten.
• Aufwertung der Selbstregulierung im Rahmen des Presserates.
• Stärkung der Grundsätze für die publizistische Arbeit nach dem Vorbild des Ehrenkodex des P
• Schutz des geistigen Eigentums durch Reform des Urheberrechts.
• Lösungen zum Schutz des „Contents“ für österreichische Verleger
aufgrund der Dominanz und Geschäftstätigkeiten global tätiger Medienunternehmen.
• Sicherung des Wettbewerbs in einem dualen Rundfunksystem.
• Vorbereitung des ORF für das trimediale Zeitalter mit einer verstärkten öffentlich-rechtlichen
• Umsetzung von Effizienzsteigerungen und Strukturanpassungen im ORF.
• Unterstützung der privaten Rundfunkunternehmen durch weitere Liberalisierungs- und Entb
• Bill of Rights im Internet – Festschreiben der Rechte der Bürger im Internet.
• Gesetzliche Regelung zu Netzneutralität im internationalen Gleichklang.

Für eine starke Stimme in Europa und der Welt Europa: 108
Vereint, sicher und stark. 108
Die beste Perspektive für Österreich ist ein starkes Europa. 108
Die Europäische Union garantiert uns Frieden und Stabilität, 108
fördert Wachstum 108
und bringt uns Wohlstand. 108
Die ÖVP will Europa und die EU tatkräftig mitgestalten 108
und so für die Bürger Österreichs eine sichere Zukunft in einem geeinten Europa gewährleisten
Die Europäische Union hat sich seit ihrer Gründung vom erfolgreichen Friedensprojekt zu einer
Friede, Stabilität, 108
der damit verbundene Wohlstand und die Werte der Union 108
müssen auch auf unsere erweiterte Nachbarschaft ausgedehnt werden. 108
Darum tritt die ÖVP für eine Fortsetzung des Erweiterungsprozesses 108
und die Heranführung der Westbalkan- Länder an die EU ein. 108
Österreich hat von den letzten EU-Erweiterungen sowohl politisch als auch wirtschaftlich profit
Der EU-Beitritt Kroatiens ist nicht zuletzt auch ein Erfolg der von der ÖVP getragenen österreich
Diesen Weg wollen wir konsequent auf Basis solider Kriterien weitergehen. 108
Die Europäische Union muss aber auch nach außen hin handlungsfähig und stark werden,108
um auch international mit großen Wirtschaftsräumen der Welt konkurrenzfähig zu bleiben. 10
Neben der Ausweitung der EU 108
ist auch eine Vertiefung der Integration unser klares Ziel. 108
Nachdem die Finanz- und Wirtschaftskrise die Länder Europas und unsere Währung, den Euro,
gilt es nach den Jahren des Krisenmanagements, den Blick wieder nach vorne zu richten 108
und Europa auf neuen Kurs zu setzen. 110
Die EU muss wieder an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen, 108
um global weiterhin eine führende Rolle zu spielen. 108
Daher tritt die ÖVP für stärkere Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation 108
und eine europaweite Förderung von KMU ein, die das Rückgrat der europäischen Wirtschaft b
Die ÖVP steht dazu, die Förderinstrumente der EU kohärenter 108
und mit Blick auf die Strategie Europa 2020 zu gestalten 108

und diese als Investitionen in Wachstum und Beschäftigung weiterzuentwickeln. 108
Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum sind auch notwendig, um das weltweit einzig
Die höchsten Standards an Grund- und Menschenrechten,108
Sozial- 108
und Gesundheitsvorsorge 108
sowie umfassender Konsumentenschutz gehören zu den Grundpfeilern der europäischen Gese
Darauf sind wir stolz, das gilt es, zu erhalten. 108
Die EU muss sich auch im Bereich demokratischer Legitimität weiterentwickeln, 108
die Bürgerinnen und Bürger verstärkt einbeziehen 108
und über europäische Entwicklungen permanent informieren. 108
Wir wollen das Vertrauen der Menschen in Europa wiedergewinnen. 108
Die ÖVP wird sich engagieren, dass Mitbestimmung und Teilhabe der europäischen Bevölkerun
Die Prüfung eines direkten Mitspracherechts bei der Besetzung bestimmter europäischer Spitz
Auch die nationalen Parlamente und Mitgliedstaaten sind direkt legitimiert, darum müssen sie
Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Parlamenten 108
und auch dem Europäischen Parlament ist uns darum sehr wichtig. 108
Um nicht die Zukunft der jungen Generation zu verspielen, tritt die ÖVP dafür ein, dass die nac
Aufbauend auf den Errungenschaften des Binnenmarktes und seinen „Vier Freiheiten“, möchte
• Stabilität – vor allem in Bezug auf Wirtschaft und Währung, 108
• Wachstum– durch einen dynamischen Wirtschafts- und Arbeitsraum,108
• Nachhaltigkeit – durch einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur,108
• Frieden – durch eine starke EU, die ihre Bürger schützt und ihnen Frieden garantiert. 108
Als ÖVP wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern Europas diese Sicherheiten garantieren, 108
denn die Menschen müssen sich auf Europa verlassen können. 108
Unser Konzept für das vereinte Europa: 108
• Zentrale Rolle eines EU-Konvents bei zukünftigen Weiterentwicklungen des europäischen Ein
und möglichen Anpassungen der EUVerträge. 108
• Ausbau der demokratischen Legitimität (Europäisches Parlament) 108
und stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. 108
• Prüfung eines direkten Mitspracherechts bei der Besetzung bestimmter europäischer Spitzen
• Europäische Bürgerinitiative als echte Gesetzgebungsinitiative auf europäischer Ebene. 108
• Subsidiarität und Rolle der nationalen Parlamente stärken. 108
• Europa dort stärken, wo Entscheidungen sinnvollerweise auf europäischer Ebene getroffen w
aber auch „entrümpeln“, wo wir auf nationaler Ebene bessere Lösungen finden. 110
• Bessere Qualität der Rechtsdurchsetzung, 110
weniger Bürokratie, 110
mehr Effizienz bei den Entscheidungen auf EU-Ebene. 110
• Weiterentwicklung im Wirtschafts- und Währungsbereich, 108
Förderung der Wettbewerbsfähigkeit.108
Stärkung der Kompetenz der Kommission, v.a. des Währungskommissars. 108
• Reformprogramme statt Vergemeinschaftung der Schulden. 110
• Umsetzung der europäischen Bankenaufsicht. 108
• Finanztransaktionssteuer umsetzen 108
und weitere Mitgliedstaaten dafür gewinnen. 108
• Nutzung des Binnenmarktes für Österreichs Unternehmen weiter ausbauen und Hürden bese
• EU-Förderungen unbürokratisch und KMU-freundlich gestalten. 110
• Aktive Mitgestaltung der EU-Donauraumstrategie 108
und Einsatz für eine zukünftige EU-Alpenstrategie, 108

um die österreichische Wirtschaft noch besser an neue Märkte anzubinden
und um die Zusammenarbeit im Alpenraum in den Bereichen Wirtschaft,
Umwelt
und Tourismus auszubauen.
• EU-Beitritt aller Westbalkanländer bis 2025. 108
• Maßgeschneiderte Partnerschaft für die Türkei. 108
• Vertiefung der Zusammenarbeit mit anderen großen Wirtschaftsräumen. 108
• Erhaltung der hohen österreichischen Produktions- und Lebensmittelstandards bei internatio
• Weiterentwicklung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP).108
• EU-Außenhilfe für österreichische Firmen besser nützen. 108
• Re-Industrialisierung Europas unterstützen 108
und Investitionen in Schlüsseltechnologien fördern. 108
Prinzip der „smart specialisation“ vorantreiben.
• Europäische Lösungen bei der Energie- und Rohstoffversorgung stärker forcieren. 108
• Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger durch mehr EU-Information und Kommunikation stärk
• Ausbau des Netzwerkes der Europa-Gemeinderäte, 108
um so Europa unmittelbar in allen Gemeinden sichtbar zu machen 108
und direkte Ansprechpartner zu haben. 108
• Jugend in Europa:
Ziel, dass jeder junge Österreicher einen Teil seiner Ausbildung im Ausland absolviert. 108
• Unterstützung für interessierte Bürgerinnen und Bürger durch Praktika, Studienaufenthalte u
sowie Vermittlung von Europa und der Europäischen Integration an Österreichs Schulen.108
Internationales:
Die Welt mitgestalten.
Österreich global positionieren.
Österreich auch in Zukunft als verlässlichen,
neutralen
und solidarischen Partner,
als ein modernes und vielfältiges Land
und als Heimat kreativer und innovativer Menschen
in der Welt zu positionieren, ist unser wesentliches außenpolitisches Anliegen.
Die Sicherung von Frieden,
Stabilität
und Wohlstand in unserer Nachbarschaft muss dabei ein vordringliches Ziel sein.
Die Vertiefung der politischen,
wirtschaftlichen
und kulturellen Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn ist eine Kernaufgabe der Außenp
In diesem Zusammenhang bekennen wir uns zur besonderen Rolle und Verantwortung Österre
Österreichs pro-aktives Engagement am Westbalkan trägt die Handschrift der ÖVP.
Wir treten daher mit Nachdruck für die Fortsetzung des Erweiterungsprozesses ein.
Darüber hinaus zählen der Donauraum und die Schwarzmeerregion sowie die südliche Nachbar
und wirtschaftlicher Sicht immer mehr an Bedeutung gewinnen.
Als Wirtschaftspartei tritt die ÖVP für eine starke Außenwirtschaftspolitik ein.
Schwellenländer wie Brasilien und Indien, aber auch Russland, China und die Türkei zählen zu d
Dieses Potenzial wollen wir ausschöpfen,
um unser Wachstum und unseren Wohlstand langfristig abzusichern.
Unser Ziel sind Partnerschaften auf Augenhöhe mit den aufstrebenden Ländern in Asien, Afrika
Die ÖVP setzt auf Zusammenarbeit in internationalen Organisationen,

um die Zukunft unserer Welt mitzugestalten.
Österreich verfügt traditionell über ein starkes internationales Profil,
wenn es um Beiträge zur Sicherung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit,
um Initiativen zur globalen Abrüstung
oder um den weltweiten Schutz und die Förderung von Menschenrechten geht.
Das Kontingent für Auslandseinsätze soll in Zukunft bei mindestens 1.100 Soldatinnen und Sold
Die Mitgliedschaft im UN-Menschenrechtsrat
sowie die Vorsitzführung im Europarat (2013/14)
und im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (2014)
sind für uns eine Chance, um eigene Themenschwerpunkte zu setzen.
Der Schutz der Meinungsfreiheit,
der Religionsfreiheit
und der Rechte von Kindern sind fester Bestandteil der österreichischen Menschenrechtspolitil
Der Dialog der Religionen und Kulturen
und der Schutz religiöser Minderheiten,
insbesondere der Christen,
sind uns als christlichsozialer Partei ein wichtiges Anliegen.
Die ÖVP bleibt auch ein traditioneller und verlässlicher Partner für Heimatvertriebene.
Der Standort Wien als Amtssitz von 20 internationalen Organisationen ist ein zentraler Pfeiler u
Österreich muss seine Rolle als Drehscheibe von Frieden und Sicherheit im Wettbewerb mit ar
Um den Amtssitz Wien als Plattform für die internationale Zusammenarbeit in der Drogen-
und Korruptionsbekämpfung,
in der Abrüstung
und bei Energiethemen weiter zu stärken,
ist es unerlässlich, gezielt neue Institutionen und Vertretungen bei uns anzusiedeln.
Die Rolle als internationaler Ort der Begegnung werden wir weiter für Vermittlungsinitiativen n
Einen zentralen Auftrag unserer Außenpolitik sehen wir in unserer Verpflichtung gegenüber de
Ein menschenwürdiges Leben in allen Teilen der Welt zu ermöglichen, ist uns ein grundlegende
und gleichzeitig eine große Herausforderung für die Entwicklungspolitik.
Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern ist unser oberstes Ziel.
Niemand kann die Probleme dieser Welt alleine bewältigen.
Nur in einem wechselseitigen Prozess der Zusammenarbeit
und gegenseitigen Unterstützung kann Armut vermindert
und Wohlstand aufgebaut werden.
Wir bekennen uns daher zur Solidarität und Verantwortung in der Entwicklungszusammenarbe
und zur Weiterentwicklung der Millennium-Entwicklungsziele hin zu den nachhaltigen Entwickl
Bei der Entwicklungszusammenarbeit treten wir für eine Orientierung an ökologischen
und ökonomischen Leitlinien ein,
um höchstmögliche Kohärenz sicherzustellen.
Sowohl die Zivilgesellschaft
als auch die österreichische Wirtschaft sollen dabei stärker eingebunden werden.
Für die Wahrnehmung der Interessen Österreichs,
die Vermittlung eines modernen Österreichbildes in der Welt
und den bestmöglichen Schutz für Österreicherinnen und Österreicher im Ausland braucht es e
Unser Programm für Österreichs Stimme in der Welt:
• Aktive Außenpolitik zur Förderung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen für Exporte u
• Sicherung des Weltfriedens:
Österreichische Blauhelme als Partner für den Frieden und der Menschen in Konfliktregionen.

• Globaler Einsatz für Rechtsstaatlichkeit
und den Schutz der Menschenrechte.
• Eintreten für Minderheitenrechte
und den weltweiten Schutz von Christen.
• Initiativen für den Dialog der Kulturen und Religionen.
• Positionierung von Österreich und Wien als internationaler Ort des Dialogs und der Vermittlu
sowie als Standort internationaler Organisationen.
• Bekenntnis zum Ziel 0,7% des BIP für Entwicklungszusammenarbeit.
• Armutsbekämpfung durch wirtschaftliche Entwicklung als vorrangiges Ziel der Entwicklungszu
unter verstärkter Einbeziehung der Zivilgesellschaft
und der Wirtschaft.
• Schutz und Hilfe für Österreicher im Ausland durch ein leistungsfähiges Vertretungsnetz.
• Vermittlung eines modernen Österreichbildes.
Für ein sicheres Österreich
Innere Sicherheit:
Umfassend und überall.
Bei der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger gibt es mit der ÖVP keine Kompromisse.
Wir stehen klar auf der Seite der Sicherheit,
denn Willkür und Gewalt sind keine gangbaren Alternativen für Recht und Ordnung.
Für uns ist klar: Sicherheit kommt als Grundlage, auf der ziviles Leben erst ermöglicht wird, eine
Sicherheit ist die Stütze unserer Freiheit.
Ein Staat, der mit der Sicherheit experimentiert, verspielt die Freiheit seiner Bürgerinnen und B
Wir wollen, dass die Menschen in unserem Land ohne Angst leben können:
ohne Angst um ihr Leben,
ohne Angst um ihre Kinder,
ohne Angst um ihr Eigentum,
ohne Angst um ihre Zukunft.
Dafür brauchen wir einen durchsetzungsstarken Rechtsstaat und eine Polizei, die auf den Straß
Und es braucht auch eine aktive Bürgergesellschaft,
die Verantwortung lebt.
Die Stütze unserer Sicherheit ist die Polizei, die wir mit den notwendigen Mitteln und Befugniss
Verbrechen gegen Leib und Leben,
Eigentumsdelikte,
organisierte und grenzüberschreitende Kriminalität verlangen nach einem steten Einsatz staatl
sowohl in der Fahndung als auch bei der Sicherheitsprävention.
Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.
Wir wollen die Exekutive stärken
und ihr die notwendigen Mittel in die Hand geben, um Kriminalität wirksam bekämpfen zu kön
Österreich ist sehr erfolgreich, was den Kampf gegen Terrorismus und extremistische Straftate
Nicht zuletzt deshalb sind wir bisher großteils davon verschont geblieben.
Wir werden auch weiterhin gegenüber Hasspredigern,
ideologisch motivierten Extremisten
und all jenen, die unsere Demokratie in Frage stellen, mit Null Toleranz vorgehen.
Jede offene Gesellschaft braucht wirksame Instrumente, um sich gegen ihre Feinde zu verteidig
Das Friedensprojekt Europa ist die zentrale Sicherheitsgarantie für Österreich. 108
Die Kriminalität ist international vernetzt,
unsere Sicherheitsorgane müssen es auch sein.
Wir forcieren die Zusammenarbeit der Justiz- und Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene

wie beispielsweise mit dem europaweiten, elektronischen Fahndungssystem. 108
Dadurch können vermisste Personen und gestohlene Dokumente grenzübergreifend besser get
Mehr Europa heißt mehr Sicherheit. 108
Durch die koordinierte Sicherheitspolitik können wir stärker und entschlossener gegen organisi
Der Schutz unserer gemeinsamen Außengrenzen ist eine stete Herausforderung, 108
zu der wir ein klares Bekenntnis der Grenzstaaten verlangen.
Unsere Maßnahmen für ein sicheres Österreich:
• Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls
durch ausreichende Polizeipräsenz im öffentlichen Raum.
• Schutz des Eigentums sicherstellen.
• Konsequentes Vorgehen gegen Drogenmissbrauch durch Haaranalysen.
• Einrichtung eines Seniorentelefons und einer Seniorenservicestelle bei der Polizei.
• Klare Regeln und harte Strafen bei Gewalt gegen Kinder.
• Intensivierung des Kampfs gegen Schlepperunwesen und Menschenhandel.
• Intensivierung des Kampfs gegen Cyber-Kriminalität.
• Kampf gegen Wirtschaftskriminalität konsequent weiterführen.
• Anti-Korruptionsschwerpunkt:
Verstärkung der Prävention
und Einrichtung von Compliance-Verantwortlichen im Bundesbereich.
• Schutz der Privatsphäre:
Datenpolitik soll zu einem sichtbaren Handlungsfeld entwickelt werden.
• Sensibilisierung der Bevölkerung für besseren Selbstschutz personenbezogener Daten.
• Klare Regeln und konsequenter Vollzug des Asyl- und Fremdenrechts.
Landesverteidigung:
Schutz für Österreich,
Verantwortung in der Welt.
Österreich ist ein sicheres Land.
Damit das so bleibt, brauchen wir auch in Zukunft ein Bundesheer, das uns im Ernstfall schützt,
im Notfall hilft
und den Menschen immer zur Seite steht.
Denn eines ist klar:
Wir haben etwas zu verlieren – Frieden,
Freiheit
und Wohlstand sind nicht selbstverständlich.
Nur eine Gesellschaft, die in der Lage ist, sich zu verteidigen, kann sicher sein, auch frei zu bleib
Die Aufgaben einer umfassenden Sicherheitsvorsorge sind heute vielfältiger denn je
und die Herausforderungen sind zum Teil neu.
Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sind fließend geworden.
Die Wahrscheinlichkeit konventioneller Angriffe auf unser Staatsgebiet ist vorerst geringer gew
Dafür treten neue Bedrohungen in Form des internationalen Terrorismus und regionaler Krisen
Altbekannte Gefahren in Form von Naturkatastrophen
und vom Menschen verursachter Katastrophen stellen unsere Sicherheitsorgane auch weiterhi
Dazu kommen bisher praktisch unbekannte Gefahren wie die Cyber-Kriminalität und der Cyber
Diese umfassenden und vielfältigen Bedrohungsbilder verlangen auch nach einer umfassenden
Unser Bundesheer hat seine Kernaufgaben,
die militärische Landesverteidigung,
den Schutz verfassungsmäßiger Einrichtungen und kritischer Infrastruktur,
den Schutz der Bevölkerung bei Katastrophen und die Auslandseinsätze in der Vergangenheit s

Wir sind der Partner, damit das auch in Zukunft so bleibt, und bekennen uns zu einem vielseitig
und zur Allgemeinen Wehrpflicht als Grundsäule desselben.
Dieses Bekenntnis wurde bei der Volksbefragung zur Wehrpflicht im Jänner 2013 auch von den
Das deutliche Ja zur Allgemeinen Wehrpflicht der Menschen war auch ein klarer Reformauftrag
Wir sind überzeugt:
Wer seinen Beitrag für unser Land leistet, hat auch ein Recht, dass dieser Beitrag sinnvoll und b
Einen wesentlichen Eckpfeiler stellt dabei für uns ein funktionierendes Milizsystem dar.
Daher nehmen wir diesen Auftrag der Menschen ernst
und setzen uns weiterhin für ein leistungsfähiges Österreichisches Bundesheer ein.
Damit es seinen vielseitigen Aufgaben nachkommen kann, wollen wir dem Österreichischen Bu
Nur wer gerüstet und gewappnet ist, kann im Ernstfall rasch reagieren.
Wir setzen uns dafür ein, dass das Bundesheer auch in Zukunft an internationalen Friedenseins
sowie am gesamten Spektrum der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU teilnimr
Um Österreichs Sicherheit bestmöglich garantieren zu können, ist internationale Kooperation u
Unser Programm für die äußere Sicherheit:
• Kernaufgaben des Bundesheers:
o Landesverteidigung,
o Schutz verfassungsmäßiger Einrichtungen und kritischer Infrastruktur,
o Schutz der Bevölkerung bei Katastrophen,
o Auslandseinsätze.
• Ausrichtung des österreichischen Bundesheeres gemäß den Vorgaben der Sicherheitsstrategi
• Wehrsystem und Milizaufbau als strukturbegründendes Element des Österreichischen Bunde
• Ausrüstung und Personal zur Aufgabenbewältigung des Bundesheeres sicherstellen.
• Fortführung der Wehrdienstreform:
Reduktion der Systemerhalter,
Stärkung des gesellschaftspolitischen Mehrwertes des Wehrdienstes,

Schwerpunkt Integration:
Wertevermittlung und Staatsbürgerschaftskunde.
• Gemeinsame Übungen des Bundesheeres mit zivilen Einsatzkräften.
• Stärkung der Miliz.
• Teilnahme Österreichs am gesamten Spektrum der Gemeinsamen Außenund Sicherheitspolit
• Fortsetzung der Teilnahme an internationalen Friedenseinsätzen.
Für einen Staat, der für die Bürgerinnen und Bürger da ist
Verwaltung und Öffentlicher Dienst:
Schlank und effizient.
Entgegen manchen Unkenrufen hat der Öffentliche Dienst seine Bereitschaft zu Reformen in d
Die österreichische Verwaltung ist nicht nur im internationalen Vergleich vorbildhaft,
auch Investoren
und die Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen,
dass der Öffentliche Dienst einheitlich hohe Qualitätsstandards bei der Leistungserbringung an
Eine leistungsfähige Verwaltung ist dabei auch ein entscheidender Faktor im internationalen St
Wir sehen die Verwaltung als ersten Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger.
Verwaltungsabläufe müssen zeiteffizient,
kostengünstig
und wirkungseffizient erfolgen.
Die Menschen sollen schnell wissen, wie sie zu ihrem Recht kommen.
Wir treten für eine offene Verwaltung ein.

Das Amtsgeheimnis soll von der Regel zur Ausnahme werden
(z.B. in Fragen der öffentlichen Sicherheit und beim Schutz personenbezogener Daten).
Wir setzen uns für eine laufende Überprüfung
und Effizienzsteigerung der Aufgaben des Staates ein.
Dabei soll sich der Staat in erster Linie auf seine Kernkompetenzen konzentrieren,
ein Ausufern der Leistungen führt in letzter Konsequenz zu einem schwachen Staat.
In der vergangenen Gesetzgebungsperiode sind auf Betreiben der ÖVP große Reformen und Ve
und bei den Verwaltungsabläufen gelungen:
Durch die Einführung der zweistufigen Verwaltungsgerichtsbarkeit mit 1. Jänner 2014 schaffen
und sorgen für mehr Effizienz in der Verwaltung.
Mit dieser wohl größten Verwaltungsreform in der Zweiten Republik werden über 100 Sonderv
und durch neun Landesverwaltungsgerichte, ein Bundesverwaltungsgericht und ein Bundesfina
Mit dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl werden ab 2014 die Aufgaben von bisher 194
Das bringt schnellere Verfahren und einfachere Abläufe:
Hilfe, wenn es um Hilfe geht, Stopp, wenn es um Missbrauch geht, und Sanktionen, wenn es ur
Mit der Polizeireform wurden 8 Sicherheitsdirektionen, 14 Bundespolizeidirektionen und 9 Lan
Wir sparen nicht bei der Sicherheit der Menschen,
sondern in der Verwaltung, indem wir eine schlanke Führungsstruktur schaffen
und unnötige Schnittstellen abbauen.
Wir haben Bezirksgerichte zusammengelegt
und damit eine Aufwertung der Standorte durch mindestens vier Richter je Standort,
bessere Spezialisierungen,
mehr Kompetenzen,
mehr Bürgerservice durch bessere Öffnungszeiten,
einheitliche Servicestandards
und lückenlose Sicherheitsmaßnahmen an allen Gerichten erreicht.
Eine moderne Justiz braucht moderne Strukturen,
deshalb haben wir nicht beim Personal, sondern in der Struktur gespart.
Österreich ist auch im Bereich des E-Government mit zahlreichen Projekten führend:
das Finanz-Online-Portal für die Online-Abwicklung des Steuerausgleichs,
das Unternehmensservice-Portal als zentrale Schnittstelle zwischen Bund und Unternehmen
sowie das Transparenzportal für umfassende Informationen über staatliche Förderungen und E
Wir setzen uns für einen weiteren Ausbau des E-Government,
etwa der Zulassung von elektronischen Rechnungen im Förderwesen, ein.
Unsere Vorschläge für eine effiziente und effektive Verwaltung:
• Kampf der Teuerung:
Öffentliche Gebühren sollen die Inflation nicht anheizen
und sich an den tatsächlichen Kosten orientieren.
• Informations- und Transparenzgesetz:
Gläserner Staat statt gläserne Bürgerinnen und Bürger.
• Verwaltung als effizienter Dienstleister
– Effizienz durch Aufgabenreform.
• Kernleistungen des Staates sollen weiterhin staatlich bleiben,
Evaluierung von Ausgliederungen.
• Bereinigung von Rechtsvorschriften in Bund, Ländern und Gemeinden.
• Umsetzung der Transparenzdatenbank für staatliche Förderungen.
• Umsetzung der Förderpyramide zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.
• Abschaffung der Pflichtveröffentlichung für Unternehmer im Amtsblatt der Wiener Zeitung.

• Unternehmenskosten-Check bei Gesetzen.
• Durchsetzung des One-Stop-Shop als Grundprinzip in der Verwaltung.
• Shared Services in der Verwaltung für Nutzung von Synergieeffekten.
• E-Government weiter forcieren.
Unsere Maßnahmen für einen attraktiven Öffentlichen Dienst:
• Modernes Dienstrecht für den Öffentlichen Dienst:
Bund, Länder und Gemeinden als attraktiver Arbeitgeber.
• Besoldungsrecht Neu:
Abflachung der Besoldungsstruktur mit höheren Einstiegsgehältern
unter Beibehaltung der Aktivverdienstsumme.
• Durchlässigkeit für das Personal des Öffentlichen Dienstes zwischen den Gebietskörperschaft
• Stärkung der Sozialpartnerschaft im Öffentlichen Dienst.
• Modernes Personalmarketing für Bund, Länder und Gemeinden.
• Einbindung des Öffentlichen Dienstes in die Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie für Jun
Justiz:
Unabhängig,
konsequent
und leistungsfähig.
Die österreichische Justiz bildet das Fundament unseres Rechtsstaates.
Ein funktionierender Rechtsstaat ist die unverzichtbare Voraussetzung für die Stabilität der Der
Die Unabhängigkeit der Justiz ist für uns ein hohes Gut, das es zu schützen gilt.
Wir verurteilen jede politische Einmischung in Angelegenheiten der unabhängigen Rechtsprech
Jeder Fall muss ohne Ansehen der Person restlos aufgeklärt werden
und es darf keinen Unterschied machen, gegen welche Person ermittelt wird.
In der vergangenen Legislaturperiode haben wir zahlreiche Gesetze zur Stärkung des Vertraue
Im Bereich des Korruptionsstrafrechts haben wir für klare Regeln gesorgt,
indem wir den Anwendungsbereich auf Mandatare und sonstige Amtsträger ausgeweitet habe
und die Sanktionen verschärft wurden.
Das neu geschaffene Lobbyistengesetz regelt den Kontakt der Politik mit Interessenvertretern.
Die Unvereinbarkeitsbestimmungen für Mandatare wurden verschärft
und Mandatare müssen ihre Nebeneinkünfte in einem Stufenmodell offenlegen.
Mit diesen neu geschaffenen Regeln liegt Österreich auch im internationalen Vergleich unter d
Als Volkspartei setzen wir uns konsequent für mehr Vertrauensmaßnahmen und Transparenz i
Ein leistungsfähiges, konsequentes und verlässliches Rechtssystem ist nicht zuletzt auch ein en
Stabile rechtliche Rahmenbedingungen schaffen Sicherheit für Investoren und beflügeln die Wi
Auch in diesem Bereich haben wir zahlreiche Innovationen eingeführt:
Die neu geschaffene Wirtschaftsund Korruptionsstaatsanwaltschaft kann hochkomplexe Wirtsc
Die ebenso neu geschaffene Kronzeugenregelung hat sich bewährt.
Und durch die „Whistleblower-Homepage“, einem anonymen Online-Anzeigensystem, kann sic
Der Staat soll allen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zum Recht und Gleichheit vor dem Gesetz
Wir treten dafür ein, dass autonome Rechtsgestaltung auch weiterhin die Leitlinie im Privatrec
und unbegründete Diskriminierungen beseitigt werden.
Freiheit ist die Grundlage unseres Rechts-
und Demokratieverständnisses.
Die persönliche Freiheit hat dort ihre Grenzen, wo sie die Freiheit anderer einschränkt.
Unser Programm für eine leistungsfähige Justiz:
• Leistungsfähiges, konsequentes und verlässliches Rechtssystem.
• Kampf gegen Korruption und Wirtschaftskriminalität konsequent fortsetzen.

• Modernes Strafrecht: Strafgesetzbuch 2015.
• Konsequente Abschöpfung der durch strafrechtliches Verhalten erzielten Gewinne.
• Schutz des Eigentums auch im Netz – faire Nutzungsmöglichkeiten des Internets. (Urheberre
• Leistungsfähige und moderne Gerichte und Staatsanwaltschaften.
• Mehr Sicherheit durch ein gemeinsames, starkes Europa
– Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung.
• Stärkung des europäischen Rechtsraumes:
Angleichung des Rechtssystems unter Wahrung der Grundprinzipien der nationalen Rechtsordr
• Rechtlicher Schutz im Alter:
Weiterentwicklung des Sachwalterrechts,
Umsetzung des Pilotprojekts „unterstützte Entscheidungsfindung“.
• Reform der Erbrechts
(insbesondere Pflichtteilsrecht Unternehmensnachfolge).
• Reform des Mietrechts.
Für stabile Finanzen und eine sichere Zukunft Budget und Steuern:
Stabil,
verlässlich,
leistungsgerecht!
Die ÖVP ist die einzige Partei in Österreich, die für geordnete Finanzen sorgt.
Auch in herausfordernden Zeiten während der Krise haben wir stets das Machbare im Auge bel
Sozial verträglich und wirtschaftlich vernünftig sind wir mit solider Finanzpolitik Marke ÖVP dur
Beim Reformpaket haben wir einen klaren Fokus auf Sparen gelegt
und mit einem Verhältnis von 75 : 25 auch einen europaweit einmaligen Wert in der ausgabens
Es hat keine Erbschafts- und Schenkungssteuer,
keine Substanzsteuer auf Eigentum
und keine Einschnitte bei Familien gegeben.
Mit Offensivmaßnahmen im Bereich Bildung,
Wissenschaft und Forschung,
Pflege
und Umwelt haben wir
trotz des notwendigen Sparens die Zukunftsfähigkeit unseres Landes abgesichert.
Wir sind die Partei für die Menschen, die morgens früh aufstehen, hart arbeiten und am Ende d
Die Belastung mit Steuern und Abgaben in Österreich ist zu hoch.
Wir wollen die Abgabenquote, also den Anteil an der Wirtschaftsleistung, der vom Staat einger
Dazu braucht es ein neues transparentes
und unbürokratisches Steuersystem,
das weniger,
einfacher,
leistungsgerechter
und familienfreundlicher ist.
Weniger:
Weil die Steuerbelastung zu hoch ist;
einfacher:
weil das derzeitige Steuersystem unverständlich ist;
leistungsgerechter:
weil sich Leistung auszahlen soll;
und familienfreundlicher:
Wir wollen ein steuerfreies Grundeinkommen für Familien über einen Kinderfreibetrag sicherst

Und wir wollen die Lohnnebenkosten senken.
Damit werden neue Arbeitsplätze geschaffen
und für die arbeitenden Menschen bleibt am Ende des Monats mehr Netto vom Brutto.
Österreich ist bereits jetzt ein Hochsteuerland
und verteilt sehr stark um.
Das hindert manche nicht daran, unter dem Deckmantel der Gerechtigkeit
weiter an der Umverteilungsschraube zu drehen.
Doch was als „Reichensteuer“ verkauft wird, trifft in Wirklichkeit den breiten Mittelstand.
Das zeigen auch die ständig sinkenden Freigrenzen.
In Wirklichkeit geht es der SPÖ dabei nur darum, den Fuß in die Tür zu bekommen.
Wir sind gegen eine Substanzsteuer auf Eigentum
und gegen die Erbschafts- und Schenkungssteuer.
Denn sie belasten alle, die sich in ihrem Leben etwas geschaffen haben,
und sie belasten die Betriebe.
Wir haben in Österreich bereits eine effektive Form der Ertragsbesteuerung,
die leistungsgerechter ist
und nicht an der Kapitalsubstanz zehrt.
Wenn die Unternehmen abwandern, werden die Arbeitslosen bleiben.
Aus gutem Grund wurde die alte Vermögenssteuer 1994 von einem SPÖ-Finanzminister abgesc
Mit uns kann man nicht über neue Steuern reden.
Mit uns kann man nur über Entlastung reden.
Unsere Maßnahmen für ein stabiles Budget und leistungsgerechte Steuern:
• Fortsetzung des Konsolidierungspfades,
Nulldefizit 2016,
danach Schuldenabbau.
• Schuldenbremse in der Verfassung verankern.
• Keine Substanzsteuer auf Eigentum,
keine Erbschafts- und Schenkungssteuer.
• Steuerreform unter den Prämissen:
weniger,
einfacher,
leistungsgerechter
und familienfreundlicher.
• Eine moderne Steuerstruktur-Reform benötigt:
o die Senkung des Eingangssteuersatzes (derzeit 36,5%),
o Kinderfreibetrag von 7.000 Euro je Kind
(zur Hälfte für jeden Elternteil),
o die Entlastung des Faktors Arbeit
(Senkung der Arbeitszusatzkosten),
o die Abschaffung von Bagatellsteuern
(Rechtsgeschäftsgebühren,
Gesellschaftssteuer,
Werbeabgabe
und Bestandsvertragsgebühr),
o die Ausweitung bewährter Betriebspauschalierungen,
o die „Steuererklärung auf einer Seite“ für Klein- und Kleinstunternehmen,
o die Senkung der Aufbewahrungspflicht auf fünf Jahre,
o die Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1.000 Euro.

• Senkung der Lohnnebenkosten auf 45% bis 2018.
• Senkung der Abgabenquote auf unter 40% bis 2020.
• Kampf gegen organisierten Steuerbetrug.
• Keine Steuer auf Eigentum,
keine Erbschafts- und Schenkungssteuer.
• Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene vorantreiben.
Kapitalmarkt:
Liquidität
und Sicherheit.
Ein gut funktionierender Kapitalmarkt ist der Blutkreislauf der Wirtschaft,
den wir auch weiterhin in Gang halten müssen,
um Wohlstand und Arbeitsplätze in Österreich zu sichern.
Unternehmen brauchen einen schnellen und direkten Zugang zu Krediten, Anleihen und Eigenf
Finanzmarktteilnehmer wollen Transparenz beim Austausch finanzieller Mittel und einen fairer
Die Gemeinschaftswährung, 108
die Integration der Finanz- und Kapitalmärkte in Europa, 108
die laufende Weiterentwicklung bei Finanzdienstleistungsprodukten
und der Liberalisierungsprozess haben die Effizienz der Kapitalaufbringung und -verwendung g
stellen aber auch die Aufsichtsbehörden vor neue Aufgaben,
denen wir uns auf nationaler
und europäischer Ebene mit allem Nachdruck stellen.108
Am Höhepunkt der Finanzkrise haben wir durch Unterstützungsmaßnahmen den Geldmarkt v
die Kreditklemme entschärft
und damit das Durchschlagen der Krise auf die Realwirtschaft bestmöglich abgefedert.
Mit mehr als 5.000 Filialen weist Österreich eine hohe Intensität an Bankdienstleistungen auf,
die im direkten Dienst für die Realwirtschaft stehen.
Mehr als 60% der Bilanzsumme der sechs größten Banken sind Kredite,
die wiederum die wichtigste Finanzierungsform für die heimischen Unternehmen sind.
Damit es zu keiner Kreditklemme kommt, haben wir bei den neuen Eigenmittelvorschriften für
dass die Risikogewichtung für KMU herabgesetzt
und die Obergrenze für die begünstigte Behandlung von KMU hinaufgesetzt wurde.
Wir sind offen für neue Instrumente,
die die Eigenmittelfinanzierung von Unternehmen verbessern.
Ergänzende Finanzierungsinstrumente
(wie z.B „Crowdfunding“)
stellen für Start-ups und kleinere Unternehmen eine interessante neue Finanzierungsmöglichk
deren Bedeutung in den nächsten Jahren mit Sicherheit zunehmen wird.
Wir wollen die Rahmenbedingungen für innovative Finanzierungsinstrumente verbessern
und bestehende gesetzliche Hürden abbauen.
Zur Unterstützung von Unternehmensgründungen haben wir die Jungunternehmeroffensive in
Wir wollen die Finanzierungsmöglichkeiten von mittelständischen Unternehmen weiter verbes
und schlagen dafür die Schaffung einer Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft vor,
die an der Börse notiert.
Dadurch kann eine neue Volksaktie entstehen,
durch die Anleger direkt an der Entwicklung und Förderung der klein- und mittelständischen U
So können die KMU ihre Eigenkapitalausstattung verbessern
und der Wirtschaftsstandort und Kapitalmarkt werden gestärkt.
Aus der Erfahrung, dass der Staat ein schlechter Unternehmer ist,

und zur weiteren Belebung des Kapitalmarkts,
ist eine gezielte Privatisierung staatlicher Unternehmen bei entsprechend attraktiver Bewertu
Für die verbleibenden Verkehrsbetriebe ÖBB-Personenverkehr und ÖBB-Güterverkehr schlage
durch den sie bedeutend wirtschaftlicher geführt werden können.
Gemeinwirtschaftlich bedeutende Infrastruktur- und Versorgungsunternehmen sollen weiterhi
Für diese verbleibenden Staatsunternehmen soll eine einheitliche und aufeinander abgestimm
Unsere Maßnahmen für Liquidität und Sicherheit auf dem Kapitalmarkt:
• Börsennotierte Mittelstandsfinanzierungsgesellschaft,
die KMU leichteren Zugang zu Risikokapital ermöglicht
und den Kapitalmarkt stärkt.
• Offensive Kapitalmarktpolitik u
nd Stärkung der Corporate Governance.
• Weitere Umsetzung des Bankeninsolvenzrechts,
damit der Steuerzahler nicht mehr für Banken haften muss.
• Reform der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge:
Flexibilisierung der Veranlagung,
Beibehaltung Kapitalgarantie,
Deckelung Abschlusskosten,
Transparenz bei Veranlagung und Kosten (in Umsetzung).
• Attraktivierung der privaten Pensionsvorsorge für Familien mit Kindern:
Prämie pro Kind
(wie in Deutschland).
• ÖIAG neu für abgestimmte Strategie
und strategische Ausrichtung der Beteiligungen.

r Ökosozialen Marktwirtschaft entwickelt, das heute seinen Siegeszug in ganz Europa antritt.

onen.

lischen Unternehmen,

einem Markenzeichen der mittelständischen Wirtschaft.

m in Österreich nachhaltig stärken.
ng geschaffen
Verfügung.
hmerisches Potenzial,

stitionen

ng von Wachstum und Wohlstand dar.

izieren.
a und Südafrika) und die Schwarzmeerregion.
um in Europa eingebracht und erfolgreich umgesetzt haben.

e Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen.

eitsplätze schaffen können.

ung in Lehrwerkstätten erhalten bleiben.
ule.
mslos Grundfertigkeiten in Lesen, Schreiben und Rechnen und bestimmte soziale Kompetenzer
umentiert werden.
ualifiziert, sollen die Lehrausbildung für junge Menschen attraktiver machen.

an der Entwicklung von KMU teilhaben können, erleichtern und forcieren.

Crowdfunding“.
und Beratungsleistungen.

den.

n 2020 und COSME sowie der Mittel der EIB und des EIF

ene.

es Bachelors, Senkung Gehaltshürde, erleichtertes Verfahren, Willkommenskultur etc.).

reiben.
eistungen und Investitionen.

ung und Entwicklung.

einrichtungen.

ufsorientierung.

n.

ler Reformen.
;

und Arbeitnehmern.

fzusteigen

n hat.

er auf Augenhöhe begegnen.

olitische und wirtschaftliche Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

inkommens auf einem persönlichen Zeitwertkonto ansammeln
gaben abbauen.

t werden können.

nsverdienstsumme,
ert wird.
entscheidender Wettbewerbsvorteil der Betriebe.

en,

splätze.

allem auch arbeitsmarktferner Gruppen.

r sowie die Bedürfnisse von Stadt und Land gleichermaßen berücksichtigen,

glichen Weg in die Arbeit eine lange Wegstrecke in Kauf nehmen, entlastet werden.

t einer wechselseitigen Rücksichtnahme ein neues Miteinander im Straßenverkehr.
n.

:ruktur investieren.

gehören.
erden.

im Binnenmarkt.

· zu den Lebensadern Europas entwickeln werden,

n gefördert. 108
u unserer Verkehrsinfrastruktur. 108

schen Bund, Ländern und Gemeinden erfolgen;

ı, pünktlich und effizient.

,
ASFINAG, Energieversorgern und Banken.

e Energieversorgung bis zum Jahr 2020, entwickelt haben.

ɜern.

weiter aus
eise zur Marktreife.
ngen können,

ern.

ıeidenden Vorteil bei der Energiewende.

ıen, einen verpflichtenden Nachweis der Herkunft haben.

nsatz wertvoller Energie gehen.
rung.

“,

ıen verpflichtenden Nachweis der Herkunft haben.

r

r Wasser, Wind, Sonne und Biomasse.

gie.108
gieeffizienzmaßnahmen entsprechend der regionalen Herausforderungen. 108
r EU im Energiebereich. 108

der und Kinder für ihre Eltern.

der leisten kann

dingungen vorfinden

rismus).

ble Arbeitszeitmodelle aus.

etreuungsangebots

echt darstellt.

ig bzw. ganztägig je nach Bedarf.

es Mutter-Kind-Passes schaffen.

ıschen.

Tanks.

ostengünstig (zwischen 60 Euro und 96 Euro pro Jahr) das öffentliche Verkehrsnetz in Anspruch

ıg.

ɛ sind,

ɛrationenstrategie erarbeitet.

elung

ebensbereichen ein.

gefonds.

tätigkeit zu berücksichtigen

ms,

rcieren.

rden

ten Frauen weiter zu verbessern.

.

dem Weg zu mehr Gleichberechtigung.

nterstützen.

nsichten einzubringen.

ig bzw. ganztägig je nach Bedarf.
egionen entwickeln und fördern.

en.

lichtung.

enwirken.

stungen erbracht,

ıd stationären Bereich in den Spitälern

ıalten und ausbauen.

ı Medikamentenversorgung.

anfall, Übergewicht und Diabetes.

ation, z.B. bei Essstörungen oder Krebs.

ngen oder nach Schlaganfall.

zu verbringen, haben wir mit der Einrichtung des Pflegefonds Rechnung getragen.

oflegende Angehörige laufend ausgebaut.
hrigen und demenziell Erkrankten)

iesicht.
n Lebensbereichen ein,
ntigt eingebunden werden sollen.

ıes reglementierten Gewerbes erhöhen.

Nationalen Aktionsplans.

ᵖalliativ-Versorgung.

ı.

t.

ınen

ohl dort, wo Menschen direkt anderen Menschen helfen, stärken.

g
esen.

ı,

aler Verantwortung eines jeden Einzelnen.

ɛgnimmt,

Menschen bestmöglich am Wohlstand zu beteiligen.
izierungen zu verbessern.

ɹ seinem Einkommen,

ımen.

utzhütten und das alpine Wegenetz.

edeutung.
nbieter ein,

angekurbelt u

on um eine Monatsmiete gesenkt.
der Spritpreisverordnung,

chlossen werden, keine Gültigkeit haben.
gen gestärkt.

nd Datenroaming in der EU gesenkt wurden. 108
cht mehr kosten als eine Inlandsüberweisung – und erstmals gibt es eine Höchstfrist für die Übe
'are ein Widerrufsrecht. 108

enten ein Recht auf Kompensation, Stornierung bzw. Sicherstellung der Heimreise. 108
ganz Europa nicht mehr fliegen. 108

n.
cht auf ein Bankkonto.

Heimat.

n Niveau zu halten.

ıch international immer mehr nachgefragt werden.

:n Raum.

ung

gie

istungsförderungen für die Betriebe geht.
rungen.

tige Intensivierung,

n.

nft gesichert werden.

emessungsgrundlage.

nen Raum.
n wettbewerbsrelevanten Förderungen.

bis 2020.

Österreicherinnen und Österreicher,

ien.

durchgesetzt, damit kann niemand gegen unseren Willen über unser Wasser verfügen. 109
trophen wie zum Beispiel Hochwassern und Murenabgängen heimgesucht.
Österreichs unter Wasser.

inf Jahren 1 Mrd. Euro für den Ausbau des Hochwasserschutzes bereit.

:n).

rd. Euro in den kommenden fünf Jahren.
fossilen Herkünften.
:nz.

:erreich.

nen

en.

bt.

ıen.

ksichtigt werden.

den.

ereinigungen).
alfrist von fünf auf drei Jahre im Körperschaftssteuergesetz.

'ohnung

sellschaft

t.

ıngebote in Kindergärten und Schulen verankert werden.

:haffen

Sports in Österreich
hren ein neuer Österreichischer Sportstättenplan

uungsaufwandes oftmals nur mit spezieller Förderung betrieben werden.
ltagsanforderungen,

ausreichend zu berücksichtigen,

ge unserer Gesellschaft:

u

ugendarbeitslosigkeitsraten in Europa

es einzelnen Schülers eingegangen wird.

gewährleistet sein.
önnen.
n Alter spielerisch gelernt und können bestmöglich bereits im Kindergarten vermittelt werden.
icht folgen kann.
ıf den weiteren Lebensweg vor.

Vettbewerb,

unseres Bildungssystems weiter verbessern.
eilzentralen Reifeprüfung.
ıachweis, d
ıent herangezogen werden kann.

ch nimmt, bei den Familien.

ıssen.

en Schulalltag auch im Wege neuer Unterrichtsmethoden besser gelingen kann.

altungsaufgaben,

fachliches Unterstützungspersonal,

echnen.

ntieren.

tendes Lernen“.

s wirken.

ssensgesellschaft bestmöglich nutzen.

nrichtungen unserer Gesellschaft.
n nicht nur als stabilisierende wirtschaftliche „Anker“ einer Region

hen

erung der Fachhochschulen und Universitäten gesteigert – im Europavergleich am zweitstärkste

ohe Studienqualität sichern.
ntwicklung unternommen und ist am Weg zum „Innovation Leader“.

nziert werden.

en in der Forschung und deren Anwendung ein.

eren Studien.

enden.
ı Gemeinden über Bundesländer und den Bund bis hin zu EU-Programmen.

ıgsraum

serer Kulturschaffenden blicken.

eistigen Eigentums.
nhalten geführt.

der Kultur unseres Landes.

aft besonderes Augenmerk zu widmen.

ıngssicherheit zu sorgen.

ndort Österreich entwickelt hat.

n Eigentum zu schaffen.
ter

regionaler Kulturinitiativen.

ur des Dialogs entwickelt.
rnen Forderungen linker Träumer

en.

gen Feuerwehren aufgenommen werden.

schaft eine Rolle.

nicht gegeben hat.
n.

mmen.

Bürgergesellschaft.

· Republik.
en,

·kung von elektronischen Sammelsystemen, „Open Data“) weiterentwickeln.

gional- und Landeswahlkreis bereits gesenkt,

lt werden können:
en Wahlkreisen durch die Bürgerinnen und Bürger direkt gewählt werden.
n:
ft es in Zukunft ein ausführliches parlamentarisches Verfahren, bei dem auch den Initiatoren de
d ausreichend unterstützt ist, ist außerdem eine umfassende Begutachtung vorgesehen.
befragung stattfinden.
ıfalls der Volksbefragung unterzogen wird, sodass die Wahlberechtigten zwischen den beiden V

ıut werden. 108

attfinden.

nfunktionen zur Stärkung der europäischen Identität.

kratie.

e informiert

können,

freiheit, Vielfalt in der Medienlandschaft zu sichern und qualitativ hochwertige Berichterstattur
stem mit einem hinsichtlich seiner Leistungen klar definierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk

auch Medienpolitik völlig neu gedacht werden.
„Mediengesellschaft“ heute mit wesentlich vielfältigeren neuen Medien jenseits der klassischer
in teils konkurrierenden, teils komplementären Verhältnissen.

die Potenziale der neuen Medienangebote.
ch der Qualitätssicherung und Förderung neu zu überdenken
anzupassen.

Presserates.

Programmkomponente.

bürokratisierungsschritte z.B. im AMD-G und im PrR-G.

n. 108
m globalen Akteur entwickelt. 108

ziert. 108
hischen Europapolitik. 108

08

stark unter Druck gesetzt und das Vertrauen der Menschen in Europa auf eine harte Probe ges

bilden. 108

artige Lebensmodell Europa aufrechterhalten und finanzieren zu können. 108

llschaft. 108

ıg an den Entscheidungsprozessen der EU ausgebaut werden. 108
enfunktionen ist eine Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger mehr einzubeziehen.108
ebenso eine aktive Rolle im europäischen Rechtssetzungsprozess spielen. 108

hhaltige Entschuldung der Mitgliedstaaten der EU konsequent fortgesetzt wird. 108
en wir die „Vier Sicherheiten“ entwickeln: 108

igungswerkes 108

ıfunktionen zur Stärkung der europäischen Identität. 108

verden, 108

eitigen.108

onalen Freihandelsabkommen sicherstellen.

ken. 108

nd Exkursionen zu den Institutionen nach Brüssel 108

olitik.
ichs für Südtirol.

rschaft Europas zu jenen Räumen, die für Österreich aus sicherheitspolitischer

len Hoffnungsmärkten unserer Exportwirtschaft.

a und Lateinamerika.

laten liegen.

k.

unserer Außenpolitik.
nderen Ländern verteidigen.

nützen.
n Menschen in den ärmsten und am meisten benachteiligten Regionen und Ländern dieser We
es Anliegen

eit
lungszielen.

ein leistungsfähiges globales Vertretungsnetz.

nd Expansionsmöglichkeiten österreichischer Unternehmen.

ıng

ɹsammenarbeit

e ganz besondere Bedeutung zu.

Bürger.

ɜen sichtbar ist und für Ordnung sorgt.

sen ausstatten,damit sie Verbrechen wirkungsvoll bekämpfen kann.

icher Sicherheitsorgane

nen.
n betrifft.

gen.

e, 108

funden und Straftäter schneller ausgeliefert werden.

ierte und grenzüberschreitende Kriminalität vorgehen. 108

,

ɔen.

vorden.
ıherde in den Vordergrund.

n jedes Jahr auf harte Proben.
-War.
ı und vielfältigen Vorsorge und Bekämpfung.

tets zu 100% erfüllt.

g einsetzbaren Bundesheer

Österreicherinnen und Österreichern eindrucksvoll bestätigt.
g.

bereichernd ist.

ndesheer die notwendigen Mittel in die Hand geben.

sätzen
mt. 108
unerlässlich.

ie.
sheers sicherstellen.

ik – auch EU-Battlegroups.108

er Vergangenheit wiederholt unter Beweis gestellt.

bietet.
standortwettbewerb.

ereinfachungen in der Verwaltungsorganisation

wir schlanke Strukturen

erwaltungsbehörden abgeschafft
anzgericht ersetzt.
l zuständigen Stellen auf eine zentrale Behörde gebündelt.

n Kriminalität geht.
despolizeikommanden zu 9 Landespolizeidirektionen zusammengefasst.

Beihilfen sind nur einige Beispiele der jüngsten Innovationen.

:en vereinfachen und fördern.

ge.

mokratie.

ıung.

ns in die Justiz und in die Politik beschlossen.

n

en Ländern mit den strengsten Anti- Korruptionsbestimmungen.
n der Politik ein.
tscheidender Standortfaktor.
irtschaft.

:haftsstrafsachen mit internationalen Verflechtungen zielgerichteter und effizienter verfolgen.

:h ab sofort jede Österreicherin und jeder Österreicher aktiv an der Korruptionsbekämpfung be
: garantieren.
ht darstellt

chtsreform)

nung.

halten.
rch die Krise gekommen.

seitigen Sanierung erreicht.

des Monats mehr davon haben wollen.

nommen und verteilt wird, auf unter 40% senken.

tellen, der sich nach der Anzahl der Kinder bemisst.

:hafft.

inanzierungsmitteln.
n Interessensausgleich.

esteigert,

or dem Austrocknen gesichert,

Banken im Rahmen von Basel III durchgesetzt,

eit dar,

s Leben gerufen.
sern

nternehmen teilhaben können, die bisher noch keinen direkten Zugang zum Kapitalmarkt habe

ng an den Märkten eine Option.
n wir einen strategischen Partner vor,

in in staatlicher Hand bleiben.
te Strategie entwickelt werden.

n mitbringen.

nehmen.

erweisungsdauer. 108

en.

es Volksbegehrens eine wichtigere Stellung als bisher zukommt.

orschlägen (Volksbegehren und Gegenvorschlag des NR) entscheiden können.

ıg zu ermöglichen.

ı Massenmedien und mit einer Vielzahl neuartiger Nutzungsgeräte konfrontiert (z.B. Smartphoı

tellt hat, 110

It.

teiligen.

n.

nes, Tablets, „Apps“).

Arbeitsplätze
und Wachstum
Zentrale Ziele sozialdemokratischer Politik sind Vollbeschäftigung,
Verteilungsgerechtigkeit
und Nachhaltigkeit.
Die SPÖ bekennt sich zu einem verantwortungsvollen Staat,
der aktive Wirtschaftspolitik umsetzt
und beste Infrastruktur bereitstellt.
Mit diesem Erfolgsmodell einer „sozialen Marktwirtschaft“ ist Österreich in den vergangenen Ja
Österreich als Produktionsstandort stärken
Wir wollen mit einer Wirtschaftspolitik, die auf Investitionen in Innovation
sowie Aus- und Weiterbildung der Menschen setzt,
Österreich an die Spitze Europas bringen.
Dazu muss Österreich seinen hochwertigen Wirtschaftsstandort mit optimal ausgebildeten Arb
und einer erstklassigen Infrastruktur weiter ausbauen
und den Strukturwandel hin zu einer innovations- und zukunftsorientierten Wirtschaft aktiv ge
Projekt 1:
Konjunkturpaket für Wachstum, Arbeitsplätze und leistbare Wohnungen
In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind Investitionen in Wachstum und Beschäftigung unerläss
Das Konjunkturpaket aus dem Jahr 2008 hat den krisenbedingten Einbruch stark gebremst
und die Beschäftigung zehntausender Menschen gesichert.
Österreich hat dadurch die Krise besser als andere Länder bewältigt
und weist im EU-Vergleich die geringste Arbeitslosenquote auf.
Nachdem das letzte Konjunkturpaket 2012 ausgelaufen ist, werden wir durch ein neues Paket,
neues Wachstum schaffen,
Arbeitsplätze sichern
und Wohnen leistbarer machen.
Konkret werden dafür 1,5 Milliarden Euro bis 2016 zur Verfügung gestellt.
Rund 14.000 zusätzliche Wohnungen und 60.000 Arbeitsplätze sollen dadurch geschaffen werd
Investiert wird vor allem in Bauprojekte,
in die Pflege und Kinderbetreuung
und den Hochwasserschutz.
Gerade in der Bauwirtschaft und im Baunebengewerbe, die besonders unter der Krise leiden, s
Mit dem Konjunkturpaket werden die Weichen dafür gestellt, dass Österreich seine gute wirtsc
Projekt 2:
Eine starke Industrie
und leistungsfähige Klein- und Mittelbetriebe als Stabilitätsanker Österreichs
Wirtschaft wächst seit 1989 im Durchschnitt um 0,5 Prozent pro Jahr stärker als der EU-Durchs
und hat 0,6 Prozent mehr Wachstum als die Schweiz.
Dazu hat eine leistungsfähige gesamtwirtschaftliche Struktur von Klein- und Mittelbetrieben ur
In der Krise ist eine starke Industrie ein Stabilitätsanker für die österreichische Wirtschaft
und sorgt dafür, dass die wirtschaftliche Aktivität hoch bleibt,
Steuereinnahmen erhalten
und Arbeitsplätze ausgebaut werden.
Wir werden Österreich als Produktionsstandort in den nächsten Jahren noch besser positionier
und durch zielgerichtete Innovationspolitik weiter modernisieren.
Projekt 3:
Verkehrs- und Technologieinfrastruktur weiter ausbauen

Eine leistungsfähige Volkswirtschaft wie Österreich benötigt gut funktionierende öffentliche Inf
Der Ausbau der Infrastruktur ist daher einer der Schlüsselfaktoren des Erfolgsmodells Österreic
Wir werden die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur weiter vorantreiben.
In den nächsten fünf Jahren sollen jedes Jahr zwei Milliarden Euro in den Ausbau der Schieneni
und die Bahnhofsoffensive zur Modernisierung und zum Ausbau der umweltfreundlichen, siche
In den Ausbau des hochrangigen Straßennetzes soll in diesem Zeitraum jedes Jahr eine Milliard
Die Versorgungssicherheit in der Energiewirtschaft muss durch ausreichende und ökologisch ve
Die Förderung des flächendeckenden Ausbaus der Breitbandtechnologie im Glasfasernetz und
Projekt 4: Österreich im Innovationsbereich an die Spitze führen
Rund zwei Drittel des österreichischen Wirtschaftswachstums haben ihren Ursprung im techno
Österreich verfügt in vielen gesellschaftlichen Schlüsselbereichen über hohe Innovations- und U
Der Sprung ganz an die Spitze setzt strukturelle Reformen voraus.
Innovation wird von kreativen ArbeitnehmerInnen und wagnisbereiten Unternehmen getragen
In der Wirtschafts- und Innovationspolitik der SPÖ nimmt auch der Staat eine wichtige und akt
In einer vernetzten und innovativen Wirtschaft sind wissenschaftliche Forschung, Produktion u
daher muss der Staat leistungsfähige öffentliche Infrastrukturen bereitstellen.
Die SPÖ setzt auf gezielte Förderung intelligenter, schneller und umweltschonender Produktion
In den kommenden Jahren sollen diese Investitionen 100 Millionen Euro pro Jahr betragen.
Die direkten Investitionen in die Förderung angewandter Forschung und Technologieentwicklu
Dieses Niveau werden wir weiter steigern,
denn diese Investitionen führen zu einem Wettbewerbsvorteil für Österreich
und zu mehr hochwertigen Arbeitsplätzen.
Projekt 5:
Österreichische Spitzentechnologien –
wie die Umwelttechnologie -
in die Welt tragen
Es gibt in Österreich rund 400 Unternehmen, die technologisch an der Europa- oder Weltspitze
und daher für die Wertschöpfung und die Exportquote der österreichischen Wirtschaft enorm
Die größte Mehrheit dieser Unternehmen hat sowohl ihren Forschungs- als auch Produktionsst
Dies gilt etwa für den rasch wachsenden Bereich gehobener technischer Dienstleistungen, für E
Besondere Stärken liegen in den Bereichen der Infrastrukturtechnologien (Bahn, Straße, Energi
Wir werden daher die österreichischen Unternehmen bei ihren Technologieexporten
durch zielgerichtete Maßnahmen, wie zwischenstaatliche Abkommen und Exportförderung, un
und ihnen somit die Türen zu Zukunftsmärkten öffnen, die besonderen Bedarf an Modernisieru
Projekt 6:
Mehr qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in Forschung und Innovation schaffen
Innovationen entstehen in den Köpfen der ArbeitnehmerInnen.
Deshalb ist es wichtig, junge Menschen für Forschung und Innovation zu begeistern,
denn dort entstehen jene Arbeitsplätze der Zukunft, die hohe Zufriedenheit und gutes Einkomr
Wir werden junge ÖsterreicherInnen aktiv dabei unterstützen, zukunftsträchtige Berufe zu ergr
Technologie und Innovation motivieren.
Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass jungen Menschen jährlich ausreichend Ausbildungsplätz
und dass sie über gut bezahlte Praktika Jobs in Forschung und Innovation kennenlernen könner
Projekt 7:
Aktive Industriepolitik – Neuorientierung der ÖIAG
Die SPÖ bekennt sich zu strategischem Eigentum der öffentlichen Hand und steht für Privatisie
Als Voraussetzung für innovative Industriepolitik ist eine dauerhafte Klärung der Eigentumsfrag
Durch eine grundlegende Neuorientierung der ÖIAG sollen die bestehenden strategischen Unte

und in Wachstumsphasen auch bei Kapitalerhöhungen mitgezogen werden.
Als eine der Folgen der Wirtschaftskrise hat die österreichische Wirtschaft Insolvenzen von Unt
Deshalb soll eine öffentliche Auffanggesellschaft für sanierungsfähige Insolvenzfälle gegründet
um regionale Leitbetriebe in Einzelfällen durch Finanzierung und Umsetzung eines Sanierungsp
Projekt 8:
Zusätzliche Finanzierungsformen für Unternehmen
In Österreich finanzieren sich Unternehmen traditionell vor allem durch Bankkredite,
die allerdings in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation oft nicht im notwendigen Ausmaß fü
Alternative Finanzierungsformen sind derzeit in Österreich nicht ausreichend vorhanden.
Durch die Verbreiterung der Finanzierungsbasis soll die Wirtschaft mit dem benötigten Kapital
Nach bereits erfolgten ersten Schritten im Nationalrat in Richtung „Crowdfunding“ wollen wir
Unternehmensfinanzierung braucht nämlich klare Regeln,
wie auch einige Anlegerbetrugsskandale der Vergangenheit zeigen.
Durch ein neues Regelwerk sollen die Banken wieder zu ihrer Kernfunktion als Finanzierungsins
Unternehmensgründungen sollen durch Beratung,
Übernahme von Haftungen
und Ausfallversicherungen gefördert werden.
Projekt 9:
Ein-Personen-Unternehmen absichern
Die Gruppe der Neuen Selbständigen, FreiberuflerInnen sowie KleinstunternehmerInnen umfas
Die Dynamik dieser Unternehmen ist ein unverzichtbarer Teil einer vernetzten und innovativen
Für sie muss die soziale Absicherung verbessert werden.
Wir wollen den 20-prozentigen Selbstbehalt bei Arztbesuchen für Selbständige abschaffen.
Das neu eingeführte Krankengeld soll bereits zu einem früheren Zeitpunkt ausbezahlt werden,
Die Angst vor dem Scheitern ist der größte Hemmschuh für Unternehmensgründungen.
Um Unternehmensgründungen zu fördern, braucht es Sicherheit für GründerInnen.
Eine grundlegende Reform des Privatkonkurses, mit dem Ziel einer Entschuldung nach sechs Ja
Projekt 10:
Kreativwirtschaft stärken
Kultur- und Kreativwirtschaft stehen im Zentrum einer wissensbasierten Gesellschaft
und ihre Entwicklung ist sowohl für das kulturelle Leben,
den sozialen Zusammenhalt,
als auch für den Wirtschaftsstandort Österreich von großer Bedeutung.
Wir wollen die Kultur- und Kreativwirtschaft in den nächsten Jahren nachhaltig stärken.
Dafür soll von kurzfristigen Projektförderungen in der Kreativwirtschaft zugunsten gezielter str
Bildung und Qualifikation als Schlüssel für Wirtschaftswachstum und Wohlstand
Bildung bestimmt die Zukunft jedes/jeder Einzelnen und damit der Gesellschaft insgesamt.
Jedes Kind muss in Österreich die Chance auf beste Bildung und Ausbildung haben und zwar ur
Die Qualität unseres Bildungssystems ist ein entscheidender Faktor für künftigen wirtschaftlich
und die internationale Konkurrenzfähigkeit unseres Landes,
aber auch für die Demokratie
und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.
Wir setzen uns für ein leistungsfähiges,
sozial gerechtes und
öffentlich finanziertes Bildungssystem ein,
in dem Talente und Begabungen optimal gefördert werden und kein Potential verloren geht.
Bildung soll auf die Zukunft vorbereiten und daher die Fähigkeit vermitteln, mit dem Wandel u
Projekt 11:

Wissen als Wachstumsinvestition begreifen
Um unseren Kindern die bestmögliche Bildung und Ausbildung zu ermöglichen, werden wir ver
Engagierte und bestens ausgebildete LehrerInnen –
ausgestattet mit einem leistungsorientierten Dienst- und Besoldungsrecht – als wichtige Bezug
Die beschlossene Reform der PädagogInnenbildung muss daher zügig umgesetzt werden.
Auf Weiterbildungsmöglichkeiten für LehrerInnen legen wir besonderes Augenmerk.
Die Berufsberatung an Schulen soll verstärkt werden.
Für eine qualitativ hochwertige Universitätsausbildung und eine Erhöhung der AkademikerInne
Wir treten dafür ein, dass durch eine hervorragende Forschungsinfrastruktur sowohl die Ausbil
Dafür ist für alle Universitäten eine Bestandsaufnahme und ein Umsetzungs- und Investitionspl
Die Investitionen tragen auch dazu bei, dass in Österreich ausgebildete ForscherInnen ihre spät
Wir treten für die vermehrte Anstellung von NachwuchsforscherInnen und Nachwuchsuniversit
und eine dienstrechtliche Absicherung sowie ein attraktives Entlohnungsschema für diese Beru
Projekt 12:
Ausbildung bis 18 – gut ins Berufsleben starten
Seit 2008 bekommen alle Jugendlichen, die eine Ausbildung wollen, auch eine Lehrstelle angeb
Österreichweit werden Jugendliche in 20 Produktionsschulen beim Übergang zwischen Schule u
Dennoch finden jährlich 16.000 Jugendliche ohne Ausbildung keinen Einstieg in die Arbeitswelt
Sehr erfolgreich ist in diesem Zusammenhang das „Jugendcoaching“, das seit Beginn des Jahres
Ziel ist, dass alle Jugendlichen unter 18 Jahren nach der Pflichtschule eine Ausbildung oder eine
Wir wollen die Jugendlichen durch individuelle Förderung, Betreuung und ihren Bedürfnissen e
Projekt 13: Österreichweite, branchenbezogene Lehrlingsfonds schaffen
Österreich hat in Sachen Jugendbeschäftigung – unter anderem durch die Ausbildungsgarantie
Um zu garantieren, dass Fachkräfte auch in Zukunft top qualifiziert sind
und Österreich so bei der Wettbewerbsfähigkeit die Nase vorne hat,
werden wir österreichweite Ausbildungsfonds für Lehrlinge etablieren,
bei denen die Betriebe der jeweiligen Branche in einen Lehrlingsausbildungsfonds einzahlen.
Betriebe erhalten für Lehrlinge, die Leistungswettbewerbe positiv abschließen, eine Prämie.
Das heißt:
Alle Betriebe zahlen ein, Geld-Rückflüsse gibt es an jene, die Lehrlinge ausbilden und deren Leh
Von der Qualität der Ausbildung profitiert dann die ganze Wirtschaft.
Projekt 14:
Mehr Bildungschancen –
Erhöhung der Durchlässigkeit im Ausund Weiterbildungssystem
Durch die 2012 gemeinsam von Bund und Ländern gestartete „Initiative Erwachsenenbildung“
Vor allem für einkommensschwache Personen ist damit eine wesentliche Hürde beim Nachhole
Dieses erfolgreiche Förderprogramm wollen wir fortsetzen und nachhaltig absichern.
Ein Programm zur gebührenfreien Vorbereitung auf das Nachholen der Lehrabschlussprüfung is
Im Sinne eines durchlässigen Bildungssystems muss die „Lehre mit Matura“ noch intensiver gef
Die Möglichkeit, begleitend zur dualen Ausbildung die Berufsreifeprüfung zu absolvieren, schaf
und sichert gleichzeitig den Unternehmen hervorragend ausgebildete Fachkräfte.
Der Zugang zur „Lehre mit Matura“ soll bundesweit einheitlich gestaltet, ein gesetzlicher Anspr
Um den Zugang zum universitären Bereich chancengerecht zu fördern, soll die Studienberechti
Zur Deckung des steigenden Bedarfs an praxisbezogenen beruflichen Ausbildungen nach der Al
Projekt 15:
Die Angebote der Erwachsenenbildung forcieren
Die Arbeitswelt ist in dramatischen Umbrüchen begriffen.
Unser vorrangiges Ziel ist es, jede Einzelne, jeden Einzelnen bestmöglich dabei zu unterstützen,

Im Sinne der Chancengerechtigkeit soll für alle ArbeitnehmerInnen ein Rechtsanspruch auf We
Ausgebaut werden sollen zukunftsorientierte Qualifizierungsprogramme, z.B. in den Bereichen
Zur Unterstützung der Lernenden sind innovative Lernzeitmodelle inklusive bedarfsgerechter B
Berufsbegleitende Studienplätze und Teilzeitstudienplätze an den Fachhochschulen sollen ausg
Die Qualitätssicherung im Bereich der Weiterbildung muss im Sinne des KonsumentInnenschut
Für die Vergabe staatlicher Zertifikate und Diplome für ErwachsenenbildnerInnen durch das Bu
Um den steigenden Bedarf an Angeboten im Sinne des lebensbegleitenden Lernens abdecken z
Und zur Orientierung in der unübersichtlicher werdenden Weiterbildungslandschaft sollen die
und innovative Beratungsmodelle – vor allem für nicht-bildungsaktive ArbeitnehmerInnen – un
Europaweit in Wachstum und Beschäftigung investieren
Für eine dauerhafte Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Folgen Europa teilw
Eine europäische Wirtschaftspolitik, die versucht, die Kosten der von der Finanzwirtschaft veru
Wir wollen vor allem jungen Menschen eine neue Perspektive geben.
Künftig muss die Wirtschaftspolitik der EU auf zwei soliden Säulen stehen: 108
auf Investitionen in Wachstum und Beschäftigung
sowie auf einer verlässlichen, sozial ausgewogenen und disziplinierten Haushaltspolitik.
Projekt 16:
Gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche tätigen Neues Wachstum
und neue Arbeitsplätze entstehen durch gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung
Wir wollen, dass auch auf europäischer Ebene bewusst Anreize für solche Investitionen gescha
und verbindliche Ziele für öffentliche Investitionen zur Förderung von Wachstum und Beschäfti
Auch die EU selbst soll mit ihrem Budget dazu beitragen. 108
Damit werden Arbeitsplätze und Kaufkraft gesichert
und so die Grundlage für einen nachhaltigen Schuldenabbau in allen Mitgliedstaaten geschaffe
Gleichzeitig wollen wir uns für eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts in diesem Sinn
Projekt 17:
Handlungsfähigkeit der EU stärken 108
Die SPÖ ist aus Überzeugung und aus volkswirtschaftlicher Vernunft für die Mitgliedschaft Öste
Diese stellt eine Basis für unseren wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand dar. 108
Von der exportorientierten Wirtschaft hängt jeder dritte österreichische Arbeitsplatz direkt od
Österreich hat daher grundlegendes Interesse an der Europäischen Integration 108
und leistet aus diesem Grund auch seinen Beitrag zur gemeinsamen Bewältigung der Krise. 108
Eine geeinte und starke Europäische Union ist notwendig, um den wirtschaftlichen und politisc
Wir unterstützen daher Reformen, die die Handlungsfähigkeit der EU weiter stärken. 108
Der Grundsatz, dass die EU nur das regeln soll, was auf dieser Ebene sinnvoll ist, soll auch in Zu
Alles andere soll in der Verantwortung der jeweiligen Mitgliedstaaten bleiben: 110
Zum Beispiel die Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Ort, wie etwa die Wasserve
Projekt 18:
Europa sozialer machen 108
Österreich hat die geringste Arbeitslosigkeit aller EU-Staaten.
Eine soziale Krise in Europa wirkt sich dennoch auch auf uns aus.
Um es nicht so weit kommen zu lassen, wollen wir europaweit die sozialen Standards erhöhen
und vor allem Jugendlichen einen Job und eine Perspektive geben.
Dafür wollen wir die Einführung von europaweiten Mindeststandards 108
und die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping als europäische Aufgabe vorantreiben 108
und befürworten die EU-weite Festlegung nationaler Mindestlöhne mit allgemeiner Gültigkeit
Wir wollen mit der Jugendgarantie dafür sorgen, dass jeder Jugendliche binnen vier Monaten E
Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss in Europa genauso wichtig werden wie der Abbau de

Gerechtigkeit
Gerechtigkeit ist von zentraler Bedeutung für das Zusammenleben in einer Gemeinschaft.
Fehlt es an Gerechtigkeit und haben Menschen den Eindruck, es wird mit zweierlei Maß gemes
Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind keine Gegensätze, sondern sind mitei
Faire Einkommen, faire Arbeit
Zu geringe Einkommen und immer mehr Arbeit – für viele ArbeitnehmerInnen ist das eine trau
Diese Entwicklung muss gestoppt werden –
durch die Unterstützung der Gewerkschaft
und neue gesetzliche Regelungen.
Wir stehen für einen entschlossenen Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping
und für mehr Fairness in der Arbeitswelt.
Projekt 19:
Arbeit und gerechte Löhne für alle
Oberstes Ziel ist es, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, um eine möglichst hohe Beschäf
Die Arbeitsmarktpolitik muss die Menschen dabei unterstützen, mit den geänderten Rahmenb
Arbeitslosigkeit muss bekämpft werden.
Daher müssen die Dienstleistungen des Arbeitsmarktservice für Personengruppen, die von Arb
Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung stellen für arbeitslose Menschen eine wichtige Ex
und müssen daher immer wieder neu angepasst werden.
Bei einer allfälligen Verkürzung der Normalarbeitszeit
müssen Kaufkraft und damit der Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen gesichert bleiben.
In vielen Unternehmen bestehen große Einkommensunterschiede:
Während manche Leitungspositionen sehr gut bezahlt werden, verdienen einzelne Mitarbeite
Wir setzen uns deshalb für mehr Lohntransparenz in Konzernen, Unternehmen und Betrieben
Die SPÖ unterstützt die Gewerkschaften bei der Einführung des kollektivvertraglichen Mindestl
Darüber hinaus sollen bei staatsnahen Unternehmen, Betrieben und Institutionen durch Einko
Managerbezüge ab 500.000 Euro sollen nicht mehr als Betriebsausgabe abgesetzt werden könn
Managerboni müssen an den nachhaltigen und langfristigen Unternehmenserfolg gekoppelt w
Projekt 20:
Prekäre Beschäftigung bekämpfen –
faire Arbeitsverhältnisse schaffen
Trotz eines ausgebauten Sozialstaates und eines umfassenden Arbeitsrechts gibt es immer noc
Beschäftigung in Scheinwerkverträgen oder unbezahlten Praktika gehört – vor allem auch bei B
Diesen Praktiken muss Einhalt geboten werden.
Auf Druck der SPÖ wurde die Anmeldung bei der Sozialversicherung vor Arbeitsbeginn
und das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz beschlossen.
Hierzu müssen die gesetzlichen Grundlagen weiterentwickelt
und die Kontrollen verstärkt werden.
Wir fordern darüber hinaus, den Rechtsschutz im Arbeitsrecht deutlich zu verbessern.
Das Klagsrisiko muss den ArbeitnehmerInnen etwa durch Schaffung der Möglichkeit von Verba
ArbeitnehmerInnen müssen ihre Rechte ohne Gefahr des Arbeitsplatzverlustes durchsetzen kö
Projekt 21:
All-In-Verträge und Konkurrenzklauseln einschränken
Viele Arbeitsverträge bringen ArbeitnehmerInnen große Nachteile.
Immer häufiger werden sogenannte „All-In-Verträge“ abgeschlossen,
ständige Erreichbarkeit wird pauschal abgegolten.
Konkurrenzklauseln verhindern sogar noch nach Ende des Arbeitsverhältnisses den reibungslos
Die Rechte der ArbeitnehmerInnen werden schleichend ausgehöhlt.

Wir fordern deshalb eine gesetzliche Einschränkung von All- In-Verträgen, Konkurrenzklauseln
Vertragsklauseln, die ArbeitnehmerInnen zu ständiger Erreichbarkeit verpflichten, müssen eber
Projekt 22:
Gemeinsames Arbeitsrecht für alle
Das österreichische Arbeitsrecht unterscheidet in der Privatwirtschaft nach wie vor zwischen A
Ein gemeinsames und modernes Arbeitsrecht bleibt daher unser Ziel.
Auch freie DienstnehmerInnen müssen in andere arbeitsrechtliche Schutzbereiche wie Mutters
ArbeitnehmerInnen, freie DienstnehmerInnen und Ein-Personen- Unternehmen sollen im Kran
Projekt 23:
Frauen und Männer:
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
Frauen sind heute so gut ausgebildet wie nie zuvor.
Dennoch verdienen Frauen deutlich weniger als Männer und haben weniger Aufstiegschancen.
Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist daher ein zentrales Thema der SPÖ.
Frauenförderung auf allen Ebenen von Konzernen, Unternehmen, Betrieben und Institutionen
Faire Aufstiegschancen für Frauen garantieren Quotenregelungen in Vorständen und Aufsichts
Wichtig ist eine Koppelung staatlicher beziehungsweise kommunaler Aufträge und Wirtschaftsf
Projekt 24:
„Genesungsteilzeit“
– für eine gesunde Rückkehr in den Arbeitsalltag
Wer nach einer schweren Krankheit oder einem langen Rehabilitations-Aufenthalt zurück an de
der Wiedereinstieg in einen Vollzeitjob geht nicht von heute auf morgen.
Überlastung ist oft die Folge, der nächste Krankenstand ist damit vorprogrammiert.
Wir fordern daher eine „Genesungsteilzeit“:
Auf ärztliche Anordnung sollen sich ArbeitnehmerInnen nach einer langen Krankheit für eine D
Projekt 25:
Die Balance zwischen Arbeit und Freizeit verbessern
Österreichs ArbeitnehmerInnen leisten jährlich 300 Millionen Überstunden –
für echte Auszeiten und Erholung bleibt da oft keine Zeit.
Die Folge:
Überlastung und Krankenstände.
Als letzter Ausweg bleibt oft nur die Frühpension.
Während viele ArbeitnehmerInnen immer mehr Arbeit leisten müssen, suchen andere oft jahre
– ein Ungleichgewicht, unter dem die gesamte Gesellschaft leidet.
Die Betriebe sollen daher verpflichtet werden, regelmäßig unter Mitwirkung der BetriebsrätInn
Weiters fordern wir eine „Überstundenabgabe“:
Unternehmen, die ihren MitarbeiterInnen unverhältnismäßig viele Überstunden abverlangen, s
Diese Abgabe soll für die Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden.
Wichtig für den Arbeitsmarkt,
für die Regeneration von älteren ArbeitnehmerInnen,
für mehr Freizeitqualität und f
ür mehr Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern im Arbeitsrecht
ist die sechste Urlaubswoche.
Die sechste Urlaubswoche ist bereits gesetzlich verankert, aber nur für ArbeitnehmerInnen, di
Der heutige Arbeitsmarkt ist allerdings wesentlich mobiler geworden
und daher wollen wir die sechste Urlaubswoche generell nach 25 Dienstjahren
– egal wie oft man den Arbeitgeber gewechselt hat.
Für eine gerechte Steuerpolitik

Die SPÖ hat eine Trendwende in der Steuerpolitik eingeleitet
und durch eine Senkung der Einkommens- und Lohnsteuer
sowie zusätzliche vermögensbezogene Steuern mehr Steuergerechtigkeit erreicht.
Dieser Weg der Entlastung des Faktors Arbeit,
um zusätzlich Wachstum und Beschäftigung zu erreichen, soll fortgesetzt werden.
Projekt 26:
Steuern auf Arbeitseinkommen durch Millionärssteuer senken
Um die Steuern auf Arbeitseinkommen weiter reduzieren zu können,
wollen wir eine Millionärssteuer (Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer) für die Reich
denn auch sie sollen einen Beitrag für den Wohlfahrtsstaat leisten.
Bei einem Freibetrag von einer Million Euro ist ungefähr ein Prozent der Menschen betroffen.
Im Gegenzug soll im Rahmen einer Steuerreform für alle SteuerzahlerInnen der Einstiegssteuer
und eine Negativsteuer beim Pensionistenabsetzbetrag eingeführt werden.
Projekt 27:
Unternehmensgewinne gleich besteuern
Bei den Unternehmen führen diverse Begünstigungen, Steuerregelungen und Steuersätze zu u
Daher soll in diesem Bereich eine Vereinheitlichung angestrebt werden.
Die Gruppenbesteuerung soll reformiert und Steuerbegünstigungen gestrichen werden.
Projekt 28:
Familienbeihilfe für alle erhöhen statt Besserverdienende steuerlich begünstigen
Die steuerrechtlichen Regelungen zur Familienförderung sind zu kompliziert
und nützen vor allem Menschen mit höheren Einkommen.
Statt Freibeträgen und steuerlicher Absetzposten
kommen eine generelle Erhöhung der Familienbeihilfe
und mehr Kinderbetreuungsplätze allen Familien zugute.
Bei der Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds können durch eine Verbreiterung der E
Gleichzeitig würde der Faktor Arbeit steuerlich entlastet.
Finanzmärkte europaweit regulieren
Mit dem Platzen der Immobilienblase in den USA und der darauf folgenden größten Finanzkris
Die EU und manche ihrer Mitgliedstaaten haben in den vergangenen Jahren erste Maßnahmen
Projekt 29:
Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung
Wir bekämpfen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung,
denn es ist gerecht, wenn alle ihren steuerlichen Beitrag zur Finanzierung des Staatshaushaltes
Diese dürfen sich nicht durch Konstruktionen über Staaten mit intransparenter Steuergesetzge
Dafür muss die Kooperation und der Informationsaustausch zwischen den Staaten verbessert v
Steuersümpfe sollen durch internationale Zusammenarbeit trockengelegt,
rechtliche Konstruktionen, die der Verschleierung und Hinterziehung dienen, müssen verboten
Wir wollen keinen europäischen Wettlauf zu immer niedrigeren Unternehmenssteuern
und werden Maßnahmen gegen die Verschiebung der Gewinne in Länder mit sehr niedrigen St
Projekt 30:
Finanzmärkte konsequent regulieren
Die Finanztransaktionssteuer sorgt dafür, dass jene einen finanziellen Beitrag zur Bewältigung
Wir wollen, dass die Finanztransaktionssteuer weiter ausgebaut wird
und aktiv für die Beteiligung weiterer Länder werben.
Auf europäischer Ebene wurde eine neue Aufsichtsarchitektur geschaffen, die gemeinsame Sta
Die gemeinsame europäische Bankenaufsicht wird gerade aufgebaut.108
Ein europäischer Rahmen für die Sanierung und Abwicklung von Banken ist für uns der nächste

Durch eine Verlängerung des Sonderbeitrags zur Bankenabgabe soll der österreichische Banker
Wir wollen mit einer europaweiten Bankenabgabe dafür sorgen, dass Banken in Zukunft nicht
Zudem wollen wir, dass nur mehr Finanzprodukte gehandelt werden dürfen, die eine Zulassung
Spekulation mit Nahrungsmitteln soll verboten werden.
Darüber hinaus wollen wir, dass auch Ratingagenturen, die wesentlich an der Verschärfung der
Sie sollen ihre Entscheidungsgrundlagen und ihre Analysen transparent machen.
Für vorsätzliche und grob fahrlässige Handlungen bei der Erstellung von Ratings müssen sie zur
Volles Vertrauen in die Justiz wieder herstellen
Durch Vorkommnisse in der Jugendgerichtsbarkeit hat das Vertrauen in die österreichische Just
Ein funktionierendes Justizsystem ist ein Grundpfeiler einer funktionierenden Demokratie.
Zielsetzung der SPÖ ist es daher, das volle Vertrauen in das österreichische Justizsystem wieder
Projekt 31:
Wiedererrichtung des Jugendgerichtshofes
Für jugendliche StraftäterInnen ab 14 Jahren sollen österreichweit Jugendkompetenzzentren e
In Wien soll es zur Wiedererrichtung eines Jugendgerichtshofes kommen.
Die Menschenwürde besonders auch von Jugendlichen in Haft muss gewährleistet sein.
Projekt 32:
Stellung von Opfern verbessern
Wir werden die Stellung von Verbrechensopfern durch Erweiterung des Kreises der Anspruchsb
und die Höhe der Entschädigungsleistung verbessern.
Weiters soll durch die Möglichkeit eines staatlichen Vorschusses für Verbrechensopfer sicherge
dass diesen unverzüglich notwendige und zustehende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.
Im Strafprozess wollen wir die Opferrechte maßvoll erweitern.
Besonders wichtig dabei sind uns die Sicherstellung und der Ausbau der Prozessbegleitung.
Auch wer zu Unrecht ein langes Strafverfahren über sich ergehen lassen musste, ist ein Opfer.
Deshalb wollen wir den vollen Ersatz der Verteidigungskosten bei einem Freispruch bzw. einer
Projekt 33:
Unabhängiger Bundesstaatsanwalt
– Stärkung der Korruptionsstaatsanwaltschaft
Wir werden die Weisungsspitze gegenüber den staatsanwaltschaftlichen Behörden vom Bunde
Diese neue oberste Behörde soll gegenüber dem Parlament die gleichen Pflichten haben wie d
Wir werden die Unabhängigkeit der sehr bewährten Korruptionsstaatsanwaltschaft stärken
und deren personelle Ausstattung weiter verbessern.
Es war richtig und notwendig, dass wir in der letzten Gesetzgebungsperiode ein strenges Korru
verschärfte Unvereinbarkeits- und Transparenzbestimmungen,
ein Lobbyinggesetz sowie
ein Medientransparenzgesetz mit klaren Regelungen für die Vergabe von Regierungsinseraten
Diese Gesetze werden wir nach einer mehrjährigen Beobachtungsphase evaluieren und weiter
Projekt 34:
Kollektiven Rechtsschutz für KonsumentInnen einführen
Unternehmen, die jenseits der Grenze des Erlaubten agieren, setzen oft darauf, dass die Betrof
Daher muss ein Instrument geschaffen werden, das sicherstellt, dass Massenschäden mit vertr
Wir wollen im Interesse der vielen Betroffenen erreichen, dass bei gleichartigen Ansprüchen Gr
Dies wäre nicht nur für die Geschädigten von großem Vorteil, sondern auch für die Justiz, weil
Ein modernes Familienrecht
Neben der traditionellen Familie haben sich in den letzten Jahren neue Formen des familiären
Dieser Entwicklung muss auch im Familienrecht Rechnung getragen werden.
Projekt 35:

Familienrecht weiter modernisieren
In den letzten Jahren wurde das Familienrecht modernisiert.
Dennoch besteht noch Handlungsbedarf.
In diesem Sinn wollen wir zu einer Gleichstellung von homosexuellen mit heterosexuellen Paar
So soll beispielsweise künstliche Befruchtung auch für alleinstehende Frauen und lesbische Paa
und homosexuelle Paare sollen Kinder adoptieren dürfen.
Im Eherecht soll nicht mehr festgelegt sein, dass es Zweck der Ehe sei, Kinder zu zeugen.
Ebenso wollen wir die Vorgabe des gemeinsamen Wohnsitzes wie auch die Mitwirkung am Erv
Die rechtliche Position von langjährigen Lebensgefährten wollen wir zum Beispiel im Erbrecht c
Projekt 36:
Unterhaltsansprüche für Kinder durchsetzen
Viele AlleinerzieherInnen haben Schwierigkeiten, Unterhaltsansprüche für ihre Kinder durchzus
So besteht Anspruch auf Unterhaltsvorschuss nur dann, wenn die Aussicht besteht, dass der vo
Das bedeutet, dass sich lange Wartezeiten ergeben können, bis die finanzielle Leistungsfähigke
Wir werden das Unterhaltsvorschussgesetz zu einem Unterhaltssicherungsgesetz weiterentwic
Im Unterhaltsrecht müssen bestehende Lücken geschlossen werden.
Jedes Kind soll, unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Unterhaltspflichtigen, A
Ein Beitrag zu globaler Gerechtigkeit –
Entwicklungszusammenarbeit Millionen Menschen haben nicht ausreichend zu essen, keinen Z
Ziel unserer Entwicklungspolitik ist die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt,
der Schutz der globalen öffentlichen Güter
und die Verwirklichung der Menschenrechte.
Projekt 37:
Gerechtigkeit weltweit voranbringen
Wir stehen zu unseren internationalen Verpflichtungen
und zum Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit
Vor dem Hintergrund der Globalisierung setzen wir uns dafür ein, die Rechte von Arbeitnehme
Beispielsweise treten wir dafür ein, dass Mindeststandards des ArbeitnehmerInnen-,
Umwelt-
und Gewerkschaftsschutzes auf globaler Ebene umgesetzt werden
und diese Regelungen verbindlich in den Handelsabkommen der EU verankert werden. 108
Weiters setzen wir uns für die Einrichtung eines internationalen Menschenrechtsgerichtshofs e
Sicherheit in unserer Gesellschaft Sicherheit ist für uns ein umfassender Begriff, der weit über d
In Sicherheit leben bedeutet für uns, dass für das Leben der Menschen wesentliche Dinge in au
und sozialer Schutz gewährleistet ist.
Sicherung der Lebensqualität als öffentliche Aufgabe
Es ist für die Lebensqualität in unserem Land entscheidend, dass Dienstleistungen im öffentlich
Dazu gehören neben der Wasserversorgung etwa auch Energie, gesundheitliche Versorgung so
Als Querschnittsmaterie ist der Umweltschutz ebenfalls eine zentrale öffentliche Aufgabe zur S
Projekt 38:
Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen
Unter dem Begriff Daseinsvorsorge werden Leistungen für die Allgemeinheit wie Verkehrsund
Dienste der Daseinsvorsorge zu privatisieren, führt zu Einbußen bei der Qualität, eingeschränkt
Wir wollen daher auf europäischer Ebene sicherstellen, dass Rahmenbedingungen geschaffen
In Österreich setzen wir uns dafür ein, dass das öffentliche Eigentum erhalten bleibt.
Dabei erteilen wir dem generellen Wunsch nach weiteren Privatisierungen und Liberalisierunge
Wir bekennen uns zu jenen Leitbetrieben, die sich teilweise oder zur Gänze in öffentlichem Bes
Wir werden alle Maßnahmen setzen, um unser Wasser vor Privatisierung zu schützen.

Projekt 39:
Nachhaltige Energiepolitik fortsetzen –
Kampf gegen Atomenergie
Der Kampf gegen die Ursachen des globalen Klimawandels und internationales Engagement ge
Der eingeschlagene Weg einer nachhaltigen Energiepolitik – diese umfasst die effiziente Nutzu
Die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, von Städten und Gemeinden und der Wirtschaf
Projekt 40:
Die Umwelt durch eine zukunftsorientierte Raumplanung schonen
Auch zukünftige Generationen brauchen naturnahe Erholungsräume, fruchtbare Böden, saube
Deswegen müssen unsere Ökosysteme grundsätzlich Vorrang vor kurzfristigen wirtschaftlichen
Eine stärkere strategische Raumentwicklung soll unsere Umwelt schonen.
Zentrales Element einer zukunftsorientierten Raumplanung sollen Konzepte der kurzen Wege s
Projekt 41:
Der öffentliche Verkehr als Rückgrat des Verkehrssystems
Wir stehen zum öffentlichen Verkehr als Rückgrat des Verkehrssystems, das sowohl den Öster
Da flächendeckender öffentlicher Verkehr nicht profitorientiert betrieben werden kann, sonde
besteht eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Hand darin, ein Verkehrsangebot für alle sicher
Wir werden uns daher dafür einsetzen, die Verkehrsinfrastruktur weiter auszubauen und ein at
Damit wollen wir sicherstellen, dass sich die ÖsterreicherInnen auch künftig die Fahrt von zu Ha
Wir setzen uns zum Ziel, gemeinsam mit den Ländern ein österreichweites Grundangebot für d
Die SPÖ bekennt sich zur Rolle des Bundes als Eigentümer der ÖBB sowie der Länder und Komr
Aufgrund der negativen internationalen Erfahrungen im Bahnsektor mit Privatisierungen wird e
Projekt 42:
Verkehrssicherheit weiter verbessern
Wir haben das Ziel, das österreichische Verkehrssystem zu einem der sichersten in Europa zu m
Österreich ist hier gut unterwegs:
Seit den 1970er-Jahren ist es gelungen, die Zahl der Verkehrstoten um über 80 Prozent zu redu
Österreichs Straßen müssen aber noch sicherer werden.
Wir setzen uns dafür ein, die Sicherheit schwächerer VerkehrsteilnehmerInnen wie insbesonde
Neben gesetzlichen Maßnahmen gilt es in diesem Bereich insbesondere durch bewusstseinsbil
Auch eine sichere Infrastruktur trägt wesentlich dazu bei, Unfälle auf Österreichs Straßen zu ve
Straßen müssen so ausgestaltet sein, dass sie Fehlverhalten der VerkehrsteilnehmerInnen mög
Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Zukunft jeder zweite Euro, der in das Straßennetz investi
Projekt 43:
Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel erleichtern
Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu erleichtern
und werden deshalb ein Bündel an Maßnahmen setzen, um den öffentlichen Verkehr einfacher
beispielsweise durch einen neuen Taktfahrplan nach Schweizer Vorbild, durch eine verkehrsträ
Darüber hinaus müssen Fahrten mit dem öffentlichen Verkehr bequemer und schneller werden
Deshalb sollen in den kommenden Jahren 100 neue und komfortable Züge eingesetzt werden.
Besonders viel soll in bestehende Strecken investiert werden, damit die Streckenkapazitäten de
Auch die Fahrzeiten müssen weiter verkürzt werden.
So soll es zum Beispiel möglich sein, in 2 Stunden 15 Minuten von Salzburg nach Wien, oder in
Für mehr öffentlichen Verkehr müssen die Tarife vereinfacht werden.
Projekt 44:
Top-Jugendticket für alle Jugendlichen in Ausbildung
Nachhaltige Verkehrspolitik beinhaltet neben der Förderung und Attraktivierung des öffentlich
auch eine innovative Mobilitätspolitik für junge Menschen.

Daher setzen wir uns für die Einführung des TOP-Jugend-Tickets für alle Jugendlichen in Ausbil
Wohnen leistbar machen Für die SPÖ ist Wohnen ein allgemeines Grundrecht.
Daher muss zeitgemäßer Wohnraum für alle Menschen in unserem Land leistbar und sicher sei
Projekt 45:
In den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsneubau investieren
Wir werden durch gezielte Investitionen in den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsneubau
dadurch den Wohnungsmarkt stabilisieren
und Wohnen leistbar machen.
Im Zuge einer Wohnbauoffensive sollen in der nächsten Legislaturperiode zusätzlich 25.000 bis
Dazu wollen wir für den sozialen und gemeinnützigen Wohnbau ausreichende und leistbare Gr
und eine Flächenwidmungskategorie "Sozialer Wohnbau" einführen.
Wir wollen aus Gründen der Gerechtigkeit und der Gleichbehandlung keinen Ausverkauf von m
Normvorschriften und Bauordnungen sollen auf ihre finanzielle Auswirkung und Notwendigkeit
Projekt 46:
Zweckbindung der Wohnbauförderung sicherstellen
Die ArbeitnehmerInnen zahlen 0,5 Prozent ihres Bruttolohns als Wohnbauförderungsbeitrag (8
Es muss garantiert sein, dass dieses Geld auch dem Wohnbau zugeführt wird.
Wir werden die Wohnbauförderung als wichtigstes Instrument zur Schaffung von ausreichende
und gemeinsam mit den Rückflüssen aus Wohnbauförderungsdarlehen wieder ausschließlich u
Mit der Wiedereinführung der Zweckwidmung der Wohnbauförderung soll sichergestellt werd
mit Wohnbaugeldern soll nicht spekuliert werden.
Wohnbaufördermittel sollen auch in seniorenund generationengerechtes Wohnen investiert w
Im Gemeindebau und im gesamten Sektor des gemeinnützigen Wohnbaus ist uns die soziale D
Es wird bei Einzug geprüft, ob die Kriterien erfüllt werden.
Niemand muss ausziehen, wenn sich das Gehalt später erhöht.
Das in Deutschland gescheiterte Konzept der einkommensabhängigen Mieten lehnen wir ab.
Projekt 47:
MieterInnen durch ein transparentes Mietrecht entlasten
Wir wollen zur Gleichstellung und finanziellen Entlastung der MieterInnen ein einheitliches Mie
Maklergebühren sollen künftig vom Vermieter als Auftraggeber bezahlt werden.
Zur rechtlichen und finanziellen Sicherheit der MieterInnen sollen die Befristungsmöglichkeiter
und unbefristete Mietverträge wieder zur Norm werden.
Projekt 48:
Heizen für alle leistbar machen
Um zu verhindern, dass immer mehr Menschen durch steigende Energiekosten in die Schulden
Wir werden einen staatlichen Fonds auflegen, welcher es Menschen ohne entsprechende Eiger
Der Fonds stellt die nötigen Mittel zur Verfügung.
Aus den durchgeführten Energiesparmaßnahmen resultieren Einsparungen.
Die dadurch freiwerdenden Mittel werden für Rückzahlungen verwendet.
Damit soll es auch jenen ermöglicht werden, Maßnahmen zu setzen, welche nicht über genug G
Zweitens wollen wir, dass Haushalten, denen es nicht möglich ist, während der Wintermonate
Dieser begleicht nach Maßgabe sozialer Kriterien die Rechnungen.
Finanziert durch die österreichischen Energieversorger und abgewickelt durch spezialisierte Fa
Soziale Absicherung im Alter Aufgrund des demografischen Wandels, des Anstiegs der Lebense
Das Pensionssystem muss so gestaltet sein, dass sich die Menschen auf eine ausreichende Exist
Jeder Mensch in unserer Gesellschaft kann durch Krankheit, Unfall, Invalidität oder eben alters
Das Pflegesystem muss die Menschen in ihrer Selbstbestimmung und Autonomie stärken und i
Die Entscheidung, wer von wem gepflegt wird, liegt in der Entscheidungskompetenz der Famili

Projekt 49:
Sichere gesetzliche Pensionen statt risikoreicher Pensionsfonds
Die Finanzkrise hat uns gezeigt, wie unsicher risikoreiche Pensionsfonds sind, die von den inter
Die BürgerInnen sollen sich deshalb auf sichere gesetzliche Pensionen verlassen können.
Wir treten entschieden für eine weitere Stärkung der gesetzlichen Pensionsvorsorge ein.
Sie ist die Grundlage der Altersversorgung in Österreich.
Auch für die heute Jüngeren ist ein starkes öffentliches Alterssicherungssystem die kostengüns
Betriebspensionen und private Zukunftsvorsorgen sind keine Säulen unseres Altersversorgungs
Die Sicherung der Kaufkraft der Pensionen wollen wir gewährleisten
und die Verteilung des Pensionsanpassungsvolumens mit den SeniorenvertreterInnen verhand
Die Wartefrist für die erste Pensionsanpassung wird durch eine Aliquotierungsregelung ersetzt
der Pensions-Sicherungsbeitrag für kleine Pensionen soll abgeschafft werden.
Projekt 50:
Keine weitere Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters
Im letzten Jahr ist das tatsächliche Pensionsantrittsalter bereits um rund einen Monat gestiege
Wir wollen den BürgerInnen keine weitere Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters zumuten
Mit spezifischen Maßnahmen für ältere Arbeitslose sorgen wir dafür, dass Menschen bis zur Pe
statt das gesetzliche Pensionsantrittsalter anzuheben.
Ebenso stellen wir eindeutig klar, dass eine vorzeitige Angleichung des gesetzlichen Pensionsan
Projekt 51:
Mitten im Beruf mit 50plus
Wer im fortgeschrittenen Alter den Job verliert, hat es nicht leicht auf dem Arbeitsmarkt.
Nach vergeblicher Jobsuche bleibt für viele nur der Weg von der Langzeitarbeitslosigkeit in die
und das trotz voller Arbeitsfähigkeit.
Wir fordern deshalb eine „Älterengarantie“–
eine Beschäftigungsgarantie für ältere Langzeitarbeitslose:
Jobsuchende über 50 sollen Angebote bekommen, die ihren Fähigkeiten entsprechen und fair
Der Staat kann ältere Arbeitsuchende durch eine Reihe von Beschäftigungsprojekten und Hilfes
Aber auch die ArbeitgeberInnen müssen ihren Beitrag leisten:
Unternehmen, die Ältere anstellen, sollen davon auch finanziell profitieren.
Betriebe, die besonders wenige ältere MitarbeiterInnen beschäftigen, sollen hingegen zur Kass
Initiativen für einen langen Verbleib im Erwerbsleben müssen ihren Weg in die Betriebe finden
Wir fordern die Schaffung gesunder und altersgerechter Arbeitsplätze und allgemeiner Arbeitsl
und verpflichtende betriebliche Gesundheitsvorsorge und Präventions-Programme andererseit
Projekt 52:
Menschenwürdige Pflege –
Pflegedienstleistungen ausbauen
Jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch hat das Recht auf würdevolle Pflege, Betreuung, Sch
Menschenwürdige Pflege und Betreuung von älteren und kranken Menschen ist ein zentrales T
Die öffentliche Finanzierung der Pflegesicherung aus Steuermitteln ist in ausreichendem Maße
Eine am Kapitalmarkt angesiedelte Risikofinanzierung, die für viele Versicherte nicht leistbar ist
Langfristig sind bundesweit einheitliche Pflegestandards zu etablieren.
Rund 430.000 Personen beziehen derzeit in Österreich Pflegegeld –
mehr als die Hälfte von ihnen wird zu Hause von Angehörigen gepflegt.
Präventionsangebote wie z.B. „Bewegen statt Pflegen“ oder Demenz-Vorsorge sollen geschaffe
Aber nicht nur pflegebedürftige Menschen, sondern auch deren pflegende Angehörige benötig
Die arbeitsrechtliche Situation für pflegende Angehörige muss weiter verbessert werden.
Wir fordern daher einen Anspruch auf Pflegekarenz und Pflegeteilzeit.

Je nach Gesundheits-, Lebens- oder Familiensituation ist jede Pflegesituation anders, hier muss
Dienstleistungen von mobiler professioneller Pflege über Tagesbetreuung und Einrichtungen fü
Spezielle Unterstützungsangebote muss es für die rund 42.000 Kinder und Jugendliche in Öster
Gesundheit fördern und sichern
Die Menschen dabei zu unterstützen, lange gesund zu leben und im Krankheitsfall allen den gle
Wir bekennen uns zu einem solidarischen Gesundheitssystem, das von Arbeitnehmerinnen und
Die Sozialdemokratie steht für die beste Behandlungsqualität für alle Menschen, wobei soziale
Projekt 53:
Gesundheitssystem gerecht und solidarisch finanzieren
Ein solidarisches Gesundheitssystem muss breit und gerecht finanziert werden.
Wir stehen zu einer Verbreiterung der Beitragsgrundlagen und dafür, bestehende Beitragslücke
Höhere Einkommen sollen einen höheren Beitrag zur Finanzierung des Gesundheitssystems leis
Im Gegenzug sollen Selbstbehalte weiter abgebaut werden,
denn diese stellen vor allem für Personen mit geringem Einkommen eine Hürde bei der Inanspr
In einem ersten Schritt sollen Eltern für Krankenhausaufenthalte ihrer Kinder von der Zahlungs
Projekt 54:
Gesundheitsversorgung weiter verbessern
Der Ausbau des Leistungsangebots für die Versicherten ist zentrale Zielsetzung sozialdemokrati
So wurde in den vergangenen Jahren das Kinderimpfprogramm um zwei Gratis-Impfungen erw
Der Leistungsausbau muss auch in den kommenden Jahren weiter vorangetrieben werden.
Zahnbehandlungen müssen für alle leistbar werden.
Seit ersten Jänner 2013 dürfen die Zahnambulatorien der Krankenkassen erstmals alle zahnme
Der Ausbau des Leistungsspektrums der Ambulatorien aber auch bei niedergelassenen Zahnärz
Die Betreuung psychisch kranker Menschen muss weiter ausgebaut,
psychische Erkrankungen sollen entstigmatisiert werden.
Projekt 55:
Mehr Zeit für PatientInnen
Durch die Umsetzung der Gesundheitsreform sollen der Zugang zum Gesundheitssystem verbe
und die Wartezeiten weiter reduziert werden.
Bisher wurden die Leistungen in den Spitälern und bei den niedergelassenen ÄrztInnen nicht ge
Darüber hinaus sollen ÄrztInnen mehr Zeit für ihre PatientInnen haben,
Wartezeiten sollen durch bessere und längere Öffnungszeiten der Praxen und Gruppenpraxen
Mehrfachbefundungen und Verweisungen der PatientInnen sollen vermieden werden.
Projekt 56:
Modernes Gesundheitssystem für alle Regionen garantieren
Das komplette Leistungsangebot darf nicht nur in wenigen großen Ballungszentren zur Verfügu
sondern muss auch in ländlichen Regionen gesichert werden.
Unter anderem ist eine patientenorientierte Arzneimittelversorgung durch verbesserte Kooper
Wir stehen für ein modernes Gesundheitssystem, das sowohl für die Beschäftigten als auch für
Gerade sensible Gesundheitsdaten müssen besonders geschützt werden
– mit Hilfe der elektronischen Gesundheitsakte ELGA ist dies nun möglich.
So kann die Patientensicherheit bei Arzneimittelverschreibungen durch Vermeidung von Wech
und die Behandlungsqualität durch Befundbereitstellung verbessert,
unnötige Mehrfachuntersuchungen können vermieden werden.
Außerdem haben Patientinnen und Patienten einfachen Zugriff auf eigene Befunde.
Aufbauend auf ELGA soll als nächster Schritt ein österreichweiter elektronischer Impfpass entw
Projekt 57:
Gesundheitsförderung von Anfang an

– Prävention ausbauen Gerade in jungen Jahren werden die Weichen für ein gesundes Leben g
Daher müssen neue Leistungen in den Mutter-Kind-Pass aufgenommen, die Schulverpflegung v
Besonders wichtig ist die Aufnahme der Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs (HPV) in das Imp
Darüber hinaus muss die Versorgung der Kinder mit kindgerechten und sorgfältig geprüften Me
wir unterstützen die Forschung für sichere Kinderarzneimittel.
Durch die Rahmengesundheitsziele für Österreich gibt es erstmals eine politische Handlungsan
Wir wollen daher Einnahmen aus der Tabaksteuer zweckgebunden in präventive Gesundheitsp
Projekt 58:
Mehr Bewusstsein für gesunde Ernährung schaffen Ausgewogene, gesunde und leistbare Ernäh
Krankheiten, die auf falsche Ernährung und mangelnde Bewegung zurückzuführen sind, nehme
Neben klaren und verständlichen Ernährungsempfehlungen, die auf neuesten wissenschaftlich
Die „Initiative Schulbuffet“, bei der Schulbuffets auf ein gesünderes Angebot umgestellt werde
Bisher konnten über 200.000 Kinder mit dieser Initiative erreicht werden.
Auch bei anderen Formen der Gemeinschaftsverpflegung, wie etwa Betriebskantinen und „Esse
Projekt 59:
Recht auf Selbstbestimmung –
Schwangerschaftsabbruch und Verhütung
Am Recht auf Selbstbestimmung darf nicht gerüttelt werden.
Ein Schwangerschaftsabbruch muss in jedem öffentlichen Spital mit entsprechender medizinisc
Darüber hinaus braucht es Schutzzonen vor Krankenhäusern und Kliniken, die Frauen vor psych
Wichtig sind auch Verhütung und Aufklärung.
Verhütung darf keine Kostenfrage sein.
Projekt 60:
Beschäftigung im Gesundheitsbereich attraktiver gestalten
Das Gesundheitssystem ist nur so gut, wie die Menschen, die in diesem arbeiten.
Rund zwölf Prozent der Beschäftigten in Österreich sind im Gesundheitsbereich tätig.
Die Sozialdemokratie setzt daher einen klaren Schwerpunkt auf die qualitätsgesicherte Ausbild
Der Zugang zu Gesundheitsberufen muss attraktiver
und die Qualität der Ausbildung erhöht werden.
Die Kompetenzen und Berufsbilder der medizinischen Gesundheitsberufe sind den aktuellen G
Auch im Bereich der ÄrztInnenausbildung treten wir für eine Reform ein.
Die praktische Ausbildung, vor allem in Lehrpraxen, muss ausgeweitet
und eine gerechte Entlohnung in der Ausbildungszeit gesichert werden. Die Sozialdemokratie s
Mehr Rechte für KonsumentInnen Österreich hat seit mehr als 30 Jahren ein strenges Konsume
Für die SPÖ ist es wichtig, dieses hohe Niveau zu erhalten.
Wir wollen die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern stärken, durchsetzen und weit
Die KonsumentInnenrechte müssen ausgebaut und den aktuellen Herausforderungen angepas
insbesondere was die Transparenz, KonsumentInnen-Information und die Kennzeichnung betri
Projekt 61:
Sichere Lebensmittel und Produkte
Die KonsumentInnen haben ein Recht auf sichere, gut gekennzeichnete und leistbare Nahrungs
Wir sorgen dafür, dass Lebensmittel ohne gentechnische Veränderungen mit möglichst geringe
Dafür stärken wir die amtliche Lebensmittelkontrolle.
KonsumentInnen sollen Gütezeichen nach klaren Produktionsrichtlinien sowie strengen Kennze
Österreich wird sich auf europäischer Ebene für die Ausweitung großräumiger gentechnikfreier
Projekt 62:
Klare und einheitliche Verbraucherrechte
Wir fordern, dass alle Geschäftsabschlüsse klare, verständliche und möglichst einheitliche Infor

So sollen beispielsweise Verträge, die am Telefon geschlossen werden, nur dann wirksam sein,
Projekt 63:
Sicherheit auf ein Entkommen aus der Schuldenfalle
Die Hauptursache der Verschuldung von Privatpersonen ist der Verlust des Arbeitsplatzes gefol
Bei Zahlungsunfähigkeit verdoppelt sich durch die Verzugszinsen und Gebühren binnen fünf Jal
Menschen, die zahlungsunfähig sind, sollen nicht laufend von Exekutionen bedroht sein.
Wir fordern daher ein Gesamtvollstreckungsverfahren:
Im Fall der Zahlungsunfähigkeit sollen Zinsenstopp und Exekutionsstopp eintreten
– mit dem Ziel, die Schulden sukzessive abzuzahlen.
Darüber hinaus fordern wir für die Tätigkeit von Inkassobüros klare Regelungen und moderate
Projekt 64:
Game Over für das kleine Glücksspiel
Für die Glücksspielkonzerne ist das „kleine Glücksspiel“ längst zum großen Geschäft geworden.
Für Spielsüchtige bedeutet es jedoch oft Not, Krankheit, Armut, Elend, Kriminalität, häusliche G
Hohe Kosten für die öffentliche Hand sind die Folge.
Wir fordern daher ein bundesweites Verbot des kleinen Glücksspiels in Österreich.
Sozialer Frieden als Fundament für Innere Sicherheit
Für uns SozialdemokratInnen ist es eine zentrale Aufgabe des Staates, die Freiheit und die Sich
Für das Grundrecht auf Sicherheit sind einerseits die sozialen Bedingungen in Österreich,
aber auch in seinen Nachbarländern ausschlaggebend,
auf der anderen Seite bedarf es einer funktionierenden, motivierten Exekutive und geeigneter
Projekt 65:
Mehr PolizistInnen im öffentlichen Raum
Für ein Grundrecht auf Sicherheit ist es notwendig, dass die PolizistInnen hauptsächlich im Auß
Die Innere Sicherheit ist eine Aufgabe, die nur in einer partnerschaftlich getragenen Verantwor
Dabei hat die Politik den PolizistInnen die beste Unterstützung durch eine optimale Aus- und F
sowie durch Infrastruktur auf dem aktuellen Stand der Technik zu garantieren.
Projekt 66:
Sicherheitsstrategie umsetzen
Mit Umsetzung der im Frühjahr 2013 beschlossenen Sicherheitsstrategie sollen auf Basis der Gr
Kriminalität gilt es wirksam zu bekämpfen.
Neue Wege sollen in der Prävention gegangen werden, um Verbrechen zu verhindern.
Daten sollen genutzt, aber vor Missbrauch geschützt werden.
Genauso gilt es, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung Ansch
Dazu bedarf es auch des konsequenten weiteren Ausbaus von Cyber-Security-Maßnahmen.
Projekt 67:
Umfassenden Schutz vor Gewalt gewährleisten
Gewalt gegen Frauen und Kinder ist gesellschaftliche Realität.
Das verdeutlichen auch die kontinuierlich steigenden Zahlen der Betretungsverbote und Wegw
Unser Ziel ist es, die von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder bestmöglich zu unterstützen.
Wir werden daher das bestehende Netz an Gewaltschutzeinrichtungen in Österreich finanziell
Prävention, Information und Vernetzung stehen ebenfalls im Vordergrund.
Für ein attraktives Bundesheer
Das Österreichische Bundesheer genießt durch seinen Einsatz zum Schutz der Bevölkerung hoh
Durch seine zahlreichen Friedenseinsätze ist es darüber hinaus zu einer rotweiß- roten Visitenk
Dieser Weg muss fortgesetzt werden –
auf entsprechende Entwicklungen auf europäischer Ebene soll professionell und kompetent rea
Für die Sicherheit Österreichs braucht es eine Weiterentwicklung des Bundesheeres, die auch d

Projekt 68:
Bauoffensive starten und zeitgemäße Unterkünfte schaffen
Im Zuge der Reform des Grundwehrdienstes ist die Verbesserung der Infrastruktur – Unterkün
Wir werden dieses Anliegen durch ein Konjunkturpaket „Infrastruktur“ in der Höhe von 100 Mi
Diese Mittel fließen unmittelbar in die regionale österreichische Bauwirtschaft.
Projekt 69:
Das Bundesheer für Frauen attraktiver machen
Durch ein attraktives Maßnahmenpaket,
das u.a. eine durchgängige Laufbahnplanung,
spezifische Verbesserung in der Ausbildung
und eine gezielte Förderung bei der Vergabe von Führungs- und Managementfunktionen beinh
werden wir den Anteil der Frauen im Österreichischen Bundesheer auf das europäische Durchs
Projekt 70:
Bildungs- und Ausbildungsoffensive für MitarbeiterInnen
Wir leben in einer Wissensgesellschaft
und das wichtigste Gut des österreichischen Bundesheeres ist das Wissen seiner MitarbeiterInn
Daher werden wir die Ausbildung im Bundesheer zukünftig so gestalten, dass alle MitarbeiterIn
Ein Lehrling soll einen Meisterabschluss und ein Maturant, eine Maturantin einen akademische
Eine aktive Außenpolitik
– eine hörbare Stimme in der Welt Österreich soll eine hörbare Stimme in der Welt haben:
Das erfordert eine aktive und weltoffene Außenpolitik.
Wir setzen uns für gute Beziehungen zu anderen Ländern der Welt ein,
um außenpolitischen und demokratiefeindlichen Bedrohungen für unser Land entgegenzuwirk
Mit der SPÖ wird es auch in Zukunft keine Beteiligung an Militärbündnissen und Kriegen
und keine Errichtung fremder Stützpunkte auf unserem Staatsgebiet geben.
Wir wollen, dass sich Österreich als neutrales Land aktiv für die Menschenrechte
, für Frieden,
soziale und wirtschaftliche Sicherheit
und Umweltschutz einsetzt.
Projekt 71:
Einsatz für globale Friedenssicherung Fortschritte in der militärischen Abrüstung
sowie die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen
stellen wesentliche Elemente der Friedenssicherung dar.
Wir setzen uns für strengere Regeln und höhere Transparenz bei europäischen Rüstungsexport
Wir machen uns stark für die aktive Unterstützung abrüstungspolitischer Initiativen wie den W
oder Initiativen zur Ächtung tödlicher Drohneneinsätze
und bekräftigen die Vision einer atomwaffenfreien Welt.
Wir unterstützen daher maßgeblich die Bestrebungen, im Nahen und Mittleren Osten eine ato
Projekt 72:
Österreich als verlässlicher Partner in der internationalen Politik
Die Welt befindet sich im Umbruch.
Damit dieser Umbruch ein Aufbruch zu mehr Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit wird, setz
dass das Völkerrecht und die Organisation der Vereinten Nationen ebenso gestärkt werden
wie die regionalen Friedensund Sicherheitsorganisationen.
Im Rahmen der EU treten wir für eine Stärkung der Beziehungen EU-USA 108
und für den Aufbau strategischer Partnerschaften zu anderen aufstrebenden Staaten, wie zum
Bereits bestehende strategische Partnerschaften wie mit Russland sollen weiter entwickelt wer
Österreich ist auf Grund seiner Neutralität bereits jetzt ein bedeutender Standort der UNO, der

Wir wollen, dass Österreich als Ort des internationalen Dialogs und Ausgleichs weiter ausgebau
Projekt 73:
Aktiv in die Arbeit der Vereinten Nationen einbringen Österreich wird sich aktiv in die Arbeit de
etwa im Bereich der Menschenrechte
oder dem besonderen Schutz von Frauen und Kindern in Konfliktregionen.
Die Beteiligung an friedenserhaltenden und friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Na
Von Konfliktverhütung über Evakuierungsoperationen bis hin zu humanitären Einsätzen leisten
Ein Schwerpunkt wird künftig mit der Stärkung der zivilen Auslandskapazitäten gesetzt werden
Wir wollen hierfür eine engere Kooperation unter den Ministerien und eine bessere Einbeziehu
Österreichs Beitrag zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und zu Operationer
Chancengleichheit
Wir verstehen Chancengleichheit umfassend, wir wollen, dass alle – unabhängig von Geschlech
Eine so verstandene Chancengleichheit ermöglicht es dem Einzelnen, der Einzelnen, sich selbst
und fördert das Zugehörigkeitsgefühl zur Gemeinschaft.
Es dient aber auch der Gemeinschaft, wenn sich die Talente und Fähigkeiten aller optimal entfa
Gleiche Chancen in einem fairen und weltoffenen Bildungssystem
Wir verstehen Bildung als einen Schlüssel zu einem selbstbestimmten und freien Leben.
Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen in einem fairen, weltoffenen und q
Nach wie vor werden die Bildungschancen und der Bildungsverlauf der Kinder zu stark vom Ein
Unser Ziel ist ein respektvoller Umgang und die Schaffung eines positiven, motivations- und lei
Individualisierung des Unterrichts, Bildungsstandards auf internationalem Niveau und standard
Projekt 74:
Kinder früh fördern
Kinder lernen in den ersten Lebensjahren am leichtesten.
Wir wollen Krabbelstuben, Kinderkrippen und Kindergärten flächendeckend anbieten.
Sie sind die ersten wichtigen Bildungseinrichtungen.
Mit einem zweiten verpflichtenden Gratis-Kindergartenjahr ab dem vierten Lebensjahr des Kin
Qualifizierte KindergartenpädagogInnen spielen bei der Vermittlung von Sprach- und Sozialkom
Projekt 75:
Vorrang für Volksschulen In den Volksschulen lernen unsere Kinder Lesen, Schreiben und Rechn
Wir werden unseren Volksschulen mehr LehrerInnen zur Verfügung stellen, s
owie SchuldirektorInnen und LehrerInnen von Verwaltungstätigkeiten entlasten.
Projekt 76:
Ganztagsschulen für die optimale Förderung der SchülerInnen
Schule kann mehr, wenn Kinder den ganzen Tag gefördert werden und danach mit ihren Eltern
Unterricht, Sport, Musik, womöglich Nachhilfe:
All diese Aufgabenbereiche unter einen Hut zu bekommen, ist sowohl für viele Kinder, aber auc
Eine gemeinsame ganztägige Schule erleichtert diese Situation und verringert den Stress für al
Eine zeitgemäße Schule bietet abwechselnd Unterricht und Freizeit, mit motivierten und beste
Den Eltern wird wirkliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht, ohne sie zusätzlich fi
Wir werden daher in zumutbarer Entfernung vom Wohnort den Kindern und Jugendlichen ganz
Unterricht, Förderung, Musik, Tanz, Theater, tägliche Bewegung und Sport.
Ganztägige Schulen fördern die Kreativität und steigern die Leistung der SchülerInnen.
Die entscheidenden Kompetenzen müssen am Ende der Schulpflicht von allen Jugendlichen bel
Projekt 77:
Gemeinsame Schule der 10 bis 14-Jährigen Unsere Kinder sollen alle die gleiche Chance im Leb
Das kann am besten in einer gemeinsamen, ganztägigen Schule der 10 bis 14-Jährigen gewährl
Die Talente und Begabungen der Kinder sollen gefördert und nicht durch die frühe Trennung in

Kinder haben somit vier weitere Jahre, um ihre Fähigkeiten zu entwickeln und Talente zu entfa
Projekt 78:
Beste Schule – Beste LehrerInnen:
Potenziale entwickeln und Perspektiven eröffnen Schule kann mehr, wenn sie zusätzlich zur Wi
Bildungsstudien – ob PISA oder Co – sind in aller Munde:
Aber es darf nicht nur darum gehen, bei den Tests gut abzuschneiden.
Schule muss mehr leisten als nur Wissen zu vermitteln.
Schule hat auch die Aufgabe, eigenständige und selbstsichere Menschen auszubilden
und ihre sozialen Kompetenzen –
wie unter anderem auch den Umgang mit Fehlern – zu fördern.
Dazu benötigt es motivierte LehrerInnen, die von administrativen Tätigkeiten entlastet werden
So haben sie mehr Zeit für die pädagogische Arbeit und Teamarbeit.
Ebenso bedarf es einer besseren Kommunikation zwischen SchülerInnen, Eltern und LehrerInne
der Etablierung neuer Unterrichtstypen
und einer fundierten Berufsorientierung.
Projekt 79:
Schulen als attraktive Lebensräume gestalten
Kinder und Jugendliche verbringen viel Zeit in den Schulen.
Sie müssen daher altersgerecht ausgestattet sein.
Wir werden unsere Schulen für die neuen Herausforderungen wie freies, selbständiges und kre
Für unsere LehrerInnen müssen moderne Arbeitsplätze vorhanden sein.
Architektenwettbewerbe sollen bei der Um- und Neugestaltung des „Lebensraums Schule“ Anr
Projekt 80:
Direktwahl der SchülerInnenvertretung durch alle SchülerInnen
Um SchülerInnen Demokratie näher zu bringen, sollen sie künftig ihre Vertretung auch auf Lan
Eine von allen SchülerInnen direkt gewählte Vertretung hat mehr Gewicht und kann in der Öffe
Offener Zugang zu Hochschulbildung
Wir stehen für einen offenen Hochschulzugang
und die Erhöhung der AkademikerInnenquote
bei gleichzeitiger sozialer Besserstellung der Studierenden
und Verbesserung der Studienbedingungen auf internationales Niveau.
Jede und jeder muss die bestmöglichen Bildungs- und Ausbildungsangebote nutzen können,
jeder Art von sozialer Selektion muss entgegengewirkt werden.
Projekt 81:
Neue Studienplätze schaffen –
Hochschulzugang erleichtern
Die Gesellschaft muss jungen Menschen realistische Ausbildungsperspektiven bieten.
Studiengebühren sind keine Lösung.
Daher soll der Bedarf an zusätzlichen Kapazitäten ermittelt
und diese zielgerichtet ausgebaut werden.
Die Studieneingangs- und Orientierungsphasen sollen evaluiert, überarbeitet und vereinheitlich
Durch eine bessere Standardisierung der Bachelor- und Diplomstudien
wird die studentische Mobilität erleichtert, d.h. ein Standortwechsel und die gegenseitige Anre
Die Ablegung der Studienberechtigungsprüfung soll erleichtert werden,
damit wird eine zentrale Möglichkeit umgesetzt, den Zugang zu Hochschulen zu erleichtern.
Eine politische Lösung der Studienzugangsprobleme in bestimmten Studienrichtungen, insbeso

Projekt 82:

Soziale Absicherung der Studierenden gewährleisten Derzeit beginnen bereits mehr junge Men
Die Hochschulen sind darauf ebenso wenig vorbereitet wie die sozialen Sicherungssysteme.
Die Studienbeihilfe und die Familienbeihilfe sollen daher umfassend reformiert werden.
Die Familienbeihilfe für Studierende muss ins Studienbeihilfensystem überführt und direkt an d
Die Mittel für die Studienbeihilfe sollen aufgestockt werden,
zugleich muss die Studienbeihilfe selbst umfangreich reformiert werden.
Die Altersgrenzen bei der Studienbeihilfe sollen überarbeitet und der Zugang zu Stipendien bei
Es muss eine Bedarfserhebung für neue Studierendenheime durchgeführt
und die Förderung für die Heime wieder eingeführt werden.
Projekt 83:
Forschungskarrieren von Frauen fördern
Während die Anzahl von Studienabsolventinnen immer mehr ansteigt
und 2012 mehr Frauen als Männer ein Universitätsstudium abgeschlossen haben,
besteht Ungleichheit bei der Besetzung akademischer Spitzenpositionen.
Daher ist es notwendig, allgemeine Grundsätze und Leitlinien für Berufungen von Universitätsl
Projekt 84:
Fachhochschulsektor ausbauen
Der Fachhochschulsektor soll,
insbesondere mit dem Schwerpunkt auf berufsbegleitende Angebote, weiter ausgebaut werde
Dazu sind eine österreichische Bedarfserhebung
sowie die Erstellung eines mittelfristigen Ausbauplans notwendig.
Auch die Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen müssen von der Erhöhung des Wis
Projekt 85:
Mitbestimmung an den Hochschulen verbessern
Die Mitbestimmung des wissenschaftlichen Personals und der Studierenden an den Hochschule
also aufgeteilt zwischen ProfessorInnen, AssistentInnen und Studierenden mit jeweils einem Dr
ausgebaut werden.
Eine Strukturreform an den Fakultäten und Instituten wird dazu führen
, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten der wissenschaftlichen UniversitätslehrerInnen im Ra
Darunter wird die demokratische Einbeziehung sämtlicher Hochschulpartner, im speziellen der
Die SPÖ tritt für eine Wiedereinführung der Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung ein.
Digitalisierung für mehr Chancengleichheit nutzen
Die digitale Welt schafft Möglichkeiten, den Alltag, die Arbeitswelt, das Zusammenleben unkon
Nie war es einfacher als heute, Menschen und ihr Wissen in Form von Texten, Bildern oder Tön
Wir setzen uns dafür ein, dass alle von diesem Fortschritt profitieren können
und keine neuen Barrieren entstehen.
So sollen alle an der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts partizipieren können.
Projekt 86: Internet-Infrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge und Chancengleichheit
Der Zugang zum Internet ist in der digitalen Gesellschaft wichtig,
um am politischen,

wirtschaftlichen, sozialen
oder kulturellen Leben teilzunehmen.
Daher ist die Versorgung mit Breitbandinternet in allen Regionen Österreichs ähnlich unverzich
wie der Anschluss ans Stromnetz.
Wir wollen den öffentlichen Versorgungsauftrag dahingehend umfassend neu formulieren.
Wir werden in Zusammenarbeit mit den Betreibern gezielte Maßnahmen setzen,
um bis 2020 allen ÖsterreicherInnen flächendeckenden Zugang zu Breitband- Hochleistungsint

Die Finanzierung soll aus Teilen der Versteigerungserlöse der Digitalen Dividende erfolgen.
Chancengleichheit in der digitalen Wissensgesellschaft bedeutet aber neben infrastruktureller
vor allem auch die Beseitigung von sozialen und ökonomischen Zugangshürden und
die Stärkung der Medienkompetenz.
Wir treten für die Förderung und Unterstützung des uneingeschränkten Zugangs der älteren Ge
Projekt 87: Digitalisierung nutzen und das freie Internet als demokratisches Bürgerrecht
Die Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten für eine demokratische Wissensgesellschaft.
Wesentliche Grundpfeiler dafür sind die Garantie der Netzfreiheit
und Netzneutralität.
Letztere zu garantieren heißt, Zugangsanbietern die Diskriminierungen bestimmter Dateninhal
Wir treten dafür ein, dass demokratische Grundfreiheiten
– beispielsweise das Verbot von Vorzensur,
Rede-
und Versammlungsfreiheit
oder die Wahrung des Briefgeheimnisses –,
die außerhalb des Internets als selbstverständlich gelten,
auch im Internet gelten.
Sperrungen von Internetseiten und des Internetzugangs ohne richterliche Kontrolle sind ebens
wie die Drosselung der Internetgeschwindigkeit als Strafmaßnahme
und Online-Durchsuchungen ohne richterlichen Auftrag.
Projekt 88: Internet mit dem Urheberrecht versöhnen –
neue Rahmenbedingungen schaffen
Das Internet ist zum täglichen Werkzeug für Kommunikation, Austausch, Information oder Unt
Die neuen vielfältigen kreativen Ausdrucksformen wollen wir SozialdemokratInnen ermöglicher
und gleichzeitig eine faire Vergütung für Kulturschaffende bzw. UrheberInnen sicherstellen.
Wir wollen einen gerechten Ausgleich der Interessen der UrheberInnen, VerwerterInnen und N
und die fließenden Grenzen dabei im Blick haben.
Eine wesentliche Bedeutung hat dabei die Etablierung eines starken Urhebervertragsrechts
und die zeitgemäße und flexiblere Ausgestaltung der Privatkopie für die nicht-kommerzielle We
Moderne Geschlechterpolitik und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie
Nach wie vor wird es Frauen und Männern schwer gemacht, Beruf und Familie zu verbinden.
Wesentliche Voraussetzungen für eine gute Vereinbarkeit sind ausreichend Betreuungsplätze,
das Aufbrechen von traditionellen Rollenbildern und Maßnahmen zu mehr Väterbeteiligung.
Darüber hinaus braucht es auch ein Umdenken in den Unternehmen,
beispielsweise hin zu flexibleren Anwesenheitszeiten,
damit sich niemand mehr zwischen Kind und Karriere entscheiden muss.
Projekt 89: Bessere Chancen für Frauen in der Arbeitswelt
Ein Teil der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern rührt daher, dass Frauen
Viele Frauen sind in Sozial- und Dienstleistungsberufen beschäftigt,
welche noch immer schlechter entlohnt sind als beispielsweise technische Berufe.
Hier braucht es eine Neubewertung dieser Arbeitsfelder.
Wir brauchen mehr Vollzeitarbeitsplätze für Frauen
und einen Rechtsanspruch auf Umstieg von Teilzeit- auf Vollzeitarbeit bei freiwerdender Stelle.
Zusätzlich müssen für Teilzeitkräfte die Lohn- und Gehaltssituation –
zum Beispiel durch Verbesserungen beim Teilzeitzuschlag –
und die Aufstiegschancen verbessert werden.
Führungspositionen und temporäre Teilzeit dürfen kein Widerspruch sein.
Frauen und Männer sollen keine Nachteile bei der Einkommens-

und Karriereentwicklung
aufgrund der Inanspruchnahme von Karenz,
Elternteilzeit,
Pflegefreistellung
oder Familienhospizkarenz haben.
Projekt 90: Rollenklischees bei der Berufswahl durchbrechen
Die meisten jungen Frauen und Mädchen leben ihr Leben heutzutage frei und ohne Rollenzwär
Formal stehen ihnen alle Wege offen.
Bei der Berufswahl werden jedoch noch immer zu oft traditionelle Wege beschritten.
Wir werden auch in Zukunft mit gezielten Projekten dafür Sorge tragen,
dass Mädchen in Berufsfelder einsteigen, in denen bisher noch wenige Frauen vertreten sind.
Umgekehrt werden wir mehr Männer dazu ermutigen, in sozialen und pädagogischen Berufen
Auch dort gilt es Rollenklischees zu durchbrechen.
Von Chancengleichheit und Rollenvielfalt profitiert die gesamte Gesellschaft.
Projekt 91: In Ausbau und Qualität der Kinderbetreuung investieren
In den vergangenen Jahren ist es gelungen, die Kinderbetreuungseinrichtungen in ganz Österre
Unser Ziel ist es, diesen Ausbau in höchster Qualität in ganz Österreich noch rascher voranzutre
Schließlich ist ein optimaler Betreuungs-, Spiel- und Bildungsort nicht nur gut für die Entwicklur
auch für die Eltern wird es dadurch möglich, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.
Wir werden daher weiter in den Ausbau der Kinderbetreuung investieren
und mit den Ländern an gemeinsamen Standards arbeiten
, um die Qualität zu erhöhen, d
ie Schließtage zu reduzieren
und, falls erforderlich, die Öffnungszeiten auszudehnen.
Darüber hinaus soll es auch einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz bereits ab dem 1.
Projekt 92: Mehr Väter in Karenz
Zwei Drittel aller Väter wollen in Karenz gehen,
aber nur wenige – derzeit etwa fünf Prozent - entscheiden sich tatsächlich dafür, eine Zeit lang
Zumeist befürchten Männer berufliche Nachteile im Einkommen oder im Karriereweg.
Oft werden Väter auch schief angeschaut, wenn sie sich für eine moderne und faire Aufgabente
Wir wollen Männer dabei unterstützen, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen,
denn davon profitieren alle – Kinder,
Eltern
aber auch die Unternehmen, deren Mitarbeiter nach der Karenz mit vielen zusätzlichen soziale
Durch den Papamonat auch in der Privatwirtschaft, Informationskampagnen und intensive Bera
sollen Väter dazu motiviert werden, häufiger in Karenz zu gehen.
Projekt 93: Bezahlter Papamonat für alle Väter
Die Geburt eines Kindes ist etwas ganz Besonderes – für beide Elternteile.
Väter, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, haben bereits seit 2011 das Recht, die ersten
In der Privatwirtschaft gibt es diesen Anspruch noch nicht.
Wir fordern deshalb einen „Papamonat für alle Väter“:
Väter sollen das Recht erhalten, die ersten vier Wochen nach der Geburt eines Kindes frei zu ne
und mit ihrem Kind gemeinsam zu erleben.
Für ein Zusammenleben mit Respekt
Wir wollen die Integration von legal bei uns lebenden Zuwanderern weiter verbessern
und die Teilhabemöglichkeiten aller an der Gesellschaft fördern.
Daher treten wir Diskriminierung in jeder Form entschieden entgegen.
Die SPÖ steht für ein von gegenseitigem Respekt geprägtes Zusammenleben,

wobei die Anerkennung der universellen Werte
und unserer Rechtsordnung außer Frage steht.
Wir bekennen uns zu einer gemeinsamen Integrationsarbeit,
in der Feindbilder keinen Platz haben.
Projekt 94: Mehrsprachigkeit als Bereicherung ansehen
Zu einer gelungenen Integration gehört Deutsch als gemeinsame Sprache für alle
und dass jedes Kind bereits im Kindergarten auch im Erlernen der deutschen Sprache gefördert
damit der Schuleintritt gut gelingt.
Mehrsprachigkeit soll als Bereicherung angesehen werden.
Wir wollen erreichen, dass sich Zuwanderer in unsere Demokratie einbringen
und Verantwortung für die Gestaltung des gemeinsamen Lebensumfeldes übernehmen könner
Projekt 95: Zuwanderung mit Verantwortung gestalten
Wir wollen Neuzuwanderung zu fairen und transparenten Bedingungen in dem Ausmaß ermög
welches im Interesse der bereits in Österreich lebenden Menschen ist.
Das bedeutet jedenfalls die strikte Vermeidung von Lohn-
und Sozialdumping,
genauso aber auch die Sicherstellung von Aus- und Weiterbildung,
gleichen Aufstiegschancen,
humanen Arbeitsbedingungen
sowie sozialer Sicherheit
unabhängig von der Herkunft.
Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Zertifikaten soll sachgerecht er
und verbessert werden.
Projekt 96: Asylverfahren weiter beschleunigen
Asyl ist gemäß der Genfer Konvention ein Menschenrecht
und vom Fragenkomplex der Zuwanderung zu unterscheiden.
Wir wollen die Asylverfahren weiter beschleunigen;
dies liegt sowohl im Interesse der letztlich anerkannten Asylwerber,
wie auch jener, die keine ausreichenden Asylgründe vorweisen können.
Ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen
Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben in W
Es soll ihnen die volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden.
Sie dürfen weder schulisch, beruflich, noch sozial ausgegrenzt und benachteiligt werden.
Ihre diesbezüglichen Rechte müssen wir stärken.
Das Ziel ist die inklusive Gesellschaft,
in der behinderte und andere benachteiligte Menschen in alle Bereiche des gesellschaftlichen L
und an allen Aktivitäten der Gesellschaft teilhaben können.
Projekt 97: Selbständigkeit unterstützen
Ein wichtiger Schritt in Richtung Eigenständigkeit ist frei verfügbares Einkommen.
Wir fordern deshalb mehr Beschäftigungsprojekte,
zusätzliche Maßnahmen zum Arbeitsplatzeinstieg
und zur Sicherung des Arbeitsplatzes für Menschen mit Behinderungen.
Darüber hinaus soll der Staat die Selbständigkeit nach Kräften unterstützen:
Wir wollen deshalb die Ausdehnung der Assistenz am Arbeitsplatz auf alle Lebensbereiche.
Projekt 98: Ausbau der Barrierefreiheit
Eine weitere Bedingung für echte Eigenständigkeit ist die Barrierefreiheit:
Nur wer sich im Alltag ungehindert bewegen kann, nimmt auch ungehindert am öffentlichen Le
Wir brauchen daher einen Ausbau der Barrierefreiheit:

Öffentliche Gebäude sollen barrierefrei saniert,
barrierefreies Bauen soll verpflichtender Teil von Ausbildungen in den Bereichen Architektur
und Bauingenieurwesen werden.
Auch das Ansuchen um finanzielle Unterstützung darf nicht zum Hürdenlauf werden:
Das Sozialministerium soll die zentrale Anlaufstelle der Hilfsmittelversorgung für Menschen mit
Österreich spielt eine Vorreiterrolle,
auch was die internationalen Rechte von Menschen mit Behinderungen,
etwa in der Entwicklungszusammenarbeit, betrifft.
Bewegung und Sport als lebenslange Begleiter
Sport verbindet,
Sport integriert,
Sport bildet
und bringt viele Menschen zusammen.
Bewegung und Sport sind wichtige Querschnittsmaterien in unserer Gesellschaft
und haben eine hohe Bedeutung für die Erhaltung und Förderung der Gesundheit.
Projekt 99: Tägliche Turnstunde –
die positiven Effekte von mehr Bewegung nutzen
Die positiven Effekte von mehr Bewegung sollen stärker als bisher genutzt werden.
Für bisher benachteiligte Bevölkerungsgruppen soll es spezifische Angebote von Sportvereinen
An den Schulstandorten soll der organisierte Sport verstärkt in den Schulsport eingebunden we
Die Verbesserung der Zusammenarbeit,
besonders durch Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Vereins-
und Schulkooperationen,
und die notwendige Ausbildung der ÜbungsleiterInnen
ist ein zentrales Ziel für die kommenden Jahre.
Durch eine tägliche Turnstunde im Kindergarten und in der Schule
werden wir die Gesundheit der Kinder fördern
und einen aktiven Kampf gegen Bewegungsarmut führen.
Auch am Arbeitsplatz soll es durch die Schaffung von Anreizen zu mehr Bewegungsangeboten k
100:Bessere Rahmenbedingungen für den Leistungssport
Österreichs Sport verliert viele Talente am Übergang vom Nachwuchssport zum Spitzensport, v
Um langfristig Talente im Sport halten zu können,
braucht es eine bessere soziale Absicherung,
begleitende Berufsausbildungsangebote
und Hilfestellungen am Übergang von der aktiven Karriere in ein späteres Berufsleben.
Darüber hinaus müssen auch das „Berufsbild Trainer/Trainerin“ weiterentwickelt
und Modelle zur Laufbahnplanung geschaffen werden.
Die Planung, der Bau und der Betrieb von Sportstätten, die für den Leistungs- und Spitzensport
müssen gemeinsam mit den Bundesländern österreichweit besser koordiniert werden.
Kultur für alle
Die Freiheit der Kunst,
die Wertschätzung der Künstlerinnen und Künstler,
die Verbesserung der sozialen Lage,
kulturelle Vielfalt,
Kulturvermittlung
und öffentliche Finanzierung sind die Grundpfeiler sozialdemokratischer Kunst- und Kulturpolit
Innovative Formen der künstlerischen Äußerung
gerade auch in ihren interdisziplinären und internationalen Ausprägungen sind uns dabei ein b

Projekt 101:Klares Bekenntnis zur Verantwortung des Staates in der Kulturfinanzierung
Der Staat muss weiterhin ein verlässlicher Partner der Kulturschaffenden und Kulturinstitutione
Gesetzlich wertgesicherte Basisabgeltungen und Investitionsprogramme für Bundeskulturinstit
unterstreichen die Verantwortung des Staates in diesem Bereich.
Maßnahmen werden auch bei der Digitalisierung gesetzt:
In Museen, Bibliotheken und zahlreichen Archiven schlummern historische Wissens- und Kultu
Wir werden einen Sonderfonds etablieren, der Digitalisierungsvorhaben im öffentlichen Interes
und damit einen zeitgemäßen Zugang zu öffentlich geförderten Inhalten schaffen.
Kunst und Kultur sollen auch auf europäischer Ebene stärker verankert 108
und zusätzliche Finanzierungsquellen erschlossen werden.
Projekt 102:Fokus auf zeitgenössische Kunst – Förderinstrumente stärken
und Einkommen sichern
Im Bereich der zeitgenössischen Kunst braucht es eine Stärkung der Förderinstrumente.
Regionale Kulturinitiativen werden durch mehrjährige Förderverträge
und regelmäßige Valorisierungen unterstützt,
Geschlechtergerechtigkeit bei Kultureinrichtungen durch Adaptierungen bei den Förderrichtlini
Zur Unterstützung des erfolgreichen österreichischen Films soll die Finanzierung des Österreich
die innovative Filmförderung erhöht,
Programmkinos und Filmfestivals gestärkt
und die Verbreitung unterstützt werden.
Auch in anderen Kunstsparten stehen wir für einen Ausbau der Förderschienen für zeitgenössis
Die Einkommen von Künstlerinnen und Künstlern sollen durch gerechte und faire Vergütung kr
Mindeststandards der Entlohnung
und Anpassungen bei den sozialen Sicherungssystemen gewährleistet werden.
Projekt 103:Kunst- und Kulturvermittlung ausbauen
Kunst und Kultur soll allen Menschen unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und sozialen Stel
Dazu braucht es viele Initiativen, die Barrieren und Hürden beim Zugang zu Kunst und Kultur ab
Wesentlicher Bestandteil muss eine Fortsetzung und Intensivierung der Vermittlungsinitiativen
insbesondere des Freien Eintritts bis 19 Jahre sein.
Darüber hinaus setzen wir uns für eine Stärkung der Kooperationen und Verschränkungen von
z.B. durch Kulturpartnerschaften im Rahmen der ganztägigen gemeinsamen Schule mit Theater
Auch das öffentliche Büchereiwesen und die Literaturhäuser sollen gestärkt werden.
Projekt 104:Ein modernes Bibliotheksnetz für den Zugang zu Bildung, Kultur und Information
Öffentliche Büchereien sind Zentren für Bildung, Kultur, Information sowie soziale Integration.
Sie leisten als Orte des freien Zugangs zu Wissen und Information einen wesentlichen Beitrag z
Mit dem Ausbau eines modernen, flächendeckenden Bibliotheksnetzes
werden wir die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Kultur sicherstellen.
Die Rahmenbedingungen dafür sind in einem Österreichischen Bibliotheksplan festzuschreiben
der die Verbesserung der regionalen Versorgung mit Büchereien
und die Sicherung der Qualität im Bibliothekswesen zum Ziel hat.
Einzubeziehen sind auch die Möglichkeiten der E-Medien:
Durch die Schaffung einer „Österreichischen E-Book-Bibliothek“
soll via Büchereien der Zugang zu E-Books erleichtert werden.
Dazu brauchen Bibliotheken auch die Möglichkeit, E-Books wie normale Bücher zu erwerben u
Darüber hinaus müssen Öffentliche Bibliotheken stärker als integraler Bestandteil des Bildungs
Zugang zu Wissen und Information durch eine innovative Medienpolitik
Der Zugang zu Wissen und Information durch eine innovative Medienpolitik im Print-, TV und C
Die Unabhängigkeit und Vielfältigkeit der österreichischen Medien ist dabei ein wesentlicher Be

Diese Werte gilt es auch im Zuge des nunmehr stattfindenden grundlegenden Wandels der Me
Dafür sind Maßnahmen wie die Reform der Presseförderung zum Erhalt der Vielfalt der österre
Der Medienstandort Österreich soll auf Basis des dualen Mediensystems, bestehend aus einem
Projekt 105:Qualitativen Journalismus fördern
Wir treten für eine Änderung der Presseförderung ein, die sich an Vielfalt und Qualitätskriterie
Dabei ist Journalismusförderung von besonderer Bedeutung.
Diese Förderung soll sich unter anderem an der Qualität der journalistischen Arbeitsbedingung
Für die MedienkonsumentInnen soll durch diese Förderung inhaltliche Vielfalt gesichert werde
die sowohl das Interesse an objektiver Information befriedigt,
als auch die Basis für demokratische Teilhabe bildet. 111
Projekt 106: Die private Rundfunklandschaft in Österreich sichern
Das duale Rundfunksystem in Österreich soll in seiner wirtschaftlichen Existenz abgesichert we
Den wirtschaftlichen Veränderungen in der Medienbranche,
verursacht durch die digitale Substitution sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise und dem dam
Daher soll die Medienförderung privater kommerzieller und nicht kommerzieller Rundfunkunte
Projekt 107:Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll weiterhin in der Lage sein, ein umfassendes Informatior
Dafür ist es notwendig, den öffentlichrechtlichen Auftrag an die europäischen Vorgaben anzup
und neue öffentlich-rechtliche Inhalte im Gesetz zu verankern
sowie Online-Beschränkungen aufzuheben.
Um die Qualität des Programmes des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu gewährleisten,
ist es erforderlich, das Programmentgelt so neu zu ordnen,dass eine langfristige Planbarkeit ur
Dies stellt die Basis dar, dass die MitarbeiterInnen des ORF auch künftig Arbeitsbedingungen v
und österreichische Produktionen im gleichen Ausmaß wie bisher finanzierbar sind.
Eine Reform der Kontrollgremien unter Berücksichtigung internationaler Vorbilder
und der generellen Regelungen des Gesellschaftsrechtes
soll die Effektivität der Aufsicht erhöhen
und damit die Unabhängigkeit des ORF auch für die Zukunft sichern.
Lebensqualität und Chancengleichheit im ländlichen Raum
Der ländliche Raum zeichnet sich durch hohe Lebensqualität aus
und stellt einen wesentlichen Erholungsraum für die österreichische Bevölkerung dar.
Wir stellen die konkreten Lebensbedingungen der Menschen im ländlichen Raum,
ihre Arbeitsplätze
und ihren Zugang zu Bildung
und Infrastruktur in den Mittelpunkt.
Ziel ist es, Chancengleichheit wie in den urbanen Regionen zu gewährleisten,
Zukunftsperspektiven zu sichern
und die Gemeinden beim Erfüllen ihrer Aufgaben zu stärken.
Projekt 108:Nationale Strategie für den ländlichen Raum erarbeiten
Die Rahmenbedingungen in den unterschiedlichen Regionen und Gemeinden Österreichs sind v
Wir brauchen daher eine nationale Strategie für den ländlichen Raum, die alle Lebensbereiche
Schaffung von Zukunftsperspektiven für die Bevölkerung,
Erhalt und Ausbau der Infrastruktur,
Schaffung von Ausbildungs-
und Arbeitsmöglichkeiten,
faire Einkommen für landwirtschaftliche Betriebe,
kulturelle Angebote
und ein lebendiges Vereinsleben.

Die Daseinsvorsorge soll in strukturstarken und strukturschwachen Regionen gleichermaßen w
Dieses vielschichtige Programm zielt auf hohe Lebensqualität,
Chancengleichheit
und vielfältige Möglichkeiten zur Lebensgestaltung.
Durch lebenswerte Rahmenbedingungen für die am Land lebende Bevölkerung soll der Landflu
Projekt 109:Einen Schwerpunkt auf den Arbeitsmarkt setzen
Eine wichtige Voraussetzung, dass die BewohnerInnen des ländlichen Raums ein gutes Leben f
vor allem für junge Menschen.
Dem bestehenden Lohn-/Gehaltsgefälle zwischen Stadt und Land müssen wir entgegenwirken.
Für mehr berufliche Perspektiven sollen soziale Dienstleistungen,
unter anderem durch Ausschöpfung der EU-Fördermittel für den ländlichen Raum, ausgebaut,
und der Tourismus entwickelt werden.
Im ländlichen Raum sind die Wirtschaftsstrukturen geprägt von Klein- und Mittelbetrieben –
dort wollen wir auch mit einer gezielten Förderstrategie ansetzen, die die zur Verfügung stehe
Das beginnt bei Maßnahmen wie dem Breitbandausbau
und reicht bis zur Entwicklung von Konzepten zur Sicherung der Gewerbenachfolge.
Projekt 110:Gerechte Verteilung der Agrarförderungen
Im Rahmen von EU-Förderungen steht Österreich ein breites Spektrum an Finanzierungsmögli
Wichtig ist uns, dass die Finanzmittel für den ländlichen Raum allen Menschen, die in ländliche
Dafür ist auch ein Umdenken bei der Vergabe von Förderungen notwendig.
Wir wollen eine gerechtere Verteilung der Agrarförderungen mit klaren Obergrenzen auf Basis
Das bedeutet, dass Arbeit das entscheidende Förderkriterium sein muss
und nicht etwa die Größe der bewirtschafteten Fläche
oder die Viehstückzahl,
was besonders kleinere und mittlere Landwirtschaftsbetriebe, Bio-Bauernbetriebe und Bergbau
Bei den Förderzielen brauchen wir einen starken Fokus auf Innovation.
Projekt 111:Stärkung der Gemeinden und Zusammenarbeit der Kommunen
Die Gemeinden sind im ländlichen Raum als Verwaltungs- und Organisationseinheiten nicht we
Wichtig ist daher die Ausstattung mit ausreichend Ressourcen, damit die Gemeinden ihrem Arb
Die Zusammenarbeit von Kommunen soll gefördert werden,
um zu einer Effizienzsteigerung und auch zur Verbesserung der Versorgung beizutragen.
Durch einheitliche und klare Regelungen soll sichergestellt werden, dass bei der Finanzierung k

ahren zum zweitreichsten Land der EU aufgestiegen.

eitnehmerInnen

stalten.

slich.

dessen Grundzüge bereits im Juni 2013 beschlossen werden konnten,

den.

ind Beschäftigungsimpulse dringend notwendig.
chaftliche Position verteidigen kann.

chnitt

nd Industrie beigetragen.

·en

frastrukturen (Verkehr, Energie, Telekommunikation, Wasserversorgung, Gesundheits- und Bild
:h.

infrastruktur investiert
eren und leistbaren Bahninfrastruktur fortgesetzt werden.
le Euro investiert werden.
erträgliche Investitionen sichergestellt werden.
im mobilen Breitband soll die Leistungsfähigkeit der Technologieinfrastruktur weiter erhöhen.

logischen Fortschritt.
Umsetzungskompetenz.

ı.
:ive Rolle ein.
und Kommunikation eng verwoben,

nslösungen.

ng betragen derzeit rund 500 Millionen Euro jährlich.

e stehen
wichtig sind.
:andort und somit die Basis für nachhaltige Arbeitsplätze in Österreich.
Biotechnologie und spezialisierte Konsumgüterbereiche.
ie, Gesundheit, Telekommunikation, Informationstechnologien), für die der österreichische Mar

ıterstützen
ung ihrer Infrastrukturen haben.

men bieten.
reifen und insbesondere junge Frauen zu einem Einstieg in Forschung,

:e in technischen Zukunftsberufen zur Verfügung stehen
n.

rungen nicht zur Verfügung.
ge erforderlich.
ernehmensbeteiligungen langfristig gehalten

:ernehmen aller Größenordnungen zu verkraften, bis hin zu Großinsolvenzen wie die der Alpine
t werden,
›rogrammes zu retten.

ır betriebliche Investitionen vor allem von Klein- und Mittelbetrieben zur Verfügung gestellt wer

versorgt werden.
unbürokratische BürgerInnenbeteiligung bei Unternehmen mit umfangreichem Schutz für die A

strument für die Realwirtschaft hingeführt werden.

sst in Summe schon 370.000 Menschen, die eine starke Interessensvertretung benötigen.
ı Wirtschaft.

um finanzielle Engpässe bei den Betroffenen zu vermeiden.

ahren, soll einen sicheren Start für GründerInnen schaffen.

ukturelle Unterstützung abgegangen werden, um den Zugang zu räumlicher Infrastruktur und I

ıabhängig von Einkommen, Herkunft und Bildung der Eltern.
en Wohlstand

nd der Komplexität unserer Zeit umzugehen.

stärkt in den Bildungsbereich investieren.

spersonen für Kinder und Jugendliche sind für ein erfolgreiches Bildungssystem die Voraussetzu

en- Quote ist es notwendig, die Betreuungsverhältnisse an den Universitäten sowie die Ausstatt
ldung an den Universitäten verbessert als auch Österreich als Forschungsstandort gestärkt wird
lan zu erstellen.
tere berufliche Tätigkeit und die damit verbundene Wertschöpfung in Österreich erbringen.
tätslehrerInnen (Postdocs) an öffentlichen Universitäten
ıfsgruppe ein.

ıoten – dafür hat die SPÖ mit der „Ausbildungsgarantie“ gesorgt.
und Berufsleben unterstützt.
:.
s Jugendliche bereits im letzten Pflichtschuljahr begleitet.
e weiterführende Bildungseinrichtung besuchen müssen.
entsprechenden Bildungsangebote auf ihrem Weg unterstützen.

und die duale Ausbildung – europaweit Vorbildwirkung.

ırlinge gute Leistungen zeigen.

ist ein gebührenfreier Zugang zum Nachholen von Basisbildung und zum Wiedereinstieg in das
en von grundlegenden Bildungsabschlüssen beseitigt worden.

st zu gewährleisten.
fördert werden.
ft Entwicklungschancen für junge Menschen

uch der Lehrlinge auf Freistellung für die Prüfungsvorbereitung unter Fortzahlung des Entgelts
gungsprüfung weiterentwickelt werden.
HS-Matura soll die gesetzliche Basis für akkreditierte postsekundäre Lehrgänge an Erwachsener

, sich in dieser neuen Arbeitswelt zu behaupten, sich in jeder Lebensphase weiterzubilden und ı

eiterbildung im Ausmaß von mindestens einer Woche Normalarbeitszeit pro Jahr unter Fortzahl
Gesundheit, Pflege, Soziales oder in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik.
Betreuungsangebote (Kinder, Angehörige) notwendig.
gebaut, berufsbegleitende Masterstudien an jeder öffentlichen Universität implementiert werd
zes verstärkt werden.
ndesinstitut für Erwachsenenbildung soll eine gesetzliche Basis geschaffen werden.
zu können, werden wir eine Qualifizierungsoffensive für Lehrende in der Erwachsenenbildung e
Bildungsberatungsnetzwerke flächendeckend ausgebaut
ngesetzt werden.

eise hart getroffen haben, sind Wachstum und Beschäftigung die Grundlagen.
rsachten Krise auf die Schultern von ArbeitnehmerInnen, SteuerzahlerInnen und öffentlichen D

, Forschung, Infrastruktur und Kreativwirtschaft.
ffen 108
igung vereinbart werden.

n.
ne einsetzen.

erreichs in der Europäischen Union. 108

er indirekt ab.

hen Herausforderungen gemeinsam begegnen zu können. 108

kunft gelten. 108

ersorgung. 110

108

unter Wahrung der Autonomie der Sozialpartner in den einzelnen EU-Ländern. 108
Beschäftigung oder eine Ausbildungsstelle erhält.
er Staatsschulden. 108

sen, bröckelt der gesellschaftliche Zusammenhalt.
nander verbunden.

rige Realität.

ftigung zu erreichen.
edingungen am Arbeitsmarkt zurechtzukommen und Arbeitsplätze zu vermitteln, von denen M

eitslosigkeit besonders betroffen sind – wie Ältere, gesundheitlich Beeinträchtigte, Menschen n
istenzgrundlage dar

rInnen oft viel zu wenig.
ein.
lohns von 1.500 Euro brutto im Monat.
mmensobergrenzen für Vorstände und Geschäftsführung vertretbare Einkommensrelationen zu
nen.
erden.

h Konstruktionen, um Menschen, die eine Beschäftigung brauchen, in prekäre Beschäftigungsv
BerufseinsteigerInnen – zur verbreiteten Realität.

ndsklagen für die gesetzlichen und freiwilligen ArbeitnehmerInnen-Interessensvertretungen ab
nnen.

sen Wechsel in ein neues Unternehmen.

und Begrenzungen bei der Rückforderung von Ausbildungskosten.
nfalls begrenzt werden.

rbeiterInnen und Angestellten – eine Unterteilung, die in vielen Bereichen nicht nachvollziehba

schutz, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Arbeitszeit-Höchstgrenzen einbezogen werden
kheitsfall durch einen neuen Entgeltfortzahlungsfonds abgesichert sein.

soll die Chancen von Frauen erhöhen.
räten auch in der Privatwirtschaft.
förderung an verpflichtende Frauenförderpläne.

en Arbeitsplatz kommt, merkt schnell:

auer von maximal sechs Monaten durch flexible Beschäftigungsmodelle langsam wieder der vol

elang einen Job

ıen ihre Arbeitszeitsituation zu evaluieren.

sollen dafür zahlen.

e 25 Jahre im selben Unternehmen tätig waren.

ıısten in Österreich einführen,

ˈsatz gesenkt

ngleichmäßiger Besteuerung.

Bemessungsgrundlage arbeitsintensive Betriebe steuerlich entlastet werden.

e seit Jahrzehnten offenbarte sich die zerstörerische Wirkung der deregulierten Finanzmärkte.
ı zur Regulierung der Finanzmärkte gesetzt. 108

; leisten, jedenfalls auch die Millionäre und die Superreichen.
bung ihrer Verantwortung für die Gesellschaft entziehen.
verden,

ı werden.

euersätzen setzen.

der Krise leisten, die sie verursacht haben.

ndards für den Finanzsektor setzt. 108

e große Schritt, um in Zukunft zu verhindern, dass Bankenpleiten von der öffentlichen Hand auf

nsektor und nicht die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Kosten der Finanzkrise mitzahlen.
mehr mit Steuergeld gerettet werden müssen. 108
g erhalten.

· Finanzkrise beteiligt waren, stärker reguliert werden.

· Verantwortung gezogen werden können.

tiz einmal mehr gelitten.

r herzustellen.

ingerichtet werden.

berechtigten

estellt werden,

Verfahrenseinstellung.

sminister für Justiz auf einen unabhängigen, vom Parlament mit Zweidrittelmehrheit gewählter
erzeit die Bundesminister.

ptionsstrafrecht, ein neues Parteienfinanzierungsgesetz,

geschaffen haben.
entwickeln.

ffenen den Weg vor Gericht scheuen.
etbaren wirtschaftlichen Mitteln abgehandelt werden können.
ruppen-, Sammel- und Musterklagen möglich sind.
dadurch personelle Ressourcen optimal eingesetzt werden können.

Zusammenlebens entwickelt.

ren im Familienrecht kommen.
are möglich sein

verb des Anderen streichen.
deutlich verbessern.

setzen.
om Staat vorgestreckte Unterhalt auch zurückgezahlt werden kann.
eit der Unterhaltspflichtigen geklärt werden kann.
keln.

nspruch auf Unterhalt bis zum Ende einer Berufsausbildung haben.

Zugang zu sauberem Wasser und zu medizinischer Versorgung.

t zur Verfügung zu stellen, um einen wirksamen Beitrag zu Gerechtigkeit, Sicherheit und Nachha
rInnen weltweit zu stärken.

ein.
die Innere und Äußere Sicherheit hinausgeht.
usreichendem Maße und erschwinglich zur Verfügung stehen

nen Interesse zuverlässig, frei und für alle Menschen verfügbar sind.
wie der öffentliche Verkehr.
icherung der Lebensqualität in Österreich.

Gesundheitswesen, Gas-, Wasser-, Elektrizitätsversorgung oder beispielsweise Müllabfuhr oder
tem Zugang, steigenden Preisen, zu Sozialund Lohndumping und zum Verlust von Arbeitsplätzen
werden, welche es öffentlichen Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge ermöglichen, we

en eine klare Absage.
sitz befinden.

gen die Atomenergie sind die zentralen Herausforderungen nachhaltiger Umweltpolitik.
ng von Energie und Ressourcen und den möglichst raschen Umstieg auf erneuerbare Energien -
t, auch selbst entsprechende Maßnahmen zu setzen, soll nicht von bürokratischen Fördermode

re Luft und gesundes Wasser.
Interessen haben.

sein.

reicherInnen als auch den österreichischen Betrieben zugute kommt.
rn als Beitrag zur Grundversorgung zu sehen ist,
zustellen.
ttraktives und leistbares Angebot im öffentlichen Personennah- und -regionalverkehr zu gewäh
ause zur Arbeitsstätte leisten können und niemand ausgeschlossen wird.
die Versorgung mit öffentlichem Verkehr sicherzustellen.
nunen im Bereich der städtischen bzw. landeseigenen Verkehrsunternehmen, sowie zu einem i
ein Verkauf der ÖBB abgelehnt.

nachen und damit menschliches Leid zu vermeiden.

uzieren.

re von Kindern weiter zu verbessern.
dende Maßnahmen schwächere VerkehrsteilnehmerInnen verstärkt in den Fokus zu rücken.
rhindern.
glichst vermeiden.
iert wird, in die Verbesserung der Verkehrssicherheit fließt.

r und attraktiver zu machen:
gerübergreifende Verkehrsauskunft oder ein österreichweites elektronisches Ticketsystem.
n:

eutlich gesteigert werden können.

1 Stunde 50 Minuten von Wien nach Graz zu reisen.

en Verkehrs

dung in allen österreichischen Verkehrsverbünden ein.

in sowie in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung stehen.

u das Wohnungsangebot erhöhen,

s 50.000 neue Wohnungen durch den geförderten Wohnbau errichtet werden.
undstücke bereitstellen

nit öffentlichen Steuergeldern finanzierten Wohnungen.
t beim Wohnungsneubau geprüft werden.

370 Mio. Euro jährlich).

em und leistbarem Wohnraum ausreichend dotieren
nd zweckgebunden für den Wohnbau einsetzen.
len, dass Wohnungen gebaut werden,

werden.
durchmischung ein Anliegen.

etrechtsgesetz für den privaten Wohnungsmarkt, transparente Zu- und Abschläge beim Richtwe

n eingeschränkt

nfalle getrieben werden, wollen wir zwei Projekte umsetzen:
nmittel ermöglicht, Energiesparmaßnahmen zu setzen.

Geld verfügen, um von den bisher üblichen Zuschussmodellen zu profitieren.
ihre Energierechnungen zu bezahlen, von einem weiteren einzurichtenden Härtefonds unter di

chorganisationen soll ein unbürokratischer Zugang ermöglicht werden.
erwartung und damit der Zunahme der Bevölkerung im Alter über 60 Jahre ist die soziale Absich
tenz- und Lebensstandardsicherung verlassen können und auf dieser Grundlage ihre individuell
bedingt pflegebedürftig werden.
hnen ein würdevolles Älterwerden ermöglichen.
en, die Aufgabe des Staates ist es allerdings, die Betroffenen und ihre Angehörigen nicht allein z

nationalen Finanzmärkten abhängig sind.

tigste und sicherste Form der Alterssicherung.
ssystems, sondern lediglich Ergänzungen, die grundlegender Reformen bedürfen.

eln.
,

n.
.
ension tatsächlich arbeiten können,

ıtrittsalters von Frauen an jenes der Männer für uns nicht in Frage kommt.

Frühpension –

bezahlt werden.
stellungen beim Einstieg in ein Unternehmen unterstützen.

a gebeten werden.
.
bedingungen, die unter anderem durch die Einschränkung gesundheitsschädlicher Arbeit einers
s erreicht werden sollen.

utz und Unterstützung, um ein möglichst selbstbestimmtes und selbständiges Leben führen zu
hema unserer Sozial- und Gesundheitspolitik.
sicherzustellen.
t, wird von uns abgelehnt.

en bzw. ausgebaut werden.
gen Unterstützung.

s es die passenden Unterstützungsangebote geben:
ür Nacht- und Wochenendpflege bis zu lebenswerten Pflegeheimen und Pflegezentren müssen a
reich geben, die regelmäßig chronisch kranke Familienmitglieder pflegen.

eichen Zugang zu medizinischen Leistungen zu gewährleisten, ist Ziel sozialdemokratischer Gesu
d Arbeitnehmern sowie Unternehmen gleichermaßen finanziert wird.
und regionale Herkunft, aber auch Geschlecht, Alter und Einkommen keine Rolle spielen dürfe

en zu schließen.
sten.

ruchnahme von Gesundheitsleistungen dar.
spflicht des Spitalskostenbeitrages befreit werden.

ischer Gesundheitspolitik.
eitert oder Krankengeld für Selbstständige eingeführt.

dizinischen Leistungen anbieten.
tInnen muss fortgesetzt werden.

ssert

emeinsam geplant und gesteuert, was zu Reibungsverlusten und dadurch zu Wartezeiten gefüh

verkürzt werden,

ung stehen,

ration von Ärzten und Apotheken notwendig.
die PatientInnen höchste Sicherheit bietet.

selwirkungen und Doppelverschreibungen erhöht

wickelt und eingeführt werden.

gestellt.
verbessert und das kostenlose Kinderimpfprogramm erweitert werden.
ofprogramm.
edikamenten ausgebaut werden,

leitung für alle Politikfelder für die kommenden Jahrzehnte.
rojekte investieren.

hrung ist für die Erhaltung der Gesundheit von zentraler Bedeutung.
en zu.
en Erkenntnissen aufbauen, muss das Ernährungsangebot für die Menschen in ihrem Lebensallt
n, soll auch in den kommenden Jahren weitergeführt werden.

en auf Rädern“, muss es Projekte zur Verbesserung der Ernährung geben.

cher und qualitativer Ausstattung möglich sein.
nischer Gewalt und Belästigung schützen.

ung, die Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen und die Vereinbarkeit von Familie und Berul

egebenheiten anzupassen.

teht für eine Modernisierung des Berufsbildes der ÄrztInnen.
entenschutzgesetz.

erentwickeln.
st werden –
ifft.

smittel.
er Schadstoffbelastung und korrekt gekennzeichnet verkauft, produziert und importiert werden

eichnungspflichten und Kontrollen wieder vertrauen können.
r Regionen einsetzen. 108

rmationspflichten und Rücktrittsrechte (Voraussetzungen, Frist, Rückabwicklung) haben müsser

wenn sie nachträglich schriftlich von beiden Seiten bestätigt werden, oder Verträge im Internet

lgt von Krankheit, Scheidung und weiteren unvorhersehbaren Schicksalsschlägen.
hren die Schuld – einmal in der Schuldenspirale ist ein Entkommen ausgesprochen schwierig.

Kostengrenzen.

Gewalt und Existenzbedrohung.

erheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Präventionsmaßnahmen.

Sendienst aktiv und sichtbar für die Bevölkerung agieren.
rtung zusammen mit der Politik, den Institutionen, sowie den Menschen in diesem Land erfolgre
ortbildung

rund-, Freiheits- und Menschenrechte schwerpunktmäßig folgende Ziele erreicht werden:

läge auf die kritische Infrastruktur Österreichs zu verhindern.

veisungen.

absichern und ausbauen.

es Ansehen.
carte in der ganzen Welt geworden.

agiert werden.
den Grundwehrdienst modernisiert.

ıfte, Sport- und Freizeitmöglichkeiten – ein zentrales Anliegen der Rekruten.
o. Euro unterstützen.

ıaltet,
schnittsniveau von mindestens sieben Prozent anheben.

ıen, egal ob in Zivil oder Uniform.
ınen in ihrer Zeit beim Bundesheer höher qualifiziert werden.
ɛn Abschluss erwerben können.

en.

:en ein.
affenhandelsvertrag der Vereinten Nationen

mwaffenfreie Zone einzurichten.

en wir uns dafür ein,

Beispiel Brasilien, Indien, Südafrika oder China ein.
rden.
r OSZE und vieler anderer internationaler Organisationen.

ıt und gestärkt wird.

er Vereinten Nationen einbringen,

tionen und die Spezialisierung Österreichs für derartige Einsätze wird ein Kernelement unseres
die österreichischen SoldatInnen zusammen mit zivilen ExpertInnen einen Beitrag zu Frieden u
.
ung von Nichtregierungsorganisationen erreichen.
n im Rahmen des Krisenmanagements der EU soll in den Bereichen Konfliktprävention und mer

ıt, Herkunft, sozialem Status – gleiche Chancen haben.
zu verwirklichen und ein erfülltes Leben zu führen

alten können.

ualitätsvollen Schulsystem bieten.
kommen und der sozialen Situation der Eltern bestimmt.
istungsfördernden Umfeldes, in dem sich Kinder und Jugendliche bestmöglich entwickeln könne
lisierte Prüfungen werden zur Qualitätssicherung genutzt.

des wollen wir die individuelle frühe Förderung unserer Kinder sicherstellen und die Sprachkom
npetenzen eine zentrale Rolle.

nen – Grundkompetenzen für den weiteren Bildungsweg. Interessen, Begabungen und Talente

– ohne Stress – Freizeit genießen.

ch für Eltern eine große Herausforderung.
le.
ns ausgebildeten LehrerInnen und FreizeitpädagogInnen, die Kinder umfassend fördern und un
inanziell zu belasten.
ztags ein vielfältiges Angebot machen:

herrscht werden.

en bekommen, unabhängig vom Einkommen und der sozialen Situation ihrer Eltern.
leistet werden.
n Bildungsweg verloren gehen.

lten.

issensvermittlung die individuellen Fähigkeiten und Potentiale fördert und so Perspektiven für d

.

en,

eatives Lernen, Team- und Projektarbeit entsprechend ausstatten.

egungen und Grundlagen schaffen.

des- und Bundesebene selbst wählen dürfen.
entlichkeit mehr Aufmerksamkeit auf die Interessen und Forderungen der SchülerInnen lenken.

ht werden, um Knock- Out-Prüfungen zu vermeiden.

echnung von Prüfungen werden vereinfacht.

ndere durch „numerus clausus-Flüchtlinge“, muss auf europäischer Ebene erreicht werden.108

ıschen ein Studium als eine Lehre.

die Studierenden ausbezahlt werden.

weiterführenden Master- und Doktoratsstudien verbessert werden.

ehrerInnen zu schaffen, welche der faktischen Benachteiligung von Frauen entgegenwirken.

n.

senschaftsbudgets profitieren.

en soll wieder drittelparitätisch –
rittel der Stimmen –

hmen eines sogenannten „Faculty-Modells“ ausgebaut werden.
HochschullehrerInnen ohne ordentliche Professur, in alle wesentlichen Entscheidungsprozesse

nplizierter und facettenreicher zu gestalten.
ıen zusammenzubringen und zu vernetzen.

ıtbar

ernet zu ermöglichen.

Versorgung

eneration zur modernen Informationstechnologie ein.

te durch unterschiedliche Übertragungsgeschwindigkeiten ohne besondere technische Gründe

o abzulehnen

erhaltung geworden.
n und fördern

NutzerInnen schaffen

erknutzung.

in „typisch“ weiblichen Berufsfeldern weniger verdienen.

.

nge.

tätig zu sein.

eich Schritt für Schritt auszubauen.
eiben.
ng der Kleinsten,

. Lebensjahr geben.

bei ihrem Kind zu bleiben.

eilung bei Kinderbetreuung und Hausarbeit entscheiden.

n Kompetenzen ausgestattet sind.
atung

ı vier Wochen nach der Geburt zu Hause beim Kind zu verbringen.

ehmen

t wird,

n.

lichen,

leichtert

ürde führen können.

Lebens eingebunden werden

eben teil.

t Behinderungen werden.

geben.
erden.

kommen.

veil oft eine Berufsausbildung mit der Ausübung von Leistungssport kaum vereinbar ist.

: für Trainingszwecke zur Verfügung stehen,

:ik.

esonderes Anliegen.

en sein.
utionen

ırschätze, die der Öffentlichkeit nicht oder nur mit größerem Aufwand zugänglich sind.
sse fördert,

ien forciert.
ıischen Filminstituts weiter signifikant aufgestockt,

sche Kunst.
eativer Leistungen,

lung zugänglich sein.
ɔbauen.
ı in allen Bereichen,

Bildung, Kunst und Kultur
rn, Museen, Kulturinitiativen, Büchereien oder Musikschulen ein.

ur Informations- und Meinungsbildungsfreiheit der BürgerInnen.

ı,

ınd zur Verfügung zu stellen.
systems und Kulturangebotes einbezogen werden.

Onlinebereich ist eine zentrale Forderung der SPÖ.
estandteil unserer demokratischen Kultur.

dienwelt, ausgelöst durch die Digitalisierung und wirtschaftliche Veränderungen, zu sichern.
eichischen Medienlandschaft notwendig.
n starken öffentlichrechtlichen Rundfunk und privaten Medienunternehmen, weiter gefestigt w

n – auch im Online-Bereich – orientieren soll.

gen und der Aus- und Weiterbildung des journalistischen Personals orientieren.
n,

rden.

it zusammenhängenden geringeren Werbeaufkommen, ist entgegenzuwirken.
ernehmen fortgeführt werden.

ns- und Unterhaltungsangebot anzubieten.
assen

nd Finanzierung des ORF sichergestellt ist.
orfinden, die garantieren, dass der ORF seine journalistische Tätigkeit qualitativ hochwertig aus

vielfältig.
fördert und folgendes beinhaltet:

ie im städtischen Bereich garantiert werden.

cht entgegen gewirkt werden.

ühren und am Land wohnen bleiben können, sind gut erreichbare und attraktive Arbeitsplätze

Betriebe gestärkt 108

nden europäischen Fonds nachhaltig nutzt.

chkeiten für die Entwicklung des ländlichen Raums zur Verfügung. 108
n Regionen leben, zugutekommen.

des Arbeitseinsatzes.

uernbetriebe unterstützt.

egzudenken.
beitsauftrag nachkommen können.

ommunaler Aufgaben die langfristige Stabilität der Kommunalfinanzen gesichert ist.

lungseinrichtungen etc.).

kt allein zu klein ist.

rden.

nlegerInnen und die KreditnehmerInnen kombinieren.

Produktionsmitteln (Kreativquartiere), zu Finanzierung und zu sozialer Absicherung zu erleichte

ung.

ung mit Lehr- und Forschungsinfrastrukturen wesentlich zu verbessern.
.

Bildungssystem erreicht worden.

umgesetzt werden.

bildungsinstituten geschaffen werden.

neue Qualifikationen zu erwerben.

ung des Entgelts verankert werden.

en.

rmöglichen.

ienſten abzuwälzen, ist nicht akzeptabel.

enschen gut leben können.

nit nicht ausreichender oder passender Qualifikation und BerufswiedereinsteigerInnen – weiter

ı den ArbeitnehmerInnen geschaffen werden.

erhältnisse zu drängen.

genommen werden.

r ist.

.

llen Berufstätigkeit annähern können.

gefangen werden müssen. 108

n Bundesstaatsanwalt übertragen, um auch nur den Anschein einer Parteilichkeit der staatsanw

altigkeit auf unserer Welt zu leisten.

Abwasserbeseitigung zusammengefasst.

n.

iterhin ihre Dienstleistungen zu erbringen. 108

- muss in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden.
ellen gebremst werden.

rleisten.

ntegrierten Bahnunternehmen ÖBB, in dem sowohl die Infrastruktur als auch der Personen- un

ertmietzins und eine Deckelung der gesetzlich erlaubten Zuschläge mit 25 Prozent des Richtwert

e Arme gegriffen wird.

erung im Alter für immer mehr Menschen von großer Bedeutung.
e Lebensplanung aufbauen können.

zu lassen.

seits

können.

ausgebaut und leistbar gestaltet werden.

ndheitspolitik.

n.

rt hat.

tag verbessert werden.

f.

.

).

t der ausdrücklichen Zustimmungspflicht der KonsumentInnen unterliegen.

eich gestaltet werden kann.

internationalen Engagements darstellen.
ınd Sicherheit in der Welt.

ıschliche Sicherheit („human security“) liegen. 108

ɐn.

ıpetenz verbessern.

werden geweckt und zusätzlich gefördert.

terstützen, wo sie es brauchen.

die SchülerInnen eröffnet.

verstanden.

gesetzlich zu verbieten.

erden.

üben kann

und Zukunftsperspektiven

rn.

· ausgebaut werden.

[redacted]

valtschaftlichen Behörden zu beseitigen.

d Güterverkehr unter einem Dach vereint sind.

tes.

Arbeitsplätze
und Wachstum
Zentrale Ziele sozialdemokratischer Politik sind Vollbeschäftigung,
Verteilungsgerechtigkeit
und Nachhaltigkeit.
Die SPÖ bekennt sich zu einem verantwortungsvollen Staat,
der aktive Wirtschaftspolitik umsetzt
und beste Infrastruktur bereitstellt.
Mit diesem Erfolgsmodell einer „sozialen Marktwirtschaft“ ist Österreich in den vergangenen Ja
Österreich als Produktionsstandort stärken
Wir wollen mit einer Wirtschaftspolitik, die auf Investitionen in Innovation
sowie Aus- und Weiterbildung der Menschen setzt,
Österreich an die Spitze Europas bringen.
Dazu muss Österreich seinen hochwertigen Wirtschaftsstandort mit optimal ausgebildeten Arb
und einer erstklassigen Infrastruktur weiter ausbauen
und den Strukturwandel hin zu einer innovations- und zukunftsorientierten Wirtschaft aktiv ge
Projekt 1:
Konjunkturpaket für Wachstum, Arbeitsplätze und leistbare Wohnungen
In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind Investitionen in Wachstum und Beschäftigung unerläss
Das Konjunkturpaket aus dem Jahr 2008 hat den krisenbedingten Einbruch stark gebremst
und die Beschäftigung zehntausender Menschen gesichert.
Österreich hat dadurch die Krise besser als andere Länder bewältigt
und weist im EU-Vergleich die geringste Arbeitslosenquote auf.
Nachdem das letzte Konjunkturpaket 2012 ausgelaufen ist, werden wir durch ein neues Paket,
neues Wachstum schaffen,
Arbeitsplätze sichern
und Wohnen leistbarer machen.
Konkret werden dafür 1,5 Milliarden Euro bis 2016 zur Verfügung gestellt.
Rund 14.000 zusätzliche Wohnungen und 60.000 Arbeitsplätze sollen dadurch geschaffen werd
Investiert wird vor allem in Bauprojekte,
in die Pflege und Kinderbetreuung
und den Hochwasserschutz.
Gerade in der Bauwirtschaft und im Baunebengewerbe, die besonders unter der Krise leiden, s
Mit dem Konjunkturpaket werden die Weichen dafür gestellt, dass Österreich seine gute wirtsc
Projekt 2:
Eine starke Industrie
und leistungsfähige Klein- und Mittelbetriebe als Stabilitätsanker Österreichs
Wirtschaft wächst seit 1989 im Durchschnitt um 0,5 Prozent pro Jahr stärker als der EU-Durchs
und hat 0,6 Prozent mehr Wachstum als die Schweiz.
Dazu hat eine leistungsfähige gesamtwirtschaftliche Struktur von Klein- und Mittelbetrieben ur
In der Krise ist eine starke Industrie ein Stabilitätsanker für die österreichische Wirtschaft
und sorgt dafür, dass die wirtschaftliche Aktivität hoch bleibt,
Steuereinnahmen erhalten
und Arbeitsplätze ausgebaut werden.
Wir werden Österreich als Produktionsstandort in den nächsten Jahren noch besser positionier
und durch zielgerichtete Innovationspolitik weiter modernisieren.
Projekt 3:
Verkehrs- und Technologieinfrastruktur weiter ausbauen

Eine leistungsfähige Volkswirtschaft wie Österreich benötigt gut funktionierende öffentliche Inf
Der Ausbau der Infrastruktur ist daher einer der Schlüsselfaktoren des Erfolgsmodells Österreic
Wir werden die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur weiter vorantreiben.
In den nächsten fünf Jahren sollen jedes Jahr zwei Milliarden Euro in den Ausbau der Schieneni
und die Bahnhofsoffensive zur Modernisierung und zum Ausbau der umweltfreundlichen, siche
In den Ausbau des hochrangigen Straßennetzes soll in diesem Zeitraum jedes Jahr eine Milliard
Die Versorgungssicherheit in der Energiewirtschaft muss durch ausreichende und ökologisch ve
Die Förderung des flächendeckenden Ausbaus der Breitbandtechnologie im Glasfasernetz und
Projekt 4: Österreich im Innovationsbereich an die Spitze führen
Rund zwei Drittel des österreichischen Wirtschaftswachstums haben ihren Ursprung im techno
Österreich verfügt in vielen gesellschaftlichen Schlüsselbereichen über hohe Innovations- und U
Der Sprung ganz an die Spitze setzt strukturelle Reformen voraus.
Innovation wird von kreativen ArbeitnehmerInnen und wagnisbereiten Unternehmen getragen
In der Wirtschafts- und Innovationspolitik der SPÖ nimmt auch der Staat eine wichtige und akt
In einer vernetzten und innovativen Wirtschaft sind wissenschaftliche Forschung, Produktion u
daher muss der Staat leistungsfähige öffentliche Infrastrukturen bereitstellen.
Die SPÖ setzt auf gezielte Förderung intelligenter, schneller und umweltschonender Produktion
In den kommenden Jahren sollen diese Investitionen 100 Millionen Euro pro Jahr betragen.
Die direkten Investitionen in die Förderung angewandter Forschung und Technologieentwicklu
Dieses Niveau werden wir weiter steigern,
denn diese Investitionen führen zu einem Wettbewerbsvorteil für Österreich
und zu mehr hochwertigen Arbeitsplätzen.
Projekt 5:
Österreichische Spitzentechnologien –
wie die Umwelttechnologie -
in die Welt tragen
Es gibt in Österreich rund 400 Unternehmen, die technologisch an der Europa- oder Weltspitze
und daher für die Wertschöpfung und die Exportquote der österreichischen Wirtschaft enorm
Die größte Mehrheit dieser Unternehmen hat sowohl ihren Forschungs- als auch Produktionsst
Dies gilt etwa für den rasch wachsenden Bereich gehobener technischer Dienstleistungen, für E
Besondere Stärken liegen in den Bereichen der Infrastrukturtechnologien (Bahn, Straße, Energi
Wir werden daher die österreichischen Unternehmen bei ihren Technologieexporten
durch zielgerichtete Maßnahmen, wie zwischenstaatliche Abkommen und Exportförderung, un
und ihnen somit die Türen zu Zukunftsmärkten öffnen, die besonderen Bedarf an Modernisieru
Projekt 6:
Mehr qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in Forschung und Innovation schaffen
Innovationen entstehen in den Köpfen der ArbeitnehmerInnen.
Deshalb ist es wichtig, junge Menschen für Forschung und Innovation zu begeistern,
denn dort entstehen jene Arbeitsplätze der Zukunft, die hohe Zufriedenheit und gutes Einkomr
Wir werden junge ÖsterreicherInnen aktiv dabei unterstützen, zukunftsträchtige Berufe zu ergr
Technologie und Innovation motivieren.
Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass jungen Menschen jährlich ausreichend Ausbildungsplätz
und dass sie über gut bezahlte Praktika Jobs in Forschung und Innovation kennenlernen könner
Projekt 7:
Aktive Industriepolitik – Neuorientierung der ÖIAG
Die SPÖ bekennt sich zu strategischem Eigentum der öffentlichen Hand und steht für Privatisie
Als Voraussetzung für innovative Industriepolitik ist eine dauerhafte Klärung der Eigentumsfrag
Durch eine grundlegende Neuorientierung der ÖIAG sollen die bestehenden strategischen Unte

und in Wachstumsphasen auch bei Kapitalerhöhungen mitgezogen werden.
Als eine der Folgen der Wirtschaftskrise hat die österreichische Wirtschaft Insolvenzen von Unt
Deshalb soll eine öffentliche Auffanggesellschaft für sanierungsfähige Insolvenzfälle gegründet
um regionale Leitbetriebe in Einzelfällen durch Finanzierung und Umsetzung eines Sanierungsp
Projekt 8:
Zusätzliche Finanzierungsformen für Unternehmen
In Österreich finanzieren sich Unternehmen traditionell vor allem durch Bankkredite,
die allerdings in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation oft nicht im notwendigen Ausmaß fü
Alternative Finanzierungsformen sind derzeit in Österreich nicht ausreichend vorhanden.
Durch die Verbreiterung der Finanzierungsbasis soll die Wirtschaft mit dem benötigten Kapital
Nach bereits erfolgten ersten Schritten im Nationalrat in Richtung „Crowdfunding“ wollen wir
Unternehmensfinanzierung braucht nämlich klare Regeln,
wie auch einige Anlegerbetrugsskandale der Vergangenheit zeigen.
Durch ein neues Regelwerk sollen die Banken wieder zu ihrer Kernfunktion als Finanzierungsins
Unternehmensgründungen sollen durch Beratung,
Übernahme von Haftungen
und Ausfallversicherungen gefördert werden.
Projekt 9:
Ein-Personen-Unternehmen absichern
Die Gruppe der Neuen Selbständigen, FreiberuflerInnen sowie KleinstunternehmerInnen umfas
Die Dynamik dieser Unternehmen ist ein unverzichtbarer Teil einer vernetzten und innovativen
Für sie muss die soziale Absicherung verbessert werden.
Wir wollen den 20-prozentigen Selbstbehalt bei Arztbesuchen für Selbständige abschaffen.
Das neu eingeführte Krankengeld soll bereits zu einem früheren Zeitpunkt ausbezahlt werden,
Die Angst vor dem Scheitern ist der größte Hemmschuh für Unternehmensgründungen.
Um Unternehmensgründungen zu fördern, braucht es Sicherheit für GründerInnen.
Eine grundlegende Reform des Privatkonkurses, mit dem Ziel einer Entschuldung nach sechs Ja
Projekt 10:
Kreativwirtschaft stärken
Kultur- und Kreativwirtschaft stehen im Zentrum einer wissensbasierten Gesellschaft
und ihre Entwicklung ist sowohl für das kulturelle Leben,
den sozialen Zusammenhalt,
als auch für den Wirtschaftsstandort Österreich von großer Bedeutung.
Wir wollen die Kultur- und Kreativwirtschaft in den nächsten Jahren nachhaltig stärken.
Dafür soll von kurzfristigen Projektförderungen in der Kreativwirtschaft zugunsten gezielter str
Bildung und Qualifikation als Schlüssel für Wirtschaftswachstum und Wohlstand
Bildung bestimmt die Zukunft jedes/jeder Einzelnen und damit der Gesellschaft insgesamt.
Jedes Kind muss in Österreich die Chance auf beste Bildung und Ausbildung haben und zwar ur
Die Qualität unseres Bildungssystems ist ein entscheidender Faktor für künftigen wirtschaftlich
und die internationale Konkurrenzfähigkeit unseres Landes,
aber auch für die Demokratie
und den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.
Wir setzen uns für ein leistungsfähiges,
sozial gerechtes und
öffentlich finanziertes Bildungssystem ein,
in dem Talente und Begabungen optimal gefördert werden und kein Potential verloren geht.
Bildung soll auf die Zukunft vorbereiten und daher die Fähigkeit vermitteln, mit dem Wandel u
Projekt 11:

Wissen als Wachstumsinvestition begreifen
Um unseren Kindern die bestmögliche Bildung und Ausbildung zu ermöglichen, werden wir ver
Engagierte und bestens ausgebildete LehrerInnen –
ausgestattet mit einem leistungsorientierten Dienst- und Besoldungsrecht – als wichtige Bezug
Die beschlossene Reform der PädagogInnenbildung muss daher zügig umgesetzt werden.
Auf Weiterbildungsmöglichkeiten für LehrerInnen legen wir besonderes Augenmerk.
Die Berufsberatung an Schulen soll verstärkt werden.
Für eine qualitativ hochwertige Universitätsausbildung und eine Erhöhung der AkademikerInne
Wir treten dafür ein, dass durch eine hervorragende Forschungsinfrastruktur sowohl die Ausbil
Dafür ist für alle Universitäten eine Bestandsaufnahme und ein Umsetzungs- und Investitionspl
Die Investitionen tragen auch dazu bei, dass in Österreich ausgebildete ForscherInnen ihre spät
Wir treten für die vermehrte Anstellung von NachwuchsforscherInnen und Nachwuchsuniversit
und eine dienstrechtliche Absicherung sowie ein attraktives Entlohnungsschema für diese Beru
Projekt 12:
Ausbildung bis 18 – gut ins Berufsleben starten
Seit 2008 bekommen alle Jugendlichen, die eine Ausbildung wollen, auch eine Lehrstelle angeb
Österreichweit werden Jugendliche in 20 Produktionsschulen beim Übergang zwischen Schule u
Dennoch finden jährlich 16.000 Jugendliche ohne Ausbildung keinen Einstieg in die Arbeitswelt
Sehr erfolgreich ist in diesem Zusammenhang das „Jugendcoaching“, das seit Beginn des Jahres
Ziel ist, dass alle Jugendlichen unter 18 Jahren nach der Pflichtschule eine Ausbildung oder eine
Wir wollen die Jugendlichen durch individuelle Förderung, Betreuung und ihren Bedürfnissen e
Projekt 13: Österreichweite, branchenbezogene Lehrlingsfonds schaffen
Österreich hat in Sachen Jugendbeschäftigung – unter anderem durch die Ausbildungsgarantie
Um zu garantieren, dass Fachkräfte auch in Zukunft top qualifiziert sind
und Österreich so bei der Wettbewerbsfähigkeit die Nase vorne hat,
werden wir österreichweite Ausbildungsfonds für Lehrlinge etablieren,
bei denen die Betriebe der jeweiligen Branche in einen Lehrlingsausbildungsfonds einzahlen.
Betriebe erhalten für Lehrlinge, die Leistungswettbewerbe positiv abschließen, eine Prämie.
Das heißt:
Alle Betriebe zahlen ein, Geld-Rückflüsse gibt es an jene, die Lehrlinge ausbilden und deren Leh
Von der Qualität der Ausbildung profitiert dann die ganze Wirtschaft.
Projekt 14:
Mehr Bildungschancen –
Erhöhung der Durchlässigkeit im Ausund Weiterbildungssystem
Durch die 2012 gemeinsam von Bund und Ländern gestartete „Initiative Erwachsenenbildung“
Vor allem für einkommensschwache Personen ist damit eine wesentliche Hürde beim Nachhole
Dieses erfolgreiche Förderprogramm wollen wir fortsetzen und nachhaltig absichern.
Ein Programm zur gebührenfreien Vorbereitung auf das Nachholen der Lehrabschlussprüfung is
Im Sinne eines durchlässigen Bildungssystems muss die „Lehre mit Matura“ noch intensiver gef
Die Möglichkeit, begleitend zur dualen Ausbildung die Berufsreifeprüfung zu absolvieren, schaf
und sichert gleichzeitig den Unternehmen hervorragend ausgebildete Fachkräfte.
Der Zugang zur „Lehre mit Matura“ soll bundesweit einheitlich gestaltet, ein gesetzlicher Anspr
Um den Zugang zum universitären Bereich chancengerecht zu fördern, soll die Studienberechti
Zur Deckung des steigenden Bedarfs an praxisbezogenen beruflichen Ausbildungen nach der Al
Projekt 15:
Die Angebote der Erwachsenenbildung forcieren
Die Arbeitswelt ist in dramatischen Umbrüchen begriffen.
Unser vorrangiges Ziel ist es, jede Einzelne, jeden Einzelnen bestmöglich dabei zu unterstützen,

Im Sinne der Chancengerechtigkeit soll für alle ArbeitnehmerInnen ein Rechtsanspruch auf We
Ausgebaut werden sollen zukunftsorientierte Qualifizierungsprogramme, z.B. in den Bereichen
Zur Unterstützung der Lernenden sind innovative Lernzeitmodelle inklusive bedarfsgerechter B
Berufsbegleitende Studienplätze und Teilzeitstudienplätze an den Fachhochschulen sollen ausg
Die Qualitätssicherung im Bereich der Weiterbildung muss im Sinne des KonsumentInnenschut
Für die Vergabe staatlicher Zertifikate und Diplome für ErwachsenenbildnerInnen durch das Bu
Um den steigenden Bedarf an Angeboten im Sinne des lebensbegleitenden Lernens abdecken z
Und zur Orientierung in der unübersichtlicher werdenden Weiterbildungslandschaft sollen die
und innovative Beratungsmodelle – vor allem für nicht-bildungsaktive ArbeitnehmerInnen – un
Europaweit in Wachstum und Beschäftigung investieren
Für eine dauerhafte Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Folgen Europa teilw
Eine europäische Wirtschaftspolitik, die versucht, die Kosten der von der Finanzwirtschaft veru
Wir wollen vor allem jungen Menschen eine neue Perspektive geben.
Künftig muss die Wirtschaftspolitik der EU auf zwei soliden Säulen stehen: 108
auf Investitionen in Wachstum und Beschäftigung
sowie auf einer verlässlichen, sozial ausgewogenen und disziplinierten Haushaltspolitik.
Projekt 16:
Gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche tätigen Neues Wachstum
und neue Arbeitsplätze entstehen durch gezielte Investitionen in Zukunftsbereiche wie Bildung
Wir wollen, dass auch auf europäischer Ebene bewusst Anreize für solche Investitionen gescha
und verbindliche Ziele für öffentliche Investitionen zur Förderung von Wachstum und Beschäfti
Auch die EU selbst soll mit ihrem Budget dazu beitragen. 108
Damit werden Arbeitsplätze und Kaufkraft gesichert
und so die Grundlage für einen nachhaltigen Schuldenabbau in allen Mitgliedstaaten geschaffe
Gleichzeitig wollen wir uns für eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts in diesem Sinr
Projekt 17:
Handlungsfähigkeit der EU stärken 108
Die SPÖ ist aus Überzeugung und aus volkswirtschaftlicher Vernunft für die Mitgliedschaft Öste
Diese stellt eine Basis für unseren wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand dar. 108
Von der exportorientierten Wirtschaft hängt jeder dritte österreichische Arbeitsplatz direkt od
Österreich hat daher grundlegendes Interesse an der Europäischen Integration 108
und leistet aus diesem Grund auch seinen Beitrag zur gemeinsamen Bewältigung der Krise. 108
Eine geeinte und starke Europäische Union ist notwendig, um den wirtschaftlichen und politisc
Wir unterstützen daher Reformen, die die Handlungsfähigkeit der EU weiter stärken. 108
Der Grundsatz, dass die EU nur das regeln soll, was auf dieser Ebene sinnvoll ist, soll auch in Zu
Alles andere soll in der Verantwortung der jeweiligen Mitgliedstaaten bleiben: 110
Zum Beispiel die Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Ort, wie etwa die Wasserve
Projekt 18:
Europa sozialer machen 108
Österreich hat die geringste Arbeitslosigkeit aller EU-Staaten.
Eine soziale Krise in Europa wirkt sich dennoch auch auf uns aus.
Um es nicht so weit kommen zu lassen, wollen wir europaweit die sozialen Standards erhöhen
und vor allem Jugendlichen einen Job und eine Perspektive geben.
Dafür wollen wir die Einführung von europaweiten Mindeststandards 108
und die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping als europäische Aufgabe vorantreiben 108
und befürworten die EU-weite Festlegung nationaler Mindestlöhne mit allgemeiner Gültigkeit
Wir wollen mit der Jugendgarantie dafür sorgen, dass jeder Jugendliche binnen vier Monaten E
Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss in Europa genauso wichtig werden wie der Abbau de

Gerechtigkeit
Gerechtigkeit ist von zentraler Bedeutung für das Zusammenleben in einer Gemeinschaft.
Fehlt es an Gerechtigkeit und haben Menschen den Eindruck, es wird mit zweierlei Maß gemes
Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind keine Gegensätze, sondern sind mitei
Faire Einkommen, faire Arbeit
Zu geringe Einkommen und immer mehr Arbeit – für viele ArbeitnehmerInnen ist das eine trau
Diese Entwicklung muss gestoppt werden –
durch die Unterstützung der Gewerkschaft
und neue gesetzliche Regelungen.
Wir stehen für einen entschlossenen Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping
und für mehr Fairness in der Arbeitswelt.
Projekt 19:
Arbeit und gerechte Löhne für alle
Oberstes Ziel ist es, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten, um eine möglichst hohe Beschäf
Die Arbeitsmarktpolitik muss die Menschen dabei unterstützen, mit den geänderten Rahmenb
Arbeitslosigkeit muss bekämpft werden.
Daher müssen die Dienstleistungen des Arbeitsmarktservice für Personengruppen, die von Arb
Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung stellen für arbeitslose Menschen eine wichtige Ex
und müssen daher immer wieder neu angepasst werden.
Bei einer allfälligen Verkürzung der Normalarbeitszeit
müssen Kaufkraft und damit der Lebensstandard der ArbeitnehmerInnen gesichert bleiben.
In vielen Unternehmen bestehen große Einkommensunterschiede:
Während manche Leitungspositionen sehr gut bezahlt werden, verdienen einzelne Mitarbeite
Wir setzen uns deshalb für mehr Lohntransparenz in Konzernen, Unternehmen und Betrieben
Die SPÖ unterstützt die Gewerkschaften bei der Einführung des kollektivvertraglichen Mindestl
Darüber hinaus sollen bei staatsnahen Unternehmen, Betrieben und Institutionen durch Einko
Managerbezüge ab 500.000 Euro sollen nicht mehr als Betriebsausgabe abgesetzt werden könn
Managerboni müssen an den nachhaltigen und langfristigen Unternehmenserfolg gekoppelt w
Projekt 20:
Prekäre Beschäftigung bekämpfen –
faire Arbeitsverhältnisse schaffen
Trotz eines ausgebauten Sozialstaates und eines umfassenden Arbeitsrechts gibt es immer noc
Beschäftigung in Scheinwerkverträgen oder unbezahlten Praktika gehört – vor allem auch bei B
Diesen Praktiken muss Einhalt geboten werden.
Auf Druck der SPÖ wurde die Anmeldung bei der Sozialversicherung vor Arbeitsbeginn
und das Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetz beschlossen.
Hierzu müssen die gesetzlichen Grundlagen weiterentwickelt
und die Kontrollen verstärkt werden.
Wir fordern darüber hinaus, den Rechtsschutz im Arbeitsrecht deutlich zu verbessern.
Das Klagsrisiko muss den ArbeitnehmerInnen etwa durch Schaffung der Möglichkeit von Verba
ArbeitnehmerInnen müssen ihre Rechte ohne Gefahr des Arbeitsplatzverlustes durchsetzen kö
Projekt 21:
All-In-Verträge und Konkurrenzklauseln einschränken
Viele Arbeitsverträge bringen ArbeitnehmerInnen große Nachteile.
Immer häufiger werden sogenannte „All-In-Verträge“ abgeschlossen,
ständige Erreichbarkeit wird pauschal abgegolten.
Konkurrenzklauseln verhindern sogar noch nach Ende des Arbeitsverhältnisses den reibungslos
Die Rechte der ArbeitnehmerInnen werden schleichend ausgehöhlt.

Wir fordern deshalb eine gesetzliche Einschränkung von All- In-Verträgen, Konkurrenzklauseln
Vertragsklauseln, die ArbeitnehmerInnen zu ständiger Erreichbarkeit verpflichten, müssen eber
Projekt 22:
Gemeinsames Arbeitsrecht für alle
Das österreichische Arbeitsrecht unterscheidet in der Privatwirtschaft nach wie vor zwischen A
Ein gemeinsames und modernes Arbeitsrecht bleibt daher unser Ziel.
Auch freie DienstnehmerInnen müssen in andere arbeitsrechtliche Schutzbereiche wie Mutters
ArbeitnehmerInnen, freie DienstnehmerInnen und Ein-Personen- Unternehmen sollen im Kran
Projekt 23:
Frauen und Männer:
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
Frauen sind heute so gut ausgebildet wie nie zuvor.
Dennoch verdienen Frauen deutlich weniger als Männer und haben weniger Aufstiegschancen.
Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist daher ein zentrales Thema der SPÖ.
Frauenförderung auf allen Ebenen von Konzernen, Unternehmen, Betrieben und Institutionen
Faire Aufstiegschancen für Frauen garantieren Quotenregelungen in Vorständen und Aufsichts
Wichtig ist eine Koppelung staatlicher beziehungsweise kommunaler Aufträge und Wirtschaftsf
Projekt 24:
„Genesungsteilzeit“
– für eine gesunde Rückkehr in den Arbeitsalltag
Wer nach einer schweren Krankheit oder einem langen Rehabilitations-Aufenthalt zurück an de
der Wiedereinstieg in einen Vollzeitjob geht nicht von heute auf morgen.
Überlastung ist oft die Folge, der nächste Krankenstand ist damit vorprogrammiert.
Wir fordern daher eine „Genesungsteilzeit“:
Auf ärztliche Anordnung sollen sich ArbeitnehmerInnen nach einer langen Krankheit für eine D
Projekt 25:
Die Balance zwischen Arbeit und Freizeit verbessern
Österreichs ArbeitnehmerInnen leisten jährlich 300 Millionen Überstunden –
für echte Auszeiten und Erholung bleibt da oft keine Zeit.
Die Folge:
Überlastung und Krankenstände.
Als letzter Ausweg bleibt oft nur die Frühpension.
Während viele ArbeitnehmerInnen immer mehr Arbeit leisten müssen, suchen andere oft jahre
– ein Ungleichgewicht, unter dem die gesamte Gesellschaft leidet.
Die Betriebe sollen daher verpflichtet werden, regelmäßig unter Mitwirkung der BetriebsrätInn
Weiters fordern wir eine „Überstundenabgabe“:
Unternehmen, die ihren MitarbeiterInnen unverhältnismäßig viele Überstunden abverlangen, s
Diese Abgabe soll für die Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden.
Wichtig für den Arbeitsmarkt,
für die Regeneration von älteren ArbeitnehmerInnen,
für mehr Freizeitqualität und f
ür mehr Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern im Arbeitsrecht
ist die sechste Urlaubswoche.
Die sechste Urlaubswoche ist bereits gesetzlich verankert, aber nur für ArbeitnehmerInnen, di
Der heutige Arbeitsmarkt ist allerdings wesentlich mobiler geworden
und daher wollen wir die sechste Urlaubswoche generell nach 25 Dienstjahren
– egal wie oft man den Arbeitgeber gewechselt hat.
Für eine gerechte Steuerpolitik

Die SPÖ hat eine Trendwende in der Steuerpolitik eingeleitet
und durch eine Senkung der Einkommens- und Lohnsteuer
sowie zusätzliche vermögensbezogene Steuern mehr Steuergerechtigkeit erreicht.
Dieser Weg der Entlastung des Faktors Arbeit,
um zusätzlich Wachstum und Beschäftigung zu erreichen, soll fortgesetzt werden.
Projekt 26:
Steuern auf Arbeitseinkommen durch Millionärssteuer senken
Um die Steuern auf Arbeitseinkommen weiter reduzieren zu können,
wollen wir eine Millionärssteuer (Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer) für die Reich
denn auch sie sollen einen Beitrag für den Wohlfahrtsstaat leisten.
Bei einem Freibetrag von einer Million Euro ist ungefähr ein Prozent der Menschen betroffen.
Im Gegenzug soll im Rahmen einer Steuerreform für alle SteuerzahlerInnen der Einstiegssteuer
und eine Negativsteuer beim Pensionistenabsetzbetrag eingeführt werden.
Projekt 27:
Unternehmensgewinne gleich besteuern
Bei den Unternehmen führen diverse Begünstigungen, Steuerregelungen und Steuersätze zu u
Daher soll in diesem Bereich eine Vereinheitlichung angestrebt werden.
Die Gruppenbesteuerung soll reformiert und Steuerbegünstigungen gestrichen werden.
Projekt 28:
Familienbeihilfe für alle erhöhen statt Besserverdienende steuerlich begünstigen
Die steuerrechtlichen Regelungen zur Familienförderung sind zu kompliziert
und nützen vor allem Menschen mit höheren Einkommen.
Statt Freibeträgen und steuerlicher Absetzposten
kommen eine generelle Erhöhung der Familienbeihilfe
und mehr Kinderbetreuungsplätze allen Familien zugute.
Bei der Finanzierung des Familienlastenausgleichsfonds können durch eine Verbreiterung der E
Gleichzeitig würde der Faktor Arbeit steuerlich entlastet.
Finanzmärkte europaweit regulieren
Mit dem Platzen der Immobilienblase in den USA und der darauf folgenden größten Finanzkris
Die EU und manche ihrer Mitgliedstaaten haben in den vergangenen Jahren erste Maßnahmen
Projekt 29:
Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung
Wir bekämpfen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung,
denn es ist gerecht, wenn alle ihren steuerlichen Beitrag zur Finanzierung des Staatshaushaltes
Diese dürfen sich nicht durch Konstruktionen über Staaten mit intransparenter Steuergesetzge
Dafür muss die Kooperation und der Informationsaustausch zwischen den Staaten verbessert v
Steuersümpfe sollen durch internationale Zusammenarbeit trockengelegt,
rechtliche Konstruktionen, die der Verschleierung und Hinterziehung dienen, müssen verboten
Wir wollen keinen europäischen Wettlauf zu immer niedrigeren Unternehmenssteuern
und werden Maßnahmen gegen die Verschiebung der Gewinne in Länder mit sehr niedrigen St
Projekt 30:
Finanzmärkte konsequent regulieren
Die Finanztransaktionssteuer sorgt dafür, dass jene einen finanziellen Beitrag zur Bewältigung
Wir wollen, dass die Finanztransaktionssteuer weiter ausgebaut wird
und aktiv für die Beteiligung weiterer Länder werben.
Auf europäischer Ebene wurde eine neue Aufsichtsarchitektur geschaffen, die gemeinsame Sta
Die gemeinsame europäische Bankenaufsicht wird gerade aufgebaut.108
Ein europäischer Rahmen für die Sanierung und Abwicklung von Banken ist für uns der nächste

Durch eine Verlängerung des Sonderbeitrags zur Bankenabgabe soll der österreichische Banker
Wir wollen mit einer europaweiten Bankenabgabe dafür sorgen, dass Banken in Zukunft nicht
Zudem wollen wir, dass nur mehr Finanzprodukte gehandelt werden dürfen, die eine Zulassung
Spekulation mit Nahrungsmitteln soll verboten werden.
Darüber hinaus wollen wir, dass auch Ratingagenturen, die wesentlich an der Verschärfung der
Sie sollen ihre Entscheidungsgrundlagen und ihre Analysen transparent machen.
Für vorsätzliche und grob fahrlässige Handlungen bei der Erstellung von Ratings müssen sie zur
Volles Vertrauen in die Justiz wieder herstellen
Durch Vorkommnisse in der Jugendgerichtsbarkeit hat das Vertrauen in die österreichische Just
Ein funktionierendes Justizsystem ist ein Grundpfeiler einer funktionierenden Demokratie.
Zielsetzung der SPÖ ist es daher, das volle Vertrauen in das österreichische Justizsystem wieder
Projekt 31:
Wiedererrichtung des Jugendgerichtshofes
Für jugendliche StraftäterInnen ab 14 Jahren sollen österreichweit Jugendkompetenzzentren ei
In Wien soll es zur Wiedererrichtung eines Jugendgerichtshofes kommen.
Die Menschenwürde besonders auch von Jugendlichen in Haft muss gewährleistet sein.
Projekt 32:
Stellung von Opfern verbessern
Wir werden die Stellung von Verbrechensopfern durch Erweiterung des Kreises der Anspruchsb
und die Höhe der Entschädigungsleistung verbessern.
Weiters soll durch die Möglichkeit eines staatlichen Vorschusses für Verbrechensopfer sicherge
dass diesen unverzüglich notwendige und zustehende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.
Im Strafprozess wollen wir die Opferrechte maßvoll erweitern.
Besonders wichtig dabei sind uns die Sicherstellung und der Ausbau der Prozessbegleitung.
Auch wer zu Unrecht ein langes Strafverfahren über sich ergehen lassen musste, ist ein Opfer.
Deshalb wollen wir den vollen Ersatz der Verteidigungskosten bei einem Freispruch bzw. einer
Projekt 33:
Unabhängiger Bundesstaatsanwalt
– Stärkung der Korruptionsstaatsanwaltschaft
Wir werden die Weisungsspitze gegenüber den staatsanwaltschaftlichen Behörden vom Bunde
Diese neue oberste Behörde soll gegenüber dem Parlament die gleichen Pflichten haben wie de
Wir werden die Unabhängigkeit der sehr bewährten Korruptionsstaatsanwaltschaft stärken
und deren personelle Ausstattung weiter verbessern.
Es war richtig und notwendig, dass wir in der letzten Gesetzgebungsperiode ein strenges Korru
verschärfte Unvereinbarkeits- und Transparenzbestimmungen,
ein Lobbyinggesetz sowie
ein Medientransparenzgesetz mit klaren Regelungen für die Vergabe von Regierungsinseraten
Diese Gesetze werden wir nach einer mehrjährigen Beobachtungsphase evaluieren und weiter
Projekt 34:
Kollektiven Rechtsschutz für KonsumentInnen einführen
Unternehmen, die jenseits der Grenze des Erlaubten agieren, setzen oft darauf, dass die Betrof
Daher muss ein Instrument geschaffen werden, das sicherstellt, dass Massenschäden mit vertr
Wir wollen im Interesse der vielen Betroffenen erreichen, dass bei gleichartigen Ansprüchen Gr
Dies wäre nicht nur für die Geschädigten von großem Vorteil, sondern auch für die Justiz, weil d
Ein modernes Familienrecht
Neben der traditionellen Familie haben sich in den letzten Jahren neue Formen des familiären
Dieser Entwicklung muss auch im Familienrecht Rechnung getragen werden.
Projekt 35:

Familienrecht weiter modernisieren
In den letzten Jahren wurde das Familienrecht modernisiert.
Dennoch besteht noch Handlungsbedarf.
In diesem Sinn wollen wir zu einer Gleichstellung von homosexuellen mit heterosexuellen Paar
So soll beispielsweise künstliche Befruchtung auch für alleinstehende Frauen und lesbische Paa
und homosexuelle Paare sollen Kinder adoptieren dürfen.
Im Eherecht soll nicht mehr festgelegt sein, dass es Zweck der Ehe sei, Kinder zu zeugen.
Ebenso wollen wir die Vorgabe des gemeinsamen Wohnsitzes wie auch die Mitwirkung am Erw
Die rechtliche Position von langjährigen Lebensgefährten wollen wir zum Beispiel im Erbrecht d
Projekt 36:
Unterhaltsansprüche für Kinder durchsetzen
Viele AlleinerzieherInnen haben Schwierigkeiten, Unterhaltsansprüche für ihre Kinder durchzus
So besteht Anspruch auf Unterhaltsvorschuss nur dann, wenn die Aussicht besteht, dass der vo
Das bedeutet, dass sich lange Wartezeiten ergeben können, bis die finanzielle Leistungsfähigke
Wir werden das Unterhaltsvorschussgesetz zu einem Unterhaltssicherungsgesetz weiterentwic
Im Unterhaltsrecht müssen bestehende Lücken geschlossen werden.
Jedes Kind soll, unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Unterhaltspflichtigen, A
Ein Beitrag zu globaler Gerechtigkeit –
Entwicklungszusammenarbeit Millionen Menschen haben nicht ausreichend zu essen, keinen Z
Ziel unserer Entwicklungspolitik ist die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt,
der Schutz der globalen öffentlichen Güter
und die Verwirklichung der Menschenrechte.
Projekt 37:
Gerechtigkeit weltweit voranbringen
Wir stehen zu unseren internationalen Verpflichtungen
und zum Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit
Vor dem Hintergrund der Globalisierung setzen wir uns dafür ein, die Rechte von Arbeitnehme
Beispielsweise treten wir dafür ein, dass Mindeststandards des ArbeitnehmerInnen-,
Umwelt-
und Gewerkschaftsschutzes auf globaler Ebene umgesetzt werden
und diese Regelungen verbindlich in den Handelsabkommen der EU verankert werden. 108
Weiters setzen wir uns für die Einrichtung eines internationalen Menschenrechtsgerichtshofs e
Sicherheit in unserer Gesellschaft Sicherheit ist für uns ein umfassender Begriff, der weit über d
In Sicherheit leben bedeutet für uns, dass für das Leben der Menschen wesentliche Dinge in au
und sozialer Schutz gewährleistet ist.
Sicherung der Lebensqualität als öffentliche Aufgabe
Es ist für die Lebensqualität in unserem Land entscheidend, dass Dienstleistungen im öffentlich
Dazu gehören neben der Wasserversorgung etwa auch Energie, gesundheitliche Versorgung so
Als Querschnittsmaterie ist der Umweltschutz ebenfalls eine zentrale öffentliche Aufgabe zur S
Projekt 38:
Keine Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen
Unter dem Begriff Daseinsvorsorge werden Leistungen für die Allgemeinheit wie Verkehrsund
Dienste der Daseinsvorsorge zu privatisieren, führt zu Einbußen bei der Qualität, eingeschränkt
Wir wollen daher auf europäischer Ebene sicherstellen, dass Rahmenbedingungen geschaffen w
In Österreich setzen wir uns dafür ein, dass das öffentliche Eigentum erhalten bleibt.
Dabei erteilen wir dem generellen Wunsch nach weiteren Privatisierungen und Liberalisierunge
Wir bekennen uns zu jenen Leitbetrieben, die sich teilweise oder zur Gänze in öffentlichem Bes
Wir werden alle Maßnahmen setzen, um unser Wasser vor Privatisierung zu schützen.

Projekt 39:
Nachhaltige Energiepolitik fortsetzen –
Kampf gegen Atomenergie
Der Kampf gegen die Ursachen des globalen Klimawandels und internationales Engagement ge
Der eingeschlagene Weg einer nachhaltigen Energiepolitik – diese umfasst die effiziente Nutzu
Die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, von Städten und Gemeinden und der Wirtschaf
Projekt 40:
Die Umwelt durch eine zukunftsorientierte Raumplanung schonen
Auch zukünftige Generationen brauchen naturnahe Erholungsräume, fruchtbare Böden, saube
Deswegen müssen unsere Ökosysteme grundsätzlich Vorrang vor kurzfristigen wirtschaftlichen
Eine stärkere strategische Raumentwicklung soll unsere Umwelt schonen.
Zentrales Element einer zukunftsorientierten Raumplanung sollen Konzepte der kurzen Wege s
Projekt 41:
Der öffentliche Verkehr als Rückgrat des Verkehrssystems
Wir stehen zum öffentlichen Verkehr als Rückgrat des Verkehrssystems, das sowohl den Öster
Da flächendeckender öffentlicher Verkehr nicht profitorientiert betrieben werden kann, sonde
besteht eine wichtige Aufgabe der öffentlichen Hand darin, ein Verkehrsangebot für alle sicher
Wir werden uns daher dafür einsetzen, die Verkehrsinfrastruktur weiter auszubauen und ein at
Damit wollen wir sicherstellen, dass sich die ÖsterreicherInnen auch künftig die Fahrt von zu Ha
Wir setzen uns zum Ziel, gemeinsam mit den Ländern ein österreichweites Grundangebot für d
Die SPÖ bekennt sich zur Rolle des Bundes als Eigentümer der ÖBB sowie der Länder und Komr
Aufgrund der negativen internationalen Erfahrungen im Bahnsektor mit Privatisierungen wird e
Projekt 42:
Verkehrssicherheit weiter verbessern
Wir haben das Ziel, das österreichische Verkehrssystem zu einem der sichersten in Europa zu m
Österreich ist hier gut unterwegs:
Seit den 1970er-Jahren ist es gelungen, die Zahl der Verkehrstoten um über 80 Prozent zu redu
Österreichs Straßen müssen aber noch sicherer werden.
Wir setzen uns dafür ein, die Sicherheit schwächerer VerkehrsteilnehmerInnen wie insbesonde
Neben gesetzlichen Maßnahmen gilt es in diesem Bereich insbesondere durch bewusstseinsbil
Auch eine sichere Infrastruktur trägt wesentlich dazu bei, Unfälle auf Österreichs Straßen zu ve
Straßen müssen so ausgestaltet sein, dass sie Fehlverhalten der VerkehrsteilnehmerInnen mög
Wir setzen uns dafür ein, dass auch in Zukunft jeder zweite Euro, der in das Straßennetz investi
Projekt 43:
Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel erleichtern
Wir haben es uns zum Ziel gesetzt, den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu erleichtern
und werden deshalb ein Bündel an Maßnahmen setzen, um den öffentlichen Verkehr einfacher
beispielsweise durch einen neuen Taktfahrplan nach Schweizer Vorbild, durch eine verkehrsträ
Darüber hinaus müssen Fahrten mit dem öffentlichen Verkehr bequemer und schneller werden
Deshalb sollen in den kommenden Jahren 100 neue und komfortable Züge eingesetzt werden.
Besonders viel soll in bestehende Strecken investiert werden, damit die Streckenkapazitäten de
Auch die Fahrzeiten müssen weiter verkürzt werden.
So soll es zum Beispiel möglich sein, in 2 Stunden 15 Minuten von Salzburg nach Wien, oder in
Für mehr öffentlichen Verkehr müssen die Tarife vereinfacht werden.
Projekt 44:
Top-Jugendticket für alle Jugendlichen in Ausbildung
Nachhaltige Verkehrspolitik beinhaltet neben der Förderung und Attraktivierung des öffentlich
auch eine innovative Mobilitätspolitik für junge Menschen.

Daher setzen wir uns für die Einführung des TOP-Jugend-Tickets für alle Jugendlichen in Ausbil
Wohnen leistbar machen Für die SPÖ ist Wohnen ein allgemeines Grundrecht.
Daher muss zeitgemäßer Wohnraum für alle Menschen in unserem Land leistbar und sicher sei
Projekt 45:
In den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsneubau investieren
Wir werden durch gezielte Investitionen in den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsneubau
dadurch den Wohnungsmarkt stabilisieren
und Wohnen leistbar machen.
Im Zuge einer Wohnbauoffensive sollen in der nächsten Legislaturperiode zusätzlich 25.000 bis
Dazu wollen wir für den sozialen und gemeinnützigen Wohnbau ausreichende und leistbare Gr
und eine Flächenwidmungskategorie "Sozialer Wohnbau" einführen.
Wir wollen aus Gründen der Gerechtigkeit und der Gleichbehandlung keinen Ausverkauf von m
Normvorschriften und Bauordnungen sollen auf ihre finanzielle Auswirkung und Notwendigkeit
Projekt 46:
Zweckbindung der Wohnbauförderung sicherstellen
Die ArbeitnehmerInnen zahlen 0,5 Prozent ihres Bruttolohns als Wohnbauförderungsbeitrag (8
Es muss garantiert sein, dass dieses Geld auch dem Wohnbau zugeführt wird.
Wir werden die Wohnbauförderung als wichtigstes Instrument zur Schaffung von ausreichende
und gemeinsam mit den Rückflüssen aus Wohnbauförderungsdarlehen wieder ausschließlich u
Mit der Wiedereinführung der Zweckwidmung der Wohnbauförderung soll sichergestellt werd
mit Wohnbaugeldern soll nicht spekuliert werden.
Wohnbaufördermittel sollen auch in seniorenund generationengerechtes Wohnen investiert w
Im Gemeindebau und im gesamten Sektor des gemeinnützigen Wohnbaus ist uns die soziale D
Es wird bei Einzug geprüft, ob die Kriterien erfüllt werden.
Niemand muss ausziehen, wenn sich das Gehalt später erhöht.
Das in Deutschland gescheiterte Konzept der einkommensabhängigen Mieten lehnen wir ab.
Projekt 47:
MieterInnen durch ein transparentes Mietrecht entlasten
Wir wollen zur Gleichstellung und finanziellen Entlastung der MieterInnen ein einheitliches Mie
Maklergebühren sollen künftig vom Vermieter als Auftraggeber bezahlt werden.
Zur rechtlichen und finanziellen Sicherheit der MieterInnen sollen die Befristungsmöglichkeiter
und unbefristete Mietverträge wieder zur Norm werden.
Projekt 48:
Heizen für alle leistbar machen
Um zu verhindern, dass immer mehr Menschen durch steigende Energiekosten in die Schulden
Wir werden einen staatlichen Fonds auflegen, welcher es Menschen ohne entsprechende Eiger
Der Fonds stellt die nötigen Mittel zur Verfügung.
Aus den durchgeführten Energiesparmaßnahmen resultieren Einsparungen.
Die dadurch freiwerdenden Mittel werden für Rückzahlungen verwendet.
Damit soll es auch jenen ermöglicht werden, Maßnahmen zu setzen, welche nicht über genug G
Zweitens wollen wir, dass Haushalten, denen es nicht möglich ist, während der Wintermonate
Dieser begleicht nach Maßgabe sozialer Kriterien die Rechnungen.
Finanziert durch die österreichischen Energieversorger und abgewickelt durch spezialisierte Fa
Soziale Absicherung im Alter Aufgrund des demografischen Wandels, des Anstiegs der Lebense
Das Pensionssystem muss so gestaltet sein, dass sich die Menschen auf eine ausreichende Exist
Jeder Mensch in unserer Gesellschaft kann durch Krankheit, Unfall, Invalidität oder eben alters
Das Pflegesystem muss die Menschen in ihrer Selbstbestimmung und Autonomie stärken und i
Die Entscheidung, wer von wem gepflegt wird, liegt in der Entscheidungskompetenz der Famili

Projekt 49:
Sichere gesetzliche Pensionen statt risikoreicher Pensionsfonds
Die Finanzkrise hat uns gezeigt, wie unsicher risikoreiche Pensionsfonds sind, die von den inter
Die BürgerInnen sollen sich deshalb auf sichere gesetzliche Pensionen verlassen können.
Wir treten entschieden für eine weitere Stärkung der gesetzlichen Pensionsvorsorge ein.
Sie ist die Grundlage der Altersversorgung in Österreich.
Auch für die heute Jüngeren ist ein starkes öffentliches Alterssicherungssystem die kostengüns
Betriebspensionen und private Zukunftsvorsorgen sind keine Säulen unseres Altersversorgungs
Die Sicherung der Kaufkraft der Pensionen wollen wir gewährleisten
und die Verteilung des Pensionsanpassungsvolumens mit den SeniorenvertreterInnen verhand
Die Wartefrist für die erste Pensionsanpassung wird durch eine Aliquotierungsregelung ersetzt
der Pensions-Sicherungsbeitrag für kleine Pensionen soll abgeschafft werden.
Projekt 50:
Keine weitere Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters
Im letzten Jahr ist das tatsächliche Pensionsantrittsalter bereits um rund einen Monat gestiege
Wir wollen den BürgerInnen keine weitere Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters zumuten
Mit spezifischen Maßnahmen für ältere Arbeitslose sorgen wir dafür, dass Menschen bis zur Pe
statt das gesetzliche Pensionsantrittsalter anzuheben.
Ebenso stellen wir eindeutig klar, dass eine vorzeitige Angleichung des gesetzlichen Pensionsan
Projekt 51:
Mitten im Beruf mit 50plus
Wer im fortgeschrittenen Alter den Job verliert, hat es nicht leicht auf dem Arbeitsmarkt.
Nach vergeblicher Jobsuche bleibt für viele nur der Weg von der Langzeitarbeitslosigkeit in die
und das trotz voller Arbeitsfähigkeit.
Wir fordern deshalb eine „Älterengarantie“–
eine Beschäftigungsgarantie für ältere Langzeitarbeitslose:
Jobsuchende über 50 sollen Angebote bekommen, die ihren Fähigkeiten entsprechen und fair
Der Staat kann ältere Arbeitsuchende durch eine Reihe von Beschäftigungsprojekten und Hilfes
Aber auch die ArbeitgeberInnen müssen ihren Beitrag leisten:
Unternehmen, die Ältere anstellen, sollen davon auch finanziell profitieren.
Betriebe, die besonders wenige ältere MitarbeiterInnen beschäftigen, sollen hingegen zur Kass
Initiativen für einen langen Verbleib im Erwerbsleben müssen ihren Weg in die Betriebe finden
Wir fordern die Schaffung gesunder und altersgerechter Arbeitsplätze und allgemeiner Arbeitsl
und verpflichtende betriebliche Gesundheitsvorsorge und Präventions-Programme andererseit
Projekt 52:
Menschenwürdige Pflege –
Pflegedienstleistungen ausbauen
Jeder hilfe- und pflegebedürftige Mensch hat das Recht auf würdevolle Pflege, Betreuung, Sch
Menschenwürdige Pflege und Betreuung von älteren und kranken Menschen ist ein zentrales T
Die öffentliche Finanzierung der Pflegesicherung aus Steuermitteln ist in ausreichendem Maße
Eine am Kapitalmarkt angesiedelte Risikofinanzierung, die für viele Versicherte nicht leistbar ist
Langfristig sind bundesweit einheitliche Pflegestandards zu etablieren.
Rund 430.000 Personen beziehen derzeit in Österreich Pflegegeld –
mehr als die Hälfte von ihnen wird zu Hause von Angehörigen gepflegt.
Präventionsangebote wie z.B. „Bewegen statt Pflegen“ oder Demenz-Vorsorge sollen geschaffe
Aber nicht nur pflegebedürftige Menschen, sondern auch deren pflegende Angehörige benötig
Die arbeitsrechtliche Situation für pflegende Angehörige muss weiter verbessert werden.
Wir fordern daher einen Anspruch auf Pflegekarenz und Pflegeteilzeit.

Je nach Gesundheits-, Lebens- oder Familiensituation ist jede Pflegesituation anders, hier muss
Dienstleistungen von mobiler professioneller Pflege über Tagesbetreuung und Einrichtungen fü
Spezielle Unterstützungsangebote muss es für die rund 42.000 Kinder und Jugendliche in Öster
Gesundheit fördern und sichern
Die Menschen dabei zu unterstützen, lange gesund zu leben und im Krankheitsfall allen den gle
Wir bekennen uns zu einem solidarischen Gesundheitssystem, das von Arbeitnehmerinnen und
Die Sozialdemokratie steht für die beste Behandlungsqualität für alle Menschen, wobei soziale
Projekt 53:
Gesundheitssystem gerecht und solidarisch finanzieren
Ein solidarisches Gesundheitssystem muss breit und gerecht finanziert werden.
Wir stehen zu einer Verbreiterung der Beitragsgrundlagen und dafür, bestehende Beitragslücke
Höhere Einkommen sollen einen höheren Beitrag zur Finanzierung des Gesundheitssystems leis
Im Gegenzug sollen Selbstbehalte weiter abgebaut werden,
denn diese stellen vor allem für Personen mit geringem Einkommen eine Hürde bei der Inanspr
In einem ersten Schritt sollen Eltern für Krankenhausaufenthalte ihrer Kinder von der Zahlungs
Projekt 54:
Gesundheitsversorgung weiter verbessern
Der Ausbau des Leistungsangebots für die Versicherten ist zentrale Zielsetzung sozialdemokrati
So wurde in den vergangenen Jahren das Kinderimpfprogramm um zwei Gratis-Impfungen erw
Der Leistungsausbau muss auch in den kommenden Jahren weiter vorangetrieben werden.
Zahnbehandlungen müssen für alle leistbar werden.
Seit ersten Jänner 2013 dürfen die Zahnambulatorien der Krankenkassen erstmals alle zahnme
Der Ausbau des Leistungsspektrums der Ambulatorien aber auch bei niedergelassenen Zahnärz
Die Betreuung psychisch kranker Menschen muss weiter ausgebaut,
psychische Erkrankungen sollen entstigmatisiert werden.
Projekt 55:
Mehr Zeit für PatientInnen
Durch die Umsetzung der Gesundheitsreform sollen der Zugang zum Gesundheitssystem verbe
und die Wartezeiten weiter reduziert werden.
Bisher wurden die Leistungen in den Spitälern und bei den niedergelassenen ÄrztInnen nicht ge
Darüber hinaus sollen ÄrztInnen mehr Zeit für ihre PatientInnen haben,
Wartezeiten sollen durch bessere und längere Öffnungszeiten der Praxen und Gruppenpraxen
Mehrfachbefundungen und Verweisungen der PatientInnen sollen vermieden werden.
Projekt 56:
Modernes Gesundheitssystem für alle Regionen garantieren
Das komplette Leistungsangebot darf nicht nur in wenigen großen Ballungszentren zur Verfügu
sondern muss auch in ländlichen Regionen gesichert werden.
Unter anderem ist eine patientenorientierte Arzneimittelversorgung durch verbesserte Kooper
Wir stehen für ein modernes Gesundheitssystem, das sowohl für die Beschäftigten als auch für
Gerade sensible Gesundheitsdaten müssen besonders geschützt werden
– mit Hilfe der elektronischen Gesundheitsakte ELGA ist dies nun möglich.
So kann die Patientensicherheit bei Arzneimittelverschreibungen durch Vermeidung von Wech
und die Behandlungsqualität durch Befundbereitstellung verbessert,
unnötige Mehrfachuntersuchungen können vermieden werden.
Außerdem haben Patientinnen und Patienten einfachen Zugriff auf eigene Befunde.
Aufbauend auf ELGA soll als nächster Schritt ein österreichweiter elektronischer Impfpass entw
Projekt 57:
Gesundheitsförderung von Anfang an

– Prävention ausbauen Gerade in jungen Jahren werden die Weichen für ein gesundes Leben g
Daher müssen neue Leistungen in den Mutter-Kind-Pass aufgenommen, die Schulverpflegung v
Besonders wichtig ist die Aufnahme der Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs (HPV) in das Imp
Darüber hinaus muss die Versorgung der Kinder mit kindgerechten und sorgfältig geprüften Me
wir unterstützen die Forschung für sichere Kinderarzneimittel.
Durch die Rahmengesundheitsziele für Österreich gibt es erstmals eine politische Handlungsan
Wir wollen daher Einnahmen aus der Tabaksteuer zweckgebunden in präventive Gesundheitsp
Projekt 58:
Mehr Bewusstsein für gesunde Ernährung schaffen Ausgewogene, gesunde und leistbare Ernäh
Krankheiten, die auf falsche Ernährung und mangelnde Bewegung zurückzuführen sind, nehme
Neben klaren und verständlichen Ernährungsempfehlungen, die auf neuesten wissenschaftlich
Die „Initiative Schulbuffet“, bei der Schulbuffets auf ein gesünderes Angebot umgestellt werde
Bisher konnten über 200.000 Kinder mit dieser Initiative erreicht werden.
Auch bei anderen Formen der Gemeinschaftsverpflegung, wie etwa Betriebskantinen und „Esse
Projekt 59:
Recht auf Selbstbestimmung –
Schwangerschaftsabbruch und Verhütung
Am Recht auf Selbstbestimmung darf nicht gerüttelt werden.
Ein Schwangerschaftsabbruch muss in jedem öffentlichen Spital mit entsprechender medizinisc
Darüber hinaus braucht es Schutzzonen vor Krankenhäusern und Kliniken, die Frauen vor psych
Wichtig sind auch Verhütung und Aufklärung.
Verhütung darf keine Kostenfrage sein.
Projekt 60:
Beschäftigung im Gesundheitsbereich attraktiver gestalten
Das Gesundheitssystem ist nur so gut, wie die Menschen, die in diesem arbeiten.
Rund zwölf Prozent der Beschäftigten in Österreich sind im Gesundheitsbereich tätig.
Die Sozialdemokratie setzt daher einen klaren Schwerpunkt auf die qualitätsgesicherte Ausbild
Der Zugang zu Gesundheitsberufen muss attraktiver
und die Qualität der Ausbildung erhöht werden.
Die Kompetenzen und Berufsbilder der medizinischen Gesundheitsberufe sind den aktuellen G
Auch im Bereich der ÄrztInnenausbildung treten wir für eine Reform ein.
Die praktische Ausbildung, vor allem in Lehrpraxen, muss ausgeweitet
und eine gerechte Entlohnung in der Ausbildungszeit gesichert werden. Die Sozialdemokratie s
Mehr Rechte für KonsumentInnen Österreich hat seit mehr als 30 Jahren ein strenges Konsume
Für die SPÖ ist es wichtig, dieses hohe Niveau zu erhalten.
Wir wollen die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern stärken, durchsetzen und weit
Die KonsumentInnenrechte müssen ausgebaut und den aktuellen Herausforderungen angepas
insbesondere was die Transparenz, KonsumentInnen-Information und die Kennzeichnung betri
Projekt 61:
Sichere Lebensmittel und Produkte
Die KonsumentInnen haben ein Recht auf sichere, gut gekennzeichnete und leistbare Nahrungs
Wir sorgen dafür, dass Lebensmittel ohne gentechnische Veränderungen mit möglichst geringe
Dafür stärken wir die amtliche Lebensmittelkontrolle.
KonsumentInnen sollen Gütezeichen nach klaren Produktionsrichtlinien sowie strengen Kennze
Österreich wird sich auf europäischer Ebene für die Ausweitung großräumiger gentechnikfreier
Projekt 62:
Klare und einheitliche Verbraucherrechte
Wir fordern, dass alle Geschäftsabschlüsse klare, verständliche und möglichst einheitliche Infor

So sollen beispielsweise Verträge, die am Telefon geschlossen werden, nur dann wirksam sein,
Projekt 63:
Sicherheit auf ein Entkommen aus der Schuldenfalle
Die Hauptursache der Verschuldung von Privatpersonen ist der Verlust des Arbeitsplatzes gefol
Bei Zahlungsunfähigkeit verdoppelt sich durch die Verzugszinsen und Gebühren binnen fünf Jal
Menschen, die zahlungsunfähig sind, sollen nicht laufend von Exekutionen bedroht sein.
Wir fordern daher ein Gesamtvollstreckungsverfahren:
Im Fall der Zahlungsunfähigkeit sollen Zinsenstopp und Exekutionsstopp eintreten
– mit dem Ziel, die Schulden sukzessive abzuzahlen.
Darüber hinaus fordern wir für die Tätigkeit von Inkassobüros klare Regelungen und moderate
Projekt 64:
Game Over für das kleine Glücksspiel
Für die Glücksspielkonzerne ist das „kleine Glücksspiel“ längst zum großen Geschäft geworden.
Für Spielsüchtige bedeutet es jedoch oft Not, Krankheit, Armut, Elend, Kriminalität, häusliche G
Hohe Kosten für die öffentliche Hand sind die Folge.
Wir fordern daher ein bundesweites Verbot des kleinen Glücksspiels in Österreich.
Sozialer Frieden als Fundament für Innere Sicherheit
Für uns SozialdemokratInnen ist es eine zentrale Aufgabe des Staates, die Freiheit und die Sich
Für das Grundrecht auf Sicherheit sind einerseits die sozialen Bedingungen in Österreich,
aber auch in seinen Nachbarländern ausschlaggebend,
auf der anderen Seite bedarf es einer funktionierenden, motivierten Exekutive und geeigneter
Projekt 65:
Mehr PolizistInnen im öffentlichen Raum
Für ein Grundrecht auf Sicherheit ist es notwendig, dass die PolizistInnen hauptsächlich im Auß
Die Innere Sicherheit ist eine Aufgabe, die nur in einer partnerschaftlich getragenen Verantwor
Dabei hat die Politik den PolizistInnen die beste Unterstützung durch eine optimale Aus- und F
sowie durch Infrastruktur auf dem aktuellen Stand der Technik zu garantieren.
Projekt 66:
Sicherheitsstrategie umsetzen
Mit Umsetzung der im Frühjahr 2013 beschlossenen Sicherheitsstrategie sollen auf Basis der Gr
Kriminalität gilt es wirksam zu bekämpfen.
Neue Wege sollen in der Prävention gegangen werden, um Verbrechen zu verhindern.
Daten sollen genutzt, aber vor Missbrauch geschützt werden.
Genauso gilt es, in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung Ansch
Dazu bedarf es auch des konsequenten weiteren Ausbaus von Cyber-Security-Maßnahmen.
Projekt 67:
Umfassenden Schutz vor Gewalt gewährleisten
Gewalt gegen Frauen und Kinder ist gesellschaftliche Realität.
Das verdeutlichen auch die kontinuierlich steigenden Zahlen der Betretungsverbote und Wegw
Unser Ziel ist es, die von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder bestmöglich zu unterstützen.
Wir werden daher das bestehende Netz an Gewaltschutzeinrichtungen in Österreich finanziell
Prävention, Information und Vernetzung stehen ebenfalls im Vordergrund.
Für ein attraktives Bundesheer
Das Österreichische Bundesheer genießt durch seinen Einsatz zum Schutz der Bevölkerung hoh
Durch seine zahlreichen Friedenseinsätze ist es darüber hinaus zu einer rotweiß- roten Visitenk
Dieser Weg muss fortgesetzt werden –
auf entsprechende Entwicklungen auf europäischer Ebene soll professionell und kompetent rea
Für die Sicherheit Österreichs braucht es eine Weiterentwicklung des Bundesheeres, die auch d

Projekt 68:
Bauoffensive starten und zeitgemäße Unterkünfte schaffen
Im Zuge der Reform des Grundwehrdienstes ist die Verbesserung der Infrastruktur – Unterkün
Wir werden dieses Anliegen durch ein Konjunkturpaket „Infrastruktur“ in der Höhe von 100 Mi
Diese Mittel fließen unmittelbar in die regionale österreichische Bauwirtschaft.
Projekt 69:
Das Bundesheer für Frauen attraktiver machen
Durch ein attraktives Maßnahmenpaket,
das u.a. eine durchgängige Laufbahnplanung,
spezifische Verbesserung in der Ausbildung
und eine gezielte Förderung bei der Vergabe von Führungs- und Managementfunktionen beinh
werden wir den Anteil der Frauen im Österreichischen Bundesheer auf das europäische Durchs
Projekt 70:
Bildungs- und Ausbildungsoffensive für MitarbeiterInnen
Wir leben in einer Wissensgesellschaft
und das wichtigste Gut des österreichischen Bundesheeres ist das Wissen seiner MitarbeiterInn
Daher werden wir die Ausbildung im Bundesheer zukünftig so gestalten, dass alle MitarbeiterIr
Ein Lehrling soll einen Meisterabschluss und ein Maturant, eine Maturantin einen akademische
Eine aktive Außenpolitik
– eine hörbare Stimme in der Welt Österreich soll eine hörbare Stimme in der Welt haben:
Das erfordert eine aktive und weltoffene Außenpolitik.
Wir setzen uns für gute Beziehungen zu anderen Ländern der Welt ein,
um außenpolitischen und demokratiefeindlichen Bedrohungen für unser Land entgegenzuwirk
Mit der SPÖ wird es auch in Zukunft keine Beteiligung an Militärbündnissen und Kriegen
und keine Errichtung fremder Stützpunkte auf unserem Staatsgebiet geben.
Wir wollen, dass sich Österreich als neutrales Land aktiv für die Menschenrechte
, für Frieden,
soziale und wirtschaftliche Sicherheit
und Umweltschutz einsetzt.
Projekt 71:
Einsatz für globale Friedenssicherung Fortschritte in der militärischen Abrüstung
sowie die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen
stellen wesentliche Elemente der Friedenssicherung dar.
Wir setzen uns für strengere Regeln und höhere Transparenz bei europäischen Rüstungsexport
Wir machen uns stark für die aktive Unterstützung abrüstungspolitischer Initiativen wie den W
oder Initiativen zur Ächtung tödlicher Drohneneinsätze
und bekräftigen die Vision einer atomwaffenfreien Welt.
Wir unterstützen daher maßgeblich die Bestrebungen, im Nahen und Mittleren Osten eine ato
Projekt 72:
Österreich als verlässlicher Partner in der internationalen Politik
Die Welt befindet sich im Umbruch.
Damit dieser Umbruch ein Aufbruch zu mehr Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit wird, setz
dass das Völkerrecht und die Organisation der Vereinten Nationen ebenso gestärkt werden
wie die regionalen Friedensund Sicherheitsorganisationen.
Im Rahmen der EU treten wir für eine Stärkung der Beziehungen EU-USA 108
und für den Aufbau strategischer Partnerschaften zu anderen aufstrebenden Staaten, wie zum
Bereits bestehende strategische Partnerschaften wie mit Russland sollen weiter entwickelt wer
Österreich ist auf Grund seiner Neutralität bereits jetzt ein bedeutender Standort der UNO, der

Wir wollen, dass Österreich als Ort des internationalen Dialogs und Ausgleichs weiter ausgebau
Projekt 73:
Aktiv in die Arbeit der Vereinten Nationen einbringen Österreich wird sich aktiv in die Arbeit de
etwa im Bereich der Menschenrechte
oder dem besonderen Schutz von Frauen und Kindern in Konfliktregionen.
Die Beteiligung an friedenserhaltenden und friedenssichernden Maßnahmen der Vereinten Na
Von Konfliktverhütung über Evakuierungsoperationen bis hin zu humanitären Einsätzen leisten
Ein Schwerpunkt wird künftig mit der Stärkung der zivilen Auslandskapazitäten gesetzt werden
Wir wollen hierfür eine engere Kooperation unter den Ministerien und eine bessere Einbeziehu
Österreichs Beitrag zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU und zu Operationer
Chancengleichheit
Wir verstehen Chancengleichheit umfassend, wir wollen, dass alle – unabhängig von Geschlech
Eine so verstandene Chancengleichheit ermöglicht es dem Einzelnen, der Einzelnen, sich selbst
und fördert das Zugehörigkeitsgefühl zur Gemeinschaft.
Es dient aber auch der Gemeinschaft, wenn sich die Talente und Fähigkeiten aller optimal entfa
Gleiche Chancen in einem fairen und weltoffenen Bildungssystem
Wir verstehen Bildung als einen Schlüssel zu einem selbstbestimmten und freien Leben.
Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen in einem fairen, weltoffenen und q
Nach wie vor werden die Bildungschancen und der Bildungsverlauf der Kinder zu stark vom Ein
Unser Ziel ist ein respektvoller Umgang und die Schaffung eines positiven, motivations- und lei
Individualisierung des Unterrichts, Bildungsstandards auf internationalem Niveau und standard
Projekt 74:
Kinder früh fördern
Kinder lernen in den ersten Lebensjahren am leichtesten.
Wir wollen Krabbelstuben, Kinderkrippen und Kindergärten flächendeckend anbieten.
Sie sind die ersten wichtigen Bildungseinrichtungen.
Mit einem zweiten verpflichtenden Gratis-Kindergartenjahr ab dem vierten Lebensjahr des Kin
Qualifizierte KindergartenpädagogInnen spielen bei der Vermittlung von Sprach- und Sozialkom
Projekt 75:
Vorrang für Volksschulen In den Volksschulen lernen unsere Kinder Lesen, Schreiben und Rechn
Wir werden unseren Volksschulen mehr LehrerInnen zur Verfügung stellen, s
owie SchuldirektorInnen und LehrerInnen von Verwaltungstätigkeiten entlasten.
Projekt 76:
Ganztagsschulen für die optimale Förderung der SchülerInnen
Schule kann mehr, wenn Kinder den ganzen Tag gefördert werden und danach mit ihren Eltern
Unterricht, Sport, Musik, womöglich Nachhilfe:
All diese Aufgabenbereiche unter einen Hut zu bekommen, ist sowohl für viele Kinder, aber auc
Eine gemeinsame ganztägige Schule erleichtert diese Situation und verringert den Stress für al
Eine zeitgemäße Schule bietet abwechselnd Unterricht und Freizeit, mit motivierten und beste
Den Eltern wird wirkliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglicht, ohne sie zusätzlich fi
Wir werden daher in zumutbarer Entfernung vom Wohnort den Kindern und Jugendlichen ganz
Unterricht, Förderung, Musik, Tanz, Theater, tägliche Bewegung und Sport.
Ganztägige Schulen fördern die Kreativität und steigern die Leistung der SchülerInnen.
Die entscheidenden Kompetenzen müssen am Ende der Schulpflicht von allen Jugendlichen bel
Projekt 77:
Gemeinsame Schule der 10 bis 14-Jährigen Unsere Kinder sollen alle die gleiche Chance im Leb
Das kann am besten in einer gemeinsamen, ganztägigen Schule der 10 bis 14-Jährigen gewährl
Die Talente und Begabungen der Kinder sollen gefördert und nicht durch die frühe Trennung in

Kinder haben somit vier weitere Jahre, um ihre Fähigkeiten zu entwickeln und Talente zu entfa
Projekt 78:
Beste Schule – Beste LehrerInnen:
Potenziale entwickeln und Perspektiven eröffnen Schule kann mehr, wenn sie zusätzlich zur Wi
Bildungsstudien – ob PISA oder Co – sind in aller Munde:
Aber es darf nicht nur darum gehen, bei den Tests gut abzuschneiden.
Schule muss mehr leisten als nur Wissen zu vermitteln.
Schule hat auch die Aufgabe, eigenständige und selbstsichere Menschen auszubilden
und ihre sozialen Kompetenzen –
wie unter anderem auch den Umgang mit Fehlern – zu fördern.
Dazu benötigt es motivierte LehrerInnen, die von administrativen Tätigkeiten entlastet werden
So haben sie mehr Zeit für die pädagogische Arbeit und Teamarbeit.
Ebenso bedarf es einer besseren Kommunikation zwischen SchülerInnen, Eltern und LehrerInne
der Etablierung neuer Unterrichtstypen
und einer fundierten Berufsorientierung.
Projekt 79:
Schulen als attraktive Lebensräume gestalten
Kinder und Jugendliche verbringen viel Zeit in den Schulen.
Sie müssen daher altersgerecht ausgestattet sein.
Wir werden unsere Schulen für die neuen Herausforderungen wie freies, selbständiges und kre
Für unsere LehrerInnen müssen moderne Arbeitsplätze vorhanden sein.
Architektenwettbewerbe sollen bei der Um- und Neugestaltung des „Lebensraums Schule“ Anr
Projekt 80:
Direktwahl der SchülerInnenvertretung durch alle SchülerInnen
Um SchülerInnen Demokratie näher zu bringen, sollen sie künftig ihre Vertretung auch auf Lan
Eine von allen SchülerInnen direkt gewählte Vertretung hat mehr Gewicht und kann in der Öffe
Offener Zugang zu Hochschulbildung
Wir stehen für einen offenen Hochschulzugang
und die Erhöhung der AkademikerInnenquote
bei gleichzeitiger sozialer Besserstellung der Studierenden
und Verbesserung der Studienbedingungen auf internationales Niveau.
Jede und jeder muss die bestmöglichen Bildungs- und Ausbildungsangebote nutzen können,
jeder Art von sozialer Selektion muss entgegengewirkt werden.
Projekt 81:
Neue Studienplätze schaffen –
Hochschulzugang erleichtern
Die Gesellschaft muss jungen Menschen realistische Ausbildungsperspektiven bieten.
Studiengebühren sind keine Lösung.
Daher soll der Bedarf an zusätzlichen Kapazitäten ermittelt
und diese zielgerichtet ausgebaut werden.
Die Studieneingangs- und Orientierungsphasen sollen evaluiert, überarbeitet und vereinheitlich
Durch eine bessere Standardisierung der Bachelor- und Diplomstudien
wird die studentische Mobilität erleichtert, d.h. ein Standortwechsel und die gegenseitige Anre
Die Ablegung der Studienberechtigungsprüfung soll erleichtert werden,
damit wird eine zentrale Möglichkeit umgesetzt, den Zugang zu Hochschulen zu erleichtern.
Eine politische Lösung der Studienzugangsprobleme in bestimmten Studienrichtungen, insbeso

Projekt 82:

Soziale Absicherung der Studierenden gewährleisten Derzeit beginnen bereits mehr junge Men
Die Hochschulen sind darauf ebenso wenig vorbereitet wie die sozialen Sicherungssysteme.
Die Studienbeihilfe und die Familienbeihilfe sollen daher umfassend reformiert werden.
Die Familienbeihilfe für Studierende muss ins Studienbeihilfensystem überführt und direkt an d
Die Mittel für die Studienbeihilfe sollen aufgestockt werden,
zugleich muss die Studienbeihilfe selbst umfangreich reformiert werden.
Die Altersgrenzen bei der Studienbeihilfe sollen überarbeitet und der Zugang zu Stipendien bei
Es muss eine Bedarfserhebung für neue Studierendenheime durchgeführt
und die Förderung für die Heime wieder eingeführt werden.
Projekt 83:
Forschungskarrieren von Frauen fördern
Während die Anzahl von Studienabsolventinnen immer mehr ansteigt
und 2012 mehr Frauen als Männer ein Universitätsstudium abgeschlossen haben,
besteht Ungleichheit bei der Besetzung akademischer Spitzenpositionen.
Daher ist es notwendig, allgemeine Grundsätze und Leitlinien für Berufungen von Universitätsl
Projekt 84:
Fachhochschulsektor ausbauen
Der Fachhochschulsektor soll,
insbesondere mit dem Schwerpunkt auf berufsbegleitende Angebote, weiter ausgebaut werde
Dazu sind eine österreichische Bedarfserhebung
sowie die Erstellung eines mittelfristigen Ausbauplans notwendig.
Auch die Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen müssen von der Erhöhung des Wis
Projekt 85:
Mitbestimmung an den Hochschulen verbessern
Die Mitbestimmung des wissenschaftlichen Personals und der Studierenden an den Hochschule
also aufgeteilt zwischen ProfessorInnen, AssistentInnen und Studierenden mit jeweils einem Dr
ausgebaut werden.
Eine Strukturreform an den Fakultäten und Instituten wird dazu führen
, dass die Mitbestimmungsmöglichkeiten der wissenschaftlichen UniversitätslehrerInnen im Ra
Darunter wird die demokratische Einbeziehung sämtlicher Hochschulpartner, im speziellen der
Die SPÖ tritt für eine Wiedereinführung der Direktwahl der ÖH-Bundesvertretung ein.
Digitalisierung für mehr Chancengleichheit nutzen
Die digitale Welt schafft Möglichkeiten, den Alltag, die Arbeitswelt, das Zusammenleben unkon
Nie war es einfacher als heute, Menschen und ihr Wissen in Form von Texten, Bildern oder Tön
Wir setzen uns dafür ein, dass alle von diesem Fortschritt profitieren können
und keine neuen Barrieren entstehen.
So sollen alle an der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts partizipieren können.
Projekt 86: Internet-Infrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge und Chancengleichheit
Der Zugang zum Internet ist in der digitalen Gesellschaft wichtig,
um am politischen,

wirtschaftlichen, sozialen
oder kulturellen Leben teilzunehmen.
Daher ist die Versorgung mit Breitbandinternet in allen Regionen Österreichs ähnlich unverzich
wie der Anschluss ans Stromnetz.
Wir wollen den öffentlichen Versorgungsauftrag dahingehend umfassend neu formulieren.
Wir werden in Zusammenarbeit mit den Betreibern gezielte Maßnahmen setzen,
um bis 2020 allen ÖsterreicherInnen flächendeckenden Zugang zu Breitband- Hochleistungsint

Die Finanzierung soll aus Teilen der Versteigerungserlöse der Digitalen Dividende erfolgen.
Chancengleichheit in der digitalen Wissensgesellschaft bedeutet aber neben infrastruktureller
vor allem auch die Beseitigung von sozialen und ökonomischen Zugangshürden und
die Stärkung der Medienkompetenz.
Wir treten für die Förderung und Unterstützung des uneingeschränkten Zugangs der älteren Ge
Projekt 87: Digitalisierung nutzen und das freie Internet als demokratisches Bürgerrecht
Die Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten für eine demokratische Wissensgesellschaft.
Wesentliche Grundpfeiler dafür sind die Garantie der Netzfreiheit
und Netzneutralität.
Letztere zu garantieren heißt, Zugangsanbietern die Diskriminierungen bestimmter Dateninhal
Wir treten dafür ein, dass demokratische Grundfreiheiten
– beispielsweise das Verbot von Vorzensur,
Rede-
und Versammlungsfreiheit
oder die Wahrung des Briefgeheimnisses –,
die außerhalb des Internets als selbstverständlich gelten,
auch im Internet gelten.
Sperrungen von Internetseiten und des Internetzugangs ohne richterliche Kontrolle sind ebens
wie die Drosselung der Internetgeschwindigkeit als Strafmaßnahme
und Online-Durchsuchungen ohne richterlichen Auftrag.
Projekt 88: Internet mit dem Urheberrecht versöhnen –
neue Rahmenbedingungen schaffen
Das Internet ist zum täglichen Werkzeug für Kommunikation, Austausch, Information oder Unt
Die neuen vielfältigen kreativen Ausdrucksformen wollen wir SozialdemokratInnen ermöglicher
und gleichzeitig eine faire Vergütung für Kulturschaffende bzw. UrheberInnen sicherstellen.
Wir wollen einen gerechten Ausgleich der Interessen der UrheberInnen, VerwerterInnen und N
und die fließenden Grenzen dabei im Blick haben.
Eine wesentliche Bedeutung hat dabei die Etablierung eines starken Urhebervertragsrechts
und die zeitgemäße und flexiblere Ausgestaltung der Privatkopie für die nicht-kommerzielle We
Moderne Geschlechterpolitik und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie
Nach wie vor wird es Frauen und Männern schwer gemacht, Beruf und Familie zu verbinden.
Wesentliche Voraussetzungen für eine gute Vereinbarkeit sind ausreichend Betreuungsplätze,
das Aufbrechen von traditionellen Rollenbildern und Maßnahmen zu mehr Väterbeteiligung.
Darüber hinaus braucht es auch ein Umdenken in den Unternehmen,
beispielsweise hin zu flexibleren Anwesenheitszeiten,
damit sich niemand mehr zwischen Kind und Karriere entscheiden muss.
Projekt 89: Bessere Chancen für Frauen in der Arbeitswelt
Ein Teil der Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern rührt daher, dass Frauen
Viele Frauen sind in Sozial- und Dienstleistungsberufen beschäftigt,
welche noch immer schlechter entlohnt sind als beispielsweise technische Berufe.
Hier braucht es eine Neubewertung dieser Arbeitsfelder.
Wir brauchen mehr Vollzeitarbeitsplätze für Frauen
und einen Rechtsanspruch auf Umstieg von Teilzeit- auf Vollzeitarbeit bei freiwerdender Stelle.
Zusätzlich müssen für Teilzeitkräfte die Lohn- und Gehaltssituation –
zum Beispiel durch Verbesserungen beim Teilzeitzuschlag –
und die Aufstiegschancen verbessert werden.
Führungspositionen und temporäre Teilzeit dürfen kein Widerspruch sein.
Frauen und Männer sollen keine Nachteile bei der Einkommens-

und Karriereentwicklung
aufgrund der Inanspruchnahme von Karenz,
Elternteilzeit,
Pflegefreistellung
oder Familienhospizkarenz haben.
Projekt 90: Rollenklischees bei der Berufswahl durchbrechen
Die meisten jungen Frauen und Mädchen leben ihr Leben heutzutage frei und ohne Rollenzwär
Formal stehen ihnen alle Wege offen.
Bei der Berufswahl werden jedoch noch immer zu oft traditionelle Wege beschritten.
Wir werden auch in Zukunft mit gezielten Projekten dafür Sorge tragen,
dass Mädchen in Berufsfelder einsteigen, in denen bisher noch wenige Frauen vertreten sind.
Umgekehrt werden wir mehr Männer dazu ermutigen, in sozialen und pädagogischen Berufen
Auch dort gilt es Rollenklischees zu durchbrechen.
Von Chancengleichheit und Rollenvielfalt profitiert die gesamte Gesellschaft.
Projekt 91: In Ausbau und Qualität der Kinderbetreuung investieren
In den vergangenen Jahren ist es gelungen, die Kinderbetreuungseinrichtungen in ganz Österre
Unser Ziel ist es, diesen Ausbau in höchster Qualität in ganz Österreich noch rascher voranzutre
Schließlich ist ein optimaler Betreuungs-, Spiel- und Bildungsort nicht nur gut für die Entwicklur
auch für die Eltern wird es dadurch möglich, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.
Wir werden daher weiter in den Ausbau der Kinderbetreuung investieren
und mit den Ländern an gemeinsamen Standards arbeiten
, um die Qualität zu erhöhen, d
ie Schließtage zu reduzieren
und, falls erforderlich, die Öffnungszeiten auszudehnen.
Darüber hinaus soll es auch einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz bereits ab dem 1.
Projekt 92: Mehr Väter in Karenz
Zwei Drittel aller Väter wollen in Karenz gehen,
aber nur wenige – derzeit etwa fünf Prozent - entscheiden sich tatsächlich dafür, eine Zeit lang
Zumeist befürchten Männer berufliche Nachteile im Einkommen oder im Karriereweg.
Oft werden Väter auch schief angeschaut, wenn sie sich für eine moderne und faire Aufgabente
Wir wollen Männer dabei unterstützen, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen,
denn davon profitieren alle – Kinder,
Eltern
aber auch die Unternehmen, deren Mitarbeiter nach der Karenz mit vielen zusätzlichen soziale
Durch den Papamonat auch in der Privatwirtschaft, Informationskampagnen und intensive Bera
sollen Väter dazu motiviert werden, häufiger in Karenz zu gehen.
Projekt 93: Bezahlter Papamonat für alle Väter
Die Geburt eines Kindes ist etwas ganz Besonderes – für beide Elternteile.
Väter, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, haben bereits seit 2011 das Recht, die ersten
In der Privatwirtschaft gibt es diesen Anspruch noch nicht.
Wir fordern deshalb einen „Papamonat für alle Väter“:
Väter sollen das Recht erhalten, die ersten vier Wochen nach der Geburt eines Kindes frei zu ne
und mit ihrem Kind gemeinsam zu erleben.
Für ein Zusammenleben mit Respekt
Wir wollen die Integration von legal bei uns lebenden Zuwanderern weiter verbessern
und die Teilhabemöglichkeiten aller an der Gesellschaft fördern.
Daher treten wir Diskriminierung in jeder Form entschieden entgegen.
Die SPÖ steht für ein von gegenseitigem Respekt geprägtes Zusammenleben,

wobei die Anerkennung der universellen Werte
und unserer Rechtsordnung außer Frage steht.
Wir bekennen uns zu einer gemeinsamen Integrationsarbeit,
in der Feindbilder keinen Platz haben.
Projekt 94: Mehrsprachigkeit als Bereicherung ansehen
Zu einer gelungenen Integration gehört Deutsch als gemeinsame Sprache für alle
und dass jedes Kind bereits im Kindergarten auch im Erlernen der deutschen Sprache gefördert
damit der Schuleintritt gut gelingt.
Mehrsprachigkeit soll als Bereicherung angesehen werden.
Wir wollen erreichen, dass sich Zuwanderer in unsere Demokratie einbringen
und Verantwortung für die Gestaltung des gemeinsamen Lebensumfeldes übernehmen könner
Projekt 95: Zuwanderung mit Verantwortung gestalten
Wir wollen Neuzuwanderung zu fairen und transparenten Bedingungen in dem Ausmaß ermög
welches im Interesse der bereits in Österreich lebenden Menschen ist.
Das bedeutet jedenfalls die strikte Vermeidung von Lohn-
und Sozialdumping,
genauso aber auch die Sicherstellung von Aus- und Weiterbildung,
gleichen Aufstiegschancen,
humanen Arbeitsbedingungen
sowie sozialer Sicherheit
unabhängig von der Herkunft.
Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Zertifikaten soll sachgerecht er
und verbessert werden.
Projekt 96: Asylverfahren weiter beschleunigen
Asyl ist gemäß der Genfer Konvention ein Menschenrecht
und vom Fragenkomplex der Zuwanderung zu unterscheiden.
Wir wollen die Asylverfahren weiter beschleunigen;
dies liegt sowohl im Interesse der letztlich anerkannten Asylwerber,
wie auch jener, die keine ausreichenden Asylgründe vorweisen können.
Ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen
Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben in W
Es soll ihnen die volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden.
Sie dürfen weder schulisch, beruflich, noch sozial ausgegrenzt und benachteiligt werden.
Ihre diesbezüglichen Rechte müssen wir stärken.
Das Ziel ist die inklusive Gesellschaft,
in der behinderte und andere benachteiligte Menschen in alle Bereiche des gesellschaftlichen L
und an allen Aktivitäten der Gesellschaft teilhaben können.
Projekt 97: Selbständigkeit unterstützen
Ein wichtiger Schritt in Richtung Eigenständigkeit ist frei verfügbares Einkommen.
Wir fordern deshalb mehr Beschäftigungsprojekte,
zusätzliche Maßnahmen zum Arbeitsplatzeinstieg
und zur Sicherung des Arbeitsplatzes für Menschen mit Behinderungen.
Darüber hinaus soll der Staat die Selbständigkeit nach Kräften unterstützen:
Wir wollen deshalb die Ausdehnung der Assistenz am Arbeitsplatz auf alle Lebensbereiche.
Projekt 98: Ausbau der Barrierefreiheit
Eine weitere Bedingung für echte Eigenständigkeit ist die Barrierefreiheit:
Nur wer sich im Alltag ungehindert bewegen kann, nimmt auch ungehindert am öffentlichen Le
Wir brauchen daher einen Ausbau der Barrierefreiheit:

Öffentliche Gebäude sollen barrierefrei saniert,
barrierefreies Bauen soll verpflichtender Teil von Ausbildungen in den Bereichen Architektur
und Bauingenieurwesen werden.
Auch das Ansuchen um finanzielle Unterstützung darf nicht zum Hürdenlauf werden:
Das Sozialministerium soll die zentrale Anlaufstelle der Hilfsmittelversorgung für Menschen mit
Österreich spielt eine Vorreiterrolle,
auch was die internationalen Rechte von Menschen mit Behinderungen,
etwa in der Entwicklungszusammenarbeit, betrifft.
Bewegung und Sport als lebenslange Begleiter
Sport verbindet,
Sport integriert,
Sport bildet
und bringt viele Menschen zusammen.
Bewegung und Sport sind wichtige Querschnittsmaterien in unserer Gesellschaft
und haben eine hohe Bedeutung für die Erhaltung und Förderung der Gesundheit.
Projekt 99: Tägliche Turnstunde –
die positiven Effekte von mehr Bewegung nutzen
Die positiven Effekte von mehr Bewegung sollen stärker als bisher genutzt werden.
Für bisher benachteiligte Bevölkerungsgruppen soll es spezifische Angebote von Sportvereinen
An den Schulstandorten soll der organisierte Sport verstärkt in den Schulsport eingebunden we
Die Verbesserung der Zusammenarbeit,
besonders durch Bereitstellung zusätzlicher Mittel für Vereins-
und Schulkooperationen,
und die notwendige Ausbildung der ÜbungsleiterInnen
ist ein zentrales Ziel für die kommenden Jahre.
Durch eine tägliche Turnstunde im Kindergarten und in der Schule
werden wir die Gesundheit der Kinder fördern
und einen aktiven Kampf gegen Bewegungsarmut führen.
Auch am Arbeitsplatz soll es durch die Schaffung von Anreizen zu mehr Bewegungsangeboten k
100:Bessere Rahmenbedingungen für den Leistungssport
Österreichs Sport verliert viele Talente am Übergang vom Nachwuchssport zum Spitzensport, v
Um langfristig Talente im Sport halten zu können,
braucht es eine bessere soziale Absicherung,
begleitende Berufsausbildungsangebote
und Hilfestellungen am Übergang von der aktiven Karriere in ein späteres Berufsleben.
Darüber hinaus müssen auch das „Berufsbild Trainer/Trainerin“ weiterentwickelt
und Modelle zur Laufbahnplanung geschaffen werden.
Die Planung, der Bau und der Betrieb von Sportstätten, die für den Leistungs- und Spitzensport
müssen gemeinsam mit den Bundesländern österreichweit besser koordiniert werden.
Kultur für alle
Die Freiheit der Kunst,
die Wertschätzung der Künstlerinnen und Künstler,
die Verbesserung der sozialen Lage,
kulturelle Vielfalt,
Kulturvermittlung
und öffentliche Finanzierung sind die Grundpfeiler sozialdemokratischer Kunst- und Kulturpolit
Innovative Formen der künstlerischen Äußerung
gerade auch in ihren interdisziplinären und internationalen Ausprägungen sind uns dabei ein b

Projekt 101:Klares Bekenntnis zur Verantwortung des Staates in der Kulturfinanzierung
Der Staat muss weiterhin ein verlässlicher Partner der Kulturschaffenden und Kulturinstitutione
Gesetzlich wertgesicherte Basisabgeltungen und Investitionsprogramme für Bundeskulturinstit
unterstreichen die Verantwortung des Staates in diesem Bereich.
Maßnahmen werden auch bei der Digitalisierung gesetzt:
In Museen, Bibliotheken und zahlreichen Archiven schlummern historische Wissens- und Kultu
Wir werden einen Sonderfonds etablieren, der Digitalisierungsvorhaben im öffentlichen Interes
und damit einen zeitgemäßen Zugang zu öffentlich geförderten Inhalten schaffen.
Kunst und Kultur sollen auch auf europäischer Ebene stärker verankert 108
und zusätzliche Finanzierungsquellen erschlossen werden.
Projekt 102:Fokus auf zeitgenössische Kunst – Förderinstrumente stärken
und Einkommen sichern
Im Bereich der zeitgenössischen Kunst braucht es eine Stärkung der Förderinstrumente.
Regionale Kulturinitiativen werden durch mehrjährige Förderverträge
und regelmäßige Valorisierungen unterstützt,
Geschlechtergerechtigkeit bei Kultureinrichtungen durch Adaptierungen bei den Förderrichtlini
Zur Unterstützung des erfolgreichen österreichischen Films soll die Finanzierung des Österreich
die innovative Filmförderung erhöht,
Programmkinos und Filmfestivals gestärkt
und die Verbreitung unterstützt werden.
Auch in anderen Kunstsparten stehen wir für einen Ausbau der Förderschienen für zeitgenössis
Die Einkommen von Künstlerinnen und Künstlern sollen durch gerechte und faire Vergütung kr
Mindeststandards der Entlohnung
und Anpassungen bei den sozialen Sicherungssystemen gewährleistet werden.
Projekt 103:Kunst- und Kulturvermittlung ausbauen
Kunst und Kultur soll allen Menschen unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und sozialen Stel
Dazu braucht es viele Initiativen, die Barrieren und Hürden beim Zugang zu Kunst und Kultur ab
Wesentlicher Bestandteil muss eine Fortsetzung und Intensivierung der Vermittlungsinitiativen
insbesondere des Freien Eintritts bis 19 Jahre sein.
Darüber hinaus setzen wir uns für eine Stärkung der Kooperationen und Verschränkungen von
z.B. durch Kulturpartnerschaften im Rahmen der ganztägigen gemeinsamen Schule mit Theater
Auch das öffentliche Büchereiwesen und die Literaturhäuser sollen gestärkt werden.
Projekt 104:Ein modernes Bibliotheksnetz für den Zugang zu Bildung, Kultur und Information
Öffentliche Büchereien sind Zentren für Bildung, Kultur, Information sowie soziale Integration.
Sie leisten als Orte des freien Zugangs zu Wissen und Information einen wesentlichen Beitrag z
Mit dem Ausbau eines modernen, flächendeckenden Bibliotheksnetzes
werden wir die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Kultur sicherstellen.
Die Rahmenbedingungen dafür sind in einem Österreichischen Bibliotheksplan festzuschreiben
der die Verbesserung der regionalen Versorgung mit Büchereien
und die Sicherung der Qualität im Bibliothekswesen zum Ziel hat.
Einzubeziehen sind auch die Möglichkeiten der E-Medien:
Durch die Schaffung einer „Österreichischen E-Book-Bibliothek“
soll via Büchereien der Zugang zu E-Books erleichtert werden.
Dazu brauchen Bibliotheken auch die Möglichkeit, E-Books wie normale Bücher zu erwerben u
Darüber hinaus müssen Öffentliche Bibliotheken stärker als integraler Bestandteil des Bildungs
Zugang zu Wissen und Information durch eine innovative Medienpolitik
Der Zugang zu Wissen und Information durch eine innovative Medienpolitik im Print-, TV und C
Die Unabhängigkeit und Vielfältigkeit der österreichischen Medien ist dabei ein wesentlicher Be

Diese Werte gilt es auch im Zuge des nunmehr stattfindenden grundlegenden Wandels der Me
Dafür sind Maßnahmen wie die Reform der Presseförderung zum Erhalt der Vielfalt der österre
Der Medienstandort Österreich soll auf Basis des dualen Mediensystems, bestehend aus einem
Projekt 105:Qualitativen Journalismus fördern
Wir treten für eine Änderung der Presseförderung ein, die sich an Vielfalt und Qualitätskriterie
Dabei ist Journalismusförderung von besonderer Bedeutung.
Diese Förderung soll sich unter anderem an der Qualität der journalistischen Arbeitsbedingung
Für die MedienkonsumentInnen soll durch diese Förderung inhaltliche Vielfalt gesichert werde
die sowohl das Interesse an objektiver Information befriedigt,
als auch die Basis für demokratische Teilhabe bildet. 111
Projekt 106: Die private Rundfunklandschaft in Österreich sichern
Das duale Rundfunksystem in Österreich soll in seiner wirtschaftlichen Existenz abgesichert we
Den wirtschaftlichen Veränderungen in der Medienbranche,
verursacht durch die digitale Substitution sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise und dem dam
Daher soll die Medienförderung privater kommerzieller und nicht kommerzieller Rundfunkunte
Projekt 107:Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Der öffentlich-rechtliche Rundfunk soll weiterhin in der Lage sein, ein umfassendes Informatior
Dafür ist es notwendig, den öffentlichrechtlichen Auftrag an die europäischen Vorgaben anzup
und neue öffentlich-rechtliche Inhalte im Gesetz zu verankern
sowie Online-Beschränkungen aufzuheben.
Um die Qualität des Programmes des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu gewährleisten,
ist es erforderlich, das Programmentgelt so neu zu ordnen,dass eine langfristige Planbarkeit ur
Dies stellt die Basis dar, dass die MitarbeiterInnen des ORF auch künftig Arbeitsbedingungen v
und österreichische Produktionen im gleichen Ausmaß wie bisher finanzierbar sind.
Eine Reform der Kontrollgremien unter Berücksichtigung internationaler Vorbilder
und der generellen Regelungen des Gesellschaftsrechtes
soll die Effektivität der Aufsicht erhöhen
und damit die Unabhängigkeit des ORF auch für die Zukunft sichern.
Lebensqualität und Chancengleichheit im ländlichen Raum
Der ländliche Raum zeichnet sich durch hohe Lebensqualität aus
und stellt einen wesentlichen Erholungsraum für die österreichische Bevölkerung dar.
Wir stellen die konkreten Lebensbedingungen der Menschen im ländlichen Raum,
ihre Arbeitsplätze
und ihren Zugang zu Bildung
und Infrastruktur in den Mittelpunkt.
Ziel ist es, Chancengleichheit wie in den urbanen Regionen zu gewährleisten,
Zukunftsperspektiven zu sichern
und die Gemeinden beim Erfüllen ihrer Aufgaben zu stärken.
Projekt 108:Nationale Strategie für den ländlichen Raum erarbeiten
Die Rahmenbedingungen in den unterschiedlichen Regionen und Gemeinden Österreichs sind v
Wir brauchen daher eine nationale Strategie für den ländlichen Raum, die alle Lebensbereiche
Schaffung von Zukunftsperspektiven für die Bevölkerung,
Erhalt und Ausbau der Infrastruktur,
Schaffung von Ausbildungs-
und Arbeitsmöglichkeiten,
faire Einkommen für landwirtschaftliche Betriebe,
kulturelle Angebote
und ein lebendiges Vereinsleben.

Die Daseinsvorsorge soll in strukturstarken und strukturschwachen Regionen gleichermaßen w
Dieses vielschichtige Programm zielt auf hohe Lebensqualität,
Chancengleichheit
und vielfältige Möglichkeiten zur Lebensgestaltung.
Durch lebenswerte Rahmenbedingungen für die am Land lebende Bevölkerung soll der Landflu
Projekt 109:Einen Schwerpunkt auf den Arbeitsmarkt setzen
Eine wichtige Voraussetzung, dass die BewohnerInnen des ländlichen Raums ein gutes Leben f
vor allem für junge Menschen.
Dem bestehenden Lohn-/Gehaltsgefälle zwischen Stadt und Land müssen wir entgegenwirken.
Für mehr berufliche Perspektiven sollen soziale Dienstleistungen,
unter anderem durch Ausschöpfung der EU-Fördermittel für den ländlichen Raum, ausgebaut,
und der Tourismus entwickelt werden.
Im ländlichen Raum sind die Wirtschaftsstrukturen geprägt von Klein- und Mittelbetrieben –
dort wollen wir auch mit einer gezielten Förderstrategie ansetzen, die die zur Verfügung stehe
Das beginnt bei Maßnahmen wie dem Breitbandausbau
und reicht bis zur Entwicklung von Konzepten zur Sicherung der Gewerbenachfolge.
Projekt 110:Gerechte Verteilung der Agrarförderungen
Im Rahmen von EU-Förderungen steht Österreich ein breites Spektrum an Finanzierungsmögli
Wichtig ist uns, dass die Finanzmittel für den ländlichen Raum allen Menschen, die in ländliche
Dafür ist auch ein Umdenken bei der Vergabe von Förderungen notwendig.
Wir wollen eine gerechtere Verteilung der Agrarförderungen mit klaren Obergrenzen auf Basis
Das bedeutet, dass Arbeit das entscheidende Förderkriterium sein muss
und nicht etwa die Größe der bewirtschafteten Fläche
oder die Viehstückzahl,
was besonders kleinere und mittlere Landwirtschaftsbetriebe, Bio-Bauernbetriebe und Bergbau
Bei den Förderzielen brauchen wir einen starken Fokus auf Innovation.
Projekt 111:Stärkung der Gemeinden und Zusammenarbeit der Kommunen
Die Gemeinden sind im ländlichen Raum als Verwaltungs- und Organisationseinheiten nicht we
Wichtig ist daher die Ausstattung mit ausreichend Ressourcen, damit die Gemeinden ihrem Arb
Die Zusammenarbeit von Kommunen soll gefördert werden,
um zu einer Effizienzsteigerung und auch zur Verbesserung der Versorgung beizutragen.
Durch einheitliche und klare Regelungen soll sichergestellt werden, dass bei der Finanzierung k

ahren zum zweitreichsten Land der EU aufgestiegen.

eitnehmerInnen

stalten.

slich.

dessen Grundzüge bereits im Juni 2013 beschlossen werden konnten,

den.

ind Beschäftigungsimpulse dringend notwendig.
chaftliche Position verteidigen kann.

chnitt

nd Industrie beigetragen.

·en

frastrukturen (Verkehr, Energie, Telekommunikation, Wasserversorgung, Gesundheits- und Bild
:h.

infrastruktur investiert
eren und leistbaren Bahninfrastruktur fortgesetzt werden.
le Euro investiert werden.
erträgliche Investitionen sichergestellt werden.
im mobilen Breitband soll die Leistungsfähigkeit der Technologieinfrastruktur weiter erhöhen.

logischen Fortschritt.
Umsetzungskompetenz.

ı.
:ive Rolle ein.
und Kommunikation eng verwoben,

nslösungen.

ng betragen derzeit rund 500 Millionen Euro jährlich.

e stehen
wichtig sind.
:andort und somit die Basis für nachhaltige Arbeitsplätze in Österreich.
Biotechnologie und spezialisierte Konsumgüterbereiche.
ie, Gesundheit, Telekommunikation, Informationstechnologien), für die der österreichische Mar

ıterstützen
ung ihrer Infrastrukturen haben.

men bieten.
reifen und insbesondere junge Frauen zu einem Einstieg in Forschung,

:e in technischen Zukunftsberufen zur Verfügung stehen
n.

rungen nicht zur Verfügung.
ge erforderlich.
ernehmensbeteiligungen langfristig gehalten

:ernehmen aller Größenordnungen zu verkraften, bis hin zu Großinsolvenzen wie die der Alpine
t werden,
›rogrammes zu retten.

ır betriebliche Investitionen vor allem von Klein- und Mittelbetrieben zur Verfügung gestellt wer

versorgt werden.
unbürokratische BürgerInnenbeteiligung bei Unternehmen mit umfangreichem Schutz für die A

strument für die Realwirtschaft hingeführt werden.

sst in Summe schon 370.000 Menschen, die eine starke Interessensvertretung benötigen.
ı Wirtschaft.

um finanzielle Engpässe bei den Betroffenen zu vermeiden.

ahren, soll einen sicheren Start für GründerInnen schaffen.

ukturelle Unterstützung abgegangen werden, um den Zugang zu räumlicher Infrastruktur und I

ıabhängig von Einkommen, Herkunft und Bildung der Eltern.
en Wohlstand

nd der Komplexität unserer Zeit umzugehen.

stärkt in den Bildungsbereich investieren.

spersonen für Kinder und Jugendliche sind für ein erfolgreiches Bildungssystem die Voraussetzu

en- Quote ist es notwendig, die Betreuungsverhältnisse an den Universitäten sowie die Ausstatt
ldung an den Universitäten verbessert als auch Österreich als Forschungsstandort gestärkt wird
lan zu erstellen.
tere berufliche Tätigkeit und die damit verbundene Wertschöpfung in Österreich erbringen.
tätslehrerInnen (Postdocs) an öffentlichen Universitäten
ıfsgruppe ein.

ıoten – dafür hat die SPÖ mit der „Ausbildungsgarantie“ gesorgt.
und Berufsleben unterstützt.
:.
s Jugendliche bereits im letzten Pflichtschuljahr begleitet.
e weiterführende Bildungseinrichtung besuchen müssen.
entsprechenden Bildungsangebote auf ihrem Weg unterstützen.

und die duale Ausbildung – europaweit Vorbildwirkung.

ırlinge gute Leistungen zeigen.

ist ein gebührenfreier Zugang zum Nachholen von Basisbildung und zum Wiedereinstieg in das
en von grundlegenden Bildungsabschlüssen beseitigt worden.

st zu gewährleisten.
fördert werden.
ft Entwicklungschancen für junge Menschen

uch der Lehrlinge auf Freistellung für die Prüfungsvorbereitung unter Fortzahlung des Entgelts
gungsprüfung weiterentwickelt werden.
HS-Matura soll die gesetzliche Basis für akkreditierte postsekundäre Lehrgänge an Erwachsener

, sich in dieser neuen Arbeitswelt zu behaupten, sich in jeder Lebensphase weiterzubilden und ı

eiterbildung im Ausmaß von mindestens einer Woche Normalarbeitszeit pro Jahr unter Fortzahl
Gesundheit, Pflege, Soziales oder in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik.
Betreuungsangebote (Kinder, Angehörige) notwendig.
gebaut, berufsbegleitende Masterstudien an jeder öffentlichen Universität implementiert werd
zes verstärkt werden.
ndesinstitut für Erwachsenenbildung soll eine gesetzliche Basis geschaffen werden.
zu können, werden wir eine Qualifizierungsoffensive für Lehrende in der Erwachsenenbildung e
Bildungsberatungsnetzwerke flächendeckend ausgebaut
ngesetzt werden.

eise hart getroffen haben, sind Wachstum und Beschäftigung die Grundlagen.
rsachten Krise auf die Schultern von ArbeitnehmerInnen, SteuerzahlerInnen und öffentlichen D

g, Forschung, Infrastruktur und Kreativwirtschaft.
ffen 108
igung vereinbart werden.

n.
ne einsetzen.

erreichs in der Europäischen Union. 108

er indirekt ab.

hen Herausforderungen gemeinsam begegnen zu können. 108

kunft gelten. 108

ersorgung. 110

108

unter Wahrung der Autonomie der Sozialpartner in den einzelnen EU-Ländern. 108
Beschäftigung oder eine Ausbildungsstelle erhält.
er Staatsschulden. 108

sen, bröckelt der gesellschaftliche Zusammenhalt.
nander verbunden.

rige Realität.

ftigung zu erreichen.
edingungen am Arbeitsmarkt zurechtzukommen und Arbeitsplätze zu vermitteln, von denen M

eitslosigkeit besonders betroffen sind – wie Ältere, gesundheitlich Beeinträchtigte, Menschen n
istenzgrundlage dar

rInnen oft viel zu wenig.
ein.
lohns von 1.500 Euro brutto im Monat.
mmensobergrenzen für Vorstände und Geschäftsführung vertretbare Einkommensrelationen zu
nen.
erden.

h Konstruktionen, um Menschen, die eine Beschäftigung brauchen, in prekäre Beschäftigungsv
BerufseinsteigerInnen – zur verbreiteten Realität.

ndsklagen für die gesetzlichen und freiwilligen ArbeitnehmerInnen-Interessensvertretungen ab
nnen.

sen Wechsel in ein neues Unternehmen.

und Begrenzungen bei der Rückforderung von Ausbildungskosten.
nfalls begrenzt werden.

rbeiterInnen und Angestellten – eine Unterteilung, die in vielen Bereichen nicht nachvollziehba

schutz, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und Arbeitszeit-Höchstgrenzen einbezogen werden
kheitsfall durch einen neuen Entgeltfortzahlungsfonds abgesichert sein.

soll die Chancen von Frauen erhöhen.
räten auch in der Privatwirtschaft.
förderung an verpflichtende Frauenförderpläne.

en Arbeitsplatz kommt, merkt schnell:

auer von maximal sechs Monaten durch flexible Beschäftigungsmodelle langsam wieder der vol

elang einen Job

ıen ihre Arbeitszeitsituation zu evaluieren.

sollen dafür zahlen.

e 25 Jahre im selben Unternehmen tätig waren.

ıisten in Österreich einführen,

ˈsatz gesenkt

ngleichmäßiger Besteuerung.

Bemessungsgrundlage arbeitsintensive Betriebe steuerlich entlastet werden.

e seit Jahrzehnten offenbarte sich die zerstörerische Wirkung der deregulierten Finanzmärkte.
ı zur Regulierung der Finanzmärkte gesetzt. 108

; leisten, jedenfalls auch die Millionäre und die Superreichen.
bung ihrer Verantwortung für die Gesellschaft entziehen.
verden,

ı werden.

euersätzen setzen.

der Krise leisten, die sie verursacht haben.

ındards für den Finanzsektor setzt. 108

e große Schritt, um in Zukunft zu verhindern, dass Bankenpleiten von der öffentlichen Hand auf

nsektor und nicht die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Kosten der Finanzkrise mitzahlen.
mehr mit Steuergeld gerettet werden müssen. 108
g erhalten.

Finanzkrise beteiligt waren, stärker reguliert werden.

Verantwortung gezogen werden können.

tiz einmal mehr gelitten.

r herzustellen.

ingerichtet werden.

berechtigten

estellt werden,

Verfahrenseinstellung.

sminister für Justiz auf einen unabhängigen, vom Parlament mit Zweidrittelmehrheit gewählter
erzeit die Bundesminister.

ptionsstrafrecht, ein neues Parteienfinanzierungsgesetz,

geschaffen haben.
entwickeln.

ffenen den Weg vor Gericht scheuen.
etbaren wirtschaftlichen Mitteln abgehandelt werden können.
ruppen-, Sammel- und Musterklagen möglich sind.
dadurch personelle Ressourcen optimal eingesetzt werden können.

Zusammenlebens entwickelt.

ren im Familienrecht kommen.
are möglich sein

verb des Anderen streichen.
deutlich verbessern.

setzen.
om Staat vorgestreckte Unterhalt auch zurückgezahlt werden kann.
eit der Unterhaltspflichtigen geklärt werden kann.
keln.

nspruch auf Unterhalt bis zum Ende einer Berufsausbildung haben.

Zugang zu sauberem Wasser und zu medizinischer Versorgung.

t zur Verfügung zu stellen, um einen wirksamen Beitrag zu Gerechtigkeit, Sicherheit und Nachha
rInnen weltweit zu stärken.

ein.
die Innere und Äußere Sicherheit hinausgeht.
usreichendem Maße und erschwinglich zur Verfügung stehen

nen Interesse zuverlässig, frei und für alle Menschen verfügbar sind.
wie der öffentliche Verkehr.
icherung der Lebensqualität in Österreich.

Gesundheitswesen, Gas-, Wasser-, Elektrizitätsversorgung oder beispielsweise Müllabfuhr oder
tem Zugang, steigenden Preisen, zu Sozialund Lohndumping und zum Verlust von Arbeitsplätzen
werden, welche es öffentlichen Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge ermöglichen, we

en eine klare Absage.
sitz befinden.

gen die Atomenergie sind die zentralen Herausforderungen nachhaltiger Umweltpolitik.
ng von Energie und Ressourcen und den möglichst raschen Umstieg auf erneuerbare Energien -
t, auch selbst entsprechende Maßnahmen zu setzen, soll nicht von bürokratischen Fördermode

re Luft und gesundes Wasser.
Interessen haben.

sein.

reicherInnen als auch den österreichischen Betrieben zugute kommt.
rn als Beitrag zur Grundversorgung zu sehen ist,
zustellen.
ttraktives und leistbares Angebot im öffentlichen Personennah- und -regionalverkehr zu gewäh
ause zur Arbeitsstätte leisten können und niemand ausgeschlossen wird.
die Versorgung mit öffentlichem Verkehr sicherzustellen.
nunen im Bereich der städtischen bzw. landeseigenen Verkehrsunternehmen, sowie zu einem i
ein Verkauf der ÖBB abgelehnt.

nachen und damit menschliches Leid zu vermeiden.

uzieren.

re von Kindern weiter zu verbessern.
dende Maßnahmen schwächere VerkehrsteilnehmerInnen verstärkt in den Fokus zu rücken.
rhindern.
glichst vermeiden.
iert wird, in die Verbesserung der Verkehrssicherheit fließt.

r und attraktiver zu machen:
gerübergreifende Verkehrsauskunft oder ein österreichweites elektronisches Ticketsystem.
n:

eutlich gesteigert werden können.

1 Stunde 50 Minuten von Wien nach Graz zu reisen.

en Verkehrs

dung in allen österreichischen Verkehrsverbünden ein.

in sowie in ausreichendem Ausmaß zur Verfügung stehen.

u das Wohnungsangebot erhöhen,

s 50.000 neue Wohnungen durch den geförderten Wohnbau errichtet werden.
undstücke bereitstellen

nit öffentlichen Steuergeldern finanzierten Wohnungen.
t beim Wohnungsneubau geprüft werden.

370 Mio. Euro jährlich).

em und leistbarem Wohnraum ausreichend dotieren
nd zweckgebunden für den Wohnbau einsetzen.
len, dass Wohnungen gebaut werden,

werden.
durchmischung ein Anliegen.

etrechtsgesetz für den privaten Wohnungsmarkt, transparente Zu- und Abschläge beim Richtwe

n eingeschränkt

nfalle getrieben werden, wollen wir zwei Projekte umsetzen:
nmittel ermöglicht, Energiesparmaßnahmen zu setzen.

Geld verfügen, um von den bisher üblichen Zuschussmodellen zu profitieren.
ihre Energierechnungen zu bezahlen, von einem weiteren einzurichtenden Härtefonds unter di

chorganisationen soll ein unbürokratischer Zugang ermöglicht werden.
erwartung und damit der Zunahme der Bevölkerung im Alter über 60 Jahre ist die soziale Absich
tenz- und Lebensstandardsicherung verlassen können und auf dieser Grundlage ihre individuell
bedingt pflegebedürftig werden.
hnen ein würdevolles Älterwerden ermöglichen.
en, die Aufgabe des Staates ist es allerdings, die Betroffenen und ihre Angehörigen nicht allein z

nationalen Finanzmärkten abhängig sind.

tigste und sicherste Form der Alterssicherung.
ssystems, sondern lediglich Ergänzungen, die grundlegender Reformen bedürfen.

eln.
,

n.
.
ension tatsächlich arbeiten können,

ıtrittsalters von Frauen an jenes der Männer für uns nicht in Frage kommt.

Frühpension –

bezahlt werden.
stellungen beim Einstieg in ein Unternehmen unterstützen.

a gebeten werden.
.
bedingungen, die unter anderem durch die Einschränkung gesundheitsschädlicher Arbeit einers
s erreicht werden sollen.

utz und Unterstützung, um ein möglichst selbstbestimmtes und selbständiges Leben führen zu
hema unserer Sozial- und Gesundheitspolitik.
sicherzustellen.
t, wird von uns abgelehnt.

en bzw. ausgebaut werden.
gen Unterstützung.

s es die passenden Unterstützungsangebote geben:
ür Nacht- und Wochenendpflege bis zu lebenswerten Pflegeheimen und Pflegezentren müssen a
reich geben, die regelmäßig chronisch kranke Familienmitglieder pflegen.

eichen Zugang zu medizinischen Leistungen zu gewährleisten, ist Ziel sozialdemokratischer Gesu
d Arbeitnehmern sowie Unternehmen gleichermaßen finanziert wird.
und regionale Herkunft, aber auch Geschlecht, Alter und Einkommen keine Rolle spielen dürfe

en zu schließen.
sten.

ruchnahme von Gesundheitsleistungen dar.
spflicht des Spitalskostenbeitrages befreit werden.

ischer Gesundheitspolitik.
eitert oder Krankengeld für Selbstständige eingeführt.

dizinischen Leistungen anbieten.
tInnen muss fortgesetzt werden.

ssert

emeinsam geplant und gesteuert, was zu Reibungsverlusten und dadurch zu Wartezeiten gefüh

verkürzt werden,

ung stehen,

ration von Ärzten und Apotheken notwendig.
die PatientInnen höchste Sicherheit bietet.

selwirkungen und Doppelverschreibungen erhöht

wickelt und eingeführt werden.

gestellt.
verbessert und das kostenlose Kinderimpfprogramm erweitert werden.
ofprogramm.
edikamenten ausgebaut werden,

leitung für alle Politikfelder für die kommenden Jahrzehnte.
rojekte investieren.

hrung ist für die Erhaltung der Gesundheit von zentraler Bedeutung.
en zu.
en Erkenntnissen aufbauen, muss das Ernährungsangebot für die Menschen in ihrem Lebensall
n, soll auch in den kommenden Jahren weitergeführt werden.

en auf Rädern“, muss es Projekte zur Verbesserung der Ernährung geben.

cher und qualitativer Ausstattung möglich sein.
nischer Gewalt und Belästigung schützen.

ung, die Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen und die Vereinbarkeit von Familie und Beru

egebenheiten anzupassen.

teht für eine Modernisierung des Berufsbildes der ÄrztInnen.
entenschutzgesetz.

erentwickeln.
st werden –
ifft.

smittel.
er Schadstoffbelastung und korrekt gekennzeichnet verkauft, produziert und importiert werden

eichnungspflichten und Kontrollen wieder vertrauen können.
Regionen einsetzen. 108

rmationspflichten und Rücktrittsrechte (Voraussetzungen, Frist, Rückabwicklung) haben müsse

wenn sie nachträglich schriftlich von beiden Seiten bestätigt werden, oder Verträge im Internet

lgt von Krankheit, Scheidung und weiteren unvorhersehbaren Schicksalsschlägen.
hren die Schuld – einmal in der Schuldenspirale ist ein Entkommen ausgesprochen schwierig.

Kostengrenzen.

Gewalt und Existenzbedrohung.

erheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Präventionsmaßnahmen.

Sendienst aktiv und sichtbar für die Bevölkerung agieren.
rtung zusammen mit der Politik, den Institutionen, sowie den Menschen in diesem Land erfolgre
ortbildung

rund-, Freiheits- und Menschenrechte schwerpunktmäßig folgende Ziele erreicht werden:

läge auf die kritische Infrastruktur Österreichs zu verhindern.

veisungen.

absichern und ausbauen.

es Ansehen.
carte in der ganzen Welt geworden.

agiert werden.
den Grundwehrdienst modernisiert.

ıfte, Sport- und Freizeitmöglichkeiten – ein zentrales Anliegen der Rekruten.
o. Euro unterstützen.

ıaltet,
schnittsniveau von mindestens sieben Prozent anheben.

ıen, egal ob in Zivil oder Uniform.
ınen in ihrer Zeit beim Bundesheer höher qualifiziert werden.
en Abschluss erwerben können.

en.

:en ein.
affenhandelsvertrag der Vereinten Nationen

mwaffenfreie Zone einzurichten.

en wir uns dafür ein,

Beispiel Brasilien, Indien, Südafrika oder China ein.
rden.
r OSZE und vieler anderer internationaler Organisationen.

ıt und gestärkt wird.

er Vereinten Nationen einbringen,

tionen und die Spezialisierung Österreichs für derartige Einsätze wird ein Kernelement unseres
ı die österreichischen SoldatInnen zusammen mit zivilen ExpertInnen einen Beitrag zu Frieden u
.
ung von Nichtregierungsorganisationen erreichen.
n im Rahmen des Krisenmanagements der EU soll in den Bereichen Konfliktprävention und mer

ıt, Herkunft, sozialem Status – gleiche Chancen haben.
zu verwirklichen und ein erfülltes Leben zu führen

alten können.

ualitätsvollen Schulsystem bieten.
kommen und der sozialen Situation der Eltern bestimmt.
istungsfördernden Umfeldes, in dem sich Kinder und Jugendliche bestmöglich entwickeln könne
lisierte Prüfungen werden zur Qualitätssicherung genutzt.

des wollen wir die individuelle frühe Förderung unserer Kinder sicherstellen und die Sprachkom
npetenzen eine zentrale Rolle.

nen – Grundkompetenzen für den weiteren Bildungsweg. Interessen, Begabungen und Talente

– ohne Stress – Freizeit genießen.

ch für Eltern eine große Herausforderung.
le.
ns ausgebildeten LehrerInnen und FreizeitpädagogInnen, die Kinder umfassend fördern und un
inanziell zu belasten.
ztags ein vielfältiges Angebot machen:

herrscht werden.

en bekommen, unabhängig vom Einkommen und der sozialen Situation ihrer Eltern.
leistet werden.
n Bildungsweg verloren gehen.

lten.

issensvermittlung die individuellen Fähigkeiten und Potentiale fördert und so Perspektiven für d

.

en,

eatives Lernen, Team- und Projektarbeit entsprechend ausstatten.

regungen und Grundlagen schaffen.

des- und Bundesebene selbst wählen dürfen.
entlichkeit mehr Aufmerksamkeit auf die Interessen und Forderungen der SchülerInnen lenken.

ht werden, um Knock- Out-Prüfungen zu vermeiden.

echnung von Prüfungen werden vereinfacht.

ndere durch „numerus clausus-Flüchtlinge“, muss auf europäischer Ebene erreicht werden.108

ıschen ein Studium als eine Lehre.

die Studierenden ausbezahlt werden.

weiterführenden Master- und Doktoratsstudien verbessert werden.

ehrerInnen zu schaffen, welche der faktischen Benachteiligung von Frauen entgegenwirken.

n.

senschaftsbudgets profitieren.

en soll wieder drittelparitätisch –
rittel der Stimmen –

hmen eines sogenannten „Faculty-Modells“ ausgebaut werden.
HochschullehrerInnen ohne ordentliche Professur, in alle wesentlichen Entscheidungsprozesse

nplizierter und facettenreicher zu gestalten.
ıen zusammenzubringen und zu vernetzen.

ıtbar

ernet zu ermöglichen.

Versorgung

eneration zur modernen Informationstechnologie ein.

te durch unterschiedliche Übertragungsgeschwindigkeiten ohne besondere technische Gründe

o abzulehnen

erhaltung geworden.
n und fördern

NutzerInnen schaffen

erknutzung.

in „typisch“ weiblichen Berufsfeldern weniger verdienen.

.

nge.

tätig zu sein.

eich Schritt für Schritt auszubauen.
eiben.
ng der Kleinsten,

. Lebensjahr geben.

bei ihrem Kind zu bleiben.

eilung bei Kinderbetreuung und Hausarbeit entscheiden.

n Kompetenzen ausgestattet sind.
atung

ı vier Wochen nach der Geburt zu Hause beim Kind zu verbringen.

ehmen

t wird,

n.

lichen,

leichtert

ürde führen können.

Lebens eingebunden werden

eben teil.

t Behinderungen werden.

geben.
erden.

kommen.

veil oft eine Berufsausbildung mit der Ausübung von Leistungssport kaum vereinbar ist.

: für Trainingszwecke zur Verfügung stehen,

:ik.

esonderes Anliegen.

en sein.
utionen

ırschätze, die der Öffentlichkeit nicht oder nur mit größerem Aufwand zugänglich sind.
sse fördert,

ien forciert.
ıischen Filminstituts weiter signifikant aufgestockt,

sche Kunst.
eativer Leistungen,

lung zugänglich sein.
obauen.
ı in allen Bereichen,

Bildung, Kunst und Kultur
rn, Museen, Kulturinitiativen, Büchereien oder Musikschulen ein.

ur Informations- und Meinungsbildungsfreiheit der BürgerInnen.

ı,

ınd zur Verfügung zu stellen.
systems und Kulturangebotes einbezogen werden.

Onlinebereich ist eine zentrale Forderung der SPÖ.
estandteil unserer demokratischen Kultur.

dienwelt, ausgelöst durch die Digitalisierung und wirtschaftliche Veränderungen, zu sichern.
eichischen Medienlandschaft notwendig.
n starken öffentlichrechtlichen Rundfunk und privaten Medienunternehmen, weiter gefestigt w

n – auch im Online-Bereich – orientieren soll.

gen und der Aus- und Weiterbildung des journalistischen Personals orientieren.
n,

rden.

it zusammenhängenden geringeren Werbeaufkommen, ist entgegenzuwirken.
ernehmen fortgeführt werden.

ns- und Unterhaltungsangebot anzubieten.
assen

nd Finanzierung des ORF sichergestellt ist.
orfinden, die garantieren, dass der ORF seine journalistische Tätigkeit qualitativ hochwertig aus

vielfältig.
fördert und folgendes beinhaltet:

ie im städtischen Bereich garantiert werden.

cht entgegen gewirkt werden.

ühren und am Land wohnen bleiben können, sind gut erreichbare und attraktive Arbeitsplätze

Betriebe gestärkt 108

nden europäischen Fonds nachhaltig nutzt.

chkeiten für die Entwicklung des ländlichen Raums zur Verfügung. 108
n Regionen leben, zugutekommen.

des Arbeitseinsatzes.

uernbetriebe unterstützt.

egzudenken.
beitsauftrag nachkommen können.

ommunaler Aufgaben die langfristige Stabilität der Kommunalfinanzen gesichert ist.

lungseinrichtungen etc.).

kt allein zu klein ist.

rden.

nlegerInnen und die KreditnehmerInnen kombinieren.

Produktionsmitteln (Kreativquartiere), zu Finanzierung und zu sozialer Absicherung zu erleichte

ung.

ung mit Lehr- und Forschungsinfrastrukturen wesentlich zu verbessern.
.

Bildungssystem erreicht worden.

umgesetzt werden.

bildungsinstituten geschaffen werden.

neue Qualifikationen zu erwerben.

ung des Entgelts verankert werden.

en.

rmöglichen.

ienſten abzuwälzen, ist nicht akzeptabel.

enschen gut leben können.

nit nicht ausreichender oder passender Qualifikation und BerufswiedereinsteigerInnen – weiter

ı den ArbeitnehmerInnen geschaffen werden.

erhältnisse zu drängen.

genommen werden.

r ist.

.

llen Berufstätigkeit annähern können.

gefangen werden müssen. 108

n Bundesstaatsanwalt übertragen, um auch nur den Anschein einer Parteilichkeit der staatsanw

altigkeit auf unserer Welt zu leisten.

Abwasserbeseitigung zusammengefasst.
n.
iterhin ihre Dienstleistungen zu erbringen. 108

- muss in allen Bereichen konsequent umgesetzt werden.
ellen gebremst werden.

rleisten.

ntegrierten Bahnunternehmen ÖBB, in dem sowohl die Infrastruktur als auch der Personen- un

ertmietzins und eine Deckelung der gesetzlich erlaubten Zuschläge mit 25 Prozent des Richtwert

e Arme gegriffen wird.

erung im Alter für immer mehr Menschen von großer Bedeutung.
e Lebensplanung aufbauen können.

zu lassen.

seits

können.

ausgebaut und leistbar gestaltet werden.

ndheitspolitik.

n.

rt hat.

tag verbessert werden.

f.

.

).

t der ausdrücklichen Zustimmungspflicht der KonsumentInnen unterliegen.

eich gestaltet werden kann.

internationalen Engagements darstellen.
ınd Sicherheit in der Welt.

ıschliche Sicherheit („human security“) liegen. 108

ɐn.

ıpetenz verbessern.

werden geweckt und zusätzlich gefördert.

terstützen, wo sie es brauchen.

die SchülerInnen eröffnet.

verstanden.

gesetzlich zu verbieten.

erden.

üben kann

und Zukunftsperspektiven

rn.

· ausgebaut werden.

waltschaftlichen Behörden zu beseitigen.

d Güterverkehr unter einem Dach vereint sind.

tes.